
**ENERGIE UND EUROPA -
KOHLE, ÖL UND DAS 'FRIEDLICHE' ATOM**

**Energiepolitische Paradigmenwechsel und multilaterale
Nuklearkooperation im machtpolitischen Kontext des
europäischen Einigungsprozesses (1950-1958)**

Inauguraldissertation der
Philosophisch-historischen Fakultät
der Universität Bern
zur Erlangung der Doktorwürde

vorgelegt von
Peter von Allmen
von Lauterbrunnen

Selbstverlag, Bern 2002

Von der Philosophisch-historischen Fakultät auf Antrag von
Prof. Dr. Judit Garamvölgyi (Hauptgutachterin) und
Prof. Dr. Christian Pfister (Zweitgutachter) angenommen.

Bern, 3. Mai 2002

Der Dekan: Prof. Dr. Oskar Bächtli

Vorwort

Seit der Archivöffnung zu Beginn der 80er Jahre genießt der europäische Einigungsprozess innerhalb der Historiker-Zunft enorme Aufmerksamkeit. Für die Integrationsforschung zählen die Errichtung der Montanunion und der Abschluss der Verträge von Rom zu den bedeutendsten Wegmarken des schrittweisen Aufbaus eines geeinten Europas.

Die vorliegende Arbeit zielt nicht darauf ab, den bereits breit abgehandelten politischen Aspekten des europäischen Zusammenschlusses eine neue Facette abzurufen. Ins Zentrum gerückt werden für einmal Teilbereiche der europäischen Einigung, die während geraumer Zeit im Schatten des Interesses politikorientierter Forschung standen. Die erweiterte energiepolitische Dimension des Integrationsprozesses bildet die Klammer der Studie, wobei die Zeitspanne von 1950 bis 1958, von der Verkündung des Schuman-Plans bis zum Ausbruch der 'Kohlekrise', den Rahmen der Untersuchung bildet.

Zwei Hauptthemen stehen im Zentrum der Arbeit: als erstes soll die Frage analysiert und beurteilt werden, warum die Umsetzung einer gesamteuropäischen Energiepolitik in der ersten Dekade des Bestehens der Gemeinschaft nur sehr unvollkommen gelingen konnte. Dies soll anhand der für die strukturellen Umbrüche in der weltweit verknüpften Energiewirtschaft verantwortlichen Faktoren geschehen.

In einem zweiten thematischen Schwerpunkt, der bei der 'Relance européenne' und den Hintergründen der Entstehung der Europäischen Atomgemeinschaft ansetzt, stehen die Mechanismen der Gemeinschaftsbildung im Vordergrund. Anhand der internationalen Nuklearkooperation wird die Offenlegung der divergierenden Standpunkte im Spannungsfeld von wachsendem Energiebedarf, nationalen Machtansprüchen und wirtschaftlichen Implikationen angestrebt. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei den Interessenbindungen der involvierten Akteure sowie den Methoden, mit denen diese ihren Einfluss entweder in integrationsfördernder oder integrationshemmender Weise geltend machten.

Die Untersuchung verweist ausserdem auf historische Wurzeln und Hintergründe der aktuellen energiepolitischen Debatten. Ein Blick auf die umstrittenen Energiefragen der Gegenwart lässt, mit Bezug auf die Mitte des vergangenen Jahrhunderts, eine gewisse Kontinuität aufscheinen - was die Problemstellungen und die Lösungsansätze angeht. Kontroverse Themen wie die Liberalisierung des Strommarktes oder die vorsichtig in Richtung 'ökologische Steuerreform' stossenden Initiativen zeugen davon.

Eine Studie dieses Umfangs bedarf bei der Entstehung immer auch externer Unterstützung, und ich bedanke mich an dieser Stelle bei all jenen, die in irgendeiner Form zum Gelingen des Vorhabens beigetragen haben.

Ganz besonders bedanke ich mich bei Frau Prof. Dr. Judit Garamvölgyi, die die Arbeit angeregt und begleitet hat, wobei sie es verstand, meine Bemühungen mit inspirierenden Beiträgen zu unterstützen, ohne meine Gestaltungsfreiheit bei der Umsetzung einzuschränken. Herrn Prof. Dr. Christian Pfister danke ich dafür, dass er sich als Korreferent zur Verfügung gestellt hat.

Speziellen Dank schulde ich ebenfalls den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zahlreicher Institutionen, auf deren zuvorkommende Unterstützung ich bei der Beschaffung von unpubliziertem Aktenmaterial stets zählen durfte - als Stätten der ergiebigsten Quellenarbeit seien das Bundesarchiv, die Fondation Jean Monnet, das Historische Archiv der Europäischen Gemeinschaften in Florenz sowie das Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich namentlich erwähnt.

Anmerkung zur Rechtschreibung und zur Schreibweise von Personenbezeichnungen

Die vor drei Jahren in der Schweiz in Kraft gesetzte Orthographiereform gestattet die Verwendung der bisherigen Rechtschreibung bis ins Jahr 2005. Da gewisse Teile der vorliegenden Arbeit in der Rohfassung nach alter Norm abgefasst wurden, erfolgte eine Anpassung an das neue Regelwerk während der Schlussredaktion bloss in gemässiger Form. Wo der Duden (Referenz: Band 1, 21. Auflage) die hergebrachten Formen zulässt, wurden diese meist beibehalten. Ebenfalls orientiert sich die Kommasetzung überwiegend an den vormaligen Regeln - dies gemäss der Überzeugung, dass Kommata in erster Linie dazu dienen, einen Satz in seiner Struktur optisch und logisch klar zu gliedern.

Bei der sprachlichen Ausgestaltung des Textes stand grundsätzlich das Bemühen um die Verwendung einer geschlechtsneutralen Sprache im Vordergrund. Der beschlossene Verzicht auf eine konsequente gleichzeitige Nennung der weiblichen und männlichen Schreibweise bei Personenbezeichnungen erfolgte zugunsten einer flüssigeren Lesbarkeit der Arbeit. Stets sind im Zweifelsfall aber sowohl Frauen als Männer angesprochen - auch da, wo sich keine geeignete neutrale Form anbot.

Inhaltsübersicht

Vorwort	2
Inhaltsübersicht	3
Inhaltsverzeichnis	5
Tabellenverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	9
1. Einleitung	12
1.1 Fragestellung und Gliederung der Arbeit	12
1.2 Forschungsstand und Quellenlage	26
2. Anmerkungen zur Theorie der internationalen Beziehungen: Einfügung des Untersuchungsgegenstandes in den übergeordneten Rahmen	63
2.1 Theorien regionaler Integration und die Anfänge der europäischen Einigung	64
2.2 Interne und externe Einflüsse auf die Integrationsbereitschaft von Staaten	72
3. Energie und Europa - die energiepolitische Dimension der Integration	90
3.1 Energie und Gesellschaft in den fünfziger Jahren	90
3.2 Europas Kohlewirtschaft zwischen Stagnation und Strukturwandel	102
3.3 Wettbewerb auf dem Energiemarkt - Erdöl als Konkurrenzprodukt	146
4. Internationale Nuklearkooperation und europäische Integration: Hintergründe, Streitpunkte, wirtschaftliche Implikationen	168
4.1 Die energiepolitische Dimension der Atomkraft. Sozioökonomische und wissenschaftlich-militärische Aspekte der Kerntechnologie	168
4.2 Zur strategisch-machtpolitischen Dimension der Atomtechnologie im Kontext des Kalten Krieges	206
4.3 Euratom-Genese: Integrationsfortschritte im Spannungsfeld konvergierender und divergierender Prozessmechanismen	220
4.4 Die Strategie der USA: Zur Nuklearpolitik der führenden Atommacht	238
4.5 Frankreich und die Atomgemeinschaft: europäische Einigungsbestrebungen im Schatten kühl kalkulierter nationaler Nuklearinteressen	249
4.6 Bundesdeutsche Atompolitik der fünfziger Jahre: zwischen Kernwaffenverzicht und Nuklearambitionen	260
4.7 Akteur auf transnationaler Ebene: Das 'Comité d'Action' von J. Monnet	278
4.8 Herbst 1956 - die entscheidende Phase der Euratom-Verhandlungen	297
5. Konkurrenz für Euratom: Nuklearkooperation im Rahmen der OECE	309
5.1 Das Alternativ-Projekt der OECE	309
5.2 Britische Nuklearpolitik im Rahmen der OECE: Widerspiegelung der ambivalenten Haltung Grossbritanniens gegenüber Kontinentaleuropa	315
5.3 Europäische Nuklearkooperation aus Schweizer Sicht	321

6. Schlussbetrachtung	340
6.1. Die Montanunion - schmaler Grat zwischen 'europäischer Solidarität' und 'nationalem Egoismus'	343
6.2. Euratom: Junktim als 'conditio sine qua non' des Vertragsabschlusses	350
Anhang	372
Quellen- und Literaturverzeichnis	374

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Inhaltsübersicht	3
Inhaltsverzeichnis	5
Tabellenverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	9
1. Einleitung	12
1.1 Fragestellung und Gliederung der Arbeit	12
• Gliederung der Arbeit	18
1.2 Forschungsstand und Quellenlage	26
<i>Paradigmen und Kontroversen der Integrationshistoriographie</i>	31
<i>Energieträger in der Kontroverse</i>	47
• Quellenlage	55
2. Anmerkungen zur Theorie der internationalen Beziehungen: Einfügung des Untersuchungsgegenstandes in den übergeordneten Rahmen	63
2.1 Theorien regionaler Integration und die Anfänge der europäischen Einigung	64
• Föderalismus und Funktionalismus als klassische Integrationsansätze	65
• Der Neofunktionalismus als Synthese	68
• 'Spillover' als zentraler Begriff neofunktionalistischer Theoriebildung	70
• Zum Begriff der transnationalen Politik	71
2.2 Interne und externe Einflüsse auf die Integrationsbereitschaft von Staaten	72
• Prozessmechanismen des neofunktionalistischen Modells	72
• Kausalbeziehungen zwischen ökonomischer und politischer Integration	74
• Exkurs: Partielle Abtretung von Souveränität als Charakteristikum politischer Integration	78
<i>Das Paradoxon des Souveränitätsverlustes</i>	79
• 'Externe Akteure' als Einflussgrößen im Integrationsprozess	83
<i>Negative externe Einflüsse</i>	86
<i>Positive externe Einflüsse</i>	88
3. Energie und Europa - die energiepolitische Dimension der Integration	90
3.1 Energie und Gesellschaft in den fünfziger Jahren	90
• Von der behutsamen Nutzung der Energieressourcen vor 1950 ..	91
• .. zum verschwenderischen Umgang mit Rohstoffen im Konsumzeitalter	93
• Die fatale Gleichsetzung von wachsendem Energieverbrauch mit steigendem Wohlstand	95
• 'Demokratisierung des Wohlstandes' als Metapher des Wertewandels	97
• Energiepolitische Weichenstellungen in Nachkriegs-Europa	99

3.2	Europas Kohlewirtschaft zwischen Stagnation und Strukturwandel	102
	• Kohle um jeden Preis - Versorgungsprobleme nach Kriegsende	105
	• Westdeutschlands Einbindung in den Wiederaufbau	109
	• Internationale Regulierung des Kohleproblems	111
	• Die Montanunion - genuin europäische Antwort auf die Energiekrise	114
	• Branchenspezifische Strukturmerkmale der Kohlewirtschaft bis 1958	118
	<i>Das Erscheinungsbild des Kohlemarktes: Kohlekonjunktoren</i>	119
	<i>Indikatoren: Wachstumsraten, Importmengen, Haldenbestände</i>	121
	<i>Weitere Indikatoren: Beschäftigungslage und Investitionsbereitschaft</i>	124
	• Unternehmensstruktur und staatliche Einflüsse im Kohlesektor	128
	• Eine koordinierte Kohlepolitik dank des Gemeinsamen Marktes?	133
	<i>Energiemarktanalysen und Bedarfsstudien zum ersten ..</i>	135
	<i>Angebotsseitige Rezeptur ohne soziale Abfederung: das Uri-Memorandum</i>	138
	• Die Suche nach einer allgemeinen Energiepolitik und der Zusammenbruch des Kohlemarktes (1955-1958)	141
	<i>Auswirkungen der Suez-Krise</i>	142
	<i>Die Ohnmacht der Hohen Behörde angesichts der Kohlekrise von 1958</i>	143
3.3	Wettbewerb auf dem Energiemarkt - Erdöl als Konkurrenzprodukt	146
	• Rückblick, Ausblick - Implikationen des Erdölbooms	146
	• Die Strukturen der Mineralölwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg	149
	• Europas Ölbedarf und die Expansion der Förderung im Nahen Osten	151
	• Europäische Investitionen in die Mineralölwirtschaft	155
	• Hohe Ölpreise - tiefe Förderkosten	157
	• Erosionserscheinungen im internationalen Öl-Kartell	159
	• Unterschiedliche Öl-Strategien der EGKS-Länder	162
	• Zwischenbilanz - Kohle und Öl	166
4.	Internationale Nuklearkooperation und europäische Integration: Hintergründe, Streitpunkte, wirtschaftliche Implikationen	168
4.1	Die energiepolitische Dimension der Atomkraft. Sozioökonomische und wissenschaftlich-militärische Aspekte der Kerntechnologie	168
	• Fortschrittsglaube in den fünfziger Jahren: Das Allzweck-Atom als unerschöpfliches Füllhorn und als Friedensstifter	168
	<i>Die Atomtechnologie als Ausdruck einer technizistischen Utopie</i>	168
	<i>Nuklearenergie als kulturelles Phänomen</i>	170
	<i>Euphorische Erwartungen an das Atomzeitalter</i>	173
	• Dramatisierte Furcht vor der 'Energilücke'? Bedarfsstudien als Legitimationsgrundlage forcierter Kernenergie-Förderung	177
	<i>Fehlprognose: Das Gutachten der 'Euratom-Weisen'</i>	182
	<i>Fiktion und Realität: Energiewirtschaftliche Entwicklungstendenzen in der Sechsergemeinschaft 1950-1993</i>	188
	<i>Zur mangelnden Konkurrenzfähigkeit der Atomenergie</i>	189
	• Der Mythos vom friedensstiftenden Nuklearzeitalter als Bestandteil politisch-militärischer Strategien und als Integrationsideologie	192

	<i>Diskretion und Geheimhaltung, Tarnung und Täuschung: Die ungenannte militärische Option in der Nuklearpolitik</i>	195
	<i>Technologiewahl als strategische Entscheidung</i>	197
	<i>Sinnbild der missglückten Technisierung der Europa-Idee: Euratom - eine 'zivilitärische' Organisation?</i>	202
4.2	Zur strategisch-machtpolitischen Dimension der Atomtechnologie im Kontext des Kalten Krieges	206
	• Amerika als Schutzmacht - Hegemonie durch Integration?	206
	• Das Sicherheitsdilemma und die Strategie der atomaren Abschreckung	211
	• Internationale atomwirtschaftliche Rahmenbedingungen: Ursachen der amerikanischen Dominanz auf dem nuklearen Weltmarkt	217
4.3	Euratom-Genese: Integrationsfortschritte im Spannungsfeld konvergierender und divergierender Prozessmechanismen	220
	• Integrationspolitische Impulse der Nachkriegszeit	220
	• Anfänge europäischer Nuklearkooperation	224
	• Europapolitische Rahmenbedingungen am Vorabend der 'Relance' <i>Der Ausgangspunkt der neuen Europa-Initiative</i>	226 228
	• (Un)artikulierter Nuklear-Nationalismus: Unterschiedliche konzep- tionelle Vorstellungen der Atomgemeinschaft <i>Konzeptionelle Divergenzen</i>	230 230
	<i>Das Armand-Konzept vom 5. November 1955</i>	231
	<i>Die Brüsseler Aussenministertagung vom Februar 1956</i>	232
	<i>Der Spaak-Bericht</i>	234
4.4	Die Strategie der USA: Zur Nuklearpolitik der führenden Atommacht	238
	• Kontrollierte Proliferation für friedliche Zwecke?	238
	• OECE vs. Euratom - Elemente einer amerikanischen Güterabwägung	241
4.5	Frankreich und die Atomgemeinschaft: europäische Einigungsbestre- bungen im Schatten kühl kalkulierter nationaler Nuklearinteressen	249
	• Latent militärische Atomtechnologieentwicklung	249
	• Euratom als Instrument der französischen Bombenentwicklung?	253
	• Hintergründe einer verkappten Nuklearproliferation	257
4.6	Bundesdeutsche Atompolitik der fünfziger Jahre: zwischen Kernwaffen- Verzicht und Nuklearambitionen	260
	• Voraussetzungen westdeutscher Nuklearentwicklung	260
	• Euratom im Spannungsfeld innerdeutscher Interessenkonflikte	264
	• Der entlarvte Mythos des deutschen Kernwaffenverzichts	269
4.7	Akteur auf transnationaler Ebene: Das 'Comité d'Action' von J. Monnet	278
	• Zur Gründung des Aktionskomitees	280
	• Anatomie der Organisation: struktureller Aufbau, funktionaler Rahmen	284
	• Zur Rolle des 'Comité d'Action' bei der Genese der Römer Verträge	288
	• Fazit: Wirkung und Einfluss des Komitees und seines Gründers	294
4.8	Herbst 1956 - die entscheidende Phase der Euratom-Verhandlungen	297
	• Auswirkungen der Weltkrise von 1956 auf die 'Relance': der Suezkonflikt als externer Integrationsfaktor	297

• Hartes Feilschen um Kompromisse und Zugeständnisse	303
• Zentrale Streitpunkte: Die Frage der militärischen Nutzung der Kerntechnik; Versorgungsmonopol und Eigentumsregelung	305
• Vorläufiges Fazit: Keine Rolle für Euratom bezüglich der ursprünglichen Zielsetzungen der Gemeinschaft	307
5. Konkurrenz für Euratom: Nuklearkooperation im Rahmen der OECE	309
5.1 Das Alternativ-Projekt der OECE	309
5.2 Britische Nuklearpolitik im Rahmen der OECE: Widerspiegelung der ambivalenten Haltung Grossbritanniens gegenüber Kontinentaleuropa	315
• Die Zufälligkeit der Gleichzeitigkeit: Paradigmenwechsel in der britischen OECE-Politik im Kontext der 'Relance européenne'	316
5.3 Europäische Nuklearkooperation aus Schweizer Sicht	321
• Schweiz und Multilateralismus - wohlbekanntes Argumentationslinien	321
• OECE vs. Euratom: Einschätzungen und Abgrenzungen aus dem Blickwinkel eines OECE-'Drittstaates'	326
• Multilaterale Nuklearkooperation - Partizipationsmöglichkeiten intermediärer Gewalten	329
6. Schlussbetrachtung	340
6.1. Die Montanunion - schmaler Grat zwischen 'europäischer Solidarität' und 'nationalem Egoismus'	343
6.2. Euratom: Junktim als 'conditio sine qua non' des Vertragsabschlusses	350
• Integrationsspezifische Impulswirkungen im Umkreis der 'Relance'	350
• Integrationsfördernde Einflüsse	352
<i>Funktion und Wirkung der 'European saints' im Integrationsprozess</i>	352
<i>Atomeuphorie und 'Energielücke' als integrationsideologisches Unterfutter</i>	355
<i>Externe Einflüsse auf das Integrationsverhalten staatlicher Akteure</i>	357
• Prozesshemmende Faktoren: vorbestimmtes Scheitern eines fortschrittsgläubigen Integrationsprojektes?	359
<i>Die ungebrochene Festigkeit des Nationalstaats als retardierendes Moment</i>	359
<i>Die Wahl einer 'Atomunion' als Mittel funktionalistischer Gemeinschaftsbildung - ein folgenschwerer Missgriff</i>	361
<i>Unerschütterliches Grossmachtverständnis und verletzter Nationalstolz als hinderliche Altlasten</i>	363
• Fazit: Kein Gemeinsamer Markt ohne Euratom - die EAG als unverzichtbares Element einer integrationspolitischen Erfolgsgeschichte	364
Anhang	372
Eckdaten der europäischen Integrationsgeschichte	372
Quellen- und Literaturverzeichnis	374
Ungedruckte Quellen (Archivalien)	374
Gedruckte Quellen	379
Aufsätze und Darstellungen	384

Tabellen und Abkürzungen

Verzeichnis der Tabellen

OECE: Entwicklungspläne für Kohle, Strom und Rohöl	113
EGKS: Steinkohleförderung der Länder der Gemeinschaft	121
EGKS: Sektorielle Wachstumsraten	121
EGKS: Kohleförderung ausgewählter Länder der Gemeinschaft	122
EGKS: Steinkohle-Importe aus Drittweltländern	123
EGKS: Kohlehalden in der Montanunion	124
EGKS: Beschäftigung in der Kohleindustrie	125
EGKS: Anteile der Energieträger in Verbrauchssektoren (ausgewählte Länder)	128
EGKS: Anteile der Energieträger in Verbrauchssektoren (Gemeinschaft)	128
EGKS: Prognosen über Kohlebedarf und -förderung der Gemeinschaft	136
OECE: Schätzungen zur Kohleförderung der EGKS	136
OECE: Erdölverbrauch 1947-59	152
OECE: Wachstumsindizes 1953-59	152
OECE: Rohölimporte westeuropäischer Länder	154
OECE: Rohölpreise auf dem westeuropäischen Markt	158
EGKS-Energiestatistik - Grundzahlen der Gemeinschaft 1950-1993	184
• <i>Tabelle 1: Grundzahlen der Sechsergemeinschaft 1950-1993</i>	184
• <i>Tabelle 2: Stromerzeugung in der Sechsergemeinschaft 1950-1993</i>	186
• <i>Tabelle 3: Installierte elektrische Kernkraftleistung (Netto MWe)</i>	187
Eckdaten des europäischen Integrationsprozesses (1948-1963)	372

Abkürzungsverzeichnis

AEA	United Kingdom Atomic Energy Authority
AEC	Atomic Energy Commission (US-Atomenergiebehörde)
AEEN	Agence Européenne pour l' énergie nucléaire (Europäische Kernenergie-Agentur, gegründet am 20. 12. 1957; Organ der OECE)
AEF	Aktionsgemeinschaft Europäischer Föderalisten
AHK	Alliierte Hohe Kommission
AUPS	Association des Utilisateurs des Produits Sidérurgiques
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
bpd	barrel per day (Ölförderung)
BR	Bundesrat
BV	Bundesverfassung
CdF	Charbonnages de France

CE	Conseil de l' Europe (Europarat)
CEA	Commissariat national à l' Energie Atomique (Franz. Atombehörde)
CECA	Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier
CECE	Comité Européenne de Cooperation Economique, gegr. 1947 (CEEC: Committee for European Economic Cooperation)
CERN	Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire
CFP	Compagnie Française des Pétroles
CFTC	Confédération Française des Travailleurs Chrétiens
CGP	Commissariat Général du Plan de Modernisation et d'Equipment
CGT	Confédération Générale du Travail
CNPF	Conseil National du Patronat Français
CPS	Comptoir des Produits Sidérurgiques
CSSF	Chambre Syndicale de la Sidérurgie Française
DKV	Deutscher Kohlenverkauf
EAES	European Atomic Energy Society
EAG	Europäische Atomgemeinschaft (Euratom)
ECA	Economic Cooperation Administration
ECE	Economic Commission for Europe
ECO	European Coal Organization, gegründet 1945
EdF	Electricité de France (staatliches Monopolunternehmen)
EFTA	European Free Trade Association (Europäische Freihandelszone), gegr. 1959
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion; CECA)
ENI	Ente Nazionale Idrocarburi (Energie-Holding des italienischen Staates)
EPD	Eidgenössisches Politisches Departement (bis 1978)
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
ERP	European Recovery Program (Wiederaufbauprogramm der USA), gegr. 1948
Eurochemic	Europäische Gesellschaft für die chemische Aufbereitung bestrahlter Kernbrennstoffe
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZU	Europäische Zahlungsunion (EPU - European Payments Union)
IAEA	International Atomic Energy Agency (IAEO: Internat. Atomenergieorganisa- tion; UN-Behörde zur Förderung der friedlichen Nutzung der Kernenergie)
IEA	International Energy Agency (Internationale Energieagentur; 1974 gegrün- detes Organ der OECD zur Koordination der internationalen Energiepolitik)
MRP	Mouvement Républicain Populaire
NATO	North Atlantic Treaty Organization
OECE	Organisation Européenne de Coopération Economique (OEEC: Organization for European Economic Cooperation); ab 1961: OECD
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development (Name der erweiterten Organisation seit dem 30.9.1961)
RGR	Rassemblement des Gauches Républicaines
RPF	Rassemblement du Peuple Français
SAFE	Société des Aciers Fins de l'Est
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund, gegründet 1880

SGV	Schweizerischer Gewerbeverband, gegründet 1879
Sidelor	Union Sidérurgique Lorraine
SKA	Schweizerische Studienkommission für Atomenergie
SNCF	Société Nationale des Chemins de Fer
SHIV	Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein ('Vorort'; gegr. 1870)
Sollac	Société Lorraine de Laminage Continu
UEF	Union Européenne des Fédéralistes
UNO	United Nations Organization
Usinor	Union Sidérurgique du Nord de la France
Vorort	Geschäftsführendes Organ des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins SHIV
WEU	Westeuropäische Union
WV Stahl	Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie

• **Abkürzungen: Archive**

AAN	Archives de l'Assemblée Nationale, Paris
AN	Archives Nationales, Paris
AfZ	Archiv für Zeitgeschichte der ETHZ, Zürich
BAr	Schweizerisches Bundesarchiv, Bern
CEAB	Communautés Européennes, Archives Bruxelles
EIR (PSI)	Historisches Archiv des Eidgenössischen Instituts für Reaktorforschung, Würenlingen AG (Paul Scherrer-Institut, Villigen AG)
EUI	Europäisches Hochschulinstitut Florenz
FM	Fondation Jean Monnet pour l'Europe, Lausanne/Dorigny
HAEC	Historisches Archiv der Europäischen Gemeinschaften, Florenz
MAEF	Ministère Français des Affaires Etrangères, Archives Diplomatiques, Paris

• **Abkürzungen: Quelleneditionen und Periodika**

AADP	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
AdG	Archiv der Gegenwart
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts
BBl	Schweizerisches Bundesblatt
DBPO	Documents on British Policy Overseas
DDF	Documents Diplomatiques Français
DDS	Documents Diplomatiques Suisses
FRUS	Foreign Relations of the United States
HZ	Historische Zeitschrift
JEIH	Journal of European Integration History
PRO	Public Record Office
PVS	Politische Vierteljahresschrift
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VSWG	Vierteljahreshefte für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

1. Einleitung

1.1 Fragestellung und Gliederung der Arbeit

Zäsur ist nicht gleich Zäsur ...

"Zweifellos hat also die Forschung, die sich nun mit grossem Nachdruck dieses Zeitraums annimmt, eine der wichtigsten Zäsuren neuerer europäischer Geschichte im Blick."¹ Die Feststellung von Schwarz, dass nicht die unmittelbare Nachkriegszeit, sondern - initiiert durch den Schuman-Plan und die daraus hervorgehende Montanunion - erst die fünfziger Jahre als Epochenzäsur zu begreifen seien, mit der ein Umschwung in der neueren europäischen Geschichte einsetze und ein von Wachstum und Stabilität geprägter Zeitabschnitt beginne, unterstützt und bekräftigt Gillingham mit seiner These, wonach eigentlich erst der Schuman-Plan als ungeschriebener innereuropäischer Friedensvertrag den Schlusspunkt des Zweiten Weltkriegs darstelle: "Die politische Ordnung des heutigen Europa beruht auf einem ungeschriebenen Friedensvertrag zwischen Frankreich und Deutschland. Er resultiert aus einem Prozess der Anpassung und Versöhnung, den der Vorschlag des Schuman-Plans in Gang setzte und der in der Gemeinschaft für Kohle und Stahl institutionelle Gestalt annahm".²

In den positiv und optimistisch gehaltenen Grundtenor der beiden zitierten, hauptsächlich politisch gefärbten Einschätzungen mag Pfister mit seiner wachstumskritischen Wertung der 'Fünfziger' als "umweltgeschichtliche Epochen-schwelle zwischen Industriegesellschaft und Konsumgesellschaft" nicht einstimmen. Vielmehr ortet er - eingängig veranschaulicht durch das von ihm geprägte Schlagwort vom '1950er Syndrom'³ - die Ursprünge der heutigen Umweltproblematik von erschreckender Dimension und Komplexität in dem grossen konjunkturellen Aufschwung, der einige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg in den westlichen Industrieländern einsetzte.⁴

¹ Schwarz, Hans-Peter: Die fünfziger Jahre als Epochenzäsur, in: Heideking, Jürgen et al. (Hg.): Wege in die Zeitgeschichte, Berlin/New York 1989, S. 473-496, hier S. 482.

² Gillingham, John: Die französische Ruhrpolitik und die Ursprünge des Schuman-Plans. Eine Neubewertung, in: VfZ 35/1987, S. 1-24, hier S. 1.

³ Ab den 50er Jahren erfuhren der Energieverbrauch, das Bruttoinlandprodukt, der Flächenbedarf von Siedlungen, das Abfallvolumen und die Schadstoffbelastung von Luft, Wasser und Boden den für die heutige Situation entscheidenden Wachstumsschub. Die Gesamtheit der damit einhergehenden tiefgreifenden Veränderungen der Produktions- und Lebensweise wird als '1950er Syndrom' bezeichnet. Pfister, Christian (Hg.): Das 1950er Syndrom, Bern 1995, S. 23.

⁴ Der von Pfister in Umlauf gebrachte Begriff des 50er Syndroms veranlasste den Umwelthistoriker Radkau, seine 1990 geäusserte Definition von 'Historischer Umweltforschung' zu überdenken: "(...) Vielleicht zeigt sich aber gerade hier, dass meine obige Definition in einem Punkt zu eng war. Reicht es aus, wenn sich der Umwelthistoriker der 'langfristigen Entwicklung der menschlichen Lebens- und Reproduktionsbedingungen' widmet? (...) Vieles deutet darauf hin, dass die modernen Umweltprobleme, mögen manche ihrer historischen Wurzeln auch weit zurückreichen, in ihrer gegenwärtigen Dimension doch relativ jungen Datums sind. (...) Eine Probe aufs Exempel für die Tauglichkeit umwelthistorischer Konzepte besteht darin, ob sie der neuen Situation in den Jahrzehnten nach 1945 Rechnung tragen. (...) die 50er Jahre mit beginnender Ölschwemme und Massenmotorisierung als Zeit, in der die Umweltbelastung durch Emissionen so steil in die Höhe ging, dass aus der Rückschau alles Vorausgegangene harmlos wirkt (...). Vielleicht werden genauere Untersuchungen zumindest für die Bundesrepublik feststellen, dass der tiefste Bruch in den Alltagsgewohnheiten - der Übergang von der Sparsamkeits- zur Wegwerfgesellschaft - erst in den 60er Jahren erfolgte. (...)". Radkau, Joachim: Was ist Umweltgeschichte?, in: Abelshausen, Werner (Hg.): Umweltgeschichte, Göttingen 1994, S. 20ff.

Die vorliegende Arbeit bewegt sich sowohl im Spannungsfeld der Anfänge des europäischen Einigungsprozesses als auch im Spannungsfeld des damit einhergehenden Strukturwandels im Energiesektor; sie bewegt sich im Spannungsbogen von Kohle - als dem Schlüssel-Energieträger des Industriezeitalters - und den funktionalen Integrationsobjekten der ersten Stunde ebenso wie im Kräftefeld von Erdöl und Uran als denjenigen Rohstoffen, deren scheinbar unbegrenzte und relativ günstige Verfügbarkeit, ergänzt durch das Erdgas, für die materielle Produktionsausweitung und den Wohlstandszuwachs in den Industriestaaten nach 1950 mitverantwortlich war.

Kohle, Öl und Uran: allen drei Energieträgern - jedem auf seine spezifische Weise - muss zugestanden werden, beim Zustandekommen der Vertragswerke von Paris und Rom, den ersten beiden Grossprojekten des europäischen Einigungsvorhabens, eine entscheidende Rolle gespielt zu haben. Mit der erfolgreichen Ratifizierung der Montanunion sowie der nachfolgenden Gründung von Wirtschafts- und Atomgemeinschaft hatte sich der neofunktionalistische Integrationsansatz nach einer intensiven Debatte um Zielsetzungen, Antriebskräfte und Voraussetzungen der europäischen Einigung schliesslich durchgesetzt, wobei die Akzeptanz dieses 'klassischen' Integrationsansatzes im Nachgang an den im August 1954 besiegelten Misserfolg der föderalistisch strukturierten Verteidigungsgemeinschaft sogar noch zunahm.

"Euratom ist keine Erfolgsgeschichte" steht in der Einleitung der Lizentiatsarbeit, auf der die vorliegende Studie aufbaut. "Die Montanunion ebenfalls nicht", ist man versucht einzuwerfen - jedenfalls dann nicht, wenn man die Luxemburger Behörde an den anfänglich gehegten Vorsätzen und Ambitionen misst. Die Feststellung mutet paradox an, dass in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaft zwei der drei sektoralen Zusammenschlüsse der ersten Stunden gemeinhin als 'gescheiterte' Projekte gelten - zumindest bei oberflächlicher Betrachtung und solange der Betrachter sein Urteil bloss aufgrund der anfänglich in beide Institutionen projizierten Ansprüche und Hoffnungen bildet. Paradox deshalb, weil sowohl die Montanunion als auch die Atomgemeinschaft unverzichtbare Voraussetzungen dafür waren, dass sich die ebenfalls nach funktionalistischem Muster gestaltete Wirtschaftsgemeinschaft letztlich überhaupt als Integrationsmotor durchsetzen konnte.

Eine nähere Betrachtung der beiden Gemeinschaften fördert weitere Parallelen und Gemeinsamkeiten zutage, bei denen nicht zuletzt der Anreiz zum Ausbau einer bestehenden Arbeit, die ursprünglich die europäischen Kooperationsprojekte im Bereich der zivilen Nukleartechnik im Fokus hatte, zu orten ist. Beide Etappen der Integration betreffen Energiebereiche, und beide Integrationsschritte basieren auf dem funktionalistischen Integrationsansatz, wobei auffällt, dass es teilweise die gleichen Protagonisten und Entscheidungsträger waren, die innerhalb der nationalen, internationalen, trans- und supranationalen Institutionen und Organisationen massgeblich zum Gelingen der beiden Integrationsprojekte beitrugen. Beiden Gemeinschaften ist zudem eigen, dass sie die ursprünglich gesetzten Zielvorgaben bei weitem nicht erfüllen konnten, weil unter anderem das Erdöl als konkurrierender Energieträger die Vormachtstellung des einen Rohstoffs - Kohle - ablöste und dabei gleichzeitig erste Zweifel gegenüber der potentiellen Konkurrenzfähigkeit des andern - Uran - schürte. Aus Kostengründen - und nicht etwa aufgrund von Sicherheitsbedenken - erhielt die anfängliche Atomeuphorie einen gehörigen Dämpfer versetzt. Aufgrund tiefer Erdölpreise und eines exorbitant hohen Investitionsbedarfs verflachte die anfängliche Begeisterung für

die hochgelobten zivilen Anwendungsmöglichkeiten der Atomtechnik erstaunlich rasch und machte einer nüchternen Skepsis Platz.

Keine 'Erfolgsgeschichten' also, mit Blick auf die sektoralen Zielsetzungen. Wohl aber 'Meilensteine'. Dies mit Blick auf die jüngere europäische Geschichte: Die Jahre zwischen der als Initialzündung wirkenden Präsentation des Schuman-Plans und der Unterzeichnung der Römer Verträge, mit denen die 'Lähmung' nach dem Scheitern der Verteidigungsgemeinschaft überwunden wurde, umfassen einen für die Geschichte Europas enorm bedeutungsvollen Zeitabschnitt.

Bei flüchtigem Hinsehen mag die angesprochene Thematik möglicherweise den Eindruck erwecken, dass sich dem Forschungsgebiet 'Europäische Integration' nur noch mit Mühe nicht bereits erschöpfend abgehandelte Teilbereiche abringen lassen. Und auch die Frage ist zulässig, ob es unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten noch sinnvoll sein kann, der unüberblickbaren Flut von Detaildarstellungen zur regionalen Integration eine weitere hinzuzufügen.

Im folgenden ist darzulegen, dass der angesprochene Schein trügt. Zumal die geschichtswissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema 'Integration' angesichts der Bedeutung, welche die Europäische Union in den gut vier Jahrzehnten ihres Bestehens weit über die Grenzen ihrer Mitgliedstaaten hinaus sowohl für die Konfiguration des internationalen Systems - angesprochen ist die gewachsene Zahl von regionalen Zusammenschlüssen - als auch für Gegenwart und Zukunft eines von der Gemeinschaft umschlossenen Kleinstaats gewonnen hat, keiner prinzipiellen Rechtfertigung bedarf. Für die regionale Nachkriegsgeschichte stellt die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft das wohl bedeutendste Strukturelement dar. Durch Schaffung und zunehmende Vernetzung gemeinschaftlicher Institutionen bildete sich auf der Bühne der internationalen Politik allmählich ein Akteur, der die Rolle der europäischen Nationalstaaten relativierte und das Leben ihrer Bewohner auf vielfältige Weise beeinflusste. Dieser andauernde Formationsprozess ging nicht ohne Krisen und Rückschläge vonstatten. Stagnation und Misserfolge gehörten von Beginn weg zu den Charakteristika der Körperschaft, die 1957 mit den Verträgen von Rom ihre Grundstruktur gefunden hatte.

Die Euratom-Genese nachzuvollziehen ist eine ebenso anspruchsvolle Aufgabe wie das adäquate Erfassen des Strukturwandels im Energiesektor, der die europäische Energiewirtschaft in den fünfziger Jahren mit voller Wucht erfasste und das Wirken der Montanunion vom Zeitpunkt ihres Bestehens an nachhaltig prägte: In den Auffassungen des Begriffs 'Europa' erscheinen nach dem Zweiten Weltkrieg politische, sozio-ökonomische und militärisch-strategische Faktoren eng ineinander verflochten. Kalter Krieg, Dekolonisation und regionale Integrationsbestrebungen als bedeutendste weltpolitische Nachkriegs-Parameter verdichteten sich beim Wiederaufbau des zerstörten Kontinents zu einem komplexen Spannungsfeld divergierender Kräfte und Einflussgrößen.⁵

Die frühen politisch-ideologisch eingefärbten Deutungen, aus unterschiedlichen integrationstheoretischen Ansätzen abgeleitet, vermochten die komplexe

⁵ Während die beiden bedeutenden Nachkriegs-Parameter 'Ost-West-Konflikt' und 'Regionale Integration' in dieser Arbeit direkt angesprochen sind, wird der Bereich 'Dekolonisation' nur am Rande erwähnt. Vgl. dazu ausführlich, in der Kombination 'Integration und Dekolonisation': Moser, Thomas: Europäische Integration, Dekolonisation, Eurafrika. Diss., Bern 1997.

Realität des Vergemeinschaftungsprozesses nicht umfassend zu deuten. Erst mit der Freigabe von Quellenmaterial zur Gründungsphase der ersten Europäischen Gemeinschaften hat sich die Forschung seit Mitte der achtziger Jahre erneut den zentralen Konstitutionsbedingungen des europäischen Integrationsprozesses zugewandt. Jüngere Forschungsbeiträge, welche die empirische Erfassung dieser Bedingungen zum Ziel hatten, förderten einen partiellen Revisionsbedarf des bisherigen Erkenntnisstandes zutage. Aufgrund einer erweiterten Faktenlage bedarf die Interpretation der damaligen Ereignisse gewisser Ergänzungen und Präzisierungen. Fragestellung und Aufbau der vorliegenden Arbeit sind denn auch in grösserem Masse von den Lücken geprägt, welche die integrationsspezifischen Kenntnisse aufweisen, als von der Notwendigkeit, wissenschaftliche Redundanz zu vermeiden. In einem Zeitpunkt, da erneut grundsätzliche Weichenstellungen bezüglich der künftigen Ausrichtung und Entwicklung der Gemeinschaft anstehen, vermögen die zusätzlichen Perspektiven möglicherweise ein vertiefteres Verständnis für die gegenwärtigen Problemstellungen in einem fortgeschrittenen Integrationsstadium zu fördern.

Die jüngere Vergangenheit hat gezeigt, dass die europäische Einigung, verstanden als eine Vielzahl konvergierender und divergierender Prozessmechanismen, offensichtlich nicht einfach, wie die 'föderalistisch-universalistische Teleologie' angenommen hat, auf den Zusammenschluss der europäischen Nationalstaaten zu einem Bundesstaat des alten Kontinents hinausläuft.⁶ Ebensowenig, das zeigen die zahlreichen Krisen und Stagnationsphasen, wird sie aus vorwiegend wohlfahrtsstaatlichen Motiven von selber zu wachsender politischer Einheit vorangetrieben, wie dies die neofunktionalistische Schule - wofür Jean Monnet exemplarisch steht - postuliert hat. Angesichts der zunehmenden Eigenständigkeit der europäischen Organe lässt sich der Integrationsprozess andererseits aber auch nicht pauschal als bloße Fortsetzung nationalstaatlicher Politik mit europäischen Mitteln charakterisieren, wie es eine vermeintlich realistische Betrachtungsweise - genannt sei Alan Milward - darzustellen pflegt.

Die Frage nach den Antriebskräften und den politisch-ökonomischen Umständen, die letztlich zu der realisierten Gemeinschaftsstruktur geführt haben, steht im Vordergrund der Studie - ebenso wie die Ermittlung der alternativen Ideen und Vorstellungen, die im Verlauf des Prozesses realpolitischen Sachzwängen geopfert wurden. Auf diese Art lässt sich die Funktion der Gemeinschaft in der Entstehungsphase, ihre Problemlösungskapazität und ihre Grenzen, am besten abschätzen und aufzeigen. Die Erschliessung unterschiedlicher nationaler Handlungszusammenhänge, in die der Integrationsprozess eingebettet war, bezweckt die Rekonstruktion des Vorgehens staatlicher Machträger und lässt zugleich deutlich werden, in welchem Masse der Integrationsvorgang auf gemeinsamen Problemen und Werthaltungen fusste.

⁶ Loth, Wilfried: Der Weg nach Europa, Göttingen 1991, S. 5.

Die Untersuchung ist **methodisch** nicht auf ein bestimmtes Erklärungsmodell festgelegt. Die Arbeitshypothesen orientieren sich weitgehend an den wissenschaftstheoretischen Vorgaben einer Geschichtsschreibung, die weder intentionales Handeln noch anonyme Prozesse ausschliesslich in den Vordergrund stellt.

Anstelle der monographisch-deskriptiven Ansicht eines isolierten Phänomens wird eine Darstellung angestrebt, welche das Wirken der Montanunion und die Gründung der Atomgemeinschaft in einen umfassenderen gesellschaftlichen Rahmen einzubetten sucht. Die Ausweitung der Rahmenbedingungen und die steigende Zahl von Handlungsträgern ziehen allerdings eine zunehmende Verflechtung der Wirkungsketten nach sich. Damit über die deskriptive Rekonstruktion der Vorgänge hinaus eine plausible Auslegung gesellschaftlich-politischer Prozesse möglich bleibt - meint: die notwendige Reduktion der gewachsenen Komplexität auf die wesentlichen integrationsfördernden Aspekte und Komponenten vorgenommen werden kann -, wird der Rückgriff auf die gängigsten integrationstheoretischen Konzepte unumgänglich.

Der Integrationsvorgang als historischer Prozess stellt ein beziehungsreiches Interaktionsmuster dar, und angesichts einer Vielzahl von einwirkenden Faktoren sucht man vergeblich nach monokausalen Erklärungsansätzen. Die Anwendung eines simplen Ursache-Wirkung-Musters ist zum vornherein ausgeschlossen, da es der Vielschichtigkeit integrationspolitischer Abläufe nicht gerecht werden kann. Allein anhand einer begrenzten Auswahl von Impulsen aus der breitgefächerten Einigungsbewegung oder mit der Beschränkung auf die selektive Analyse einzelner Akteure lässt sich die Dynamik des Integrationsvorgangs nicht festhalten. Um den Prozesscharakter der Ereignisfolgen begreifen zu können, gilt es vielmehr, die strukturellen Entsprechungen zu den Handlungsvorgängen hervorzuheben. Die Erfassung historischer Prozesse dient in erster Linie dem Zweck, die Strukturen von relativer Dauer sowie die sie tragenden gesellschaftlichen Akteure und Konstellationen zu orten und im weiteren die relative Bedeutung von intentionalem Handeln in der Konfrontation mit überindividuellen Prozessen aufzudecken.⁷

Die in der Pionierphase der Europäischen Gemeinschaften ablaufenden Ereignisketten weisen unbestreitbar einen hohen Prozesscharakter auf. Beim Versuch, im unübersichtlichen Zusammenspiel von konstanten und variablen Einflussgrössen Konturen zu erkennen und Zusammenhänge blosszulegen, übernehmen Modell-Vorstellungen von prozessualen Abläufen eine wichtige Instrumentalfunktion.⁸ Dabei stellt sich die Frage, wer im Zentrum von gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen steht: Grossmächte, Institutionen, Einzelpersonen oder anonyme Prozesse? Lässt sich die Entwicklung der europäischen Gemeinschaften als rationale Konsenslösung aus der Interaktion involvierter Kräfte ableiten? Oder erscheint sie, flüchtigen Sachverhalten entstammend, als situativ bedingter Kompromiss, als eher zufällig resultierende Schnittmenge vielfältiger Interessen?

Strukturelle Prozessverläufe lassen sich erwiesenermassen durch zielgerichtete Handlungen von Individuen nicht steuern. Einzelne Subjekte vermögen allenfalls die Geschwindigkeit eines Ablaufs zu beeinflussen, nicht aber die grundsätzliche Richtung. Aus diesem Grund bedingt die Auseinandersetzung mit

⁷ Zu Strukturen und Prozessmustern: Link ²1988, Ost-West-Konflikt, S. 47ff und S. 120ff.

⁸ Czempiel 1981, Internationale Politik. Ein Konfliktmodell, S. 53-56 und S. 101-110.

internationalen Beziehungen ein fruchtbares Nebeneinander sich ergänzender gesellschaftlicher und politischer Betrachtungsweisen. Um die Vielfalt der Wirklichkeit annähernd bewältigen und die Komplexität der vorliegenden Sachverhalte auf klare Aussagen reduzieren zu können, reicht weder eine methodische Beschränkung auf die Hermeneutik als klassische Methode des Historismus noch die alleinige Anwendung sozialwissenschaftlicher Argumentationsmuster.

Handlungsorientierte und systemtheoretische Ansätze werden in der geschichtstheoretischen Debatte häufig als Gegensätze dargestellt. Die Anwendungsbereiche von 'Verstehen' und 'Erklären' dürfen aber nicht derart prinzipiell getrennt werden, dass sie sich gegenseitig ausschliessen.⁹ Vielmehr sind sie einander anzunähern, um im Sinne eines Methodenpluralismus erkenntnisfördernd zu wirken. 'Verstehen' als Frage nach den Motiven und Beweggründen eines Handlungsträgers und 'Erklären' als Frage nach der Kausalität eines Geschehens gehören zusammen. Verstehen befriedigt das Bedürfnis nach ganzheitlicher Deutung, Erklären dasjenige nach zergliederter Analyse. Beides ist vonnöten und soll sich nutzbringend ergänzen: Die Motive eines Akteurs müssen nachvollziehbar sein, um sein Handeln erklären zu können, sowie umgekehrt ein Geschehnis erklärt werden muss, um es anschliessend verstehen zu können.

Eine der hauptsächlichen Schwierigkeit bei der Deutung vielschichtiger Wirkungsmuster ergibt sich aus der Feststellung, dass die Absicht, die hinter der Handlung eines Akteurs steht, nicht a priori mit ihrer Wirkung gleichgesetzt werden kann. Andernfalls läuft man Gefahr, mit verkürzten Kausalitäten zu argumentieren und Begriffe wie 'Motive', 'Zielsetzungen' und 'politischer Wille' mit deren Resultanten zu verwechseln. Nur der Ausbruch aus einer unreflektierten 'Zweck-Mittel-Rationalität' macht es möglich, von den handlungsbegleitenden Intentionen zu abstrahieren und den Blick auf die funktionale Interdependenz von Vorgängen sowie auf die strukturellen Entsprechungen zwischen unterschiedlichen Ereignisketten und Entwicklungslinien zu lenken. Funktional den ursprünglichen Intentionen entsprechende Wirkungen von Ereignissen und Prozessen können derart ebenso geortet werden wie deren möglicherweise dysfunktionale Folgen.¹⁰ Damit ist die grundsätzliche Möglichkeit angesprochen, dass ein aufgrund ökonomischer oder technologischer Impulse ausgelöster gesellschaftlicher Wandel mitunter eine Eigendynamik entwickeln und in einem politischen Gefüge unbeabsichtigte Veränderungen und Ergebnisse hervorrufen kann, die sich post festum nicht mehr als Resultante in einem soziopolitischen Kräfteparallelogramm aufschlüsseln oder auf Leitvorstellungen einflussreicher Akteure zurückführen lassen.¹¹

Eine gehöriges Mass an Skepsis scheint speziell bei der Auseinandersetzung mit prozessualen Abläufen im Nuklearbereich angezeigt, da die Entwicklung neuer Technologien gewöhnlich von einer Fülle mehr verschleiernder denn aufklä-

⁹ Ausführlicher dazu Goertz, unter Verweis auf Wilhelm Dilthey. Goertz, Hans-Jürgen: Umgang mit Geschichte, Reinbek 1995, S. 105.

¹⁰ Vgl. Luhmann, Niklas: Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt/M 1994, S. 324ff.

¹¹ Als Beispiel für objektive Wirkungen, die nicht den subjektiven Intentionen entsprechen, mag die Entstehung des Kalten Krieges dienen: Gemäss Befunden aus Quellen und Literatur waren die vielzitierten Bedrohungsabsichten objektiv nicht gegeben - und trotzdem ist aus subjektiv empfundenem Schutzbedarf das Wettrüsten entstanden. Exemplarisch dazu: Loth ²1982, Teilung der Welt S. 9ff und 120ff; Wolf, Reinhard: Nukleare Rüstungskonkurrenz, in: Salewski 1995, S. 195ff.

render Verheissungen und Prophezeiungen umgeben ist. Indem die Atomtechnologie von ihren funktionalen Möglichkeiten her angegangen wird - Anspruch und Wirklichkeit der technischen Entwicklung werden einer kritischen Bilanz unterzogen - ergeben sich Feststellungen, die erheblich von den propagandistischen Beteuerungen der schriftlichen Quellen abweichen. Äusserst problematisch erscheint in Verbindung mit atomarer Technologieentwicklung der diffuse Begriff des 'nationalen Interesses' sowie das ideologisch verbrämte Bild des Nationalstaats als alleinigem und einheitlichem Akteur in den internationalen Beziehungen, so wie es beispielsweise noch bei Morgenthau zutage tritt.¹² In diesem Zusammenhang stellen sich Fragen bezüglich der wahren Identität derjenigen Partikularinteressen, die sich hinter der Legitimation erheischenden Formel des 'Nationalinteresses' verbergen, sowie nach den Mitteln und Methoden, mit denen diese Interessen, unter Berufung auf das Gemeinwohl, ihre Durchsetzung anstreben. Ebenfalls eng mit der Problematik von Tarnen und Täuschen verknüpft sind sowohl die Frage des tatsächlichen Handlungsspielraums von an innerstaatliche Interessenkonstellationen gebundenen Mandatsträgern als auch die Schwierigkeiten, die sich bei der Hierarchisierung von sicherheitspolitischen, ökonomischen und ideologischen Faktoren innerhalb einer Matrix von gegenläufigen Interessen ergeben.

• **Gliederung der Arbeit**

Die Arbeit ist in sechs Kapitel aufgeteilt. An die **Einleitung** anschliessend werden im zweiten Kapitel die wichtigsten **theoretischen Ansätze** zur Deutung von Integrationsprozessen einander gegenübergestellt. Die Orientierung an einem theoretischen Schema dient als Leitlinie der Fragestellung; gesucht werden Konzepte, die zur Erklärung und Strukturierung des empirischen Teils beitragen können. Eine rudimentäre begriffliche Bestandesaufnahme ist nötig, um einen systematischen, aus theoretischen und praxisnahen Elementen bestehenden Raster zu erhalten, der als Ordnungsinstrument dazu dient, gewonnene Erkenntnis zu gliedern, zu gewichten und einzuordnen. Ohne diese Vorarbeit ist die angestrebte Reduktion der Komplexität des Integrationsprozesses angesichts der weitgehenden Verflechtung von nationalen und internationalen Systemen kaum zu bewältigen. Nur mit Hilfe eines begrifflichen Rahmens, der die Vielfalt von Partikularinteressen sowie die konvergierenden und divergierenden Mechanismen im Ablauf eines Integrationsvorgangs umspannt, lässt sich die Dynamik des Gesamtprozesses ansatzweise darstellen und erfassen. Mitnichten soll der Eindruck entstehen, die Theorien würden in der Folge in sozialwissenschaftlicher Manier auf ihren empirischen Gehalt und ihre Stichhaltigkeit überprüft - bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich nicht um eine abstrakte Analyse integrationsfördernder Voraussetzungen. Die Aufstellung der signifikanten integrationstheoretischen Ansätze dient primär dem Vorhaben, vergangenes Handeln zu beschreiben und zu verstehen, ist somit lediglich ein Hilfsinstrument, um Prozessverläufe nachvollziehen und vergleichen zu können.¹³

¹² Morgenthau, Hans: *Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace*, New York 1968.

¹³ Eine dem Anhang beigelegte Chronologie mit Eckdaten der Integration sowie eine integrierte Darstellung des Ablaufs der 'Relance' im 4. Kapitel mögen dazu beitragen, die Einordnung der im Textverlauf diskontinuierlich geschilderten, tatsächlich aber zeitgleich ablaufenden Prozessmechanismen zu erleichtern.

Die Politikwissenschaftlichen Arbeiten sind in den vergangenen Jahren insgesamt methodisch aufwändiger und empirisch reichhaltiger geworden. Der Methodenpluralismus ist erheblich, Quelleninterpretationen und Fallstudien sind ebenso zu finden wie die der 'oral history' zuzurechnenden Interviews mit den Eliten der Gründerzeit. 'Anything goes' ist man versucht zu sagen, mit dem Ergebnis, dass die jeweilige Erklärungskraft der Untersuchungen umstritten bleibt, und sich in diesem Wettbewerb noch keine klaren Standards herausgebildet haben. Aus diesem Grund wurde darauf verzichtet, das Kapitel mit den Anmerkungen zur Theorie der internationalen Beziehungen von Grund auf neu zu gestalten - die Überarbeitung blieb auf punktuelle Ergänzungen beschränkt. Die zu Beginn der Arbeit erstellte Zusammenstellung der relevanten Theorie-Elemente hat ihren zweckgerichteten Nutzen bewahrt, da nach wie vor keine stringente theoretische Basis existiert, die die Komplexität von Integrationsprozessen umfassend und zufriedenstellend zu erklären vermag (und es höchst zweifelhaft erscheint, dass es diese Theorie je geben wird). Hinweise auf die ausgeweitete Forschungsagenda finden sich - auch hier auf die thematisch relevanten Teildisziplinen beschränkt - dem Abschnitt 'Forschungsstand' beigelegt.

"Energiegeschichte ist immer auch Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie politische Geschichte", konstatiert Hohensee.¹⁴ Und, liesse sich anfügen, die politische Einigung Europas der vergangenen Jahrzehnte ist ohne ihren wirtschafts-, sozial- und kulturgeschichtlichen Hintergrund kaum zu verstehen. "La construction politique de l'Europe n' a pas été, et n' est pas, une affaire purement politique. L'Europe ne peut avancer sans une intégration des sociétés européennes", stellt Kaelble daher zurecht fest.¹⁵

Lange Zeit spielten die wirtschaftlichen Aspekte in der geschichtlichen Forschung zur europäischen Integration aber nur eine untergeordnete Rolle. Ein Grund dafür ist darin zu sehen, dass selbst von Wissenschaftlern wie Loth der "Primat der Politik" und die "schwache Rolle der Wirtschaft im Integrationsprozess" unterstellt wurde.¹⁶ Erst in der jüngeren Vergangenheit fanden die tiefgreifenden Umwälzungen im ökonomischen Bereich, die die europäische Integration mitentscheidend vorangetrieben haben, allmählich die ihnen zustehende Beachtung. Auch mit Blick auf die energie- und wirtschaftspolitischen Aspekte des Wirkens der Montanunion, denen im Vergleich zur Erforschung der politischen Bedeutung der Institution wenig Aufmerksamkeit zukam, besteht Nachholbedarf. Diese Lücke gilt es im **dritten Kapitel** - wenigstens ansatzweise - zu füllen.

Ein Blick auf die nach den kargen Jahren einsetzenden gesellschaftlichen Transformationsprozesse - genauer: einem Exkurs über die Dynamik von wachsenden Konsumbedürfnissen und steigendem Energiebedarf am Anfang einer beispiellosen wirtschaftlichen Boomphase - markiert den Anfang des von der Tätigkeit der Montanunion geprägten Kapitels. Anhand von Akten aus EGKS-Beständen und mit Hilfe der einschlägigen Literatur werden die im Spannungsfeld von industriellen, nationalen und europäischen Interessen entworfenen

¹⁴ Hohensee, Jens: Energie-Politik-Geschichte, in: Hohensee/Salewski 1993, S. 8.

¹⁵ Kaelble, Hartmut: L'Europe 'vécue' et l'Europe 'pensée' au XXe siècle. Les spécificités sociales de l'Europe, in: Girault 1994, Identité et conscience européenne, S. 27.

¹⁶ Loth, Wilfried: Entstehung und Entwicklung der EG im Lichte zeitgeschichtlicher Analyse, in: Viertel, Grit: Die EG als Forschungsobjekt der Zeitgeschichte. Tagungsbericht, in: Integration 15/1992, S. 52-56.

Massnahmen und Konzepte der Hohen Behörde einer exemplarischen Betrachtung und Einschätzung unterzogen.

Ein Übersicht über die kohle- bzw. energiepolitischen Probleme auf nationaler und internationaler Ebene in den ersten Nachkriegsjahren führt zur Frage nach den zentralen Leitmotiven der europäischen Energiepolitik in der Nachkriegszeit. Welches Gewicht wurde dabei versorgungspolitischen, sicherheitspolitischen, wettbewerbspolitischen und sozialpolitischen Aspekten beigemessen? Eine Nachzeichnung der Umwälzungen im europäischen Kohlebergbau soll die unterschiedlichen Facetten des europäischen Energieproblems, auf das die Montanunion eine politische Antwort zu geben hatte, in differenzierter Form dokumentieren. Anhand der Entwicklungstrends der Kohle- und Erdölwirtschaft - das Teilkapitel 'Öl' folgt auf den Kohleabschnitt - werden die wirtschaftlichen Strukturprobleme des europäischen Bergbaus in den 50er Jahren analysiert. Welches waren die Ursachen für die zunehmende Wettbewerbsuntauglichkeit der europäischen Kohlewirtschaft in einem globalisierten Markt? Welche Faktoren begründeten die Anpassungsdefizite und trugen damit zur Ablösung der Kohle durch das Erdöl bei?

Die gut dokumentierten energiepolitischen Antworten und Modernisierungsstrategien, die die Hohe Behörde der EGKS gegenüber den bedrohlichen Entwicklungen im Kohlesektor bereithielt, werden anschliessend in geraffter Form dargelegt und kommentiert. Einem Binnenmarkt für Kohle - einschliesslich starker supranationaler Institutionen - als einem dem Wettbewerbsgedanken verpflichteten Konzept standen schon bald 'Planification'-Modelle sowie protektionistische Bestrebungen der Kohleproduzenten zur Abschottung der europäischen Kohle vom internationalen Wettbewerb gegenüber. Was sich in komplexen Abstimmungsprozessen innerhalb der Montanunion letztendlich an konsensfähigen Konzepten durchzusetzen vermochte, entpuppte sich nicht selten als vielschichtige oder gar widersprüchliche Kompromisse, die sich in der Folge oft nur mühsam - wenn überhaupt - umsetzen liessen.

Die politischen Konzeptentwürfe nahmen wiederholt Bezug auf Energiemarktanalysen, die innerhalb der EGKS, aber auch in anderen europäischen Organisationen wie der OECE, ausgearbeitet wurden - auch dies eine Analogie zu den Ereignissen und Abläufen im Rahmen der 'Relance européenne'. Die wiederholten Anläufe zur Ausgestaltung einer einheitlichen europäischen Kohlepolitik förderten die Grenzen der Montanunion sowie den anfänglich unterschätzten Umfang des Strukturwandels und die Unterschiedlichkeit der nationalen Interessen schonungslos zutage. Offensichtlich reichte eine bloss auf den Kohlesektor beschränkte Politik nicht aus, um den tiefgehenden Wandel im Energiesektor zu bewältigen. Die Hohe Behörde war daher bemüht, zu einer allgemeinen Energiepolitik im Rahmen der Sechsergemeinschaft zu kommen. Dieser Versuch eines Neuanfangs und das finale Scheitern der Hohen Behörde in der Kohlekrise bilden den Abschluss des Kapitels.

Eine zusätzliche Präzisierung ist noch anzufügen: In den summarisch gehaltenen Ausführungen geht es nicht in erster Linie um die Entscheidungsprozesse in den Gremien der Montanunion. Vielmehr wird der Versuch unternommen, das spannungsreiche Kräftefeld europäischer, nationaler und verbandspolitischer Interessen in exemplarischer Weise auszuloten. Im Hinblick auf die nationale Ebene beschränkt sich dieser Abschnitt in weiten Teilen - auch hier eine Parallele zum Thema 'Nuklearkooperation' - auf die Akteure in der Bundesrepublik und in Frankreich. Der Untersuchungszeitraum bleibt auf die erste Dekade des

Bestehens der Gemeinschaft für Kohle und Stahl beschränkt, wobei der Schwerpunkt - wieder in Anlehnung an 'Relance' und Euratom-Genese - bei den Anfangsjahren der Montanunion liegt, markiert durch den Aufbau der Gemeinschaft und die Öffnung des gemeinsamen Kohlemarktes.

War auf dem Kohlesektor die Suche nach einem Ausweg aus Stagnation und Strukturkrise das prägende Merkmal der Rekonstruktionsphase, so zeichnete sich schon während des Krieges ab, dass die Lage beim Erdöl anders sein würde. Beim 'Schwarzen Gold' stand nicht eine Rationierung des Mangels, sondern die Frage der Verteilung des im 'Überfluss' vorhandenen Rohstoffs im Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Basis eines im Vergleich mit der Kohle gegenläufigen Prozesses, der die Energieversorgung Westeuropas mit geballter Macht innerhalb weniger Jahre umgestaltete, bildeten umfangreiche Ölfunde auf der arabischen Halbinsel, die eine tiefgreifende Verschiebung der regionalen Gewichte im Erdölmarkt nach sich zogen und bewirkten, dass die 'Öl-Landkarte' neu gezeichnet werden musste.

Hauptsächliches Ziel des auf den Markt drängenden nahöstlichen Öls war der Wachstumsmarkt Europa. Das dem Erdöl gewidmete Unterkapitel hat zum Ziel, die strukturelle Entwicklung in der Mineralölbranche vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis ans Ende der 50er Jahre nachzuzeichnen und dabei die Ursachen der zwischenzeitlichen Dekartellisierung in diesem bedeutendsten Zweig der Energiewirtschaft zu ergründen.

Ein Vergleich der Entwicklungen im Kohle- und Ölsektor lässt die Asymmetrie im Wettbewerb der beiden Energieträger hervortreten und rundet das Kapitel 'Energie und Europa' im Sinne einer Zwischenbilanz ab - bezogen auf die Energieträger Erdöl und Kohle.

Die energiepolitische Dimension der Atomtechnologie und die sich an den Grundsätzen politischer Geschichtsschreibung orientierende Erörterung der strategisch-machtpolitischen Aspekte der Nukleargemeinschaft bilden den **zweiten thematischen Schwerpunkt** der Arbeit.¹⁷

Die Verhandlungen zur Gründung einer Atom- und einer Wirtschaftsgemeinschaft waren nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft der zweite ernstzunehmende Versuch, die mit der Montanunion begonnene Integration westeuropäischer Staaten zu vertiefen. Der im Frühjahr 1955 initiierten 'Relance européenne' war Erfolg beschieden - auch wenn die von der Nukleargemeinschaft erhofften Integrationsimpulse in der Folge fast vollständig ausblieben. Als Kraftquelle der Integration wirkte fortan die Wirtschaftsgemeinschaft, deren Entstehung in dieser Arbeit nur am Rande Beachtung findet. Diese Feststellung könnte zur Annahme verleiten, eine Annäherung an Euratom lasse bloss eine Auseinandersetzung mit Aspekten einer gescheiterten Gemeinschaft zu.

Tatsächlich wurde der Atomgemeinschaft in der Anfangsphase der 'Relance' im Vergleich zur EWG mehrheitlich eine grössere Bedeutung beigemessen. Selbst im Jahre 1956 rechneten Beobachter angesichts der französischen Vorbehalte gegen eine Wirtschaftsgemeinschaft noch damit, dass allenfalls die Nuklearorganisation - nicht aber die EWG - zum geplanten Termin ihre Tätigkeit aufnehmen

¹⁷ Zum Begriff 'Politische Geschichte': Hillgruber, Andreas: Politische Geschichte in moderner Sicht, in: HZ 216/1973, S. 529-552.

könnte. Euratom wurde zu diesem Zeitpunkt als einzig mögliche Ergänzung der Montanunion und als Hoffnungsträger für die Weiterführung des festgefahrenen Gemeinschaftswerks angesehen.¹⁸ Die Initianten hofften, durch die Vergemeinschaftung der zukunftssträchtigen Atomwirtschaft zu einer besonders wirksamen und bindenden Form der sektoralen Integration zu finden. Die anfänglichen Erwartungen erwiesen sich aber als zu optimistisch, und die Europäische Atomgemeinschaft sah sich in der Folge mit dem Urteil konfrontiert, nur ein Begleitumstand und eine Randbedingung der Bildung des Gemeinsamen Marktes gewesen zu sein.

Die Untersuchung bemüht sich, dieses harte Verdikt zu relativieren und ihm die Anti-These von der hohen Relevanz der Nuklearorganisation bei der erfolgreichen Überwindung des Integrationsstillstandes entgegenzustellen. Die erkenntnisleitende Intention ist darauf ausgerichtet, die Funktion und Bedeutung der Europäischen Atomgemeinschaft in einer entscheidenden Prozessphase regionaler Integration zu ergründen. Zu diesem Zweck müssen die im Umfeld der 'Relance' wirkenden Impulse und Triebkräfte sowie die parallel zu den politischen Prozessmechanismen ablaufenden strukturellen Veränderungen im Energiesektor dargestellt werden, die sowohl das Zustandekommen der Römer Verträge begünstigten als auch dafür verantwortlich waren, dass Euratom zu keiner Zeit die hohen Erwartungen an die Nukleargemeinschaft erfüllen konnte.

Im Kontext der Euratom-Entstehung zeigt sich die Nukleartechnik in ein Dreieck eingebunden, dessen Spitzen - gebildet von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft - im Kraftfeld von Ost-West-Konflikt, europäischer Neugestaltung und künftiger Wirtschaftsentwicklung allesamt bemüht waren, den euphorisch begrüßten Energieträger zugunsten ihrer spezifischen Zielvorstellungen einzubinden. Augenfällig ist dabei die Instrumentalisierung der Atomtechnologie zu Legitimationszwecken: auch wenn sich die hochrangige Bedeutung der Energiepolitik für eine prosperierende Ökonomie grundsätzlich nicht bestreiten lässt, wird klar ersichtlich, dass die propagierte Utopie der friedlichen Atomenergie-Nutzung in penetranter Weise darauf abzielte, alle militärischen Absichten staatlicher Atomprogramme mit einem Dunst wohlfahrtsfördernder Aktionen zu umnebeln. Aus diesem Grund zielt die Untersuchung unter anderem darauf ab, die meist ungenannte militärische Option im Bereich staatlicher Atompolitik aufzudecken und zu belegen.

Die Ermittlung der treibenden Kräfte des nuklearen Transnationalismus ist ein weiteres zentrales Anliegen des Kapitels. Gesucht werden Antworten auf die grundsätzliche Frage nach der politisch-ökonomischen Bedeutung der Atomgemeinschaft: Bezog die Nuklearorganisation ihren Sinngehalt aus der Funktion als Hebel der westeuropäischen Integration - oder bestand ihr Hauptzweck in der Förderung der Kernenergie-Entwicklung? Diente die forcierte Förderung der nuklearen Stromerzeugung tatsächlich dem propagierten Nutzen einer energiewirtschaftlichen Unabhängigkeit der europäischen Staatengemeinschaft, oder waren es vielmehr technologische und finanzielle Zwänge, d.h. die Einsicht in die Rückständigkeit der eigenen Nuklearforschung, welche die Kooperationsbereitschaft der Europäer in entscheidendem Masse förderten? Wurde das Argument der Stärkung europäischer Unabhängigkeit nur als Vorwand gebraucht, um auf kür-

¹⁸ BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 383, 8.2.1956. Einschätzung der europäischen Integrationsbestrebungen durch die Administrativkommission für Atomenergie des Bundes.

zestem Weg zur Herstellung eigener Nuklearwaffen zu gelangen? Oder entpuppte sich Euratom letztlich bloss als probates Mittel zur Durchsetzung amerikanischer Reaktortechnik in Westeuropa?

Zur Erarbeitung der nuklearen Thematik wurden energiepolitische Studien sowie Deutungsmuster im Spannungsbereich von steigendem Energieverbrauch und wirtschaftlichem Wachstum ebenso beigezogen wie Konfliktmodelle zur internationalen Politik und Theorieansätze zum Phänomen regionaler Integration.

Der Entschluss, Tätigkeit und Wirkung des Aktionskomitees Monnet zur exemplarischen Darstellung eines '**externen Akteurs**' auszugestalten, erklärt die erhöhte Aufmerksamkeit, die dem 'Comité d' Action' in Form eines separaten Unterkapitels zuteil wird.

Nachdem die Hauptrolle bei der Erörterung von strategischen und machtpolitischen Fragen den nationalen Handlungsträgern zustand, liegt der Akzent bei der Würdigung von Monnets Tätigkeit auf der transnationalen Ebene. Unter dem Aspekt 'Transnationalismus und dritte Akteure' werden beispielhaft Entscheidungsmechanismen, Handlungslogiken und Netzwerke offen gelegt, die innerhalb eines vielschichtigen, komplexen Entscheidungsfindungsprozesses mithalfen, das angestrebte Verhandlungsergebnis zu erzielen und die gewünschten Vertragsabschlüsse zu realisieren. Im Vordergrund steht dabei das Bestreben, sich in exemplarischer Weise den Methoden und Instrumenten eines Entscheidungsträgers anzunähern, der innerhalb nationaler, internationaler, transnationaler und supranationaler Institutionen und Organisationen massgeblich zur Umsetzung des Schuman-Plans sowie zum Gelingen der 'Relance' beigetragen hat.

Dem von Monnet mit Hilfe seines Komitees gesponnenen feinmaschigen Beziehungsnetz ist unbestreitbar eine signifikante Rolle bei der Durchsetzung der 'Relance' zuzuschreiben. Auf die Bedeutung des konzentrisch angelegten Beziehungs-Zirkels wird sowohl in den Quellen als auch in der Literatur mehrfach hingewiesen.¹⁹ Im Gegensatz zu anderen pro-europäischen Verbänden war die Arbeit des 'Comité d' Action' aber nicht primär darauf ausgerichtet, die öffentliche Meinung für das europäische Vorhaben zu mobilisieren; vielmehr zielten die Aktivitäten Monnets darauf ab, einen direkten Einfluss auf die am Prozess beteiligten Akteure - sowohl staatliche als auch non-gouvernementale - auszuüben. Das Lobbyieren im direkten persönlichen Kontakt erwies sich bei der Umsetzung der anvisierten Ziele als das wirksamste Mittel.

Aus arbeitsökonomischen und methodischen Gründen musste der reizvolle Ansatz, die weitverzweigten Kontakte der Komitee-Mitglieder systematisch offenzulegen und damit der Nachhaltigkeit des Wirkens des ersten 'Ehrenbürger Europas' (1976) nachzugehen, auf Ansätze beschränkt bleiben. Die aufwendige Umsetzung dieses Vorhabens böte Stoff für eine eigenständige Arbeit, wobei das umfangreiche und nur teilweise ausgewertete Material der 'Fondation Jean Monnet' in Dornoy/Lausanne quellenseitig einem reichen Startkapital gleichkäme.²⁰

¹⁹ BA E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 358, 23.4.1957. "(...) entscheidende Impulse zum Abschluss der Verträge letztlich den vielfältigen Bemühungen sowie den internationalen Beziehungen Monnets entstammten" (OECE-Gesamtdtschaftssekretär F. Walthard an den bundesrätlichen Delegierten für Atomfragen, O. Zipfel). Fontaine, Pascal: *Le Comité d' Action pour les Etats-Unis d' Europe*, Lausanne 1974, S. 31. Roussel, Eric: *Jean Monnet 1888-1979*, Paris 1996, S. 403.

²⁰ Für die Untersuchung von Beziehungsnetzen bietet sich die hauptsächlich von Sozialwissenschaftlern, Historikern und Politologen verwendete Methode der Netzwerkanalyse an. Die in der

Nur am Rande – quasi als ein Begleitprodukt des als 'Prozessfenster' verwendeten OECE-Aktenkonvoluts - wird auf die alternative Option einer europäischen Nuklearkooperation im Rahmen der '**Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit**' sowie auf die **atompolitische Haltung der Schweiz** eingegangen. Die Aufnahme einer kurz gehaltenen Darstellung des Vorhabens der 'Dreizehn' steht in direktem Zusammenhang mit der Quellenlage und erfolgte ausserdem aufgrund der Tatsache, dass der von Nichtmitgliedern des Sechserbundes initiierte Vorstoss als Konkurrenzunternehmen und als Störfaktor gegenüber den Beschlüssen von Messina konzipiert war – wobei der Haltung Grossbritanniens ein besonderes Augenmerk gebührt.

Die Herausbildung der nuklearpolitischen Position der Schweiz sowie deren Umsetzung durch staatliche und non-gouvernementale Akteure im Rahmen der OECE-Arbeitsgruppen wird in knapper Form beleuchtet. Das Vorhaben zielt darauf ab, einige der im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms NFP 42 'Schweizerische Aussenpolitik' gewonnenen Erkenntnisse auf das Beispiel der multilateralen Nuklearkooperation anzuwenden und fallspezifisch zu ergänzen. Dabei wird die Wechselwirkung zwischen Aussenpolitik und Netzwerken ebenso thematisiert wie deren Bedeutung bei der Transformation der internationalen Beziehungen vom Bilateralismus zum Multilateralismus.²¹

Angesichts eines anfänglich lebhaften Interesses der Schweizer Industrie am Aufbau von atomtechnischen Produktionskapazitäten wären die im Bundesarchiv liegenden Akten der ständigen Schweizer Delegation bei der OECE, die die schweizerische Mitwirkung an der ausserhalb der Brüsseler Gemeinschaft praktizierten Nuklearkooperation ausführlich dokumentieren, überdies dazu geeignet, die im Rahmen von multilateralen Kontakten verbliebenen Einfluss- und Partizipationsmöglichkeiten der schweizerischen Wirtschaftsverbände nachzuweisen. Dies, nachdem feststeht, dass der zuvor praktizierte Bilateralismus seine Popularität auf der Arbeitgeberseite vor allem der Tatsache zu verdanken hatte, dass er

Literatur gut dokumentierte Technik erlaubt sowohl eine quantitative als auch eine graphische Analyse von Gruppenbeziehungen. Einen verständliche Einführung in die Methode bieten die Publikationen von Knoke/Kuklinski und Scott, während das Handbuch von Franz Pappi den Ansatz in seiner theoretischen Dimension umfassend darstellt. Vgl. Knoke, David; Kuklinski, James H.: *Network analysis*, Beverly Hills 1982. Pappi, Franz Urban (Hrsg.): *Methoden der Netzwerkanalyse*, München 1987. Knoke, David: *Political networks. The structural perspective*, New York 1990. Marin, Bernd; Mayntz, Renate (Hrsg.): *Policy networks*, Frankfurt/M 1991. Ohlemacher, Thomas: *Persönliche Netzwerke und die Mobilisierung politischen Protests. Stand der Forschung und strukturanalytische Perspektiven*, Berlin 1991. Scott, John: *Social network analysis*, London 1991.

Als Beispiele von Anwendungen der Netzwerkanalyse bei der Untersuchung von transnationalen Organisation im erweiterten Rahmen der Europäischen Bewegung seien genannt: Engler, Hans: *Die LECE im europäischen Integrationsprozess 1947-1957*, Lizentiatsarbeit, Bern 1996; Kocher, Tanja: *Die Gewerkschaft der Individualisten. Die Liberale Internationale 1947-1957*, Lizentiatsarbeit, Bern 1998.

²¹ Vgl. dazu: Herren, Madeleine; Zala, Sacha: *Netzwerk Aussenpolitik. Internationale Organisationen und Kongresse als Instrumente der schweizerischen Aussenpolitik 1914-1950*, Zürich 2001. Das Buch beschreibt den Wandel der internationalen Beziehungen von einer Summe nationaler Aussenpolitiken zu einem vielschichtigen Netzwerk von multilateralen Kontakten. Für die staatliche Aussenpolitik war dieser Prozess eine Herausforderung, da diese Netzwerke staatliche wie non-gouvernementale Aktivitäten umfassten. Die staatliche Beteiligung an dieser neuen Entwicklung musste abgesichert werden, und die Instrumente der Aussenpolitik bedurften einer Anpassung an die neuen Strukturen der internationalen Beziehungen.

das wichtigste Einfallstor zur Geltendmachung von Sonderinteressen war.²² Die quantitative Aufarbeitung derartiger Anschlussfragen – so auch eine vertiefte Beurteilung der 'Experten'-Tätigkeit innerhalb von multilateralen Delegationen – musste an dieser Stelle aus arbeitsökonomischen Gründen aber unterbleiben.

Der abschliessende Versuch, den Strukturwandel auf dem Energiesektor im Zusammenhang mit dem Wirken der Montanunion sowie der komplexen Realität der Euratom-Gründung zu deuten, stellt die Ebenen des akteurbezogenen Handelns und der epochalen Strukturentwicklung nochmals in geraffter Form einander gegenüber. Die **Synthese** zielt darauf ab, die dominierenden Antriebskräfte des Integrationsprozesses hervorzuheben und die Grenzen intentionalen Tuns im Spannungsfeld mit übergeordneten Vorgängen und Abläufen aufzuzeigen.

²² Exemplarisch: Hug, Peter; Kloter, Martin (Hg.): Aufstieg und Niedergang des Bilateralismus, Zürich 1999.

1.2 Forschungsstand und Quellenlage

'Europa' ist zu einem attraktiven Arbeitsfeld geworden: Von einem Randthema, das häufig als Unterkategorie des Bereichs 'Internationale Organisationen' neben anderen Phänomenen interstaatlicher Interaktion abgehandelt wurde, ist es zu einem Gegenstand des akademischen Diskurses geworden, der viel Aufmerksamkeit und Forschungsmittel anzieht. Die Zahl der wissenschaftlichen Einrichtungen und Vereinigungen, die sich mit dem Thema beschäftigen, hat erheblich zugenommen. Die Dozentenschaft der Jean-Monnet-Lehrstühle hat europaweite Netzwerke gespannt, und die Publikationen von transnational zusammengesetzten Historikergruppen dokumentieren eine rege Forschungstätigkeit. Auch das spezialisierte Lehrangebot ist gestiegen: das Europäische Hochschulinstitut in Florenz sowie eine wachsende Anzahl europäischer Universitäten offerieren eine breite Palette von postgraduierten Studiengängen.

Auch haben immer mehr Verlagshäuser 'Europa' entdeckt: Die Beschäftigung mit Aspekten der europäischen Integration fördert eine unüberblickbare Fülle von Schriften und Quellen zutage. Der Umgang mit den Materialien offenbart - um einen zeitgemässen Vergleich zu bemühen - dasselbe Dilemma wie die Benutzung des Internets: Nicht das Auffinden von Werken und Dokumenten bereitet Mühe; als aufwendig und zeitintensiv erweist sich vielmehr die Aufgabe, Brauchbares von Ungeeignetem zu trennen. Aus quantitativen Gründen muss die Besprechung der bearbeiteten Literatur auf eine begrenzte Anzahl benutzter Werke und auf eine recht willkürliche Auswahl bibliographischer Hinweise beschränkt bleiben.

Ein allgemein akzeptierter methodischer Ansatz für die historische Erforschung des europäischen Integrationsprozesses konnte nicht eruiert werden. Der einst berechtigte Vorwurf, die Geschichte der Europaidee beschränke sich auf die Einschätzung machtentrückter Konzepte des politischen Zusammenschlusses in Europa, trifft aber heute nicht mehr. Die jüngere Forschung zeigt eine Reihe neuer Wege und Perspektiven auf, die über supranationale Konzepte hinauszielen und die regionale Integration längst nicht mehr auf gouvernementale Beziehungen eingrenzen. Übersichtsdarstellungen, die Einblick in den Diskussionsstand der einzelnen Disziplinen bieten und auch die sich mehrenden Versuche zur interdisziplinären Weiterentwicklung der integrationstheoretischen Wissensbasis vorstellen, gibt es einige. Als nützliche Synopse des 'state of the discipline' kann eine aktuelle Publikation von Loth angeführt werden, die beim Einstieg in eine unübersichtliche Forschungslandschaft notwendige Orientierungshilfen bietet.²³

Eine ganze Reihe aus Kolloquien und Historikertagungen hervorgegangener Sammelbände zeugt vom gestiegenen Interesse der Geschichtswissenschaft am Thema 'Integration und europäischen Identität'.²⁴ Dass sich dabei eine gewisse

²³ Loth, Wilfried; Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Theorien europäischer Integration, Opladen 2001. Die Beiträge entstammen einer Tagung zu 'Stand und Entwicklung theoretischer Konzepte zum europäischen Integrationsprozess' (23./24.9.1999, Essen). Siehe auch Rosamond, Ben: Theories of European integration, Basingstoke 2000.

Zur Entwicklung der Integrationshistoriographie, vgl: Gerbet, Pierre: La France et l' intégration européenne. Essai d'historiographie, Bern 1995, sowie Wurm, Clemens A. (Hg.): Early European Integration as research field. Perspectives, Debates, Problems, in: ders., Western Europe and Germany. The beginnings of European Integration 1945-1960, Oxford/Washington 1995.

²⁴ Publikationen der 'Verbindungsgruppe': Poidevin, Raymond (Hrsg.): Histoire des débuts de la construction européenne, (mars 1948 - mai 1950), Brüssel 1986; Schwabe, Klaus (Hrsg.): Die

wissenschaftliche Redundanz nicht vermeiden lässt, belegen exemplarisch die Variationen Pierre Guillens zum Thema: 'La France et la négociation du traité d' Euratom'.²⁵ Als besonderes Verdienst ist der Verbindungsgruppe der Historiker - 'European Community Liaison Committee of Historians' in der englischen Fassung; ein Zusammenschluss führender Integrationshistoriker aus den EU-Ländern - anzurechnen, dass sie mit der Aufnahmen ihrer Arbeit im Jahre 1982 eine breite Öffnung innerhalb der auf nationale Geschichtsschreibung fixierten Historikerkunft zu initiieren vermochten. Ausserdem publiziert die Gruppe seit 1995 das 'Journal of European Integration History' (JEIH), eine Zeitschrift, die als permanentes Forum der Forschung dient.

Nebst den traditionellen Verfahren zur Erforschung der Ursachen politischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Integration sowie zur Klärung der praktischen Durchsetzung gemeinsamer Institutionen enthalten die zitierten Bände auch Beiträge zu transnationalen Parteien und Organisationen, zur kulturellen Integration der Wissenschaften und zur gesellschaftlichen Annäherung der Sozialstrukturen. In unterschiedlicher Weise verlassen die neuen Ansätze ausgetretene Pfade und durchleuchten bisher vernachlässigte Themenbereiche im Umfeld der europäischen Idee. Vor allem werden die regionalen Zusammenschlüsse intensiver im historischen Gesamtkontext analysiert, in ihren engen Beziehungen zu sozioökonomischen Situationen und materiellen Interessenlagen ebenso wie zu innenpolitischen Zwängen und aussenpolitischen Sachlagen. Die Öffnung erstreckt sich überdies auf transnationale gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen, die von den Zeitgenossen zwar erlebt und mitgeformt, gleichzeitig aber nicht direkt als europäische Entwicklung reflektiert werden.²⁶

Ebenfalls der Mentalitätsgeschichte zuzurechnen ist die Schilderung der Entstehung eines offenen, auf Zusammenleben und Kooperation ausgerichteten europäischen Regionalbewusstseins. Die Ausweitung des Blicks auf eine gesamt-

Anfänge des Schuman-Plans 1950/51, Baden-Baden 1988; Serra, Enrico (Hrsg.): *Il rilancio dell' Europa e i trattati di Roma*, Brüssel 1989; Trausch, Gilbert (Hrsg.): *Die europäische Integration vom Schumanplan bis zu den Verträgen von Rom*, Baden-Baden, 1993; Dumoulin, Michel (Hrsg.): *Plans des temps de guerre pour l' Europe d' après guerre 1940-1947*, Brüssel 1995; Deighton, Anne; Milward, Alan (Hrsg.): *Widening, Deepening and Acceleration: The European Economic Community 1957-1963*, Baden-Baden 1999; Loth, Wilfried (Hrsg.): *Crises and Compromises: The European Project 1963-1969*, Baden-Baden 2001.

Sammelbände anderer Autoren: Herbst/Bührer/ Sowade (Hrsg.): *Vom Marshallplan zur EWG*, München 1990; Loth, Wilfried (Hrsg.): *Die Anfänge der europäischen Integration 1945-1950*, Bonn 1990; Hecker, Hans (Hrsg.): *Europa - Begriff und Idee*, Bonn 1991; Salewski, Michael (Hrsg.): *Nationale Identität und europäische Einigung*, Göttingen 1991; Kreile, Michael (Hrsg.): *Die Integration Europas*, PVS, Sonderheft 23, Opladen 1992; Mommsen, Wolfgang (Hrsg.): *Der lange Weg nach Europa*, Berlin 1992; Hudemann/Kaelble/Schwabe (Hrsg.): *Europa im Blick der Historiker*, HZ, Beiheft 21, München 1995; Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Europäische Integration*, Opladen 1996.

25 Guillen, Pierre: *La France et la négociation du traité d' Euratom*, in: *Relations internationales*, Nr. 44, 1985, S. 391-412. Ders.: *L' Europe - remède à l' impuissance française? Le gouvernement Guy Mollet et la négociation des traités de Rome (1955-57)*, in: *Revue d' histoire diplomatique* 102 (1988), S. 319-335. Ders.: *La France et la négociation des traités de Rome: l' Euratom*, in: Serra 1989, *Rilancio*, S. 513-24. Ders.: *La France et la négociation du traité d' Euratom*, in: Dumoulin 1994, S. 111-129.

26 Darunter fallen beispielsweise die als Bestandteil des gelebten Europas im Berufs- und Freizeitalltag anfallenden Verflechtungen zwischen den nationalen Gesellschaften, wodurch sich der räumliche Erfahrungshorizont vieler Europäer - Ferienreisen! - signifikant erweitert hat. Abzuwarten bleibt in diesem Zusammenhang, wie sich die Einführung des neuen regionalen Symbols, des 'Euro' - 'Europa zum Anfassen' - auf die Erweiterung der 'europäischen Identität' auswirken wird.

heitliche Sicht der europäischen Einigung - meint: die Ergänzung der politischen durch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Facetten - bedeutet eine notwendige Abstützung der Geschichte des politisch gewollten Zusammenschlusses durch die erkundete Geschichte des real existierenden Europas. Die breiter abgestützte Analyse bietet eine willkommene Gelegenheit, die reine Ideengeschichte zu verlassen und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hintergründe der Vergemeinschaftung näher zu beleuchten. Ausserdem vermag der erweiterte Ansatz den Charakter der regionalen Integration adäquater abzubilden: Die entscheidende Phase des europäischen Zusammenschlusses begann mit der Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes und seinen in der Folge induzierten gesellschaftlichen Auswirkungen - und nicht mit der misslungenen Ausgestaltung einer einheitlichen Aussen- oder Sicherheitspolitik.²⁷

Europabewusstsein und zielgerichtete europäische Integrationspolitik stehen in einem engen Wechselverhältnis zum gelebten Europa. Einerseits haben sie dieses mitbestimmt, sie wurden aber umgekehrt durch die europäischen Realität selber auch gestützt und verstärkt. Allein die Tatsache lässt sich kaum bestreiten, dass wesentliche Elemente des gelebten Europas - die Vereinheitlichung von Konsum-Mustern, die zunehmende Verbreitung von Fremdsprachen-Kenntnissen, die Migration von Studenten und Berufsleuten - sich ohne die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes und ohne Beseitigung der innereuropäischen Barrieren für Menschen und Waren nicht so rasch und nicht so intensiv entwickelt hätten. Ohne das gelebte Europa wäre die regionale Integration möglicherweise ein technokratisches Kunstprodukt geblieben, und das Europabewusstsein wäre als eine reine Ideologie verstanden worden.

Das Einarbeiten in die Landkarte der integrationstheoretischen Forschungsansätze musste, um dies gleich vorzuschicken, aus arbeitsökonomischen Gründen schwergewichtig auf die für die vorliegende Arbeit bedeutsamen Beiträge der politikwissenschaftlichen und der geschichtswissenschaftlichen Disziplinen beschränkt geschehen - am Rande ergänzt durch einzelne Elemente der ökonomischen Integrationstheorie.²⁸

Das Einlesen in die Themenkreise **'Internationale Beziehungen'** und **'Europäische Integration'** geschah mit Hilfe von Gesamtdarstellungen, die in den

²⁷ Zur Entwicklung von Mentalitäten und Wahrnehmungen der Europäer: Girault, René (Hg.): *Identité et conscience européenne au XXe siècle*, Paris 1994 sowie den für 2002 angekündigten, von Robert Frank betreuten Folgeband zum Kolloquium 'Les identités européennes au XXe siècle: diversités, convergences et solidarités' (30.9.-2.10.1999, Paris); Pastoureau, Michel; Schmitt, Jean-Claude: *Europe. Mémoires et emblèmes*, Paris 1994.

²⁸ Die Tatsache, dass sich die westeuropäischen Volkswirtschaften seit dem Boom der 50er und 60er strukturell angeglichen haben, der Gegensatz zwischen Agrarländern und Industriestaaten kleiner wurde, vermochte die Wissenschaft erst zu inspirieren, als Milward die Erfassung der Rolle der Nationalstaaten im Integrationsprozess und insbesondere die Ergründung der ökonomischen Antriebskräfte ins Zentrum seines Forschens rückte. Dadurch wurden die Konzepte der Erforschung des internationalen Systems endlich um die wirtschaftliche Dimension erweitert. Der von amerikanischen Politologen entwickelte Ansatz der 'International Political Economy' zielte darauf ab, das älteren Theorien anhaftende Manko der Vernachlässigung ökonomischer Faktoren zu kompensieren. Vgl. Gilpin, Robert: *The Political Economy of International Relations*, Princeton 1987. Zum Stand der ökonomischen Integrationstheorie: Loth/Wessels 2001, *Theorien europäischer Integration*, S. 35-86; Schaffner 1993, *Vereinigte Staaten von Europa?*, S. 69-80.

entsprechenden Sachbereichen teilweise bereits als Klassiker fungieren.²⁹ Aufschluss über den Stand der Interdependenz-Theorie sowie über den Transnationalismus-Ansatz vermittelten ebenfalls als Standardwerke geltende Arbeiten.³⁰ Der die Formen grenzüberschreitender Kooperation untersuchende Interdependenz-Ansatz vermochte ursprünglich der Debatte um die Entstehungsfaktoren internationaler Zusammenarbeit neuen Auftrieb zu verleihen und wies darüber hinaus erstmalig die verminderte Steuerungsfähigkeit des Nationalstaats nach, während der mit der Ausdehnung klassischer Kooperationsmuster in den Mittelpunkt gerückte transnationale Bereich der Interdependenzforschung dazu beiträgt, die Identifikation nichtstaatlicher Handlungsträger zu erleichtern.

Wiederholt wird in der Literatur die weitgehende Einstellung der Forschungsarbeit an im engeren Sinne integrationstheoretischen Fragen ab Mitte der siebziger Jahre moniert, ohne dass ein auch nur halbwegs befriedigender Erkenntnisstand vorgelegen habe.³¹ Tatsächlich waren die vor zehn Jahren verfügbaren Ansätze zur Erklärung des Verlaufs regionaler Integrationsprozesse aus politologischer Perspektive so lückenhaft, dass angesichts der aktuellen Bedeutung solcher Prozesse für die politische Praxis nicht die Fortführung, sondern, im Gegenteil, die Einstellung der wissenschaftlichen Arbeit auf diesem Gebiet einer Rechtfertigung bedurft hätte. Die offensichtliche Aufwertung der integrationstheoretischen Diskussion im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts erhöhte den Output an Forschungsergebnissen im politikwissenschaftlichen Bereich erneut massiv; eine Verdichtung auf eine überschaubare Anzahl von allgemein anerkannten Ansätzen oder theoretischen Schulen hat aber noch nicht stattgefunden. Vielmehr existiert auf dem integrationstheoretischen Feld ein Forschungskanon von erheblicher Spannbreite und Variationsdichte. Die jüngst publizierte Literatur zur regionalen Integration bietet folglich eine Menge von Detaildarstellungen, die Auskunft über historische Abläufe geben, sowie zahlreiche Beiträge zu ihrem Verständnis. In Ermangelung einer stringenten theoretischen Basis lassen sich die Interpretationen jedoch, so plausibel sie klingen mögen, nur bedingt für Erklärungszwecke nutzen.

Als umfassende und kritische Darstellung der politikwissenschaftlichen Theorien regionaler Zusammenschlüsse ist das Werk von Ruth Zimmerling hervorzuheben.³² Nebst eingehender Diskussion der klassischen integrationstheore-

²⁹ Siehe auch Anmerkung 25. Deutsch, Karl W.: *Analyse internationaler Beziehungen*, Frankfurt/M 1971; Czempel, Ernst-Otto: *Internationale Politik. Ein Konfliktmodell*, Paderborn 1981; Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Regime in den internationalen Beziehungen*, Baden-Baden 1989; Rittberger, Volker (Hrsg.): *Theorien der internationalen Beziehungen*, PVS-Sonderheft 21, Opladen 1990; Loth, Wilfried: *Der Weg nach Europa*, Göttingen 1991; Rittberger, Volker: *Internationale Organisationen. Politik und Geschichte*, Opladen 1994; Woyke, Wichard (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*, Opladen 1995; Chwaszcza, Christine; Kersting, Wolfgang (Hrsg.): *Politische Philosophie der internationalen Beziehungen*, Frankfurt/M 1998.

³⁰ Kaiser, Karl: *Transnationale Politik*, PVS, Sonderheft 1/1969, S. 80ff; Hrbek, Rudolf: *Eine neue politische Infrastruktur? Zum Problem transnationaler Kooperation und Koalition politischer Parteien in der EG*, in: *Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa. Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik*, Band 43/44, Bonn 1976, S. 345-390; Keohane, Robert O.; Nye, Joseph S.: *Power and Interdependence*, Boston 1977; Kohler-Koch, Beate: *Interdependenz*, in: Rittberger 1990, S. 124f; Keohane, Robert O.: *International institutions: can interdependence work?*, in: *Foreign Policy* 110/1998, S. 82-96.

³¹ Zimmerling 1991, *Externe Einflüsse*, S. 16 und Bellers/Häckel: *Theorien internationaler Integration und internationaler Organisationen*, in: Rittberger 1990, S. 287.

³² Zimmerling, Ruth: *Externe Einflüsse auf die Integration von Staaten*, Freiburg 1991. Ebenfalls zur Theorie regionaler Integration: Frei, Daniel (Hg.): *Theorien der internationalen Beziehungen*,

tischen Arbeiten von Mitrany, Haas, Deutsch, Etzioni und Nye - um nur eine Auswahl zu nennen - richtet die Autorin ihr Hauptaugenmerk auf die Optionen einer sinnvollen Fortführung der theoretischen Beschäftigung mit regionaler Integration, darunter auf die Frage nach der kausalen Verknüpfung von strukturellen Einflussvariablen bzw. Hintergrundbedingungen mit dem Verlauf von Integrationsprozessen, sowie auf eine Kategorie von Grössen, die in den erweiterten Integrationsmodellen Joseph Nyes unter der Bezeichnung 'externe Akteure' als lange vernachlässigter Prozessmechanismus erscheint.³³

Auch eine bloss selektive Betrachtung der theoretischen Modelle, die versuchen, Teilaspekte eines Integrationsprozesses zu beschreiben oder zu erklären, lässt eine ansehnliche Vielfalt von teilweise sehr unterschiedlichen Ansätzen erkennen. Diese Tatsache hängt unter anderem damit zusammen, dass die Politische Wissenschaft im Bereich der Internationalen Beziehungen noch immer eine junge Wissenschaft ist, so dass noch keine Konzentration auf eine einigermaßen überschaubare Anzahl von einheitlichen und allgemein akzeptierten klassischen Ansätzen oder theoretischen Schulen stattfinden konnte. Vielmehr existiert im Bereich der Integrationsforschung ein tendenziell weiter zunehmendes Nebeneinander von theoretischen Ansätzen mit teilweise widersprüchlichen Inhalten.

Die Theorienvielfalt verweist auf die Komplexität des Forschungsgegenstandes. Ein Integrationsprozess stellt eine mehrstufige und mehrdimensionale Entwicklung dar, die nur schwerlich umfassend und in einer allgemein verständlichen Weise beschrieben und damit auch erklärt werden kann. Insofern erscheint der gegenwärtige 'Wildwuchs' von unterschiedlichen Erklärungsansätzen in diesem attraktiven und umworbene Forschungsgebiet einigermaßen verständlich.

Als **Fazit** des kursorischen Überblicks über die theoretischen Ansätze der historischen und der politikwissenschaftlichen Integrationsforschung lässt sich festhalten, dass nach wie vor kein theoretischer Ansatz existiert, der den Verlauf von Integrationsprozessen zufriedenstellend erklären kann. Positiv ist aber zu werten, dass seit Mitte der achtziger Jahre eine erneute Aufwertung der integrationstheoretischen Diskussion stattgefunden hat, die im Verlauf des letzten Jahrzehnts in eine markante Ausweitung der Forschungsagenda mündete.

Obwohl sich bislang noch keine befriedigenden theoretischen Erklärungsmuster durchsetzen konnten, bleibt unbestritten, dass politische und wirtschaftliche Integration in der Realität stattfindet. Die Umsetzung des europäischen Binnenmarktkonzeptes belegt diese Behauptung, ebenso wie die Realisierung der Währungsunion oder die seit dem Ende des Kalten Krieges erfolgte Annäherung zwischen den Ländern West- und Osteuropas.

Die kritische Einschätzung der vorhandenen integrationstheoretischen Ansätze sowie das Erwähnen von Forschungsdefiziten soll nicht zur Passivität verleiten; eher lassen sich daraus Desiderata für die künftige Forschung ableiten: Zu

München 1973; Herbst, Ludolf: Die zeitgenössische Integrationstheorie und die Anfänge der europäischen Einigung, in: VfZ Jg. 34/1986, S. 161-205; Bellers/Häckel: Theorien internationaler Integration und internationaler Organisationen, in: Rittberger 1990, S. 286-310; Schaffner, Urs: Vereinigte Staaten von Europa? Der Einfluss externer Faktoren auf die Integrationsentwicklung, Bern 1993.

³³ Nye, Joseph S.: Patterns and Catalysts in Regional Integration, in: Nye 1968, International Regionalism, S. 332-349; ders.: Peace in Parts, Boston 1971; ders.: Mechanismen und Voraussetzungen regionaler Wirtschaftsintegration, in: Frei 1973, S. 195-209.

diskutieren sind Theorien mittlerer Reichweite, die die Integrationsentwicklung in Westeuropa während der vergangenen 50 Jahre erfassen und erklären können. Der Neo-Funktionalismus bietet dafür zwar dynamische Ansätze, deren Nutzen und Grenzen wurden aber bereits zur Genüge ausgelotet. Neue Impulse in Form von empirisch gestützten Überlegungen vermag allenfalls die Fusionstheorie in die Diskussion einzubringen.

Weiter sollten die Bemühungen darauf abzielen, die Ansätze der verschiedenen Forschungsrichtungen wechselseitig stärker zu erschliessen, so dass die Flut von Detailuntersuchungen erkenntnissteigernd genutzt werden kann. Ebenso sind die Trennlinien zwischen Arbeiten, die der theoretischen Grundlagenforschung zugehören, und praxisorientierten Studien abzubauen. Damit könnte möglicherweise die Sprachlosigkeit theoretischer Schulen gegenüber aktuellen Themen der politischen Agenda verringert werden, so wie umgekehrt auch die mangelnde Rückkoppelung von konkreten institutionellen Entwürfen und erkenntnistheoretischen Basismodellen behoben werden könnte.

Insgesamt gilt es, die Hürden zwischen den Disziplinen und Sprachräumen vermehrt zu überwinden, um dadurch einen gemeinsamen Diskursraum zu schaffen; dies nicht in erster Linie in der Absicht, Fragestellungen und Methoden zu harmonisieren, sondern um einen ertragreichen Wettbewerb zu fördern und das vorhandene Potential konstruktiver zu nutzen.

Paradigmen und Kontroversen der Integrationshistoriographie

Seit der Öffnung der Archive zu Beginn der 80er Jahre befindet sich die historische Forschung zur frühen europäischen Integration in voller Expansion. Die gewachsenen Skepsis gegenüber einer idealistischen Deutung von Europa-Plänen liess die Forschung stärker nach der tatsächlichen Wirkungskraft von Europa-Ideen auf die Politik und die Öffentlichkeit fragen. Die Erkenntnis, dass die Europa-Vorstellungen nicht isoliert und marginal auftraten, führten dazu, dass die Aspekte 'Internationalität' und 'Interdisziplinarität' innerhalb der Forschung stärker in den Vordergrund traten. Durch die Vielschichtigkeit der methodischen Ansätze wurde eine Fülle von Erkenntnissen über den europäischen Integrationsprozess, seine Ursachen und Bedingungen, hervorgebracht. Nicht ohne Grund versucht daher die Forschung derzeit, durch vermehrte Synthesen das Erreichte im Überblick zu sichern, um dadurch neue Perspektiven gewinnen zu können.³⁴

Nachfolgend wird die Weite des Forschungsfeldes auf die Darlegung der wichtigsten Themen und Stränge reduziert, d.h. auf die Funktionalismus-Föderalismus-Kontroverse und die von Milward angeführte 'revisionistische' Debatte sowie die Frage nach dem 'historischen Ort der Gemeinschaftsbildung' in der Nachkriegsgeschichte Europas.³⁵

³⁴ Nebst dem Journal of European Integration History mit seinem Forschungs- und Rezensionsteil gewährt auch die im Ansatz interdisziplinäre Berichterstattung von Wolfgang Wessels im 'Jahrbuch der Europäischen Integration' einen Einblick in den 'state of the art' (seit 1985).

³⁵ Milward, Alan: The reconstruction of Western Europe 1945-1951, London 1984; ders.: Entscheidungsphasen der Westintegration, in: Herbst 1986, Westdeutschland, S. 231-245; ders.: Nationale Wirtschaftsinteressen im Vordergrund, in: Integration, 10/1987, S. 100-106; ders.: Was the Marshall Plan necessary?, in: Diplomatic History, 13/1989, S. 231-253; ders. 1992, The European Rescue of the Nation-State; ders. 1993, The Frontier of National Sovereignty; ders.: The European Monetary Agreement, in: Trausch 1993, S. 115-128; ders.: Allegiance. The Past and the Future, in: Journal of European Integration History 1/1995, S. 7-19.

Der Anfang der jüngeren Integrationshistoriographie kann als Reaktion auf die in den 50er und 60er Jahren entwickelten Integrationstheorien gedeutet werden, und zum Teil beanspruchte sie für sich - Milward³⁶ -, sämtliche theoretischen Ansätze in Frage gestellt zu haben. Die Auseinandersetzung mit der frühen interdisziplinären Europaforschung, die eine am historischen Prozess orientierte Analyse bieten wollte und in deren Mittelpunkt das Verhältnis von 'Nationalstaat' und 'Europa' stand, prägte die von Historikern aufgeworfenen Fragestellungen zur Geschichte der europäischen Integration in den vergangenen zwei Jahrzehnten.

Die Frage nach Bedingungen, Antriebskräften und Zielen der Integrationsprozesse entfachte bereits in den 50er und 60er Jahren eine intensive Debatte zwischen den Vertretern des föderalistischen und des funktionalistischen Erklärungsmodells. Der klassische **Funktionalismus** geht zurück auf die bereits in den 30er Jahren von Mitrany vorgestellte Konzeption, die sich als Polemik gegen die vom französischen Premier Aristide Briand und dem Europa-Aktivisten Coudenhove-Kalergi vorgelegten Einigungspläne verstand. Mitrany lehnte regionale Unionen ab; sein Funktionalismus-Ansatz, den er 1943 in 'A Working Peace System' konkretisierte, fokuzierte auf das Verhältnis von konkreten Aufgaben und praktischer Problembewältigung einerseits und der territorialen Organisation politischer Autorität andererseits. Nach Ansicht Mitrany's entsteht durch diese funktionale Zusammenarbeit ein flexibles Gebilde, das sich je nach Sachnotwendigkeit auf andere Gebiete ausdehnen kann, aus dem sich aber Länder auch wieder zurückziehen können.³⁷

Die Popularität des Funktionalismus erlebte in den 50er Jahren einen enormen Aufschwung. Mit der erfolgreichen Ratifikation der Montanunion sowie der Gründung von Wirtschafts- und Atomgemeinschaft wurde das funktionale Gedankengut in die Realität umgesetzt, wobei der Erfolg des Ansatzes durch das Scheitern der föderalistisch strukturierten EVG im August 1954 noch begünstigt wurde. Unter dem Eindruck der erfolgreichen Gemeinschaftsbildung sowie dem anfänglichen Scheitern der Einigungsbestrebungen nach dem Zweiten Weltkrieg gaben Haas und Lindberg der funktionalistischen Theorie eine neue Richtung.³⁸ Haas' **Neofunktionalismus** identifizierte zwei wichtige Komponenten des Integrationsprozesses: erstens die Herausbildung einer transnationalen Gesellschaft, und zweitens die Macht der Experten und Institutionen auf europäischer Ebene. Anders als bei Mitrany steuerte der Integrationsprozess ein konkretes politisches Ziel im regionalen Massstab an: eine europäische Föderation, die allerdings nicht durch einen konstitutionellen Akt begründet, sondern durch allmähliche Konstituierung einer supranationalen Autorität geschaffen wurde. Ein einmal begonnener Integrationsprozess wies Haas zufolge eine "expansive logic of integration" auf. Auf breitem Raum wird in 'The Uniting of Europe' die gesellschaftliche Grundlage der Integration untersucht, gleichzeitig aber auch das 'theoretische Niemandsland' des Funktionalismus verortet. Politische Anleihen konnten die

³⁶ Milward 1992, *Rescue*, S. 17ff.

³⁷ Mitrany, David: *The progress of international government*, London 1933; ders.: *A Working Peace System. An argument for the functional development of international organization*, London 1943; ders.: *The functional approach to world organization*, in: *International Affairs* 24/1948.

³⁸ Haas, Ernst B.: *The Uniting of Europe. Political, social and economical forces 1950-57*, London 1958; Haas, Ernst B.: *Turbulent fields and the theory of regional integration*, in: *International Organization*, 30/1976, S. 173-212; Lindberg, N.: *The political dynamics of European Economic Integration*, Stanford 1963.

Neofunktionalisten bei der sektoralen Integrationsmethode Monnets machen, wurde doch in den Einigungsplänen immer wieder die 'unité des faits' beschworen. Der Neofunktionalismus schien von dem Glauben auszugehen, das gesellschaftliche Interesse nach mehr Kooperation sei ohne Grenzen, und so musste die Stagnation des Integrationsprozesses gleichzeitig auch eine - bis Mitte der 80er Jahre dauernde - Krise der neofunktionalistischen Theorie bedeuten.³⁹

Diese 'Doppelkrise' der europäischen Integration führte zu einer Wiederbelebung des **föderalistischen** Ansatzes, der unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zugleich politische Einigungsstrategie und theoretischer Erklärungsversuch sein wollte. Vor allem Lipgens hat in seinem umfangreichen Werk die These begründet, dass die europäische Integration durch einen grundsätzlichen Wandel im politischen Bewusstsein der nationalen Entscheidungsträger - aber auch der öffentlichen Meinung - nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs bedingt sei und auf die Herausbildung eines europäischen Bundesstaates hinauslaufe.⁴⁰ Der souveräne Nationalstaat sei ein anachronistisches Gebilde, das sich als unfähig erwiesen habe, seine historischen Funktionen - die Gewährung von Sicherheit und Wohlfahrt - zu erfüllen. Aus diesem Grund hätten sich hellseherische Akteure geradezu gedrängt gefühlt, diesen überholten Herrschaftsbund durch einen einheitlichen europäischen Bundesstaat zu ersetzen, der überdies in Zukunft alleine mächtig genug sein würde, eine eigenständige weltpolitische Rolle im Interesse Europas zu spielen. Folgerichtig wird die europäische Integrationsgeschichte von der Lipgens-Schule als Prozess gesehen, der, vom Idealismus und der politischen Willenskraft einzelner Akteursgruppen angetrieben, die problematische Souveränität der Nationalstaaten durch deren Einbindung in supranationale Strukturen zu überwinden habe.

Lipgens' Intention war es auch zu demonstrieren, dass die politische Dynamik der föderalistischen Bewegung für die Gestaltung Europas ausschlaggebend war; er versuchte zu zeigen, "wie aus einer politischen Idee eine organisierte Einigungsbewegung wurde und wie es ihr gelang, im westlichen Teil Europas Parteien und Regierungen zu Anfängen konkreter Einigungspolitik zu bewegen". Besonders seine 'Documents' versuchten in einer Zeit, in der Europa immer mehr zum "blossen Adressaten für Begehrlichkeiten" verkam, die Motivation der 'Gründerväter' für die Krisen- und Reformdebatte produktiv zu machen.⁴¹ "Die 'Documents on the History of European Integration' wollen dazu beitragen, ein Defizit aufzuarbeiten", erklärte Mitherausgeber Loth, "den Mangel an selbständiger

³⁹ Schaffner 1993, Vereinigte Staaten von Europa?, S. 33; Pentland, Charles: International Theory and European Integration, London 1973, S. 141.

⁴⁰ Lipgens, Walter: Die Anfänge der europäischen Einigungsbewegung 1945-1950, Stuttgart 1977; Lipgens, Walter; Loth, Wilfried (Hrsg.): Documents on the History of European Integration, Vol. I-IV, Berlin/New York 1985-90.

⁴¹ Forschungsbeiträge, welche die empirische Erfassung der Integrationsbedingungen zum Ziel hatten, bewirkten in einzelnen Bereichen tiefgreifende Neubewertungen des Erkenntnisstandes. Ein Beispiel betrifft die Einschätzung der Rolle der 'Gründerväter', wobei der Einfluss der Initiatoren von Montanunion und Römischen Verträge - im Vergleich zur materiellen Interessenslagen der Nationalstaaten und der aussenpolitischen Konstellation, d.h. Kalter Krieg und amerikanische Einflussnahme - auch heute noch sehr kontrovers beurteilt wird. Exemplarisch dazu Hinweise auf die Rolle Adenauers im Integrationsprozess: Schwabe, Klaus (Hrsg.): Adenauer und die USA, Bonn 1994. Schwarz, Hans-Peter: Adenauer und die Kernwaffen, in: VfZ, Jg. 37/1989, S. 567-93.

Identität und historischem Selbstbewusstsein der Europäischen Gemeinschaft."⁴² Im Mittelpunkt der Analyse und der politischen Ambitionen stand dementsprechend, als Ausdruck des neuen Bewusstseins, die Schaffung von europäischen Institutionen und einer europäischen Verfassung. Wilfried Loth, soviel ist nachzutragen, hat die föderalistische Sichtweise seines akademischen Lehrers Lipgens später relativiert und versucht, ähnlich wie in seiner bekannten Darstellung des Kalten Krieges, eine postrevisionistische Vermittlungsfunktion einzunehmen.⁴³

Die von Lipgens bemühte 'neue Identität' als Ursache europäischer Integration hat der Neofunktionalist Haas in späteren Veröffentlichungen angezweifelt und sich damit teilweise selbst revidiert. Trotz der Kapitulation des Nationalstaates sei Europa "weit davon entfernt, eine neue Gesellschaft gründen und gestalten zu wollen, einen neuen Menschen zu schaffen, sondern ihr [der Menschen] Ziel ist lediglich, eine bestehende Lebensform, die durch den siegreich beendeten zweiten Weltkrieg erneut möglich war, zu sichern. Somit entsprangen die regionalen Einigungsbestrebungen damals einem mehr oder weniger konservativem Impuls: man suchte nach neuen Formen, um bereits Bestehendes zu erhalten. (...) Jedes der sechs Länder hielt es aus eigenen nationalen Gründen und nicht auf Grund einer klaren gemeinsamen Zielsetzung sowohl für möglich wie auch wünschenswert, den Weg wirtschaftlicher Integration zu beschreiten und zu diesem Zweck supranationale Institutionen zu schaffen" (nüchtern, pragmatisch: man meint schon Milward zu vernehmen).⁴⁴ Die föderalistische Geschichtsschreibung eines europäischen Bewusstseins musste sich ausserdem gefallen lassen, als "zu esoterisch" charakterisiert zu werden: In der politischen Ideengeschichte des modernen Europa seien die Föderalisten "eher Randerscheinungen" geblieben, ihre Pläne und Proklamationen seien "zu isoliert und einflusslos gewesen, als dass sie zum grossen Gang der europäischen Geschichte gehörten".⁴⁵ Watt bezeichnete die Föderalisten als "distinguished outsiders and distinguished nobodies".⁴⁶

Während die vorangehende Kontroverse dem politischen Motiv entsprang, unter dem Eindruck einer allgemeinen Eurosklerose den Königsweg eines integrationspolitischen Fortschritts zu finden, entbrannte Mitte der 80er Jahre in der historischen Forschung eine '**revisionistische**' **Debatte** um die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Gemeinschaft. Wirtschaftliche Integration - ja; politische Föderation - nein: Der die Gegenposition zu Lipgens markierende Alan Milward, der sich gegen überholte 'Schulweisheiten' wandte und frühere Deutungsmuster in wesentlichen Elementen für unhaltbar erklärte, äussert sich in seinen Beiträgen apodiktisch und sucht die idealistischen Integrationsansätze der Neofunktionalisten durch Hinweise auf viel handfestere materielle Interessen und

⁴² Loth, Wilfried: Integrationsgeschichte in Dokumenten (Forschungsbericht), in: Integration, 10/1987, S. 128ff; ebd: Vertragsverhandlungen bei abklingender Europabegeisterung, S. 107ff.

⁴³ Vgl. Loth/Wessels 2001, Theorien europäischer Integration, S. 95-98. Zum Kalten Krieg: Loth 1982, Die Teilung der Welt 1941-1955.

⁴⁴ Haas, Ernst B.: Die Einigung Europas, in: Sidjanski/Haas/Lindberg/Clapham/Schröder: Erfolg und Krisen der Integration, Köln 1969, S. 48.

⁴⁵ Zit. nach Kaelble, Hartmut: Europabewusstsein, Gesellschaft und Geschichte. Forschungsstand und Forschungskontroversen, in: Hudemann/Kaelble/Schwabe 1995, Europa im Blick der Historiker, S. 1-29, hier: S. 1.

⁴⁶ Zit. nach Schwarz, Hans-Peter: Die Strassburger Anfänge multinationaler Integrations-Historiographie, in: Poidevin 1986, Histoire des débuts, S. 453.

Motive der bedrängten Nationalstaaten zu widerlegen.⁴⁷ Mit der Verbreitung seines wohlbekannten Diktums, wonach die Gründung der Europäischen Gemeinschaften das Werk von Nationalstaaten war, "ausdrücklich dazu geschaffen, diese zu bewahren und zu stärken", stieg der Brite zum Wortführer der Gegenperspektive auf, obwohl er mit seinem Revisionismus insofern offene Türen einrannte, als seit geraumer Zeit ein Konsens darüber bestand, dass Integration einen vielschichtigen Komplex von Zielsetzungen und Prozessen darstellt, der sich aus dem Zusammenspiel unterschiedlicher konvergierender und divergierender Absichten und Perspektiven ergibt.⁴⁸

In mehreren Varianten wiederholte Milward seine These, wonach der westeuropäische Integrationsprozess auf Interessen der Nationalstaaten, nicht aber auf irgendwelchen Idealen oder bestimmten föderativen Konzepten beruhe. Integration sei von den beteiligten Staaten nur bis zu jenem Grad akzeptiert worden, der die Befriedigung nationaler Interessen gewährleistete. Nicht die These von einer Ablösung des Nationalstaates durch eine politische Union, sondern die Stärkung, ja sogar das Überleben des Nationalstaates in einer veränderten internationalen Umwelt, sei der Schlüssel zum Verständnis des Integrationsgeschehens nach 1945: "Here the interpretation is that the very limited degree of integration that was achieved came about through the pursuit of the narrow selfinterest of what were still powerful nation-states". Gleichzeitig richtet sich diese Interpretation jedoch auch gegen die herkömmliche funktionalistische Theorie - einschliesslich 'spillover'-Effekt: "The historical evidence is that it [integration] came into existence to cope with certain historically specific and welldefined economic and political problems and, those problems resolved, there would be no further momentum from the national interest towards any further stage of economic or political integration". Der Integrationsprozess vollzog sich demnach im Spannungsfeld mehrerer nicht leicht harmonisierbarer Bedingungen: Erstens musste jeder Fortschritt durch die Nationalstaaten kontrollierbar bleiben; gleichzeitig musste die Integration weitreichend genug sein, um Erfolg zu haben; und drittens mussten die Transformationslasten und Integrationsgewinne zur Zufriedenheit aller Teilnehmer verteilt werden.⁴⁹

Ihre politische Brisanz erhielt Milwards These zum Verhältnis 'Nationalstaat - supranationales Europa' weniger dadurch, dass sie grundsätzlich neue Ursachen zur Erklärung des Integrationsprozesses in die Diskussion einbrachte; die Provokation des Briten bezog sich auf das Ziel des Integrationsprozesses. Nicht - wie die Föderalisten meinten - das vereinte Europa und damit die Überwindung des Nationalstaates als politische Ordnungs- und Gestaltungsmacht stehe am Ende

⁴⁷ Den europäischen Politikern unterstellte Milward wiederholt, ihren Wähleransprüchen dadurch gerecht geworden zu sein, dass sie nationale Interessen mit Hilfe von Integrationslösungen befriedigten: "Das historische Material legt überzeugende Beweise vor, dass der westeuropäische Einigungsprozess nach 1945 weder das zwingende Ergebnis langfristiger sozialer, ökonomischer und politischer Entwicklungen noch das Produkt eines politischen Idealismus der Nachkriegszeit war, wie dies in den vorherrschenden Erklärungsansätzen bisher dargestellt wurde." Milward 1987, Nationale Wirtschaftsinteressen, S. 101f. Am prägnantesten manifestierte sich für den Briten die nationalistische Position in der Person de Gaulles, für den der Nationalstaat die fundamentale politische Realität für Gegenwart und Zukunft repräsentierte, und der einzig aufgrund völkerrechtlicher Verträge bereit war, möglichst kleingehaltene nationale Souveränitätseinbussen zu konzedieren.

⁴⁸ Milward, Nationale Wirtschaftsinteressen im Vordergrund. Neue Erkenntnisse statt überholter Schulweisheiten, in: *Integration*, 10/1987, S. 100-106.

⁴⁹ Milward 1984, *Reconstruction*, S. 492-500.

des Weges, sondern der transformierte, modernisierte Nationalstaat. Dieser hatte sich dem 'welfarism' verschrieben und bezog seine Legitimation aus der Vorsorge für Wachstum und Wohlstand. Beides schien nur erreichbar durch Formen der 'Interdependenz' - ein Begriff, der für Milward die Qualität der transnationalen Beziehungen in Europa treffender zu umschreiben vermag als der Ausdruck 'Integration'. Milwards Thesen wurden als inspirierender Kontrapunkt in der Forschung wahrgenommen, blieben jedoch nicht unwidersprochen. Beispiele hierfür liefern William Wallace und Perry Anderson.

Wallace stellt seinerseits eine Konsolidierung der Nationalstaaten und eine Ausweitung der Integration nur bis in die 60er Jahre fest. Mehr als auf die Rolle der Integration führt er diesen Aufschwung der Nationalstaaten auf die Ausbildung des Wachstums- und Wohlfahrtsstaates mit keynesianischer Wirtschaftssteuerung, Sozialpartnerschaft und sozialpolitischen Weichenstellungen zurück. Nach diesem Höhepunkt jedoch scheint ein Funktionsverlust in fast allen wichtigen staatlichen Bereichen unaufhaltsam voranzuschreiten. Die Steuerung der Volkswirtschaft geriet ausser Kontrolle, ebenso die Sicherung der nationalen Verteidigung und die Vorsorge für die gesellschaftliche Wohlfahrt. In all diesen Politikbereichen offenbare sich die Krise des Wohlfahrtsstaates, den Milward idealtypisch - und damit vereinfacht - abzubilden versuche. Darüber hinaus stelle der Nationalstaat längst nicht mehr den "single focus for loyalty and identity" dar. "The great achievement of the late nineteenth-century West European nation-state (..) was to link accountability, loyalty and legitimacy to authority and power: to tie political community to state power (..). The experience of Western Europe over the past twenty-five years is that this link is now loosening. The nation as a political and social community is disconnecting from the state as provider of security and welfare. Both nation and state have lost coherence, as borders have become more permeable, national myths harder to maintain, ethnic diversity more evident, personal prosperity more dependent on local or transnational factors than on national protection (..). The European nation-state is in retreat."⁵⁰

Anderson setzt sich besonders mit der These Milwards auseinander, die Europäische Integration sei nur ein Produkt kongruierender nationaler Interessen, d.h. der Integrationsprozess beruhe auf "autonomous calculations of national states", auf einem "political consensus inside each nation-state", und der Nationalstaat bleibe demnach, als Variante des Primats der Innenpolitik, weiterhin "master of the process". Anderson betont dagegen vier entscheidende Integrations-Impulse, die jenseits dieser Interessen liegen: die föderalistische Vision, die Zielsetzung der USA, die Bestrebungen zum deutsch-französischen Ausgleich und die Westorientierung der jungen Bundesrepublik.⁵¹ Zudem glaubt der Autor die Rolle von Initiatoren wie Monnet nicht hoch genug veranschlagen zu können. Diese hätten ein 'dynamisches Ungleichgewicht' installiert, das, so Anderson, eindeutig in Richtung einer supranationalen Föderation weise.⁵²

Gegenüber Milwards Position bleibt anzufügen, dass derjenige Gefahr läuft, die Dynamik des europäischen Integrationsprozesses in den fünfziger Jahren

⁵⁰ Wallace, William: Rescue or retreat? The Nation-State in Western Europe, 1945-1993, in: Gowan, Peter (Hg.): The question of Europe, London 1997, S. 21-50, hier: 45f.

⁵¹ Vgl. dazu auch Loths 'Modell der vier Antriebskräfte': Loth 1991, Weg nach Europa, S. 134f. sowie Loth/Wessels 2001, Theorien europäischer Integration, S. 96ff.

⁵² Anderson, Perry: Under the sign of interim, in: Gowan 1997, Question of Europe, S. 51-71.

nicht voll zu erfassen, der für die Betrachtung der Gründerjahre bloss das eine oder andere Element aus der breitgefächerten Einigungsbewegung herausgreift - oder sich mit der Analyse einzelner Akteure im politischen, wirtschaftlichen, administrativen oder gesellschaftlichen Bereich begnügt. Indem die übergeordneten Motive der Vergemeinschaftung weitgehend negiert werden, muss eine Beschränkung auf die ökonomische Ebene des Integrationsprozesses zu kurz zielen. Fast ausschliesslich mit den wirtschaftlichen Zwängen der Nationalstaaten argumentierend, abstrahierte Milward anfänglich allzu stark von der Vielgestaltigkeit der Einigungsimpulse. Nachdem er sich während längerer Zeit dem Vorwurf der Inkonsequenz ausgesetzt sah, weil er zwar die Bedeutung eines von aussenpolitischen Motiven gesteuerten Handelns ebenso anerkannte wie das neue Gewicht von supranationalen Institutionen, trotzdem aber nicht bereit war, diese Faktoren in seine analytischen Arbeiten zu integrieren, bewies der britische Wirtschaftshistoriker Mitte der 90er Jahre doch noch, dass er gegenüber Kritik nicht immun ist. Er erweiterte seinen Ansatz mit dem Konzept der sich 'gegenseitig nicht ausschliessenden Loyalitäten', wonach sich im Rahmen des Integrationsprozesses seit 1945 eine doppelte Loyalität entwickelt habe - die Loyalität zum sich restaurierenden Nationalstaat einerseits und diejenige zu den Institutionen der Europäischen Gemeinschaften andererseits.⁵³

Dass ein Teil der Diskrepanzen in den heftig geführten Debatten auf die Unschärfe und Vieldeutigkeit des Integrationsbegriffs zurückzuführen war, hat Ludolf Herbst bereits 1986 festgestellt, als er darauf hinwies, dass der moderne Integrationsbegriff mehrere 'Theorieschichten' enthalte und sein Erfolg anfangs der 50er Jahre gerade darin bestanden habe, ältere Theoreme zu absorbieren. Als sich 1947, in enger Verbindung mit dem Marshall-Plan, der 'amerikanische' Integrationsbegriff in der politischen Terminologie durchsetzte, wies sein pragmatischer Anstrich und sein bescheidener Anspruch wesentlich weniger Aggressivität gegenüber dem Nationalstaat auf, als dies die Forderung nach 'Föderierung' tat, die sich die Europabewegung aufs Panier geschrieben hatte. Wer von Integration sprach, "konnte Zieldebatten, die die grossen historischen Begriffe 'federation' und 'unification' evozierten, vermeiden. Der Begriff Integration (..) hatte den Nationalstaat selbstverständlich einbezogen, aber keine Abgabe von Kompetenzen, sondern lediglich eine gewisse Zurückhaltung von ihm gefordert. Viele Integrationsbereiche setzten den intakten, handelnden oder doch mithandelnden Staat geradezu voraus". Mit dem Jahre 1950 trat ein "institutioneller Bedeutungskern" in den Vordergrund, ohne dass klar war, in welchem Verhältnis der Nationalstaat zu Europa stehen würde und wie man vom Funktionalismus zum Föderalismus gelangen konnte.⁵⁴

Trotz dieser begrifflichen Ausdifferenzierung blieben die Einschätzungen ambivalent. Unterstützte auf der einen Seite die Integrationshistoriographie weitgehend die Auffassung, die Gemeinschaftsbildung sei eine Erscheinung "sui gene-

⁵³ "The fundamental questions for the history of European integration are why allegiance to the Communities grew, and whether the present allegiance to the institutions of the European Union is permanently subsidiary to, and dependent on, or will eventually replace, that tendered to national or regional government". Milward 1995, *Allegiance*, S. 15.

⁵⁴ Zur Begriffsgeschichte: Herbst, Ludolf: Die zeitgenössische Integrationstheorie und die Anfänge der europäischen Einigung, in: *VfZ* 34/1986, S. 161-205.

ris, a new kind of political animal",⁵⁵ so wurden auf der anderen Seite die Kontinuitäten des föderalen Gedankens in der Geschichte hervorgehoben, um die Europäische Gemeinschaft historisch zu verorten. Die von Lippens festgestellte Kontinuität der föderalistischen Bestrebungen zur Schaffung einer 'Europäischen Verfassung' wurde dazu in einen umfassenderen, doppelten Zusammenhang gestellt. Einerseits wurden gemeinsame Kennzeichen mit den nationalen Föderalisten gesucht: der schweizerische und niederländische Föderalismus wie auch der bahnbrechende Erfolg des Föderalismus in den Vereinigten Staaten dienten als Vorbilder der Europäischen Föderation. Schlüsselmerkmale von Föderationen standen bei diesem historischen Vergleich im Vordergrund: die vormals anarchischen Beziehungen zwischen Staaten werden durch die Herrschaft des Rechts ersetzt; das Gemeinschaftsrecht ist dem Recht des Gliedstaates übergeordnet und wird durch gemeinsame Institutionen der Föderation garantiert; das Recht bindet Staaten und Bürger, d.h. es besteht eine direkte Verantwortlichkeit und Durchgriffswirkung; Institutionen betreiben einen unabhängigen politischen Entscheidungsprozess, der Raum für dezentrale Machtausübung lässt; die Institutionen sind demokratisch verfasst, und eine Konstitution schreibt die Verantwortlichkeiten der politischen Ebenen fest. Dadurch erhalte der Föderalismus wesentliche Impulse vom Wunsch nach Friedenssicherung nach aussen und einem gesellschaftlichen Ausgleich in heterogenen Gesellschaften nach innen.⁵⁶

Wer demgegenüber die europäische Einigung seit Beginn der 50er Jahre als Zäsur in der Geschichte der internationalen Beziehungen begreift, bedarf seinerseits eines einschlägigeren Charakteristikums: Dieses glauben unter anderem Kaelble und Thiemeyer im Begriff der 'Supranationalität' gefunden zu haben.⁵⁷ Thiemeyer will die Bedeutung von EGKS, EWG und EAG "in der völkerrechtlich völlig neuen Konstruktion der Supranationalität" erkennen. Supranationalität wird hier verstanden als Übertragung eines Teils nationaler Souveränitätsrechte auf eine überstaatliche Organisation, d.h. die supranationale Organisation kann "unabhängig von den Nationalstaaten eigene Entscheidungen treffen, die ihre Mitglieder rechtlich binden". Die supranationale Institution werde damit zu einem neuen Akteur im internationalen System, der einem - nicht näher spezifizierten - Gemeinschaftsinteresse verpflichtet sei. Wie wenig dieser Begriff bislang ausgeleuchtet ist, zeigt das Supranationalitäts-Verständnis von Keohane und Hoffmann. Für die amerikanischen Politikwissenschaftler ist die Europäische Gemeinschaft "an experiment in pooling sovereignty, not in transferring it from states to supranational institutions". Für sie steht nicht die Konstituierung der kleineuropäischen, übergeordneten Gemeinschaften im Vordergrund, sondern der Weg der politischen Entscheidungsfindung: Die Mitglieder verzichten auf ihr bedingungsloses Veto und suchen Verständigung durch das Schmieden von Kompromissen. Nationale Interessen seien in diesem Prozess nach wie vor dominierend; die Intensität des supranationalen 'bargaining' erweise sich gegenüber anderen Formen der internationalen Zusammenarbeit aber als deutlich überlegen.⁵⁸

⁵⁵ Walter Hallstein, zit. nach: Herbst 1986, *Zeitgenössische Integrationstheorie*, S. 161.

⁵⁶ Burgess, Michael: *The British Tradition of Federalism*, London 1995, S. 11.

⁵⁷ Kaelble/Winkler (Hg.): *Nationalismus - Nationalitäten - Supranationalität*, Stuttgart 1993; Thiemeyer, Guido: *Supranationalität als Novum in der Geschichte der internationalen Beziehungen der fünfziger Jahre*, in: *JEIH* 4/1998, S. 5-23, hier: S. 5.

⁵⁸ Keohane, Robert O.; Hoffmann, Stanley: *Conclusions. Community Politics and Institutional Change*, in: Wallace 1990, *Dynamics*, S. 276-300, hier: S. 277.

In diese Richtung weist auch der neueste Erklärungsansatz des 'liberal intergovernmentalism', der von Andrew Moravcsik vorgelegt wurde. Moravcsik bietet in Auseinandersetzung mit dem Neofunktionalismus eine Zwei-Stufen-Theorie an, die sich aus der Präferenzbildung auf nationaler Ebene sowie intergouvernementalen Verhandlungsprozessen zusammensetzt. Staaten erscheinen bei Moravcsik als rationale Akteure, die die Interessen der Gesellschaft 'ablesen' und zu einem Zielsystem verbinden. Die Exekutiven verhandeln dann wiederum in der internationalen Arena über die Differenzen. Dem Neofunktionalismus gegenüber erweist sich dieser Ansatz als überlegen: zwar stellte bereits Haas auf die gesellschaftlichen Interessen als Triebkraft der Integration ab; er lieferte jedoch keine Erklärung dafür, unter welchen Umständen Gruppen in der Lage waren, ihre Integrationsforderung durchzusetzen. Sein Problemlösungsansatz war technokratisch und "somewhat naïve". Gleichzeitig betont Moravcsik den von der neofunktionalistischen Denktradition unerklärlich lange vernachlässigte Faktor 'Macht' im Verhandlungsprozess: Speziell im Falle der Anwendung eines Verfahrens von qualifizierter Mehrheitsfindung gewinne dieser Prozess nämlich eine neue Dynamik. Weitgehend ausgeklammert bleiben in der Arbeit Moravcsiks leider zwei Aspekte: zum einen die Frage nach der Relevanz, die supranationalen Akteuren aus historischer Perspektive zuzuschreiben ist, sowie die Einschätzung der Bedeutung von externem Einflüssen auf den Integrationsprozess.⁵⁹

Was den von Milward angesprochenen '**historischen Ort der Gemeinschaftsbildung**' angeht, stellt sich die Frage, ob Europa zu Beginn der Integrationsbemühungen mehr Objekt als Subjekt seiner internationalen Politik war. Mittlerweile gehört es zu den Allgemeinplätzen der Integrationsgeschichte, die europäische Verbindung mit der 'hegemonialen Initialzündung' des Jahres 1947 beginnen zu lassen. Mit der Verkündung des Marshall-Plans betätigte sich die Truman-Administration als Geburtshelfer eines integrierten Europas, indem es die amerikanische Wiederaufbauhilfe an die Bedingung eines koordinierten Gesamtprogramms knüpfte. Was den Widerstands- und Europabewegungen mit ihrer regen Produktion von Nachkriegsplänen nicht gelang, vermochten die USA als 'externer Förderator' qua Grossmacht-Status zu vollbringen: Die Integration verliess die Ebene der politischen Visionen und Entwürfe und wurde integraler Bestandteil der westlichen Nachkriegsordnung.

Die Kontinuität der amerikanischen Unterstützung wird von der Forschung, die die europäische Integration als Fixpunkt der amerikanischen Aussenpolitik sieht, nicht in Zweifel gezogen. Wohl aber werden Fragen gestellt. Fragen nach den Motiven der amerikanischen Europapolitik; nach dem Einfluss Washingtons auf den Integrationsprozess; Fragen nach den bevorzugten Integrationsformen der US-Administration und schliesslich nach der Rolle des Ost-West-Konflikt im Integrations-Zusammenhang - und auch die Frage, ob befürchtet werden musste, dass ein Ende des Kalten Krieges zugleich das Ende der amerikanischen Integrationsförderung bedeuten könnte.⁶⁰ Weitgehend Konsens herrscht darüber, dass die Umsetzung der amerikanischen Ziele sowohl mit wirtschaftlichen als auch mit sicherheitspolitischen Mitteln angestrebt wurde. Lundestad meint diese Politik auf fünf Hauptmotive zurückführen zu können: die Nähe der Integration zum

⁵⁹ Vgl. dazu Kap. 2: Theorie der internationalen Beziehungen.

⁶⁰ Vgl. den einleitenden Problemanriss von Klaus Schwabe, in: JEIH 2/1996 (Sonderheft 1).

amerikanischen Föderationsmodell; das Bestreben, Europa wieder zu einem effizienten und leistungsfähigen Wirtschafts- und Handelspartner zu machen; der Wunsch, die Lasten der Sicherheitpolitik für die Vereinigten Staaten zu mindern; die Eindämmung der sowjetischen Expansion sowie die Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis.⁶¹

Auseinander gehen die Auffassungen bei der Frage nach dem Ausmass des Einflusses der amerikanischen Politik auf den Integrationsprozess. 'Traditionalisten' sehen im amerikanischen Druck zur Kooperation einen wichtigen, wenn nicht sogar den wichtigsten Faktor im Einigungsprozess. "American leadership was initially crucial to the process", urteilt Gillingham und folgert, dass "the history of European integration cannot be written as if social-democratic European nation-states were the only agents driving the process. The deep American involvement in it is evident, as is the fact that it has moved forward at varying speeds (..)".⁶² Unbestritten ist die Patenschaft der USA bei der Gründung der EGKS: sowohl die Aufforderung an Paris, supranationale Schritte zu gehen, als auch das Eingreifen der USA in den Verhandlungsprozess sind Beispiele direkter und erfolgreicher Steuerung. Darauf, dass der gewünschte Erfolg in andern Fällen jedoch ausblieb, hat Schwabe hingewiesen: um einerseits den Marshall-Plan umzusetzen und andererseits Grossbritannien nicht zu verlieren, musste Washington Abstriche an der europäischen Struktur der OECE hinnehmen. Und obwohl von Eisenhower und Dulles massiv unterstützt, konnte 1954 die Verteidigungsgemeinschaft nicht realisiert werden - ein deutliches Zeichen für die Grenzen des amerikanischen Einflusses.

Wie die integrationspolitische Stagnation des Jahres 1949 zeigte, waren die USA ebenso von den europäischen Partnern - insbesondere Frankreich - abhängig wie umgekehrt. Trotz dieser politischen Zwänge und Rückschläge für Washingtons Politik kommt Lundestad zu dem Ergebnis, "that it is difficult to believe that European Integration could actually have taken place without American baking". Nur wenige 'Revisionisten' - einmal mehr Milward - gehen so weit, zu behaupten, "[that] the process of integration was a Western European solution to a Western European problem (..)". Nicht nur der wirtschaftliche Impuls für den Wiederaufbau-Boom Europas, auch der politische Faktor der Vereinigten Staaten werde bei weitem überschätzt, meint der Brite.⁶³

Bei aller grundsätzlichen Unterstützung für die europäische Integration wies die amerikanische Politik eine "konzeptionelle Offenheit" auf, "(..) a pragmatic attitude almost prevailed".⁶⁴ Im Bemühen um greifbare Integrationsfortschritte wechselten die europäischen Partner der USA - zunächst war es Grossbritannien, dann Frankreich und zuletzt die Bundesrepublik. Und obwohl die Europa-Strategie der Amerikaner in den ersten Nachkriegsjahren mehrfach nach dem 'trial and error'-Prinzip modifiziert wurde, fand sich am Ende der 50er Jahre ein stabiles Netzwerk der Zusammenarbeit installiert, in dem transatlantische und europäische Kooperationsformen eng verschränkt waren. Erst dieses Nebenein-

⁶¹ Lundestad, Geir: 'Empire' by Integration. The United States and European Integration, 1945-1997, Oxford 1998. Beim Titel dürfte es sich um eine Anspielung auf Gaddis' These vom 'Empire' by Invitation handeln.

⁶² Heller, Francis; Gillingham, John (Hrsg.): The United States and the Integration of Europe. Legacies of the Postwar Era, New York 1996, S. 4 und 20.

⁶³ Lundestad 1998, 'Empire', S. 138; Milward 1984, Reconstruction, S. 502.

⁶⁴ Lundestad 1998, 'Empire', S. 130.

ander von unterschiedlichen Kooperationsebenen - so unvollkommen diese Konstruktion für die europäischen Föderalisten wirken mochte - gewährleistete eine effektive Stabilisierung Westeuropas in Zeiten des Kalten Krieges.

In diesem Sinne hatte die europäische Integration, wie Schwabe formuliert, "immer mindestens teilweise einen instrumentalen Charakter" in der US-Außenpolitik. Die Einigung sollte unter den Verhältnissen des Kalten Krieges dazu dienen, das mit wirtschaftlichen und verteidigungspolitischen Mitteln Aufgebaute auch noch politisch abzusichern - die Europäische Einigung als "product of the Cold War and the antagonism between the superpowers"? Schwabe jedenfalls fragt: "Would there have been an American interest in the stabilization of free Europe, if the West had not been clashed with the USSR over the control of the Eastern Mediterranean? Would there have been a Marshall Plan if the victorious powers had not proved unable to agree on the future of Germany at the Moscow Conference in March 1947 and, thereby, had left in the heart of Europe an economic and political vacuum which seemed to frustrate all attempts at rebuilding Europe's economy? Would the most ambitious project for European integration, the European Defence Community (EDC) serving as the framework for the arming of West Germany, have been conceivable without the outbreak of the Korean War, which made the West Europeans fear that the attack on the South Korea by Communist North Korea was but a prelude to a similar Communist attack in Europe? Was not military integration within NATO an outgrowth of such fears? Finally, did not the Soviet Union consider European integration as a capitalist plot designed by the United States for Cold War purposes (..)?"⁶⁵

'Stärkung durch Vereinigung' als Losung einer Kalter-Krieg-Strategie bietet gute Argumente zur Betonung der 'pax americana', lässt aber gleichwohl zahlreiche Wendungen im Integrationsprozess unberücksichtigt. Eine intensive Interdependenz von Kaltem Krieg und Integration ist nicht durchgängig festzumachen - der Schuman-Plan und die Römischen Verträge bieten vereinzelte Belege für die Behauptung, der 'amerikanische Faktor' vermöge den historischen Ort der Gemeinschaftsbildung nicht hinreichend zu beschreiben. Und, muss betont werden, angesichts einer höchst komplexen Thematik erscheinen monokausale Erklärungsansätze ohnehin nicht angemessen.

Die Historikerverbindungsgruppe der EU entwickelte ihrerseits schon früh ein Forschungskonzept, das an Stelle der vorherrschenden nationalen Perspektive eine supranationale und internationale Gesamtschau eröffnete, um damit den Ereignissen und Entwicklungen besser gerecht zu werden.⁶⁶ Fortan sollte die europäische Integration nicht mehr als blosser Appendix der nationalen Außenpolitik begriffen werden. Mitte der 80er Jahre hatte die Gruppe damit einen breiten Kanon von integrationshistorischen Themenfeldern abgesteckt und Forschungsprojekte initiiert, deren Ergebnisse Eingang in die bisher sieben Tagungsbände fanden und worunter sich viele Themen befinden, die für die vorliegende Arbeit von Bedeutung waren - so der Marshall-Plan, die Arbeit der OECE, der Schumanplan und die Montanunion sowie die 'Relance', welche die Brücke zu den Römer Verträgen schlug. Als Zäsur und Ende der 'Gründungsära' fand das Jahr 1958 allgemeine Anerkennung.

⁶⁵ Schwabe, Klaus: Introductory note, in: JEIH 2/1996 (Sonderheft 1), S. 6.

⁶⁶ Vgl. dazu die wegweisenden konzeptionellen Überlegungen von Schwarz. Schwarz, H.P.: Die Europäische Integration als Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung, in: VfZ 31/1983, S. 555-572.

Eine teleologische Verengung der Geschichtsschreibung auf die kleineuropäische Integrationsphase konnte der Bedeutung der intergouvernementalen europäischen Institutionen aber nicht lange gerecht werden. In den ab 1958 einsetzenden 'Krisenjahren' waren es die unterschiedlichen Integrationsebenen und -konzepte, die nicht harmonisiert werden konnten. In den Auseinandersetzungen um die Freihandelszone, um die ersten Beitrittsverhandlungen mit Grossbritannien sowie um die Umorientierung der französischen Europapolitik unter de Gaulle widerspiegeln sich die Probleme des europäischen Netzwerkes mit einem geschwächten supranationalen Korsett.⁶⁷ Mittlerweile hat sich die Forschungsgrenze bis zum Jahr 1969 vorgeschoben, das nach der Krise um die Politik des 'leeren Stuhls' mit dem Haager Gipfel und den Anläufen zur Wirtschafts- und Währungsunion wieder positiver besetzte Themen zu bieten hat.

Teilweise weit über den derzeit archivalisch zugänglichen Zeitraum hinaus weisen die neueren Arbeiten zur Geschichte der 'neuen europäischen Architektur', deren wichtigste Charakteristika der Zusammenbruch des Blocksystems und die deutsche Einigung, die Verträge von Maastricht und Amsterdam - mit der Bildung der Wirtschafts- und Währungsunion und der Einführung des Euro - sowie die umfangreiche europäische Reform- und Erweiterungsagenda darstellen. In manchen dieser Untersuchungen wird den nationalen und supranationalen Entscheidungsträgern eine erstaunlich grosse Bedeutung für den Verlauf des Integrationsprozesses zugestanden. Davon zeugt das Interesse, das dem 'spiritus rector' des Schuman-Plans und 'first statesman of interdependence', Jean Monnet, entgegengebracht wird. In der französischen Forschung erscheint Monnet als wichtigster Impulsgeber und diplomatischer Innovator der Frühphase der Integration. Seine internationale Biographie, seine Dienste in Kriegszeiten und als Modernisierer der französischen Nachkriegswirtschaft, sein in die europäischen Entscheidungszentren und die US-Administration reichendes Beziehungsnetz sowie seine Tätigkeit als erster Präsident der Hohen Behörde und anschliessend als Europa-Aktivist gaben zu ausführlichen Untersuchungen Anlass - ungeachtet der Tatsache, dass seine Arbeit in der Hohen Behörde der EGKS nur knapp drei Jahre dauerte und sein Mandat nach dem 'Rücktritt vom Rücktritt' nicht verlängert wurde.⁶⁸

Mehrfach von der historischen Forschung umgedeutet und relativiert wurde die Aussen- und Europapolitik von zwei anderen Persönlichkeiten, die untrennbar mit dem europäischen Gedankengut verbunden sind, Charles de Gaulle und Winston Churchill. War unter dem Eindruck der Konflikte innerhalb der Gemeinschaft in der Zeit von 1958-1965 die Haltung des französischen Generals gemeinhin als 'antieuropäisch' etikettiert worden, so wurde jüngst vermehrt der 'europäische' Anteil hervorgehoben und gar - wie von Loth - eine 'Revision' des tra-

⁶⁷ Exemplarisch: Griffith, Richard: The creation of EFTA, Florenz 1991; Steininger, Rolf: 1961: Europe at Sixes and Sevens, in: VSWG 80/1993, S. 4-29; ders.: Grossbritannien und de Gaulle. Das Scheitern des britischen EWG-Beitritts, in: VfZ 44/1996, S. 86-116; Soutou, Georges-Henri: 1961: le Plan Fouchet, in: Espoir 87/1992, S. 40-54.

⁶⁸ Brinkley, Douglas; Hackett, Clifford (Hrsg.): Jean Monnet - The path to european unity, London 1991; Duchêne, François: Jean Monnet. The first statesman of interdependence, New York/London/Norton 1994; Fontaine, Pascal: Jean Monnet. L'inspirateur, Paris 1988; Lynch, Frances: The Role of Jean Monnet in Setting up the European Coal and Steel Community, in: Schwabe 1988, Schuman-Plan, S. 117-129; Roussel, Eric: Jean Monnet 1888-1979, Paris 1996; Wilkens, Andreas (Hg.): Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999.

ditionellen de Gaulle-Bildes eingefordert (ein ähnliches Schicksal wie de Gaulle teilte auch der deutsche Wirtschaftsminister und spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard, der sich vergeblich als 'guter Europäer' auszuweisen versuchte). Den Kontrapunkt zu de Gaulle markiert der 'Ur-Europäer' Churchill, der als Kriegspremier und als Oppositionspolitiker - 1946 in Zürich - den Unionsideen zugetan war, sich aber dann doch mehr den 'drei Kreisen' seiner weltpolitischen Konzeption zuwandte und letztlich als Chef der konservativen Regierung (ab 1951) dem supranationalen Zusammenschluss Europas den Laufpass gab - wie seine Labour-Vorgänger zuvor: "We are with but not of Europe".⁶⁹

Nationale Kategorien und Koordinaten, in Bürokratien und Regierungsapparaten wahrgenommen und formuliert, entfaltet, auch über parteipolitische Grenzen hinweg, eine grosse Gestaltungskraft im Integrationsprozess. Die Forschung zur Europapolitik der Nationalstaaten hat dies im einzelnen aufgezeichnet und Leit motive, Zielkataloge und integrationspolitische Leitbilder herausgearbeitet. Von Frankreich gingen in der Frühphase der Einigung zweifellos die stärksten Impulse aus: Aussenminister Bidault griff 1948 die Forderungen der Haager Konferenz nach Einberufung einer 'Europäischen Versammlung' auf; Schuman- und Plevin-Plan setzten sowohl institutionell als auch deutschlandpolitisch neue Zeichen, und ebenso ging der Vorschlag, die europapolitische Lähmung nach dem Scheitern der EVG auf dem Atomsektor zu überwinden, auf eine französische Initiative zurück. Mehr als seine Nachbarn setzte Paris auf die politische Integration - und gleichwohl blieben die Vorstellungen der institutionellen Ausgestaltung einer Gemeinschaft unbeständig. Mal wurden supranationale Lösungen, mal bloss intergouvernementale Varianten ins Feld geführt. "Für die französischen Regierungen war die Europapolitik Teil ihrer Gesamtpolitik, gleichsam die Verlängerung der nationalen Politik auf die europäische Ebene."⁷⁰ Gleich mehrere Ziel- und Motivkomplexe tauchen in der ausgesprochen umfangreichen Literatur auf: Die Lösung des Deutschland-Problems, die wirtschaftliche Modernisierung im europäischen Rahmen und die Aufrechterhaltung des Grossmachtstatus im Zeitalter der Dekolonisation - besonders in Abgrenzung gegenüber den USA. Eine un- stet wirkende Politik Frankreichs, das wechselweise die Rolle eines Schrittmachers oder eines Bremsers der Integration spielte, waren die Folge. "La sécurité, le rang, l'idéal": die europäische Einigung war, wie Bossuat in mehreren Arbeiten belegen konnte, weniger das vorrangige Ziel französischer Politik als Mittel zum Zweck. Demnach wollte Paris "controller l'Allemagne sans discriminer contre elle, obtenir un meilleur résultat dans un cadre élargi par la mise en commun des hommes, des techniques, du financement de la production et du marché, faire acte de construction politique pour parvenir a l'unification de l'Europe".⁷¹

Obwohl die britische Regierung bei der Umsetzung des Marshall-Plans eine Schlüsselrolle spielte, dazu den Brüsseler Pakt initiierte und limitierte Formen

⁶⁹ Loth, Wilfried: De Gaulle und Europa. Eine Revision, in: HZ 253/1991, S. 629-660; Beloff, Nora: Le Général dit non, Paris 1964; Hentschel, Volker: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996; Lord, Christopher: "With but not of". Britain and the Schuman-Plan. A Reinterpretation, in: JEIH 4/1998, S. 23.

⁷⁰ Wurm, C.: Die Europa-Diskussion in Grossbritannien, in: Loth 1990, Anfänge, S. 129-148.

⁷¹ Bossuat, Gérard: L'Europe des Français 1943-1959. La IVe République aux sources de l'Europe communautaire, Paris 1996, S. 436; Wilkens, Andreas: Von der Besetzung zur westeuropäischen Integration. Die französische Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit 1945-1950, in: Historische Mitteilungen 4/1991, S. 1-21.

der Zusammenarbeit wie die OECE und den supranational entschärften Europarat akzeptierte - und überdies später, via Assoziation, den Anschluss an die Montanunion suchte -, haftete London lange Zeit das Stigma des europapolitischen Sonderlings an, und die britischen 'Verweigerungen' wurden oft als 'verpasste Chancen' kritisiert. Dieser Sachverhalt löste eine intensiviertere Forschungsarbeit zur Thematik aus, die die britische Europapolitik mittlerweile in einem differenzierteren Licht erscheinen lässt. Für Grossbritannien stellte sich die politische Ausgangslage (Bindung an das Commonwealth) wie auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (verspätete Europäisierung des Handels) anders dar als zum Beispiel für Frankreich. Zwischen nationaler Orientierung des Wohlfahrtsstaates und atlantischer Orientierung der Sicherheitsinteressen hatten nur lockere, auf Kooperation und Konsultation beschränkte Beziehungen zu den kontinentaleuropäischen Partnern Platz. Konzeptionell wurde von London eine Form der Marktintegration befürwortet - wie im Falle der EFTA -, während das Inselreich zur Sicherung der nationalen Souveränitätsrechte im institutionellen Bereich auf intergouvernementalen Einigungsformen beharrte. Erst im Nachgang an eine signifikante Veränderung der aussen- und wirtschaftspolitischen Parameter sprachen auch in London schlagende Argumente zugunsten einer Anlehnung an den Kontinent: Sicherung des Machtstatus, wirtschaftlicher Stabilisierungsbedarf sowie die Verhinderung eines unabhängigen Kontinentalblocks.⁷²

Aufgrund der geklärten politischen Positionen und Kontinuitäten verlief die wissenschaftliche Debatte um die bundesdeutsche Europapolitik während der 50er und frühen 60er Jahren bislang in ruhigeren Bahnen. Mit der Westorientierung verfolgte die Regierung Adenauer vorrangig drei Ziele: Anerkennung der internationalen Gleichberechtigung, Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft und militärische Absicherung gegenüber der Sowjetunion. Die europäischen Institutionen sollten ebenso als Plattform für eine deutsch-französische Annäherung dienen wie als Rückfall-Position im Falle einer Neuauflage der amerikanischen 'disengagement'-Politik. Anfangs 60er Jahre, so Küsters, nutzte Adenauer die Gemeinschaft gekonnt als Basis einer 'kontrollierten Machtpolitik' auf deren Grundlage Brandt später seine Ostpolitik abfedern konnte. Die kompromisslose Westbindung hatte zwei lang andauernde innenpolitische Kontroversen zur Folge. Die erste betraf Divergenzen zwischen den Zielen der Westbindung und der Wiedervereinigung. Während Adenauer und CDU/CSU in den 50er Jahren dem Einigungskurs mehr oder weniger vorbehaltlos Priorität einräumten, verhielten sich Sozialdemokraten und FDP aufgrund ihrer 'nationalen' Optionen zögerlich bis ablehnend. Streit über Formen und Wege der Integration entbrannte aber auch zwischen den Verfechtern einer globalen Liberalisierungsstrategie und den Befürwortern der kleineuropäischen Orientierung. Dass es dabei zur Position Adenauers kaum aussichtsreiche Alternativen gab, zeigen die Europadebatten der Jahre 1956-1963 sowie die 'Richtlinien-Politik' des Kanzlers deutlich.⁷³

⁷² Wurm, Clemens A. (Hg.): Wege nach Europa. Wirtschaft und Aussenpolitik Grossbritanniens im 20. Jahrhundert, Bochum 1992; Rosengarten, Monika: Grossbritannien und der Schuman-Plan. Politische und wirtschaftliche Faktoren in der britischen Haltung zum Schuman-Plan und zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1950-54, Bern, Frankfurt/M 1997.

⁷³ Küsters, Hanns Jürgen: Adenauers Europapolitik in der Gründungsphase der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: VfZ 31/1983, S. 646-673; Küsters, Hanns Jürgen: Der Streit um Kompetenzen und Konzeptionen deutscher Europapolitik 1949-1958, in: Herbst et al. 1990, S. 335-370; Wilkens, Andreas (Hg.): Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1945-

Schrittmacherrollen im Integrationsprozess werden daneben aber auch den Benelux-Staaten und - in abgeschwächter Form - Italien zugeschrieben. Vor allem wirtschaftliche Entwicklungs- und Modernisierungsstrategien gaben in diesen Ländern den Ausschlag zugunsten einer Europa-Orientierung. Das Interesse an einem einheitlichen europäischen Markt spielte dabei eine Rolle, ebenso wie die Angst vor der Dominanz einer übermächtigen deutsch-französischen 'Entente'. Das Benelux-Projekt als Vorbild, italienische Vorschläge zur politischen Erweiterung der EVG, Zollunionspläne in der 'Relance'-Phase sowie Spaaks Vermittlerrolle während der Verhandlung der Römer Verträgen sind Glieder einer Kette von Beispielen, die aufzeigt, wie tief die kleineren Partner in kritischen Phasen in den Integrationsprozess involviert waren. Dennoch ist eine konzeptionelle Fixierung der Benelux-Staaten auf die Prinzipien der Supranationalität nicht auszumachen. Dass auch sie die Rolle von 'europäischen Musterschülern' nicht auszufüllen vermochten, belegt die Anmerkung, dass während der Montanunions-Verhandlungen der Ministerrat - als intergouvernementales Gegengewicht zur Hohen Behörde - auf Drängen der Benelux-Delegation installiert wurde.⁷⁴

Die Frage nach dem Einfluss von Verbandsinteressen bei der Ausformulierung jeweiliger nationaler Europapolitik wirkte erkenntnisleitend für eine Reihe weiterer Studien.⁷⁵ Inwieweit unterstützten Spitzenverbände die Einigungsbemühungen, und wo blockierten sie - aus Angst vor nachteiligem Anpassungsdruck - die Zusammenschlüsse? Wie kaum anders zu erwarten, hat sich dabei ein ganzes Spektrum von pro- bzw. antieuropäischen 'pressure groups' herausgeschält, deren Einfluss und Wirksamkeit im politischen Prozess aufgrund der vorliegenden Ergebnisse noch nicht schlüssig beurteilt werden kann. Wie schwierig dieses Unterfangen ist, zeigen Bührers Arbeiten zur Haltung der deutschen Wirtschaft und dabei besonders des 'Bundesverbandes der Deutschen Industrie' (BDI) exemplarisch. Das Fazit fällt ambivalent aus: der grundsätzlich einer liberalisierten Handelspolitik zuneigende Verband scheint kaum Zugang zum politische Verhandlungsprozess der kleineuropäischen Integration gefunden zu haben; gleichzeitig, so Bührer, sei es dem BDI langfristig gelungen, "der Integration den eigenen marktwirtschaftlichen Stempel aufzudrücken".⁷⁶

Europa: Subjekt oder Objekt seiner internationalen Politik? Diese Frage hat in der historischen Forschung an Aktualität gewonnen. Dabei wird im Umfeld der Gemeinschaftsinstitutionen eine europäische Elite als eigenständiger Akteur ausgemacht, die offensichtlich in der Lage war, im Einigungsprozess prägend auf den Lauf der Dinge einzuwirken - unterstützt von der allmählichen Ausformung eines paneuropäischen Bewusstseins, einer 'europäischen' Sprache und eines gewissen

1960, Sigmaringen 1997; Wurm, Clemens A. (Hg.): *Western Europe and Germany. The beginnings of European Integration 1945-1960*, Oxford/Washington 1995.

⁷⁴ Griffith, Richard T.; Lynch, Frances: *L'échec de la 'Petite Europe'*. Les négociations Fritalux/Finebel 1949-1950, in: *Revue historique* 109/1985, S. 159-193; Griffith, Richard T.: Die Benelux-Staaten und die Schumanplan-Verhandlungen, in: Herbst et al. 1990, Marschallplan, S. 263-278; Di Nolfo, Ennio: Das Problem der deutschen Einigung als Aspekt der italienischen Aussenpolitik, 1945-1954, in: *VfZ* 28/1980, S. 145-167; ders.: *Von Mussolini zu De Gasperi. Italien zwischen Angst und Hoffnung, 1943-1953*, Paderborn 1993.

⁷⁵ Exemplarisch: Dumoulin, Michel; Girault, René; Trausch, Gilbert (Hrsg.): *L' Europe du patronat. De la guerre froide aux années soixante*, Bern 1993.

⁷⁶ Bührer, Werner: Der BDI und die Aussenpolitik der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, in: *VfZ* 40/1992, S. 231-261, hier: S. 258. Siehe auch: ders. 1986, *Ruhrstahl und Europa*; ders.: *The Federation of German Industry and European Integration (1949-1960)*, in: Dumoulin 1993, *L' Europe du patronat*, S. 17-28.

'habit of cooperation',⁷⁷ und dies sowohl in regionaler als auch in soziokultureller Hinsicht. Der kursorische Abriss zeigt, dass die Forschung in den vergangenen Jahren viel geleistet hat, um den 'historischen Ort der Gemeinschaftsbildung' nach 1945 zu bestimmen.

Einige Sätze sind noch zu dem im Zusammenhang mit den Transformationen im Energiesektor häufig verwendeten Begriff '**Globalisierung**' anzufügen. Als Reflex auf den Zusammenbruch der bipolaren Welt sowie die Verdichtung und Beschleunigung transnationaler Beziehungen haben Untersuchungen zur Politik und Soziologie der internationalen Beziehungen seit Anfang der 90er Jahre den Versuch unternommen, den Globalisierungs-Begriff mit den europäischen Integrationsprozessen in Beziehung zu setzen. Unter dem inflationär verwendeten Ausdruck werden in der Literatur sehr unterschiedliche Annahmen und Sachverhalte subsumiert, was die vorherrschende begriffliche Unschärfe erklärt.⁷⁸

In erster Linie wird 'Globalisierung' definiert als ein Prozess der Verflechtung wirtschaftlicher Aktivitäten und der Vernetzung von Märkten und Gesellschaften, wobei mit dem Anstieg von Intensität und Reichweite der internationalen Interaktion nicht bloss ein quantitativer, sondern auch ein qualitativer Wandel der Wirtschaftsbeziehungen unterstellt wird. Link hat jüngst vier Perspektiven der Globalisierung aufgezeigt und damit eine Vielzahl von Ansätzen gebündelt.⁷⁹ Mit Bezug auf die ökonomische Perspektive stellt er die Frage, ob es zu einer transnationalen Globalisierung oder eher zur Formierung von regionalen Wirtschaftsböcken komme. In seiner Antwort hält er fest, dass Vorstellungen von einer neuen, einheitlichen Weltordnung zu kurz greifen, dafür eher Vereinheitlichungstendenzen auf Differenzierungstendenzen treffen; ein Regionalismus, so Link, der am staatlichen Ordnungsprinzip festhalte, gebe der internationalen Politik eine neue Struktur. Damit trifft er die Brisanz des Themas: Der Globalisierungsprozess wird für die nationale Wirtschaft - und die Politik - zum Globalisierungsproblem, indem er für Anpassungszwänge sorgt. Die Zunahme der internationalen Wettbewerbsdynamik zeitigt Konsequenzen, sowohl für die inländische Wirtschaftsentwicklung als auch die Wirtschaftsstruktur. Ein Verlust nationalstaatlicher Steuerungsautonomie in der Wirtschaftspolitik, ausgelöst durch eine Verschärfung des Standort-Wettbewerbs, stellt die wohlfahrtsstaatlichen Regulierungsmechanismen zur Disposition und kann soziale Langzeitschäden bewirken.

Hinsichtlich Periodisierung des Globalisierungsprozesses ist in der Literatur keine Einigung auszumachen. Wird die Globalisierung einerseits als lineare Fortsetzung der internationalen Politik des 15./16. Jahrhunderts gewertet, so siedeln andere Untersuchungen die Vernetzung von Wirtschaft und Politik als neuartiges Phänomen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts an. Auch die Abgrenzung zu Begriffen wie Interdependenz, Integration oder Multilateralismus bleibt unklar

⁷⁷ Dahrendorf, Ralf et al.: *Whose Europe? Competing Visions for 1992*, London 1989, S. 9.

⁷⁸ Exemplarisch: Clark, Ian: *Globalization and Fragmentation*. *International Relations in the 20th Century*, Oxford 1997; Schirm, Stefan A.: *Transnationale Globalisierung und regionale Kooperation*, in: *Zeitschrift für internationale Beziehungen* 4/1997, S. 69-107; ders.: *Globale Märkte, nationale Politik und regionale Kooperation in Europa und den Amerikas*, Baden-Baden 1999.

⁷⁹ Nebst dem ökonomischen Fragenkomplex befasst sich Link auch mit den herrschaftspolitischen, den zivilisatorisch-kulturellen und den politisch-institutionellen Perspektiven. Link, Werner: *Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, München 1998.

- vielfach werden die Ausdrücke synonym verwendet. Der Vergleich mit den bereits vorgestellten Integrationsmodellen lässt die Globalisierungsdebatte in mehrfacher Hinsicht als alten Wein in neuen Schläuchen erscheinen. So erinnern Ansätze, die die Logik des Marktes beschwören und zunehmenden Verflechtungen aller Art das Wort reden, stark an die kommunikationstheoretische Debatte im Nachgang an Karl Deutsch: "(..) much of the literature on globalization has resonance of earlier generations of functionalist writing which argued that technological cooperation in the management of specific material problems would eventually yield a superstructure of political behaviour in which the sovereignty of the nation-state would be steadily eroded and circumvented". Zu guter Letzt wird - in Anlehnung an Milward, ja! - angenommen, dass aufgrund der Globalisierung Formen der regionalen Kooperation geschaffen wurden, "nicht mit dem Ziel, einen neuen Staat zu schaffen, sondern um neue Instrumente zu gewinnen, mit denen spezifische staatliche Aufgaben besser bewältigt werden können, als dies vorher einzelstaatlich möglich war. (..) Supranationale Institutionen verkörpern daher nur eine andere Form, eine andere Ebene staatlichen Handelns".⁸⁰

Wenn an dieser Stelle, im Zusammenhang mit den Entwicklungen auf dem Energiemarkt, trotzdem auf den Globalisierungsbegriff rekurriert wird, so geschieht dies in pragmatischer Weise. Der Ausdruck soll nicht mehr leisten, als eine Anzahl von wirtschaftlichen und politischen Faktoren und deren Auswirkungen auf den Energiesektor zu bündeln. Dabei erscheinen Produktivitätssteigerungsraten, Investitions- und Rationalisierungstendenzen, die Preisentwicklung bei den Transport- und Lohnkosten sowie bei Substitutionsgütern ebenso als aussagekräftige Wettbewerbsparameter eines globalisierten Marktes wie die nachfrageseitigen Faktoren. Die mehr politische Faktoren der Globalisierung zeigen sich dagegen im Wandel der Unternehmensstruktur - insbesondere bei den 'global players' - und den unterschiedlichen Formen staatlicher Regulierung. Welche wirtschaftlichen und politischen Anpassungsprozesse auf nationaler und internationaler Ebene von diesen kompetitiven Herausforderungen ausgelöst wurden, ist eine der Kernfragen, denen in den Energie-Kapiteln dieser Arbeit nachgegangen wird.

Energieträger in der Kontroverse

Der bibliographische Überblick zeigt, dass der **Schuman-Plan und die Montanunion** bereits in vielfacher Hinsicht das Interesse der Forschung gefunden haben. Mehr als die Praxis der Hohen Behörde standen bisher die Anfänge des Schuman-Plans sowie die Motive und Kalküle der politischen und wirtschaftlichen Akteure im Vordergrund. Vor allem die politischen Absichten Frankreichs und Deutschlands bildeten den Gegenstand zahlreicher Untersuchungen, ebenso die 'Verweigerungshaltung' Grossbritanniens. Daneben entstanden Arbeiten zum institutionellen Gefüge der Montanunion und zum politischen Kräftespiel innerhalb der Hohen Behörde. Die wirtschaftlichen Aspekte wurden vor allem im Zusammenhang mit Studien zum sicherheitspolitisch sensiblen Stahlsektor aufgegriffen.

Die Verhandlungen zu den Pariser Verträgen und zur Ausgestaltung der EGKS lösten in Europa eine intensive Debatte über Charakter, Ziele und Nutzen eines teilintegrativen Zusammenschlusses der Sechs aus. Zahlreiche Problem-

⁸⁰ Schirm 1997, Transnationale Globalisierung, S. 99ff; ähnlich argumentiert Link 1998, Neuordnung der Weltpolitik, S. 156ff.

kreise wurden bereits angesprochen, die für die historische Bewertung späterer Jahre bedeutsam werden sollten - unter anderem die Frage nach den französischen Ambitionen zur Kontrolle der Rohstoffreserven an der Ruhr sowie die Frage des Verhältnisses der Montanunion zu den Stahlkartellen der Zwischenkriegszeit.⁸¹ Im Zentrum der Kritik stand die konzeptionelle Schwäche der Teilintegration: die Realisierung eines gemeinsamen Marktes gemäss dem wirtschaftspolitischen Ordnungsmodell des Pariser Vertragswerks wurde als unrealistisch erachtet, bestimmten doch weiterhin national geprägte wirtschaftspolitische Konzepte die Bedingungen des integrierten Wirtschaftssektors in erheblichem Masse. In seiner Einschätzung der weiteren Entwicklung sah Haas gerade in diesem strukturellen Defizit einen wichtigen Impuls für einen fortschreitenden Integrationsprozess - eine Ansicht, die durch die Tatsache gestützt wird, dass die Hohe Behörde schon bald nach Aufnahme ihrer Tätigkeit eine Ausdehnung ihres Aktionsfeldes forderte.⁸²

Als bahnbrechende Gesamtdarstellung in einem frühen Stadium kann die Studie von Diebold gelten, die den Schuman-Plan thematisch auf drei Felder eingrenzte: zum einen auf die deutsche Frage, sodann auf den Stellenwert des französischen Vorstosses zur Integration sowie auf die Entwicklungsperspektiven der Kohle- und Stahlindustrie.⁸³ Damit waren bereits die Fragestellungen zur Entstehung des Schuman-Plans formuliert, mit denen sich die Forschung erst mit fortschreitender Öffnung der Archive vertiefter auseinandersetzen konnte. Zu den Pariser Verhandlungen und ihren Hintergründen wurde in der Zwischenzeit umfangreiche Aufklärungsarbeit geleistet: Neben Gerbet widmeten sich hauptsächlich Griffith und Küsters den wirtschaftlichen und institutionellen Fragen und Streitpunkten des Plans. Die nationalen Positionen in den Verhandlungen, die Reaktionen aus Politik und Wirtschaft, das auf eine supranationale Lösung abzielende Engagement der USA, die ablehnende Haltung Grossbritanniens sowie die Abkehr vom Integrationsweg des Europarates wurden beispielsweise im Aachener Kollegium von 1986 eingehend reflektiert.⁸⁴

Von zentraler Bedeutung für die Verhandlungen war die Politik Frankreichs, deren Bewertung unterschiedliche Interpretationen hervorrief. Rückte Frankreich in der 'Zwangslage' des forcierten deutschen Wiederaufbaus und der zunehmenden Ost-West-Konfrontationen mit der Schuman-Initiative von seiner bisherigen Obstruktionspolitik ab - oder überwogen die Dominanzaspekte auch im französischen Integrationskonzept? In welchem Spannungsverhältnis stand das gleichzeitige Streben nach Kontrolle, Sicherheit, Integration und Verständigung? Ging

⁸¹ Exemplarisch: Auslandswissenschaftliche Gesellschaft (Hrsg.): Die Montanunion - ein Misserfolg?, Darmstadt 1954; Diebold, William: Imponderables of the Schuman Plan, in: *Foreign Affairs* 29 (1950), S. 114-129; Philip, André: Der Schuman-Plan. Ein entscheidender Schritt auf dem Weg zum Vereinigten Europa, Gent 1951.

⁸² Haas 1958, *The Uniting of Europe*, besonders S. 283-301; Regul, Rudolf (Hohe Behörde): Die Montangemeinschaft und das Problem der Teilintegration, Essen 1954.

⁸³ Diebold, William: *The Schuman Plan. A study in Economic Cooperation*, New York 1959.

⁸⁴ Exemplarisch: Gerbet, Pierre: *La genèse du plan Schuman. Des origines à la déclaration du 9 mai 1950*, Lausanne 1962; Schwabe, Klaus (Hrsg.): *Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51. Beiträge des Kolloquiums in Aachen, 28.-30. Mai 1986*, Baden-Baden 1988; Griffith, Richard: *The Schuman Plan Negotiations. The Economic Clauses*, in: Schwabe 1988, *Schuman-Plan*, S. 35-71; Küsters, Hanns Jürgen: *Die Verhandlungen über das institutionelle System zur Gründung der EGKS* in: Schwabe 1988, *Schuman-Plan*, S. 73-102; Lappenküper, Ulrich: *Der Schuman-Plan. Mühsamer Durchbruch zur deutsch-französischen Verständigung*, in: *VfZ* 42/1994, S. 403-445.

es primär um politische oder wirtschaftliche Zielsetzungen? Oder entsprach das französische Vorgehen vielmehr einer 'Gratwanderung', einer Politik, die, mehr Flickwerk als einziger Guss, zwischen innenpolitisch motivierten Maximalforderungen - gefordert von einer germanophoben Öffentlichkeit - und dem politisch Machbaren oszillierte?⁸⁵ Während Schumans Biograph Poidevin das Konzept des Aussenministers jenseits von traditionellen französischen Vorstellungen ansiedelt, deuten besonders Gillingham und Milward die Initiative als Ergebnis nationaler Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen.⁸⁶ Für Milward zielte das französische Vorhaben auf Kontrolle und Regulierung des industriellen Zentrums an der Ruhr: "The modernization Plan's targets depend on the allocation of the Ruhr's coal and coke resources and on what was to happen to the German Steel industry". Und also folgert der Brite: "The Schuman Plan was called into existence to save the Monnet Plan (...). In place of a liberal unified Europe came a closely regulated little European common market whose twin purposes was to provide for French national security by containing West Germany".⁸⁷ Auch Herbst kann sich gelegentlich des Eindrucks einer "Instrumentalisierung der Supranationalität im Sinne nationalistischer Politik" nicht erwehren.⁸⁸ Unbeantwortet bleibt damit jedoch die Frage, warum auch in den anderen europäischen Ländern das Interesse an einem Zusammenschluss die überall vorhandene Skepsis letztlich überwog. Auch die Abhängigkeit Frankreichs von deutscher Kohle wird nur rudimentär hinterfragt, und auch Gillingham misst Zweck und Erfolg der Montanunion am Ziel der 'Bändigung' der Ruhr-Industrie. Er kommt dabei zu einem negativen Ergebnis: "The diplomacy that led to the formation of Europe's first supranational institution, as well as its actual operations, resulted instead in its restoration to power". Französische Phantasien eines hochmodernen schwerindustriellen Zentrums im Verbund Ruhr-Lothringen erscheinen daher im Rückblick als folgenschweres Fehlkalkül.⁸⁹

Zufriedenheit herrschte entsprechend auf deutscher Seite. Die Wiederherstellung der alten Eigentumsverhältnisse an der Ruhr war eingeleitet, die Verge-

⁸⁵ Exemplarisch: Poidevin, Raymond: Die europapolitischen Initiativen Frankreichs des Jahres 1950 - aus einer Zwangslage geboren?, in: Herbst 1990, Marshall-Plan, S. 257-262; Wilkens, Andreas: Von der Besetzung zur westeuropäischen Integration. Die französische Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit 1945-1950, in: Historische Mitteilungen 4/1991, S. 1-21; Wilkens, Andreas (Hg.): Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1945-1960, Sigmaringen 1997 (siehe dort v.a. die Beiträge von Bossuat, Bühner, Kipping und Wilkens); Ziebura, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Pfullingen 1970.

⁸⁶ Poidevin, Raymond: Frankreich und die Ruhrfrage 1945-1951, in: HZ 228/1979, S. 317-334; ders.: Der Faktor Europa in der Deutschlandpolitik Robert Schumans (Sommer 1948 bis Frühjahr 1949), in: VfZ 33/1985, S. 406-419; ders.: Robert Schuman, homme d'Etat 1886-1963, Paris 1986.

Milward, Alan S.: The reconstruction of Western Europe, 1945-1951, London 1984; Gillingham, John: Zur Vorgeschichte der Montanunion in Depression und Krieg, in: VfZ 34/1986, S. 381-405; ders.: Die französische Ruhrpolitik und die Ursprünge des Schuman-Plans. Eine Neubewertung, in: VfZ 35/1987, S. 1-24; ders.: Coal, steel and the rebirth of Europe 1944-1955. The Germans and French from Ruhr conflict to Economic Community, Cambridge 1991. Vgl. dazu auch Goschler, Constantin; Buchheim, Christoph; Bühner, Werner: Der Schumanplan als Instrument französischer Stahlpolitik. Zur historischen Wirkung eines falschen Kalküls, in: VfZ 37/1989, S. 171-206.

⁸⁷ Milward 1984, Reconstruction, S. 369 und S. 476.

⁸⁸ Herbst, Ludolf: Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag, München 1989, S. 78.

⁸⁹ Gillingham 1991, Coal, steel, Vorwort XI. Zum französischen Fehlkalkül: Goschler/Buchheim/Bühner: Schumanplan als Instrument französischer Stahlpolitik, in: VfZ 37/1989, S. 171-206.

sellschaftung des Bergbaus und der Eisenindustrie erledigt, und die Westalliierten hatten faktisch auf ihre Demontagepläne und Produktionsobergrenzen verzichtet - kurz: das 'Entflechtungstheater', wie der Industrielle Günter Henle es nannte, hatte ein Ende gefunden.⁹⁰ Trotz reger Wirtschaftsdiplomatie und vielfältiger Kontakte zwischen deutschen und französischen Industriellen misslang die Rekonstruktion der internationalen Kartelle der Zwischenkriegszeit, so sehr sie auch von der deutschen Industrie gewünscht wurde. Wie die zahlreichen Konflikte über Kartellpraktiken zwischen der Hohen Behörde und den im Beratenden Ausschuss der EGKS vertretenen Produzenten deutlich machen, spricht einiges gegen Gillinghams Versuch, die Montanunion als Schlussstein der schwerindustriellen Kartelltradition - illustriert am Beispiel des Internationalen Rohstahlkartells von 1926 - in Westeuropa darzustellen. So hat denn auch Kipping - mit Bezug auf die französische Stahlindustrie - anstelle der Anknüpfung an althergebrachte Kartelltraditionen eine allmähliche Ausrichtung nach dem Wettbewerb festgestellt. Seine Analyse französischer Quellen ergab, dass die erhoffte Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der stahlverarbeitenden Industrie Frankreichs ein ausschlaggebendes Motiv für die Zustimmung zum Schuman-Plan war. Modernisierungsdefizite und konjunkturell bedingte Absatzschwierigkeiten hätten in dieselbe Richtung gewirkt und die Gegensätze zwischen den kartellisierten Stahlproduzenten und den auf Exportmärkte angewiesenen Zweigen der verarbeitenden Industrie verschärft. "In wirtschaftlicher Hinsicht schaffte die Montanunion also die Ausgangsbedingungen für eine Ausdehnung der gesamten Industrieproduktion in Frankreich und Westeuropa (...) sowie für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der französischen und europäischen Industrie weltweit." Die Stahlindustrie kam in den Genuss billiger deutscher Kohle und die Stahlverarbeiter profitierten von Rohmaterialien zu tieferen Einstandspreisen. Insofern wertet Kipping den EGKS-Vertrag ordnungspolitisch als "eindeutigen Bruch" mit der traditionellen europäischen Kartellpraxis.⁹¹ Eine Zwischenposition in dieser Frage vertritt Lynch, die der Meinung ist, die französische Wirtschaft habe eine kontrollierte Öffnung angestrebt und dazu - aufgrund ihres Entwicklungsrückstandes - einen temporären Schutzraum gesucht. Und da sich Grossbritannien einer Kooperation verschlossen habe, sei als geeigneter Rahmen nur der kontinentaleuropäische Wirtschaftsraum geblieben.⁹²

Neben diesen Themenkomplexen wandte sich die Forschung in einigen Fällen auch dem Innenleben der Montanunion zu, zumal sich ehemalige Mitglieder der Hohen Behörde selbst mit historischen Reflexionen zu Wort meldeten. Von Bedeutung ist dabei die Gemeinschaftsarbeit von Spierenburg und Poidevin zur

⁹⁰ Bühner, Werner: Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945-1952, München 1986; ders.: The Federation of German Industry and European Integration (1949-1960), in Dumoulin 1993, L' Europe du patronat, S. 17-28.

⁹¹ Kipping, Matthias: Zwischen Kartellen und Konkurrenz. Der Schuman-Plan und die Ursprünge der europäischen Einigung 1944-1952, Berlin 1996, hier S. 343ff. Gillingham, der eine dezidierte Gegenposition vertritt, hält diese These für substanzlos. Vgl. dessen Buchbesprechung, in: Journal of European Integration History (JEIH) 2/1996, S. 111f.

⁹² Lynch, Frances: France and the International Economy. From Vichy to the Treaty of Rome, London 1997. Ob die Haltung der Briten heute noch treffend als 'Verweigerung' beschrieben werden kann, stellt die Forschung mittlerweile anhand differenzierter vorgetragener Sichtweisen in Frage. Vgl. Wurm, Clemens A. (Hg.): Wege nach Europa. Wirtschaft und Aussenpolitik Grossbritanniens im 20. Jahrhundert, Bochum 1992.

Geschichte der Hohen Behörde der EGKS; das Werk bietet einen umfassenden Einblick in die Problemlagen und Entscheidungsprozesse der Institution.⁹³

Lücken sind nach wie vor in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Montanunion auszumachen. Hier stand bislang der Stahlsektor im Vordergrund, wobei die französische Politik im Rahmen des Monnet-Plans sowie die Rekonstruktion der bundesdeutschen Stahlindustrie als Ansatzpunkte der Forschung dienten. Für den Kohlesektor hat Milward am Beispiel Belgiens exemplarisch die schwierigen Anpassungsprozesse eines maroden Industriezweigs und die aus nationaler Sicht wichtigen Leistungen der EGKS zur Abfederung der sozioökonomischen Folgen aufgezeigt.⁹⁴ Nicht in erster Linie dem ordnungspolitischen Streit zwischen 'Kartellen und Konkurrenz', sondern der Entwicklung des gesamteuropäischen Kohlemarktes als partielles Konfliktfeld globaler Wirtschaftsinteressen widmen sich schliesslich Röndigs und Perron in ihren umfangreichen Arbeiten. Perron zeichnet den Kohlemarkt als Fallbeispiel der ideologisch-ökonomischen Interessenkonvergenz zwischen den USA und Europa und äussert die Behauptung, die einer Überproduktion entstammenden amerikanischen Kohlelieferungen hätten in erheblichem Masse zum Zusammenbruch des europäischen Kohlemarktes beigetragen - nicht zuletzt dadurch, dass die in der European Coal Organization (ECO) betriebene Politik der USA in der Montangemeinschaft eine nahtlose Fortsetzung gefunden habe. Im Gegensatz vertritt Röndigs die Ansicht, ein gründlicher Blick auf die Ambitionen der Hohen Behörde zeige, dass die Überwindung des Kohle-Engpasses - die 'Versorgung um jeden Preis' - nicht das primäre Ziel der EGKS gewesen sei. Den amerikanischen Kohleimporten sei vielmehr - je länger, je mehr -, von Seiten der Hohen Behörde und sogar aus Unternehmerkreisen, eine marktstabilisierende Funktion zugeschrieben worden.⁹⁵

Die Erarbeitung des Abschnitts zur wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklung der **Mineralölwirtschaft** erfolgte mehrheitlich literaturgestützt, wobei die gesichteten Akten aus EGKS- und OECE-Beständen in ergänzender Weise ebenfalls aussagekräftiges Material beisteuerten - hauptsächlich Berichte aus den 'Oil Committees', Energiestudien und Zahlenmaterial.

Die Suche nach Literatur zur Entwicklungsgeschichte des Erdöls führte zu einer überraschenden Erkenntnis: es existieren offenbar nur vereinzelte deutschsprachige Gesamtdarstellungen zur Geschichte des bedeutendsten Energieträgers

⁹³ Darüber hinaus versucht die Darstellung, in zuweilen penetranter Weise, auch eine gewisse Sonderstellung Spierenburgs in der Hohen Behörde - als "Monnet's main opponent" - hervorzuheben. Spierenburg, Dirk; Poidevin, Raymond: Histoire de la Haute Autorité de la CECA. Une expérience supranationale, Brüssel 1993.

⁹⁴ Exemplarisch: Mioche, Philippe: Le patronat de la sidérurgie française et le Plan Schuman en 1950-52: les apparances d'un combat et la réalité d'une mutation, in: Schwabe 1988, Schuman-Plan, S. 305-318; ders.: L'adaptation du patronat de la sidérurgie française à l'intégration européenne de 1945 à 1967, in: Dumoulin 1993, L'Europe du patronat, S. 63-75; Schinzinger, Francesca: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Schuman-Planes, in: Schwabe 1988, Schuman-Plan, S. 143-159. Milward, Alan S.: The Belgian Coal and Steel Industries and the Schuman Plan, in: Schwabe 1988, Schuman-Plan, S. 437-454; ders.: Coal and the Belgian Nation, in: Milward 1992, Rescue, S. 46-118.

⁹⁵ Röndigs, Uwe: Globalisierung und europäische Integration. Der Strukturwandel des Energiesektors und die Politik der Montanunion, 1952-1962, Baden-Baden 2000; Perron, Régine: Le marché du charbon - un enjeu entre l'Europe et les Etats-Unis de 1945 à 1958, Paris 1996.

der Gegenwart, wobei als Ausnahme das Werk Helmut Mejchers⁹⁶ anzufügen ist. Der Stellenwert der Rohstoffe im Konzert der Mächte fand bei den Historikern des deutschen Sprachraums bis anfangs der 90er Jahre erstaunlicherweise nur geringe Resonanz. Die vorhandenen frühen Abhandlungen zeigen sich als Versuche, die komplizierten Vorgänge im Ölgeschäft sowie die Interdependenzen zwischen Energieversorgung und politischer Einflussnahme nachzuzeichnen; aufgrund der sperrfristbedingt ungenügenden Quelleneinsicht waren sie aber zwangsläufig zum Scheitern verurteilt.⁹⁷ Von guter Qualität sind hingegen einige wirtschaftswissenschaftliche und länderspezifische Studien zur Ölwirtschaft der Region Europa.⁹⁸

Anders als in Europa beschäftigt der Aufbau der Ölwirtschaft die historische Forschung im angelsächsischen Raum seit geraumer Zeit intensiv. Dies vor allem hinsichtlich der wirtschaftlichen und politischen Implikationen des Industriezweigs auf die Geschichte der Länder des Nahen und Mittleren Ostens sowie in Verbindung mit den Auswirkungen der diversen Ölschocks und Energiekrisen.

In den Anmerkungen findet sich an dieser Stelle nur eine beschränkte und knapp kommentierte Auswahl der empfehlenswerten Darstellungen, die dem Öl-Kapitel teilweise zugrunde liegen. Weitere Literaturhinweise sind den Fussnoten des als Ergänzung des Kohle- und des Nuklear-Kapitels gedachten Öl-Artikels zu entnehmen.⁹⁹

Politische relevante Schriften zur **Atomenergie und zur Atomwirtschaft** existieren etliche, wobei die grosse Mehrzahl der nach einem dualistischen Pro- und Contra-Muster strukturierten Literatur dem an dieser Stelle nicht massgebenden Zeitraum der siebziger und achtziger Jahren entstammt, einer Epoche, in der die unversöhnlich geführte Kernenergie-Debatte aufgrund allseits bekannter Argumente und Gegenargumente zum rituellen Glaubenskampf verkam.

Eine weit über die Euratom-Gründung hinausreichende Vorstellung von der Problematik der Atomtechnologie und der Entstehung der nuklearen Kontroverse vermochte die Habilitationsschrift des deutschen Technik-Historikers Joachim Radkau zu vermitteln.¹⁰⁰ Ergänzende Auskunft über den Strukturwandel im

⁹⁶ Mejcher, Helmut: Die Politik und das Öl im Nahen Osten. Bd. 1: Der Kampf der Mächte und Konzerne vor dem Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1980; ders.: Bd. 2: Die Teilung der Welt 1938-1950, Stuttgart 1990. Weiter vom selben Autor: Gantzel, Klaus-Jürgen; Mejcher, Helmut (Hg.): Oil, the Middle East, North Africa and the Industrial States. Developmental and International Dimensions, Paderborn 1984; Mejcher, Helmut: Sinai, 5. Juni 1967. Krisenherd Naher und Mittlerer Osten, München 1998.

⁹⁷ Vgl. Joesten, Joachim: Öl regiert die Welt. Geschäft und Politik, Düsseldorf 1958 sowie Tugendhat, Christopher: Erdöl. Treibstoff der Weltpolitik - Sprengstoff der Weltpolitik, Wien 1968.

⁹⁸ Bemerkenswert: Blondel-Spinelli, Danièle: L'Énergie dans l'Europe des Six. Fondements d'une politique énergétique commune, Paris 1966. Vilain, Michel: La politique de l'énergie en France. De la seconde guerre mondiale à l'horizon 1985, Paris 1969.

⁹⁹ Gesamtdarstellungen: Blair, John: The Control of Oil, New York 1976; Ferrier, R. W.; Fursenko, A. (Hrsg.): Oil in the World Economy, London 1989; Issawi, Charles; Yeganeh, Nahid: The Economics of Middle Eastern Oil, New York 1962. Ausgezeichnet: Penrose, Edith: The large International Firm in Developing Countries. The International Petroleum Industry, London 1986 und Turner, Louis: Oil companies in the International System, London 1980. Eher journalistisch, aber anekdotenreich und leicht lesbar: Yergin, Daniel: Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht, Frankfurt/M 1991. Den Fokus auf die amerikanische Politik gerichtet: Painter, David: Oil and the American Century. The Political Economy of U.S. Foreign Oil Policy, 1941-1954, Baltimore 1986 und Anderson, Irvin: Aramco, the United States and Saudi Arabia. A Study of the Dynamics of Foreign Oil Policy 1933-1950, Princeton 1980.

¹⁰⁰ Radkau, J.: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975, Hamburg, 1983.

Energiesektor und die eng mit wirtschaftlichen Wachstumserwartungen an der Epochenschwelle zwischen Industrie- und Konsumgesellschaft verbundenen energiepolitischen Bedürfnisse der Europäer gaben - nebst einer Anzahl zeitgenössischer Bedarfsstudien und Energieszenarien - die zeitlich auseinanderliegenden Arbeiten von Dollfus/Rivoire und von Pfister.¹⁰¹

In der Flut vorhandener Literatur finden sich auch einige Monographien zur Europäischen Atomgemeinschaft, wobei die Suche nach einer kritisch-unabhängigen Gesamtdarstellung der Nuklearorganisation erfolglos blieb.¹⁰² Am gründlichsten untersuchte bisher Peter Weilemann die Entstehungsgeschichte der Europäischen Atomgemeinschaft, nachdem eine erste Euratom-Exklusivstudie aus dem Jahr 1964, verfasst von Jaroslav Polach, aufgrund des verwehrten Aktenzugangs noch stark im Bereich der Spekulationen verhaftet blieb.¹⁰³ Unter Rückgriff auf die Handakten der bundesdeutschen Teilnehmer an den Brüsseler Integrationsverhandlungen bietet das quellengesättigte Werk Weilemanns einen zwar deutschlastigen, aber aufschlussreichen Einblick in den Ablauf der 'Relance européenne'. Ärgerlich sind bloss die gehäuft auftretenden Ungenauigkeiten, die davon zeugen, dass der Autor seine Studie unter Zeitdruck abfassen musste. Die Mehrzahl der Euratom-Darstellungen beschränkt sich dagegen auf ausgewählte Teilaspekte der EAG - technologischer, sicherheitspolitischer oder juristischer Art - oder auf eingegrenzte Tätigkeitsperioden der Nuklearorganisation.¹⁰⁴ Als nützlich erwiesen sich gründlich recherchierte Länderstudien über europäische Staaten mit relativ hoher installierter Kernkraftleistung. Mit Bezug auf die Fragestellung weckten darunter diejenigen das grösste Interesse, welche die deutsch-französische Nuklear-Kontroverse zu erhellen vermochten.¹⁰⁵

Eine vielzitierte Untersuchung zur französischen Nuklearpolitik, die eine wesentliche Kontinuität der atomaren Strategie von der Vierten zur Fünften Republik nachweist, stammt von Lawrence Scheinmann, dem die französische Atomenergie-Behörde zu einem ungewöhnlich frühen Zeitpunkt bereits begrenzten Archiv-Zugang gewährte. Die Nähe des Autors zum 'Commissariat à l'Énergie Atomique' mag der Grund dafür sein, dass die kritische Dimension beim Bemühen, Verständnis für die französische Atompolitik aufzubringen, zu sehr in den Hintergrund rückte und der Verfasser die gaullistische Lehre aus dem Suez-Fiasko, wonach "nur der Besitz der Atombombe Macht verleiht", kommentarlos

¹⁰¹ Dollfus, Daniel; Rivoire, Jean: A propos de .. Euratom, Paris 1959. Pfister, Christian (Hrsg.): Das 1950er Syndrom, Bern 1995.

¹⁰² Hinter dem vielversprechenden Titel eines Werkes von Pirotte verbirgt sich ein nach juristischen Gesichtspunkten abgefasster Rechenschaftsbericht der Euratom-Tätigkeit - leider keine historische Analyse: Pirotte, Olivier (Hrsg.): Trente ans d'expérience Euratom, Bruxelles 1988.

¹⁰³ Weilemann, Peter: Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft, Baden-Baden 1983; Polach, Jaroslav: Euratom - its background, issues and economic implications, New York 1964.

¹⁰⁴ Beispielhaft: Roca, Marlène: La communauté européenne de l'énergie atomique et la politique nucléaire européenne, Diss. iur., Montpellier 1977. Nottebohm, Christian: Die rechtlichen Mittel des Kapitels VI 'Versorgung' im Euratom-Vertrag, Diss. iur., Göttingen 1989. Howlett, Darryl A.: Euratom and nuclear safeguards, London 1990.

¹⁰⁵ Dumoulin/Guillen/Vaisse (Hrsg.): L'énergie nucléaire en Europe, Bern 1994. Gerbet, Pierre: La France et l'intégration européenne, Bern 1995. Vorgängig erwähnt wurden bereits die Arbeiten Pierre Guillens, der Zugriff zu den Archivbeständen des 'Quai d'Orsay' hatte. Älteren Datums sind die beiden nachstehenden Titel: Kohl, Wilfrid: French nuclear diplomacy, Princeton 1971. Kelleher, Catherine M.: Germany and the politics of nuclear weapons, New York 1975.

übernahm.¹⁰⁶ Die Frage der kritischen Distanz eines Autors zu seinem Gegenstand stellt sich aber nicht nur bei Scheinmann, sondern praktisch in allen Fällen, in denen Arbeiten vorwiegend auf Quellenkonvolute singulärer Interessengruppen abgestützt sind.

Dass im Zusammenhang mit einem kontrovers behandelten Thema wie der Nukleartechnologie der Frage des kritischen Umgangs mit schriftlichen Quellen eine erhöhte Bedeutung zukommt, lässt sich exemplarisch am Beispiel der apologetischen Publikationen Bertrand Goldschmidts nachweisen, die zur Darlegung der französischen Atompolitik beigezogen wurden. Der Chemiker und Kernphysiker Goldschmidt, einer der Pioniere der Atomforschung seines Landes, war während mehr als zwei Jahrzehnten in leitender Stellung bei der nationalen Atomenergiebehörde (CEA) tätig und in dieser Funktion für die Ausgestaltung der französischen Nuklearpolitik mitverantwortlich.¹⁰⁷ Die öffentliche Stellung des Nuklearexperten weist seinen Werken einen offiziösen Charakter zu - ein Umstand, der bei der Wertung und Einordnung des Materials besondere Aufmerksamkeit erforderte. Der geschilderte Sachverhalt vermag die betont national gefärbte Wertung der nukleartechnischen Entwicklung in Goldschmidts Werken zu erklären. Aufgrund der bemerkenswerten Faktendichte und in Ermangelung amtlicher Darstellungen lassen sich seine Arbeiten, die einige wesentliche Auslassungen aufweisen, bei der Ergründung der französischen Nuklearstrategie nicht übergehen. Eine kritische Einstellung gegenüber der amerikanischen Atompolitik und verbale Spitzen in Richtung des Landsmannes Jean Monnet reflektieren die euroskeptische Haltung des betont auf uneingeschränkte Unabhängigkeit und nationalen Kernwaffenbesitz bedachten Commissariat à l'Énergie Atomique.

Aus entgegengesetzten Blickwinkeln beleuchten zwei Bücher in exemplarischer Weise die von Spannungen und Konkurrenzkämpfen in Politik, Industrie und Wissenschaft geprägte Situation in der Bundesrepublik. Während die gemeinsame Arbeit zweier führender Persönlichkeiten der bundesdeutschen Kernenergie-Entwicklung die optimistische Sichtweise der Kernenergie-Nutzung durchaus selbstkritisch vertritt - wobei auch hier gelegentlich der Nuklear-Nationalismus durchscheint -, steht die Dissertation Christian Deubners stellvertretend für die atomkritische Autoren-Fraktion.¹⁰⁸ Anhand von Akten deutscher Unternehmungen sowie des Bundeswirtschaftsministeriums äussert sich Deubner hauptsächlich zu den industriellen Hintergründen der Euratom-Gründung. Jüngere Studien von Matthias Küntzel und Roland Kollert fördern eine weit kritischere Einschätzung des deutschen Nuklear-Nationalismus zutage. Beide Autoren widersprechen der weitverbreiteten Ansicht, dass die Ausbreitung der Kernenergie in der BRD überwiegend von ökonomischen Bedürfnissen und nicht von politischen Intentionen gesteuert wurde. Tatsächlich war die bundesdeutsche Entwicklung, ungeachtet ihres Kontrastes zur französischen Atom-

¹⁰⁶ Scheinmann, Lawrence: *Atomic Energy Policy in France under the Fourth Republic*, Princeton 1965, S. 171; siehe auch ders.: *Euratom: Nuclear integration in Europe*, in: *International Conciliation*, No. 563/1967, S. 5-65.

¹⁰⁷ Seit der Gründung der IAEA im Jahre 1958 war Goldschmidt zudem Frankreichs Delegierter im Exekutivrat der Organisation, den er 1980 präsidierte.

¹⁰⁸ Winnacker, Karl; Wirtz, Karl: *Das unverstandene Wunder*. Düsseldorf 1975. Winnacker als einstiger IG-Farben-Direktor steht für die Haltung der Industrie, während Wirtz als führender Wissenschaftler des deutschen Kernforschungszentrums Karlsruhe die Forschung repräsentiert; Deubner, Christian: *Die Atompolitik der westdeutschen Industrie und die Gründung von Euratom*, Diss., Frankfurt/M 1977.

Administration mit deren Zentralisierung und machtpolitisch-militärischer Akzentuierung, nicht weniger politisch geprägt als diejenige Frankreichs.¹⁰⁹

Den länderspezifischen Rahmen sprengen die der jüngeren Vergangenheit entstammenden Arbeiten von Beatrice Heuser, die zwar - detailreich, ohne den bisherigen Wissensstand aber grundsätzlich in Frage zu stellen - erneut materielle Interessenlagen, innenpolitische Sachzwänge und aussenpolitische Konstellationen im Zusammenhang mit der Herstellung von nuklearen Sprengkörpern herausarbeitet, darüber hinaus es aber in Form einer Synthese schafft, die Hintergründe des Nuklear-Nationalismus zu bündeln und in den erweiterten historischen Kontext der jeweiligen Zeitabschnitte einzuordnen.¹¹⁰ Dank der Einsicht in deklassiertes Aktenmaterial und nicht zuletzt aufgrund einer gewissen Distanz zur atomaren Frühzeit gelingt es der Autorin, den bisherigen Wissensstand erkenntnissteigernd zu verdichten und die kritischen Wegmarken des Nuklearzeitalters bis hin zur Gegenwart nachzuzeichnen. Der Begriff 'Nuclear mentalities' rekurriert bei Heuser glücklicherweise nicht nur auf die zuweilen enge Sicht der Nuklear-Technokraten; auch hier ist das Feld weiter gesteckt, werden auch die sozio-kulturellen Aspekte des Atomzeitalters erörtert. In diesem Punkt zeigt sich die Schnittstelle zu einem von Salewski redigierten Band, dessen Beiträge die Dialektik der atomaren Waffen ebenfalls in einem erweiterten gesellschaftlichen Rahmen ausleuchten.¹¹¹

• **Quellenlage**

Die Problematik, die sich im Zusammenhang mit der Behandlung nuklearer Themen von militärischer Bedeutung stellt, liegt auf der Hand: die Welt der atomaren Entscheidungen verbirgt sich in allen Ländern hinter einer Mauer der Discretion. Die notorischen Bemühungen staatlicher Akteure, die zumeist ungenannte militärische Option ihrer Atompolitik bedeckt zu halten, wirkte sich bei Arbeitsbeginn, als es erst darum ging, der Euratom-Genese nachzuspüren, auf den Selektionsentscheid bei der Auswahl unpublizierten Archivmaterials aus. Allein die gängige Praxis selektiver Aktenpublikation liess den Gedanken gar nicht erst aufkommen, die Bearbeitung schwer zugänglicher 'harter' Primärquellen militärischer Provenienz in Erwägung zu ziehen. Quellenseitig waren der Untersuchung sowieso von vornherein Grenzen gesetzt - dadurch, dass die dem Thema zugehörigen unpublizierten Archivalien über ganz Westeuropa und die Vereinigten Staaten verstreut in einer Vielzahl von Archiven lagern.¹¹² Arbeitsökonomi-

¹⁰⁹ Küntzel, Matthias: Bonn und die Bombe, Frankfurt 1992. Kollert, Roland: Die Politik der latenten Proliferation, Wiesbaden 1994.

¹¹⁰ Heuser, Beatrice: NATO, Britain, France and the FRG. Nuclear strategies and forces for Europe 1949-2000, New York 1997; dies.: Nuclear mentalities? Strategies and beliefs in Britain, France and the FRG, London/New York 1998; dies.: The bomb. Nuclear weapons in their historical, strategic, and ethical context, New York 2000. Ältere, lesenswerte Darstellung zur gleichen Thematik: Winkler, Theodor H.: Kernenergie und Aussenpolitik, Berlin 1981; eher technisch orientiert dagegen Winkler, Walter; Hintermann, Karl: Kernenergie: Grundlagen, Technologie, Risiken, München/Zürich 1983. Eine gründlich recherchierte Fallanalyse zur schweizerischen Kernenergie-debatte bietet Enderlin Cavigelli, Regula: Risiko und Konflikt. Fallanalyse in der Kernenergiekontroverse und theoretische Reflexionen, Zürich 1996.

¹¹¹ Salewski, Michael (Hrsg.): Das Zeitalter der Bombe, München 1995.

¹¹² Die Überführung der europäischen Akten nach Florenz, ins Historische Archiv der Europäischen Gemeinschaften, ist in der Zwischenzeit weit fortgeschritten, wogegen die länderspezifischen Materialien der 'Vor-Euratom-Aera' weiterhin in den nationalen Archiven verbleiben.

sche Überlegungen gaben aus diesem Grund - zusätzlich zu den beruflich bedingten Limiten - bei der Auswahl der Dokumente den Ausschlag.¹¹³

Im Bereich der **Nuklearkooperation** stützt sich die Arbeit weitgehend auf Quellenmaterial des Schweizerischen Bundesarchivs und der Fondation Jean Monnet in Dorigny/Lausanne. Die anfängliche Beschränkung auf Archivalien, die im Inland zu erheben waren, führte zu den Akten der ständigen Schweizer Delegation bei der OECE in Paris.¹¹⁴ Der Sitz der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit bildete das ideale Forum, um jegliche Art von Ideen und Projektskizzen in Sachen regionaler Zusammenarbeit zu lancieren oder vorzuzusondieren. Die Leiter der nationalen Delegationen trafen sich in wöchentlichen Sitzungen zur Beratung laufender Geschäfte, während die Ministerrats-Tagungen in Abständen von drei Monaten stattfanden. Praktisch ausnahmslos erreichten Vorstösse, welche europäische Gemeinschaftsvorhaben betrafen, die Berner Zentrale via den OECE-Aussenposten.

Die im staatlichen Archiv gesichteten Dokumente erwiesen sich als ausgesprochen vielfältig und heterogen. Nebst viel Routinekorrespondenz und konventionellen Verwaltungsakten - Sitzungsprotokolle, Gesandtschaftsberichte, Lagebeurteilungen - reicht das Material von zeitgenössischen Energiestudien über technische Fachartikel und Presseerzeugnisse bis hin zu Stellungnahmen von Wirtschaftsverbänden sowie Rechenschaftsberichten von Internationalen Organisationen und weiter.¹¹⁵ Die Verteilung auf mehrere Aktenbestände und Registraturplanpositionen liess die Durchsicht zu einem zeitintensiven Arbeitsgang werden. Die von Paris ausgehenden Berichte sind gemäss Referenznummern fast vollständig vorhanden und erlauben die Rekonstruktion der Abläufe um die 'Relance'. Dagegen sind die von Bern eingehenden Weisungen offenbar nicht unter denselben Registraturplan-Positionen abgelegt. Verweise und Bezüge weisen daraufhin, dass entschieden mehr Material existieren muss, als in den gesichteten Aktenbänden vorliegt. 'Harte' Daten zu den schweizerischen militärischen Nuklearprojekten waren nur vereinzelt greifbar. Für die militärische Atomtechnologieentwicklung waren die bis Ende 1958 bestehende Schweizerische Studienkommission für Atomenergie (SKA) sowie die Kriegstechnische Abteilung (KTA) des EMD zuständig; die 1955 als interdepartementales Koordinationsinstrument gebildete Administrativkommission für Atomenergie widmete sich ausschliesslich den zivilen Aspekten der Kernenergienutzung und der Abstimmung internationaler Kontakte.¹¹⁶

Mit dem Entschluss, den 'Euratom'-Kern um die Dimension 'Kohle und Öl' zu erweitern, ergab sich dann noch die Gelegenheit zu einem mit Archivarbeit - **Schwerpunkt: Montanunion** - verbundenen Aufenthalt in der Toskana, am Eu-

¹¹³ Bei der Suche nach vorhandenem Archivmaterial erwies sich der beschleunigte Informationsaustausch mit Hilfe moderner Kommunikationsmittel als hilfreich und zeitsparend - beispielsweise bei der Bestellung von Dokumenten oder bei der prompten Bearbeitung detaillierter Anfragen. Datenschützerische Vorbehalte und Finanzknappheit lassen den elektronischen Zugriff auf Archivalien vorderhand aber nur in beschränktem Ausmass zu.

¹¹⁴ Seit der Gründung der OECE am 16.4.1948 war Paris Standort der ständigen Delegationen aller Mitgliedstaaten.

¹¹⁵ Bezüglich Dienstgrad und Funktion der Verfasser von zitierten Dokumenten: cf. Staatskalender der Schweizerischen Eidgenossenschaft, hrsg. von der Bundeskanzlei, Jahrgänge 1954-58.

¹¹⁶ Mit Beginn des Jahres 1959 übernahm die Eidgenössische Kommission für Atomenergie die Aufgaben und Funktionen der beider Vorläufer-Organisationen.

ropäischen Hochschulinstitut (EUI) in Florenz/Fiesole. Seit 1985, als das Historische Archiv der Europäischen Gemeinschaften (HAEC) als assoziierte Teilkomponente des Hochschulinstituts eröffnet wurde, werden die Originale der ursprünglich in Brüssel und Luxemburg erstellten Gemeinschaftsakten zentral in Florenz gelagert, während sie in den Archiven der einzelnen Organe im Mikroformat verfügbar bleiben.

Die Recherchen für die Erstellung des 'Kohle-Kapitels' in Florenz wurden dadurch erleichtert, dass die für Energiefragen bedeutendsten Brüsseler-Bestände (CEAB: Communautés Européennes, Archives Bruxelles) ab 1952 nebst den Akten und Dokumenten der EGKS-Ausschüsse häufig auch gleich die Papiere und Daten der entsprechenden OECE-Arbeitsgruppen enthielten. Dies Feststellung ergab eine erfreuliche Zeitersparnis, zumal die Bestände der Europäischen Gemeinschaften in Florenz detaillierter erfasst und dadurch leichter überblickbar sind als die entsprechenden, in der Villa 'Il Poggiolo' ebenfalls vorhandenen OECE-Deposita.

Bezüglich der Reliabilität der erfassten Energiedaten gilt es, einige Vorbehalte anzubringen: innerhalb der unzähligen Studien, Tabellen und Statistiken sind nicht selten gravierende Divergenzen in den mengenmässigen Angaben festzustellen - entsprechend erheben die aus den Akten erhobenen Zahlen keinen Anspruch auf absolute Gültigkeit. Da überdies auch die Methoden der Energiedaten-Erfassung einem stetigem Wandel unterliegen, waren Anpassungen an die erneuerten statistischen Usancen in einzelnen Fällen unumgänglich.¹¹⁷ Neue Messgrössen, zwischenzeitliche Datenberichtigungen sowie die Zunahme der Mitgliedsländer der Gemeinschaft sind als potentielle Fehlerquellen anzuführen. So war es aufgrund des verfügbaren Materials beispielsweise nicht möglich, für das Jahr 1993 ausschliesslich die Energiedaten der ehemaligen Bundesrepublik zu eruieren - seit 1991 werden die Zahlen der alten und neuen Bundesländer von 'Eurostat' gemeinsam erfasst.

Eine genauere Verifizierung der Energiedaten hätte einen unverhältnismässigen Mehraufwand bedeutet, der im Rahmen dieser Arbeit nicht zu leisten war. Allfällige Ungenauigkeiten bleiben insofern aber von untergeordneter Bedeutung, als die statistischen Tabellen primär dem Zweck dienen, die im Energiebereich vollzogenen Trends nachzuzeichnen und zu illustrieren - die Daten sind folglich in erster Linie als Vergleichsgrössen und Orientierungshilfen gedacht.

Die Arbeit des von Jean Monnet gegründeten '**Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa**' ist bereits mehrfach beschrieben worden.¹¹⁸ Während sich Jacques Reverdin bei der Abfassung seiner Dissertation auf eine wenig aufgearbeitete Quellenbasis abstützen musste, verfügte Pascal Fontaine als Sohn des langjährigen Monnet-Vertrauten François Fontaine über ein breites Netz von Informanten und einen direkten Zugang zu Archivalien, die zuvor der Öffentlichkeit nicht zugänglich waren. Die privilegierte Ausgangslage wirkte sich auf den Infor-

¹¹⁷ Vgl. hierzu auch die Anmerkungen zu den energiestatistischen Angaben im Nuklearkapitel 4.1 - beispielsweise bezüglich des Umrechnungsfaktors von Steinkohleeinheiten (SKE) auf das heute zur Erfassung von Energieerzeugung und -verbrauch gebräuchliche Mass der Rohöleinheiten (RÖE).

¹¹⁸ Reverdin, Jacques: Jean Monnet et le Comité d'Action pour les Etats-Unis d' Europe de 1955-1963, Thèse, Genève 1967. Fontaine, Pascal: Le Comité d' Action pour les Etats-Unis d' Europe de Jean Monnet, Lausanne 1974.

mationsgehalt der Publikation Fontaines aus; seiner Arbeit konnten bei der Suche nach dokumentarischen Zeugnissen im Monnet-Archiv mehrere nützliche Hinweise entnommen werden.

Die 'Fondation Jean Monnet pour l' Europe', welche den Nachlass des 'Europäers' Monnet betreut, erwies sich als professionell und zuvorkommend geführtes Archiv, dessen ausgezeichnete Findmittel dem Benutzer die Recherchertätigkeit erleichtern. Die verschiedentlich angedeuteten Vorbehalte, bei der 'Fondation' handle es sich bloss um eine Kultstätte, erwiesen sich als unbegründet. Bei der Arbeit in der Monnet-Stiftung ging es hauptsächlich darum, die Kenntnisse zur Rolle des Aktionskomitees als 'externer Akteur' sowie zum Strukturwandel im Energiesektor anhand von Originaldokumenten aus den grösstenteils erfassten und leicht zugänglichen Beständen des Archivs zu erweitern. Der hauptsächlich untersuchte Zeitraum umfasst die Jahre 1954 bis 1958 (später ausgeweitet auf die Jahre 1945-1953), betrifft somit die Aktivitäten Monnets und seiner Organisation während der Pionierphase des Comité d' Action. Der dem Komitee gewidmete Abschnitt geriet etwas ausführlicher als ursprünglich geplant, da es sich bei den bearbeiteten Dokumenten in Teilen um aufschlussreiches, unpubliziertes Material handelte.¹¹⁹

Die Beschäftigung mit Jean Monnet förderte auch zweifelhafte Forschungstendenzen zutage, indem vereinzelte Autoren durch eine starke Personifizierung der integrationsfördernden Kräfte die Kausalität von historischen Abläufen allzu stark auf die Ebene von Personen und Kleingruppen verlagern, wodurch das politisch-ökonomische Umfeld und die Ebene der strukturellen Prozesse in den Hintergrund gedrängt werden. Die kaum überblickbare Zahl von Schriften zur europäischen Einigung hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich um Männer wie Monnet oder Schuman immer neue Legenden ranken, wogegen die Abfassung einer historisch-kritischen Biographie von Monnet bis heute ausgeblieben ist.¹²⁰ Sowohl die Verbreitung unkritischen Gedankenguts als auch die immergleichen Zeitzeugen der frühen Brüsseler Administration, die in den letzten Jahren wiederholt an Symposien auftraten, haben aktiv zur Mythenbildung beigetragen. Die Lektüre einzelner Publikationen zur aussergewöhnlich facettenreichen Persönlichkeit des Gründers des Aktionskomitees weckt zuweilen spontane Assoziationen zur Hagiographie.¹²¹ Eine gänzliche Wendung ins Grotteske deuten die von

¹¹⁹ Bei den im Historischen Archiv der Europäischen Gemeinschaften am EUI in Florenz vorgefundenen Dokumenten handelte es sich in den meisten Fällen um Kopien von Materialien der Fondation Monnet in Lausanne/Dorigny - ergänzt durch Akten aus amerikanischen Archivbeständen und durch die Dokumente der 'Collection Duchêne sur Jean Monnet'.

¹²⁰ Auch das neueste, durchaus empfehlenswerte Werk von Eric Roussel vermag diese Lücke ebensowenig zu schliessen wie die Biographie von François Duchêne. Vgl. Roussel, Eric: Jean Monnet 1888-1979, Paris 1996 sowie Duchêne, François: Jean Monnet. The first statesman of interdependence, New York et al. 1994.

Als lesenswerte Bücher neueren Datums sind im weiteren zwei Bände mit Beiträgen aus Monnet-Kolloquien zur Wirkung des Franzosen im europäischen und internationalen Kontext anzuführen: Bossuat, Gérard; Wilkens, Andreas (Hg.): Jean Monnet, l'Europe et les chemins de la paix, Paris 1999 und Wilkens, Andreas (Hg.): Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999 (v.a. Aspekte mit direktem Bezug zur europäischen Politik der Bundesrepublik).

Im Gegensatz zur Person Monnets existiert eine akribisch recherchierte und kritische Biographie Robert Schumans. Vgl. Poidevin, Raymond: Robert Schuman, homme d' Etat, Paris 1986.

¹²¹ Exemplarisch: Van Helmont, Jacques; Fontaine, François: Jean Monnet, Lausanne 1996. Der Legendenbildung zuträglich war ebenfalls die vor einigen Jahren erfolgte feierliche Überführung der sterblichen Überreste Monnets ins Panthéon, den Tempel der 'grands hommes de la patrie'.

Trausch beschriebenen Bemühungen katholisch-konservativer Kreise an, wonach Robert Schuman gar selig- und dann heiliggesprochen werden soll ...¹²²

Mit Blick auf den gewachsenen Umfang der Arbeit wurde darauf verzichtet, der **Schweizer Haltung in Fragen der internationalen Nuklearkooperation** ein ausführliches Kapitel zu widmen - zumal sich die Entwicklung der Atomtechnologie in der Schweiz bei Peter Hug akribisch dokumentiert nachlesen lässt.¹²³

Materiell steht die schweizerische Position bei den Verhandlungen über die OECE-Nuklearprojekte folglich nicht im Zentrum des Interesses. Dafür vermögen die Informationen der OECE-Delegation ein vertiefteres Verständnis für die Verflechtungen der internationalen Nuklearkooperation zu wecken, und sie erhellen Motive und Hintergründe der Handlungsweise direkt involvierter Akteure. Dank der aus dem Blickwinkel aussenstehender Beobachter der europäischen Einigungsbestrebungen verfassten Kommentare vermitteln die Dokumente der Schweizer Diplomaten Einsicht in die damaligen Prozessverläufe und die Haltungen der sogenannten OECE-'Drittstaaten'.¹²⁴ Die Ergebnisse der Quellenarbeit

¹²² Der vom Bistum Metz eingeleitete Prozess der Seligsprechung laufe auf vollen Touren, und Experten seien auf der Suche nach Wundern, die der designierte Heilige bewirkt haben soll - möglicherweise gilt das Überleben der EU als eigentliches Wunder? Trausch, Gilbert: Der Schuman-Plan zwischen Mythos und Realität, in: Hudemann et al. 1995, S. 108.

¹²³ Hug, Peter: Geschichte der Atomtechnologie - Entwicklung in der Schweiz, Lizentiatsarbeit, Bern 1987; ders.: La genèse de la technologie nucléaire en Suisse, in: Relations internationales, 68/1991, S. 325-344. Siehe auch: Winkler 1981, Kernenergie und Aussenpolitik; Heiniger, Markus: Die schweizerische Antiatombewegung 1958-63, Lizentiatsarbeit, Zürich 1980; Meylan, Claude: L'option nucléaire et les entreprises suisses, Bern/Frankfurt/New York 1983; Däniker, Gustav: Schweizerische Selbstbehauptungsstrategien im Kalten Krieg, Frauenfeld 1996.

¹²⁴ Zur schweizerischen Aussenpolitik der Nachkriegszeit sowie zum Verhältnis Schweiz-OECE: Bauer, Gérard: Les origines de la coopération économique de l'Europe et de la Suisse. Ou les débuts du multilatéralisme économique européen (1947-48), in: Brunner, Edouard et al. (Hg.): Einblick in die schweizerische Aussenpolitik, Zürich 1984, S. 55-83; Fleury, Antoine: L'étude de l'histoire des relations internationales en Suisse, in: Relations internationales 42/1985, S. 209-219; ders.: Le patronat suisse et l'Europe: du Plan Marshal aux Traités de Rome, in: Dumoulin 1993, L'Europe du patronat, S. 165-189; ders.: La Suisse et le défi du multilatéralisme, in: Kreis, Georg (Hg.): Die Schweiz im internationalen System der Nachkriegszeit 1943-1950, Reihe 'Itinera' 18/1996, Basel 1996, S. 68-83; Gees, Thomas: Interessenclearing und innere Absicherung. Zur Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Privatverbänden in der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik 1930-1960, in: Hug/Kloter 1999, Bilateralismus, 141-172; Herren, Madeleine: Modernisierung, Aussenpolitik und Integration im Jahrhundert des Internationalismus, in: Historische Mitteilungen, 7/1994, Heft 1, S. 1-43; dies.: Internationalismus als Aussenpolitik. Zur internationalen Vernetzung des schweizerischen Bundesstaates 1884-1914, in: Studer 1998, Bundesstaat, S. 127-144; dies.: Netzwerk Aussenpolitik: Internationale Kongresse und Organisationen als Instrumente schweizerischer Aussenpolitik 1914-1950. NFP 42 Synthesis, Nr. 34, Bern 2000; Herren/Zala 2001, Netzwerk Aussenpolitik; Hug, Peter: Innenansichten der Aussenpolitik - Akteure und Interessen, in: Studer 1998, Bundesstaat, S. 203-236; Hug/Kloter 1999, Bilateralismus; Linke, Manfred: Zwischen Bilateralismus und Multilateralismus: Die schweizerische Aussenpolitik 1944-1950, in: Kreis 1996, S. 60-67; Moser, Thomas: Die Interessen der Schweiz am Schuman-Plan, 1950-1953, in: Kreis 1996, S. 146-170; Perrenoud, Marc: La diplomatie et l'insertion de la Suisse dans les nouvelles relations économiques internationales, in: Kreis 1996, S. 130-145; Schindler, Dietrich (Hg.): Dokumente zur schweizerischen Neutralität seit 1945, Bern 1984; Strehlke, Peter: Die OEEC-Mitgliedschaft als Ausgangspunkt der schweizerischen Integrationspolitik, Basel 1994; Studer, Brigitte (Hg.): Etappen des Bundesstaates. Staats- und Nationsbildung der Schweiz 1848-1998, Zürich 1998. Zum Verhältnis Schweiz-Grossbritannien in der Nachkriegszeit und in der OECE: Gsteiger, Markus: Vom Bilateralismus zum Multilateralismus. Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Grossbritannien 1945-1955, Lizentiatsarbeit, Bern 1997; Maurhofer, Roland: Zwischen Schadensbegrenzung und Solidarität. Schweizerisch-britische Verständigung am Bei-

widerspiegeln die Einschätzung des Messina-Projekts aus der Sicht derjenigen europäischen Länder, die grundsätzlich einer zwischenstaatlichen Nuklear-Zusammenarbeit zuneigten, den "Beitritt zu einem europäischen Überstaat" aber dezidiert ablehnten.¹²⁵

Zusammenfassend gilt, dass die in den Archiven eingesehenen zeitgenössischen Dokumente eine weitgehend quellengestützte Erschliessung der energie-spezifischen Aspekte der Arbeit ermöglichten. Die ebenfalls den Quellen entnommenen politischen Einschätzungen der Bemühungen der Brüsseler-Gemeinschaft - von der Delegation des Pariser OECE-Vorpostens aus kleinstaatlicher Optik minutiös erfasst und kommentiert - ergänzen und vertiefen andererseits die zu grossen Teilen literaturgestützt erhobenen integrationsspezifischen Befunde.

Eine zu einem späteren Zeitpunkt, im Zusammenhang mit der personellen Besetzung von OECE-Delegationen, angestrebte Vertiefung der vorhandenen Datenbasis via Aktenkonvolut der 'Reaktor AG' scheiterte daran, dass sich das Material seit der 1988 vollzogenen Fusion zwischen dem ehemaligen 'Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung' (EIR) und dem im benachbarten Villigen situierten 'Schweizerischen Institut für Nuklearforschung' (SIN) zu dem als multidisziplinäres Forschungsinstitut konzipierten 'Paul-Scherrer-Institut' (PSI) weitgehend ungeordnet in der Obhut des PSI befindet. Eingebunden in das 'Kernenergie-Archiv' des EIR lagern die verbliebenen Dokumente der Reaktor AG - teils gebündelt, teils lose in Schachteln - vernachlässigt als sogenanntes 'Archiv Kernenergie Schweiz' im Compactus des Paul Scherrer Instituts in Villigen AG.

Nach einem Augenschein musste von einer näheren Bearbeitung abgesehen werden; zu aufwändig für die Verfolgung einer Anschlussfrage, so das Urteil, zumal weder systematische Findmittel noch ein rudimentäres Verzeichnis, das den Zugang zu den Dokumenten erleichtern könnte, verfügbar sind. Nach mündlicher Auskunft des heute im Ruhestand lebenden Dr. Peter Tempus, der die Akten in seiner Aktivzeit nebenher betreute und sich letztlich erfolglos um die Übernahme und Aufarbeitung der Bestände durch das Archiv für Zeitgeschichte (AfZ) der ETH bemüht hat, sind die persönlichen Akten der beiden Atompromotoren Walter Boveri und Paul Scherrer zudem nur noch in Fragmenten vorhanden.

Gemäss Aussagen Tempus' sollen die beiden Protagonisten der schweizerischen Nuklearpolitik ihre persönlichen Dokumentenbestände - nach heftigen Auseinandersetzungen um die Ausrichtung der Reaktor AG und des EIR sowie im Nachgang an die nicht im Sinne Scherrers abgelaufene Nachfolgeregelung an der ETH Zürich - nach ihrem Ausscheiden teilweise abgezogen (Boveri) oder vernichtet haben (Scherrer). Die Enttäuschung über den lamentablen Zustand der EIR-Akten wurde durch den Gewinn einiger sachdienlicher Informationen - erhoben im Verlauf eines informativen Gesprächs mit dem zuvorkommenden Zeitzeugen Tempus - ein wenig gemildert. In Ermangelung von Primärquellen sind die meisten Informationen zur Reaktor AG folglich der akribischen Arbeit Hugs entnommen - er mag die EIR-Akten vor Jahren möglicherweise in einem geordneteren Zustand angetroffen haben.¹²⁶

spiel des Zahlungsabkommens von 1946 und der Gründungsphase der OECE und EZU 1948-50, in: Hug/Kloter 1999, S. 447-483.

¹²⁵ BBl 1960 I, S. 859f. Haltung des Bundesrates bezüglich eines Beitritts der Schweiz zu supranationalen Organisationen (EWG - 1960; übertragbar auf das Verhältnis zur Euratom).

¹²⁶ Hug 1987, Geschichte der Atomtechnologie.

Von besonderem Interesse wären zusätzliche Akten zur Person Paul Scherrer gewesen: Dass Scherrer, Direktor des physikalischen Instituts der ETHZ und Präsident der SKA, die Schlüsselfigur der schweizerischen Nuklearforschung war, soweit es sich um die zivile Seite der Entwicklung handelt, ist bekannt - als Zeichen der Anerkennung tragen die beiden zusammengeschlossenen Institute von Villigen und Würenlingen denn auch seinen Namen. Welche Rolle Scherrer in den bereits 1945 einsetzenden militärischen Bemühungen um die Erschliessung der Atomenergie zum Wohle des Landes - will heissen: um den Bau einer Bombe als Dissuasionsmittel - spielte, muss angesichts der fehlenden Verfügbarkeit von Dokumenten aus amerikanischen Archiven vorderhand eine nicht ganz geklärte Frage bleiben. Allerdings steht fest, dass die 'Eidgenössische Studienkommission für Atomenergie' (SKA), als deren Präsident Scherrer fungierte, seit dem Kriegsende kontinuierlich die Grundlagen für eine schweizerische Nuklearbewaffnung erarbeitete. In Bereich der militärischen Nuklearaktivitäten existieren zwei neuere Arbeiten, welche die entsprechenden Zusammenhänge gründlich durchleuchten, wobei Hugs umfassendere Lizentiatsarbeit in Sachen 'Entwicklung der Atomtechnologie in der Schweiz' immer noch den Standard setzt.¹²⁷

Dass die Dokumente des 'Eidgenössischen Instituts für Reaktorforschung' am Archiv für Zeitgeschichte - wie von Peter Tempus gewünscht - gut aufgehoben wären, lässt sich erahnen, wenn man als Benutzer von der vorhandenen Infrastruktur des AfZ profitieren kann. Die wenigen Besuche in Zürich dienten dazu, den Einfluss der ältesten und umfassendsten Spitzenorganisation der schweizerischen Wirtschaft, des 1870 gegründeten Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins (SHIV, 'Vorort' - heute: 'economiesuisse') auf die Position der Schweiz im Rahmen der OEEC-Nuklearprojekte zu ergründen und auszuleuchten. Im besonderen interessierte dabei die Haltung des langjährigen Direktors und Delegierten des mächtigsten eidgenössischen Wirtschaftsverbandes, Heinrich Homberger, der überdies aufgrund seiner Funktion während vieler Jahre auch Mitglied der ständigen bundesrätlichen Delegation für Wirtschaftsverhandlungen war.¹²⁸ Dank präziser Findmittel gelang es innert kurzer Zeit, die als Ergänzung und Vertiefung zu den in bestimmten Bereichen lückenhaften OEEC-Akten des Bundesarchivs gesuchten Dokumente zu orten und auszuwerten.

Der 'Vorort' hatte sich ursprünglich die Wahrung der Interessen von Handel und Industrie gegenüber den Bundesbehörden zum Ziel gesetzt.¹²⁹ Zunehmend

¹²⁷ Metzler, Dominique B.: Die Option einer Nuklearbewaffnung für die Schweizer Armee 1945-1969, Lizentiatsarbeit, Basel 1995 (in geraffter Fassung: vgl. Zeitschrift des Bundesarchivs, Studien und Quellen, Bd. 23, Rüstung und Kriegswirtschaft, Bern 1997, S. 121-170). Hochinteressant: Stüssi-Lauterburg, Jürg: Historischer Abriss zur Frage einer Schweizer Nuklearbewaffnung. EMD-Studie, Bern 1995 (vgl. www.tages-anzeiger.ch/taspezial/atom.htm). Ausführlich und spannend: Hug 1987, Geschichte der Atomtechnologie.

¹²⁸ Homberger - Übernahme: 'achter Bundesrat' - leitete die Geschicke des Vororts von 1939-1965. Vgl. Homberger, Heinrich: Schwerpunkte der schweizerischen Handelspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Roulet, Louis-Edouard (Hg.): Max Petitpierre. Seize ans de neutralité active. Aspects de la politique étrangère Suisse (1945-61), Neuchâtel 1980, S. 55-67.

¹²⁹ Dem Verein waren nicht einzelne Unternehmungen, sondern die von ihnen gebildeten Fachverbände sowie die kantonalen Handelskammern als sogenannte Sektionen angeschlossen. Das oberste Organ des SHIV wurde durch die Delegiertenversammlung dieser Sektionen gebildet. Die 1882 gegründete 'Schweizerische Handelskammer' (SHK) bildete den erweiterten Vorstand oder das Parlament des Vereins. Sie beurteilte Fragen von grosser wirtschafts- und staatspolitischer Tragweite und beschloss Stellungnahmen zu wichtigen Abstimmungsvorlagen. Der Vorort, die Präsidialbehörde, behandelte die Sachgeschäfte, für deren Durchführung die in Zürich domizilierte Geschäftsstelle besorgt war.

brachten Delegierte des SHIV aber auch auf internationaler Ebene aussenwirtschaftsrelevante Anliegen des Vereins vor. Bei der in Paris ansässigen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertraten die vom Bund ernannten Vertreter des Vororts die schweizerischen Wirtschaftsinteressen gelegentlich innerhalb von themenspezifischen Arbeitsgruppen und Fachausschüssen.

Das die Jahre von 1869-1995 abdeckende Historische Archiv des 'Vororts', seit 1991 dem Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich angeschlossen, umfasst zur Zeit 2'500 Faszikel und ca. 750 Bände.¹³⁰ Entsprechend der Bedeutung und Tätigkeit des SHIV beziehen sich seine Dokumentationen und Geschäftsakten auf ein breites Themenspektrum der schweizerischen Wirtschafts-, Aussenwirtschafts-, Innen- und Aussenpolitik.

Derjenige Teil der Handakten Homberger, dem das Hauptinteresse galt - die Faszikel sind durch ein separates Verzeichnis detailliert erschlossen -, enthielt reichhaltiges Material zu den gesuchten Themen 'Europäischer Wiederaufbau', 'Integrationspolitik' und 'Nuklearkooperation im Rahmen der OECE', das aus zeitlichen Gründen letztlich aber nur sehr beschränkt Verwendung fand.

¹³⁰ 1997 erfolgte eine Nachlieferung von rund 60 Laufmetern mit Unterlagen der Jahre 1980-1995, die im Rahmen einer gleitenden Sperrfrist von 30 Jahren zugänglich werden. Für die Benutzung des 'Vorort'-Archivs ist eine Genehmigung zur Akteneinsicht von 'economie-suisse' erforderlich; der private Nachlass Homberger ist hingegen frei zugänglich.

2. Anmerkungen zur Theorie der internationalen Beziehungen - Einfügung des Untersuchungsgegenstandes in einen übergeordneten Rahmen

Theorien übernehmen in allen wissenschaftlichen Disziplinen die Aufgabe, Untersuchungsgegenstände zu strukturieren und Prozessabläufe zu erklären. Ohne Theorie als gedankliches Konstrukt könnten die vielfältigen Facetten der Wirklichkeit intellektuell nicht bewältigt werden. "Theorien dienen einer wissenschaftlichen Untersuchung als analytischer Bezugsrahmen, ermöglichen eine begrifflich-systematische Ordnung der Daten und befähigen dazu, aus den gewonnenen Ergebnissen Schlüsse zu ziehen".¹

Helga Haftendorn, Wissenschaftstheorie.

Ältere Texte definieren internationale Politik als "Beziehungen zwischen Staaten, vertreten durch Regierungen" oder als "Summe nationaler Aussenpolitik" und setzen damit internationale Beziehungen faktisch mit Diplomatie und Aussenpolitik gleich.² Ein derartiges Verständnis ist nicht zeitgemäss und vermag der Ergründung internationaler Zusammenhänge in der Neuzeit nicht zu genügen. Die Faktoren Individuum, Staat, internationales und transnationales System beeinflussen sich ständig gegenseitig und bilden dadurch einen interdependenten Gesamtzusammenhang. Methodische Probleme bei der Untersuchung der gegenseitigen Beziehungen stellen sich dadurch, dass jeder Bereich sein eigenes begriffliches Instrumentarium kennt, wodurch unterschiedliche Gesetzmässigkeiten gelten, was wiederum das Abfassen allgemeingültiger Aussagen erschwert.

Selbst wenn es sich bei der vorliegenden Arbeit explizit nicht um den Versuch handelt, ein stringentes theoretisches Erklärungsmuster bezüglich integrationsfördernder Voraussetzungen herauszuarbeiten: Die Erwähnung der bedeutendsten integrationstheoretischen Strömungen der vergangenen Jahrzehnte drängt sich auch für eine empirische Annäherung an die Einigungsvorhaben der 50er Jahre auf, die eine vertiefte Darstellung historischer Abläufe anstrebt. Der Rückgriff auf die wichtigsten Integrationskonzepte erscheint nötig zugunsten eines besseren Verständnisses der Vorgänge im Zeitraum der 'Relance' sowie für die Eingliederung der konkreten Interaktionsmuster in ein Ordnungsschema.

Die Verflechtungen des internationalen Systems bedürfen zu ihrer Erfassung eines theoretischen Rahmens und spezifischer Methoden, die der Komplexität der Beziehungen gerecht zu werden vermögen.³ Die Hilfsmittel dienen dazu, jene Formen der Politik zu verstehen, bei denen gesellschaftliche und innenpolitische Prozesse mehrerer nationalstaatlicher Systeme mit den Aktivitäten von Regierungen und internationalen Organisationen Interaktionssysteme bilden - mit dem Ziel eines partiellen politischen Zusammenschlusses. Dabei sollen die Phä-

¹ Haftendorn, Helga: Wissenschaftstheorie, in: Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch internationaler Politik, Opladen 1986, S. 333. Haftendorn präzisiert vier Funktionen von Theorien: die Selektionsfunktion (Auswahl der relevanten Daten), die Ordnungsfunktion (Strukturierung der wahrgenommenen Realität), die Erklärungsfunktion (Schlussfolgerungen; Vermittlung von Einsichten) und die operative Funktion (Umsetzung der Erkenntnisse in der Anwendungspraxis).

² Hütter, J.: Einführung in die internationale Politik, Stuttgart 1976, S. 15. Calamaros, A.D.: Internationale Beziehungen, Stuttgart 1974, S. 8.

³ Kaiser, Karl: Transnationale Politik, in: Die anachronistische Souveränität. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 1/1969, S. 90.

nomene im Verbindungsbereich nationaler und internationaler Politik erfasst, beschrieben und letztlich eingeordnet werden.

2.1 Theorien regionaler Integration und die Anfänge europäischer Einigung

Aussenpolitik präsentiert sich gemeinhin als ein Geflecht von internationalen Kontakten und Beziehungen. Die Grundhaltungen der involvierten Akteure scheinen dabei von zwei grundsätzlichen Ausrichtungen geprägt zu sein: zum einen von einer realpolitischen, welche die Welt aus pragmatisch-positivistischer Sicht annimmt, wie sie sich präsentiert - voller Konflikte; zum andern von einer idealpolitischen, die von einer Welt ausgeht, wie sie sein sollte und nach voluntaristischer Denkart hofft, die internationalen Beziehungen würden sich in kleinen Schritten verbessern, um allmählich in einen friedlichen Zustand der Staatengemeinschaft zu münden.⁴ In der Praxis finden sich weder Real- noch Idealpolitik in Reinkultur - jede Aussenpolitik sucht ihren Weg zwischen den beiden Polen, wobei die Linienführung mal näher beim einen als beim andern verläuft. Den Realpolitikern geht es in erster Linie um die Sicherheit des Staates - die weiteren Aspekte der Politik werden dieser klar untergeordnet. Auf der Basis moralisch-normativer Wertvorstellungen weisen dagegen der idealistischen Sicht zuneigende Politiker den Vorrang der nationalen Sicherheit zugunsten kollektiver Ordnungsvorstellungen zurück.⁵

In den frühen integrationstheoretischen Ansätzen spiegelt sich die Spaltung der Disziplin 'Internationale Beziehungen': Die 'Realisten' betonen den Nutzen internationaler Organisationen bei der Koordination der Politik unabhängiger Staaten, während die 'Idealisten' bevorzugt auf deren Beitrag zur Überwindung der zwischenstaatlichen Anarchie hinweisen. Die internationalen Beziehungen der Neuzeit wurden von den Regeln der Realpolitik dominiert. Schübe in Richtung Idealpolitik gab es - in der Folge von 'Nie-wieder'-Stimmungen - jeweils nach traumatischen Kriegserlebnissen. Anfänglich blieben die Vorstösse allerdings oh-

⁴ Diese Zweiteilung der Aussenpolitik ist nicht neu; sie findet sich bereits in der griechischen Antike ausgeformt: Thukydides steht für die Realpolitik, Plato für die idealistische Grundhaltung. Als Realist der Neuzeit formulierte Morgenthau das Paradigma internationaler Beziehungen - frei nach Hobbes - als ein von Anarchie bestimmtes internationales System souveräner Staaten. Als einziges beständiges Bewegungsprinzip internationalen Handelns anerkennt er die Auseinandersetzung um Macht. Vgl. Morgenthau, Hans Joachim: *Politics among Nations*, New York ⁴1968. Auch Kennan als weiterer Vertreter des Realismus stellte sicherheitspolitische Aspekte in den Vordergrund seiner Argumentation. Kennan, George F.: X. *The Sources of Soviet Conduct*, Nachdruck in: *Foreign affairs* 65/4 (1987), S. 852-868. Dagegen betrachtete die idealistische Schule die Notwendigkeit einer friedlichen Koexistenz der Staaten als hinreichende Triebkraft für die Gründung einer Weltorganisation, deren Entscheidungs- und Sanktionsgewalt in die nationale Souveränität ihrer Mitglieder einzugreifen vermag. Vgl. Claude, Inis L.: *Swords into Plowshares*, New York ⁴1971.

⁵ Auf die Gesamtheit der internationalen Beziehungen angewandt, vermochte keiner der beiden Ansätze zu genügen. Sowohl das Erklärungsmuster von einer durch Vernunft bewirkten Konvergenz nationalstaatlicher Interessen als auch die Übertragung von Hobbes' Weltansicht auf das Verhalten von Staaten erwiesen sich als zuwenig stichhaltig, um die Komplexität der internationalen Beziehungen befriedigend erfassen zu können. Später stützten sich immer mehr Erklärungsansätze auf beide Theorien ab, wobei weder die staatlichen Eigeninteressen noch ihr Gewaltpotential gelehnt wurden. Konsens herrscht darüber, dass diese Kräfte durch wie auch immer geartete Kooperationsstrukturen zu bändigen seien.

ne grosse Erfolge.⁶ Die Programme einer idealpolitisch orientierten Aussenpolitik lagen aber zumindest vor, wenngleich die Vorgaben erst nach dem Zweiten Weltkrieg vermehrt in die Ausgestaltung der internationalen Beziehungen einfließen. Staatliches Tun blieb zwar auch fortan primär von materiellen nationalen Interessen geprägt; dennoch vermochten die aus idealistischen Vorstellungen abgeleiteten neuen 'Weltbilder' wiederholt als Weichensteller die Bahnen mitzubestimmen, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte.

Der Verlauf regionaler Integrationsbemühungen ist geprägt von einem komplexen Zusammenspiel von Prozessen zwischen den Institutionen verschiedener nationalstaatlicher Systeme und externen gesellschaftlichen Akteuren, bei denen jeder Mitspieler jeweils nur einen Bruchteil eines Gesamtphänomens zu beeinflussen vermag. Strukturen und Prozesse des internationalen Systems der Nachkriegszeit sind in ihrem Charakter zunehmend mehrdimensional geworden, wobei sowohl die Natur zwischenstaatlicher Beziehungen als auch die Rolle des Nationalstaates je nach Sachbereich und Ebene der internationalen Politik beträchtlich variieren kann. Die Multidimensionalität führte zu einer Vielfalt von neuen Verpflichtungen, von geteilten Loyalitäten und sich überkreuzenden Konflikts- und Kooperationsmustern. Ähnlich wie bei der Vielfalt der Rollen des Individuums in der differenzierten modernen Gesellschaft kann diese Vielschichtigkeit einerseits einen gesunden Pluralismus und eine Relativierung von Ungleichheiten, andererseits aber auch dysfunktionale Spannungen und Gegensätze zwischen den verschiedenen Ebenen zur Folge haben.

• **Föderalismus und Funktionalismus als klassische Integrationsansätze**

Im Zentrum der europäischen Einigungsbewegung der 50er Jahre stehen die beiden Ansätze von Föderalismus und Funktionalismus.⁷ Beide hatten das Ziel einer die nationalstaatliche Konzeption hinter sich lassenden regionalen Ordnung vor Augen. Die föderalistischen Ideen, die sich bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen lassen und im Anschluss an die Gründung der Vereinigten Staaten ihre Blütezeit erlebten, fanden im Zug der Diskussion um die europäische Einheit erneut zahlreiche Anhänger. Föderalistische Ideen folgen dem Zweck, "ein Gleichgewicht zwischen den Vorteilen von Grösse und Uniformität einerseits und von Kleinheit und Diversität andererseits zu schaffen".⁸ Durch Zentralisierung will der Föderalismus "das Bedürfnis nach effektiverem Regierungshandeln in manchen Bereichen" sichern, gleichzeitig aber mittels Dezentralisierung auch die demokratische Forderung nach lokaler Kontrolle und lokaler Autonomie befriedigen.⁹ Die einem Gründungsakt erst nachfolgende wirtschaftliche und soziale Verflechtung der einzelnen Teile vollzieht sich gemäss föderalistischem Gedankengut im Rahmen verfassungsmässiger Regeln ('function follows form'). Ausgehend von der Auffassung, dass der Nationalstaat alter Prägung vielen der an ihn gestellten Forderungen und Herausforderungen, vor allem auf dem Gebiet der Friedenssicherung,

⁶ Die 'Heilige Allianz' nach den Napoleonischen Kriegen; Woodrow Wilsons '14 Punkte' nach dem Ersten Weltkrieg. Im Umfeld des Zweiten Weltkriegs und der beginnenden Dekolonisation: Atlantik-Charta; UNO-Charta; Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

⁷ Aktuelle integrationstheoretische Ansätze greifen die Überlegungen zum Teil wieder auf, die ursprünglich vor allem von Föderalisten und von Funktionalisten angestellt wurden.

⁸ Pentland, Charles: *International Theory and European Integration*, London 1973, S. 149.

⁹ Haas, Ernst: *The study of regional integration*, in: Lindberg/Scheingold (Hrsg.): *Regional integration: theory and research*, Cambridge/Mass. 1971, S. 20, zit. nach: Zimmerling 1991, S. 63.

nicht mehr gerecht werden könne, wurde die föderative Vereinigung nicht nur für praktikabel, sondern für wünschenswert gehalten.

Kritiker beanstandeten die weitgehend präskriptive Ausrichtung des föderalistischen Schrifttums: "Viele föderalistische Autoren sind offenbar mehr an einem normativen Diskurs interessiert als an wissenschaftlicher Analyse. (...) Die Grundpfeiler ihrer Theorie sind normative Behauptungen, die auf dem Glauben derer beruhen, die sie aufstellen. Der Rest ist Anschauungsmaterial aus der historischen Erfahrung föderativer Nationen." Die skeptische Einschätzung des Stellenwerts föderalistischen Gedankengutes als Grundlage einer Theorie regionaler Integration gipfelt in der Aussage, dass "die normative Orientierung die betreffenden Autoren von solchen Analysen des Föderalismus abgehalten hat, die zur Bildung wissenschaftlicher Theorie führen".¹⁰

Die Föderalisten arbeiteten aber nicht nur an der Erklärung föderativer Prozesse, sondern auch an deren praktischer Ausgestaltung. So ist es kaum verwunderlich, dass der klassische Föderalismus als Integrationsmodell auf bestehenden Urtypen föderativer Regierungsformen beruht, insbesondere den USA und der Schweiz. Auf der Grundlage empirischer Beobachtungen und normativer Prämissen formulierten die Föderalisten eine Reihe von Annahmen, die sich hauptsächlich auf diejenigen Umstände bezogen, die politische Akteure zur Bildung einer Föderation motivieren konnten. Dem Staatsrechtler Carl Joachim Friedrich wird die Aussage zugeschrieben, dass der föderative Prozess eng mit den in den Mitgliedstaaten vorherrschenden Interessen und Wertvorstellungen verbunden sei.¹¹ Konkret werden folgende einer Föderation zuträgliche Faktoren genannt: das gemeinsame Gefühl der militärischen Unsicherheit; der Wunsch nach politischer Unabhängigkeit; die Hoffnung auf wirtschaftliche Vorteile; die Ähnlichkeit politischer Institutionen und die Rolle externer Mächte. Die erklärende Kraft derartiger Elemente wird von den Gegnern dieser Ansicht als gering eingestuft. Bemängelt wird das Fehlen von Argumenten und Gründen sowie die Abstützung der Aussagen auf "Intuition statt Kogniton". Der Föderalismus, beanstandeten die Kritiker, habe noch keine Erklärung für eine wiederholt auftretende Ereignisfolge liefern können, die aus "kausal zusammenhängenden Aktivitätsdimensionen besteht". Immerhin liegt ein Verdienst der föderalistischen Überlegungen darin, Denkanstöße für die theoretische Weiterarbeit geliefert zu haben, so dass ihnen trotz aller Ablehnung zumindest der Status einer "wichtigen Vorstufe zur Bildung einer wissenschaftlichen Integrationstheorie" zugestanden wird.¹²

Die Betonung des Primats der Politik - unter Vernachlässigung der Bedeutung von sozio-ökonomischen Bedingungen für die politische Entwicklung - sowie die Annahme, dass bei den politischen Entscheidungsträgern die föderationsfördernden Faktoren hinreichende Motivation für das entschiedene Betreiben eines Föderationsprozesses seien, führten dazu, dass der föderalistische Ansatz in der Regel "dramatische strukturelle Veränderungen anstelle von allmählichem Wachstum" vorsah.¹³ Die Revision derartiger Vorstellungen wurde bereits in den fünfziger Jahren notwendig, als die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften, die als Testfall für die föderalistische Integrationstheorie galt, entgegen

¹⁰ De Vree, Johan K.: *Political integration*, Den Haag/Paris 1972, S. 27 und 36.

¹¹ De Vree 1972, S. 32.

¹² Zimmerling, Ruth: *Externe Einflüsse auf die Integration von Staaten*, Freiburg 1991, S. 65.

¹³ Pentland 1973, S. 175.

den Prämissen bloss auf ein "allmähliches Wachstum" hinauszulaufen schien. Denn trotz des gehäuften Vorliegens der üblicherweise als föderationsfördernd angesehenen Faktoren - ausgeprägte externe Bedrohung; eben erst beendeter Krieg; Rückgang nationaler Leistungsfähigkeit, verbunden mit der offenkundigen Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau; massive Unterstützung durch eine 'externe Elite' [die Vereinigten Staaten, die ausserdem ein institutionelles Vorbild boten] sowie ausreichendes Propagandapotentzial zur Verbreitung des föderativen Glaubensbekenntnisses - "löste sich die 'föderale Revolution' irgendwie in Luft auf", vermochten die integrationsbegünstigenden Umstände bei weitem nicht den erhofften radikalen Strukturwandel herbeizuführen.¹⁴

"Allmählicher Wandel anstelle radikaler Veränderung" hiess dagegen das Rezept der Funktionalisten. Die Hauptkritikpunkte des Funktionalismus am föderalistischen Vorgehen verweisen darauf, dass dieses, aufgrund der notwendigen Festschreibung der verschiedenen Kompetenzbereiche in einer Verfassung, zu unzweckmässiger Rigidität und zu einer Begrenzung des Integrationsprozesses auf den kleinsten gemeinsamen Nenner der beteiligten Staaten tendiere.¹⁵ Diesem Einwand stellt der britische Politologe David Mitrany seine Auffassung gegenüber, dass die Integration von Staaten dadurch zu erreichen sei, dass gemeinsame Interessen und Aufgaben erkannt würden. Koordinationsanstrengungen zugunsten konkreter gemeinsamer Herausforderungen würden zu vielfältigen Formen der Zusammenarbeit und letztlich zur Errichtung transnationaler Institutionen führen und dabei gleichzeitig den stetig sich wandelnden Anforderungen Rechnung tragen. Das Netz der Zusammenarbeit werde dabei immer engmaschiger und führe schliesslich zu einer Art von Föderation, die auf soliderem Grund stehe als diejenige der voluntaristischen Version der Föderalisten ('form follows function').

Zielvorstellung der Funktionalisten blieb letztlich auch die Föderation - mit Hilfe des Funktionalismus als Instrument und Methode. Während die Föderalisten den Weg zur Gemeinschaft in politischen Verhandlungen sahen, schien den Funktionalisten dieses Ziel nur durch die bewusst einzuleitende und dann allmählich fortschreitende Entpolitisierung der internationalen Beziehungen erreichbar - durch kontinuierliche Ausweitung der technischen Kooperation auf nicht-kontroverse, rein funktionale Gebiete. Es sei die Aufgabe des praktischen Funktionalismus, die Aufmerksamkeit von "trennenden politischen auf ausgesuchte soziale Themen zu lenken, bei denen das Interesse der Völker eindeutig gleichgerichtet und kollektiv ist".¹⁶ Gemäss Theorie würden schrittweise immer mehr Funktionen an transnationale Autoritäten abgegeben: "Sobald die Organisationen erfolgreich arbeiten und ihre Zahl zunimmt, wird allmählich eine Weltregierung entstehen. (...) Die Bündelung einer Reihe gemeinsamer Funktionen ist der Weg, der normalerweise zur Schaffung einer Gemeinschaft führt". Mitrany bezeichnete diese Vorgehensweise als "Entwicklung einer Föderation in Raten".¹⁷ Den Hauptunterschied zwischen funktionalistischer und 'klassischer' Föderation

¹⁴ Pentland 1973, S. 179.

¹⁵ Mitrany, David: The functional approach to world organization, in: International Affairs 24/3 (Juli 1948), S. 353.

¹⁶ Mitrany 1948, S. 359.

¹⁷ Mitrany 1948, S. 360.

sah Wilson seinerseits darin, dass die Föderalisten traditionell die Abtretung von Elementen nationaler Souveränität an einen einzigen föderativen Staat vorschlugen, der in der Regel eine Region umfasste, während die Funktionalisten die Abtretung von Souveränitätselementen an mehrere 'funktionale' Organisationen von universaler [kontinentaler, regionaler] Reichweite anstrebten.¹⁸ Gemäss funktionalistischer Auffassung hat man sich unter 'Regionen' folglich nicht geschlossene geographische Räume wie Europa oder Zentralamerika vorzustellen, sondern funktionale Sektoren wie das Transportwesen oder die Nuklearenergie.

Obschon die funktionalistische Theorie einige der Aspekte einbezog, deren Vernachlässigung beim föderalistischen Ansatz kritisch vermerkt wurde, unterscheidet sich die Kritik am Funktionalismus hinsichtlich theoretischer Stringenz und praktischer Umsetzbarkeit kaum von derjenigen am Föderalismus. Erneut ist von einer normativen Lehre mit "utopischer Färbung" die Rede. Der gewichtigste Grund für die Unzulänglichkeit der Doktrin wird in einem innern Widerspruch geortet: "Entweder gilt das Prinzip der Trennbarkeit nichtpolitischer und politischer Integrationszusammenarbeit - dann darf man aber keine 'Spill-over'-Wirkungen erwarten. Oder es sind die beiden Bereiche tatsächlich nicht trennbar und Folgewirkungen vom einen zum andern möglich - dann sollte man aber nicht weiter auf der problemlosen Förderung der Zusammenarbeit auf nichtpolitischem Gebiet beharren".¹⁹ Angewandt auf das Beispiel der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften, wird eine ernüchternde Bilanz bezüglich der praktischen Umsetzbarkeit funktionalistischer Theorie gezogen: Obwohl Entstehung und Entwicklung der EGKS die funktionalistische Philosophie zu bestätigen scheinen - immerhin wurden die Argumente zugunsten der Montanunion in funktionalistische Formulierungen verpackt -, "lehrt die Erfahrung, dass dem Funktionalismus eine gesunde Dosis an politischem Realismus als Gegengewicht zum idealistischen Gehalt der Theorie fehlt. Ausgehend von der europäischen Nachkriegserfahrung (..) müssen wir bedauerliche Schlüsse für die Möglichkeiten der Integration durch funktionale Zusammenarbeit ziehen".²⁰ Andererseits ist nicht von der Hand zu weisen, dass der Funktionalismusbegriff als ein Eckpfeiler der Mehrzahl der Integrationstheorien erscheint. De Vree meint denn auch, dass "der Funktionalismus als Theorie viel zu wünschen übrig lässt; (..) er enthält aber zumindest das Potential für eine rein analytische und empirische Annäherung an das Problem der Integration".²¹

• ***Der Neofunktionalismus als Synthese funktionalistischer und föderalistischer Elemente***

Die Grundlage für diese modifizierte Fassung einer Integrationstheorie, die bis heute den nachhaltigsten Eindruck hinterliess, wurde mit der Publikation 'The uniting of Europe' von Ernst B. Haas gelegt.²² Bei Haas zeigt sich die stimulierende Auswirkung der Vorgänge in Westeuropa, wo die Praxis der Theorie den

¹⁸ Wilson Green, Andrew: Mitrany reread with the help of Haas and Sewell, in: Journal of Common Market Studies, 8/1 (1969), S. 52, zit. nach Zimmerling 1991, S. 69.

¹⁹ Frei, Daniel: Integrationsprozesse. Theoretische Erkenntnisse und praktische Folgerungen, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Identität Europas, Bonn 1985, S. 123.

²⁰ Duffy, Charles A.; Feld, Werner J.: Whither regional integration theory?, in: Feld, Werner; Boyd Gavin (Hrsg.): Comparative regional systems, New York 1980, S. 502.

²¹ De Vree 1972, S. 45.

²² Haas, Ernst B.: The uniting of Europe, London 1958.

Weg zu weisen schien und - unter Beibehaltung der plausibleren Teile der beiden Prätheorien - zur notwendigen Überwindung der Schwächen überkommener Integrationsvorstellungen führte. Die realitätsnähere Synthese funktionalistischer und föderalistischer Elemente, die mit dem Schuman-Plan einen ersten Ausdruck fand, betonte die ersteren und wurde folglich als 'Neofunktionalismus' bezeichnet.

Das grundlegende Zusammenspiel zwischen den beiden Komponenten in der "strategisch-praktischen" Version des Neofunktionalismus hat Nye auf einen kurzen Nenner zusammengefasst: "Im Grunde waren die Neofunktionalisten Föderalisten mit funktionalistischem Anstrich, die mit vermeintlich funktionalistischen Mitteln föderalistische Ziele verfolgten."²³ Das angestrebte Ziel einer europäischen Föderation sollte, in der Vorstellung der frühen 'Europäer', durch die sorgfältige Auswahl derjenigen Wirtschaftssektoren erreichbar werden, die auf funktionalistische Weise integriert werden konnten. In erster Linie ist dazu Jean Monnet anzuführen, über dessen Intentionen Max Kohnstamm, einer seiner damaligen engsten Mitarbeiter, folgendes verlauten liess: "Monnet war damals für die Teilintegration. Nicht, weil er die politische Gemeinschaft ablehnte, sondern weil er meinte, das wäre der beste Weg, um die Souveränität der Staaten zu durchbrechen."²⁴ Bei der zu treffenden Auswahl musste es sich um Sektoren handeln, deren Regionalisierung ein ausreichendes Mass an Ungleichgewichten und Schwierigkeiten erwarten liess, um zu ständig fortschreitenden Integrationsmassnahmen sowohl in den bisherigen, vor allem aber in zusätzlichen Sektoren Anlass zu geben. Dazu Nyes Urteil: "Der Neofunktionalismus ist eine Strategie für den verdeckten Angriff auf die Festung der nationalen Souveränität, mit Interessengruppen als Söldnern und Technokraten als eingeschleusten Agenten, die heimlich von innen die Tore öffnen sollen."²⁵ Eine der stillschweigenden Voraussetzungen dieser Strategie bestand darin, dass sich die beteiligten Akteure - sofern sie nicht selber dem Föderalismus anhängen - durch sukzessive auftretende 'Sachzwänge' zu einer schrittweisen Föderalisierung 'überlisten' liessen, ohne die finalen Konsequenzen ihrer Handlungsweise vollumfänglich zu erfassen.

Den verschiedenen neofunktionalistischen Integrationstheoretikern sind mehrere Grundvorstellungen gemein: Regionale Integration wird als Prozess der Herausbildung eines neuen politischen Systems verstanden, dessen Mitglieder jedoch zunächst, auf unbestimmte Zeit, souveräne Staaten bleiben. Die zunehmende funktionale Kooperation in den Bereichen gemeinsamer Interessen wird als Basiselement regionaler Integrationsprozesse angesehen. Anders als ihre Vorgänger verkennen die Neofunktionalisten jedoch nicht, dass sich zwischenstaatliche Beziehungen nie völlig auf konfliktfreie 'technische' Kooperation reduzieren lassen. Vielmehr stimmen sie weitgehend darin überein, dass sich technische und politische Fragen in der Regel nicht scharf voneinander trennen lassen. Ansätze, den als 'technisch' klassierten Bereich Wohlfahrt unabhängig vom 'politischen' Sektor Sicherheit zu betrachten, waren ihrer Ansicht nach zum Scheitern verurteilt. Auf dieser Annahme baut die These der Neofunktionalisten, dass jeder funktionale Integrationsprozess früher oder später nur unter Einbezug politischer Bereiche fortschreiten kann.²⁶

²³ Nye, Joseph S.: *Peace in Parts*, Boston 1971, S. 51.

²⁴ Kohnstamm, Max: *Europa ist eine Erfolgsgeschichte*, in: *Die Zeit*, Nr. 29, 10. Juli 1987.

²⁵ Nye, Joseph S.: *Peace in Parts*, Boston 1971, S. 54.

²⁶ Zimmerling 1991, S. 91f.

Die Neofunktionalisten vertreten ebenfalls die Auffassung, dass der 'Impulsgeber' für die Integrationsausweitung bei der Wahl eines zweckmässigen Einstiegsbereiches aufgrund der Zusammenhänge zwischen dem politischen Gefüge und anderen sozialen Systemen dem Prozess selber innewohnt. Für 'zweckmässig' werden bevorzugt wirtschaftliche Bereiche gehalten. Von nicht-ökonomischen Aufgaben wird angenommen, dass sie nicht das gleiche Integrationspotential besitzen. Auch kulturelle Bereiche werden, obwohl sie menschlichen Grundbedürfnissen entsprechen, in der Bedürfnispyramide als grundsätzlich zuwenig bedeutsam eingestuft, um integrative Stosskraft zu entwickeln. Das tieferliegende Sicherheitsbedürfnis, das an sich treffliche Voraussetzungen für eine regionale Zusammenarbeit im militärischen Bereich böte, hat in der Praxis wenig integrative Substanz offenbart, wie das Scheitern der föderalistischen EVG nachdrücklich belegt. Der Verteidigungssektor erwies sich als politisch hochsensibler Bereich, bei dem die Bereitschaft zur Inkaufnahme nationaler Souveränitätseinbussen überstrapaziert wurde.

• **'Spill-over' als zentraler Begriff neofunktionalistischer Theoriebildung**

Mit der Frage nach den Mechanismen, welche eine Ausweitung der Integration bewirken, ist einer der zentralen Begriffe neofunktionalistischer Theorie angesprochen: der des 'Spill-over'. Der Ausdruck bezeichnet das 'Überfliessen' regionaler Integration aus einem Sektor in einen anderen, speziell den "Übersprung vom Makrosektor Wirtschaft auf den Makrosektor Politik durch fortschreitende Vergemeinschaftung der Mikrosectoren".²⁷ Bezüglich der Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft spricht Haas von 'Spill-over', sofern politische Massnahmen in Umsetzung einer ursprünglichen Aufgabe und Machtübertragung nur dann zu verwirklichen sind, wenn die Aufgabe selbst ausgeweitet wird, wie es sich in den Kompromissen zwischen den an der Aufgabe interessierten Staaten widerspiegelt. Als Demonstrationsobjekt eines Spill-over-Prozesses in Zusammenhang mit sektoralen Integrationsvorhaben dient ihm der erfolgreiche Abschluss der Römer Verträge.²⁸

Eine ursprüngliche Hypothese des Neofunktionalismus bestand darin, Spill-over-Effekte als unausweichlich und automatisch stattfindend vorauszusetzen. Diese Annahme musste allerdings bald, aufgrund der Ereignisse in den Europäischen Gemeinschaften, als überholt angesehen werden - später wurde sie zusätzlich von de Gaulle widerlegt. Der Verlauf von Integrationsprozessen, derart dargestellt, dass eine politische Union im Verlauf der Zeit als durchaus beabsichtigte Folge sich ausweitender Integrationschritte von selbst entsteht - quasi als von der Öffentlichkeit und den beteiligten Entscheidungsträgern weitgehend unbemerktes 'Nebenprodukt', als 'fait accompli' -, wurde daraufhin als bloss eine von mehreren denkbaren Möglichkeiten erkannt, die auch fortan in der theoretischen Diskussion zu berücksichtigen war. Dazu meint Haas: "Die meisten Neofunktionalisten haben die Frage nicht ausführlich genug erwogen, ob nicht auch der Stil der 'schrittweisen Ausweitung' von gewissen Akteuren [Jean Monnet und Walter Hallstein als Beispiele] vorhergesehen und instrumentalisiert und von gewissen

²⁷ Lang, Winfried: Der internationale Regionalismus, New York/Wien 1982, S. 113.

²⁸ Haas, Ernst B.: The uniting of Europe, London 1958, S. 291-301. "One obvious demonstration of a spill-over effect from sector integration is the successful conclusion of two additional treaties seeking to integrate the European economies further." Haas 1958, S. 301.

ähnlich weitsichtigen nationalen Kontrahenten [Charles de Gaulle] schliesslich doch unter Kontrolle gehalten wurde".²⁹ Von automatischem Spill-over und damit von ökonomischer Integration als einer hinreichenden Begründung für politische Integration sprach in der Folge niemand mehr, wohl aber von Spill-over als einem für die politische Integration notwendigen und, je nach herrschenden Umständen, auch mehr oder weniger wahrscheinlichen Phänomen.³⁰

• **Zum Begriff der transnationalen Politik**

Eine weitere Grundannahme der Neofunktionalisten geht davon aus, dass das Funktionieren des Spill-over-Mechanismus - und damit die Wahrscheinlichkeit des Zustandekommens politischer Integration - entscheidend von der Existenz gesellschaftlicher Interessengruppen abhängt, darunter speziell solcher aus dem Bereich Ökonomie, die über politische Partizipationsmöglichkeiten verfügen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass politische Entscheidungsträger Schritte unternehmen, die aus funktionalen Massnahmen allmählich einen zunehmend politisierten Integrationsprozess werden lassen, wird darin gesehen, dass entsprechende Forderungen an sie herangetragen werden. Die Forderungen entstehen als Reaktion derjenigen gesellschaftlichen Kräfte, die von Auswirkungen früherer Integrationsmassnahmen betroffen waren. Sie werden entweder über nationale Kanäle direkt der jeweiligen Regierung vermittelt, oder sie äussern sich indirekt, über die Inanspruchnahme der neugeschaffenen regionalen Institutionen, so dass deren Mitarbeiter bei den beteiligten Regierungen die Anpassung ihrer Kapazitäten und Zuständigkeiten an die steigende Nachfrage einfordern können.³¹

"Aussenpolitik ist nicht mehr das Monopol der Regierung eines Staates": In Betrachtungen zur europäischen Politik der Nachkriegszeit muss stets mitbedacht werden, dass nach 1945 nicht bloss Regierungen und staatliche Akteure im Integrationsprozess agieren, sondern zunehmend auch Parteien- und Gewerkschaftsbünde, Unternehmerorganisationen, transnationale Konzerne und andere relevante Grossgruppen ihren Einfluss geltend machen und ihre Interessen vertreten - nicht gar so offenkundig wie staatliche Handlungsbevollmächtigte, aber durchaus wirksam und effizient.³² Der unbestreitbaren Tatsache, wonach es zahlreiche, insbesondere wirtschaftliche Akteure gibt, deren Handlungen Grenzen überschreiten, trägt der von Keohane und Nye weiterentwickelte Begriff der 'transnationalen Politik' Rechnung.³³ Zentrales Merkmal der grenzüberschreitenden Interaktionsprozesse ist die Berücksichtigung all der Vorgänge im internationalen Bereich, die über die traditionellen zwischenstaatlichen Beziehungen hinausgehen und deren Träger nicht ausschliesslich Regierungen sind. Transnationale Verbindungen haben folglich mit verschiedenen Eliten ausserhalb der Regierungsinstitutionen zu tun. Sie liegen dann vor, "wenn zwischen Gesellschaften

²⁹ Haas, Ernst: The study of regional integration, in: Lindberg/Scheingold (Hrsg.): Regional integration: theory and research, Cambridge/Mass. 1971, S. 34, zit. nach: Zimmerling 1991, S. 94.

³⁰ Zur Kritik des oft benutzten Ausdrucks 'Spill-over': "Der Spill-over-Begriff wurde häufig missbraucht, um jedes Anzeichen wachsender Kooperation abzudecken, so dass er seinen Erklärungswert weitgehend verloren hat". Nye, Joseph S.: Peace in Parts, Boston 1971, S. 65.

³¹ Hrbek, Rudolf: Eine neue politische Infrastruktur? Zum Problem transnationaler Kooperation und Koalition politischer Parteien in der EG, Bonn 1976, S. 345.

³² Herz, John: Aufstieg und Niedergang des Territorialstaates, in: Herz, J. (Hg.): Staatenwelt und Weltpolitik. Aufsätze zur internationalen Politik im Nuklearzeitalter, Hamburg 1974, S. 63ff.

³³ Keohane, Robert O.; Nye Joseph S.: Power and Interdependence, Boston 1977.

verschiedener nationalstaatlicher Systeme in bestimmten Sachbereichen soziale Interaktionen stattfinden. Sofern hierbei Eliten Entscheidungen treffen, sind dies soziale, wirtschaftliche und politische Eliten ausserhalb der Regierungsinstitutionen.³⁴ Dabei ist zu bedenken, dass die Akteure tätig werden, um spezifische Sachinteressen zu fördern; angesprochen ist somit ein funktionelles Verständnis von transnationaler Politik als politischer Prozess zwischen nationalstaatlichen Regierungen und externen Akteuren, dessen Anstoss von Aktivitäten der transnational organisierten Gruppe herrührt. Zu dieser Gattung von zweckorientierter Interaktion ist auch die Zusammenarbeit zwischen nationalen politischen Parteien und Arbeitnehmerverbänden zu zählen. Die transnationale Kooperation von Parteien und Gewerkschaften stellt nach Hrbek ein "Aktionsfeld dar, von dem Impulse für den Prozess der Gemeinschaftsbildung ausgehen" - weil dadurch der Integrationsgedanke in einem breiten gesellschaftlichen Umfeld Verbreitung findet. Im Falle des Monnet-Komitees für die Vereinigten Staaten von Europa waren dies Impulse zugunsten der erneuten Inangansetzung des stockenden Prozesses europäischer Einigung.³⁵

Transnationale Politik deutet Prozesse, die zu funktionellen Zusammenschlüssen führen können. Der Funktionalismus seinerseits unterstellt sachlich begrenzte gemeinsame Interessen zwischen Staaten, die durch einen Begründungsakt der Regierungen in einem Zusammenschluss organisiert werden. Von regionalen Integrationsprozessen unterscheidet sich transnationale Politik dadurch, dass sie geographisch diffuser ist und nicht notwendigerweise feste Zielvorgaben verfolgt. Integrationsbestrebungen weisen eine engere regionale Ausrichtung auf; sie gehen von einer Progression in Richtung gemeinsamer Entscheidungen nationalstaatlicher Regierungen aus, die im voraus in Verträgen kodifiziert werden.³⁶

2.2 Interne und externe Einflüsse auf die Integrationsbereitschaft von Staaten - Impulswirkungen unterschiedlicher Kombination, Richtung und Intensität

• Prozessmechanismen des neofunktionalistischen Modells

Das neofunktionalistische Prozessmodell präsentierte sich zunächst recht einfach: Es ging davon aus, dass zwei regionale Organisationselemente - sektorale Abkommen und supranationale Bürokratie - über vier Arten von Prozessmechanismen auf bestimmte Teile der Mitgliedsgesellschaften - Interessengruppen und 'technische' Entscheidungsträger - derart einwirken, dass letztlich durch positive Rückkoppelung eine Stärkung der Regionalorganisationen stattfindet.³⁷ Mit den 'politischen Prozessmechanismen', die durch die Schaffung regionaler Wirtschaftsinstitutionen in Gang gesetzt werden, waren die beiden Spill-over-Mechanismen der 'funktionalen' und der 'bewusst herbeigeführten Linkages' angesprochen - meint: das 'reine' Spill-over der technischen Sachzwänge aufgrund ökonomischer Zusammenhänge und das 'kultivierte' Spill-over der bewussten Schnürung von Problempaketen aus politischer Opportunität - sowie als drittes

³⁴ Kaiser 1969, S. 94.

³⁵ Hrbek 1976, S. 348. Zum Monnet-Komitee, vgl. Kap. 4.6: 'Akteur auf transnationaler Ebene'.

³⁶ Kaiser 1969, S. 108.

³⁷ Nye, Joseph S.: Peace in Parts, Boston 1971, S. 61.

Element die Entstehung von politischem Handlungsbedarf infolge der Erhöhung intraregionaler Transaktionen und, als vierter Faktor, die Bildung regionaler Interessengruppen.

Das Endziel der Europa-Föderatoren war die politische Union - mit Atom- und Wirtschaftsgemeinschaft als Zwischenschritt auf dem Weg dahin. Was die Wahrscheinlichkeit der Politisierung eines ökonomischen Zusammenschlusses betrifft, wurden von den Theoretikern des neofunktionalistischen Prozessmodelles unabhängige Variablen eingeführt und mit der abhängigen Variable 'politische Integration' in Kausalzusammenhang gebracht. Haas und Schmitter postulierten 1964 einen Satz von neun Variablen, die als entscheidend für die Einschätzung der Aussichten auf Politisierung eines ökonomischen Integrationsprozesses angesehen wurden. Aus der Kombination der aufgestellten Messwerte sollten sich Schlüsse über die Wahrscheinlichkeit der Politisierung ökonomischer Zusammenschlüsse für pluralistisch-demokratische Gesellschaften ziehen lassen.³⁸

In kritischer Auseinandersetzung mit dem Leitbild von Haas/Schmitter entwickelte schliesslich Joseph Nye einen eigenen Vorschlag dafür, wie die eurozentrierten Beschränkungen des neofunktionalistischen Ansatzes aufzuheben seien, womit er das bisherige theoretische Konstrukt auf eine allgemeingültige Basis zu stellen suchte. Nach seiner Konzeption war in einem revidierten Modell nicht nur Raum zu schaffen für die Erklärung alternativer Prozessverläufe in Abhängigkeit von verschiedenen Rückkoppelungsmechanismen; ebenso galt es, ein breiteres Spektrum von relevanten politischen Akteuren und Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. In seiner Weiterentwicklung des bestehenden Modells überarbeitete Nye die bisherigen Vorstellungen bezüglich Funktion und Wirkung von politischen Mechanismen, die durch die Schaffung regionaler Institutionen in Gang gesetzt werden. Er plädiert dafür, den bisherigen mindestens drei weitere Mechanismen hinzuzufügen. Zwei davon betreffen die Auswirkungen von Veränderungen der politischen Kultur: Beim ersten handelt es sich um die Rückwirkungen von Sozialisierungseffekten auf politische Eliten durch zunehmende intergouvernementale Interaktion - quasi um Lernprozesse infolge persönlicher Kontakte; beim zweiten um Rückwirkungen aus der "symbolischen Kraft des Gedankens regionaler Identität". Der dritte Mechanismus schliesslich bezieht sich auf die Auswirkungen eines aktiven Engagements externer Akteure.³⁹

Den Verlauf von Integrationsprozessen hält Nye im weiteren für wechselseitig abhängig von strukturellen Voraussetzungen und Wahrnehmungsbedingungen. In seiner zentralen Hypothese bezeichnet er diese Rahmenbedingungen als bestimmend für das 'integrative Potential' einer Region. Als relevante strukturelle Faktoren werden die Symmetrie der Mitgliedstaaten auf ökonomischem Gebiet, die Übereinstimmung der Werthaltungen relevanter wirtschaftspolitischer Eliten sowie die Existenz nationaler und transnationaler Interessenvereinigungen genannt.⁴⁰ Nyes Annahme, dass die Wahrscheinlichkeit positiver Auswirkungen von Rückkoppelungsmechanismen mit dem Grad der Erfüllung der erwähnten Bedin-

³⁸ Haas, Ernest B.; Schmitter, Philippe C.: Wirtschaft und unterschiedliche Muster politischer Integration, in: Doeker, Günther; Veitl, Friedrich (Hrsg.): Regionalismus und regionale Integration, Frankfurt/M und Bern 1981, S. 163-181.

³⁹ Nye, Joseph S.: Patterns and Catalysts in Regional Integration, in: Nye J. S. (Hrsg.): International Regionalism, Boston 1968, S. 332-349.

⁴⁰ Nye, Joseph S.: Mechanismen und Voraussetzungen regionaler Wirtschaftsintegration, in: Frei, Daniel (Hrsg.): Theorien der internationalen Beziehungen, München 1973, S. 200.

gungen steigt, war nicht originell. Neu waren hingegen die angeführten drei Wahrnehmungsbedingungen. Dabei handelt es sich erstens um die Wahrnehmung einer fairen Verteilung der Vorteile, die den einzelnen Mitgliedstaaten aus der Integration erwachsen, zweitens um die Wahrnehmung, dass ein regionales Zusammenrücken die eigene Position im internationalen System verbessert und drittens um die Wahrnehmung der Integrationskosten als niedrig oder abwählbar.⁴¹ Der Kreislauf im Modell wird mit der Feststellung geschlossen, dass die Bedingungen, unter denen Integration stattfindet, die Wirkung der Prozessmechanismen beeinflussen, welche ihrerseits den Verlauf des Integrationsprozesses bestimmen. Der fortschreitende Integrationsprozess verändert wiederum die Ausgangsbedingungen und, in fortschreitender Interdependenz, den Gang des Prozesses in der Zukunft.

• **Kausalbeziehungen zwischen ökonomischer und politischer Integration**

Duffy/Feld bezeichnen die fehlende kausale Verknüpfung zwischen der ständig gewachsenen Anzahl unabhängiger Variablen, die vermutlich für den Verlauf von Integrationsprozessen mitverantwortlich sind, mit der abhängigen Variable 'politische Integration' als grösstes Defizit und grundlegende Schwäche der Integrationstheorie. Insbesondere kritisieren sie die unzureichende Behandlung der Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen ökonomischen und politischen Prozessen einerseits und der Beziehung zwischen Integrationsprozessen und den politischen Systemen der beteiligten Staaten andererseits.⁴²

Immerhin wirkt die Annahme von Kausalbeziehungen zwischen ökonomischer und politischer Integration auf den ersten Blick plausibel, denn es scheint nicht bloss einen möglichen Zusammenhang, sondern vielmehr eine notwendige Beziehung zwischen den beiden Bereichen zu geben. Ökonomische Integration als bewusst eingeleitetes Verfahren - verstanden im wirtschaftswissenschaftlichen Sinn der Einrichtung einer Freihandelszone, einer Zollunion oder eines Gemeinsamen Marktes - ist nämlich zweifellos ein primär politischer Prozess. Schliesslich beinhaltet ökonomische Integration eine Änderung des wirtschaftlichen Ordnungsrahmens der beteiligten Staaten, und die Bestimmung dieses Ordnungsrahmens ist auch in den wirtschaftlich liberalsten Systemen eine politische Kompetenz. Ein ökonomischer Integrationsprozess verlangt darüber hinaus ein gewisses Mass an ständiger wirtschaftspolitischer Kooperation und Koordination. Sowohl um den Prozess selbst einzuleiten und fortzuführen als auch um das möglicherweise gefährdete Gleichgewicht zu erhalten bzw. wiederherzustellen, müssen die Teilnehmerstaaten eines wirtschaftlichen Integrationsvorhabens in einem gewissen Ausmass auf die individuell-souveräne Gestaltung ihrer Wirtschaftspolitik verzichten.

"Die Theorie, dass Wirtschaftsintegration politische Integration notwendig macht, ist falsch. Ökonomische Integration erfordert die Koordination vieler wirtschaftspolitischer Massnahmen, und dies hängt im wesentlichen mit politischen Entscheidungen zusammen. Aber es bedarf nicht unbedingt formaler politischer Institutionen, um dies zu erreichen."⁴³ Als Beleg für diese Aussage lässt sich die Erfolgsgeschichte der EWG anführen: Die Entwicklung der Wirtschaftsgemein-

⁴¹ Nye 1973, Mechanismen, S. 208f.

⁴² Duffy/Feld 1980, S. 503ff.

⁴³ Krause, Lawrence: European Economic Integration and the U.S., Washington D.C. 1968, S. 24.

schaft dokumentiert, dass allein der Marktmechanismus äusserst wirkungsvoll zur politischen Koordination hinlenken kann. Andererseits lässt sich nicht bestreiten, dass eine Wirtschaftsgemeinschaft einen gewissen Grad an politischer Systemkonformität bedingt, der nicht zwingende Folge, sondern vielmehr notwendige Voraussetzung der effektiven Durchführung eines ökonomischen Integrationsprozesses ist. Wieviel politische Integration letztlich für das Betreiben eines ökonomischen Integrationsprozesses notwendig ist und wie hoch der erreichte Integrationsgrad dazu sein muss, ist eine empirische Frage, deren Beantwortung in Abhängigkeit von den spezifischen Rahmenbedingungen unterschiedlich ausfallen wird. Strukturelle Unterschiede zwischen Entwicklungs- und Industrieregionen legten schon früh die Hypothese nahe, dass in Entwicklungsregionen eine erhöhte Notwendigkeit zur Aussteuerung von Ungleichgewichten besteht, was den Bedarf an gemeinsamen Institutionen anhebt, während für Industrieregionen angenommen wurde, dass der ökonomische Prozess relativ wenig politische Integration voraussetzt.

Der zweite bedeutende Kritikpunkt von Duffy/Feld bezieht sich auf die Frage, ob und inwiefern bestimmte gesellschaftliche Gruppen oder sozio-politische Strukturen für den Verlauf von Integrationsprozessen eine Rolle spielen. Das Herausstreichen der Bedeutung einer bestimmten gesellschaftlichen Konstellation, wonach die Integrationspartner pluralistische Gesellschaftssysteme aufweisen und jedes dieser Länder "entlang der pluralistischen Linien gespalten ist, während jede Gruppe oder Klasse im Nachbarland ihr Gegenstück hat", gilt neben dem Konzept des 'Spill-over' als weiteres charakteristisches Merkmal neofunktionalistischer Theoriebildung. Mit andern Worten: Kein Land ist intern homogen, aber die Spaltungs- und Interesselinien sind regional mehr oder weniger homogen. Dieser Sachverhalt, von Haas als 'symmetrische Heterogenität' bezeichnet, sei für die Integration der politischen Entscheidungsebene deswegen so wichtig, weil er die Grundlage für die Bildung regionaler Koalitionen zwecks Aggregation und Artikulation pro-integrativer Interessens bilde. Von solchen Interessengruppen sei der Druck zu erwarten, dem schliesslich nur noch mit integrativen Massnahmen auch auf der politischen Entscheidungsebene begegnet werden könne.⁴⁴ Mehr als die Idee des Pluralismus scheint bei diesen Überlegungen der Gedanke ausschlaggebend zu sein, dass politische Entscheidungsträger zur Förderung von Integrationsprozessen eines gesellschaftlichen Drucks bedürfen, dem sie sich gegebenenfalls zu beugen haben - eine Erkenntnis, die sich Jean Monnet mit Hilfe seines Aktionskomitees zunutze machte.

Die Frage, ob und in welcher Weise bestimmte sozio-politische Strukturen in den beteiligten Ländern für den Verlauf politischer Integrationsprozesse entscheidend sind, ist intensiv diskutiert, aber nie befriedigend beantwortet worden.⁴⁵ Die angestellten Überlegungen führten vielmehr zum Versuch, Erklärungsmuster für den Verlauf von Integrationsprozessen über die Beantwortung der umgekehrten Fragestellung zu finden: Welche Interessen sind in welcher Weise von einem Integrationsprozess betroffen - und in welcher Form vermögen die entsprechenden Interessenvertreter auf die politischen Entscheidungsprozesse einzuwirken? Die

⁴⁴ Haas, Ernst B.: 'The uniting of Europe' and the Uniting of Latin America, in *Journal of Common Market Studies*, 5. Jg., 4/1967, S. 320f, zit. nach: Zimmerling 1991, S. 121.

⁴⁵ Vgl. Etzioni, Amitai: Interdependenz und politische Einigung, in: Frei, Daniel (Hrsg.): *Theorien der internationalen Beziehungen*, München 1973, S. 221ff.

Umkehrung scheint insofern plausibel, als der Verlauf politischer Integrationsprozesse offenbar damit steht und fällt, dass Trägergruppen existieren, die einerseits die Bereitschaft zu Integrationsschritten aufbringen und andererseits in der Lage sind, diesen Willen politisch durchzusetzen. Das heisst, dass die Entwicklung von Integrationsprozessen sowohl von den jeweils dominierenden Interessen als auch von den Rahmenbedingungen abhängt, wobei zu den letzteren unter anderem die internen politischen Machtverhältnisse zu zählen sind. Entsprechend wird in der einschlägigen Literatur immer wieder die Bedeutung der Einstellung von Eliten hervorgehoben: "Wichtig ist in einem Integrationsraum die Einsicht einer hinreichend bedeutenden Elite, dass bestimmte Probleme von den Staaten nicht länger durch unabhängiges Handeln zu lösen sind. Die Wahrnehmung gemeinsamer bzw. gleichgerichteter Interessen durch diese Eliten sowie ihre Gewinnerwartungen, die infolge der Integration realisierbar scheinen, bilden die entscheidende Vorbedingung für die Einrichtung einer regionalen Organisation."⁴⁶ Wann eine Elite hinreichendes Gewicht besitzt, um ihre integrativen Interessen gegebenenfalls politisch durchsetzen zu können, lässt sich nicht generell beantworten - unter anderem hängt dies von den Eigenarten der Gesellschaft und des politischen Systems ab, in dem die Gruppe agiert.

Geht man davon aus, dass die Integration der politischen Entscheidungsebene an die Abgabe nationaler Souveränität zugunsten supranationaler Institutionen gebunden ist und dass auf dieser Ebene der Integrationsprozess nur durch Entscheidungen der betreffenden Regierungen als Souveränitätsträger vonstatten gehen kann, so bedeutet dies, dass eine "hinreichende bedeutende Elite" notwendigerweise zumindest entscheidende Teile der nationalen Regierungen umfassen muss. Unter Berücksichtigung dieser Zusammenhänge lässt sich sodann eine Aussage bezüglich der an einem politischen Integrationsprozess beteiligten Herrschaftsformen ableiten. Betrachtet man die Verfahren der Entscheidungsfindung in verschiedenen politischen Systemen, so scheint klar, dass politische Integration aufgrund des Konsenszwangs unter demokratischen Bedingungen am schwierigsten zu erreichen ist. Die Feststellung beruht auf der Erfahrung, dass sich die Ausarbeitung eines gesellschaftlichen Grundkonsenses als Legitimationsbasis umso schwieriger und kostenintensiver gestaltet, je mehr Akteure mit divergierenden Interessen in die Übereinkunft einzubeziehen sind.⁴⁷

Freiwillige politische Integration ist ein Unternehmen, das von den Mitgliedstaaten verlangt, dass sie Entscheidungsverfahren auf der Basis der Gleichberechtigung aller Teilnehmer akzeptieren und dass sie die prinzipielle Bereitschaft dazu entwickeln können, sich einer supranationalen Instanz dauerhaft zu unterstellen. Das bedeutet, dass Integration nicht bloss ein politisches, sondern im wesentlichen ein demokratisches Verfahren ist. Für erfolgreiche Integrationsstrategien in demokratisch-pluralistischen Verhältnissen scheint ein Mix von Konsensbildungs- und Kontrollmechanismen notwendig zu sein, der es gestattet, langfristige Ziele anzupeilen, beizubehalten und den Fortschritten entsprechend anzupassen.

Mit der notwendigen Grundbedingung allein ist noch nichts über hinreichende Bedingungen politischer Integration gesagt. Die Suche danach ist im

⁴⁶ Nye 1968, *Patterns*, S. 345.

⁴⁷ Schwarz, Hans-Peter: *Europa föderieren - aber wie?*, in: Lehmbruch, G.; v. Beyme, K.; Fetscher, I. (Hrsg.): *Demokratisches System und politische Praxis der BRD*, München 1971, S. 380f.

Kontext sozialer Prozesse allerdings ein müßiges Unterfangen. Möglich ist allenfalls der Versuch, mittels Verknüpfung von notwendigen eine hypothetische Annäherung an hinreichende Bedingungen zu erreichen. Duffy/Feld plädieren diesbezüglich für ein "Integrationsmodell auf der Basis von Nationalinteressen", wobei die Gestaltung der Aussenpolitik eines Staates als Manifestation einer spezifischen Interessenlage angesehen und interpretiert wird.⁴⁸ Allgemeingültige Aussagen lassen sich auf dieser Basis aber nicht machen - ohne Nennung der konkreten Ziele eines Integrationsvorhabens bzw. der erwarteten Auswirkungen auf die involvierten Akteure sowie ohne Kenntnis der politischen Durchsetzungsmöglichkeiten. Einzig die schlichte Feststellung lässt sich mit interessebezogenen Überlegungen begründen, dass Integration um so einfacher zu erreichen ist, je homogener und in sich integrierter die Gesellschaften der beteiligten Mitgliedstaaten selbst sind.

Trotz aller mit einem interessebezogenen Ansatz verbundenen theoretischen Schwierigkeiten ist damit die Möglichkeit angedeutet, jeweils für bestimmte Konstellationen von Rahmenbedingungen voraussagen zu können, welche gesellschaftlichen Fraktionen unter den gegebenen Umständen im Integrationsprozess eine tragende Rollen spielen werden. Es gilt aber zu betonen, dass auch interessebezogene Überlegungen keine hinreichenden Erklärungsansätze für das Vorschreiten eines Integrationsprozesses darstellen: "Überlegungen zum kollektiven Handeln unterstreichen, dass rationale Individuen, die alle von der Zusammenarbeit profitieren könnten, trotzdem dazu nicht in der Lage sein mögen (...). Akteure können mit der Kooperation auch dann scheitern, wenn ihre Interessen völlig gleich sind."⁴⁹ Tatsächlich kann unter Umständen auch ein niedriges Kooperationsniveau Pareto-optimal sein, d.h. angesichts der Interessenlage der Akteure mag es keine Lösung mit mehr Kooperation geben, bei der alle gewinnen würden. Umgekehrt bleibt - tröstlich angesichts der erwähnten Crux mit der Theorie - zur Begründung des Scheiterns eines bestimmten Kooperationsansatzes in der Weltpolitik eine simple Erklärung immer greifbar: "(...) gilt es festzuhalten, dass die Interessen der beteiligten Staaten miteinander unvereinbar waren".

Fasst man die bisherige Analyse zusammen, so lässt sich mit einer gewissen Plausibilität folgendes sagen: Freiwillige politische Integration bedingt eine pluralistische Struktur der beteiligten Staaten und verlangt prinzipiell die Partizipationsmöglichkeit aller gesellschaftlichen Kräfte am politischen Prozess. Wirtschaftliche Integration wiederum setzt in einem gewissen Masse politische Integration bzw. die Bereitschaft dazu voraus und unterliegt folglich partiell den gleichen Bedingungen wie diese. Eine umfassende Theorie, welche die Zusammenhänge zwischen den genannten sowie zahlreichen andern relevanten Variablen kohärent erklären könnte, gibt es bisher jedoch nicht.⁵⁰

⁴⁸ Duffy/Feld 1980, S. 509ff.

⁴⁹ Keohane, Robert O.: *After Hegemony*, Princeton 1984, S. 65f.

⁵⁰ Zimmerling 1991, S. 133.

• **Exkurs: Partielle Abtretung von Souveränität als Charakteristikum politischer Integration**

"Nur dann, wenn politische Zentralinstanzen mit weitgehenden Befugnissen errichtet werden, findet auch jene Orientierung der politischen Führungsgruppen hin zu den Organen der Föderation statt, ohne die eine teilweise Entmachtung der Staaten zugunsten des Bundes nicht vorstellbar ist."⁵¹

Nach traditionellem Verständnis wird unter Souveränität die Fähigkeit eines Staates verstanden, politische Entscheidungen autonom fällen zu können. Diese Art von Souveränität ist aber nur denkbar in einer Konstellation, in der Staaten vollkommen isoliert voneinander existieren. Angesichts des heutigen hohen Grades an Interdependenz im internationalen System kann kaum mehr von einem Staat behauptet werden, dass er in diesem Sinne souverän ist.

Souveränität lässt sich aber auch als die Kompetenz eines Staates verstehen, Entscheidungen eigenständig zu treffen, d.h. als Recht darauf, bezüglich seiner eigenen Angelegenheiten weder Konsultationen externer Instanzen vornehmen noch Interventionen von aussen dulden zu müssen oder gar an Weisungen übergeordneter Instanzen gebunden zu sein. Diese schwächere Version von Souveränität ist nach geltendem Völkerrecht konstitutives Merkmal jedes als solches anerkannten Mitglieds der internationalen Staatengemeinschaft.⁵² Von dieser Auffassung von Souveränität lassen sich mehrere, unterschiedlich starke Konzepte des Verzichts auf nationale Souveränität zugunsten regionaler Institutionen ableiten. Während die unwiderrufliche Abtretung nationaler Entscheidungskompetenzen als drastischste Form des Souveränitätsverzichts nicht zur Diskussion steht, da dadurch ein Land seines Staatscharakters verlustig ginge, kommt der schwächeren Form von Souveränitätsverzicht - durch Abgabe von Entscheidungskompetenzen im Rahmen eines Integrationsprozesses - erhöhte Bedeutung zu. Mit der Delegation wird eine bloss abgeleitete Kompetenz verliehen, wobei sich der ursprüngliche Kompetenzinhaber den Widerruf vorbehalten kann. Eine derart ausgestattete regionale Institution ist noch kein supranationales, sondern ein intergouvernementales Organ und damit den nationalen Regierungen, den ursprünglichen Inhabern der delegierten Kompetenz, nicht über- sondern untergeordnet.

Das Ausmass des geleisteten Souveränitätsverzichts hängt davon ab, ob die regionalen Entscheidungsträger von den Regierungen der beteiligten Staaten entsandt werden und diesen weiterhin verantwortlich sind. Von Bedeutung ist dabei die Frage, ob die Regierungen gegebenenfalls durch ihre Vertreter ein Vetorecht beanspruchen oder aber eine Beschlussfassung durch qualifizierte oder einfache Mehrheiten zulassen. Selbst für den Fall, dass sich die Einzelstaaten ein Vetorecht vorbehalten, bedeutet die Übertragung von Entscheidungskompetenz noch immer eine erhebliche Souveränitätseinbusse. Die Staaten können in der Folge zwar Entscheidungen in dem betreffenden Kompetenzbereich nach Belieben verhindern, sie vermögen die Beschlussfassung jedoch nicht mehr individuell vorzunehmen. Eine Beschränkung des nationalen Entscheidungsspielraums ist

⁵¹ Schwarz 1971, Europa föderieren - aber wie?, S. 433.

⁵² Müller, Jörg Paul; Wildhaber, Luzius: Praxis des Völkerrechts, Bern 1982, passim.

schliesslich auch dann schon gegeben, wenn Staaten sich in einem bestimmten Bereich zwar die Entscheidungskompetenz in letzter Instanz vorbehalten, sich jedoch im Vorfeld von Beschlussfassungen zu regelmässigen Konsultationen auf regionaler Ebene bereitfinden, d.h. wenn sie aus freien Stücken die Intervention einer regionalen Institution akzeptieren und damit aktiv die Interdependenz erhöhen. Diese Version des Souveränitätsverzichts scheint den Anforderungen einer Definition von regionaler politischer Integration zu genügen.

Jede Institutionalisierung politischer Aktivitäten auf regionaler Ebene enthält ein solches Element der Souveränitätsbeschränkung seitens der beteiligten Staaten. Der Verzicht auf einen Teil der nationalen Souveränität kann als konstitutives Merkmal politischer Integration angesehen werden, wobei das Ausmass der zugestandenen Übertragung als Indikator für den erreichten Stand der Integration gelten mag. Das denkbar niedrigste Integrationsniveau ist demnach gegeben, wenn regionale Institutionen Einfluss auf die Entscheidungsfindung der beteiligten Staaten erhalten, ohne selbst Entscheidungskompetenzen zu besitzen. Der höchstmögliche Grad ist dann erreicht, wenn die beteiligten Staaten diejenigen Entscheidungskompetenzen an regionale Institutionen übertragen, die unverzichtbares Charakteristikum eines souveränen Staates sind.

Das Paradoxon des Souveränitätsverlustes

In der Literatur zur regionalen Integration als einem Prozess, der die Abtretung nationaler Entscheidungskompetenzen beinhaltet, ist gelegentlich von einem "Paradoxon der Souveränität" die Rede, das sich in zwei Versionen darstellen lässt. Die erste Version ergibt sich aus der Überlegung, dass ein Integrationsprozess offenbar nur dann ein fortgeschrittenes Stadium erreicht, wenn politische Institutionen sich selbst abschaffen, wenn also 'nationale Selbstabsetzung' bzw. Selbstaufgabe betrieben wird. Betrachtet man politische Integration unter dem Gesichtspunkt der Schaffung supranationaler Instanzen, dann lässt sich sagen, dass Integration einen Eingriff in die Autonomie existierender politischer Institutionen zugunsten neuer Organe impliziert, die den bestehenden übergeordnet werden. Die betreffenden Staaten vermögen dabei international nur durch ihre Regierungen zu handeln, "also durch genau die Institutionen, welche die ersten Opfer der Integration sein sollen".⁵³ Dies führt zwar nicht zu einem Paradoxon im strengen Sinne, aber der Sachverhalt macht immerhin deutlich, dass signifikante Fortschritte in politischer Integration ohne Vorliegen aussergewöhnlich schwerwiegender Umstände wohl kaum zu erwarten sind, da man angesichts der aufgezeigten Konsequenzen für die nationalen Institutionen annehmen muss, dass deren blosse Existenz ein enormes Hindernis für ihre Abschaffung ist.

Ein möglicherweise integrationsfördernder "schwerwiegender Umstand" wird in der zweiten Version des Paradoxons angesprochen. Es geht dabei um die Wahrnehmung, dass sich Staaten in einer Situation befinden, in der sie nur durch Verzicht auf Souveränität eben diese Souveränität erhalten oder erhöhen können. Ein höherer Grad an effektiver Souveränität lässt sich in dieser Lage nur dadurch erreichen, dass die Staaten darauf verzichten, sie isoliert auszuüben und dass sie einen Teil davon auf eine regionale Gemeinschaft übertragen.⁵⁴

⁵³ De Vree 1972, S. 118.

⁵⁴ Zimmerling 1991, S. 49.

Dass die Wahrnehmung eines mit der Integration verbundenen Paradoxons nicht nur in der theoretischen, sondern auch in der praktisch-politischen Diskussion ihren Niederschlag findet, zeigt sich am Beispiel des anfangs der achtziger Jahre erarbeiteten Programms der chilenischen Christdemokraten, in dem es heisst: "(..) für die grosse Mehrheit der Nationalstaaten des Planeten ist Interdependenz zu mehr oder weniger starker Dependenz geworden. Hieraus ergibt sich das Paradox, dass die eigenständige Behauptung der Souveränität für jeden dieser Staaten illusorisch und rhetorisch geworden ist und nur zu einer maskierten, ruinösen Verschärfung seiner Dependenz führt. (..) Die lateinamerikanischen Staaten werden an Souveränität, also an Kapazität zur Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Völker, in dem Masse gewinnen, in dem sie ihre Interdependenz akzeptieren und organisieren, um eine wirkliche Gemeinschaft von Nationen zu bilden."⁵⁵ Auch dieses scheinbare Paradoxon löst sich auf, sobald man zwischen der aufzuhebenden formalen Souveränität nationaler Entscheidungskompetenzen und der potentiell zu gewinnenden 'substantiellen' Souveränität im Sinne einer Erhöhung von kollektiver Handlungsautonomie durch Veränderung der Interdependenzmuster unterscheidet. Es bleibt im Grunde nur das historische Problem, dass gerade Staaten, die noch nicht sehr lange über formale Souveränität verfügen oder die aufgrund ihrer schwachen Position im Kontext asymmetrischer Interdependenzen unfreiwillig unter einem beträchtlichen Autonomiedefizit leiden, gegenüber einem weiteren Verlust an formaler Souveränität besonders empfindlich sind - auch wenn dieser auf Freiwilligkeit beruht und längerfristig Autonomiezuwachs bedeutet.

Zwei gewichtige Vorteile ergeben sich aus einer Definition der politischen Integration unter Einbezug des Kriteriums der Souveränitätsbeschränkung: einerseits kann damit ein weiteres Spektrum an Institutionen in die Betrachtung einbezogen werden, das von reinen Diskussionsforen, die der Entscheidungsfindung dienen, über Gremien, die mehr oder weniger umfassende Befugnisse zur Beschlussfassung besitzen, bis zu Organisationsformen reicht, in denen auch die Mittel zur Durchsetzung von gemeinsamen Entscheidungen bei regionalen Instanzen konzentriert sind. Dabei kommt es nicht so sehr auf die formale Delegation von Kompetenzen an, sondern darauf, dass die Mitglieder für bestimmte Angelegenheiten dauerhaft auf individuelles zugunsten von gemeinsamem Vorgehen verzichten. Der Souveränitätsverzicht mag zunächst in nichts anderem als der blossen Bereitschaft bestehen, sich regelmässig dem Einfluss der Meinungen von Dialogpartnern auszusetzen. Am anderen Ende der Skala möglicher Integrationsgrade stünde die von einzelnen europäischen Exponenten beschworene politische Gemeinschaft. Zwischen den beiden Extremen sind "zahllose Stufen der Souveränitätsabgabe" denkbar.⁵⁶ Vom Ausmass des Willens zu substantiellem Souveränitätsverzicht hängt wesentlich die Charakterisierung einer überstaatlichen Institution ab.

Das Element des Souveränitätsverzichts ermöglicht ausserdem die Abgrenzung der Integration von anderen Formen regional-zwischenstaatlicher Verbindungen und Aktivitäten, insbesondere von Begriffen wie 'regionale Kooperation', 'regionale Organisation', 'Regionalismus' oder 'regionale Interdependenz'. Im Interesse der Bewältigung eines Zustandes gegenseitiger Interdependenz mag es

⁵⁵ Zit. nach: Zimmerling 1991, S. 49.

⁵⁶ Zimmerling 1991, S. 52.

Staaten vernünftig erscheinen, einen Integrationsprozess in Gang zu setzen und damit ihr unfreiwilliges Souveränitätsdefizit in einen freiwilligen Souveränitätsverzicht zu verwandeln. Umgekehrt kann die Erhöhung der gegenseitigen Interdependenz durchaus auch Zweck eines Integrationsprozesses sein. An diesem Punkt gilt es, die Beziehung zwischen Integration und Organisation anzusprechen: Integration impliziert - zumindest ab einem gewissen, nicht einmal sehr hohen Integrationsgrad - die Schaffung regionaler Organisationen, während die Existenz einer regionalen Organisation ihrerseits ein Indikator für das Vorliegen von Integration sein kann. Kooperation wiederum ist allgemeiner als Integration: letztere impliziert erstere - aber nicht umgekehrt. Das Kriterium der Souveränitätsabgabe als Unterscheidungsmerkmal zwischen Kooperation und Integration wird deutlich bei Haas, der in diesem Zusammenhang ebenfalls das Paradoxon der Souveränität anspricht: "Wirtschaftliche Kooperation liegt dann vor, wenn eine Gruppe von Ländern sich zu einer gemeinsamen Unternehmung zusammenschließt, die ihnen Nutzen bringen soll, ohne nennenswerte Opfer an Autonomie oder Handlungsfreiheit zu verlangen. Wirtschaftliche Integration dagegen erfordert die Abgabe von Autonomie beim Treffen wirtschaftlicher Entscheidungen (...). Mit anderen Worten: Wirtschaftsintegration impliziert die teilweise Abgabe der Souveränität eines Landes über seinen eigenen Markt, um so gemeinsame Souveränität über die andern Märkte zu erlangen".⁵⁷

Unter Berücksichtigung der geäußerten Überlegungen lässt sich der zentrale Begriff der regionalen politischen Integration wie folgt definieren: "Regionale politische Integration bezeichnet einen Prozess, bei dem eine Gruppe von Staaten freiwillig gemeinsame Institutionen schafft und weiterentwickelt, denen zunehmend Entscheidungskompetenzen überlassen werden, die es in zunehmendem Masse gestatten, innerstaatliche Entscheidungen der beteiligten Staaten vorherzusagen, wobei der bezüglich Souveränitätsübertragung in einem gegebenen Zeitpunkt herrschende Zustand den Grad der Integration anzeigt".⁵⁸

Die in diesem Kapitel skizzierten Entwicklungsschritte und Modellstufen vermitteln einen Eindruck davon, wie die neofunktionalistischen Vorstellungen vom Verlauf regionaler Integrationsprozesse innerhalb weniger Jahre an Komplexität zugenommen haben. Die Annahme scheint plausibel, dass mit der Ausdifferenzierung eine grössere Realitätsnähe bezüglich der auf Integrationsprozesse einwirkenden relevanten Faktoren erreicht wurde. Dies bedeutet jedoch nicht, dass auch die Fähigkeit zu qualitativen oder gar quantitativen Vorhersagen der Entwicklung solcher Prozesse zugenommen hat. Nyes diesbezügliche Schlussfolgerung tönt denn auch zurückhaltend: "Wir können über die Zukunft dieser Organisationen offenbar nur spekulieren. Unvorhergesehene Einzelereignisse oder eine seltene Art politischer Führung könnten entscheidende Auswirkungen haben". In der Folge versucht der Autor, das illusionslose Ergebnis vorsichtig aufzuwerten - nur um es anschliessend erneut zu relativieren: "Trotzdem können wir unsere Spekulationen dadurch anreichern, dass wir unsere Vorhersagen für drei wichtige Determinanten explizit machen: Erstens die Politik der Supermächte; zweitens technologische Veränderungen, die ökonomische und politische Entscheidungen

⁵⁷ Haas, Ernst B.: 'Turbulent fields and the theory of regional integration, in: International Organization, 30. Jg., 2/1976, S. 210.

⁵⁸ Zimmerling 1991, S. 55.

beeinflussen, und drittens umfassende Veränderungen in der öffentlichen Meinung infolge bestimmter Ereignisse, neuer Problemstellungen oder eines Generationenwechsels. (...) Der Netto-Effekt dieser drei Faktoren bleibt bedauerlicherweise aber unbestimmt".⁵⁹

Einige der zitierten Theorien und Erklärungsmuster sind bereits ein Vierteljahrhundert alt, und sie vermochten, wie das vorangehende Zitat selbstkritisch anmerkt, die offenen Fragen keineswegs abschliessend und befriedigend zu klären. Ruth Zimmerling konstatiert im Jahre 1991, dass es seit Beginn der siebziger Jahre keine substantielle Weiterentwicklung der politischen Integrationstheorien gegeben habe: "Die politikwissenschaftliche Arbeit an im engeren Sinne integrationstheoretischen Fragen wurde schon Mitte der siebziger Jahre weitgehend eingestellt, ohne dass ein auch nur halbwegs befriedigender Erkenntnisstand vorgelegen hätte."⁶⁰ Bellers/Häckel halten ein Jahr zuvor fest, dass "die Theorie-debatte im grossen Stil Anfang der 70er Jahre plötzlich abbrach", als die regionale Integration in Europa zu stagnieren schien. "Danach gab es nur noch bescheidene und fragmentarische theoretische Bemühungen."⁶¹ Jäher Abbruch - und dann Schweigen: Die Integrationstheorie, jahrzehntelanges Experimentierfeld der Wissenschaft, war plötzlich 'out'; und das nicht, weil alle Fragen gelöst waren, sondern mangels Engagement der Forschung. Bereits 1975 diagnostizierten Keohane und Nye, dass die "Verlangsamung der europäischen Integration in den sechziger Jahren und die Unfähigkeit der vorherrschenden Paradigmen, diese Stagnation angemessen zu erklären", ernsthafte Zweifel an der allgemeinen Gültigkeit der Integrationstheorie aufkommen liessen. "Gleichzeitig erbrachte der mässige Erfolg anderweitiger regionaler Integrationsprojekte vermehrt Hinweise über die Bedingungen, unter denen Integration nicht stattfinden wird, als über den eigentlichen Ablauf des Integrationsprozesses selbst. Theoretische Fortschritte auf dem Weg der vergleichenden Systemforschung wurden dadurch verhindert, dass die Integrationstheorie nicht systematisch vergleichend getestet werden konnte."⁶² Um einen Begriff aus der Integrationsliteratur zu verwenden: die Integrationstheorie war 'eingekapselt'.

Mögliche Ansatzpunkte für eine fruchtbare Weiterführung der theoretischen Beschäftigung mit regionalen Integrationsbemühungen sind im Rahmen der erwähnten Kritik zwar immer wieder angedeutet worden, so wie die praktischen Anstrengungen zur Fortsetzung begonnener Integrationsprojekte ebenfalls nicht stehengeblieben sind und, nebst Rückschlägen und Phasen der Stagnation, auch unübersehbare Fortschritte verzeichnen konnten. Die wichtigsten modifizierten Problemstellungen lassen sich in zwei Komplexe zusammenfassen: der eine betrifft Fragen nach der kausalen Verknüpfung der aufgeführten strukturellen und perceptiven Einflussvariablen bzw. der Hintergrund- und Prozessbedingungen mit dem Verlauf von Integrationsprozessen; der zweite bezieht sich auf die theoretische Vernachlässigung einer Kategorie von Einflussfaktoren, die in den von Nye erweiterten Modellen als zusätzlicher Prozessmechanismus unter der Bezeichnung 'externe Akteure' erscheint.

⁵⁹ Nye, Joseph S.: *Peace in Parts*, Boston 1971, S. 188.

⁶⁰ Zimmerling 1991, S. 16.

⁶¹ Bellers, Jürgen; Häckel, Erwin: *Theorien internationaler Integration und internationaler Organisationen*, Opladen 1990, S. 287.

⁶² Keohane, Robert; Nye Joseph: *International Interdependence and Integration*, in: Greenstein/Polsby (Hrsg.): *Handbook of Political Science*, S. 365, zit. nach: Zimmerling 1991, S. 105.

• **'Externe Akteure' als Einflussgrößen im Integrationsprozess**

"Integration ist nicht bloss eine Angelegenheit zwischen einer begrenzten Anzahl von Regierungen, sondern sie betrifft durch diese eine mehr oder weniger grosse Anzahl verschiedener Interessengruppen. (...) Für die Erklärung von Integration können wir uns nicht auf die Ebene der Regierungspolitik beschränken, indem wir sie einfach als gegeben betrachten, sondern wir müssen tiefer gehen und Integration in Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Prozessen sehen, die in den betreffenden Staaten vonstatten gehen."⁶³

Die Analyse von interpersonellen Beziehungsnetzen ist kein auf die jüngere Vergangenheit beschränkter Ansatzpunkt historischer Forschung; 'Verflechtung' als Konzept zur Erforschung sozialer Beziehungen von historischen Führungsgruppen stellt insofern keine Novität dar. Eine Vielzahl geschichtlicher Studien belegt, dass der 'Social network analysis' bei der Erfassung von Parametern der Gruppenbildung auf institutioneller Ebene bereits seit geraumer Zeit ein beachtlicher Stellenwert zukommt.⁶⁴ Von daher entspricht die Feststellung, dass unterhalb der Ebene offizieller Politik auch immer ein einflussreiches Netzwerk von persönlichen Verbindungen existiert, einer banalen Formel. Mit der stetig wachsenden Zahl von Akteuren im grenzüberschreitenden Interaktionsprozess hat die vertiefte Auseinandersetzung mit dem altbekannten Phänomen aber zusätzlich an Bedeutung gewonnen.

Die Tatsache, dass Regierungen unter Legitimationszwang agieren, erleichtert die Zuschreibung von Handlungen an Akteure auf gouvernementaler Ebene. Untersuchungen integrationsgeschichtlicher Phänomene können sich aber nicht auf die Betrachtung der offiziellen Ebene staatlicher Politik beschränken - die Ausweitung des Kreises der einflussnehmenden Handlungsträger auf den Bereich der non-gouvernementalen Akteure drängt sich zwingend auf. Im Gegensatz zu den staatlichen Organen erschwert die fehlende Institutionalisierung des Wirkens von externen Akteuren eine eindeutige Zuordnung von Handlungen an einzelne Rollenträger. Interaktionen erfolgen häufig über informelle Kanäle, im Schatten der Öffentlichkeit, ohne Verpflichtung zur Offenlegung von Absichten, Zielsetzungen und Beweggründen. Die geringere Transparenz bezüglich der handlungsleitenden Motive nicht-staatlicher Akteure bedingt die Wahl eines interessenorientierten Ansatzes beim Versuch, die Wirkung externer Einflussgrößen auf den Verlauf von Integrationsprozessen zu ergründen.

Vorab eine Anmerkung zum Einflussbegriff, um einer möglichen Unschärfe vorzubeugen: Wenn vom Einfluss eines Akteurs auf einen anderen die Rede ist, so bedeutet dies nicht, dass die Betrachtung ausschliesslich auf der individuellen Ebene zu erfolgen hat. Handlungen lassen sich auch kollektiven Akteuren zuschreiben. Die Wahl einer Akteurperspektive bedeutet folglich auch nicht die Beschränkung auf die blosser Betrachtung von Mikrophenomenen. Sie kann im Ge-

⁶³ Zimmerling 1991, S. 42.

⁶⁴ Exemplarisch: Reinhard, Wolfgang: Freunde und Kreaturen. Römische Oligarchie um 1600, München 1979. Hersche, Peter: Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, Bern 1984. Eigene diesbezügliche Erkenntnisse entstammen einem sozialgeschichtlichen Beitrag zur Frage der Machtstellung der deutschen Domkapitel, betrachtet unter dem Aspekt der Ämterkumulation: von Allmen, Peter: Ämter und Funktionen von Domkapitularen in den weltlichen Regierungen und Verwaltungen der geistlichen Staaten, Seminararbeit, Bern 1993.

genteil dem immer wieder geforderten, selten aber gelingenden Brückenschlag von der "Mikroebene individuellen Handelns auf die Makroebene sozialer Systeme" dienen. Akteursbezogene Begriffe von Einfluss und Macht lassen sich von der Mikro- auf die Makroebene übertragen, sofern "die atomistische Perspektive um eine kollektivistische und die personalistische um eine institutionalistische ergänzt wird".⁶⁵ Die Erwähnung der Akteursperspektive ist auch deswegen angebracht, weil es dem Eindruck vorzubeugen gilt, die Einflussmöglichkeiten individueller Akteure - Monnet als Beispiel - werde grundsätzlich überschätzt und idealisiert.

Da eines der Interessen dieser Arbeit der Funktion und Bedeutung externer Einflüsse auf regionale Integrationsprozesse gilt, sind an dieser Stelle einige Präzisierungen dazu angebracht, was in diesem Zusammenhang als 'intern' und was als 'extern' zu betrachten ist. Zunächst sind zu den Akteuren, die in Integrationsprozessen überhaupt eine Rolle spielen können, all jene zu zählen, die sowohl im Bereich der nationalen als auch der internationalen Beziehungen Einfluss auf die beteiligten Entscheidungsträger ausüben können. In erster Linie ist dabei an Institutionen und Organisationen zu denken, die einen internationalen, transnationalen, nationalen oder lokalen Charakter aufweisen. Sie können öffentlich oder privat getragen sein und eine politische, ökonomische, soziale oder kulturelle Ausrichtung besitzen. Es kann sich aber auch um individuelle Akteure handeln, wobei in diesem Falle anzumerken ist, dass Personen, die eine aktive politische Rolle wahrnehmen, dies in den allermeisten Fällen nicht als Individuen, sondern als Vertreter bestimmter Gruppeninteressen tun. Schwarz differenziert zusätzlich zwischen den dem Integrationsraum angehörenden Akteuren und extra-regionalen Einflussfaktoren, die er als "Staaten, welche die Föderation unterstützen, ohne sich daran zu beteiligen" definiert.⁶⁶ Als treffliche Illustration bietet sich hierzu die Rolle der USA beim Zustandekommen der Römer Verträge an. Das Vorgehen der Amerikaner im Rahmen der 'Relance' sowie die angewandten Mittel zur Durchsetzung ihrer aussenpolitischen, nuklearen und aussenwirtschaftlichen Interessen im Kontext des Kalten Krieges finden sich in der vorliegenden Untersuchung thematisiert.

Selbst nach Schwarz' Abgrenzung bleibt noch zu klären, wonach sich die Charakterisierung eines Akteurs als extra- oder intra-regional zu richten hat, d.h. wann ein Handlungsträger einem der am Integrationsprozess beteiligten nationalen Systeme oder dem regionalen System als solchem zuzurechnen ist und wann nicht. In den meisten Fällen ist dies unmittelbar einsichtig, so etwa, wenn es sich um Akteure auf nationaler Regierungsebene handelt. Auf der internationalen und transnationalen Ebene gibt es jedoch Fälle, die nicht so eindeutig zuzuordnen sind. Lagos bietet zu diesem Problem einen Definitionsvorschlag an: "Unter internen Akteuren verstehen wir all jene Gruppen, die innerhalb und ausserhalb des institutionellen Apparates in den nationalen politischen Systemen interagieren. Unter externen Akteuren verstehen wir solche Gruppen, die mit den internen Akteuren von einem ausserhalb der nationalen Systeme gelegenen Entscheidungszentrum aus interagieren".⁶⁷ Damit werden politische Akteure nicht auf-

⁶⁵ Zimmerling 1991, S. 21.

⁶⁶ Schwarz 1971, Europa föderieren - aber wie?, S. 385.

⁶⁷ Lagos, Gustavo: Estrategias políticas en la integración latinoamericana, Santiago de Chile 1970, zit. nach: Zimmerling 1991, S. 58.

grund formaler Kriterien - beispielsweise dem Sitz einer Organisation oder der Staatsangehörigkeit ihrer Vertreter - einem politischen System zugeordnet, sondern auf der Basis eines adäquateren politischen Strukturmerkmals. Dass die Zuordnung eines Akteurs im verflochtenen Zusammenspiel der Kräfte nicht immer eindeutig vorzunehmen ist, lässt sich am Beispiel der hybriden Anatomie des 'Comité d' Action pour les Etats-Unis d' Europe' von Jean Monnet nachweisen.

Wenn die verfügbaren integrationstheoretischen Ansätze in vielen Punkten von der praktischen Entwicklung in verschiedenen Weltregionen widerlegt zu sein scheinen, dann muss dies nicht unbedingt bedeuten, dass die Erklärungsversuche grundlegend falsch sind, sondern es kann auch damit zusammenhängen, dass die berücksichtigten Variablen in ihrem Wirkungszusammenhang einer veränderten Gewichtung bedürfen. Auch damit ist der Variablenkomplex der 'externen Akteure' angesprochen, der in der Integrationstheorie während geraumer Zeit eine untergeordnete Rolle spielte und keine systematische Behandlung erfuhr. Einzelne Integrationstheoretiker haben schliesslich die unzureichende Berücksichtigung möglicher Einflüsse externer Akteure auf regionale Integrationsprozesse als einen wesentlichen Mangel vorhandener Erklärungsansätze erkannt und benannt. Sie stellten sich daraufhin der konkreten Frage, in welchem Mass und auf welche Weise der Verlauf von regionalen Integrationsprozessen durch das Engagement externer Akteure beeinflusst werden kann.

"Erhöhte Aufmerksamkeit gebührt dem externen weltpolitischen Umfeld, in dem ein Integrationsprozess stattfindet (...). Jeder angemessene Ansatz muss die externen Umweltfaktoren der Weltpolitik hinsichtlich einer Interdependenz zwischen regionalem Integrationsprozess und internationalem Umfeld berücksichtigen."⁶⁸ Die Bedeutung des internationalen Umfelds betont Hansen, wenn er den systematischen Einbezug exogener Faktoren bei der theoretischen Analyse von regionalen Integrationsprozessen fordert.⁶⁹ Haas geht in seiner Theoriekritik gar soweit, dass er mit seiner Bewertung der externen Faktoren die Relevanz des regionalen Ansatzes grundsätzlich in Frage stellt und dazu neigt, die regionalen Integrationsprozesse einer allgemeinen Interdependenztheorie unterzuordnen: "Paradox bei all diesem ist, dass wir, indem wir die Diskussion der regionalen Integration zunehmend der Überlegung globaler Interdependenz unterordnen, die theoretischen und ideologischen Überzeugungen untergraben, die in der Vergangenheit auf zunehmende regionale Integration hinzudeuten schienen. Dies ist es, was die regionale Integrationstheorie im europäischen Kontext obsolet macht. Zwar ist sie anderswo noch nicht obsolet, aber dieselbe Logik lässt vermuten, dass sie sich auch dort eines Tages überleben wird."⁷⁰ Damit geht Haas in seiner Kritik wohl einen Schritt zu weit. Die Einbeziehung von Interdependenzüberlegungen macht nicht die Integrationstheorie als solche obsolet, sondern allenfalls einzelne bisherige Hypothesen. Sie kann eventuell zur Einsicht führen, dass unter den gegebenen Umständen die Erfüllung gewisser auf regionale Integrationsprozesse projizierter Hoffnungen nicht erwartet werden darf.⁷¹

⁶⁸ Nye 1968, *Patterns*, S. 347ff.

⁶⁹ Zimmerling 1991, S. 136.

⁷⁰ Haas 1976, *Turbulent fields*, S. 208.

⁷¹ Zum Gegensatz zwischen Integration und Interdependenz: vgl. Herbst, Ludolf: Die zeitgenössische Integrationstheorie und die Anfänge der europäischen Einigung, in: *VfZ* Jg. 34 (1986), S. 161f sowie Milward, Alan S. 1993, *Frontier*, S. 20ff.

In ihrem Werk analysiert Zimmerling drei Annahmen über Einflüsse externer Akteure auf regionale Integrationsprozesse, die in der theoretischen und empirischen Literatur immer wieder, wenn auch oft nur implizit, auftauchen.⁷² Die ersten beiden dieser Hypothesen, betreffend die negativen und positiven externen Effekte, stehen miteinander in enger Beziehung. Sie besagen, dass die Wahrnehmung einer externen Herausforderung erhebliche Auswirkungen auf den Integrationswillen haben kann, wobei eine solche Herausforderung in einem drohenden Schaden für den Fall des Nichtzusammenschlusses oder aber in einem erhofften Nutzen für den Fall des Zusammenschlusses bestehen kann, d.h. entweder ein negatives oder ein positives Vorzeichen trägt. Die dritte Hypothese bezieht sich auf mögliche 'Demonstrationseffekte', die von einer sich integrierenden Region auf das Integrationsverhalten einer anderen Region ausgehen können. Unter dem Mechanismus des Demonstrationseffekts ist das vollständige oder teilweise Nachahmen des integrativen Verhaltens einer regionalen Gruppe durch andere regionale Gruppen oder Staaten zu verstehen - insbesondere im Falle eines innovativen Vorgehens.⁷³

Negative externe Einflüsse

Die Hypothese der negativen externen Gründe lässt sich dahingehend zusammenfassen, dass ein häufig beobachteter und möglicherweise sogar notwendiger Impuls für einen regionalen Integrationsprozess darin besteht, dass Vertreter mehrerer Staaten einer Region gleichermassen der Wahrnehmung unterliegen, einer von einem oder mehreren externen Akteuren an sie herangetragenen Herausforderung, Gefahr oder Bedrohung gegenüberzustehen. So wird beispielsweise die westeuropäische Integration der 50er und besonders der 60er Jahre als ein von der Wahrnehmung der Sowjetunion als gemeinsamem externen Feind geprägter Prozess angesehen. Die Rede ist dabei von "Integration, um zu überleben" angesichts einer dauerhaft und intensiv wahrgenommenen Herausforderung, die sowohl die äussere als auch die innere Sicherheit der Europäer bedrohte. Weiter finden sich Verweise auf Integrationseffekte durch das von den Westeuropäern in den 60er Jahren zunehmend wahrgenommenen "défi américain" - die Konkretisierung dieses Aspektes lässt sich in einen Namen fassen: de Gaulle.

Die Fülle der Äusserungen zur integrativen Wirkung negativer externer Effekte lässt sich in der "gemeinsam wahrgenommenen Konfrontation" mit einer äusseren Bedrohung zusammenfassen, wobei einzelne Autoren sogar der Ansicht sind, die europäische Integration habe gezeigt, dass Integrationsfortschritte eines fühlbaren Aussendrucks bedürfen. Positiver politischer Wille allein wird nicht als hinreichende Bedingung für einen erfolgreichen Integrationsprozess gewertet. Negative bzw. defensive Motive müssten notwendigerweise hinzukommen: Furcht vor externen Hegemonialmächten, nebst andern staatlichen oder privaten Strategien.⁷⁴ Die gemachten Aussagen konkretisieren keineswegs ausschliesslich integrationsspezifische Zusammenhänge; vielmehr stützen sie sich auf die allgemeine

⁷² Zimmerling 1991, S. 139-158.

⁷³ So lässt sich belegen, dass die prototypischen europäischen Erfahrungen und Ansätze in die meisten späteren Integrationsbemühungen anderer Regionen eingeflossen sind und Nachahmer gefunden haben. Vgl. dazu: Zimmerling 1991, S. 155.

⁷⁴ Ausführlich zu den negativen externen Effekten, unter Anführung von Zitaten und Literaturhinweisen: Zimmerling 1991, S. 140-149.

Erfahrung, dass Menschen, die sich bedroht fühlen, verstärkt die Solidarität mit Dritten suchen. Nichts eint so sehr wie widrige Umstände: bezüglich der Wirkung äusseren Drucks und äusserer Gefahr ist die Erkenntnis wegweisend, dass eine externe Bedrohung einer Gruppe häufig zu engerem Zusammenhalt verhilft.

Dass sich empirisch abgeleitete Erkenntnisse über das Verhalten von Individuen auf die Handlungsweise kollektiver Akteure - in diesem Fall Nationalstaaten - übertragen lassen, erscheint plausibel. Denn zumindest ist der Nationalstaat die auf internationaler Ebene als autonom anerkannte politische Einheit, die per definitionem auf der Wahrnehmung eines "Wir-Sie-Gefühls" gründet. Eine Wahrnehmung, die sich oft erst dadurch ergibt, dass die Existenz einer externen Bedrohung konstatiert wird. Auch hierzu ein Verweis auf ein konkretes Anwendungsbeispiel, auf das an späterer Stelle vertiefter eingegangen wird: Im Herbst 1956, während der entscheidenden Phase der Ausarbeitung der Römer Verträge, ergab sich bezüglich des Ausgangs der Verhandlungen eine Art labiler Schwebezustand. Angesichts der sich in diesem Moment in Form der Suezkrise stellenden Herausforderung kam den einwirkenden negativen externen Einflüssen für den weiteren Verlauf des Integrationsprozesses eine entscheidende Bedeutung zu.

In aller Regel beruht die Legitimation politischer Entscheidungsträger darauf, dass sie den Bestand des herrschenden Systems und damit das Fortbestehen des Staates als solchem sichern. Eine Änderung dieser Legitimationsgrundlage im Sinne einer Zustimmung zur partiellen oder vollständigen Aufgabe des staatlichen Rahmens zugunsten einer regionalen Lösung kann folglich ohne dringenden Handlungsbedarf, ohne das Vorliegen schwerwiegender Gründe, kaum erwartet werden. Die Abwendung einer von aussen drohenden Gefahr ist dabei sicherlich als einer der schwerwiegendsten möglichen Gründe überhaupt anzusehen. Ebenfalls einsichtig ist, dass unter Umständen ein erfolgversprechender Weg der Schadensabwendung in einem überstaatlichen Zusammenschluss bestehen kann. Nationalstaaten können sich im Sinne einer einfachen Kosten-Nutzen-Rechnung zur Bildung eines Kollektivs bereitfinden, unter Inkaufnahme eines zumindest partiellen Souveränitätsverlustes, wenn sie mit drohenden externen Kosten konfrontiert sind, die sie als Einzelakteur nicht zu tragen vermögen.⁷⁵

Fasst man die Überlegungen zum Mechanismus der gemeinsamen externen Bedrohung zusammen, so lässt sich sagen, dass es offenbar gute Gründe für die Annahme gibt, dass das Vorliegen gemeinsamer struktureller Bedrohungen für den Verlauf von Integrationsprozessen von signifikanter Bedeutung sein kann. Gleichzeitig ist anzufügen, dass Pressionen von aussen in der Regel nicht als hinreichende Bedingung einer dauerhaften und fortschreitenden Erhöhung des Integrationsgrades gelten dürfen. Als Beispiel dafür, dass externer Druck selbst in einer Region, die sich bereits in einem fortgeschrittenen Stadium eines Integrationsprozesses befindet, sogar eine Spaltwirkung erzielen kann, lässt sich die Reaktion der EG-Mitgliedstaaten auf die Ölkrise von 1973 anführen, in der man eine drastische Manifestation von nacktem nationalem Egoismus erkennen kann.

⁷⁵ Eine ketzerische Frage, die hier keine vertiefte Erörterung finden kann, stellt sich in der Folge des Zusammenbruchs des Ostblocks und in Umkehrung des voranstehend beschriebenen Mechanismus: Welche Wirkung vermag die Wahrnehmung der weggefallenen externen Bedrohung durch die Sowjetunion, die sich in der Vergangenheit als Anreiz für engere Zusammenschlüsse erwiesen hat, auf die Zukunft des europäischen Zusammenschlusses zu entfalten? Könnte ein hypothetisches Scheitern der EU-Ost-Erweiterung im schlimmsten Fall erneut divergierende nationale Interessen zutage fördern und bezüglich der Gemeinschaft eine desintegrative Dynamik initiieren?

Positive externe Einflüsse

Bei den dargestellten negativen externen Integrationsgründen ging es darum, dass durch einen Zusammenschluss in gemeinsamer Aktion ein möglicher Schaden abgewendet wird, von dem die Entscheidungsträger annehmen, dass sie ihm im Alleingang nicht oder weniger gut begegnen könnten. Umgekehrt ist denkbar, dass ein Zusammenschluss stattfindet, um sich gemeinsam einen Vorteil zu sichern, der für Einzelstaaten nicht realisierbar scheint. Geht man davon aus, dass die Motivation für ein integratives Engagement nicht aus Interesse an der Integration an sich, sondern an den Ergebnissen und Konsequenzen herrührt, die von den politischen Trägern des Prozesses erwartet werden, dann scheinen die möglichen Anreize für Integrationsbemühungen auf einer allgemeinen Betrachtungsebene grob erfasst zu sein: Die Nutzenerwartung kann sich entweder darauf richten, die Verschlechterung einer Situation zu vermeiden oder darauf, einen Vorteil zu erzielen.

Die Hoffnung auf strukturelle Vorteile kann aus der Einsicht resultieren, dass gemeinsames Handeln auf lange Sicht für die Teilnehmerstaaten zu einer Verbesserung ihrer Position - grösserem Handlungsspielraum, Wettbewerbsvorteilen, erhöhte Verhandlungsmacht gegenüber Dritten - führen wird. Dass derartige positive Effekte im konkreten Fall den wesentlichen Faktor für Integrationsinteressen ausmachen, scheint nur dann wahrscheinlich, wenn der Verzicht auf die zu erwartenden Integrationsvorteile für die einzelnen Integrationspartner schwerwiegende Folgen nachziehen könnte. In diesem Fall wäre jedoch die Erwartung der strukturellen Vorteile kaum noch von der Wahrnehmung einer strukturellen Bedrohung zu unterscheiden. Anders ausgedrückt: Politische Integration als Prozess, der gewisse Opfer im Bereich der nationalen Souveränität verlangt, ist unmittelbar mit politischen Kosten verbunden. Im Falle der strukturellen Bedrohung erfolgt die Entscheidung sozusagen zwischen zwei Übeln. In Erwartung struktureller Vorteile gilt es hingegen, die unvermeidbaren Kosten des Prozesses mit einem erwarteten zukünftigen Nutzen in Relation zu bringen, wobei die Kosten von Beginn weg anfallen, die Realisierung des Nutzens aber auch im günstigsten Fall erst nach Ablauf einer gewissen Prozessphase zu erwarten ist. Ergo müssen die erhofften Vorteile überwiegen, damit ein entscheidender Integrationsimpuls entstehen kann. Dies wird mit grosser Wahrscheinlichkeit nur dann eintreten, wenn die Beibehaltung des Status quo einen hohen Unsicherheitsgrad beinhaltet oder die Machträger auf die Wahrnehmung eines unsicheren künftigen Nutzengewinns nicht glauben verzichten zu können. Auch in einem solchen Fall könnte man aber durchaus wieder von einer Entscheidung zwischen zwei Übeln sprechen, d.h. die positiven externen Effekte wären im Grunde nichts anderes als negative Zwangsgründe der Schadensabwehr. Durchaus denkbar ist hingegen, dass eine Verstärkung der zitierten externen Gründe auf der aktiven Förderung eines Zusammenschlusses durch Gewährung spezifischer Anreize seitens externer Akteure beruhen kann. Das prominenteste Beispiel für die Verstärkung positiver externer Gründe der Integrationsförderung ist der Marshallplan mit seinen Auswirkungen auf die westeuropäische Einigung.

Harrison kommt angesichts der westeuropäischen Entwicklungen zum Schluss, dass der Einsatz von nutzbringenden Mitteln durch externe Akteure für Integrationsprozesse in der Regel von grösserer Wirksamkeit sei als der von

Zwangsinstrumenten oder symbolischen Mitteln.⁷⁶ Ob und wie sehr sich solche 'positive externe Gründe' auf die Integration von Staaten auswirken, hängt wiederum davon ab, welcher Art der angebotene Nutzen ist und wie sehr die betroffenen Staaten auf diesen Nutzengewinn angewiesen sind. Bezüglich des letztgenannten Aspekts stellt Harrison fest, dass sich die "Logik des sinkenden Grenznutzens" nicht ausschalten lasse; für schon begonnene Integrationsprozesse gelte die durch "Erfahrung nicht widerlegte plausible Erwartung, dass jede Investition von Mitteln durch einen externen Akteur umso bedeutender ist, je weniger integrative Mittel eine Region besitzt".⁷⁷

Es sind die drei erwähnten Mechanismen - positive und negative Externalitäten, Demonstrationseffekte -, über die hauptsächlich Auswirkungen aussenstehender Akteure auf die politische Dimension regionaler Integrationsprozesse zu erwarten sind. In der Regel wird dabei angenommen, dass eine Kombination dieser Wirkungsweisen vorliegt. So meint Lang: "Regionale Integration ist manchmal das Ergebnis eines von aussen kommenden Impulses; oft spielt der von ähnlichen Vorgängen in anderen Regionen ausgehende Demonstrationseffekt eine grosse Rolle. Der regionale Prozess schwankt hier vielfach zwischen dem Bedarf an Hilfe und dem Wunsch nach Abwehr hegemonialer Beeinflussung. Die gemeinsame Auseinandersetzung der Region mit der internationalen Situation kann den regionalen Zusammenhalt fördern (...)"⁷⁸ Für den europäischen Integrationsprozess, der selbst ja als Musterfall der modernen Integrationsauffassung gilt und der daher zumindest in den ersten Jahren ohne ein nachahmenswertes Modell auskommen musste, ist eine bedeutende Rolle externer Akteure im Sinne der beiden anderen Mechanismen zu konstatieren. Die westeuropäische Einigung ist 1947 mit dem Marshallplan wohl dazu lanciert worden, für den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Krieg US-Kapitalhilfe zu erhalten. Sie gewann jedoch bald die zusätzliche Funktion, der politisch-militärischen Expansion der Sowjetunion entgegenzuwirken. Daraufhin stand sie im Dienste des wirtschaftlichen Wohlstandes, und seit den Wandlungen der französischen Aussenpolitik nach de Gaulles Rückkehr ins Präsidialamt diente sie sogar in gewisser Weise als Gegengewicht zum Einfluss der Vereinigten Staaten auf den westlichen Block.⁷⁹

Die Bandbreite der Einschätzungen des Einflusses externer Akteure auf regionale Integrationsprozesse reicht von der Annahme, Integration erfolge eher als Reaktion auf externe Ereignisse als durch interne Bemühungen, bis hin zu der Ansicht, dass sie eines externen Zünders sogar zwingend bedürfe.⁸⁰ Häufig wird an diesem Punkt der Überlegungen zur 'externen Herausforderung' auf den festgestellten Wirkungszusammenhang für interne Akteure hingewiesen: In erster Linie würden die drei genannten Mechanismen auf die Motivation der internen Akteure bezüglich anstehender Integrationssschritte einwirken - oder zumindest auf deren Vorstellungen, in welcher Weise ein Integrationsansatz zu konzipieren sei. Auf die Erfolgchancen des Integrationsprozesses selbst zeitigen die zitierten externen Effekte hingegen nur beschränkt einen direkten Einfluss.

⁷⁶ Harrison, Reginald J.: *Europe in question*, London 1974, S. 170f.

⁷⁷ Harrison 1974, S. 177.

⁷⁸ Lang, Winfried: *Der internationale Regionalismus*, New York/Wien 1982, S. 135.

⁷⁹ Zimmerling 1991, S. 156.

⁸⁰ Zimmerling 1991, S. 157.

3. Energie und Europa - die energiepolitische Dimension der Integration

3.1 Energie und Gesellschaft in den fünfziger Jahren

Wieviel Energie braucht der Mensch?

- Die Aufrechterhaltung des blossen Lebens eines Menschen erfordert eine mittlere Dauerleistung von 100 Watt, aufzubringen durch Nahrung.
- Für den Sammler und Jäger der prähistorischen Zeit erforderte die Gestaltung des Lebens im zeitlichen Mittel ca. weitere 100 Watt;
- für den mittelalterlichen Menschen, der die gotischen Dome fast ausschliesslich mit Muskelkraft erbaute, im zeitlichen Mittel schon ca. 1000 Watt (1 kW).
- 1992 leisteten sich die Menschen in der Schweiz zum Unterhalt ihres Lebensstils - mittels maschinell vervielfachter Arbeitskraft - im zeitlichen Mittel eine Leistung von ca. 5000 Watt (5 kW), was einem durchschnittlichen jährlichen Primärenergie-Verbrauch von etwa 5 t SKE (Steinkohleeinheiten) pro Person entspricht.
- Vergleichsweise liegt derzeit (Datenbasis: 1992) der mittlere Bedarf an Primärenergie pro Person und Jahr in Industrieländern im Bereich von 2.4 (Portugal) bis 11 t SKE (USA, Kanada) und in Entwicklungsländern im Bereich von 0.3 (Philippinen) bis 0.8 (China).
- In diesem Zusammenhang - der Menschen sind viele geworden - ist festzuhalten, dass gegenwärtig allein 2 bis 3 Milliarden Menschen in Südostasien mit hoher Geschwindigkeit ihre wirtschaftliche Produktivität im Rahmen der Industrialisierung steigern und derart ihren mittleren Dauerbedarf an Energieleistung von ca. 1000 Watt (1 kW) im Verlauf der nächsten Jahrzehnte auf 2-3000 Watt (2-3 kW) pro Person steigern werden.

Heinloth, Klaus: Die Energiefrage. Bedarf und Potentiale, Nutzung, Risiken und Kosten, Braunschweig 1997, S. 83.

Einzelne Autoren sehen in der Energieproblematik nichts Geringeres als den Schlüssel zur modernen Weltgeschichte schlechthin.¹

Trotz der entscheidenden Bedeutung, welche der Energie in der Geschichte des 20. Jahrhunderts zukommt, fehlte die Energiegeschichte lange als eigenständiges Fachgebiet im Kanon der geschichtswissenschaftlichen Teildisziplinen - der Bereich Energie fand sich unter Technikgeschichte subsumiert. "Energiepolitik ist immer auch Wirtschaftspolitik, Innenpolitik und Aussenpolitik; Energiegeschichte ist immer auch Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie politische Geschichte", schreibt Jens Hohensee zu dieser Frage.² Und, liesse sich anfügen, Energiepolitik ist eine unentbehrliche Funktionsbedingung aller moderner Wirtschaftssysteme.

Auf den allmählichen Wandel des Klimas aufmerksam zu machen, schien in den Fünfzigern wissenschaftlich wenig reputabel, da es nicht um die Erklärung eines Faktums, sondern um Klärung einer Sorge und einer Warnung vor Zukünftigem ging - das, sofern die Warnung Gehör fände, nicht einmal eintreten würde. Die Zunahme des atmosphärischen CO₂-Gehalts im Zuge der Industrialisierung war Mitte des 20. Jahrhunderts noch keine breit anerkannte Tatsache und deshalb nicht leicht erkennbar, obwohl der Schwede Svante Arrhenius seinen be-

¹ Hohensee/Salewski 1993, Energie-Politik-Geschichte; Pfister 1995, 1950er Syndrom.

² Hohensee, Jens: Energie-Politik-Geschichte, in: Hohensee/Salewski 1993, S. 8.

kannten Satz, wonach eine Verdoppelung des CO₂-Gehalts der Atmosphäre zu einem Temperaturanstieg an der Erdoberfläche um 4°C führen werde, bereits 1912 formuliert hatte.³ Angesichts der Aussichten auf eine Verbesserungen der kargen Lebensbedingungen in der Nachkriegszeit war die Bereitschaft gering, die Industrialisierung als Risiko wahrzunehmen. Zudem war es üblich, klimatische Beobachtungen linear zu extrapolieren und damit die Entwicklung drastisch zu unterschätzen. Noch weit bis in die zweite Hälfte des Jahrhunderts ging man davon aus, zur Klärung der Fragen noch viel Zeit zu haben. Diese Annahme wurde erst Anfang der achtziger Jahre als Irrtum erkannt, und erst in der Folge kam es zu der hastigen Gangart, mit der in dieser Frage gegenwärtig agiert wird.

Fortgesetzte Aufklärung über die Geschichte der globalen Erwärmung tut not, gerade auch, weil viele Zeitgenossen nicht fähig sind zu befürchten, was zu fürchten ist; elementare Affekte scheinen zuweilen von rationalistischen Zweifeln überlagert, obwohl heute eine weit breitere Basis von signifikanten Parametern zur Verfügung steht als noch vor zwanzig Jahren. Die angesprochenen Zweifel finden ihren Ausdruck in der immer wieder geäußerten Forderung nach einer unangemessenen 'Sicherheit des Wissens', welche entschlosseneres Handeln bereits lange genug zu hintertreiben vermochte.

• *Von der behutsamen Nutzung der Energieressourcen vor 1950 ...*

Als Johann Philipp Bünning 1693 die Nutzung von Kohle empfahl, legitimierte er dies damit, dass Kohle einen 'unterirdischen Wald' darstelle. Dies war durchaus wörtlich gemeint, denn er formulierte, "dass die Steinkohlen (..) von Gott mit ihrem besonderen Saamen begabet, dass sie sich biss an das Ende der Welt (..) vermehren sollten". Die Auffassung, Kohle sei 'nachhaltig' nutzbar, hielt der bergmännischen Erfahrung allerdings nicht lange stand. Damit stand das Unbehagen im Raum: "Die Früchte der Schöpfung waren dem Menschen zum Genuss freigestellt. Was aber, wenn der daran geht, nicht bloss die Früchte, sondern die Schöpfung selbst zu verzehren?" Die Frage ist von unveränderter Aktualität.⁴

200 Jahre nach Bünning, am Ende des 19. Jahrhunderts, hatte die Naturwissenschaft bereits ihren Siegeszug angetreten. Ihr Erfolg war jedoch janusköpfig: zwar wurden die fossilen Brennstoffe dank enormer Neugier der Natur gegenüber nun als gespeicherte Sonnenenergie erkannt, dieselbe Wissbegierde ermöglichte aber auch die Entwicklung jener Techniken, die das Industriezeitalter kennzeichnen und allmählich zu einem rasanten Anstieg des Energieverbrauchs führten.

Gemessen am heutigen Zustand kann festgehalten werden, dass sich Europa bis in die fünfziger Jahre auf einem umweltverträglichen Entwicklungspfad bewegt hat, den Pfister als 'Ancien Régime Ecologique' bezeichnet. Der Begriff bringt zum Ausdruck, dass den Veränderungen seit der Jahrhundertmitte eine revolutionäre Qualität zuzusprechen ist.⁵

³ Allerdings wollte Arrhenius die Eiszeiten erklären, und seine Sorge galt deren Wiederkehr. Im Original ist der Zusammenhang deshalb andersherum formuliert: eine Halbierung des CO₂-Gehaltes führe zu einer Verminderung der Temperatur um 4°C.

⁴ Siefert, Rolf Peter: Der unterirdische Wald, München 1982.

⁵ Pfister 1995, 1950er Syndrom, S. 65f. Vor einer Verklärung der 'Vorzeit' ist aber zu warnen: auf der Passivseite stehen der Zwang zu harter körperlicher Arbeit, ein Einkommen, das knapp den

Über 10'000 Jahre der Entwicklung der Menschheit hinweg war das Holz der Wälder die hauptsächliche Energiequelle für alles wirtschaftliche Tun. Seit der Erfindung von Dampfmaschine, Elektro- und Verbrennungsmotor sowie der gleichzeitigen Entdeckung der globalen Vorräte an fossilen Energieträgern setzte eine dramatische Beschleunigung der Entwicklung der wirtschaftlichen Produktivität durch maschinelle Vervielfachung der menschlichen Arbeitskraft ein.

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts verzehnfachte sich der weltweite Energieverbrauch. Gedeckt wurde er in den Industrieländern zu fast 80% mit den ergiebigen und billigen Energieträgern Kohle, Erdöl und Erdgas. Von 1960 bis 1994 stieg der weltweite Bedarf an Primärenergie im jährlichen Mittel um ca. 3% von 5 Mia t SKE auf 13.3 Mia t SKE (entsprechend 390 EJ/Exajoule). Von diesem weltweiten Gesamtbedarf werden immer noch knapp 80% durch fossile Energieträger (Kohle, Erdöl, Gas) gedeckt, während der Beitrag von Kernenergie, Wasserkraft und 'sonstigen' Energien (z.B. Solar- und Windenergie) guten 10% entspricht; die letzten 10% werden schliesslich durch nichtkommerzielle Energieträger, hauptsächlich Holz, abgedeckt.⁶

Die Schlüsselenergie der Konsumgesellschaft, das Erdöl, ist aufs engste mit der Geschichte und dem Lebensstil der Vereinigten Staaten verknüpft.⁷ Im amerikanischen Bundesstaat Pennsylvania stand 1859 der erste Bohrturm, in den Vereinigten Staaten wurden die bahnbrechenden Verfahren der Erdölchemie entwickelt, und in den Vereinigten Staaten entstand die erste Konsumgesellschaft. Durch die Entfaltung einer bisher in der Menschheitsgeschichte einzigartigen Fülle von Waren und Gütern dienten die USA dem alten Europa, später der Dritten Welt, als Vorbild und übernahmen damit beim Übergang zur Konsumgesellschaft jene Vorreiterrolle, die Grossbritannien bei der Industrialisierung im 19. Jahrhundert gespielt hatte.⁸

Der Typ der um die Dreieheit von Automobil, Haushalttechnik und 'Suburbanisierung' zentrierten Konsumgesellschaft entstand in der Zwischenkriegszeit in den Vereinigten Staaten. Trägerbranchen des neuen Produktions- und Konsumstils waren die Erdölchemie und die Automobilindustrie; Schlüsselprodukt war das Auto. Der Personenwagen wurde zum idealen Instrument der Freizeitgestaltung, zur Grundlage für neue Lebensstile und neue politische Bewegungen, mit ihm waren direkt und indirekt die meisten Arbeitsplätze verbunden.

Grundbedarf abzudecken vermag, wenig Freizeit und Musse, sozialer Druck und politische Bevormundung, die Schrecken zweier Weltkriege sowie die Schatten von ökonomischen Krisen.

⁶ Zahlen, Daten, Fakten zur Entwicklung des globalen Energieverbrauchs: vgl. Heinloth 1997, Energiefrage, S. 80-111; Pfister 1995, 50er Syndrom, S. 55 sowie Neu, Axel D., in: Pfister 1995, S. 180ff.

⁷ Nach der ersten erfolgreichen Ölbohrung am 27.8.1859 durch Edwin L. Drake in Titusville PA, liess der Boom nicht lange auf sich warten, und John D. Rockefeller wurde mit seinem Raffineriesystem zu einem der mächtigsten Männer der USA. Seine Standard Oil Company, deren Macht 1911 durch die amerikanische Anti-Trust-Gesetzgebung eingedämmt wurde, formte er zur ersten grossen Mineralölgesellschaft. Im Gegensatz dazu wurde die Bedeutung des Erdöls auf der andern Seite des Atlantiks lange nicht erkannt. Symptomatisch für die europäische Ignoranz ist ein Georges Clemenceau zugeschriebenes Bonmot: "Wenn ich Öl brauche, gehe ich zu meinem Krämer um die Ecke". Diese Einstellung änderte sich erst am Vorabend des Ersten Weltkrieges, und es war Churchill, damals erster Lord der britischen Admiralität, der die Umstellung der britischen Flotte von Kohle auf Öl anordnete, um damit im Wettlauf mit den Deutschen einen entscheidenden Vorteil zu erzielen. Vgl. Yergin 1991, Der Preis.

⁸ Pfister 1995, 1950er Syndrom, S. 67ff.

Im Jahre 1933 begann der Aufstieg des 'fordistischen' Produktionsmodells mit dem 'New Deal'. Konstitutiv war die Massenfertigung von technisch hochwertigen Konsumgütern für die breite Schicht der mittelständischen Bevölkerung. Die technologisch-organisatorisch Voraussetzung fusste auf dem 'Taylorismus': Fließbandarbeit und Standardisierung zur Senkung der Stückkosten, wie dies Henry Ford bei der Produktion seines T-Modells erstmals demonstriert hatte.

Nachfrageseitig setzte diese Entwicklung eine den Konsum stützende Gewährleistung von Einkommenssteigerungen, aber auch den Bau eines umfassenden Autobahnnetzes sowie ein ausreichendes Energieangebot zu einem möglichst niedrigen Preis voraus. Dieses Energieangebot stammte in den USA bis um 1950 fast ausschliesslich aus eigenen Quellen, die zu diesem Zeitpunkt mehr als die Hälfte des weltweit geförderten Rohöls beisteuerten. Die Erdölgewinnung im eigenen Land vermochte mit der ständig ansteigenden Nachfrage nur knapp Schritt zu halten. Als Pennsylvania versiegte, entdeckte Kalifornien neue Ölquellen; als Kaliforniens Quellen stockten, schossen sie in Texas hervor; als Texas den ungeheuer gewachsenen Bedürfnissen nicht mehr zu genügen schien, wurde man im alten Süden fündig.

• **... zum verschwenderischen Umgang mit Rohstoffen im Konsumzeitalter**

Der Fordismus - die Massenproduktion von Konsumgütern - konnte sich nach dem Zweiten Weltkrieg nur deshalb so rasch nach Europa und Japan ausbreiten, weil während des Krieges in der Golfregion riesige Erdölvorkommen entdeckt wurden, welche die angebotsseitige Voraussetzung des bevorstehenden Wachstumsschubs darstellen sollten. Abgeschnitten vom Rest der Welt, unbeachtet von den Medien, hatten dort rund hundert Amerikaner nach Öl geschürft und dabei die Hand auf den wirtschaftlichen Schlüssel der Nachkriegszeit gelegt. Lee DeGolyer, Chef der 'Hundert Männer', schätzte 1944 die bekannten und möglichen Ölreserven der Golfregion offiziell auf 25 Mia. Barrel. In Wahrheit vermutete er, was der Realität erheblich näher kam, die Reserven seien in der Grössenordnung von 300 Mia. Barrel. "Das Öl in dieser Region" gab einer seiner Mitarbeiter zu Protokoll, "ist der kostbarste Schatz in der Geschichte der Menschheit".⁹

Das 'Schwarze Gold' der arabischen Halbinsel sollte die anstehenden Transformationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft enorm beschleunigen. Zwar resultierten daraus die allseits geschätzten Möglichkeiten der erweiterten Abdeckung von individuellen Wahlbedürfnissen, andererseits setzte die Entwicklung jedoch auch den Teufelskreis des sorglosen Umgangs mit Energie in Gang, der den heutigen Umweltproblemen zugrunde liegt.¹⁰ Der Abbau der Ozonschicht, die globale Erwärmung und die zunehmende Luftverschmutzung stehen folglich für die negativen Auswirkungen einer Maschinerie der Moderne, genannt Industrialisierung und Wohlstand, deren Schmierstoff im vergangenen Jahrhundert vornehmlich das Erdöl war.

In einer ersten Phase, bis gegen 1957, beruhte der Wiederaufbau Europas allerdings auf der Kohle, dem bedeutendsten Energieträger des Industriezeitalters - davon zeugen allein die Bemühungen der Siegermächte, die internationale Kontrolle der Ruhrkohle sicherzustellen. Die Kohle beherrschte die Wirtschaftspla-

⁹ Yergin, Daniel: Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht, Frankfurt/M 1991, S. 502.

¹⁰ vgl. Pfister 1995, 1950er Syndrom, S. 77.

nung vor 1948 nahezu total und drückte auch der internationalen Politik in der unmittelbaren Nachkriegszeit ihren Stempel auf. Der Marshall-Plan machte die Ankurbelung der deutschen Kohleproduktion schliesslich zum Kernstück des europäischen Wiederaufbaus, wobei eine internationale Behörde über die Verteilung des Energieträgers entscheiden sollte. Diese Aufgabe wurde 1951 der neu gegründeten 'Montanunion' übertragen, dem ersten supranationalen Organ einer Gemeinschaft, die 1957 durch EWG und Euratom eine Erweiterung erfuhr.¹¹

Zwischen 1949 und 1952 deckten Marshall-Plan-Gelder einen wesentlichen Teil der Brutto-Anlageinvestitionen an der Ruhr. 800'000 Bergleute wurden neu eingestellt, und die Kumpel erhielten erneut Spitzenlöhne ausbezahlt. Trotzdem war der Kohlebergbau nicht in der Lage, die in Spitzenzeiten nachgefragten Mengen zu liefern. Und dies, obschon die Preise für deutsche Steinkohle zwischen 1949 und 1955 um mehr als 50 Prozent angehoben wurden – was zumindest bedeutet, dass sich die Energie in der ersten Phase des deutschen Wirtschaftswunders erheblich verteuern konnte, ohne dass dadurch der Aufschwung in Frage gestellt wurde. Bereits dem durch den Koreakrieg ausgelösten Nachfrageboom vermochte der Kohlebergbau aber nicht zu begegnen, und die sich überschlagende Hochkonjunktur während der Suezkrise sollte die Zechen ein weiteres Mal an ihre Kapazitätsgrenzen führen.

Erst in einer zweiten Phase, ab 1957, verdrängte das mittelöstliche Öl die Kohle als wichtigsten Energieträger. Der Zusammenbruch der Heizölpreise, der den Niedergang der Kohle einleitete, kam überraschend – die 'Wende am Energiemarkt' war in diesem Ausmass kaum vorhersehbar. Besonders die Dimension des Umbruchs war von niemandem antizipiert worden, obschon das Erlebnis des Korea-Booms zur Überzeugung geführt hatte, die Kohle allein vermöge die künftige Energienachfrage nicht abzudecken.¹² Aufgrund dieser Erkenntnis sowie aus wettbewerbsspolitischen Überlegungen wurden die bestehenden fiskalischen Barrieren gegen Heizölimporte in kohleproduzierenden Staaten wie Deutschland daraufhin abgebaut.

In der Folge leiteten die entfesselten Marktkräfte eine Entwicklung ein, die im eingetretenen Ausmass niemand beabsichtigt hatte. Eine energiepolitische Grundsatzdebatte, die die Vorzüge und Nachteile von Kohle und Öl sorgfältig gewichtet hätte, konnte unter diesen Voraussetzungen gar nie stattfinden. Der Wettbewerb hatte die Weichen in eine Richtung gestellt, die in ihrer Eindeutigkeit von den politischen Instanzen keinesfalls gewünscht war.

Das heikelste Problem dieser Marktentwicklung ist aus heutiger Sicht mitnichten bei der Endlichkeit der fossilen Energieträger Öl, Gas und Kohle zu suchen, sondern vielmehr beim bedenkenlosen Umgang damit. Als gewichtigste Ursache für den verschwenderischen Umgang mit Rohstoffen und die daraus erwachsenden übermässigen Umweltbelastungen bezeichnet Pfister den langfristige Rückgang des relativen Preisniveaus für fossile Energieträger seit den späten fünfziger Jahren.¹³ Folgerichtig meint er, dass "der Beginn des '1950er Syndroms', verstanden als eine sich öffnende Preis-Schere zwischen billigem Öl und teurer Kohle", auf das Jahr 1958 datiert werden müsse.¹⁴

¹¹ vgl. Pfister 1995, 1950er Syndrom, S. 69ff.

¹² Abelshausen 1984, Ruhrkohlebergbau, S. 110.

¹³ Pfister 1995, 1950er Syndrom, S. 32.

¹⁴ Pfister 1995, 1950er Syndrom, S. 70.

• **Die fatale Gleichsetzung von wachsendem Energieverbrauch mit steigendem Wohlstand**

"First, the European countries are consuming more and more power (increase of 40% within the last 25 years), although per capita consumption is still relatively low [gemessen am dreimal höheren Pro-Kopf-Verbrauch des 'Vorbilds' USA] and since power consumption has a direct bearing on the standard of living, every effort must be made to improve the rate of increase."¹⁵

Louis Armand, Atomic Energy and the Future of Europe, 1956

'Energie', noch Mitte des 19. Jahrhunderts nur als psychologischer, auf den Menschen bezogener Begriff geläufig, wurde im Laufe des zunehmenden technischen Fortschritts zum gemeinsamen Nenner der von der Technik mobilisierten Kräfte und Kraftpotentiale. Dabei sprang die suggestive Ausstrahlung des psychischen Energiebegriffs auch auf den technischen über.

Am Anfang steht die faszinierende Erfolgsgeschichte der seit der frühen Industrialisierung steil anwachsenden Energieproduktion. Dampfkraft, Elektrizität und Öl charakterisieren drei qualitative Schübe, die jeweils eine neue Ära einleiteten. Die Elektrizität schien zu demonstrieren, dass Energie nicht bloss eine Abstraktion, sondern eine höchst reale Angelegenheit ist, die darüber hinaus erst noch im Ruf der Sauberkeit stand. Die Visionen im Zusammenhang mit der Elektrifizierung enthielten eine zuvor unbekannte Art von Technik-Optimismus: "Die Technik erschien den Menschen als Zauberreich unsichtbarer Kräfte und leuchtender Effekte."¹⁶ Die merkwürdige Atomkraft-Euphorie der 50er Jahre - zu einer Zeit, als es auf der ganzen Welt noch kein einziges wirtschaftlich arbeitendes Kernkraftwerk gab - lässt sich teilweise als ein Wiederaufleben dieser alten Elektrovisionen deuten.

Während langer Zeit lagen die 50er Jahre zu unrecht wenig beachtet im toten Winkel des Historiker-Blickfelds - jedenfalls was Alltagskultur und Konsumgüterproduktion angeht. Erst die neuere Forschung betrachtet die Dekade als Wendezeit, als eine der tiefsten Zäsuren in der Umweltgeschichte.¹⁷ Im Vergleich zu den Umweltbelastungen, welche die Nachkriegskonjunktur mit sich brachte, wird alles Vorangegangene als vergleichsweise harmlos eingestuft. Vor Beginn des Konsumzeitalters war der Umgang mit Energie von Mangel und Sparsamkeit geprägt. Steinkohleabbau war härteste Knochenarbeit und gemahnte an die Mühsal des Holzschlags. Das Gefühl dafür, dass Energie etwas Wertvolles war, mit dem man haushalten musste, ging nicht verloren. Erst im Sog des ökonomischen 'take off' vollzog sich in den Industrienationen ein tiefgreifender Wandel im Verbrauchsverhalten der breiten Masse: Auf die Abkehr von Sparsamkeit und dem selbstverständlichen Wiederverwerten der meisten Abfälle folgte eine wachsende Unersättlichkeit der Konsumbedürfnisse sowie eine für ältere Generationen unvorstellbare Wegwerfmentalität. Die Verantwortung für diese Entwicklung wird der Mitte des Jahrzehnts einsetzenden Ölschwemme und dem historisch einzigartigen Verfall der Energiepreise zugewiesen, wobei fraglich bleibt, ob nicht eher

¹⁵ Armand, Louis: Atomic Energy and the Future of Europe, in: Foreign affairs 34 (1956), S. 655.

¹⁶ Radkau, Joachim: Technik in Deutschland, Frankfurt/Main 1989, S. 255.

¹⁷ Pfister, Christian: Das '1950er Syndrom', in: Pfister 1995, S. 51-95.

ein ökonomisches Denken, das der Ausbeutung der Ölressourcen Vorschub leistete, den Ausgangspunkt bildete.

Während des ersten grossen Öl-Booms keimten die alten Ängste vor einem Energienotstand in der breiten Bevölkerung nochmals auf - ausgelöst durch die Suez-Krise. In der Folgezeit vertraten immer mehr Energiefachleute die Ansicht, Warnungen vor einer Versorgungslücke seien erfahrungsgemäss nicht gerechtfertigt, da die verfügbaren Energieressourcen in Wirklichkeit stets zunähmen. Dieser Optimismus entsprang Mitte der 50er Jahre im wesentlichen der Hoffnung auf die Segnungen des 'friedlichen Atoms'. Der Begriff 'Atom' wurde dabei nicht bloss mit Kernkraftwerken des heutigen konventionellen Typs assoziiert, sondern mehr noch mit Brutreaktoren und Fusionskraftwerken, die unerschöpfliche Energiequellen zu erschliessen versprachen. Man glaubte, am Anfang des paradiesischen 'Atomzeitalters' zu stehen. Was aber tatsächlich geschah, war der Einbruch des billigen Öls in den europäischen Energiemarkt - Erdöl und Erdgas sollten in der Folge die atomaren Zukunftsträume gehörig durchkreuzen. Vorerst jedoch sorgten Atomzeitalter-Vision und Erdöl-Realität gemeinsam für ein bislang nicht gekanntes Gefühl der unbegrenzten Verfügbarkeit über Energie.

Die das 20. Jahrhundert dominierende Wachstumsmentalität im Umgang mit Energie lässt sich anschaulich anhand der Steigerung von Blockgrössen im Kraftwerkbau darstellen: was anfangs Jahrhundert noch als grosse 'Kraftzentrale' galt, wurde von der nachfolgenden Generation bereits zum 'Klein-Kraftwerk' degradiert.¹⁸ Die Tendenz zur Zentralisierung der Energieproduktion wurde nicht nur von Technik und Thermodynamik, sondern auch von ökonomischen Strategien bestimmt - die Kraftwerksbetreiber strebten nach regionalen Versorgungsmonopolen. Daraus ergaben sich enge Allianzen von Energiewirtschaft und Kommunalpolitik, und die Energieversorgung fungiert als Muster eines technischen Netzwerks, das, sobald einmal erschaffen, viele Interessen an sich band. Energieproduktion wurde in hohem Masse zur Machtfrage - nicht umsonst kommt dem Begriff 'power' im Englischen eine doppelte Bedeutung zu.

Wachsender Wohlstand ging in den vergangenen 100 Jahren stets mit einem steil ansteigenden Energieverbrauch einher. Dass dieses Phänomen nicht einer unumstösslichen Kausalität entsprang und dass aus ökologischen Gründen eine Rückkehr zum sparsamen Umgang mit Energie geboten war, dämmerte erst im Verlauf der Kernkraft-Kontroverse der siebziger Jahre. Erst da, als sich die Zweifel nicht mehr unterdrücken liessen, wurden Warnsignale wahrgenommen, und man begann, den Zusammenhang zwischen Energieverbrauch und Wohlstand kritisch zu durchleuchten. Rasch stellte sich heraus, dass von einer logisch notwendigen Kausalität keine Rede sein konnte. Ein Grosskraftwerk wie das ägyptisch-sowjetische Projekt des Assuan-Staudamms, das mit einer geplanten Leistung von 2100 Mwe in den 50er Jahren als Inbegriff des Fortschritts galt, trug, als das Vorhaben in den 70er Jahren endlich realisiert wurde, bereits Züge eines ökonomischen und ökologischen Desasters. Ähnlich der Atomkraft zur selben Zeit, geriet das Bauwerk zu einem Sinnbild der Abgründe von 'big power'. Der drastische Perspektivenwechsel lässt sich auch daran erkennen, dass westliche

¹⁸ Im Gegensatz zu dieser Entwicklungslinie verbreiteten die Propagandisten des Atoms in den fünfziger Jahren die Ansicht, ein Vorzug von Kernkraftwerken werde darin bestehen, dass man sie, als Antriebsaggregate für militärische Zwecke, je nach Bedarf bis auf Kistengrösse verkleinern könne. Der ernüchternde Nachweis, dass Atomkraftwerke die Wirtschaftlichkeitsschwelle erst oberhalb einer gewissen Mindestkapazität erreichen, lag erst zu Beginn der 70er Jahre vor.

Beobachter noch um 1950 den höheren Pro-Kopf-Verbrauch an Energie der DDR als Zeichen ostdeutscher Überlegenheit gegenüber der Bundesrepublik deuteten - tatsächlich war diese Erscheinung aber in erster Linie ein Hinweis auf die ungenügende Energieeffizienz im Arbeiter- und Bauernstaat.

Aus heutiger Sicht scheint die Vorstellung absurd, die Bereitstellung wachsender Energiemengen erzeuge unweigerlich wachsenden Wohlstand. Die suggestive Wirkung eines Energiebegriffs, der implizit die Vorstellung einschloss, technische und menschliche Energie stünden irgendwie in einem direktem Zusammenhang, verhinderte lange ein skeptisches Hinterfragen des Sachverhalts - obwohl das Ziel einer wachsenden Energieproduktion aus physikalischer Sicht stets paradox war. Für den Physiker kann Energie nie produziert, sondern nur umgewandelt werden.¹⁹ Nach dem zweiten Energie-Hauptsatz geht bei dieser Umwandlung stets nutzbare Energie verloren. Bereits um 1900 hat der deutsche Chemiker Wilhelm Ostwald versucht, den Entropie-Satz als Grundlage eines energetischen Weltbildes zu postulieren. Nobelpreisträger Ostwald lehrte, dass der Stand einer Kultur nicht an der Höhe des Kohleverbrauchs, sondern an der Qualität der Energienutzung zu messen sei. Gemäss 'energetischem Imperativ' ist Energie nicht zu vergeuden, sondern so effizient wie möglich zu nutzen. Da Ostwald jedoch den physikalischen und den psychologischen Energiebegriff miteinander vermengte, trug er nicht wenig zur mystischen Kraft des Schlagworts 'Energie' bei. Zwischen dem technischen und dem psychologischen Energiebegriff entwickelte sich eine Wechselwirkung, die nicht bloss in der Industrie ihre Tücken offenbarte. Die Entfesselung immer grösserer Energien durch die Technik erzeugte den Ehrgeiz, die menschliche Energie in ähnlicher Weise zu steigern.

• **'Demokratisierung des Wohlstandes' als Metapher eines tiefgreifenden Wertewandels**

"Werte sind grundlegende Orientierungsmassstäbe von Personen oder Personengruppen. Sie entscheiden darüber, was einzelne für wichtig oder unwichtig erachten, welche Einstellungen sie entwickeln und welche Ziele sie mit ihrem Handeln zu erreichen versuchen. Werthaltungen bilden sich in der Auseinandersetzung von Menschen mit ihrer sozialen und materiellen Umwelt heraus."²⁰

Über den als Veränderung in der Denkweise und den Handlungsmustern von Personen verstandenen 'Wertewandel' beim Eintritt ins Konsumzeitalter lässt sich nicht losgelöst von Begriffen wie 'individuelle Kaufkraft' und 'frei verfügbare Einkommensanteile', meint: die nach Abzug der Aufwendungen zur Deckung des Grundbedarfs verbleibenden Mittel, sprechen. Der nachstehende Abschnitt bezieht sich denn auch auf signifikante Veränderungen der Lebensweise in Industriegesellschaften, die in einer engen Wechselbeziehung zu erweiterten materiellen Handlungsspielräumen stehen.

Das deutsche Wirtschaftswunder der fünfziger Jahre und seine Auswirkungen auf Demokratie und Gesellschaft repräsentieren beispielhaft die Vorgänge in den europäischen Industrieländern an der Epochenschwelle von Industrie- und Konsumgesellschaft. Die rasante Entwicklung Westdeutschlands nach dem Ende des

¹⁹ Kümmel, Reiner; Bruckner, Thomas: Energie, Entropie - Ökonomie, Ökologie, in: Pfister 1955, S. 129-147, hier: S. 130.

²⁰ Pfister 1995, 1950er Syndrom, S. 25.

Zweiten Weltkriegs - von einer Trümmersgesellschaft zu einer modernen Demokratie - vermag den Zusammenhang zwischen der Dynamik wachsender Konsumbedürfnisse und stark ansteigendem Energiebedarf modellhaft aufzuzeigen.

'Wohlstand für alle': Ein Blick auf Deutschland im Jahre 1945 hätte die meisten davon abgehalten, dieser materiellen wie ideellen Trümmerlandschaft eine erfolgreiche Zukunft vorauszusagen. Die Menschen, deren Ideale so gründlich diskreditiert und deren soziale Bindungen tief erschüttert waren, dachten vornehmlich ans Überleben und waren mehr mit Schwarzmarktkäufen beschäftigt als mit dem Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens. Dass sich der westliche Teil Deutschlands trotzdem einem Phönix gleich aus der Asche erhob und die Bundesrepublik zu einem stabilen Teil Europas wurde, bedarf nach wie vor in Teilen der Erklärung. Zumal noch weit bis in die fünfziger Jahre hinein die alltägliche westdeutsche Wirklichkeit grau und karg aussah. Die Ausgaben für Nahrungsmittel machten 1950 noch fast die Hälfte des Budgets eines Durchschnittshaushalts aus, und selbst Anfang der sechziger Jahre beanspruchten sie immer noch den grössten Teil davon.

Zugleich begann sich die wirtschaftliche Prosperität aber zu verstetigen; die realen Einkommen stiegen, und der Zuwachs im Portemonnaie war nicht zu übersehen. Die Erfahrungen der Starre, der Sorge um das Durchkommen in der Trümmersgesellschaft, in der es sich nur von einem Tag auf den andern leben liess, löste sich, und hinter den Zweifeln am wirtschaftlichen Aufschwung regten sich die ersten Wünsche. Im Jahr 1955 vom Allenspacher Institut für Demoskopie danach befragt, welche Dinge man noch besitzen müsste, um sagen zu können: "Jetzt geht es mir gut!", stand bei den Befragten der Kühlschrank ganz oben.²¹ Noch gab es ihn erst in 10% der Haushalte, aber fünf Jahre später besaßen ihn schon mehr als die Hälfte. Kein Geringerer als der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard erkannte das Potential dieser Konsumdynamik. Er richtete einen unverhohlenen 'Appell zur Verbrauchssteigerung' an die Konsumenten, und das Schlagwort 'Wohlstand für alle', das die Klassenkonflikte der Industriegesellschaft durch wirtschaftliches Wachstum zu entschärfen versprach, wurde zum Leitmotiv der fünfziger Jahre, zu einem Versprechen, das in eine helle Zukunft wies. "Der Kapitalismus erfüllte den Traum vom Massenkonsum in der Gegenwart, den der Sozialismus für die Zukunft verhiess", folgert Pfister.²²

Wo bis anhin strenge Sparsamkeit, diszipliniertes Masshalten und Beherrschung vorgeherrscht hatten, winkten nun Wunscherfüllung, Genuss und Wohlstand. Mochte der äussere Eindruck der 50er auch muffig, autoritär, und wenig lebensfroh wirken, so veränderte die alltägliche Konsumpraxis unterhalb dieser Oberfläche die bundesdeutsche Gesellschaft in erheblichem Masse. Die strukturellen Zwänge des materiellen Eingeschränktheits und der Begrenzung von Entfaltungsmöglichkeiten waren dabei, allmählich zu entfallen: die neue Qualität des Konsums in Westdeutschland seit dem Ende der fünfziger Jahre bedeutete nicht allein einen beachtlichen Anstieg auf der Wachstumskurve des Verbrauchs, sondern vor allem auch die Zunahme von Optionen der Lebensgestaltung.

'There is no such thing as a free lunch': Der anhand des deutschen Wirtschaftswunders exemplarisch illustrierte Gang der westlichen Industriestaaten in

²¹ Vgl. 'Eine Schule der Demokratie'. Das deutsche Wirtschaftswunder der fünfziger Jahre und seine politischen Auswirkungen, NZZ vom 1./2. April 2000, S. 100.

²² Pfister 1995, 1950er Syndrom, S. 72.

die Konsumgesellschaft sollte seinen Preis - die Folgen eines rasant gestiegenen Gesamtenergieverbrauchs - in vollem Umfang erst in späteren Jahren offenbaren, wenn auch die einsetzende Überfluss-Euphorie bereits kritische zeitgenössische Stimmen auf den Plan riefen. Der Amerikaner David Riesman unterzog die moderne Konsumgesellschaft einer fulminanten Kritik. In seinem Buch 'Die einsame Masse' machte er die enorme Ausweitung der Freizeit- und Konsummöglichkeiten dafür verantwortlich, dass sich ein "Verbrauchsbedürfnis und dauerndes Überfluss-Bewusstsein" ausbreite und der "aussengeleitete Mensch", verführt von Werbung und Warenglanz, zum Archetypus der Konsumgesellschaft geworden sei. Und der konservative Doyen der deutschen Nationalökonomien, Erich Egner, sekundierte: "Der Konsument steht im Markte wie ein schwankendes Rohr im Winde, bald hierhin, bald dorthin getrieben. Der orientierungslose Konsument, nicht der Souverän des Marktes ist die Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts".²³

Wenn auch mit Zurückhaltung, so kamen die Kritiker doch nicht umhin, den Grundwert der Konsumgesellschaft anzuerkennen, die individuelle Freiheit. Die neue Praxis des Konsums, welche die Westdeutschen - verallgemeinert: die Westeuropäer - in den fünfziger Jahren erst zaghaft, dann mit immer grösserem Zukunftsvertrauen ausübten, hatte die individuelle Freiheit der Wahl zur Grundlage. Es scheint, als hätten die Westdeutschen Ende der fünfziger Jahre zum 'ökonomischen Individualismus', zum 'pursuit of happiness' nach amerikanischem Vorbild gefunden. Das neue gesellschaftliche Ideal orientierte sich an der Leistung des Einzelnen, am privaten Erfolgsstreben und an der Teilhabe am Massenkonsum. Der Wunsch als mächtigste Triebkraft des Konsums zielte nicht mehr auf die Eroberung fremder Länder oder die Errichtung tausendjähriger Reiche. Die Wünsche betrafen nun Waren: Kühlschränke eben oder Autos, Fernseher, Urlaubsreisen.

Die neuen Alltagsfahrungen hatten einen nicht unerheblichen Anteil daran, die erstarrte gesellschaftliche Verfassung Westdeutschlands in den sechziger Jahren aufzubrechen. Die alltägliche Praxis einer sich nach amerikanisch-westlichen Massstäben entwickelnden Konsumgesellschaft trug dazu bei, die durch Nationalsozialismus und Krieg zerrüttete westdeutsche Gesellschaft zu 'normalisieren' und die Einbindung in das westliche Bündnis zu vertiefen. Angesichts der neuen Verlockungen blieb zu dieser Zeit die Neigung andererseits gering, allzu viele Gedanken an die mit dem Aufbruch in die Konsumwelt einhergehende Zunahme der Verbrennung fossiler Brennstoffe und die Konsequenzen dieser Entwicklung zu verschwenden.

• **Energiepolitische Weichenstellungen in Nachkriegs-Europa - Kohle, Öl und das 'friedliche Atom'**

Das Ringen um eine energiepolitische Neuordnung Europas begann noch vor den Anfängen des regionalen Einigungsprozesses. Nach den beiden Weltkriegen, in denen die Verfügungsgewalt über die schwerindustriellen Ballungszentren Mitteleuropas eine entscheidende Rolle gespielt hatte, galten die politischen Bestrebungen der Nachkriegszeit hauptsächlich der Kontrolle über eben diese Räume, in denen die Steinkohle - damals die einzige bedeutende Energiequelle Europas - in reichen Vorkommen zur Verfügung stand. Ein entscheidender Anstoss für die

²³ Wildt, Michael: Vom kleinen Wohlstand. Eine Konsumgeschichte der fünfziger Jahre, Frankfurt/M 1996. Zitate passim.

Herausbildung der Europäischen Gemeinschaften ergab sich aus der Einsicht, dass eine stabile europäische Friedensordnung nicht aus der machtpolitischen Parzellierung kriegswichtiger Energiequellen durch die Besatzungsmächte, sondern nur aus ihrer Vergemeinschaftung erwachsen konnte. Die Kohle, die nach den Zerstörungen des Krieges als Treibsatz des Wiederaufbaus der europäischen Industriegesellschaften lebensnotwendiger als je zuvor schien, sollte gemäss Schuman-Plan zur gemeinsam verwalteten Ressource werden und nicht weiter als ständige Konfliktursache zwischen den Nationen wirken. Die Energiepolitik rückte damit für die Dauer eines Jahrzehnts in den Mittelpunkt der Einigungsbestrebungen.

Institutionell war die EG in der Anfangszeit eine Energiegemeinschaft, in deren schrittweisem Ausbau sich der energiewirtschaftliche Paradigmenwechsel widerspiegelt: Der EGKS-Vertrag schuf ein supranationales Regelwerk für den damals bedeutendsten Energieträger der Sechs, die Steinkohle, zusammen mit dem wichtigsten industriellen Verbrauchssektor für Energie, der Eisen- und Stahlindustrie. Der EAG-Vertrag von 1957 zielte auf die Entwicklung der vermeintlichen Energiequelle der Zukunft, der Kernkraft.

Ursprünglich verfolgte die Energiepolitik der Gemeinschaft eine zweifache Zielsetzung - eine integrationspolitische und eine energiewirtschaftliche. Der Gedanke, dass die supranationale Integration zentraler volkswirtschaftlicher Entscheidungsbereiche allmählich eine umfassende Verzahnung der nationalen Interessen nach sich ziehen werde, stand im Zentrum der Vertragsschlüsse von 1951 und 1957. Dem vorrangig gewählten Integrationsansatz folgend, fusste die energiepolitische Aktivität der Gemeinschaften nicht auf einer Energie-Gesamtkonzeption, sondern auf dem sektoralen Mandat der drei Teilmgemeinschaften. Ökonomische Vorteile ergaben sich aufgrund der Subsumtion der Energieträger unter die allgemeinen Bestimmungen des freien Warenverkehrs im EWG-Vertrag: Die Schaffung einer Zollunion bewirkte namentlich eine Liberalisierung des Handels mit Erdöl und Erdgas.

Die Hoffnung, dass sich aus der getrennten Tätigkeit der Gemeinschaften eine einheitliche energiepolitische Linie ergäbe, blieb unerfüllt. Dafür verantwortlich waren nicht zuletzt ordnungspolitische und strukturelle Divergenzen. Während die EWG im wesentlichen einer liberalen Wirtschaftskonzeption verpflichtet war, spielten bei Montanunion und Euratom dirigistische Elemente eine grosse Rolle. Aufgrund der ebenfalls uneinheitlichen ordnungspolitischen Ausrichtung der Energiewirtschaft in den Ländern der Gemeinschaft waren Unstimmigkeiten und Konflikte vorbestimmt: Im Gegensatz zur Bundesrepublik und zu Belgien, wo die Energieversorgung privatwirtschaftlich oder dezentral-gemischtwirtschaftlich strukturiert war, lag sie in Frankreich, England und Italien in der Hand zentral-staatlich gelenkter Monopolbetriebe.²⁴

Der am 18.4.1951 unterzeichnete und mit Wirkung vom 25.7.1952 in Kraft gesetzte Gründungsvertrag der EGKS wies erstmals bedeutende nationale Kompetenzen der Hoheitsgewalt eines Gemeinschaftsorganes zu. Als strategischer Zusammenschluss war die Montanunion weniger ein Wirtschaftsverbund denn ein Kontrollorgan zur Friedenssicherung - anfangs fünfziger Jahre glaubte man noch an die Schlüsselrolle von Kohle und Stahl für jeden Staat, der an Aufrüstung

²⁴ EUI, CEAB 07/397, Régimes publics et privés des exploitations houillères dans la CECA (1959).

dachte. Die friedenspolitischen Bestrebungen sowie die engeren europolitischen Zielsetzungen der Montanunion führten - in Ergänzung der wirtschaftlichen Intentionen - zur Verankerung zweier ordnungspolitischer Leitbilder in der Gründungsurkunde. Das politische bestand in der überstaatlichen Organisationsstruktur - die EGKS wies eine eigene Rechtspersönlichkeit auf und war Völkerrechtssubjekt - während das wirtschaftspolitische mit seinen dirigistischen Steuerungselementen einem planwirtschaftlichen Modell gleichkam.²⁵

Die neugegründete Gemeinschaft stand vor der Aufgabe, die Förderung der Kohle kräftig zu steigern und ihre Verteilung zu koordinieren, damit der Mangel an Energie nicht länger den wirtschaftlichen Aufschwung der europäischen Länder behinderte. Trotz massiver Stützungsmaßnahmen war der Kohlebergbau aber nicht in der Lage, dem durch den Koreakrieg ausgelösten Nachfrageboom zu begegnen.²⁶ Die sich öffnende Preisschere zwischen billigem arabischem Erdöl und teurer europäischer Kohle kennzeichnete ab 1958 den an der Epochenchwelle zwischen Industrie- und Konsumgesellschaft vollzogenen Paradigmenwechsel im Bereich der fossilen Energieträger.²⁷ Gleichzeitig markierte die Ablösung der Kohle als zentraler Energieträger einen wesentlichen Gewichtsverlust der Schwerindustrie - und damit auch für die als zentrale Element der europäischen Einigung fungierende Montanunion.

Bereits mehrere Jahre vor dem Niedergang der Steinkohle war die Kontroverse um das 'friedliche Atom' als Alternative und Ergänzung der fossilen Energieträger entbrannt. Infolge der forcierten 'Energilücken'-Diskussion stiegen die Erwartungen an die Atomtechnologie in unrealistische Sphären, was die Dringlichkeit einer gesamteuropäisch koordinierten Verwendungskontrolle für den Energieträger der Zukunft massiv erhöhte. Noch vor der eigentlichen Tätigkeitsaufnahme der zu diesem Zweck gegründeten Euratom wurde die Atomeuphorie infolge der Ölschwemme aus dem Mittleren Osten aber spürbar abgeschwächt. Die Preisentwicklung auf dem Energiemarkt kompromittierte die Erfolgsaussichten der Atomgemeinschaft allein deshalb, weil die Realisierung der angestrebten volkswirtschaftlichen Wachstumsraten wesentlich von niedrigen Energiekosten abhing. Die Bedeutung, welche der Energie als Kostenfaktor im internationalen Wettbewerb zukam, verminderte zusätzlich die künftige Konkurrenzfähigkeit des mittelfristig in Aussicht gestellten Atomstroms, und die erhofften privatwirtschaftliche Investitionen in den Ausbau der atomaren Infrastruktur blieben in der Folge erheblich hinter den hochgesteckten Erwartungen zurück.²⁸

Der beschriebene Strukturwandel im Energiebereich weist auf eine bereits angetönte paradoxe Parallelität zwischen EGKS und EAG hin: ausgerechnet die beiden als Bindeglieder der Europäischen Gemeinschaft gedachten Organisationen erlitten kurz nach ihrer Gründung substantielle Bedeutungsverluste. Als Folge des unaufhaltsamen Aufstiegs des preisgünstigen Erdöls zum Energieträger des Konsumzeitalters mutierte Kohle zur Krisenbranche, während der geschürte Optimismus bezüglich einer problemlosen Nutzung der Kernenergie im zivilen Anwendungsbereich einen ersten empfindlichen Dämpfer erfuhr.

²⁵ Dichgans, Hans: Montanunion, Düsseldorf 1980, passim.

²⁶ Abelshauer, Werner: Der Ruhrkohlebergbau seit 1945, München 1984, S. 77ff. Noch 1956 verlangte die Hohe Behörde von der Ruhr Lieferpläne, um die gerechte Verteilung der Produktion auf alle Mitgliederländer sicherzustellen.

²⁷ Pfister, Christian: Das '1950er Syndrom', in: Pfister 1995, S. 70.

²⁸ Zur Bedeutung des Rückgangs relativer Preise für fossile Energieträger: vgl. Pfister 1995, S. 29ff.

3.2 Europas Kohlewirtschaft zwischen Stagnation und Strukturwandel

"Die 'Montanunion' vor dem Ende. Übernahme der EGKS in die EG".

Spaltennotiz in der NZZ vom 8.9.2000.

Mit einem Kommissionsvorschlag für ein Rahmenwerk für die 'Zeit danach' hat die Europäische Union ohne grosses Aufheben im September 2000 die Auflösung der 'Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl' eingeleitet. Zwar kommt der EGKS schon seit längerer Zeit keine grosse praktische Bedeutung mehr zu - in den fünfziger Jahren bildete sie jedoch den Auftakt zur europäischen Einigung.

Das 'Montanunion'-Vertragswerk, das 1951 von Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg unterzeichnet und 1952 in Kraft gesetzt wurde, sollte einen Einheitsmarkt für Kohle und Stahl unter gemeinschaftlicher Kontrolle schaffen. Es gehört bis heute zu dem von allen 15 Mitgliedern unterzeichneten Europäischen Vertragswerk, auch wenn in der Praxis nur noch der Vertrag über die Europäische Union und jener zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG-Vertrag) von Bedeutung sind.¹ Schon in den frühen neunziger Jahren wurde denn auch entschieden, den am 23. Juli 2002 - als erstes Vertragswerk im Rahmen der EU - auslaufenden EGKS-Vertrag nicht mehr zu erneuern und die beiden Sektoren dem EG-Vertrag zu unterstellen.

Was im September 2000 noch eine knappe Spaltennotiz wert war, stand vor über 50 Jahren im Zentrum des europäischen Interesses. "Der Kohlebergbau steht heute in fast allen Ländern im Brennpunkt eines lebhaften Meinungs austausches", registrierte Heinrich Kost, Vorsitzender der Deutschen Kohlebergbauleitung (DKBL) im September 1950.² Dies lag nicht allein an den Verhandlungen zum Schuman-Plan, die die sechs Länder seit dem Juni beschäftigten. Mit seinen Äusserungen nahm der oberste Funktionär des deutschen Kohlebergbaus vor allem die Entwicklungen auf dem internationalen Kohlemarkt ins Visier, die den Branchenkenner mit Sorge erfüllte. "Die Themen der Erörterung variieren etwas von Land zu Land, aber überall geht es um die Grundfrage, wie der Kohlebergbau als Glied der Volkswirtschaft und als Existenzgrundlage für Millionen von Arbeitskräften und Familien wettbewerbsfähig, gesund und lebenskräftig erhalten werden kann. Unter diesem Gesichtspunkt muss die Wettbewerbsfähigkeit der Kohle von uns sehr aufmerksam betrachtet werden. Dieser Punkt betrifft die Konkurrenz anderer Energieträger, vor allem des Mineralöls. Wir haben in Deutschland vorläufig keine unmittelbare Vorstellung davon, was der Kampf dieser beiden Energieträger für die Kohle bedeuten kann." Zwar deckte die Kohle im Jahre 1949 immer noch 92% des gesamten Energiebedarfs, und nur 3% entfielen auf das Mineralöl. "Andererseits", so Kost, "bin ich nicht blind gegenüber der Tat-

¹ Mit der durch den Vertrag von Maastricht geschaffenen Europäischen Union sind die Europäischen Gemeinschaften nicht verschwunden. Sie geben der Union, deren Grundlage sie bleiben, ihren institutionellen Rahmen und werden durch die mit dem Vertrag eingeführten Politiken und Kooperationsformen - Wirtschafts- und Währungsunion, Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik, Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres - ergänzt.

² Heinrich Kost, Eröffnungsansprache zur Technischen Tagung des Steinkohlenbergbaus, 'Glückauf' No. 56/1950, S. 929-934.

sache, dass das Öl zur Zeit in manchen Anwendungsbereichen der Kohle überlegen ist."

Für die europäische Kohleindustrie hatte die Wettbewerbssituation nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue Qualität gewonnen. Die wirtschaftliche Verflechtung und Vernetzung des Energiesektors hatte an Intensität und Dichte zugelegt. Rohstoffreiche aussereuropäische Länder und Regionen traten in Konkurrenz zu den europäischen Anbietern. Nicht nur die US-Kohle sorgte für eine allmähliche Verschiebung der Produktionsstrukturen; auch der neue Energieträger Erdöl machte den europäischen Kohle-Zechen die angestammten Absatzmärkte streitig. Und überdies spielte die räumliche Distanz in den Lieferbeziehungen eine immer geringere Rolle - die sinkenden Transportkosten sorgten für ein Zusammenrücken der Energie-Produktionszentren. All dies waren Kennzeichen einer zunehmenden Globalisierung des Energiemarktes nach 1945.

Kost hielt diesen Globalisierungsprozess für eine Standort-Gefahr; die Unterlegenheit im verschärften Preiswettbewerb bedrohe Arbeitsplätze im Inland und kündige von strukturellen Problemen der schwerindustriellen Basisindustrie. Die Konsequenzen reichten jedoch noch weiter. Wegen der ökonomischen Interdependenzen blieb die Globalisierungstendenz in der Energiewirtschaft nicht ein sektorielles Problem; vielmehr betraf sie die Gesamtheit der europäischen Volkswirtschaften. Die Kohleindustrie Europas war gezwungen, sich für den Wettbewerb auf dem Energiemarkt zu rüsten, und gerade aus diesem Grund wurde die Montanunion vom DKBL-Vorsitzenden befürwortet. Die Schaffung eines einheitlichen Marktes, die Konzentration der Produktion auf die wirtschaftlichsten Unternehmen, die Angleichung der Preis- und Lohnverhältnisse: diese Ziele bezeichneten die Verantwortlichen des deutschen Kohlebergbaus als die ökonomischen Prämissen des Plans, der nur funktionieren könne, wenn "alle beteiligten Länder einen Nutzen davon haben". Nicht nur die Steigerung der Förderleistung um jeden Preis in einer Zeit anhaltender Kohleknappheit war demnach das Gebot der Stunde, sondern - weiter gefasst - die ausreichende Versorgung mit billiger Energie. Nur unter diesen Bedingungen konnte die Kohle dem internationalen Wettbewerb der andern Energieträger auf die Dauer standhalten und der Wiederaufbau der europäischen Industrie gelingen, deren übermächtige Konkurrenz von einer effizienten Energieversorgung profitierte. Ein Binnenmarkt für Kohle, wie der Schuman-Plan ihn entwarf, ohne Diskriminierung von Verbrauchern und ohne Wettbewerbsverzerrungen unter den Produzenten, war ein ehrgeiziges Projekt zur Modernisierung der europäischen Energiewirtschaft.

Der Luxemburger Hohen Behörde, die nach schwierigen Verhandlungen und Ratifizierungsdebatten Mitte 1952 ihre Arbeit aufnahm, gelang es nicht, die ambitionierten Zielvorgaben in erhoffter Weise umzusetzen; sie scheiterte bereits in der ersten Dekade ihres Bestehens. Als der Chefstatistiker der Hohen Behörde, Rolf Wagenführ, im Jahre 1962 eine Bilanz der Arbeit der Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) vorlegte, hatten die Regierungen der Mitgliedsländern ein ernüchterndes Fazit zur Kenntnis zu nehmen.³ Die Kohle war infolge von Lohn- und Preisaufrtrieb sowie wegen unzureichender Produktivitätsfortschritte immer teurer geworden, und die Substitution der Kohle durch das Erdöl hatte zur bislang

³ EGKS 1952-1962 (Hohe Behörde): Ergebnisse, Grenzen, Perspektiven. Bericht eines Sachverständigenausschusses unter Vorsitz von Rolf Wagenführ (auch zit. als 'Wagenführ-Bericht'), Luxemburg 1963, Vorwort S. V-XII.

schwersten Strukturkrise des europäischen Bergbaus geführt. Anstelle einer europäischen Energiepolitik verfolgten die Regierungen ihre eigenen Ziele, wobei die Förderländer unverblümt dem Rückgriff auf traditionelle protektionistische Praktiken frönten. Im Gegensatz dazu setzten die Importländer auf die Liberalisierung der Energieeinfuhr, um von niedrigeren Kosten profitieren zu können. Kurz: die Kohlekrise war drauf und dran, sich zu einer eigentlichen Krise der europäischen Integration auszuwachsen, die nur teilweise durch die handelspolitischen Erfolge der Wirtschaftsgemeinschaft abgedämpft werden konnte.

Angesichts des Scheiterns der Montanunion drängen sich Fragen auf: Welche Faktoren waren ausschlaggebend dafür, dass Europas Kohlewirtschaft im sich globalisierenden Wettbewerb auf dem Energiemarkt zurückblieb? Welche Analysen und Prognosen hatte die Montanunion als Antwort auf die diagnostizierte Strukturschwäche bereit, und welche Mittel und Instrumente gedachte sie anzuwenden, um die Stellung der Kohle als leistungs- und konkurrenzfähige Energieform längerfristig abzusichern - ohne gleichzeitig gesamtwirtschaftliche Wettbewerbsnachteile in Kauf nehmen zu müssen? Von Interesse ist auch zu erfahren, welche alternativen energiepolitischen Zielsetzungen in der Folge in den Vordergrund rückten.

Diese Fragen sind nebenbei auch für die gegenwärtig geführten energiepolitischen Diskussionen von Relevanz: Fragen nach Wettbewerbsschwächen sowie nach Anpassungschancen sind stets aktuell. Für die europäische Kohleindustrie bzw. ihre Überreste geht es jedoch heute, anders als in den fünfziger Jahren, nicht nur um eine Gesundschumpfung, sondern um ihre Existenz. Dass der jüngste Strukturwandel mit solcher Heftigkeit eintrat, hängt mit den energiepolitischen Versäumnissen zurückliegender Jahrzehnte zusammen. Die Verzögerung der industriellen Anpassung des Bergbaus innerhalb der EGKS, aufgrund nationaler Widerstände und einer im europäischen Rahmen geduldeten Subventionswirtschaft, markierten - wie im Fall der Bundesrepublik - den Übergang zu einer Politik, die sich immer mehr vom Ziel einer effizienten Energieversorgung entfernte: über 30 Jahre lang wurde das grundsätzliche Subventionsverbot des Artikels 4c des EGKS-Vertrags umgangen;⁴ Verstromungsgesetze sicherten auf politischem Weg den Absatz einheimischer Kohle in der Elektrizitätswirtschaft; Hüttenverträge mit der Eisen- und Stahlindustrie schlossen die Konkurrenz billigerer Importkohle aus. Dort, wo solche protektionistischen Massnahmen nicht griffen - wie im Bereich der Wärmeerzeugung - konnte allerdings die vollständige Verdrängung der Kohle durch das Erdöl und später durch das Erdgas trotz aller Rationalisierungsmassnahmen nicht verhindert werden.⁵

Die mühsamen Reformversuche auf nationaler und europäischer Ebene machen die Kontinuität der Problemstellungen deutlich, wenngleich auch grundsätzliche ökologische Fragen als neues zentrales Konfliktfeld hinzugetreten sind.⁶ Wie in den 50er Jahren erfordert der Strukturwandel in der internationalen Ener-

⁴ Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951, Paris 1951. Vertragstext u.a. in: UN Treaty Series 261 (1957), Vol I, N° 3729, S. 140ff.

⁵ Dies trotz aller Anstrengungen zur Förderung der Unternehmenskonzentration - beispielsweise im Ruhrbergbau, mit der 1968 erfolgte Gründung der Ruhrkohle AG. Vgl. Abelshausen 1984, Ruhrkohlenbergbau, S. 118ff.

⁶ In den 90er Jahren forcierte die Brüsseler Kommission Dereguierungsstrategien. Ein wichtiges Feld war dabei die Liberalisierung des Strommarktes, wobei der überholte Kerngedanke immer noch darin bestand, mit Hilfe der getroffenen Massnahmen Wachstumsimpulse auslösen zu können.

giewirtschaft einen industriellen Anpassungsprozess. Wie in den 50er Jahren sind erhebliche Widerstände spürbar. Und nur halbherzig verlässt das integrierte Europa die ausgetretenen Pfade der Subventionswirtschaft, um schmerzliche Einschnitte in die gewachsenen Wirtschaftsstrukturen noch länger hinauszögern zu können.

Die Betrachtung ausgesuchter Aspekte der energiepolitischen Geschichte der ersten Montanunion-Jahre kann dazu beitragen, sowohl die Konflikte und Handlungsmuster als auch die Entwürfe und Blockaden der gegenwärtigen Diskussion besser nachvollziehen und einzuordnen zu können. Darüber hinaus wirft der Abriss auch ein Licht auf eine Facette des Integrationsprozesses der 50er Jahre, die bis anhin ein Schattendasein fristete, nämlich die Interpretation der Einigungsversuche als genuin europäische Antwort auf strukturelle Anpassungserfordernisse angesichts einer sich globalisierenden Wirtschaft.

• **Kohle um jeden Preis - Versorgungsprobleme nach Kriegsende**

Der Wiederaufbau Europas beruhte bis ins Jahr 1957 auf der Kohle; die Kohle beherrschte die Wirtschaftsplanung vor 1948 nahezu total, und sie drückte auch der internationalen Politik in der unmittelbaren Nachkriegszeit ihren Stempel auf. In der Forschung wird diese Phase durch zwei Thesen gekennzeichnet. Aus wirtschaftshistorischer Sicht wird unterstellt, das Hauptproblem der Nachkriegsaera sei der generelle Energiemangel gewesen und die politischen Bestrebungen hätten in erster Linie auf die Überwindung dieses Engpasses abgezielt. Aus integrationshistorischer Sicht neigt Milward dagegen zur Ansicht, die Probleme im Energiesektor hätten eine spezifisch nationale Färbung aufgewiesen: Frankreichs Suche nach der Kontrolle deutscher Ressourcen; Belgiens Streben nach möglichst schonender Sanierung seiner maroden Bergbauindustrie.⁷ Beide Ansätze werden dem eigentlichen Problem nicht ganz gerecht. Die These, die im folgenden entfaltet werden soll, geht davon aus, dass es ein mehrschichtiges europäisches Energieproblem gab, das durch nationale wie auch durch herkömmliche internationale Kooperationslösungen nicht zu bewältigen war. Nur eine europäische Integrationslösung, die Errichtung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, erwies sich für alle Beteiligten als adäquat und vorteilhaft.

Nach Ansicht von André Philip war die Situation nicht allein für Frankreich charakteristisch, sondern für ganz Europa: der Mangel an Rohstoffen und Energie setzte den Produktionsmöglichkeiten klare Grenzen. "Everything is held up because of the shortage of steel, which is directly due to the inadequate supply of coking coal." Zahlreiche Stahlwerke im Osten des Landes stünden still, weil Kokskohle fehle; Eisenerz dagegen würde auf Halde genommen, beklagte der sozialistische Politiker. Trotz der Fortschritte, die die verstaatlichte französische Kohleindustrie im Zuge des ersten Modernisierungsplans gemacht habe, könne der Bedarf nur zu 70% gedeckt werden. "Thus, it is evident, that all the economic difficulties of France are connected with the coke problem. More coke means more steel. More steel means the possibility of increasing the use of farming machinery and furnishing the peasants with the industrial products they need; and that is the way to solve the food problem. More steel means more industrial

⁷ Milward 1984, Reconstruction, S. 492ff.

equipment, permitting a general rise in production and an increase in exports; and that is the only means of achieving a satisfactory balance of trade within a fixed period. The whole economic future of France – her industrial and financial recovery and her political stability – thus depends upon the decisions to be taken concerning the international allocation of coal and coke."⁸

Zieht man von den Aussagen Philips ein gewisses Mass an Beschwörungsrhetorik ab, so bleibt doch festzustellen, dass sich das Kohleproblem auch drei Jahre nach der Kapitulation Deutschlands als Achillesferse des Rekonstruktionsprozesses zeigte. Die hartnäckigen Engpässe blockierten in ganz Europa den Wiederaufbau, nicht nur in Frankreich.⁹ Der Krieg hatte Produktion und Handelsbeziehungen der europäischen Kohleindustrien erschüttert. Im Sommer 1945 wurden in Deutschland noch knapp 20%, in Belgien und den Niederlanden zwischen 30% und 40% der Vorkriegs-Förderquoten erreicht. Wesentlich besser sahen die Bilanzen nur in Frankreich (70%) und Grossbritannien (80%) aus.¹⁰

Nationale Wiederaufbauprojekte sowie amerikanische Hilfsprogramme waren die politischen Antworten auf die katastrophalen Folgen von Kriegswirtschaft, Raubbau und Zerstörung. In Frankreich begründete die Verstaatlichung der Kohlegruben und deren Einbindung in den Lenkungsprozess der 'planification' eine grundlegende ordnungspolitische Strukturreform.¹¹ Der erste vom 'Commissariat général du Plan' unter Leitung von Jean Monnet ausgearbeitete 'Plan de Modernisation et d'équipement' trat 1947 in Kraft und sah bis 1950 eine Steigerung der französischen Kohleproduktion von 50 Mio. auf 65 Mio. Tonnen vor. Neben der Steinkohle rangierten die Strom-, Stahl- und Zementerzeugung, die Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen und die Erhöhung der Transportkapazitäten der SNCF unter den wichtigsten Planzielen. In dieser Kette von 'resources clefs' stellte die Energie in wirtschaftlicher Hinsicht das wohl wichtigste Bindeglied dar. Die Umsetzung des Plans scheiterte jedoch, und auch im Kohlebereich wurden die Ziele nicht erreicht. Dies nicht zuletzt deshalb, weil das Modernisierungsprogramm sowohl in der Wahl der Mittel als auch in der politischen Ausrichtung ausgesprochen stark der Autarkie verhaftet blieb.¹²

In Belgien, wo sich die Lage des Kohlebergbaus noch drastischer präsentierte, verkündete die Regierung den 'Kampf für Kohle'. "The van Acker government identified the need for an increase in employment and output in the Coal

⁸ Philip, André: France and the Economic Recovery of Europe, in: Foreign Affairs 26/1948, S. 325-334, hier: S. 328. Philip machte sich im Vorfeld der Londoner-Konferenz, der die Internationale Ruhrbehörde entstammte, für eine enge europäische Zusammenarbeit im Montanbereich stark. Dabei sollte ein Teil der Stahlproduktion von der Ruhr nach Lothringen verlagert und die deutsche Kohleindustrie unter westlicher Kontrolle und zum gemeinsamen Nutzen aller entwickelt werden.

⁹ Dies galt besonders für die junge Bundesrepublik, wenn auch anzumerken ist, dass sich die gesamte Rekonstruktionsproblematik aus einer Vielzahl von politischen, ökonomischen und sozialen Folgewirkungen des Krieges zusammensetzte. Vgl. Abelshauser, Werner: Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984, S. 89ff.

¹⁰ Lucas, Nigel: Energy and the European Communities, London 1977, S. 3.

¹¹ Ausführliche Texte zum Zusammenschluss der Zechen zu den 'Charbonnages de France': vgl. EUI, CEAB 04/375, Nationalisation des Houillères. Textes législatifs et réglementaires.

¹² "Far from being based on a liberal internationalism, the Monnet Plan was based on the crudest possible expression of mercantilist principles. It was aimed at seizing German resources in order to capture German markets." Milward 1984, Reconstruction, S. 137.

mines with the survival of the Belgian Nation."¹³ Der Mangel an Arbeitskräften und an Investitionen führte in der privatwirtschaftlich strukturierten Industrie zu sinkenden Fördermengen und nachlassender Arbeitsproduktivität. Nachdem die mehrfach diskutierte Verstaatlichung der Zechen gescheitert war, kreierte die belgische Regierung stattdessen per Gesetz den 'Conseil National des Charbonnages' - ein Gremium, das sich, anstatt die angestrebte Rationalisierung der Produktion an die Hand zu nehmen, hauptsächlich mit der Subventionierung der kostenträchtigen Kohlegruben befasste.

Auch im besetzten Deutschland beherrschte die Kohle die Wirtschaftsplanung der Vorwährungszeit. Nach August 1944 war die Förderung praktisch zum Erliegen gekommen, und die Reviere Westdeutschlands, die vor dem Krieg mehr als die Hälfte des kontinentaleuropäischen Kohlebedarfs abgedeckt hatten, erzeugten im September 1945 nur noch 25% einer monatlichen Fördermenge von 1938. Hintergrund dieses stetigen Produktivitätsrückgangs des Ruhrkohlebergbaus war ein dramatischer Abfall der individuellen Schichtleistung.¹⁴

Bei der Lösung des 'Ruhrproblems' tat sich für die alliierten Besatzungsmächte ein Dilemma auf: Einerseits durfte das Ruhrgebiet nie wieder zur wirtschaftlichen Basis einer deutschen Aggression werden, und andererseits war sein Rohstoffpotential unverzichtbar für den Wiederaufbau Europas.¹⁵ Dieser Spannungsbogen brachte zahlreiche politische Konzepte hervor, die, je nach Interessenlage, mehr der Internationalisierung der Ruhr oder einer Rekonstruktion im nationalen Rahmen zuneigten. Gemeinsam war ihnen jedoch eine konstruktive Grundhaltung gegenüber einer Steigerung der deutschen Kohleproduktion; eine Deutschlandpolitik im Stile des amerikanischen Finanzministers Morgenthau, der im September 1944 die Schliessung der deutschen Kohlegruben gefordert hatte, war bereits 1945 überwunden.¹⁶ In der Folge blieb der Kohlebergbau von Demontagen verschont, und er unterlag auch nicht den restriktiven Vorbehalten des ersten alliierten Industrieplans vom 28. März 1946. Für die französische Besatzungspolitik war eine 'Lahmlegung' des Ruhrgebiets auch unvorstellbar, wie sich die Regierung in einem Memorandum vom 1. Februar 1947 ausdrückte, in dem sie eine Ausbeutung des Gebietes "für das gemeinsame Wohl der friedliebenden Nationen" propagierte.¹⁷ Dort wo sich die Franzosen den Zugriff auf deutsche Kohle sichern konnten - im besetzten Gebiet der Saar - forcierten sie die Produktion noch intensiver als die britische Militärregierung an der Ruhr. Ohne Belastung der Devisenbilanz flossen Frankreich dadurch vier bis fünf Mio. Tonnen Kohle aus dem Saarland zu, ebenso der Devisenerlös aus dem Verkauf von Saarkohle an andere Länder.¹⁸

Als folgenschweres Handicap des Wiederaufbaus erwies sich die Tatsache, dass nach der Beschlagnahmung des Bergwerkeigentums durch die Briten am

¹³ Milward: Coal and the Belgian Nation, in: ders. 1992, European Rescue, S. 50, sowie EUI, CE-AB 07/397, Régimes publics et privés des exploitations houillères dans la CECA (1959), S. 44ff.

¹⁴ Abelshauser, Werner: Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984, S. 44ff.

¹⁵ Bühner, Werner: Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945-1952, München 1986, S. 58.

¹⁶ Abelshauser 1984, Ruhrkohlenbergbau, S. 21.

¹⁷ Poidevin, Raymond: Frankreich und die Ruhrfrage 1945-1951, in: HZ 228/1979, S. 321f.

¹⁸ Die saarländischen Gruben erreichten bereits 1947 wieder einen Produktionsstand von 80% der Vorkriegsleistung. Vgl. Lucas 1977, Energy, S. 12 sowie Hellwig, Fritz: Westeuropas Montanwirtschaft. Kohle und Stahl beim Start der Montanunion, Köln 1953, S. 53f.

22.12.1945 eine rasche Klärung der Eigentumsfrage ausblieb. Überdies war die deutsche Kohleproduktion - als Kompromiss zwischen Sicherheitsinteressen und Rekonstruktionspolitik der Alliierten - mit Zwangsexporten belegt. Angesichts des Zielkonfliktes einigten sich die Besatzungsmächte auf den Mittelweg einer kontrollierten Rekonstruktion.

Die Einsetzung der Deutschen Kohlenbergbauleitung am 19. November 1947 lockerte den Zugriff der Besatzungsmächte ein wenig, liess jedoch die Frage, wer künftig Eigentümer der Zechen sein sollte, weiterhin offen. Statt die Eigentumsfrage anzugehen, verständigten sich Briten und Amerikaner auf pragmatische Mittel zur Produktionsförderung. Lohnsteigerungen und die Verteilung von 'Care'-Paketen sowie schliesslich die Einführung des Bergarbeiter-Punktesystems am 16.1.1947 bildeten die Anreize zur Steigerung der Produktivität. Dem dringenden Problem des Kohlebergbaus, der unzureichenden Investitionstätigkeit, wurde damit jedoch nicht Rechnung getragen. Fritz Hellwig, späteres Mitglied der Hohen Behörde, meinte denn auch, dass die deutsche Förderung kaum vor 1954 die Vorkriegshöhe erreichen würde.¹⁹ Mittel aus dem Marshall-Plan schufen hier angesichts des grossen Bedarfs nur teilweise Abhilfe. Erst 1952 wurde mit der Verabschiedung des Investitionshilfegesetzes der Versuch unternommen, gezielt und strukturiert Investitionen in den Grundstoffbereich umzulenken.

Auch wenn sich der Kohlemarkt anfangs der 50er Jahre zunehmend stabilisierte, war das Versorgungsproblem nach wie vor virulent. Noch im Mai 1953 warnte der Kohle-Ausschuss der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) vor einer allzu frühen Entwarnung: "Wenn sich die Marktlage in den letzten zwölf Monaten entspannt hat, so ist dies fast ausschliesslich auf vorübergehende Einflüsse auf die Nachfrage zurückzuführen. Es ist daher für Europa von wesentlicher Bedeutung, dass die Produktionsländer in ihren Bemühungen zur Steigerung ihres Produktionspotentials nicht nachlassen. (...) Der Spielraum der für einen Anstieg des Brennstoffverbrauchs zur Verfügung steht, scheint viel zu klein zu sein, (...) eine Nachfragesteigerung um nur 2% würde bereits zu einer Mangellage führen. (...) die Lage der europäischen Kohlengruben scheint dadurch gekennzeichnet zu sein, dass sie zur Deckung der gesamten Nachfrage ausserstande sind."²⁰

Kurzfristig wurde der Versorgungsengpass mit amerikanischer Importkohle überbrückt, wobei die Rohstofflieferungen massgeblich zur Verschlechterung der Devisenbilanzen beitrugen - dies galt besonders für die Bundesrepublik: Noch 1951 bezogen die späteren Mitgliedsländer der Montanunion beispielsweise über 18 Mio. Tonnen Kohle aus Deutschland, gleichzeitig aber auch noch 12 Mio. Tonnen aus den USA. Die Zwangsexport-Verpflichtungen der Deutschen hatten zur Folge, dass die BRD zur Deckung des eigenen Kohlebedarfs im Jahr 1951 noch 5.8 Mio. Tonnen amerikanischer Kohle einführte, was eine erhebliche Belastung der Dollarbilanz bedeutete.²¹

¹⁹ Hellwig 1953, Westeuropas Montanwirtschaft, S. 54.

²⁰ EUI, CEAB 07/170. Bericht der Wirtschaftskommission für Europa: "Der europäische Kohlenmarkt im Kohlejahr 1952/53", 21.5.1953.

²¹ Die 5.8 Mio. Tonnen entsprachen 43% der EGKS-Gesamteinfuhr des Jahres. Vgl. Hellwig 1953, Westeuropas Montanwirtschaft, S. 56.

• **Westdeutschlands Einbindung in den Wiederaufbau – divergierende Standpunkte aufgrund unterschiedlicher Sicherheitsinteressen**

Wenn unter den Besatzungsmächten bezüglich der Einbeziehung Deutschlands – und besonders der Kohleproduktion an der Ruhr – in den Wiederaufbau Europas Einigkeit herrschte, so belastete die Frage, wie die praktische Umsetzung zu erfolgen habe, wie kaum ein anderer Streitpunkt die alliierte Deutschlandpolitik. Im Kontext der politischen und ökonomischen Rekonstruktion erhielt die Kohlefrage eine sicherheitspolitische Relevanz ersten Ranges. Besonders in Frankreich und in den USA wurden die Sicherheitsinteressen unterschiedlich definiert, was zu erheblichen Spannungen führte. Drängte Paris vor dem Hintergrund dreier kriegerischer Auseinandersetzungen auf eine endgültige Eindämmung des deutschen Machtpotentials, so zeigte Washington im Zuge des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts ein wachsendes Interesse an einer Einbindung der Westdeutschen in den Kreis der westlichen Mächte. Die divergierenden Interessen schlugen sich in der Folge in gegensätzlichen Konzepten über die Zukunft der Ruhr nieder.

Seit Ende 1944 wurde in der französischen Nachkriegsplanung das Konzept der Lostrennung des Ruhrbeckens von einem künftigen Deutschland und die Etablierung einer internationalen Kontrolle propagiert. 'Sicherheit durch Teilung' hiess das Grundprinzip der kollektiven Sicherheitsarchitektur Frankreichs für das Ruhrgebiet.²² Mit ihren Abtrennungsplänen stiess die französische Politik jedoch bei den andern Besatzungsmächten auf Widerstand. Dieser Tatsache trugen die Franzosen anfangs 1947 mit einer Modifizierung ihrer Strategie Rechnung, und sie stellten fortan die Internationalisierung ins Zentrum ihrer Politik. Aussenminister Bidault signalisierte, dass es Frankreich vor allem um den gesicherten Zugang aller europäischen Staaten zur Ruhrkohle ging.²³

Das französische Konzept kollidierte aber mit den Stabilisierungs- und Aufbauintentionen der USA. Die Sechs-Mächte-Konferenz, die am 23. Februar 1948 in London begann und mit der Etablierung der Internationalen Ruhrbehörde sowie dem Gesetz über die Entflechtung des Kohlebergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie endete, besiegelte das Scheitern des französischen Konzepts 'Sicherheit durch Internationalisierung' und markierte gleichzeitig den Übergang zur amerikanischen Strategie von 'Sicherheit durch Integration'. Frustriert über den mangelnden Willen der Briten zur supranationalen Kooperation, setzte Washington immer mehr auf einen Integrationsfortschritt und eine Schrittmacherrolle Frankreichs. So forderte Aussenminister Acheson seinen Kollegen Schuman am 30.10.1949 in einem persönlichen Brief ausdrücklich zu einer europapolitischen Initiative auf. Trotz Ruhr- und Besatzungsstatut sei der Sicherungsrahmen unzureichend, meinte Acheson. "Whether Germany will in the future be a benefit or a curse to the free world will be determined, not only by the Germans, but by the occupying powers. No country has a greater stake than France in the answer. Now is the time for French initiative and leadership of the type required to integrate the German Federal Republic promptly and decisively into Western Europe."

²² Zur französischen Deutschlandpolitik, vgl. u.a.: Poidevin 1979, Frankreich und die Ruhrfrage 1945-1951, in: HZ 228/1979, S. 317-334; Schwarz, Hans-Peter: Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt, in: Herbst et al. 1990, S. 593-612; Hüser, Dietmar: Frankreichs 'doppelte Deutschlandpolitik' 1944-1950, Berlin 1996.

²³ Milward 1984, Reconstruction, S. 141ff.

Delay will seriously weaken the possibilities of success."²⁴ Konkret erwarteten die Amerikaner, dass die Bundesrepublik gleichberechtigt zur Mitarbeit an allen europäischen Organisationen herangezogen werde.

Die amerikanische Begeisterung über die Schuman-Initiative vom Mai des folgenden Jahres, die prompt den guten Willen der französischen Seite dokumentierte, überdeckte die langjährigen gravierenden Interessenkonflikte der beiden Kontrahenten. Die amerikanische Europapolitik, besonders ihre rohstoff-, sicherheits- und deutschlandpolitischen Komponenten, standen in deutlichem Widerstreit zum französischen 'Dominanzkonzept'. Sowohl der Morgenthau-Plan zur Deindustrialisierung Deutschlands als auch die Option eines Europas zwischen den Blöcken blieben kurzlebige Episoden im aussenpolitischen Entscheidungsprozess, der immer mehr die Form einer kontrollierten Rekonstruktion ohne nationale Restauration annahm. Dem doppelten Sicherheitsproblem der USA - dem wachsenden Einfluss der Sowjets in Europa und der ungeklärten Deutschlandfrage - begegnete Washington mit einer Strategie des doppelten 'Containment': "Es ging den USA (..) um ein Containment der UdSSR wie um ein Containment des deutschen wirtschaftlichen und politischen Machtpotentials".²⁵

Die Einbindung der Bundesrepublik im allgemeinen und die Frage der Kohleversorgung im besonderen spielte im Vorfeld der Proklamation des Marshall-Plans eine wichtige Rolle in der politischen Planung der amerikanischen Administration.²⁶ Von allem Anfang an war klar, dass Westdeutschland einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der Stagnation in Europa beitragen sollte, wobei die Stellung der Ruhr als Kohlegrube Europas in mehreren Memoranden pointiert in den Vordergrund gerückt wurde. Andererseits warnte der amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, General Lucius D. Clay, wiederholt vor den Bestrebungen in der Washingtoner Administration, für Westdeutschland ausschliesslich die Rolle des Kohle-Exporteurs vorzusehen. Statt dessen verlangte Clay, die traditionelle europäische Arbeitsteilung mit Deutschland als schwerindustriellem Zentrum wieder herzustellen.²⁷ Ohne integrative Absicherung war eine derartige Arbeitsteilung in der herrschenden Nachkriegskonstellationen aber schlichtweg nicht durchsetzbar. Für die USA, die in der Anfangsphase des Marshall-Plans auf britisches Drängen hin noch zu Abstrichen an der supranationalen Struktur der 'continuing organization' zur Verwaltung der Hilfgelder bereit waren, rückte in Folge der anhaltenden britischen Obstruktionspolitik eine festere Einbindung Westdeutschlands immer stärker in den Vordergrund der politischen Sachzwänge. Mit einer singulären europäischen Organisation liess sich die ganze komplexe Sicherheitsproblematik aber nicht lösen. Die OEEC, der Europarat und die NATO, am 4.4.1949 durch den Abschluss des Nordatlantikpakts ins Leben gerufen, sorgten bereits für die Ankoppelung Grossbritanniens - eine unerlässliche zweite Ebene zur Einbindung der Deutschen war noch ausstehend. "Wir wünschen alle, dass ein Mittel gefunden wird, bei dem die deutsche Stärke

²⁴ FRUS 1949, Vol. III, S. 622ff. Vgl. dazu auch: Schwabe, Klaus: Die Rolle der USA, in: Loth 1990, Anfänge, S. 171-187.

²⁵ Schwabe, Rolle der USA, in: Loth 1990, Anfänge, S. 180. Vgl. auch die Beiträge zur Rolle der USA in den beiden Sammelbänden von Poidevin und Trausch: Poidevin 1986, Histoire des débuts; Trausch 1993, Europäische Integration.

²⁶ Bühner, Werner: Die Bundesrepublik in der OEEC. Eingliederung, Krise, Bewährung 1947-1961, München 1997, S. 38ff.

²⁷ Memoranden und Stellungnahmen: vgl. FRUS 1947, Vol. III, S. 220-232.

genutzt wird, ohne dass dabei Deutschland andere beherrscht" - in der Wahl der Mittel sollte den Franzosen der Vortritt gelassen werden.²⁸

• **Internationale Regulierung des Kohleproblems**

Versorgungsprobleme, nationale politische Präferenzen und divergierende Sicherheitserfordernisse - all diese Faktoren machten beim Wiederaufbau eine internationale Koordinierung und Regulierung des Kohleproblems unumgänglich. Die Kohlefrage war denn auch ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit internationaler Organisationen.

Bereits unmittelbar nach Beendigung des Krieges war mit der 'European Coal Organization' (ECO) die erste Organisation ins Leben gerufen worden, die sich allein um die Verteilung der für den Export bestimmten Kohle kümmerte. Nach der am 4. Januar 1945 in London unterzeichneten Charta hatte die ECO die Aufgabe, für eine geordnete Verteilung der Kohle zu sorgen. Am 1. Januar 1948 wurden die Funktionen der Organisation an das Kohlekomitee der 'Economic Commission for Europe' (ECE) übertragen. Konstitutiv für die ECO war, dass ihr nur eine beratende Funktion zustand und sie keinerlei Kompetenzen im Bereich der Kohleproduktion besass.²⁹

Für die amerikanische Aussenpolitik hatte die Konstruktion einer intergouvernementalen Kohleagentur, die bereits Elemente der späteren OEEC vorwegnahm, zahlreiche Vorzüge. Während der Zeit der akuten Kohleknappheit geriet die Regierung nicht in die Lage, von Energieinteressen unterschiedlicher europäischer Partner erpresst und ausgespielt zu werden oder im aufkommenden Ost-West-Konflikt assoziierte Länder an die rohstoffreiche Sowjetunion zu verlieren. Mit der Vermittlungsagentur gelang es, den politisch brisanten Abstimmungsprozess an die Europäer abzutreten, ohne die Fäden aus der Hand zu geben: der Auftrag der ECO blieb auf die Verteilungsfunktion beschränkt, was eine strenge Kontrolle der USA zuliess. Eine Vermischung der verschiedenen Ebenen der internationalen Kohle-Koordination sollte vermieden werden. Dies galt besonders mit Blick auf die Produktion an der Ruhr: Für die Verteilung der deutschen Kohle auf Inlandverbrauch und Zwangsexport war der Alliierte Kontrollrat zuständig, wobei sich die Arbeit in den Gremien des Kontrollrates als problematisch und konfliktträchtig erwies. Unvermeidlich prallten hier die abweichenden Standpunkte der Vereinigten Staaten und Frankreichs aufeinander, und für die USA kam noch erschwerend dazu, dass der Wiederaufbau an der Ruhr zunächst in den Zuständigkeitsbereich der Briten fiel.³⁰ Frankreich seinerseits versuchte, eine kontinuierliche Belieferung mit deutscher Kohle im Kontrollrat sicherzustellen,

²⁸ 12.12.1949, Kennan an Bohlen, zit. nach Schwabe, Rolle der USA, S. 183.

Zur britischen Haltung bezüglich 'Ankoppelung' an den Schuman-Plan: Rosengarten, Monika: Grossbritannien und der Schuman-Plan. Politische und wirtschaftliche Faktoren in der britischen Haltung zum Schuman-Plan und zur EGKS 1950-54, Bern/Frankfurt 1997.

²⁹ Zum Aufbau der Organisation: vgl. Perron, Régine: Le marché du charbon - un enjeu entre l'Europe et les Etats-Unis de 1945 à 1958, Paris 1996 und Samuels, A.: The European Coal Organization, in: Foreign Affairs 26/1948, S. 728-736.

³⁰ Zu den schon 26.7.1945 von Truman in einer Kohle-Direktive umrissenen Zielkonflikte der amerikanischen Deutschlandpolitik: vgl. FRUS 1945, Vol. II, S. 1028f.

und überdies betrieb Paris seit Anfang 1946 mit grosser Intensität den Ausbau der eigenen Stellung an der Saar.³¹

Erst mit dem Marshall-Plan erhielten die festgefahrenen Koordinationsbestrebungen im Bereich der Kohlewirtschaft eine neue Qualität. Nicht nur die Verteilung des Mangels, sondern Investitionen in den Ausbau der Produktionskapazitäten wurden nun angestrebt. Kohle gehörte zu den 'critical commodities', die es besonders zu fördern galt. "[Since] Europe is the critical coal deficiency area of the world, (...) a coordinated program to increase European coal production should, therefore, receive highest priority."³² Die europäische Aufbauhilfe, deren Dreh- und Angelpunkt die schnelle Wiederherstellung der Produktionskapazitäten an der Ruhr darstelle, müsse so etwas wie der Monnet-Plan sein, nur grösser und länderübergreifender, ergänzte Secretary of State Marshall vor Beginn der Pariser Beratungen. Die amerikanische Hilfe habe sich auf "few matters of vital importance to Europe such as food, coal and transport" zu konzentrieren.³³

Die Diskussionen im Rahmen des in Paris tagenden 'Committee of European Economic Cooperation' (CEEC) drehten sich von Anfang an nicht allein um Zuteilungsquoten und Tonnagen. Die Delegationen erstrebten gleichzeitig die Modernisierung der europäischen Energiestrukturen - mit dem Ziel, die 'technical gaps' im Energiesektor zu schliessen. Eine moderne Wirtschaft, die mit Amerika konkurrieren wolle, so der Tenor, müsse mit modernen Energiequellen versorgt werden, zumal sich der eklatante Rückstand in der industriellen Produktion direkt am geringen europäischen Energieverbrauch ablesen lasse.³⁴ Für die nächsten vier Jahre sei eine "beträchtliche Steigerung des Verbrauchs an Erdölzeugnissen und der Entwicklung neuer Wasserkraftwerke zu erwarten", wenn auch die Hauptenergiequelle die Kohle bleiben werde.

Der CEEC-Bericht, der in seinen Aussagen hinter den Erwartungen der Amerikaner zurückblieb, deckte die vielfältigen Schwierigkeiten auf, im Rahmen internationaler Konferenzen zu einer Koordinierung der knappen Ressourcen für den Wiederaufbau zu kommen.³⁵ Während die USA anfangs 1948 versuchten, die Koordinationsprobleme mit Hilfe supranationaler Strukturen zu entschärfen, wurden diese durch den schliesslich resultierenden institutionellen Aufbau erst recht zementiert: im Spannungsfeld der intergouvernementalen OEEC, deren Konvention nach langen Debatten um Strukturen und Kompetenzen am 16. April 1948 endlich unterzeichnet wurde, und der 'Economic Cooperation Administration' (ECA), die letztlich die Kontrolle über die finanziellen Mittel behielt, sollte eine transnationale Wirtschaftspolitik entwickelt werden. Vieles blieb jedoch beim alten: "Each European country hoped to use certain elements in the new American policy to support its own aims and ambitions in European reconstruction".³⁶

³¹ Zur amerikanischen Bewertung des französischen Vorgehens: FRUS 1946, Vol. V, S. 779, Acheson an Byrnes (15.5.1946).

³² FRUS 1947, Vol. III, Report of the State-War-Navy Coordinating Committee, 21.4.1947, S. 212ff.

³³ FRUS 1947, Vol. III, Marshall an Bonnet, 12.6.1947, S. 249ff. Zu den Pariser Beratungen: vgl. Loth 1991, Weg nach Europa, S. 60ff und Bühler 1997, Bundesrepublik in der OEEC, S. 41ff.

³⁴ Brennstoffe und Elektrizität, so die damalige Ansicht, seien entscheidend für die Anhebung der industriellen Produktion. CEEC: Die Wiedergesundung Europas. Schlussbericht der Pariser Wirtschaftskonferenz der 16 Nationen, Oberursel 1948, S. 8ff.

³⁵ Zu den CEEC-Verhandlungen: vgl. Milward 1984, Reconstruction, S. 56-89.

³⁶ Milward 1984, Reconstruction, S. 88.

Die Inkompatibilität der nationalen Aufbauprogramme offenbart auch der Ende 1948 von der OECE vorgelegte 'Zwischenbericht über das Europäische Wiederaufbauprogramm': der jungen Organisation gelang es nicht, die eingereichten Konzepten der Teilnehmerländer aufeinander abzustimmen und, als 'Destillat', ein europäisches Programm auf die Beine zu stellen.³⁷

Während man im Bericht vergeblich nach Ansätzen für eine Öffnung des europäischen Kohlemarktes sucht, findet man für die Ölindustrie eine Strategie der wirtschaftlichen Gesundung via Exportsteigerungen vorgeschlagen; das Dokument spricht von einer Verfünffachung der verarbeiteten Rohöl-Menge bis ins Geschäftsjahr 1952/53.³⁸ Um die hochgesteckten Ziele zu erreichen, planten die Einzelstaaten grossangelegte Raffinerie-Programme. Von der Errichtung neuer Zentren der Erdölindustrie erhoffte man sich in der Folge weitere, dringend benötigte Wachstumsimpulse. Jenseits des Atlantiks weckte ein derart ambitioniertes europäisches Ölprogramm hingegen Befürchtungen hinsichtlich der künftigen Wettbewerbsverhältnisse auf dem Rohstoffmarkt. Gerade auf dem heiklen Ölmarkt drohe die Gefahr, "(..) that a lack of coordination would result in a complete disruption of a historical pattern of trade".³⁹

OECE: Entwicklungspläne für Kohle, Strom und Rohöl (*=verarbeitete Menge; 1935=100)					
	1935	Stand 1947	Programm 1948	Programm 1950	Programm 1952
Kohle	100	80	91	97	111
Strom	100	148	166	180	222
Rohöl (*)	100	98	174	231	480
Quelle: Zwischenbericht über das Europäische Wiederaufbauprogramm, Bd. 1, S. 21					

Vor dem Hintergrund der fortgesetzten amerikanischen Integrationsbestrebungen mutet die Bildung der Internationalen Ruhrbehörde geradezu anachronistisch an. In der Organisation, die auf französisches Drängen zur Kontrolle des Ruhrgebiets ins Leben gerufen wurde, wurde aber 'europäischer' gedacht als befürchtet. Präsident Don Wilson bezeichnete die Behörde, anlässlich der offiziellen Einstellung ihrer Arbeit anfangs 1953, als 'Vorläufer-Organisation' der Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Das Organ, das in deutschen Augen so störend auf den Wiederaufbau wirkte, habe in der Regel nicht konfliktfrei, aber doch "in a spirit of confident collaboration" entschieden, lobte Wilson. Nur in der kritischen Phase des Korea-Konfliktes, ab Mitte 1950, seien vier Mehrheitsentscheidungen gegen die Stimmen der deutschen Vertreter gefällt worden. Mehrfach seien dagegen, auf Drängen der Deutschen, deren Zwangsexport-Mengen reduziert worden.⁴⁰

Aus der Einsicht heraus, dass die Ruhrbehörde die Rohstoffversorgung politisch nur noch weiter verzerrte, widmete sich die Organisation bald schon mit eigenen Studien den grundsätzlichen Fragen des europäischen Energiemarktes und entwickelte marktwirtschaftliche Lösungsansätze. Im Vordergrund standen dabei die konjunktur- und wachstumspolitischen Aspekte des Koordinierungs-

³⁷ OECE: Zwischenbericht über das Europäische Wiederaufbauprogramm, 2 Bde., Paris 1948. Vgl. dazu: Bühner 1997, Bundesrepublik in der OEEC, S. 123ff.

³⁸ OECE 1948, Zwischenbericht, Bd. 1, S. 20f.

³⁹ EUI, OEEC.CC-M.1948. OECE. Report of the Oil Committee, 12/1948, S. 5.

⁴⁰ EUI, CEAB 03/53. Report of the International Authority for the Ruhr (1. Januar 1951-10. Februar 1953), S. 23f.

problems. Das eigentliche Problem der kranken europäischen Kohleindustrie sahen die Experten darin, dass zwei gegensätzliche Entwicklungen nicht bewältigt würden. Weder könne die Industrie den bereits mehrfach aufgetretenen eruptiven Marktschwankungen in adäquater Weise entgegenwirken, noch sei sie auf den längerfristigen Rückgang des Kohleverbrauchs eingestellt. Die Steigerung der Produktion mit allen erdenklichen Mitteln wurde als höchst bedenklicher Lösungsansatz eingestuft; "des résultats satisfaisant et durables" könnten nur erzielt werden, wenn die Flexibilität der Industrie erhöht und unangepasste Überkapazitäten verhindert würden.⁴¹

Nach Ansicht der Experten der Ruhrbehörde war die Nachfrageseite des europäischen Energiemarktes von einem Verbrauchsrückgang sowie von dem Aufkommen alternativer Energieformen wie Erdöl und Erdgas geprägt - eine Entwicklung, die sich in der Zukunft fortsetzen werde: "D' une façon générale, on peut dire qu' il ya peu de raison de penser, que cette situation doive se modifier de façon sensible de sorte que l'industrie houillère de l'Europe occidentale ne devra pas s' attendre dans l'avenir à un grand développement de son marché".⁴²

Angebotsseitig vermochte die Industrie diese Entwicklungen nicht aufzufangen. Aus sozialpolitischen Gründen versuchten sowohl die Unternehmen als auch die Gewerkschaften, allzu grosse Schwankungen in Produktion und Beschäftigung zu vermeiden. Der fehlende Wille zur Anpassung an die neuen Marktgegebenheiten und der daraus resultierende Entwicklungsrückstand der europäischen Kohleindustrie führte schliesslich dazu, dass die produktiver abgebaute US-Kohle - trotz hoher Transportkosten - zu einem ernsthaften Konkurrenten auf dem europäischen Energiemarkt aufsteigen konnte.

Als Antwort auf diese Situation entwarf die Ruhrbehörde - konzeptionell eine auf Nachfrage-Regulierung ausgerichtete Institution - eine europäische Angebotspolitik: "Le problème charbonnier doit trouver sa solution du côté de la production dans cette industrie". Statt kostenträchtige Lagerhaltung zu betreiben, empfahlen die Experten eine Umlenkung der Arbeitskräfte in die produktivsten Arbeitsbereiche. Flexibilisierung der Arbeitszeiten und verstärkte Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Unternehmen und Gewerkschaften hiessen die Mittel, um eine Stabilisierung der Arbeitsbedingungen und der Löhne zu erreichen. 'Effizienzsteigerung' hiess nun das Schlagwort - und nicht mehr 'politische Regulierung'. Die Ruhrbehörde anerkannte sogar, dass eine zeitweilige Kohleversorgung aus den Vereinigten Staaten der Marktstabilisierung zuträglich sein konnte.⁴³

• **Die Montanunion - genuin europäische Antwort auf die Energiekrise**

Das Kohleproblem liess sich nicht - wie lange angenommen - auf die blosse Frage nach einer ausreichenden Rohstoffversorgung in Zeiten des Mangels reduzieren. Vielmehr setzte es sich aus einem ganzen Bündel von miteinander verwobenen Problemfeldern auf unterschiedlichen politischen bzw. wirtschaftspolitischen Ebenen zusammen. Sicherheitspolitische Dimensionen standen dabei neben wachstums-, wettbewerbspolitischen und sozialpolitischen Aspekten. Damit bil-

⁴¹ EUI, CEAB 08/82. Rapport sur le problème du charbon par L. F. Otto (NL), Chef du Département Technique de l'Autorité Internationale de la Ruhr, 29.3.1952.

⁴² EUI, CEAB 08/82. Autorité Internationale de la Ruhr: Rapport sur le problème du charbon, 29.3. 1952, S. 3f.

⁴³ EUI, CEAB 08/82. Rapport sur le problème du charbon, 29.3. 1952, S. 18.

dete eine differenzierte Problemlage den Hintergrund für den Entwurf des Schuman-Plans und die anschliessende Aushandlung des EGKS-Vertrages.

"France and the control of German resources": die von Milward ins Spiel gebrachte Auslegung des französischen Kohleproblems, das seiner Meinung nach den Ursprung für die erste europäische Gemeinschaft als Hebel nationalstaatlicher Interessen war, entsprach offenbar nur einem Einzelstück in einem grösseren Puzzle.⁴⁴ Jedes der späteren Partnerländer der Montanunion definierte seine spezifischen Kohleprobleme vor dem Hintergrund unterschiedlicher struktureller und politischer Rahmenbedingungen in eigener Weise. Gleichwohl - und damit lässt sich eine Parallele zur 'relance européenne' vorwegnehmen - gab es offenbar eine ausreichende Schnittmenge von Interessen, so dass eine europäische Lösung des regionalen Kohleproblems allen Beteiligten lohnend erschien.

Bereits Schuman stellte in seiner Erklärung vom 9. Mai 1950 das Projekt des Kohle- und Stahl-Pools in einen grösseren Zusammenhang. Über die sicherheitspolitische Dimension hinaus sollte die "Zusammenlegung der Grundindustrien und die Errichtung einer neuen Obersten Behörde" drei wichtigen wirtschaftspolitischen Zielen dienen: der Modernisierung der Produktion, der Ausweitung des Aussenhandels und der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Beschäftigten.⁴⁵ Diese Eckpunkte des Plans weisen bereits auf den Umfang des Kohleproblems hin. Noch schärfere Konturen lässt die Analyse der Ratifizierungsdebatten in den sechs Länder erkennen, auf die an dieser Stelle nicht näher eingegangen wird. Die Debatten offenbaren sorgfältige Abwägungsprozesse, in denen die Probleme der Montanindustrie detailliert ergründet, nationale Perspektiven entwickelt und die Konsequenzen des Gemeinsamen Marktes gründlich erörtert werden.⁴⁶

Die Vertragsverhandlungen liessen bezüglich des materiellen Problemgehalts in der Kohlefrage bedeutende Akzentverschiebungen erkennen. Das Versorgungsproblem gewann durch Effizienzforderungen eine neue Qualität. Nicht nur ausreichende Kohlemengen sollten lieferbar sein, sondern auch der Preis musste stimmen. Der Sicherheitsaspekt, politisch durch den deutsch-französischen Gegensatz und den Ost-West-Konflikt aufgeladen, wurde immer mehr auf den gemeinsamen Nenner der Nichtdiskriminierung umdefiniert. Und schliesslich gewann die Forderung nach einer marktwirtschaftlichen Lösung immer mehr an Gewicht. In einzelnen nationalen Abwägungsprozessen und Kosten-Nutzen-Rechnungen wird deutlich fassbar, dass die neuen Herausforderungen eines globalisierten Energiemarktes von einzelnen Parteien und Gruppierungen perzeptiert wurden und einer Neuformulierung der energiepolitischen Zielsetzungen Vorschub leisteten.

Schumans Angebot - der Aussenminister sprach in seiner Erklärung vorerst nur vage von einer "Zusammenlegung der Kohle- und Stahlindustrie" - war überdies elastisch genug und national sehr unterschiedlich interpretierbar, so dass

⁴⁴ Milward 1984, *Reconstruction*, S. 140ff.

⁴⁵ EUI, CEAB 01/55. Text der Schuman-Erklärung vom 9.5.1950. EUI, CEAB 02/649. Materialien zum Vertrag über die Gründung der EGKS.

⁴⁶ Zu den Ratifizierungsdebatten: vgl. Bühner 1986, *Ruhrstahl und Europa*; Diebold 1959, *Schuman Plan*; Kipping 1996, *Zwischen Kartellen und Konkurrenz*; Milward 1984, *Reconstruction*; Philip 1951, *Schuman-Plan*; Röndigs 2000, *Globalisierung und europäische Integration*, S. 89ff; Schwabe 1988, *Anfänge des Schuman-Plans* (v.a. Griffith, Küsters); Spierenburg/Poidevin 1993, *Histoire de la Haute Autorité de la CECA*.

den divergierende Interessen vordergründig Rechnung getragen werden konnte.⁴⁷ Die Formel der Nichtdiskriminierung konnte aus französischer Sicht als Sicherheitsgarantie verstanden werden, in deutscher Auslegung aber als Mittel zur sukzessiven Gleichberechtigung. Die Forderung nach effizienten Produktionsstrukturen kam den niederländischen Interessen der Wettbewerbsförderung genauso entgegen wie dem deutschen Ansinnen nach einer Revision der alliierten Entflechtungsbestimmungen.

Der EGKS-Vertrag, der am 18. April 1951 zustandekam, war gerade in seinem Kompromisscharakter und in seiner Vieldeutigkeit sowohl ein Spiegelbild der gemeinsamen Interessen als auch der Konfliktpunkte, die in dem Vertragswerk weniger harmonisiert denn institutionalisiert wurden. Nach Art. 2 sollte der Gemeinsame Kohle- und Stahlmarkt beispielsweise die "rationellste Verteilung der Erzeugung auf dem höchsten Leistungsstande der Produktion sichern", den Ausbau der Produktion nach Standortfaktoren dirigieren und gleichzeitig Arbeitslosigkeit und "tiefgreifende und anhaltende Störungen" im Wirtschaftsleben der Mitgliedstaaten vermeiden; nach Art. 3 kam den Organen der EGKS die Aufgabe zu, eine "geordnete Versorgung" zu gewährleisten. Weiter sollte die Gemeinschaft für die "Schaffung, Aufrechterhaltung und Beachtung normaler Wettbewerbsbedingungen sorgen" und nur dann direkt in die Erzeugung und den Markt eingreifen, "wenn es die Umstände erfordern" (Art. 5) - wahrlich ein anspruchsvolles Aufgabenpaket!⁴⁸

Das Konfliktpotential war also beträchtlich, der Vertrag von seiner Struktur her eine Mischung aus Modernisierungsverpflichtungen und Sicherheitsgarantien. Diese Gemisch fand sein Pendant im institutionellen Aufbau der Montanunion, die zahlreiche politische Hebel zur Wahrnehmung der unterschiedlichsten Interessen bot. Der supranationalen, allein dem "europäischen Geist" verpflichteten Hohen Behörde standen Ministerrat und Versammlung sowie der Beratende Ausschuss als Organ der organisierten Wirtschaftsinteressen gegenüber. "Die komplizierte, austarierte Maschinerie der Machtverteilung zwischen Hoher Behörde und Ministerrat, kontrolliert vom Gerichtshof und angereichert durch einige parlamentarische Kontrollrechte der Gemeinsamen Versammlung, kam den Interessen aller Beteiligten entgegen." Die Gegner der Integration glaubten über hinreichende Mittel zu verfügen, die Politik in ihrem Interesse beeinflussen zu können. Die Verfechter der Montanunion aber erblickten in dem Organisationsystem "wichtige Instrumente zum weiteren Aufbau eines europäischen Bundesstaates, der Europa Frieden, Sicherheit und Prosperität garantiert".⁴⁹

Angesichts einer supranationalen Konstruktion mit weitgehenden gouvernementalen Eingriffsmöglichkeiten versuchte der Präsident der Hohen Behörde von Anfang an, die europapolitischen Komponenten der Institution zu stärken. Als Jean Monnet am 10. August 1952 die erste Sitzung der Hohen Behörde eröffnete, betonte er wiederholt den überstaatlichen Charakter des Organs. "Wir wer-

⁴⁷ Ludolf Herbst spricht davon, dass der Schlüssel zum Verständnis des Schuman-Plans aus integrationstheoretischer Sicht in dessen Mehrdeutigkeit zu suchen sei. Besonders treffe dies für die Kohlefrage zu. Herbst 1986, *Zeitgenössische Integrationstheorie*, S. 194ff. Exemplarisch zu 'Elastizität' und Auslegungsspielraum der Schuman-Erklärung: EUI, CEAB 05/3. Rapport présenté au nom du Conseil économique français, par André Philip.

⁴⁸ Zum Vertragswerk, vgl. u.a.: EUI, CEAB 03/12-14. *Traité instituant la CECA*; EUI, CEAB 01/79. *Traité CECA. Analyses et commentaires*.

⁴⁹ Zur Entwicklung des institutionellen Gefüges: Vgl. Küsters, *Verhandlungen über das institutionelle System*, in: Schwabe 1988, *Anfänge des Schuman-Plans*, S. 73ff (hier: S. 102).

den unsere Tätigkeit in voller Unabhängigkeit im allgemeinen Interesse der Gemeinschaft ausüben. Bei der Erfüllung unserer Aufgaben werden wir keine Weisungen einer Regierung oder einer anderen Stelle erbeten oder empfangen und jegliche Handlung unterlassen, die mit dem überstaatlichen Charakter unserer Tätigkeit unvereinbar ist."⁵⁰

Wie 'supranational' die Arbeit der neunköpfigen Behörde letztlich ausfallen würde, hing in hohem Masse von der personellen Zusammensetzung und der organisatorischen Ausgestaltung der Behörde ab. Die Wahrung der Unabhängigkeit erwies sich in der Praxis als schwieriges Unterfangen. Monnets Absicht, die Autonomie der Institution durch eine starke Präsidentschaft sowie eine straffe Organisation abzusichern, stiess bereits bei Amtsantritt auf vielfältigen internen Widerstand.⁵¹ Bezüglich des Führungsanspruchs des Präsidenten kam es in der Hohen Behörde mehrmals zu Konflikten. Versuche des Franzosen, die Arbeit der Administration unter seinem Präsidium zu zentralisieren, schlugen fehl. Statt dessen setzte das Gremium einen Behördenaufbau durch, der hierarchische Zu- und Unterordnungen vermied, dafür aber eine zusätzliche Ebene von koordinierenden Arbeitsgruppen installierte, denen Mitglieder des Neuner-Gremiums vorsassen. Überlappungen in den Verantwortlichkeiten waren der zu entrichtende Preis für eine unübersichtliche Organisationsform.

Zu Schaltstellen innerhalb der Luxemburger Behörde entwickelten sich die Wirtschafts- und die Markt-Abteilung. Die Wirtschafts-Abteilung hatte zwei wichtige Aufgaben: die Wahrung des Überblicks über die Gesamtlage und die Faktoren, die die Entwicklung bestimmten sowie die Festlegung der Wettbewerbsbedingungen, insbesondere die Überwachung der Nahtstellen, an denen die Massnahmen der Mitgliedstaaten und die Massnahmen der Gemeinschaft miteinander verknüpft waren. Die Markt-Abteilung ihrerseits hatte sich mit der Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes und mit den Entwicklungstendenzen des Aussenmarktes für Kohle und Stahl zu befassen. Ihr war überdies die Preispolitik sowie die Anwendung und Kontrolle der Preisbestimmungen zugewiesen. Als Leiter der Wirtschafts-Abteilung übernahm Monnets langjähriger Weggefährte Pierre Uri in Luxemburg die unbestritten wichtigste Rolle eines 'leading braintruster'. "Uri was the man that could untangle the most complex problems. He wrote numerous summary reports and was involved in almost everything, annoying some High

⁵⁰ EUI, CEAB 02/701. Rede Monnets anlässlich der Einführungssitzung der Hohen Behörde (HB), 10.8.1952, S. 3. EUI, CEAB 02/54. Installation des la CECA à Luxembourg, 1952.

Der wirtschaftliche Neuaufbau Frankreichs gehörte bereits vor der Befreiung zu Monnets Hauptanliegen. Die Einrichtung des 'Commissariat général du Plan', dessen Leitung er Ende 1945 übernahm, ging unmittelbar auf seine Vorstellungen von der notwendigen Modernisierung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen zurück. Die von ihm in wesentlichen Teilen mitkonzipierte Montanunion war, aus dieser Perspektive betrachtet, der geeignete Rahmen eine modifizierte Fortsetzung des in Frankreich begonnenen Modernisierungsprozesses - ebenso wie, auf längere Sicht, die gebotene europäische Antwort auf das Desaster nationalistischer Kleinstaaterei.

⁵¹ EUI, CEAB 02/702. Pouvoirs et devoirs du Président de la Haute Autorité (HA), 1952.

Bezüglich 'Unabhängigkeit' der - inklusive Präsident - neun Behördemitglieder: "All agreed that independence was a *conditio sine qua non*, undertaking to abide by it under an oath sworn at the Court of Justice (...). During meetings of various committees and with experts in Luxembourg, these men heard the complaints of their fellow countrymen and women, and, in all probability, received veiled threats. On the other hand, there were times when they had to explain to their governments - or even impose upon them - decisions respecting the letter and the spirit of the Treaty". Spierenburg/Poidevin 1993, *Histoire de la Haute Autorité de la CECA*, S. 57. Zu den angesprochenen Machtkämpfen: Ebenda, S. 44ff.

Authority members by having his fingers in so many pies and spending so much time with the president. There was resentment in some quarters that he was acting like a tenth member of the Authority."⁵²

Monnet versuchte auch den Ministerrat auf eine europäische Linie einzuschwören, der am 8.9.1952 in Luxemburg seine konstituierende Sitzung abhielt. Schützenhilfe bekam der Präsident der Hohen Behörde vom ersten Präsidenten des Rates, Konrad Adenauer. Als vordringlichste Aufgabe des Ministerrates, der im Schnittpunkt zweier Souveränitäten stehe, bezeichnete der Bundeskanzler die Förderung der Interessen der Gemeinschaft. Auch anlässlich der zwei Tage später in Strassburg stattfindenden ersten Sitzung der Gemeinsamen Versammlung, bestehend aus Mitgliedern der nationalen Parlamente, pries Monnet die Abgeordneten als "erste europäische Versammlung", die sich als Beauftragte der gesamten Gemeinschaft zu verstehen habe. Die kritischste Aufnahme mussten Monnets Appelle für eine supranationale Ausrichtung der Union im Gremium der Verbände finden, dem Beratenden Ausschuss. Das Organ, in dem Produzenten, Gewerkschaften, Handel und Verbraucher vertreten waren, musste in zahlreichen technischen Fragen - die aber von grosser politischer Relevanz sein konnten - konsultiert werden. Auch in diesem Ausschuss waren zunächst konziliante Reaktionen zu hören. Mit der Öffnung des Gemeinsamen Marktes für Kohle vom 10. Februar 1953 setzte aber das Tagesgeschäft ein, in dem die divergierenden wirtschaftspolitischen Ansichten heftig aufeinanderprallen sollten.⁵³

Was von all den europäischen Appellen und Bekenntnissen in den vielen Festtagsreden in der Praxis übrigblieb, sollte sich rasch zeigen. Mit der Gemeinschaft für Kohle und Stahl war eine Institution geschaffen worden, die in zwei Richtungen instrumentalisiert werden konnte. Die eine Richtung wies den Weg zur Modernisierung durch Integration, damit die Wirtschaft den Herausforderungen der kommenden Globalisierung standhalten konnte. Die andere Richtung gab nationalen und partikularen Interessen eine Chance, mit Hilfe von institutionalisierten Sicherungen allzu schmerzhaft Anpassungsprozesse abzufangen und zu hintertreiben. Der Erfolg der gewählten europäischen Lösung für das europäische Kohleproblem hing folglich von Anfang an in der Schwebe - und die Erfolgsaussichten sollten nicht allein davon abhängig sein, welchen Weg die Kohlepolitik der Hohen Behörde einschlagen würde.

• ***Branchenspezifische Strukturmerkmale der europäischen Kohlewirtschaft bis zur Kohlekrise von 1958***

In den zeitgenössischen Debatten zur Kohlefrage mussten immer wieder Einzelaspekte der vielschichtigen Problematik zur Begründung der offensichtlichen Stagnationstendenzen des Kohlemarktes herhalten. Eine vertiefte Analyse der brennenden Marktprobleme konnte auf diese Weise aber nicht gewonnen werden - dazu bedarf es schon einer längerfristigeren Betrachtung der Marktentwicklung. Auch die Vorstellung von Stagnation und Mangeljahren vermag die verschiedenen Prozesse im Energiesektor nur unvollkommen wiederzugeben. Erst bei näherer

⁵² Spierenburg/Poidevin 1993, Histoire de la Haute Autorité de la CECA, S. 72.

⁵³ EUI, CEAB 03/42. Rede des Präsidenten des Ministerrates (Adenauer), 8.9.1952; EUI, CEAB 01/650-52. Assemblée Commune, 1ère session, 10.-13.9.1952; EUI, CEAB 03/43. Gemeinsame Versammlung, erste Sitzungsperiode. Rede Monnets, 11.9.1952; EUI, CEAB 02/955. Erste Sitzung des Beratenden Ausschusses, Ansprache Monnets, Luxemburg, 26.1.1953.

Betrachtung treten die Tendenzen eines radikalen Paradigmenwechsels zu Tage - nicht nur im Kohlesektor, sondern auf dem gesamten Markt für Energieträger. Die politische Bewältigung dieses Nebeneinanders von Stagnation und Strukturwandel unter globalisierten Wettbewerbsbedingungen stellte für die Montanunion eine gewaltige Herausforderung dar, an der sie - mit den ihr zur Verfügung stehenden, beschränkten Kompetenzen - fast zwangsläufig scheitern musste.

Das Erscheinungsbild des Kohlemarktes: Kohlekonjunkturen

Bereits die ersten Konjunkturberichte der OECE wie auch die Lageberichte der Hohen Behörde machten es deutlich: Akuter Mangel und Überproduktionskrisen auf dem europäischen Kohlemarkt lagen dicht beieinander; der Markt mit seinen schwerfälligen Produktionsstrukturen und einer stark fluktuierenden Nachfrage neigte ständig zu Spannungen. Bereits 1949 kam es zur ersten Rezession, wobei die Krise vor allem Frankreich und Belgien traf, während die starke Binnennachfrage die Symptome in Westdeutschland weitgehend abdämpfte.

Ab Mitte 1949 wuchsen in Belgien und Frankreich die Haldenbestände - Kurzarbeit und Entlassungen waren die Folge. Die Kohleexperten der OECE errechneten einen Produktionsverlust von 9.8 Mio. Tonnen, gemessen an der maximalen Ausnutzung der Abbaukapazitäten.⁵⁴ Die Höchststände an Haldenhaltung wurden im Juli 1950 erreicht, und die Zechen mussten mehrere Tage pro Monat schliessen, um den Nachfragerückgang von 20% zu kompensieren - und dies, obwohl die Importe von amerikanischer Kohle drastisch gesenkt wurden. Eine Abschwächung der wirtschaftlichen Tätigkeit und ein milder Winter, verbunden mit einer merklichen Zurückhaltung der Verbraucher, zeichneten nach Ansicht der Hohen Behörde für diese Entwicklung verantwortlich.⁵⁵

Eine abrupte Trendwende brachte der Ausbruch des Korea-Krieges: "The mines which had been forced to try and find export markets during the period of slump (..) were all of a sudden unable to satisfy the flood of orders from consumers, whose stocks had fallen too low and whose current consumption was increasing".⁵⁶ Die im August 1950 mit 0.57 Mio. t pro Monat auf ein Rekordtief gefallen Importe (1949: 1.4 Mio. t pro Monat im Schnitt) konnten nicht schnell genug wieder hochgefahren werden. Erst im April 1951 wurden wieder mehr als 1 Mio. t pro Monat aus den USA eingeführt. Unabhängig davon registrierte die Lageberichte eine "anhaltende Unterversorgung mit Kokskohle und zum Teil auch mit Anthrazit". "Im ganzen ist somit die Lage der europäischen Kohlemärkte durch ein Überangebot an qualitativ minderwertiger Flammkohle bei einer Knappheit an bestimmten Sorten [Koks] gekennzeichnet." Besonders die deutsche Kohleproduktion blieb hinter den aufgestellten Förderzielen zurück, die eine "baldige Ablösung der amerikanischen Kohleinfuhr" ermöglichen sollten.⁵⁷

Zu einer deutlichen Entspannung der Knappheitssituation kam es bereits wieder im Jahr 1952. Die Zechen der Montanunion mussten in diesem Jahr 4.7 Mio. t Kohle auf Halde nehmen, während der Kohlehandel 22 Mio. t aus Drittländern einfuhrte. Auch 1953 waren die Steinkohlelieferungen an die Verbraucher

⁵⁴ EUI, CEAB 09/55. Report by the Coal Committee on the use of stocks as a regulating factor in the coal market (Nov. 1952).

⁵⁵ EUI, CEAB 08/82. Lage und Entwicklung der Kohlemärkte 1952, S. 2.

⁵⁶ EUI, CEAB 09/55. Report Coal Committee (Nov. 1952), S. 6.

⁵⁷ EUI, CEAB 08/82. Lage und Entwicklung der Kohlemärkte 1952, S. 3.

mit Ausnahme von Koks stark rückläufig, so dass die Halden in Frankreich und Belgien wiederum in die Höhe wuchsen. Diese beiden Länder und die Niederlande schränkten daraufhin die Produktion ein, während die Bundesrepublik einschliesslich der Saar expandierte. Unter dem Strich fiel die Produktion um 2 Mio. Tonnen. Die Marktabteilung der Hohen Behörde bewertete diese Situation als "déséquilibre structurel du bilan charbonnier".⁵⁸

Zu Beginn des Jahres 1954 schien sich an der Kohlefront nichts verändert zu haben, und im Juli erreichten die Halden neue Höchststände; der Förderausfall aufgrund von 'Feierschichten' belief sich in der Gemeinschaft auf 3.3 Mio. Tonnen. Ein Anziehen der Stahlproduktion und der allgemeinen Konjunktur - unterstützt durch Käufe aus Grossbritannien und eine Erhöhung der Frachttarife für US-Kohle - liess aber wieder Hoffnung aufkeimen. "Innerhalb weniger Monate", berichtete die Marktabteilung der Hohen Behörde, "trat erneut ein vollständiger Umschwung ein, ähnlich wie 1950/51, aber glücklicherweise von geringerem Ausmass". Der Mehrbedarf der Gemeinschaft wurde durch Produktionssteigerungen, mit zusätzlichen Einfuhren und mit Haldenentnahmen abgedeckt.⁵⁹

"La production dans la CECA n'est pas en état de suivre le mouvement" - dieses Bild verfestigte sich im Jahr 1955 zunehmend. Versorgungsprobleme ergaben sich vor allem in der Bundesrepublik und Italien, während Frankreich und Belgien die Marktlage ausnutzten, um ihre Haldenbestände zu reduzieren. "Si la tendance à l'augmentation des besoins relevée ces deux derniers trimestres se poursuit au même rythme dans le proche avenir, il y a lieu de s'attendre au retour des difficultés dans l'approvisionnement de l'Europe occidentale", warnte die OEEC in einem Bericht vom 10.1.1955.⁶⁰

Weitere Versorgungsengpässe fürchtete die Hohe Behörde auch anfangs des Jahres 1956. "Nach den vorliegenden Schätzungen dürfte die Produktion der Gemeinschaft (..) mit 251 Mio. t um 4 Mio. t über dem Stand des Vorjahres zu liegen kommen. (..) Da die gesamten Haldenbestände an handelsgängiger Kohle nunmehr fast abgebaut sind, würde die Entnahme aus den Beständen im Jahr nicht ausreichen, den Bedarf zu decken."⁶¹ Ein Ausgleich des Marktes wäre wiederum nur mit einer Steigerung der Importe aus den USA zu erreichen. Daraufhin trat die Hohe Behörde anfangs März mit der Bitte an die Produzentenländer der Gemeinschaft, die Förderung kurzfristig weiter zu steigern. Dem Kohlejahr 1956 sollten aber letztlich Suez-Krise und Stahlkonjunktur den Stempel aufdrücken - und wiederum konnte der Marktausgleich nur dank wesentlich erhöhter Importe bewerkstelligt werden.

Den erneuten Übergang - von einer gravierenden Mangellage zur Bildung von neuen Haldenbeständen innerhalb weniger Monate - führte eine aus dem Oktober 1957 stammende Studie der Hohen Behörde vor allem "auf äussere Umstände" zurück. Als "unstable Elemente" des Kohlemarktes wurden die hohe Lagerhaltung der grossen Verbraucher und die Konkurrenz der amerikanischen

⁵⁸ EUI, CEAB 07/514. Marktabteilung. 'La situation du marché charbonnier dans la Communauté, 4.8.1954.

⁵⁹ EUI, CEAB 07/515. Marktabteilung. 'Der Kohlemarkt der EGKS im Frühjahr 1954 und heute', 14.6.1955, S. 2.

⁶⁰ EUI, CEAB 05/200. OEEC, Comité du Charbon. Examen de l'approvisionnement de l'Europe en combustibles solides au 1er trimestre 1955, 10.1.1955, S. 6.

⁶¹ EUI, CEAB 04/154. Hohe Behörde. Die Lage auf dem Kohlemarkt der Gemeinschaft im Jahre 1956, 22.2.1956.

Kohle gefürchtet. "Aus dieser Masseneinfuhr amerikanischer Kohle" - mit 35 Mio. Tonnen befanden sich die Importe in einer noch nie zuvor erreichten Höhe -, "die zum grössten Teil auf Grund langfristiger Verträge in die Gemeinschaft geliefert wird, können sich sowohl kurzfristige als auch langfristige Probleme ergeben", prognostizierte die Montanbehörde.⁶² Es waren dies genau jene Faktoren, die im Laufe des Jahres 1958 zur grossen Kohlekrise führen sollten.

Indikatoren: Wachstumsraten, Importmengen, Haldenbestände

Mit dem Bild der schnell abfolgenden Umbrüche - einer veritable Berg-und-Tal-Fahrt entsprechend - kontrastierte die schwerfällige Entwicklung des gesamten Industriezweigs über die Ländergrenzen hinweg. Auch in ihren besten Zeiten, als die Hochkonjunktur die Schlote in Europa rauchen und die Suez-Krise die Angst vor einer ernstzunehmenden Energiekrise aufkommen liess, erreichte die europäische Kohleindustrie kaum wesentlich höhere Produktionsziffern als vor dem Krieg. Mit 249 Mio. Tonnen förderten die Zechen 1956 ein Volumen zutage, das nie mehr erreicht werden sollte und das bloss ganze 3% über dem Vorkriegsniveau lag. Bis zum Ende der Dekade sank die Förderung sogar bis auf 240 Mio. t ab. War es auch das erklärte Ziel der europäischen Kohleförderer, "ein Nachhinken ihrer Produktionskapazitäten hinter der gesamtwirtschaftlichen Expansion zu vermeiden", so zeigte sich, dass die Kohleindustrie zu einer Anpassung an die gestiegene Energienachfrage nicht fähig war. Und die Nachfrage legte kräftig und kontinuierlich zu: der Primärenergieverbrauch erhöhte sich zwischen 1951 und 1962 von 294 Mio. Tonnen SKE auf 511 Mio. Tonnen SKE.

EGKS: Steinkohleförderung der Länder der Gemeinschaft (Mio t)												
1937	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
241	220	236	244	242	247	252	255	254	252	240	240	236
Quelle: Wagenführ-Bericht, S. 23 und S. 254												

Ein Vergleich zwischen den Steigerungsraten der Industrieproduktion, der Steinkohleförderung und der konjunkturell besonders sensibel reagierenden Kokserzeugung macht deutlich, wie sehr das Nachhinken der Kohleproduktion zum Erscheinungsbild des Marktes gehörte und Europa auf kurzfristig angeforderte Energieträger-Importe angewiesen blieb - eine Schwäche, die einen "substantial shift to other fuels and market improvements in coal utilization" begünstigte.⁶³

EGKS: Sektorielle Wachstumsraten (in %)						
	1951	1952	1954	1956	1958	1959
Industrie	15.0	3.5	9.5	8.0	3.1	8.0
Steinkohle	6.6	3.3	2.0	1.1	-0.6	-4.7
Koks	20.4	10.4	-2.8	9.0	-3.6	-5.6
Quelle: Wagenführ-Bericht, S. 19f						

⁶² EUI, CEAB 07/424. Hohe Behörde. Die Lage auf dem Kohlemarkt der Gemeinschaft zu Beginn des Winters, 15.10.1957, S. 3.

⁶³ Diebold 1959, Schuman Plan, S. 568f.

An diesem wenig überzeugenden Produktionsergebnis waren die einzelnen Reviere der Gemeinschaft in sehr unterschiedlichem Ausmass beteiligt. Die alten Kohlerevieren, in denen die Förderbedingungen durch ungünstige geologische Abbauverhältnisse zunehmend schwieriger wurden, stagnierten sogar in den Phasen des Aufschwungs. Zu dieser Kategorie gehörten die Minen in den grossen südbelgischen Revieren und im Norden Frankreichs sowie im Centre-Midi, in denen Produktivitätssteigerungen nur noch mit einem unverhältnismässigen Kapitaleinsatz zu bewerkstelligen waren. In den Revieren der mittleren Generation, besonders in den Zechen an der Saar und im Ruhrgebiet, standen Rationalisierungsmassnahmen ebenfalls weit dringlicher auf der Agenda als Ausweitungen der Förderung, während die Produktion in den jungen Revieren - in der belgischen Campine und im lothringischen Bergbau - mit viel Aufwand ausgebaut wurde. Zu den jüngeren Revieren gehörten im übrigen auch die niederländischen Abbaubereiche. Durch die Konkurrenz des Erdöls, das bereits in den 50er Jahren einen beträchtlichen Versorgungsanteil gewonnen hatte, waren die holländischen Gruben einem Zwang zu hoher Produktivität ausgesetzt.⁶⁴

EGKS: Kohleförderung ausgewählter Länder der Gemeinschaft (Mio t)					
	1938	1947	1952	1955	1958
<i>Belgien</i>	29.6	24.1	30.4	30.0	29.1
<i>Bundesrepublik</i>	o. A.	o. A.	139.5	145.1	149.0
<i>Frankreich</i>	o. A.	o. A.	55.4	55.3	57.7
Quelle: EUI, CEAB 09/696; EUI, CEAB 07/425 sowie EGKS: Zehnter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1961), S. 620					

Die pauschale Feststellung eines allgemeinen Stagnationstrends muss folglich - mit Bezug auf die unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Revieren - relativiert und präzisiert werden: im Zeitraum von 1952-1962 standen einzelnen Fördersteigerungen (29% im Aachener Becken, 15% im Lothringer Revier) mengenmässig überwiegende Produktionsrückgänge gegenüber, die im südlichen Belgien Grössenordnungen von über 40% und in Italien von über 30% erreichten. Neben quantitativen offenbaren die regionalen Entwicklungstendenzen aber auch qualitative Unterschiede, indem die Reviere eine abweichende Zusammensetzung der Kohlearten aufwiesen - dies ein Aspekt, der sowohl bezüglich Verwendungszweck als auch hinsichtlich Marktfähigkeit des Produktes von entscheidender Bedeutung war. Waren bei Anthrazit und Magerkohle, die besonders in den Privathaushalten ('Hausbrand') Verwendung fanden, die Anteile über die Gemeinschaft hinweg recht gleichmässig verteilt, so dominierte bei der wichtigsten Kohleart, der verkockbaren Kohle, das Ruhrgebiet mit einem Anteil von 62% der EGKS-Förderung. Und ausgerechnet bei den Revieren mit den grössten Wachstumsraten fielen in steigendem Masse die insgesamt minderwertigeren Industriekohlen an.⁶⁵

⁶⁴ Wagenführ-Bericht 1963, S. 206.

⁶⁵ Wagenführ-Bericht 1963, S. 202ff.

Zum Erscheinungsbild des europäischen Kohlemarktes gehörten, wie bereits angesprochen, die Importe aus Drittländern, die wiederholt dazu beitrugen, gravierende Mangelsituationen auszugleichen.

EGKS: Steinkohle-Importe aus Drittländern (Mio t)				
	<i>GB</i>	<i>USA</i>	<i>Polen</i>	<i>Total</i>
1950	4.4	0.1	o. A.	7.3
1951	1.9	18.4	o. A.	23.2
1952	3.5	16.3	1.6	22.3
1953	5.1	6.7	1.2	13.9
1954	5.3	6.2	1.2	4.0
1955	4.3	15.9	1.3	23.0
1956	3.5	30.4	2.2	38.0
1957	2.6	37.8	2.0	43.0
1958	1.6	25.8	o. A.	31.9
1959	1.2	14.1	o. A.	19.2
1960	1.7	12.4	o. A.	17.7
1961	2.5	11.7	o. A.	18.5

Quelle: EUI, CEAB 07/813; EUI, CEAB 07/975 sowie Paretti / Bloch: *Energie und Wachstum*, S. 35

So notwendig die amerikanische Kohle in der unmittelbaren Nachkriegszeit war, so sorgenvoll blickten die Produzenten auf die stark fluktuierenden Importzahlen der 50er Jahre. Im September 1956, einer Zeit der lebhaften Nachfrage auf dem europäischen Kohlemarkt, hielten die im Studienausschuss des Westeuropäischen Kohlebergbaus zusammengeschlossenen Unternehmer denn auch fest: "Wenn die amerikanische Kohle seit Ende des Zweiten Weltkriegs zu gewissen Zeiten für das Gleichgewicht des europäischen Marktes eine wertvolle Ergänzung darstellte, so ist es nicht weniger wahr, dass sie zu anderen Zeiten für den europäischen Bergbau und infolgedessen für die ganze europäische Wirtschaft ernsthafte Probleme mit sich bringt". Die Probleme wurden weniger auf der Ebene der Importmengen als vielmehr bei den Preisausschlägen geortet. Niedrige Preise für US-Importe behinderten in konjunkturell guten Zeiten eine kontinuierliche Produktionsausweitung des europäischen Bergbaus, während die hohen Frachtraten - ein wichtiger Faktor der Preisgestaltung - bei angespannter Konjunkturlage einen gesamtwirtschaftlichen Inflationsdruck erzeugten. Beides waren aus der Sicht der europäischen Produzenten unerwünschte Effekte. Gegen die "lebhaften Reaktionen" der Amerikaner und gewisser Verbraucherkreise hätten sich die 'Haupterzeugerländer' in der Folge gezwungen gesehen, eine flexible Importpolitik anzuwenden - meint: liberal in Zeiten des Mangels, protektionistisch in Zeiten der Krise.⁶⁶

⁶⁶ EUI, CEAB 09/130. Studienausschuss des Westeuropäischen Kohlebergbaus: Bericht über das Problem der Einfuhr amerikanischer Kohlen nach Europa, September 1956.

Insgesamt, unter Verrechnung von Ein- und Ausfuhren, blieb der EGKS-Raum nach dem Krieg eine Importregion für Kohle - auch dies ein Hinweis auf die stagnierende Kohleindustrie.⁶⁷

Auf Anhieb weniger offenkundig als bei der Verwendung als Konjunkturbarometer, können die fluktuierenden Haldenbestände in den Förderländern auch als Indikator für die strukturellen Anpassungsprobleme des Kohlesektors dienen. "Man kann nicht behaupten", schreibt Pierre Uri bereits im Frühjahr 1954, "dass der grösste Teil der Haldenbestände konjunkturbedingt ist. Diese qualitativ minderwertige Kohle konnte zu anderen Zeiten nur bei einer gänzlich aussergewöhnlichen Mangellage oder bei begrenzten Einfuhrmöglichkeiten abgesetzt werden". Ab dem Jahr 1958 waren dann auch die besseren Qualitäten nicht mehr auf dem Markt unterzubringen - die sogenannte 'Ballastkohle' von minderer Güte machte damals nur noch 36% der Halden aus. Das Wettbewerbsdilemma zeigte sich nun in voller Schärfe: trotz Hochkonjunktur musste vier- bis fünfmal soviel Industriekohle auf Halde gelegt werden wie noch 1957.⁶⁸

EGKS: Kohlehalden in der Montanunion		
	<i>Bestände (in Mio t)</i>	<i>in % der Monatsförderung</i>
1950	4.8	27 %
1951	2.5	13 %
1952	7.5	38 %
1953	15.6	79 %
1954	15.6	78 %
1955	7.9	39 %
1956	6.1	30 %
1957	8.5	41 %
1958	32.5	159 %
1959	41.5	212 %
1960	35.5	182 %
1961	32.4	169 %

Quelle: Wagenführ-Bericht, S. 271

Weitere Indikatoren: Beschäftigungslage und Investitionsbereitschaft

Wenn man den Ursachen der vielfältigen Stagnationserscheinungen im Kohlektor nachspürt, stösst man unter anderem unweigerlich auf das Beschäftigungsproblem der Branche. Als extrem arbeitsintensiver Produktionszweig war der europäische Kohlebergbau von der Zahl und der Leistungsfähigkeit der Beschäftigten abhängig. Auf beide Grössen nahmen wiederum zahlreiche Faktoren Einfluss: die Situation auf konkurrierenden Arbeitsmärkten, die Sicherheit des

⁶⁷ EGKS, Hohe Behörde: Zehnter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (Jahr 1961), Luxemburg 1962, S. 625; sieh auch Wagenführ-Bericht 1963, S. 288 und S. 328.

⁶⁸ EUI, CEAB 04/648 und EUI, PU 35. EGKS, Wirtschaftsabteilung. Aufzeichnung über das Problem der Kohlenbestände, 1.4.1954; EGKS, HB. Zehnter Gesamtbericht (1961), S. 476. Die Verteilung der Haldenlasten war in der Gemeinschaft sehr unterschiedlich. Am stärksten war Belgien betroffen: hier konnte 1959 jede dritte geförderte Tonne nicht abgesetzt werden. In Frankreich traf dies auf jede fünfte Tonne zu, während in der BRD - wo mit 11.7 Mio. t das grösste Gesamtvolumen anfiel - jede zehnte Tonne auf Halde ging.

Kohleabsatzes, die Arbeitsbedingungen auf den Zechen etc. Das Förderergebnis beeinflussten folgende Grössen: die Lohnentwicklung, die die Abwanderung in andere Industriezweige aufhielt oder forcierte, die Streikbereitschaft der Arbeitnehmer sowie der für die Produktivität einer Zeche entscheidende Mechanisierungsgrad.

EGKS: Beschäftigung in der Kohleindustrie (Untertag-Arbeitende) 1950-1954					
	<i>Belgien</i>	<i>BRD</i>	<i>Saar</i>	<i>Frankreich</i>	<i>Italien</i>
1950	110'935	301'824	39'757	173'990	9'000
1951	114'598	310'262	38'490	166'280	8'500
1952	119'356	322'147	38'329	165'904	7'900
1953	117'562	336'629	37'991	154'732	7'600
1954	108'573	327'808	37'803	148'357	6'710

EUI, CEAB 04/889: Informations statistiques, 1955

Nach dem grossen Beschäftigungseinbruch während des Zweiten Weltkriegs stieg die Zahl der Arbeitnehmer in der Kohleindustrie bis ins Jahr 1950 auf 927'000 und bis Juni 1953 weiter auf 939'000 Beschäftigte. Diesen Fakten sprechen gegen die Vermutung einer beschäftigungsseitigen Behinderung der Expansion in der Branche. Der Zustrom von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft sowie die relativ hohe Mobilitätsbereitschaft sorgten vorerst für ein genügendes Reservoir an Beschäftigungswilligen. Bereits 1954/55 machten sich aber erste Spannungen auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. "Les réserves de main-d'œuvre sont très limitées ou même quasi inexistantes", schrieb die Arbeitsabteilung der Hohen Behörde, wobei Italien von dieser Feststellung ausgenommen wurde. Das Produktionsniveau konnte nur dank Produktivitätsanstiegen gehalten werden, und die Beschäftigung ging in der Kohleindustrie um durchschnittlich 2.4% zurück (während die Montangemeinschaft im gesamten Industriebereich einen Anstieg von 3.6% verzeichnen konnte). Die Abgänge von erfahrenen Hauern mussten mit einer Ausweitung der Zahl von Lehrlingen kompensiert werden. "Dans certains bassins", so der Beschäftigungsbericht, "la réduction des effectifs résulte d'une politique de rationalisation des méthodes d'exploitations. Dans d'autres, elle provient en grande partie des difficultés rencontrées dans le recrutement de la main-d'œuvre nécessaire qui n'ont pas permis de développer l'extraction de charbon à un rythme suffisant".⁶⁹ Nachdem im Herbst viele Bergarbeiter aus konjunkturellen Gründen entlassen worden waren, mussten die Unternehmen im folgenden Frühjahr auf einem ausgetrockneten Arbeitsmarkt um neue Kräfte buhlen.

Die geschilderte Entwicklung verstärkte sich im weiteren Konjunkturverlauf, und die Zechen waren gezwungen, mehr und mehr ausländische Arbeitskräfte einzustellen. "Le phénomène de désaffectation des travailleurs nationaux pour la mine se généralise. On constate en effet que les jeunes (..) préfèrent s'orienter vers d'autres industries que les mines. Par ailleurs, l'arrêt de l'immigration italienne vers les mines des pays de la Communauté (..) a amené les charbonnages à se tourner vers d'autres centres de recrutement à l'étranger (Grèce, Espagne, Autriche)." Der Ausländeranteil an der Gesamtbeschäftigung im Kohlesektor lag 1956

⁶⁹ EUI, CEAB 01/1620. Abt. für Arbeitsfragen. L'emploi dans les industries de la Communauté au cours du 1er semestre 1955, Oktober 1955, S. 8.

gemeinschaftsweit bei durchschnittlich 12%, wobei Belgien mit 43% die Spitze hielt und die Bundesrepublik mit 2% das Schlusslicht markierte.⁷⁰

Eine radikale Umkehr der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt brachte die Kohlekrise von 1958. Die einsetzenden Absatzschwierigkeiten hatten zur Folge, dass Ende des Jahres über 40'000 Bergarbeiter weniger auf den Lohnlisten der Zechen standen. Am stärksten waren dabei Belgien (minus 12'900) und die BRD (minus 19'800) betroffen.⁷¹ Die Folge von kurzfristig eintretenden Trendwenden verstärkte die Unsicherheit im Bergbau, der besonders für qualifizierte Kräfte seine Attraktivität immer mehr verlor. Für den immer noch erhofften Aufschwung stellte diese Entwicklung ein potentiell Expansionshemmnis dar. Die in Zeiten flauer Nachfrage verordnete Kurzarbeit ('Feierschichten') zeitigte ausserdem negative Auswirkungen auf die Kostenentwicklung. Den hohen Fixkosten der Branche standen nun niedrigere Förder- und Absatzmengen gegenüber, was die Ertragslage des Bergbaus - in Verbindung mit den ständig steigenden Lohnkosten - zusätzlich verschlechterte.

Die steigenden Selbstkosten - und davon abgeleitet die hohen Produktpreise - trugen wesentlich zur Verschlechterung der Wettbewerbsposition der europäischen Kohle auf dem internationalen Energiemarkt bei. Allein zwischen 1954 und 1958 stiegen die durchschnittlichen Selbstkosten in der EGKS um satte 22%. "Diese Steigerungen sind in besonderem Masse bedenklich, weil sie bereits von einem verhältnismässig hohen Ausgangsniveau ausgehen: Belgiens Selbstkosten waren bereits 1954 um über 35% höher als die Selbstkosten des Ruhrreviers."⁷² Vergleicht man ausserdem die Entwicklung der Arbeitskosten des Bergbaus mit der allgemeinen Kostenentwicklung in der Montanunion, so stellt man fest, dass die prozentualen Lohnsteigerungen der 'Kumpel' die allgemeinen Teuerung weit übertrafen. Die Kosten- und Preisentwicklung im Kohlesektor macht denn auch klar, warum der 'Energieträger der Moderne' im Wettbewerb mit dem Konkurrenzprodukt Erdöl unaufhaltsam in Rückstand geriet.

Als weiterer Indikator für die Einschätzung der Zukunftsaussichten eines Industriezweigs dient die Grösse der getätigten Investitionen. Während der Gemeinsame Markt dem Stahlsektor einen nicht unerheblichen Investitionsschub brachte, war dies im Kohlesektor nicht der Fall. Auch die kümmerliche Investitionshilfe der Hohen Behörde im Umfang von 100 Mio. Dollar vermochte dieser Tatsache nicht entgegenzuhalten. Von den getätigten Investitionen entfielen zudem nur wenig mehr als die Hälfte auf den Ausbau der eigentlichen Schachtanlagen. Fast so viele Mittel flossen in der ersten Dekade des Bestehens der Montanunion in die Weiterverarbeitung des Rohstoffes, d.h. in die Veredelung (Kokereien) und in Zechenkraftwerke. Die Absatzschwierigkeiten am Ende der 50er Jahre bildeten dann erst recht "ein grosses Hindernis für die Finanzierung von neuen In-

⁷⁰ EUI, CEAB 01/1621. Abt. für Arbeitsfragen. L'emploi dans les industries de la Communauté au cours du 2e semestre 1956, Mai 1957, S. 5.

⁷¹ EUI, CEAB 01/1621. Abt. für Arbeitsfragen. L'emploi dans les industries de la Communauté au cours de l'année 1958, April 1959, S. 7.

⁷² EUI, CEAB 07/903. Coûts et recettes de la production charbonnière dans les Etats membres, 1957/58, S. 10. Im übrigen braucht man sich, angesichts von Lohnkosten, die um mehr als 40% über dem EGKS-Schnitt lagen (1957), über den hoffnungslose Rückstand des belgischen Bergbaus kaum mehr zu wundern.

vestitionen", registrierte die Hohe Behörde im Sommer 1959. Viele kostspielige Projekte mussten aus diesem Grund zurückgestellt werden.⁷³

Im Kernbereich des Grubenbetriebes wurden die verfügbaren Mittel zwar richtigerweise zugunsten von Rationalisierung und Konzentration der Förderung eingesetzt. Die damit im Zeitraum von 1951-1956 erreichte Leistungssteigerung nahm sich mit einem Produktivitätsanstieg von 2.2% aber höchst bescheiden aus. Derart ungenügende Produktivitätsfortschritte reichten nicht, der wachsenden Wirtschaft einen wettbewerbsfähigen Energieträger zur Verfügung zu stellen. Ausser in Frankreich - hier dank des Monnet-Plans - und an der Saar wurde die Leistungsfähigkeit der Vorkriegszeit bis 1956 nirgendwo erreicht.

Erst mit der Kohlekrise begann sich das Blatt zu wenden. Die Schichtleistung pro Mann - 1950 bei 1.3 t gemeinschaftsweit - stieg auf knapp 1.6 t im Jahr 1958 und anschliessend bis auf 2.2 t im Jahr 1962. Im internationalen Vergleich verbesserte die EGKS damit ihre Stellung gegenüber Grossbritannien. Dem amerikanischen Steinkohlebergbau, der unter wesentlich günstigeren Produktionsbedingungen funktionierte und den Weltmarkt dominierte, blieb sie aber hoffnungslos unterlegen - in den USA förderte ein Beschäftigter während einer Schicht durchschnittlich mehr als 11 Tonnen Kohle zutage.⁷⁴

In Verbindung mit den hohen Produktpreisen förderte der Vertrauensverlust in die Zukunftsfähigkeit des Kohlebergbaus die negativen Entwicklungsprozesse auf den traditionellen Absatzmärkten noch zusätzlich. Die angesprochene Aufteilung der Investitionen gab bereits einen Hinweis auf den Langzeittrend, dass immer weniger unverarbeitete Steinkohle direkt an die Endverbraucher gelangte. Kokeereien, Kraft- und Gaswerke sowie Brikettfabriken verarbeiteten den Rohstoff in qualitativ höherwertige Sekundärenergie. Wurde die Steinkohle 1950 noch zu 44% roh auf den Markt gebracht, so sank dieser Anteil bis ins Jahr 1961 auf ein Drittel.⁷⁵ Am gesamten Energieverbrauch hatte die rohe Steinkohle 1960 nur noch einen Anteil von 21% gegenüber 42% im Jahre 1950. Einzig die Alternative der Verkokung und die Verstromung vermochten den Absatzrückgang etwas aufzufangen und die Bergbauunternehmungen zu stabilisieren. In der deutschen Kohlewirtschaft generierten die nachgelagerten Energiewirtschaftszweige im Jahr 1956 mit 56% bereits mehr als die Hälfte des Umsatzes.⁷⁶

Betrachtet man die Verwendung von Steinkohle und Koks in den wichtigen Sektoren der Wirtschaft, so fallen drei grosse Verbrauchsgruppen ins Auge, die ca. zwei Drittel des Angebots aufnahmen: die Elektrizitätswerke, die eisenverarbeitende Industrie und die Kategorie der 'anderen Endverbraucher' - in erster Linie Privathaushalte und Kleingewerbe. Stagnierte der Absatz - in absoluten Mengen - bei den privaten Haushalten insgesamt, so steigerten die Elektrizitätswerke und die eisenverarbeitende Industrie sogar noch ihren mengenmässigen Verbrauch. Ein umgekehrtes Bild präsentierten andere 'klassische' Marktsegmente: In der Schifffahrt verschwand die Steinkohlefeuerung praktisch vollständig, und bei den Eisenbahnen lag der Verbrauch am Ende der Vergleichsperiode noch

⁷³ EUI, CEAB 09/58. L'investissement dans l'industrie charbonnière. EUI, CEAB 01/1781. Hohe Behörde, Investitionsmeldungen, August 1959, S. 3.

⁷⁴ Burgbacher, Fritz; Wessels, Theodor: Energiewirtschaft im Gemeinsamen Markt, Baden-Baden 1963; Statistischer Anhang, Tabelle 26, S. 295 und Tabelle 36, S. 300.

⁷⁵ Burgbacher/Wessels 1963, Energiewirtschaft, S. 271ff.; Paretti/Bloch 1964, Energie, S. 38ff.

⁷⁶ EUI, CEAB 09/3. Deutsche Kohlenbergbauleitung. Kohle in der Elektrizitätswirtschaft, 1952.

knapp bei 50% des Niveaus von 1951.⁷⁷ Auch im Bereich 'andere Industrien' - ohne Eisen- und Stahl - sank der Kohleverbrauch drastisch: 1951 deckte die Steinkohle dort noch 56% des Energiebedarfs - bereits 1960 lag der Anteil nur noch bei 31%. Die Schlussfolgerung liegt nahe: die Steinkohle wurde unaufhaltsam von Erdöl und Erdgas verdrängt. Heizöl war bereits 1960 der grösste Energielieferant der 'modernen' Industrien - sprich: Elektrochemie und Elektrometallurgie - geworden. Und auch den Bestrebungen der kohleproduzierenden EGKS-Länder, sich neue Absatzmärkte in Drittländern zu erschliessen, war angesichts der Marktlage wenig Erfolg beschieden.⁷⁸

EGKS: Anteile der Energieträger in Verbrauchssektoren (ausgewählte Länder, in %)							
		<i>Eisen- und Stahlindustrie</i>			<i>andere Industriezweige</i>		
		<i>Kohle</i>	<i>Koks</i>	<i>Öl</i>	<i>Kohle</i>	<i>Koks</i>	<i>Öl</i>
BRD	1952	17.3	35.3	0.2	48.6	12.0	1.6
	1955	11.2	37.8	2.2	43.1	13.5	4.6
	1960	7.7	38.6	6.7	29.4	9.9	19.2
F	1952	21.3	41.0	2.2	54.7	12.1	17.2
	1955	13.3	44.0	5.4	44.6	10.6	24.2
	1960	7.9	45.0	7.7	38.3	7.7	27.8
IT	1952	29.2	17.0	16.9	47.5	8.2	21.3
	1955	7.2	23.0	20.0	25.3	7.5	38.5
	1960	2.0	28.0	21.8	11.2	5.0	51.8
NL	1952	8.0	32.0	26.7	59.0	5.9	14.6
	1955	5.0	29.8	35.5	39.4	5.6	29.9
	1960	3.3	21.3	40.4	22.8	7.8	45.8

Quelle: Burgbacher / Wessels: *Energiewirtschaft. Anhang, Tabellen 12-17*

EGKS: Anteile der Energieträger in Verbrauchssektoren (Gemeinschaft, in %)						
	<i>Eisen-/Stahlindustrie</i>		<i>andere Industrien</i>		<i>Haushalte</i>	
	1951	1960	1951	1960	1951	1960
Steinkohle	15.7	6.6	56.5	31.4	43.2	29.4
Koks	40.3	42.8	11.2	9.1	18.3	15.3
Heizöl	3.2	9.4	13.3	36	5.0	21.4

Quelle: Paretto / Bloch: *Energie und Wachstum, S. 105-119*

• **Unternehmensstruktur und staatliche Einflüsse im Kohlesektor**

Dass der Steinkohlebergbau nur sehr träge auf die veränderten Nachfragebedingungen reagierte, ist ein Zeichen dafür, dass sich das freie Spiel der Marktkräfte auf dem Energiesektor nicht entfalten konnte. Vielmehr griff eine facettenreiche politische Regulierung tief in Produktion, Verteilung und Preisbildung ein. In all diesen Bereichen traten die Länderregierungen als Unternehmer oder als Gesetzgeber auf und nahmen dadurch direkt oder indirekt Einfluss auf den Kurs der Kohlepolitik. Oligopolistische Unternehmens- und Vermarktungsstrukturen lei-

⁷⁷ Paretto/Bloch 1964, *Energie*, S. 42ff.

⁷⁸ Wagenführ-Bericht 1963, S. 274.

steten überdies mehr den schädlichen und verbreiteten Kartellpraktiken Vorschub, als dass sie für die gewünschte 'Stabilität' von Absatz und Preisen gesorgt hätten.

Die Notwendigkeit politischer Regelung der Kohlewirtschaft wurde kaum ernsthaft hinterfragt und gleich auf mehreren Ebenen praktiziert: Preisfestsetzungen dienten dem Ziel der Preisstabilität - sogar unter dem das marktwirtschaftliche Credo preisenden Bundeswirtschaftsminister Erhard; Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse bis zur Verstaatlichung wurden in Frankreich mit dem erheblichen Sanierungsbedarf des Industriezweigs begründet; Verkaufsentitäten sollten mit Hilfe von Regionalpreisen die Produktivitätsdifferenzen zwischen den Zechen ausgleichen. Die Aufzählung liesse sich fortführen.

Die europäischen Bergbauunternehmer waren gut miteinander bekannt - schliesslich handelte es sich um eine vergleichsweise überschaubare Gruppe von Schwerindustriellen. Mit bloss 112 Unternehmungen, die 1961 insgesamt 311 Schachtanlagen in ganz Europa betrieben, war die Unternehmenskonzentration sogar noch stärker ausgeprägt als im Stahlsektor. Genau die Hälfte der Gesellschaften hatte ihren Standort in der Bundesrepublik; 40 Betriebe waren in Belgien angesiedelt, wo tendenziell kleinstrukturierte und daher wettbewerbsschwache Unternehmungen dominierten. In Frankreich dagegen wurde praktisch die ganze Kohleproduktion unter dem Dach der 'Charbonnage de France' und ihrer neun regionalen Zehengesellschaften ('houillères de bassin') geführt, während in den Niederlanden fünf private und zwei staatliche Minen die Produktion unter sich aufteilten.⁷⁹

"Im Steinkohlebergbau der Gemeinschaft", schrieb die Industrieabteilung der Hohen Behörde im April 1959 in einer Expertise zur Unternehmensstruktur im Kohlesektor, "zeichnet sich seit Jahrzehnten das Bestreben ab, die Bergwerksunternehmen in ihrem strukturellen Aufbau so auszugestalten, dass ein Höchstmass an Wirtschaftlichkeit erzielt wird (...)." Im Klartext bedeutete dies: immer ausgeprägtere Konzentration, sowohl auf vertikaler als auf horizontaler Ebene. Bedenken gegenüber den negativen Konsequenzen von marktbeherrschenden Konstellationen äusserte der Bericht der obersten EGKS-Behörde dagegen keine.⁸⁰

Die Konzentrationsprozesse im Kohlesektor hatten besonders in der Bundesrepublik eine lange Tradition. Neben der horizontalen Konzentration setzte schon früh die vertikale, mehrere Wirtschaftssektoren umfassende Integration von Unternehmen ein. So diversifizierten einzelne Gesellschaften von der Kohleproduktion zur Angliederung von Hüttenwerken, und umgekehrt expandierten andere von der Eisenverhüttung in die Kohleproduktion. Von der Eisenverarbeitung her wandten sich beispielsweise Krupp, Thyssen, Hoesch und Mannesmann der Verhüttung und dem Kohlebergbau zu.⁸¹

In der Gemeinschaft als Ganzes setzte sich der Konzentrationsprozess bis in die sechziger Jahre fort. Bereits 1952 förderten die zehn grössten Unternehmen allein 42% der Kohle zutage - 1961 waren es bereits 48%. Zu diesem Zeitpunkt - ein Gebot der Stunde - unterstützte die Hohe Behörde diese Tendenz: "Dieses

⁷⁹ Burgbacher/Wessels 1963, Energiewirtschaft, S. 152.

⁸⁰ EUI, CEAB 07/1053. Abt. Industriefragen. Unternehmensstruktur in der Gemeinschaft - Entwicklungen und Tendenzen, 22.4.1959.

⁸¹ EUI, CEAB 07/1053. Abt. Industriefragen, Unternehmensstruktur, 22.4.1959, S. 4.

Bestreben kann nur gutgeheissen werden. (...) Heute treten in wachsendem Umfang - und zwar weltweit - auch noch andere Energieträger auf den Plan, die wie US-Kohle, Erdöl und Erdgas verhältnismässig billig produziert und angeboten werden." Eine adäquate Antwort auf diesen globalen Wettbewerb sah die Hohe Behörde in der "Stärkung der Konkurrenzkraft durch weitere Konzentration".⁸²

In Fortsetzung einer jahrzehntelangen Kartelltradition - mit unterschiedlichem Einflusspotential der staatlichen Behörden - blieben die Verkaufsorganisationen an der Ruhr, in Süddeutschland, in Belgien und in Frankreich in den 50er Jahren ein wichtiges Instrument der Marktregulierung. Zugleich stellten sie eines der hartnäckigsten Probleme für die Hohe Behörde und den Gemeinsamen Markt dar.

Das grösste und unumstritten bedeutendste Absatzkartell war dasjenige der Ruhrindustrie. Seit 1893 gab es mit dem 'Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat' eine zentrale Verkaufsstelle, die von der britischen Militärregierung 1945 aufgelöst wurde. Bereits im November 1948 wurde mit dem 'Deutschen Kohleverkauf' (DKV) aber erneut eine zentrale Absatzorganisation errichtet, die aus der Sicht Frankreichs eine deutsche Marktbeherrschung und Behinderung im Zugang zur Ruhrkohle befürchten liess. Der DKV kontrollierte den gesamten deutschen Markt und "enjoyed as much influence as the old RWKS, if not more".⁸³

Die politische Sprengkraft dieses Absatzkartells zeigte sich während der Verhandlungen des Schuman-Plans, als die institutionellen Fragen der Montanunion bereits überwunden waren. An der Frage der zukünftigen Gestaltung des Kartells drohte das gesamte EGKS-Projekt zu zerbrechen. Frankreich verknüpfte den Schuman-Plan zwingend mit der Dekonzentration und der Dekartellierung der Ruhrindustrie, so dass nur das Abkommen vom 14.3.1951 den Weg für eine Einigung bei den Pariser Verhandlungen öffnen konnte: Der direkte Zugriff der Stahlindustrie auf die Kohle wurde begrenzt, der Deutsche Kohleverkauf in regionale Verkaufsorganisationen aufgebrochen. Allerdings dauerte es nochmals zwei Jahre, bis sich eine Kompromisslösung für den Kohleverkauf herauskristallisierte, die dann letztlich doch wieder mehr den deutschen Bedürfnissen entsprach. Sechs formal 'unabhängige' Verkaufsagenturen sowie die Koordinationsstelle 'Gemeinschaftsorganisation Ruhrkohle' (GEORG) lösten im März 1953 den DKV ab. Die neue Organisation übernahm die Verteilung der Bestellungen bei niedriger Nachfrage und die Aufteilung der Produktion im konjunkturellen Hoch; ausserdem sorgte sie für einen Finanzausgleich zugunsten von Zechen mit geringer Produktivität. Mit andern Worten: "Whereas the 1951 reform, ordered by the Allied occupying powers, was intended as a way of decartelizing the Ruhr, in practise the most important activities in the coal sector remained highly centralized."⁸⁴

Die Gemeinschaftsorganisation mit ihren sechs 'Filialen' blieb während der Dauer der fünfziger Jahre ein ständiger Stein des Anstosses. Der Hohen Behörde als Wettbewerbshüterin des Gemeinsamen Marktes war das Kartell ein Dorn im Auge. Mit ihren Vorstössen zur Reorganisation des Absatzverfahrens stiess sie in der Bundesrepublik aber auf taube Ohren; in Deutschland war niemand für einen dezentralisierten Kohlenverkauf zu gewinnen - weder die Ruhrindustrie noch

⁸² EUI, CEAB 03/676. 'Note' der Abt. Kartelle und Konzentration, S. 28.

⁸³ Diebold 1959, Schuman Plan, S. 72f.

⁸⁴ Spierenburg/Poidevin 1993, Histoire de la Haute Autorité de la CECA, S. 91f und EUI, CEAB 07/1053. Abt. Industriefragen, Unternehmensstruktur, 22.4.1959, S. 7.

die Gewerkschaften, aber auch nicht die politischen Behörden. Wiederholte Reformen änderten zwar das äussere Erscheinungsbild, nicht aber die alles überdauernde Kartellpraxis im Kohleabsatz. Und da die Stahl- und Bergwerksgesellschaften ohnehin meist in mehr als einer Verkaufsorganisation Stimm- und Vermarktungsanteile hatten, war eh dafür gesorgt, dass die Verkaufspolitik nicht auseinanderdriften konnte.⁸⁵

Die straffe Koordinierung des Kohleverkaufs und die politische Preisregulierungspraxis entsprachen den beiden Seiten derselben Medaille. War die Koordination des Vertriebs politisch gewollt, um das Durchschlagen der Konjunkturzyklen auf Produktion und Beschäftigung zu regulieren, so galt es daneben, die Macht der Kartelle bei der Preisfestsetzung einzugrenzen, um die inflationstreibende Wirkung von administrierten Preisen auf die Gesamtwirtschaft unter Kontrolle halten zu können. Soziale Absicherung der Beschäftigten, Subventionierung der am unteren Ende der Produktivitätsskala arbeitenden Unternehmungen: dies waren die Argumente, die zugunsten von staatlichen Eingriffen in den Preismechanismus ins Feld geführt wurden. Zogen Unternehmerverbände und Regierungen bezüglich der Absatzregulierung in der Regel am selben Strick, so kam es bei der Preisregulierung nicht selten zu heftigen Konflikten. Am besten lässt sich die Konfliktkonstellation am Beispiel der Bundesrepublik erläutern.

In Deutschland legte die Bundesregierung die inländischen Höchstpreise aufgrund des gewogenen Mittels der Produktionskosten der gesamten Kohleindustrie fest - gestaffelt nach Kohlesorten. Die Preisbildung auf der Basis von Durchschnittskosten hatte sowohl für Verbraucher wie für Produzenten gravierende Auswirkungen. Dem Abnehmer wurde die Kohle 'verbilligt' abgegeben, da der Preis nicht den Grenzkosten entsprach, d.h. den Kosten des am unwirtschaftlichsten produzierenden Unternehmens, dessen Güter zur Deckung der Nachfrage noch benötigt wurden. 'GEORG' sorgte dann mit Transferzahlungen für einen Kostenausgleich, damit die unterdurchschnittlich produktiven Unternehmungen nicht dauerhaft von der Substanz leben mussten, während die 'outperformer' fette Gewinne davontrugen. Mit logischer Konsequenz raubte dieses Preissystem den aussichtsreichen Gesellschaften ihre Gewinnchancen und ihr Entwicklungspotenzial. "Les prix établis ne permettent pas de couvrir entièrement les frais, ce qui a eu pour consequence un ralentissement de la modernisation de l'équipement technique dans l'industrie minière", lautete die Einschätzung der Folgewirkungen durch die Marktteilung der Hohen Behörde. Rabatte wurden dagegen nur ausgelesenen Abnehmergruppen gewährt: Haushalte, Schifffahrt und Privatbahnen sahen sich im Mai 1952 von der Preiserhöhung um 10 Mark pro Tonne ausgenommen.⁸⁶

Die Bundesregierung bestimmte aber auch die Höhe der Exportpreise, die zu Beginn des Jahres 1953 im Durchschnitt der Sorten um rund 5 Mark über den Inlandpreisen lagen, was einer klaren Diskriminierung ausländischer Abnehmer gleichkam. Für Kohleimporte musste der deutsche Verbraucher ausserdem Strafzölle in Form von höheren Frachtraten - im Vergleich zu den Frachttarifen für deutsche Kohle - entrichten. Einzig die Importe aus dem Saarland und aus Lothringen kamen in den Genuss von 'Zonenpreisen', die sich an den Preisen des

⁸⁵ Abelshausen 1984, Ruhrkohlenbergbau, S. 80-97.

⁸⁶ EUI, CEAB 07/72. Division du Marché. Les systèmes de prix, 17.12.1952, S. 1f.

Ruhrreviers und des Aachener Beckens orientierten. In vielfältigen Varianten praktizierten selbstverständlich auch die übrigen Produzentländer die Kunst der manipulierten Preisbildung.⁸⁷

Alle diese nationalen Preissysteme stellten gravierende Verstöße gegen den Montanunionsvertrag dar, und bereits Ende 1952 richtete sich die Kritik der Marktabteilung gegen die 'Doppelpreise' für Verkäufe im In- und Ausland, gegen die Doppelpreise für unterschiedliche Verbrauchsgruppen, gegen die staatlichen Ausgleichskassen, die zu einer künstlichen Verteuerung der Importe beitrugen und gleichzeitig, durch Umlagerungen, die einheimische Produktion subventionierten sowie gegen die Durchschnittskosten-Tarifierung, die das Durchbrechen unrationeller Zechen möglich machte. Jede dieser Regulierungspraktiken verhinderte, dass der Gemeinsame Markt für Kohle seine Wachstumseffekte entfalten konnte. "Since prices in each coal producing district are not equal to the cost of production of the least efficient producer at the point where supply and demand are balanced, the present pricing mechanism cannot perform the function of causing resources to be drawn from the less efficient, and to be expanded in more efficient; it therefore cannot be the means for raising average efficiency in the Community as a whole", vermittelte die Marktabteilung einen kleinen Abriss ökonomischen Grundwissens.⁸⁸

Düstere ökonomische Grunddaten und eine umfassende politische Regulierung - dies waren die Rahmenbedingungen unter denen die Kohlewirtschaft der Montangemeinschaft sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte. Sollten die politischen Eingriffe in den Kohlenmarkt dazu dienen, einen Ausgleich der insgesamt recht unterschiedlichen Produktionsbedingungen herbeizuführen, so zeigte sich immer mehr, wie wenig die überkommenen Institutionen in der Lage waren, den ökonomischen Wandel zu kontrollieren. Unter der Oberfläche der Höchstpreissysteme tendierten die Zechen ständig zu Preissteigerungen.

Mit der Errichtung der Kohle- und Stahlgemeinschaft versuchte Europa aus diesem Abwärtstrend - schleppende ökonomische Entwicklung, zunehmende politische Regulierungstendenzen - auszubrechen. "Cheaper coal and steel" lautete ein eingängiges Schlagwort der Gründerzeit.⁸⁹ Die Initianten des Vertragswerks hatten der Gemeinschaft eine Expansion der Wirtschaft, eine positive Entwicklung der Beschäftigung, eine Verbesserung der Lebensverhältnisse und niedrige Preise ins Stammbuch geschrieben. Ergo musste es das Ziel der Hohen Behörde sein, mittels Aufbrechen der lähmenden Verkrustungen die Kohlewirtschaft via das Projekt eines Gemeinsamen Marktes wieder in Schwung zu bringen.

Der geschilderte Hintergrund des 'Kohleproblems' dient dazu, die Ausgangslage der Hohen Behörde bei der Erarbeitung einer gemeinsamen Kohlepolitik verständlich machen. In geraffter Form soll nun der Frage nachgegangen werden, welche politischen Alternativen sich dem obersten Organ der Montanunion überhaupt anboten, um den gewaltigen Herausforderungen der Nachkriegsentwicklung wirksam entgegenzutreten.

⁸⁷ Vgl. Diebold 1959, Schuman Plan, S. 251ff.

⁸⁸ EUI, CEAB 07/72. Division du Marché. Les systèmes de prix, 17.12.1952, S. 2.

⁸⁹ Diebold 1959, Schuman Plan, S. 237.

• ***Eine koordinierte 'europäische' Kohlepolitik dank des Gemeinsamen Marktes? 'Réaliser l'impossible'?***

Die Hohe Behörde stand vor einer schwierigen Aufgabe und musste sich auf anhaltende Auseinandersetzungen mit den Beharrungskräften der nationalen Märkte einstellen. "En règle générale", lautete daher Jean Monnets realistische Einschätzung der Lage im Januar 1953, kurz vor der Eröffnung des Gemeinsamen Marktes für Kohle, "on peut dire que l'action de la Haute Autorité est accueillie avec compréhension dans les six pays; toutefois, cette compréhension n'est évidemment pas encore parfaite. Que l'on ne cherche donc pas à réaliser l'impossible. Il s'agit d'éliminer tout ce qui est incompatible avec les principes du marché commun, mais il serait faux de croire que le marché commun puisse être mis en vigueur d'un jour à l'autre et sans restrictions aucune". Monnet war sich auch bewusst, dass die Handlungen der ersten europäischen Institution unweigerlich politische Rückwirkungen auf den Integrationsprozess haben mussten, der mit den Debatten um die Verteidigungsgemeinschaft und die Politische Gemeinschaft ohnehin höchst sensible Themen zu bewältigen hatte. Ein Misserfolg der EGKS konnte den Integrationsprozess lähmen, ein zu entschlossenes Vorgehen der neuen Organisation dagegen die nationale Gegenkräfte mobilisieren. Aus diesem Grund wurde vor der Marktöffnung die Devise der grösstmöglichen Schadensverminderung ausgegeben: "On estime qu' au cours de la première période postérieure à l'ouverture du marché commun, tout devra être mis en œuvre pour que les difficultés subséquents se réduisent dans chacun des pays au strict minimum".⁹⁰

Als der Präsident der Hohen Behörde in einer Rundfunkansprache am 10. Februar 1953 triumphierte, dass Deutsche, Belgier, Franzosen, Holländer, Italiener und Luxemburger nunmehr allesamt Europäer geworden seien und nur noch 'europäische' Kohle im Gemeinsamen Markt verkauft werde, war dies denn auch mehr ein öffentlichkeitswirksamer denn ein tatsächlicher Anfang. "The creation of a single, community-wide area in which coal and steel products could be sold on a purely competitive basis (..) was unrealistic, and there was not a ghost of a chance of meeting it in 1953", lautet denn auch Gillinghams nüchternes Verdikt.⁹¹

Wie ein roter Faden zieht sich der Konflikt zwischen der Wettbewerbsstrategie Monnets und den auf Sicherung bestehender Marktregulierungen beharrenden nationalen Kohlewirtschaftsmustern durch die Gründungsphase der Montanunion. Monnets Vorstellungen, die nicht selten - bezeichnenderweise von Wirtschaftsverbänden mit extremer Kartelltradition - als dirigistisch gebrandmarkt wurden, zielten auf eine sozial verträgliche Wettbewerbsordnung ab, über die eine starke supranationale Organisation wachen sollte. Die wachsende internationale Arbeitsteilung, die sich der Franzose vom Gemeinsamen Markt erhoffte, sollte allen beteiligten Ländern zugute kommen. Damit hatte Monnet nicht allein das französische Interesse an einer sicheren Kohleversorgung, sondern eine gesamteuropäische Modernisierung im Blick.⁹²

⁹⁰ Zitate: EUI, CEAB 02/714. Hohe Behörde, Sitzung vom 3.1.1953, S. 1

⁹¹ EUI, CEAB 04/468. Allocution de M. Jean Monnet, 10.2.1953; Gillingham 1991, Coal, steel, rebirth, S. 319.

⁹² Zu Monnets Zielvorstellungen: Document de travail vom 27.6.1950, in: Schwarz, Jürgen (Hrsg.): Der Aufbau Europas. Pläne und Dokumente 1945-1980, Bonn 1980, S. 111ff.

Die Förderung des Wettbewerbs war im EGKS-Vertrag als Zielgrösse festgeschrieben worden; gleichzeitig hatte die Hohe Behörde aber auch weitreichende Lenkungsbefugnisse für Krisenzeiten eingeräumt erhalten. Diese Schutzbestimmungen sollten einer wirksamen Umsetzung der Wettbewerbsidee in der Praxis enge Grenzen setzen und - schlimmer noch - dem national orientierten Handelnetliche 'protektionistische Optionen' offen lassen.⁹³

Die Öffnung des Gemeinsamen Marktes liess die zukünftigen Konfliktfelder - allen voran die Preis- und Kartellpolitik - deutlich hervortreten. Gerade in diesen zentralen Bereichen, die in den folgenden Jahren zu lang andauernden Kontroversen führten, blieben die Verhältnisse, allen wettbewerbspolitischen Zielsetzungen zum Trotz, festgefahren. Höchstpreise schalteten in der Praxis den Preiswettbewerb aus; die Kartellproblematik wurde aus politischen Gründen vorerst auf Eis gelegt, dann von der Behörde nur halbherzig in Angriff genommen und von nationalen Verbänden und Regierungen vehement verteidigt. Die Hohe Behörde versuchte behutsam vorzugehen. Sie flankierte ihre politischen Entwürfe mit einer intensiven Konsultationspraxis. Um den politischen Schlüssel der Preiskontrolle in die Hand zu bekommen, war sie sogar bereit, manche Kompromisse einzugehen - mit dem Resultat, dass der Gemeinsame Kohlemarkt zahlreiche Unvollkommenheiten aufwies.

Bereits unmittelbar nach der Marktöffnung gerieten die Kompromisse in der Kohlepolitik heftig unter Beschuss.⁹⁴ Zu unterschiedlich waren die Interessen, die entweder mehr Wettbewerb und damit niedrigere Preise einforderten oder aber mehr Sicherung für die Kohleproduktion und damit Preisstabilität auf höherem Niveau verlangten. Neue Diskriminierungen durch den Gemeinsamen Markt - besonders in Frankreich spürbar - zehrten zudem an der Akzeptanz des Projektes.

Bei allen Differenzen wurde jedoch bereits zu Beginn der 50er Jahre deutlich, dass sich die wachsende Konkurrenzierung der europäischen Energieträger durch ausländische Kohle und besonders durch das Erdöl nicht vermeiden liess. Unaufhaltsam begann die Globalisierung auf dem Energiemarkt erst die Orientierung der Wettbewerbs- und der Kartellpolitik, bald aber auch die Gestaltung der Preispolitik massgeblich zu beeinflussen. Nationale Alleingänge in der Handels-

Zu den Dirigismus-Vorwürfen: vgl. Lappenküpper 1994, Schuman-Plan, S. 418 und Kipping 1996, Zwischen Kartellen und Konkurrenz, S. 178ff.

⁹³ EGKS-Vertrag vom 18.4.1951. Zu den Vertragsbestimmungen, vgl. u.a.: EUI, CEAB 08/4. *Traité instituant la CECA*, erläuternde Kommentare; EUI, CEAB 02/45. *A guide to the Treaty*; EUI, CEAB 05/9. *Traité CECA, Analyse du texte*.

⁹⁴ EUI, CEAB 07/730. Grosse an Monnet: Das Wettbewerbsproblem in der Kohlewirtschaft, 30.3.1954. Als Beispiel kann der Versuch der Hohen Behörde gelten, das Verkaufskartell der Gemeinschaftsorganisation Ruhrkohle aufzubrechen. Franz Grosse, Sprecher der Industriewerkschaft Bergbau, der die weltweiten Veränderungen des Energiemarktes ins Kalkül mit einbezog, betonte in einem umfangreichen Memorandum an Monnet, dass die Ruhrkohle nicht nur im gemeinschaftsweiten Konkurrenzkampf stehe, sondern im Wettbewerb mit der weltweiten Kohleproduktion. Sie stehe aber vor allem in steigendem Mass auch in Konkurrenz mit dem Öl. "Wenn die Kohle sich heute behaupten will, so ist das nur dadurch möglich, dass sie einmal ihre Produktionskosten zu senken sucht, zum andern aber den Absatz so rationell wie nur möglich gestaltet. Der Leistungswettbewerb, der ja letztlich in einem freien Spiel der Kräfte zu Gunsten des Verbrauchers wirksam werden soll, und der heute allein schon durch den Konkurrenzfaktor Erdöl, morgen vielleicht durch die Atomenergie erzwungen wird, kann aber bei der Besonderheit der bergmännischen Produktion nicht in einer wilden Konkurrenz der einzelnen Unternehmen untereinander sich vollziehen, sondern er kann gewissermassen nur vom Bergbau als einer Gesamtheit geführt werden, weil nur sie die gesamtwirtschaftlich sinnvollste Erschliessung aller Vorkommen und ihre restlose Ausschöpfung im Interesse der Gesamtwirtschaft garantiert."

politik, wie sie sich in Italien und den Niederlanden in den Jahren 1953/54 ankündigten, drohten den Gemeinsamen Markt zu erschüttern, noch ehe die Hohe Behörde seine Grundlagen fertig errichtet hatte.⁹⁵

Energiemarktanalysen und Bedarfsstudien zum ersten ..⁹⁶

Eine der wichtigsten Aufgaben der Montanunion bestand darin, für die Bereiche Kohle und Stahl die künftigen Produktionsziele zu ermitteln. Innerhalb und außerhalb der EGKS wurden in der Folge Bedarfsanalysen erstellt und diskutiert. Darüber hinaus beschäftigte sich die Hohe Behörde in zahlreichen Studien mit der Wettbewerbssituation der Energieträger, und sie analysierte ebenfalls die Entwicklungsprozesse in Drittländern. In vielen der Themen ergaben sich Berührungspunkte mit der Arbeit der OECE. Die Bedeutung der Energiemarktanalysen beschränkte sich nicht auf die volkswirtschaftliche Dimension; vielmehr fixierten die Studien energiepolitische Leitbilder und legten damit das Fundament für die grundsätzliche Orientierung der Kohlepolitik in der Union. Dass allein schon diese Bestandaufnahmen und Prognosen in sehr unterschiedliche Richtungen wiesen, machte die Ausformulierung einer gemeinschaftlichen Energiepolitik nicht einfacher.

Wer anfangs der 50er Jahre fragte, wie sich die Kohlewirtschaft künftig entwickeln werde, konnte viele unterschiedliche Antworten bekommen. Expansionsvisionen standen neben Cassandra-Rufen von der baldigen Ablösung der Kohle durch andere Energieträger. Einheitliche Vorstellungen konnten nicht einmal in den europäischen Exekutiven der EGKS und der Pariser OECE erarbeitet werden - ein Hinweis auf die allgemeine Desorientierung, die für die Epoche des Umbruchs und für den Paradigmenwechsel im Energiebereich charakteristisch war. Die in gehäufter Zahl publizierten Energiestudien und Expertenberichte belegen aber eindeutig, dass die Tragweite des Strukturwandels in Expertenkreisen frühzeitig erkannt wurde.

Den Anfang in einer ganzen Abfolge von Studien machten die beiden Berichte der Expertengruppe um Jan Tinbergen, die die Kohlenachfrage noch allein vom Wirtschaftswachstum ableiteten - der Gesichtspunkt der Konkurrenz durch das Heizöl ist darin noch nicht zu finden - und damit noch den Odem der unmittelbaren Nachkriegszeit verströmten. Eine Angebotssteigerung um 45 Mio. Tonnen Kohle innerhalb einer Dekade sollte nach Berechnungen der Tinbergen-Gruppe ausreichen, um den künftigen Zusatzbedarf an Energie der Gemeinschaft abzudecken - eine Einschätzung des Wachstums, die allgemein als zu defensiv beurteilt wurde, was die Experten wiederum veranlasste, ihre Hypothesen alsbald in leicht modifizierter Form in einem Nachfolgebericht vorzulegen.⁹⁷

⁹⁵ EUI, CEAB 07/321. Vgl. das Schreiben des italienischen Industrieministers Sandulli an die Marktabteilung vom 14.8.1953.

⁹⁶ Energiemarktanalysen und Bedarfsstudien zum zweiten: vgl. Kap. 4.1, Abschnitt "Dramatisierte Furcht vor der 'Energilücke'? Bedarfsstudien als Legitimationsgrundlage forcierter Kernenergie-Förderung".

⁹⁷ EUI, CEAB 07/706. 'Rapport sur les perspectives du développement à long terme du marché du charbon'; Ergebnisbericht der Expertengruppe vom 13. Dezember 1952. EUI, CEAB 07/705. 'Deuxième Rapport sur les perspectives du développement à long terme du marché du charbon' vom 1. September 1953. Die Arbeitsgruppe betonte, "que le charbon n'est qu'un des éléments du problème général de l'énergie. Les estimations sur les besoins futurs de charbon ne sont donc valables qu'à la condition que la situation concurrentielle du charbon

In den zur Mitte des Jahrzehnts verfassten Studien wurde die Hauptsorge der ersten Nachkriegsjahre, in welchem Umfang der europäische Energiebedarf durch Kohle gedeckt werden könne, von der Fragestellung abgelöst, mit welchen Mitteln der wachsenden Konkurrenz durch Importkohle und andere Energieträger zu begegnen sei.⁹⁸ Im Fünften Gesamtbericht der Hohen Behörde, der am 13. April 1957 vorgelegt wurde, zeigt sich die Berechnung des Steinkohlebedarfs methodisch bereits derart verfeinert, dass sie nun von einem Gesamtenergieverbrauch abgeleitet wird, was immerhin schon die Möglichkeit des Auftretens von strukturellen Verschiebungen zwischen den Energieträgern in Betracht zieht. Tatsächlich aber kennzeichneten Globalisierungs- und Wettbewerbsprobleme die Arbeit der Hohen Behörde von Anfang an in viel stärkerem Mass, als dies in der frühen Literatur zur Geschichte der Montanunion zum Ausdruck kommt, in der die Behauptung, dass das Wirken der Behörde bis zur Suezkrise ausschliesslich unter dem Vorzeichen eines 'Energie-Engpasses' gestanden habe, wiederholt als erhärtete Tatsache aufscheint.⁹⁹

EGKS: Prognosen über Kohlenbedarf und -förderung der Gemeinschaft (Mio t)				
(Förderung 1953: 242 Mio t)	1956	1960	1965	1975
1. Tinbergen-Bericht, 12/1952	280	295	o. A.	o. A.
2. Tinbergen-Bericht, 9/1953	280	300	o. A.	o. A.
Fünfter Gesamtbericht, 1957	o. A.	306	332	362
Quelle: Wagenführ-Bericht, S. 523				

OECE: Schätzungen zur Kohleförderung der EGKS (Mio t)				
	1956	1960	1965	1975
Hartley-Report, 1956	o. A.	280	300	330
Robinson-Report, 12/1959	o. A.	o. A.	240	240
Quelle. OECE, <i>Towards a new energy pattern in Europe</i> , Tabelle 21, S. 49				

Parallel zur Montanunion wurde dem Problem der Konkurrenz auf dem Energiemarkt auch in den Gremien der OECE bereits zu Beginn der 50er Jahre erhebliche Bedeutung beigemessen. Wiesen die frühen Berichte und Energiepläne der Pariser Organisation eher einen kurzfristigen Charakter aus, so leitete das von Louis Armand im Mai 1955 vorgelegte energiepolitische Leitbild eine Reihe von längerfristigen Untersuchungen grundsätzlicher Art ein, nachdem Generalsekretär Marjolin dem OECE-Ministerrat im Dezember 1953 ein Memorandum vorgelegt hatte, in dem er dazu aufforderte "to draw attention (..) to the growing problems of the supply and cost of energy and putting forward possible ways of over-

vis à vis d'autres sources d'énergie ne se modifie pas fondamentalement au cours des prochaines années". Ebenda, S. 38.

⁹⁸ Die Verhältnisse in den USA und in Italien, wo der energiewirtschaftliche Übergang bereits weit fortgeschritten war, boten den Europäern ein anschauliches Bild davon, was ihrem Kontinent an Veränderungsprozessen noch bevorstand. Vgl. EUI, CEAB 04/652. HB, La situation du charbon et des autres sources d'énergie en Italie, Oktober 1954; EUI, CEAB 04/416. Organisation des Kohleabsatzes in den USA und Westeuropa, Juni 1952; EUI, CEAB 09/340. Le problème de la concurrence du charbon et des produits pétroliers dans la CECA, 9.9.1954.

⁹⁹ Vgl. Lucas 1977, *Energy and the European Communities*, S. 4ff.

coming them".¹⁰⁰ Armand sah die Zeit gekommen, "in which the main sources of energy would be competing with one another". Doch nicht das Erdöl war für den späteren Euratom-Präsidenten der Bote der neuen Aera. "The use of electricity and oil (..) must be regarded as an evolutionary rather than a revolutionary development", meinte Armand; den Eintritt in eine von produktiver und wirtschaftlicher Energieverwendung gekennzeichnete Epoche werde erst der Einsatz der Atomenergie ebnen. Seine Bedeutung erlangte der Armand-Bericht nicht primär wegen der Aufführung von konkreten Produktionsziffern, sondern vielmehr aufgrund der Tatsache, dass er anhand von Leitgedanken erstmals allgemeine Zielsetzungen einer europäischen Energiepolitik ins Auge fasste:

"Das Energieproblem hat eine grosse gesamtwirtschaftliche Bedeutung nicht nur unmittelbar für die Expansion der Produktion, sondern auch wegen der Rückwirkungen auf Preise, Löhne und Lebenshaltung. Neben der Vielfalt der Auswirkungen steht die Interdependenz der Energiezweige im Vordergrund (..). Der Übergang zu neuen Energiequellen kann einen revolutionären Charakter annehmen. Wenn auch die Einführung der Atomenergie in die Wirtschaft nicht in überstürzter Form vor sich gehen wird, so vollzieht sie sich doch wesentlich schneller als zunächst erwartet und zwingt auch im Hinblick auf die traditionellen Energieträger zu besonderer Vorsorge. Im Vordergrund der gegenwärtigen Problematik steht nicht das quantitative Problem einer ausreichenden Versorgung, da bei dem heutigen Stand der Technik eine Mangellage nicht zu befürchten ist, sondern vielmehr das qualitative Problem einer verbesserten Energienutzung (..) sowie die damit zusammenhängende Verbilligung der Energie, was insbesondere für die europäische Wirtschaft im Vergleich zur US-Wirtschaft gilt. Letztere steht kostenmässig wesentlich günstiger da. (..)"¹⁰¹

Louis Armand, Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erzeugung und Verteilung von Energie, 26. Mai 1956.

Der ein Jahr später, im Mai 1956, publizierte Hartley-Report verfolgte den von Armand - und noch ein Jahr später von den 'Drei Weisen' - skizzierten Weg einer konsequenten Atompolitik hingegen nicht weiter.¹⁰² Im Gegenteil folgerte die Gruppe Hartley aus der "zunehmenden Abhängigkeit Europas von externen Energiequellen und den damit verbundenen Gefahren", dass "die Mitgliedsländer [der OECE] unbedingt ihre einheimische Produktion an Energie in allen Formen weiter entwickeln müssen, wobei sowohl wirtschaftliche als auch sicherheitspolitische Überlegungen" zu beachten seien. Im übrigen wurde, im Gegensatz zum Armand-Bericht, nicht damit gerechnet, dass die Atomenergie schnell die Situation in Europa entspannen würde. "Die in der Öffentlichkeit weit verbreitete Illusion, dass

¹⁰⁰ Zit. nach Jensen, W. G.: Energy in Europe, 1945-1980, London 1967, S. 32. Als exemplarische Beispiele früher OECE-Publikationen können die Berichte des Kohle-Komitees gelten: vgl. EUI, CEAB 07/170. OECE. Note du Secrétariat général au Comité du Charbon concernant le rapport 'Les produits concurrents du charbon et de l'acier', 20.3.1954.

¹⁰¹ BAR E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 358. Armand, Louis: La Coopération Economique intra-européenne dans le Domaine de l' Energie. OECE, Paris, Mai 1955. Deutsche Übersetzung in: EUI, CEAB 09/231.

¹⁰² Nebst Armand und den drei Euratom-'Weisen' - zu denen SNCF-Direktor Armand ja auch gehörte - versuchte sich auch der Basler Professor Edgar Salin auf publizistischem Weg im europäischen Raum als Atompromotor zu profilieren. Vgl. Salin, Edgar: Mit der Atom-Energie in die Zukunft. Eine neue industrielle Revolution ist angebrochen, in: Deutsche Zeitung, 14.1.1956.

die Kernenergie bereits in naher Zukunft einen grossen Beitrag zu leisten vermag, beeinträchtigt ernsthaft die dringend erforderliche Ausweitung des Kohlenbergbaus und anderer Energie-Industrien. Die Kohle, so die Konklusion, werde noch für viele Jahre die Hauptstütze der Energiewirtschaft des OECE-Raumes sein."¹⁰³

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass bereits in den ersten Jahren des Bestehens der Montanunion in zahlreichen Memoranden erste Optionen für eine koordinierte Energiepolitik der Hohen Behörde evaluiert wurden, die alle mehr oder weniger - sofern nicht eine Einbindung der Ölindustrie anvisiert wurde - auf eine Flexibilisierung des Kohlemarktes und besonders der Kohlepreise hinausliefen. Was in den Gremien erörtert wurde, geriet jedoch selten über den Zustand der Rohfassung hinaus. Die Wirkung blieb dadurch gering: "Inexhaustible in the production of investigations, analyses, statistical surveys, reports, and memos but paralyzed in action, the High Authority was a mere house of words".¹⁰⁴

Angebotsseitige Rezeptur ohne soziale Abfederung: das Uri-Memorandum

*"Je mehr man retten will, desto mehr läuft man Gefahr zu verlieren, und die Zukunft der Kohle ist zweifellos umso besser gesichert, je besser man die richtige Wahl zu treffen weiss."*¹⁰⁵

Pierre Uri, Produktions- und Preispolitik auf dem Kohlesektor, 2. Juli 1954.

Die Formulierung einer europäischen Kohlepolitik im Rahmen der Gemeinschaft der Sechs erwies sich in den ersten Jahren der Montanunion als ein ausgesprochen schwieriges Geschäft. Auch drei Jahre nach Öffnung des Gemeinsamen Marktes für Kohle war noch keine klare Linie erkennbar, obwohl die Verbände der Industrie immer stärker eine verlässliche Zielorientierung einforderten. Für diesen desolaten Zustand war weniger ein Mangel an politischen Konzeptionen verantwortlich als vielmehr unüberbrückbare Interessenskonflikte, die einer Einigung im Wege standen.¹⁰⁶ Keine Einigung konnte vor allem darüber erzielt werden, wieviel Wettbewerb - andersherum: wieviel Lenkung und Protektionismus - den Gemeinsamen Markt auszeichnen sollte. An dieser Stelle zeigten sich klar die Schwächen der Gründungsurkunde: der Kompromisscharakter des austarierten Montanunionsvertrags erwies sich als Hypothek, weil die extensive Anwendung der institutionellen Schutz- und Ausnahmegestaltungen die Ausgestaltung einer stringenten Kohlepolitik wirksam behinderte.

Anfänglich bemühte sich Monnet, den Herausforderungen des Strukturwandels mit einem auf den Gemeinsamen Markt zugeschnittenen Wettbewerbskonzept zu begegnen. Sein Ziel bestand darin, die Position des europäi-

¹⁰³ BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 384. Hartley, Harold: Besoins croissants de l'Europe en Energie - comment y faire face? Rapport de la commission de l'Energie. OECE, Paris, Mai 1956.

¹⁰⁴ Gillingham 1991, Coal, steel, rebirth, S. 332.

¹⁰⁵ CEAB 09/93. Wirtschaftsabteilung (PU). Produktions- und Preispolitik auf dem Kohlesektor, 2. Juli 1954, S. 4. Ebenso: EUI, PU 35.

¹⁰⁶ CEAB 09/93. Klare Vorstellungen äusserte Dirk Spierenburg: "Dans le cadre des des objectifs généraux exposés ci-dessus il n' y a pas place pour une politique d' investissement visant au premier chef à l'augmentation de la production. La politique d' investissement de la Haute Autorité doit donc en premier lieu être orientée vers la modernisation de la production et la diminution du coût." Exposé relatif à la politique charbonnière à élaborer par la HA, 1.6.1954.

schen Binnenmarktes durch die Förderung von Konkurrenzmechanismen zu stärken.¹⁰⁷ Die Kohlepolitik der Hohen Behörde sollte auf der Akzeptanz eines unabwendbaren Strukturwandels gründen, gleichzeitig allerdings einen schonenden Übergang gewähren, um sozialpolitische Härten zu vermeiden bzw. aufzufangen. Zur Umsetzung dieser Zielvorstellung war aber ein Aufbrechen der Verkrustungen des Kohlemarktes erforderlich. Eine Anti-Kartell-Strategie und eine Preissenkungspolitik sollten der wettbewerbspolitischen Ausrichtung Rechnung tragen. Diese einleuchtenden Zielsetzungen waren von Anfang an heftig umstritten. Mit Rückgriff auf vertragliche 'Sicherungen' versuchte eine Koalition von Interessengruppen die Handlungsfähigkeit der Hohen Behörde derart einzuschränken, dass diese eine unter dem Schutz von Kartellen und nationalen Sonderregelungen stehende kostenintensive Kohleindustrie nicht wirksameren Marktkräften aussetzen konnte. Und schon bald stand die Wettbewerbsstrategie der Luxemburger Behörde, die Monnet im 'marché unique' zusammen mit Elementen der Planification verwirklicht sehen wollte, direkt neben protektionistischen Optionen von altbekannter Provenienz.¹⁰⁸

Die ersten Schritte zur Öffnung des Gemeinsamen Marktes für Kohle gestalteten sich unter diesen Voraussetzungen äusserst schwierig - die verschiedensten nationalen und verbandspolitischen Gegenkräfte waren von Beginn weg mobilisiert, und der europäische Kohlemarkt blieb weiterhin von zahlreichen Unvollkommenheiten und Diskriminierungen geprägt.

Die Förderung des Wettbewerbs wie auch der Protektionismus waren beides politische Reaktionen auf dieselbe Entwicklung - die auf internationaler Ebene zunehmende Konkurrenz auf dem Energiemarkt. Nicht die drohende Energieknappheit, wie lange betont, sondern der härtere Wettbewerb auf dem Energiesektor war das dominierende Thema der Debatten um eine europaweite Kohlepolitik in der neu errichteten Montanunion. Die entfachte Diskussion war gleichzeitig ein Reflex gegenüber dem sich abzeichnenden Umbruch wie auch ein Beleg dafür, dass die Zeichen der Zeit tatsächlich wahrgenommen wurden - und zwar nicht erst, als die Schwächen des europäischen Bergbaus im Jahre 1958 nicht mehr zu übersehen waren.

Unsicherheit über die Orientierung des Wandlungsprozesses - und damit verbunden die wirtschaftliche Zukunft des Bergbaus - kennzeichneten, wie erwähnt, noch praktisch alle Energiestudien der Zeit. Die Schätzungen der innerhalb und ausserhalb der EGKS verfassten Papiere vermochten kein einheitliches Bild zu zeichnen. Teils wurde eine massive Expansion der Kohleindustrie angenommen, teils - angesichts der Konkurrenz billigerer Energieträger - die wirtschaftliche Talfahrt der Zechen prognostiziert. Diese lähmende Ambivalenz behinderte die längst fällige Ausformulierung von Leitlinien einer verbindlichen Kohlepolitik der Gemeinschaft. In den Debatten um die allgemeinen Zielsetzungen, die eine grundsätzliche Orientierungs- und Lenkungsfunktion zu erfüllen hatten, vermied die Hohe Behörde bewusst eine Festlegung auf angestrebte Produktionszahlen, wie dies von der Industrie immer wieder gefordert wurde. Die wirtschaftliche 'Konkurrenzkapazität', von Pierre Uri als Kriterium eingebracht,

¹⁰⁷ CEAB 04/128. Vgl. 'Tâches initiales de la HA pour l'ouverture du Marché Commun', 1953.

¹⁰⁸ CEAB 02/1080. Beratender Ausschuss. In einem undatierten Bericht lassen sich die Interessengegensätze und Konfliktpunkte des Sommers 1954 detailliert aufgelistet nachlesen. "Auf dem Energiesektor dürfe (...) kein freier Wettbewerb zugelassen werden, da andernfalls die Steinkohleproduktion der Gemeinschaft ruiniert würde", schliesst der Bericht.

stiess bei den Unternehmensverbänden auf Unverständnis und Ablehnung.¹⁰⁹ Die innovationsscheuen Produzenten bevorzugten sichere Absatzmengen, die sie - wie gewohnt - unter Einsatz des handelspolitischen Instrumentariums gegen den Konkurrenzdruck anderer Anbieter zu verteidigen gedachten.

Je mehr die Hohe Behörde von Wettbewerb sprach, desto mehr nahm der Gegendruck der Protektionismus-Befürworter zu. In den Gremien der Gemeinschaft wurden protektionistische Massnahmen zur Verteidigung der Kohleproduktion offen verhandelt, am ausgeprägtesten in der Kommission des Beratenden Ausschusses. Aber auch im Ministerrat wurden Forderungen nach sozialpolitischer Entlastung des Bergbaus laut, nach Sicherheitsprämien für die einheimische Versorgung und schliesslich unverhohlen nach Subventionierung der Kohleindustrie.¹¹⁰ Erschwerend kam noch dazu, dass auch innerhalb der Marktgegner erhebliche Divergenzen auftauchten: die Energieverbraucher pochten auf eine billige Rohstoff-Versorgung, die Unternehmer verlangten eine Stabilisierung der Produktion, und die Gewerkschafter drängten auf eine Absicherung der Beschäftigung. In einem derart aufgeheizten Klima musste ein aus holländischen und italienischen Kreisen stammender Antrag auf eine weitgehende Marktliberalisierung chancenlos bleiben - dem Ansinnen trat die geschlossene 'Regulierungs-Front' der grossen Produzentenländer mit Entschiedenheit entgegen. Eine gemeinsame Politik war unter diesen Umständen weiterhin nicht in Sicht.

In dieser verfahrenen Situation, ohne einen Grundkonsens über die allgemeine Zielrichtung der gemeinschaftlichen Kohlepolitik gefunden zu haben, versuchte die Hohe Behörde mit einer Art 'Befreiungsschlag' den zweiten Schritt vor dem ersten zu setzen. Das am 7. Februar 1955 dem Ministerrat vorgesezte Uri-Memorandum strebte danach, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Kohle im globalen Wettbewerb mittels einer angebotsseitigen Radikal-Rezeptur zu erhöhen, die praktisch ohne sozialpolitische Komponenten zur Abdämpfung der gravierenden 'Nebenwirkungen' vorgelegt wurde. Dreh- und Angelpunkt des Konzeptes war die Preispolitik: angesichts der Konkurrenz von Importkohle und von Erdölprodukten sollte das Preisniveau der Kohle reduziert werden, und ausserdem galt es, die Preise im Konjunkturverlauf flexibler zu gestalten. Ohne die Versorgungsrisiken auszublenden, räumte das Memorandum den Öl- und Kohleimporten eine wichtige Regulationsfunktion auf dem Energiemarkt ein. Befürwortet wurde ein Energiemix, um dadurch eine möglichst grosse Wirtschaftlichkeit des Kohlesektors zu erreichen. Eine an der 'optimalen Kapazität' orientierte Strukturpolitik sollte die unrentablen Zechen aus dem Produktionsprozess eliminieren, und durch Druck auf die Löhne sollte der nachteilige Kostendruck in der Branche sinken. Damit, so die Überlegung, konnten Nachfrageschwankungen vom Markt selber aufgefangen werden.¹¹¹

¹⁰⁹ CEAB 07/254. Für die Hohe Behörde war es längst nicht mehr erstrebenswert, maximale Produktionskapazitäten aufrechtzuerhalten; vielmehr wurde darauf abgezielt, das 'optimale' Produktionsvolumen zu bestimmen. "Par objectifs généraux, on entend la définition des conditions assurants au charbon et à l'acier une capacité concurrentielle vis à vis des charbons et aciers étrangers comme vis à vis des produits susceptibles de leur être substitués." Wirtschaftsabteilung; Note sur les travaux aux objectifs généraux, 23.10.1953.

¹¹⁰ Zur Haltung der Produzenten: vgl. den zitierten Bericht des 'Besonderen Ausschusses' des Beratenden Ausschusses, in: CEAB 02/1080. Positionen der Mitgliedsländer: vgl. 11. Tagung des Ministerrats, 21.12.1953, in: CEAB 02/1150.

¹¹¹ CEAB 09/93. Wirtschaftsabteilung (PU). Aufzeichnung über die Festlegung einer Politik auf dem Kohlensektor, 28.1.1954. Ebenso: EUI, PU 35. Anstatt die Debatte über die 'Allgemeinen

In der auf die Veröffentlichung folgenden Debatte wurden die "Mängel und Unzulänglichkeiten" dieser kohlepolitischen Konzeption der Hohen Behörde aufs schärfste kritisiert und zerpflückt. Nicht nur die Ungewissheit über die Entwicklung des Energiemarktes, die auch das Uri-Memorandum widerspiegelte, sondern hauptsächlich der knappe Handlungsspielraum der Hohen Behörde, die wegen ihrer eingeschränkten Kompetenzen die konkurrierenden Energiebereiche sowie die Handelspolitik nicht einbeziehen konnte, liessen das weitsichtige Projekt zu Makulatur werden.¹¹² Ob der eingetretenen Pattsituation mochte sich aber niemand freuen - allen war klar, dass bezüglich einer konsistenten Energiepolitik Handlungsbedarf herrschte. Es war daher nur folgerichtig, dass - im Bewusstsein der systemimmanenten Mängel der eigenen Arbeit - in der ersten supranationalen Behörde Vorschläge zur Ausweitung der eigenen Kompetenzen auf zusätzliche Wirtschaftsbereiche an Auftrieb gewannen.

• **Die Suche nach einer allgemeinen Energiepolitik und der Zusammenbruch des Kohlemarktes (1955-1958)**

Erweitern oder Scheitern? Die nach dem Misserfolg des EVG-Projekts ausgebrochene Krise im Gefüge der europäischen Gemeinschaft setzte einen Prozess in Gang, in dessen Verlauf verschiedene Konzepte zur Fortsetzung der Integrationsbestrebungen zur Diskussion standen. Die Hohe Behörde, die angesichts der erläuterten Probleme ein lebhaftes Interesse am Ausbau ihrer Kompetenzen haben musste, kompromittierte ihre Aussichten aufgrund interner Meinungsverschiedenheiten gleich selber. Monnet als Fürsprecher eines autonomen Atomprojekts und Vizepräsident Franz Etzel als Befürworter eines schrittweisen Ausbaus der EGKS in den konventionellen Energiebereichen, vertraten divergierende Standpunkte. Die diffus kommunizierte und abrupt erfolgende Demission des ersten Präsidenten irritierte überdies viele seiner Mitstreiter in der Hohen Behörde.¹¹³

Zu Beginn der 'relance européenne', im Vorfeld der Konferenz von Messina, war noch völlig offen, welche Option zur Fortsetzung des Einigungsvorhabens den Zuschlag erhalten würde. Im Verlauf der Arbeiten des Spaak-Komitees, in der zweiten Jahreshälfte 1955, scheiterten schliesslich die letzten Versuche seitens der Hohen Behörde, doch noch Einfluss auf die Ausgestaltung der weiteren Integrationsschritte nehmen zu können. Sowohl in institutioneller wie auch in ener-

Zielsetzungen' endlich zu einem Schluss zu bringen, eröffnete die Hohe Behörde mit dem Memorandum zur Kohlepolitik eine neue Diskussionsebene. Auch wenn die Behörde grossen Wert auf die Abgrenzung der beiden Bereiche legte - die allgemeinen Leitlinien sollten der Orientierung bezüglich Produktionskapazität und Investitionsbedarf dienen, während die Aspekte Wettbewerb, Preise, Konjunktur- und Strukturpolitik in einer 'Kohlepolitik' zu fassen waren - sorgten die vielen Berührungspunkte für Vermischungen und Konfusion.

¹¹² Reaktionen und Debatten im Nachgang an die Veröffentlichung des 'Uri-Memorandums': vgl. Röndigs 2000, Globalisierung und europäische Integration, S. 255-269.

¹¹³ Ausführlich zu Monnets Haltung: vgl. Kap. 4.7. Als erster des Neuner-Gremiums griff Etzel das Thema der Unionserweiterung auf die übrigen Energiebereiche auf: "Es gibt ausser der militärischen Zusammenarbeit Aufgaben genug, die integriert besser geleistet werden können als in nationaler Sonderstellung. (...) unsere augenblicklichen Arbeiten an einer Kohlepolitik der Gemeinschaft haben uns zu der Erkenntnis geführt, dass wir angesichts von Heizöl und Erdgas und der am Horizont erscheinenden Atomenergie eine Kohlepolitik allein überhaupt nicht mehr führen können ohne eine allgemeine Energiepolitik. Was wäre natürlicher, als hier einen zwar kleinen, aber logischen Schritt integrierender Entwicklung durch Ausdehnung des Schumanplans auf alle Energiequellen zu machen." CEAB 02/756. Ansprache Etzels vor der Mitgliederversammlung der Edelstahlvereinigung, 12.10.1954.

giepolitischer Hinsicht wurde die Lösung der Probleme der Montanunion auf die Zeit nach der Unterzeichnung der Römer Verträge vertagt. Der Gemeinsame Markt und die Atomgemeinschaft standen allein im Mittelpunkt der unmittelbar nach der Präsentation des Spaak-Berichts vom 21. April 1956 einsetzenden Verhandlungen auf Regierungsebene.¹¹⁴

Auswirkungen der Suez-Krise

Die EGKS blieb in der Folge nur der Versuch, die immer virulentere Herausforderung der Energiemärkte weiterhin im Rahmen ihrer beschränkten Möglichkeiten anzugehen. Wie unzureichend das politische Instrumentarium der Organisation war, zeigte sich bereits wenig später, als der im Nachgang an die Suez-Krise einsetzende Ölpreiszerfall - im Zusammenspiel mit dem anhaltenden Preisanstieg in der europäischen Kohlewirtschaft - die Wende auf dem Energiemarkt beschleunigt eintreten liess.

Während sich im Jahr 1955 langsam abzeichnete, dass eine umfassende Energiepolitik im Rahmen der Sechs nicht durchzusetzen war, rückte die Konkurrenzsituation zwischen der Kohle und dem Erdöl auf dem europäischen Markt im allgemeinen und die Gestaltung der Preisverhältnisse zwischen den Energieträgern im besonderen ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Waren die Kohlepreise in den meisten Revieren der Montanunion bis im April 1955 schrittweise freigegeben worden, so blieben die Zechen an der Ruhr und teilweise in Nordfrankreich weiterhin einem Höchstpreis-Regime unterstellt.¹¹⁵ Die Kontroverse um die Preispolitik im wichtigsten Produktionszentrum wurde zum zentralen Streitpunkt der gemeinschaftlichen Kohlepolitik.¹¹⁶ Erstrebte die Hohe Behörde - wie im Uri-Memorandum zu einer allgemeinen Kohlepolitik dargelegt - im Prinzip eine Flexibilisierung der Preise, so legten Präsident René Mayer und seine Kollegen bei der praktischen Umsetzung aus den genannten Gründen grosse Vorsicht an den Tag. Eine branchenweit vorherrschende Tendenz, angesichts einer anziehenden Nachfrage sowie einer gesamtwirtschaftlich progressiven Lohnentwicklung die Preise für den Brennstoff kräftig zu erhöhen, bot der Luxemburger Behörde noch ein zusätzliches Argument für ihr zögerliches Vorgehen.¹¹⁷

¹¹⁴ "Als Spaak fortan die Debatte (..) zum Lenkungsausschuss hin verlagerte (..) wurde der Hohen Behörde jede weitere Einflussmöglichkeit entzogen. Die Strategie für den weiteren Verhandlungsverlauf bestand darin, die Themenfelder auf den Gemeinsamen Markt und Euratom zu begrenzen und weiteren Ballast vor den Regierungsverhandlungen abzuwerfen." Küsters 1982, Wirtschaftsgemeinschaft, S. 250. Der von Pierre Wigny im März 1956 vorgestellte 'Bericht über das europäische Energieproblem' der Gemeinsamen Versammlung kam Spaaks Absichten insofern entgegen, als die Parlamentarier von der Forderung abrückten, einen gemeinsamen Markt für alle Energieformen sofort zu verwirklichen. Vgl. CEAB 01/608. Wigny-Bericht, 12.3.1956. Ausführlicher zur 'relance': siehe Kap. 4.3.

¹¹⁵ CEAB 04/652. HB. Zusammenfassende Darstellung der auf preislichem Gebiet getroffenen Massnahmen, 28.2.1955. An der Ruhr und in Nordfrankreich wurden ca. zwei Drittel der EGKS-Kohleproduktion gefördert.

¹¹⁶ Diebold 1959, Schuman Plan, S. 245.

¹¹⁷ EUI, CEAB 04/591. Wirtschaftsabteilung (PU), 23.4.1955. Im Zusammenhang mit den Lohnerhöhungen warnte Uri eindringlich: "Eine Industrie, deren Löhne gleichzeitig mit denen der übrigen Industrie steigen, deren Produktivität jedoch in weit geringerem Masse zunimmt, trägt selbst zu ihrem Abstieg bei, der sich aus einer ständigen Erhöhung ihrer Preise im Verhältnis zu den übrigen Preisen notwenig ergibt" (S. 2 der Erklärung). Die Warnung vor den Substitutionseffekten einer ungezügelter Preispolitik verpuffte jedoch ohne Wirkung.

Mit der Suezkrise und der Freigabe der Ruhr-Preise markieren die Jahre 1956/57 einen Wendepunkt in der Entwicklung der westeuropäischen Energiewirtschaft. Seit längerem war abzusehen, dass die selektive Höchstpreispolitik der Hohen Behörde der Dynamik der Preisauftriebenden auf die Dauer nicht standhalten konnte. Aber auch die in einer Hochkonjunkturphase erfolgte Preisfreigabe führte nicht zu einem mittelfristig erhofften Preisrückgang für Kohle. Vielmehr gefährdete die Aufgabe der Preisbindung aus nationaler Sicht sogar die Stabilität des allgemeinen Preisniveaus. Die Deutschen bedienten sich deshalb eines Konzepts, das durch Absprachen mit der Industrie die Preisentwicklung in einem begrenztem Rahmen hielt und dem Bergbau durch staatliche Kompensationen den Kostendruck wegnahm. Unfähig, die verbreiteten Praxis 'staatlicher Beihilfen' für den Bergbau wirksam zu unterbinden, sah sich die Hohe Behörde letztlich gezwungen nachzugeben und zähneknirschend gewissen Formen 'sozialpolitischer Entlastung' des Bergbaus zuzustimmen - im Bundeswirtschaftsministerium klar als Subventionen deklariert. Das Weiterdrehen der Lohn-Preis-Spirale vermochten die getroffenen Massnahmen jedoch nicht zu verhindern. Neue Preiserhöhungen des Ruhrbergbaus im Herbst 1957 führten zu erheblichen Spannungen zwischen dem Unternehmensverband in Essen und dem Bonner Wirtschaftsministerium. Erst die gegen Ende des Jahres abflauende Kohle-Konjunktur setzte der Serie von Preiserhöhungen vorerst ein Ende.¹¹⁸

Eine gegenläufige Entwicklung durchlief der Mineralölsektor. Dominierte im Herbst 1956, im Verlauf der Suez-Krise, die Furcht vor einer ernsthaften Versorgungskrise, so war nach Beilegung des Konflikts die Meinung vorherrschend, dass die Erdölindustrie auch in schwierigen Zeiten in der Lage sein würde, den Ölbedarf aus ihren diversen Quellen abzudecken.¹¹⁹ Das immer grösser und billiger werdende Ölangebot und die sich mehr und mehr öffnende Preisschere beschleunigten den Umbruch auf dem Energiemarkt. Erhards Bundeswirtschaftsministerium, das seine stabilitätspolitischen Ziele durch die Politik der Kohleindustrie gefährdet sah, liess dieser Entwicklung freien Lauf und leistete damit den auf dem Energiemarkt wirkenden Substitutionseffekten Vorschub. Anders als die europäischen Partner liess die Bundesregierung der Ölindustrie bei der Bewältigung der Versorgungsprobleme weitgehend freie Hand - ein Umstand, der sich signifikant von ihrem Verhalten gegenüber der Kohleindustrie abhob, die sich - besonders in der Preispolitik - von der Montanunion und dem Staat regelrecht gegängelt fühlte.¹²⁰

Die Ohnmacht der Hohen Behörde angesichts der Kohlekrise von 1958

Nach der Wende auf dem Energiemarkt in den Jahren 1956-58 steuerte die Montangemeinschaft geradewegs in eine Krise, die sowohl die strukturellen Defizite des europäischen Kohlenbergbaus als auch die Defizite der europäischen In-

¹¹⁸ EUI, CEAB 02/731. HB, 310. Sitzung, 21.3.1956. Trotz Bedenken hob die Mehrheit der Hohen Behörde die Festpreise für das Ruhrgebiet auf. Bezüglich der erneuten Spannungen wegen der Preiserhöhungen an der Ruhr: vgl. Abelshausen 1986, Kohle und Marktwirtschaft, S. 501ff.

¹¹⁹ "Along with the earlier 'defeat' of the Iranians, the success of this emergency operations was to dominate the industrial world's perception of the oil security issue for the coming decade and a half (...). The Americans supported the European conclusion that the companies could be trusted to maintain oil-flows in a time of crisis". Turner 1980, Oil Companies, S. 52.

¹²⁰ Im Rahmen der OECE-Krisenpolitik löste die Haltung der Bundesregierung Dissonanzen aus. Vgl. Röndigs 2000, Globalisierung, S. 327-336.

tegrationsansätze vor Augen führte. "Die ersten Merkmale einer Änderung der Lage auf dem Gebiet der Kohlenwirtschaft", fasst eine Expertise der Wirtschaftsabteilung im Herbst 1958 zusammen, "zeichneten sich innerhalb der Gemeinschaft im Laufe des Jahres 1957 ab, und zwar zunächst beim schwächsten ihrer Erzeugerländer, Belgien."¹²¹ Hier begannen die in den Jahren 1955 und 1956 nahezu vollständig abgebauten Haldenbestände in den ersten Monaten des Jahres 1957 zu wachsen und beliefen sich Ende 1957 auf knapp 1.3 Mio. Tonnen. Bei den Kohlehalden handelte es sich mitnichten um ein konjunkturelles Phänomen, wie zunächst von der Hohen Behörde behauptet, sondern um ein bildhaftes Symbol der Strukturschwäche des europäischen Kohlebergbaus, um ein Mahnmal der Rationalisierungs- und Modernisierungsversäumnisse vergangener Jahre. Sowohl der US-Kohle als auch den Ölerzeugnissen gegenüber war die europäische Kohle - das waren nun auch die Produzenten gezwungen einzusehen - nicht mehr wettbewerbsfähig.

Unter diesen Voraussetzungen mussten die Vorschläge der Hohen Behörde zur Überwindung der Krise zu kurz greifen, und innerhalb von kurzer Zeit veränderte sich die Perzeption der Kohlesituation im obersten Exekutivorgan der Gemeinschaft grundlegend: War man in den langfristigen Prognosen und bei der konkreten Haldenfinanzierung lange davon ausgegangen, dass der Bergbau nach einer vorübergehenden Marktschwäche am Aufschwung werde teilhaben können, wichen die Wachstumserwartung im Jahre 1959 plötzlich einer sehr pessimistischen Einschätzung. Nach Spierenburg bestand die Aufgabe der Hohen Behörde nunmehr darin, den 'geordneten Rückzug' der Kohleindustrie einzuleiten.¹²²

"Die Kohlenkrise von 1958 bis 1959 liess in aller Deutlichkeit den Widersinn einer Lage erkennen, in der die Hohe Behörde zwar supranationale Befugnisse über den Kohlenbergbau der Gemeinschaft ausübte, aber keinerlei Aktionsmöglichkeit auf dem Gebiet der Handelspolitik besass."¹²³ Je mehr sich die Situation auf dem Kohlemarkt zuspitzte, um so mehr rückte die institutionelle Krise des regionalen Integrationsprozesses in den Vordergrund der Auseinandersetzungen zwischen der Hohen Behörde - die ihre dem Unionsvertrag entnommenen Rechte und Kompetenzen anwenden wollte - und der Mehrzahl der nationalen Regierungen sowie der Kohleindustrie, die schmerzliche und damit 'dirigistische' Eingriffe Luxemburgs grundsätzlich ablehnten. Zum einen war die institutionelle Krise, wie schon erwähnt, eine Folge der 1951 eingeleiteten Teilintegration, die der Hohen Behörde die zur Gestaltung einer koordinierten Energiepolitik notwendigen Kompetenzen nicht zugestand, womit das Scheitern des supranationalen Krisenmanagements vorgezeichnet war, weil das wichtigste Organ der Montanunion nicht in adäquater Weise handeln konnte; sowohl in der Handelspolitik als auch gegenüber der Öl-Expansion waren ihm die Hände gebunden.

Die Kohlekrise wuchs sich aber auch zur Krise der Institution aus, weil einige Mitgliedsländer - insbesondere Frankreich und die Bundesrepublik - die Gemeinschaft angesichts der politischen Brisanz der Lage unumwunden für nicht zuständig erklärten. Anstatt eine gemeinschaftlichen Lösung anzustreben, verfi-

¹²¹ EUI, CEAB 07/1056. Wirtschaftsabteilung. Definition, Umfang und Ausdehnung der offensichtlichen Krise, 30.9.1958.

¹²² EUI, CEAB 02/1310. HB. Protokoll des vertraulichen Teil der 517. Sitzung vom 20./21.5.1959.

¹²³ Wagenführ-Bericht 1963, S. 431.

len die Hauptbetroffenen überkommenen nationalstaatlichen Mustern.¹²⁴ Statt die Möglichkeiten des Montanvertrages auszuschöpfen, begannen die Länder der Gemeinschaft, ihre nationalen Märkte abzuschotten, und der Ministerrat verkam in der Auseinandersetzung um eine griffige Krisenpolitik der Union zu einem regelrechten Blockade-Instrument der Nationalstaaten.¹²⁵ Als der Vorsitzende der christlich-demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments, Alain Pohér, im April 1959 den "Kampf, den gewisse Kreise gegen das supranationale Europa führen" geisselte, hatte der Franzose die politischen Strömungen treffend erfasst. "Der Konflikt", mahnte er, "besteht nicht zwischen dem Europa der Nationalitäten und dem integrierten Europa, sondern zwischen dem Europa des Egoismus und dem Europa der Solidarität".¹²⁶

Das supranationale Modell für Europa, das nach dem Willen Schumans mit spezifischen, aber wirksamen Kompetenzen ausgerüstet sein sollte, um bindende Entscheidungen jenseits nationaler Interessenlagen treffen zu können, erlitt in der ersten grossen Krise Schiffbruch, weil sich die im Vertragswerk eingeflochtenen institutionellen 'Bremsen' als sehr effektiv erwiesen. Mit dem Rückgriff auf den Primat nationaler Interessen - Sicherung der inländischen Kohleproduktion, Zugang zu billiger Energie in Drittstaaten - wurde die Substanz des Gemeinsamen Marktes fundamental in Frage gestellt. Die Hohe Behörde schien bestenfalls noch als Subventionsinstrument brauchbar, und das Renommee der Montanunion war für die Zukunft mit einer schweren Hypothek belastet - das nationalstaatliche Denken überwog in einer kritischen Situation einmal mehr gegenüber dem Gedanken der Supranationalität.

¹²⁴ Als zusätzliches Krisensymptom wurde in diesem Moment noch ein weiterer institutioneller Schwachpunkt augenfällig: Die Mitglieder des Neuner-Gremiums, auf dessen Unabhängigkeit Monnet grossen Wert gelegt hatte, übernahmen in Luxemburg teilweise die Rolle von 'nationalen Stroh Männern': Der Belgier Coppé agierte regelmässig für drastische Massnahmen, um die Brüsseler Regierung zu entlasten, und das Duo Blücher/Potthoff hielt regen Kontakt mit Bonn, um im Grossherzogtum die politische Linie der Bundesregierung umzusetzen. Vgl. Spierenburg/Poidevin 1993, *Histoire de la Haute Autorité de la CECA*.

¹²⁵ EUI, CEAB 02/1310. HB. Reaktion der Hohen Behörde auf die Ablehnung des Krisenprogramms, 25.5.1959, S. 2. Eine Kostprobe aus der Stellungnahme vermag einen Eindruck der vorherrschenden Stimmung zu vermitteln: "In der Hohen Behörde wird diese Haltung der französischen Regierung dahingehend interpretierte, dass diese den Beschlüsse der HB keine Bedeutung mehr beimisst und es deshalb auch nicht für notwendig befunden hat, die französischen Mitglieder über ihren Standpunkt zu informieren". Vgl. auch Jensen 1967, *Energy in Europe*, S. 75f.

¹²⁶ Europäisches Parlament, Verhandlungen. Sitzungsperiode April 1959, zit. nach Röndigs 2000, *Globalisierung und europäische Integration*, S. 402.

3.3 Wettbewerb auf dem Energiemarkt - Erdöl als Konkurrenzprodukt

"In unserem Jahrhundert [dem 20. Jh.] ist jede Facette der Zivilisation durch die moderne Alchemie des Petroleums verwandelt worden. Es bleibt wahrhaft das Jahrhundert des Öls".

Schlussworte des tausend Seiten starken Werkes zur Geschichte des Öls von Daniel Yergin: Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht, Frankfurt/M 1991.

• **Rückblick, Ausblick - Implikationen des Erdölbooms**

'Oil makes and breaks nations' - in dieser verkürzten Form wird in der Erdölbranche gerne die Geschichte des 20. Jahrhunderts umrissen. Wirtschaftlich ist der Stoff für die Industrieländer immer noch von grösster Bedeutung, und als wichtigster Rohstoff der Erde ist Öl wohl die einzige Ware, über deren Preisveränderungen regelmässig nicht nur im Wirtschaftsteil, sondern auch auf den Titelseiten der führenden Tageszeitungen berichtet wird. Wie gross der Einfluss dieser treibenden Kraft der Industriegesellschaft auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts war, lässt sich - um ein Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit zu bemühen - daraus ableiten, dass der Golfkrieg von 1991 in wesentlichen Teilen als Auseinandersetzung zur Sicherung von Rohstoffreserven zu werten ist.

Wie sehr der Faktor Erdöl über Sein oder Nichtsein von Völkern und Staaten entscheidet, zeigt sich nicht nur in den gegenwärtigen Konflikten, sondern in der modernen Geschichte des Orients schlechthin. Die gegenseitige Abhängigkeit bei der Gewinnung und Vermarktung von Erdöl hat die politischen Beziehungen der arabischen Welt zum Westen entscheidend mitgeprägt.

Die Liste nächstlicher Konflikte rund um das Erdöl ist lang. Zu den jüngsten zählen der Zermürbungskrieg zwischen dem Irak und Iran (1980 bis 1988) und die irakische Invasion von Kuwait 1990. In beiden Fällen setzte der irakische Diktator Saddam Hussein im machtpolitischen Poker um alte Territorialansprüche auf die Erdölkarte. Die Schlacht um Afghanistan ist - über das Ziel der Terrorbekämpfung hinaus - mit dem Projekt einer Pipeline von Turkmenistan nach Pakistan eng verquickt. Und auch bei der tschetschenischen Lust zur Sezession von Russland, die sich 1994 entzündete, ging und geht es auch um die Transportroute für kaspisches Erdöl.

Grenzstreitigkeiten - häufig wegen grenznaher Erdölfelder - stellen im Nahen und Mittleren Osten kein Novum dar; vielmehr bilden sie eine Konstante der regionalen Instabilität, und schon bei der Gründung der Nationalstaaten in der Levante stand oft das Erdöl im Zentrum. Sowohl der säkulare Panarabismus als auch die islamistische Ideologie erachten denn auch die von den Grossmächten gezogenen Grenzen zwischen den arabischen Staaten als willkürlich und bestreiten regelmässig deren Legimität. So wurden beispielsweise die nach der Machtübernahme durch Grossbritannien und Frankreich im Vorderen Orient im Sykes-Picot-Abkommen von 1916 festgelegten Staatsgrenzen zwischen dem Irak, Syrien und der Türkei infolge der anhaltenden Rivalität der beiden Entente-Mächte um das Ölgebiet von Mosul erst mittels eines an der Konferenz von San Remo im Jahre 1920 ausgehandelten Kompromisses - dem britisch-französischen Erdölabkommen - definitiv gezogen.

Eine endgültige Bereinigung fand der Kampf um Einflusszonen in Form von Mandaten auf dem Gebiet des ehemaligen Osmanischen Reiches sogar erst mit dem Vertrag von Mosul (1926), welcher die Anteile der Iraq Petroleum Company goutenmässig auf eine englische, eine amerikanische und eine französische Gruppe von Ölfirmen aufteilte.¹ Erst die Gewährung von Rechten,ritisches Erdöl aus dem Mosul durch das französische Mandatsgebiet Syrien zu leiten, ermöglichte die Demarkation von Mandatsgrenzen, die bis heute Gültigkeit haben. Gleichzeitig nahm eine Interdependenz von West und Ost in der Energieversorgung ihren Anfang, die erst viel später - in den Krisen von 1956 und 1973 beispielsweise - ihre Tragweite und Brisanz offenbaren sollte.

Als die USA nach 1945 die Rolle der Briten als Hegemonialmacht im Nahen Osten übernahmen, stammten 90% der Erdölversorgung der Alliierten aus US-Quellen. Angesichts der wachsenden strategischen Bedeutung von Energieträgern wurde der Wunsch aber stärker, sich bei der Förderung von US-Erdöl zurückzuhalten und stattdessen auf 'billiges' Nahost-Erdöl zu setzen.² Nebst den längst bekannten Mosul-Feldern im Irak begünstigten die erfolgreichen Probebohrungen auf der Arabischen Halbinsel eine Auslagerung der Erdölproduktion in die Region. Die nachfolgende Dominanz der 'Big Seven Sisters' in den Förderstaaten am Golf ist legendär, kontrollierten sie doch - quasi als 'Staat im Staate' - Produktion, Transport, Verarbeitung und Vermarktung des arabischen Erdöls nahezu uneingeschränkt.

Die 'Schwestern' blieben als angelsächsische Gruppe weitgehend unter sich.³ In Saudi-Arabien beispielsweise waren Texaco, Exxon, Mobil und Chevron in Form der Arabian-American Oil Company (Aramco) tätig. Obwohl das Haus Saud, welchem die Vereinigung der Stämme der Arabischen Halbinsel erst 1932 gelungen war, die erste Förderungskonzession für die östlichen Provinzen des jungen Königreichs bereits 1933 an US-Unternehmungen vergab, waren die dort getätigten Probebohrungen erst 1938 erfolgreich. Und erst nach dem Zweiten Weltkrieg, nachdem die US-Förderung zurückgefahren wurde und der Erdölbedarf in den westlichen Industriestaaten stark anstieg, mutierte Aramco zu einem der mächtigsten Akteure im Ölmarkt. Bis zur Verstaatlichung Mitte der siebziger Jahre bildete das Unternehmen einen Staat im Staat: die Geschäftsleitung gestaltete mehr oder weniger die Tagespolitik des Gastlandes, und überdies betrieben die amerikanischen Ölmanager regionale Politik im grossen Stil.⁴ Aber auch in andern Ländern der Region degradierten die weitreichenden, oftmals das ge-

¹ Anteile der Iraq Petroleum Company: englische Firmen 52,5%, französische und amerikanische Gruppen je 21,25%. Die restlichen 5% erhielt der britische Ölmagnat armenischer Abstammung, S. Calouste Gulbenkian, für seine Vermittlertätigkeit zugeschlagen.

² Zur Erdölpolitik der USA: vgl. Mejcher 1990, Politik und das Öl, Bd. 2, S. 65-88.

³ Neben den 'Europäern' British Petroleum (BP) und Royal Dutch/Shell gehörten die fünf US-Konzerne Texaco, Mobil Oil, Gulf Oil, Standard Oil of California (Socal) und Standard Oil of New Jersey (später 'Exxon') zu den 'Majors'. Vgl. Penrose 1989, Oil and the International Economy, in Ferrier/Fursenko 1989, Oil in the World Economy, S. 56f.

⁴ Als Aramco schliesslich verstaatlicht wurde, verlief der Vorgang aussergewöhnlich harmonisch: die Verhandlungen führten 1976 zu dem Ergebnis, dass Saudi-Arabien die Anteile der US-Konzerne zu 100% übernahm und Aramco die Geschäfte im gewohnten Rahmen weiterführte. Rechtsgültig unterzeichnet wurde die Abmachung aber erst im Jahre 1990, was bedeutet, dass das Erdöl während 14 Jahren auf der Basis von Handschlag und Ehrenwort zwischen den amerikanischen Konzernen und dem Hause Saud auf den Markt gelangte. Zur Entstehung von Aramco: vgl. Painter 1986, Oil and the American Century, S. 203.

samte Staatsgebiet umfassenden Konzessionen der westlichen Konzerne die Gaststaaten zu faktisch rechtlosen Rohstofflieferanten.

Die aufgestauten Konflikte zwischen Konzessionsnehmern und Gaststaaten eskalierten schliesslich aufgrund der Tatsache, dass selbst der 'posted price' für das schwarze Gold eine von den Produzenten vorgeschriebene Grösse war. Die Förderländer fühlten sich nach den signifikanten Preissenkungen am Ende der fünfziger Jahre um ihre Bodenschätze betrogen.⁵ Eine direkte Folge der Zwistigkeiten zwischen Produzentenländern und Konzessionsnehmern war die Schaffung der Organisation erdölexportierender Länder, der Opec, im September 1960. Die fünf Gründerstaaten - der Irak, Iran, Kuwait, Saudi-Arabien und Venezuela - forderten in erster Linie Preisstabilität sowie vermehrte Konsultationen in Sachfragen wie Förder- und Preispolitik. Von Massnahmen wie einer Enteignung der internationalen Erdölkonzerne war man noch weit entfernt. Was jedoch 1951 mit der Mossadegh-Krise in Iran seinen Anfang genommen hatte, sollte sich 1969 in Libyen revolutionär fortsetzen: die 'Big Majors' verloren ihre Konzessionen an nationale Erdölfirmer, die sogleich die Förderung in Eigenregie übernahmen.⁶

Auf diese Weise hatten fast alle Förderländer zu Beginn der siebziger Jahre die Souveränität über ihre Ressourcen zurückgewonnen. Der Westen reagierte irritiert und gereizt auf den 'Undank' der Gaststaaten, die der Erdölförderung - aufgebaut mit Kapital und Risikobereitschaft der Industrieländer - ihren neuen Wohlstand verdankten. Wechselseitige Missverständnisse und Unmut nahmen ihren Lauf, und das Trauma der Konzessionszeit prägt bis heute die Köpfe. Noch immer reagieren die arabischen Länder höchst empfindlich auf 'Einmischungsversuche' des Westens in ihre inneren Angelegenheiten.⁷

Die Beibehaltung der Souveränität über die eigenen Erdölressourcen ist das erklärte Ziel der Förderländer des Nahen Ostens, obwohl zunehmender Kapitalmangel eine allmähliche Aufweichung der Positionen zu bewirken scheint. Die Tatsache, dass Saudi-Arabien im Juni 2001 erstmals ausländische Direktinvestitionen in die Erdgasförderung konzedieren musste, lässt bei den westlichen Konzernen denn auch erneut die Hoffnung keimen, in der arabischen Erdölförderung bald wieder über mehr Einflussmöglichkeiten zu verfügen. In die gleiche Richtung

⁵ "Sie behandeln uns wie Kinder, sie beraten sich überhaupt nicht mit uns", beklagte sich der saudische Erdölminister Abdallah al-Tariki im Juli 1960 anlässlich eines Ministertreffens in Beirut über die westlichen Ölkonzerne, die ihre Preispolitik ohne jede Rücksprache mit den Förderländern festlegten. zit. nach Karin Kneissl, 'Spannungsfeld Erdölmarkt', in: NZZ Nr. 280, 1./2. Dez. 2001.

Der niedrige Ölpreis sowie die willkürliche Preispolitik der Konzerne hatten den Schah von Persien bereits 1957 zur Kündigung des 'fifty-fifty'-Abkommens geführt, das die Einnahmen aus den Förderungen zu gleichen Teilen zwischen Erdölgesellschaften und Förderländern regelte. Als weitere Folge der Unzufriedenheit resultierte mit der OPEC-Gründung schliesslich eine der markantesten Zäsuren der Nachkriegszeit.

⁶ In der Folge führten die beiden Ölpreisschocks von 1973/74 und 1979 der Bevölkerung der Industrienationen - deutlicher als je zuvor - ihre heikle Abhängigkeit von einer höchst instabilen Region vor Augen. Als 'dritten Ölschock' könnte man überdies die OPEC-Krise von 1986 bezeichnen, in der deutlich wurde, dass eine konsequente 'Weg-vom-Nahost-Öl'-Politik (Exploration neuer Erdöl- und Erdgasvorkommen; Suche nach alternativen Energieformen; effizienter Energie-Einsatz) die OPEC-Mitglieder um ihre Absatzmärkte bangen lässt und den Zusammenhalt des Kartells nachhaltig beeinträchtigen kann.

⁷ Auch der Aufstieg des Terrornetztes von Osama bin Laden weist einen engen Bezug zum Erdöl auf: die strategische Allianz der USA mit dem Hause Saud stellt für den Islamisten bin Laden ein inakzeptables Sakrileg dar. In seinen Augen begehen die Saud, Hüter der heiligen Stätten des Islam, durch ihre Bindung an die Amerikaner Verrat an den Glaubenssätzen ihrer Religion.

zielt die ebenfalls seit dem Sommer 2001 andauernde Debatte über sogenannte 'buy-back agreements' im Iran. Dabei geht es um eine Form der Vorfinanzierung der Entwicklung von Erdöl- und Erdgasfeldern zwischen ausländischen Firmen und der iranischen Regierung, wobei die Rückzahlung zu einem späteren Zeitpunkt mittels Erdöl und Erdgas zu erfolgen hätte.

Obwohl nicht in erster Linie die USA, sondern Westeuropa und Asien von nahöstlichem Erdöl abhängen, entspricht das Interesse der Amerikaner am Zugang zu den Ölquellen in der Region vorerst weiterhin geltender Doktrin. Parallel dazu lassen die USA aber eine Tendenz erkennen, die Abhängigkeit von den Erdölquellen am Persischen Golf zu verkleinern. Gemäss Energieplan von Präsident Bush sollen künftig verstärkt die noch vorhandenen US-Vorkommen angebohrt und ausgebeutet werden. Überdies einigte sich Bush mit seinem russischen Amtskollegen Putin darauf, künftig in Energiefragen ausgeprägter zu kooperieren. Russland, das in den letzten Jahren seine Förderpolitik eng mit der Opec abgestimmt hat, scheint nun offenbar eigene Wege gehen zu wollen. Umso mehr dürfte die Opec künftig auf die Kooperationsbereitschaft von Non-Opec-Produzenten wie Mexiko und den Nordsee-Staaten angewiesen sein, um einem Preiszerfall auf dem Erdölmarkt vorzubeugen.

Angesichts dieser Konstellation lässt sich leicht voraussehen, dass Erdöl auch in Zukunft kaum je ein 'blosser' Rohstoff sein wird; vielmehr dürfte auch fortan in seinem Namen - als Kristallisationspunkt von gegensätzlichen Interessen - über Krieg und Frieden entschieden werden.

• **Die Strukturen der Mineralölwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg**

War auf dem Kohlesektor die Suche nach einem Ausweg aus der Stagnation das wichtigste Kennzeichen der Rekonstruktionsphase, so zeichnete sich schon während des Krieges ab, dass die Lage beim Erdöl völlig anders sein würde. In den Augen der Amerikaner und Briten, die über die grössten Ölreserven der Welt verfügten, würde nicht eine Rationierung des Mangels, sondern "an orderly development and orderly distribution of abundance in an economy of plenty" das grösste Problem darstellen.⁸ Umfangreiche Ölfunde in Venezuela und besonders im Nahen Osten liessen Befürchtungen aufkommen, der von wenigen Gesellschaften dominierte internationale Ölmarkt werde nach dem Krieg angebotsseitig überflutet und das sensible und mühsam erarbeitete Gleichgewicht im Ölgeschäft könne dabei aus der Balance geraten.

Die Vereinigten Staaten, mit Abstand der grösste Produzent und Konsument auf dem Weltmarkt, sahen bei Kriegsende eine Verschiebung der regionalen Gewichte im Ölmarkt voraus. "Der Schwerpunkt der Ölproduktion verschiebt sich vom Gebiet des Golfs von Mexico und der Karibik in den Mittleren Osten, in die Region des Persischen Golfes, und wird sich wahrscheinlich so lange weiter verschieben, bis er in jener Region fest verankert ist", schrieb der führende amerikanische Ölexperte Lee Everett DeGolyer nach der Rückkehr aus dem Nahen Osten zur Jahreswende 1943/44.⁹ "How Saudi Arabia oil would be fitted into world market was a key issue facing the world petroleum economy when World War II broke out." Die geäusserten Befürchtungen wurden durch die Tatsache genährt,

⁸ Mejcher 1990, Politik und das Öl, Bd. 2, S. 294.

⁹ Zit. nach Mejcher 1990, Politik und Öl, Bd. 2, S. 72; vgl. auch Yergin 1991, Der Preis, S. 502.

dass sich auch internationale Anbieter auf der arabischen Halbinsel etablierten, deren Absatzmärkte nicht gross genug waren, um die selber geförderten Rohölmengen absorbieren zu können.¹⁰

Zunächst blieb die gefürchtete Erschütterung des Marktes aber aus. Der Grund lag darin, "that the Companies had little desire to engage in price competition in order to sell to independent producers who might compete in product markets". Die Kontrolle des Marktes ergab sich dadurch, dass sieben bzw. acht Ölgesellschaften die grössten Erdölressourcen der Welt monopolisierten und so die Spielregeln im weltweiten Handel mit Rohöl und Erdölprodukten unter sich festlegen konnten.¹¹ Nebst den 'Sieben Schwestern' - dazu gehörten die 'Europäer' Anglo-Iranian Oil Company (AIOC; später British Petroleum, BP) und Royal Dutch/Shell sowie die fünf US-Konzerne Texaco, Gulf Oil, Standard Oil of New York (Socony; später Mobil Oil), Standard Oil of California (Socal) und Standard Oil of New Jersey (später 'Exxon') - kann man, als kleinere 'Halbschwester', auch die französische 'Compagnie Française de Pétrole' (CFP) zu den 'Majors' zählen. Die erfolgreichen Newcomer, Gulf, Socal, Texaco und Socony mussten sich aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen in die in den 20er Jahren installierten und zwischenzeitlich den veränderten Verhältnissen angepassten Kontrollmechanismen einbinden lassen. In Konsortien wurden die Ölkonzessionen zum gegenseitigen Nutzen betrieben und gleichzeitig rivalisierende Förderinteressen kontrolliert.¹²

Langfristige Lieferverträge zwischen Gesellschaften mit unterschiedlich reichhaltigen Rohstoffbasen sorgten für eine weitere horizontale Verflechtung der Ölünternehmen. Die vertikale Integration von Ölförderung und Ölverarbeitung - über 70% der Raffineriekapazitäten ausserhalb der USA und der Sowjetunion lagen um 1950 bei den grossen Sieben - verhinderte ausserdem auf eine sehr effektive Weise ein freies Spiel der Marktkräfte. "The major companies were able not only to regulate the rate of development of supply, but also to exercise a strong control over prices."¹³ Mit diesem Öl-Kartell, dessen Schlussstein das 1954 auf amerikanischen Druck hin errichtete Iran-Konsortium bildete, wurde - neben dem Bretton-Woods-Währungssystem und den im Rahmen des GATT unternommenen Anstrengungen zur Liberalisierung des Welthandels - gleichsam eine dritte Säule der Nachkriegswirtschaft installiert. Der staatliche Einfluss - hier in erster Linie derjenige der US-Administration - erhielt in diesem System, ganz im Stile traditioneller 'open door policy', lediglich die Rolle eines Garanten privatwirtschaftlicher Initiative zugewiesen. Ergänzend wurde eine Art 'informal public-private partnership' entwickelt. Es war dies eine Allianz zum gegenseitigen Nutzen aller Beteiligten: die US-Administration konnte so die Ölgesellschaften zur Durchsetzung von 'national interests in foreign oil' instrumentalisieren, andererseits übernahm sie gleich selber die Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität, vor allem in Nahost.¹⁴

¹⁰ Painter 1986, *Oil and the American Century*, S. 199.

¹¹ Vgl. Penrose 1989, *Oil and the International Economy*, in Ferrier/Fursenko 1989, *Oil in the World Economy*, S. 56f.

¹² 'Divide et impera' - Painter beschreibt das Kalkül der Newcomer in anschaulicher Form: Painter 1986, *Oil and the American Century*, S. 203.

¹³ Blair, John: *The Control of Oil*, New York 1976, S. 98ff.

¹⁴ Painter 1986, *Oil and the American Century*, S. 204.

Eine Politik der Konservierung der Vorkommen im Nahen Osten war mit dieser Art oligopolistischer Regulierung jedoch keinesfalls intendiert. Vielmehr standen ausreichend Kapital und anpassungsfähige Vertriebssysteme zur Verfügung, um gewaltige Ölmengen aus dem Nahen Osten für den stetig steigenden Verbrauch bereitzustellen. Ziel des auf den Markt drängenden Erdöls war in erster Linie Europa. In der geopolitischen Vorstellung der Ölfachleute bildeten das rohstoffhungrige Westeuropa und der ölreiche Nahe Osten "eine einzige grössere Wesenseinheit", wie der Leiter der MSA-Petroleum Branch, Cornelius Dwyer, vor den Mitgliedern des OECE-Ölausschusses im März 1953 ausführte.¹⁵ Dass mit dieser Versorgungsstrategie die durch den Krieg stark beanspruchten amerikanischen Ölreserven geschont wurden, war ein durchaus gewünschter Nebeneffekt.¹⁶ Eine andere weitreichende Folge dieser geopolitischen Richtungsänderung, die erst gegen Ende des Jahrzehnts einsetzende Erosion der absoluten Marktdominanz der 'Majors', war zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorauszusehen.

• **Europas Ölbedarf und die Expansion der Förderung im Nahen Osten**

"Outside the US, Western Europe is the world's most important oil-consuming area." Als der Ölfachmann Walter Levy im Juni 1951 diese Einschätzung in einem Grundsatzreferat über die Situation Europas in der internationalen Ölwirtschaft vor der französischen 'Association des techniciens du pétrole' abgab, befand sich der Kontinent in einem anhaltenden Ölboom. "Oil consumption in Europe", rechnete Levy aus, "accelerated by the fast rate of reconstruction and increased industrial activity, has grown rapidly since the end of the war. From 1947 to 1949 it rose at a rate slightly below 10 percent; from 1949 to 1950 the increase was somewhat about 11 percent. Increases were recorded in all countries, with the most notable ones occurring in France where consumption rose by about 18 percent from 1949 to 1950."¹⁷ Europa setzte sich damit deutlich vom langfristigen Wachstumspfad beim Ölverbrauch ab, der zwischen 1930 und 1949 eine jährliche Steigerung im Ölverbrauch von etwa 4% auswies. Und ein Ende des Wachstums war nicht in Sicht: "(..) in view of Europe's expanded industrial activity, stimulated by the demands of the rearmament program, we may expect it to continue its increase."

Die Entwicklung gab Levy's Erwartungen recht. "En Europe", rechnete das Ölkomitee der OECE in einem Bericht aus dem Jahre 1956 aus, "la consommation de pétrole n'a pas cessé d'augmenter au cours de la période d'après-guerre, passant d'environ 37 millions de tonnes en 1947, à environ 100 millions de tonnes en 1955."¹⁸ Noch im Jahr 1938 hatte der Verbrauch von Erdölprodukten in Europa bloss 27 Mio. Tonnen betragen. Mit einer durchschnittlichen Steigerungs-

¹⁵ EUI, OEEC.CO-M.1953. OECE, 65. Sitzung des Öl-Ausschusses vom 31.3.1953. Bericht von US-Öladministrator Cornelius J. Dwyer. Der Autor zog aus der Entwicklung der europäischen Energiebedürfnisse die Folgerung, dass der grösste Teil des ansteigenden Energiebedarfs entweder durch amerikanische Kohle oder durch importiertes Rohöl aus dem Mittleren Osten gedeckt werden müsse. Siehe auch: BAR E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 31.

¹⁶ Zur Formulierung der auswärtigen Erdölpolitik der USA nach dem Zweiten Weltkrieg: vgl. Mejer 1990, Politik und das Öl, Bd. 2, S. 65-88.

¹⁷ Levy, Walter: Oil Strategy and Politics, 1941-1981, Boulder 1982, S. 85.

¹⁸ EUI, CEAB 09/409. OECE, Comité du Pétrole, Rapport du Comité à publier en 1956 (in der Folge 'Ölbericht 1956'), S. 7ff.

rate von jährlich 13.2% versuchte der europäische Markt den Vorsprung der USA aufzuholen.¹⁹ Während der Anteil des Erdöls am Gesamtenergieverbrauch in den Vereinigten Staaten bereits 30% betrug, waren es in OECE-Europa lediglich 11%.

Die Ölnachfrage erwies sich aber als sehr konjunkturanfällig. In Boom-Phasen (1950-51) erreichte das jährliche Wachstum des Ölverbrauchs bis zu 19.6%; in Schwächephasen (1951-52) ging das Wachstum hingegen auf knapp 6% zurück. In allen den Jahren wuchs allerdings die Ölnachfrage in Europa prozentual stärker als der Index der industriellen Produktion - auch 1957, als in der Folge der Suez-Krise der bislang ungebrochene Aufwärtstrend kurzzeitig aussetzte. Die eigentliche Wachstumsphase des Öls sollte aber erst nach Suez einsetzen: In der Folgezeit legte der Ölverbrauch mit über 15% im Jahresdurchschnitt zu. 1956 überschritt die OECE die 100 Millionen-Marke, 1959 waren es bereits 150 Mio. Tonnen.²⁰ Bemerkenswert ist, dass die Pariser Organisation in einem traditionellen Kohleland wie der Bundesrepublik ein überproportionales Ansteigen des Ölverbrauchs registrierte. Unübersehbar wirkten sich die veränderten Bedingungen auf dem Ölmarkt - stärkere Konkurrenz, sinkende Preise - bereits marktstimulierend aus. Der Ölverbrauch wuchs selbst dann noch, als der Trend des langfristigen Energieverbrauchs bereits Stagnationserscheinungen zeigte.

OECE: Erdölverbrauch 1947-59		
	Gesamtverbrauch (Mio t)	Wachstum (in %)
1947	37.1	--
1948	39.9	7.5 %
1949	46.8	17.3 %
1950	55.0	17.5 %
1951	65.8	19.6 %
1952	69.6	5.3 %
1953	75.0	7.8 %
1954	86.8	15.7 %
1955	99.9	15.1 %
1956	115.4	15.5 %
1957	114.4	-0.9 %
1958	133.9	17.0 %
1959	149.8	12.0 %
CEAB 09/409: OECE-Ölbericht 1956; CEAB 09/831: OECE-Ölbericht 1960		

OECE: Wachstumsindizes 1953-59 (1953=100)			
	Industrie	Energieverbrauch	Ölverbrauch
1953	100	100	100
1954	109	105	117
1955	119	113	134
1956	125	118	154
1957	131	118	155
1958	133	118	180
1959	141	118	200
EUI, CEAB 09/831: OECE-Ölbericht 1960			

Die Wachstumsraten der Länder der Sechser-Gemeinschaft entsprachen weitgehend dem OECE-Schnitt.²¹ Zwischen 1950 und 1959 verdreifachte sich der Verbrauch von 19 Mio. Tonnen auf über 66 Mio. Tonnen. Machte das Erdöl zu Beginn der 50er Jahre am Gesamtenergieverbrauch einen Anteil von 12% aus, so

¹⁹ EUI, CEAB 09/409. OECE, Ölbericht 1956, S. 9. Mit diesem Prozentsatz übertraf die europäische Entwicklung die amerikanische Steigerungsrate von 6% um mehr als das Doppelte.

²⁰ EUI, CEAB 09/831. OECE, Ölbericht 1960, S. 10.

²¹ Vgl. Burgbacher/Wessels 1963, Energiewirtschaft, S. 275 (Angaben in Mio. t SKE).

stellte es 1962 ein gutes Drittel. In den Verbrauchsstrukturen unterschieden sich die Länder der Montanunion hingegen erheblich voneinander. Mit über 8 Mio. Tonnen war Frankreich 1950 der unbestritten grösste kontinentaleuropäische Konsument von Erdölprodukten. Nur knapp die Hälfte der Menge wurde in Italien verbraucht, und die Bundesrepublik als grösster Rohölproduzent Westeuropas lag mit 2.5 Mio. t nur knapp vor den Niederlanden. Dafür war Westdeutschland der am schnellsten wachsenden Markt für Erdölprodukte innerhalb der Union. Bis ins Jahr 1959 stieg der Verbrauch auf über 20 Mio. Tonnen.

Trotz eines nicht unerheblichen Ausbaus der europäischen Erdölförderung vermochte die eigene Produktion nur einen Bruchteil des Bedarfs zu decken. "Thus, among the major powers of the world, the European countries are 'have-not-nations', when it comes to oil. Europe must, therefore, import all its oil needs."²² War Frankreich Mitte der 50er Jahre noch der grösste Rohölimporteur der Montanunion, so glich sich die Verteilung zwischen den Gemeinschaftsländern bis Mitte der 60er Jahre stark an.

Vor dem Krieg wurde der Ölbedarf Europas zum überwiegenden Teil aus der Produktion der sogenannten 'westlichen' Hemisphäre gedeckt - aus den USA und Venezuela, zu einem geringeren Teil auch aus der Förderung in Westindien.²³ Doch mit dem Ausbau der Ölförderung im Nahen Osten verlagerte sich der Schwerpunkt der europäischen Versorgung zusehends auf die arabischen Länder. Über 86% Prozent der Rohöllieferungen stammten 1955 aus Quellen im Vorderen Orient. Erst mit der zeitweiligen Sperrung des für den Öltransport so wichtigen Suezkanals zeigte sich, wie verwundbar die westlichen Industrieländer durch die Entwicklung derart einseitiger Versorgungsstrukturen geworden waren. Als politische Konsequenz wurde auf Rohölimporte aus anderen Ländern - hauptsächlich nordafrikanische - zurückgegriffen. Aber auch mit der Sowjetunion und osteuropäischen Ölproduzenten kam Westeuropa vermehrt ins Geschäft. Hierbei handelte es sich jedoch eher um Fertigprodukte, die 1959 mit 6 Mio. Tonnen immerhin einen Anteil von 20% der Gesamteinfuhr ausmachten.²⁴

Obwohl der Ölfluss aus dem Nahen Osten nach Europa wiederholt durch politische Konflikte unterbrochen wurde, stellten die Krisen in den erdölproduzierenden Ländern für die kontinuierliche Belieferung Europas keine ernsthafte Gefahr dar. Nachdem bereits 1948 der erste Arabisch-Israelische Krieg zwischenzeitlich die Lieferungen aus dem Irak von 35 Mio. Barrels auf 26 Mio. Barrels dezimiert hatte, stellte das Pipeline-System, das die Ölmengen aus den Ölfeldern von Kirkuk zu den Mittelmeerhäfen von Haifa und Tripolis leitete, während der Suez-Krise erneut den neuralgischen Punkt des Handelsweges dar. Die irakische Förderung sank von 251 Mio. Barrels 1955 auf 163 Mio. Barrels im Jahr 1957.²⁵

Gravierender als der Ausfall der irakischen Förderung war das Versiegen der iranischen Quellen in dem von 1951 bis 1954 andauernden Streit um die Verstaatlichung der Anglo-Iranian Oil Company (AIOC). Die trotz der rasch expandierenden saudischen Förderung nach wie vor wichtigste Quelle am Persischen Golf - mit einem Ausstoss von über 240 Mio. Barrels im Jahre 1950 und der weltweit

²² Levy 1982, *Oil Strategy*, S. 86.

²³ EUI, CEAB 09/409. OECE, *Ölbericht* 1956, S. 42.

²⁴ EUI, CEAB 09/831. OECE, *Ölbericht* 1960, S. 14.

²⁵ Issawi, Charles; Yeganeh, Nahid: *The Economics of Middle Eastern Oil*, New York 1962, S. 183.

grössten Raffinerie in Abadan - wurde auf britischen Boykott hin fast gänzlich stillgelegt. Obwohl der Iran nach der Errichtung des Ölkonsortiums von 1954 die Produktion rasch wieder aufnahm, musste er den ersten Platz in der Produktionsrangliste an Kuwait und Saudi-Arabien abgeben.

Demgegenüber wirkte sich die als Schock empfundene Sperrung des Suez-Kanals für den Ölhandel vergleichsweise harmlos aus. Die Ölmengen, die den Kanal in Richtung Europa durchliefen, verringerten sich gegenüber 1955 zwar von 495 Mio. Barrels auf 400 Mio. Barrels (1957). Bereits 1958 waren die Tankerfrachten mit knapp 700 Mio. Barrels jedoch höher denn je.²⁶

OECE: Rohölimporte westeuropäischer Länder (Mio t)					
	OECE	Italien	BRD	Frankreich	Benelux
1950	39.4	5.3	2.3	14.1	5.6
1955	100.0	17.4	7.1	24.8	16.5
1960	169.4	29.5	23.3	30.0	25.7
1965	323.2	67.9	59.0	58.6	42.4

Quelle: Burchard / Müller-Michaelis: Europas Energiewirtschaft, S. 42

OECE: Rohölimporte westeuropäischer Länder - Bezug nach Regionen (Mio t)					
	Total OECE	Naher Osten	Nordafrika	Karibik	Osteuropa
1955	100.0	86.1	0.07	11.1	0.3
1960	169.4	133.5	9.3	17.6	6.3
1965	323.2	198.2	90.5	23.4	10.8

Quelle: Burchard / Müller-Michaelis: Europas Energiewirtschaft, S. 41

Die Stabilität der Ölversorgung Europas beruhte auf zwei Gegebenheiten: erstens waren die Ölgesellschaften in den nahöstlichen Förderländern - allen voran Kuwait und Saudi-Arabien - in der Lage, politisch bedingte Produktionsausfälle zu kompensieren, und andererseits konnte die Ölindustrie dank ihrer internationalen Verflechtung, im Konfliktfall Ressourcen - beispielsweise aus dem Karibischen Raum - für den europäischen Markt freimachen. So geschehen während der Suez-Krise, als die Lieferungen aus dem Golf von Mexiko sprunghaft um 10 Mio. Tonnen zunahmen, um die Defizite des Nahen Ostens zu kompensieren.²⁷

Als die Ölfelder Nordafrikas anfangs der 60er Jahre in rasantem Tempo an den europäischen Markt angeschlossen wurden, war von europäischen Sorgen um die Sicherheit der Rohölversorgung nicht mehr viel zu hören.²⁸ Die OECE sah im Gegenteil bereits die Gefahr einer Überproduktionskrise heranziehen: "La mise en valeur intensive de gisements de pétrole dans de vastes zones a considérablement accru la capacité de production et, dans des proportions que n'a pas suivies la production elle-même. La capacité de la flotte pétrolière a également augmenté. Mais l'expansion industrielle ayant marqué un temps d'arrêt au même moment

²⁶ Issawi/Yeganeh 1962, Middle Eastern Oil, S. 21.

²⁷ Burchard/Müller-Michaelis 1967, Europas Energiewirtschaft, S. 41.

²⁸ OECD: Oil today. As viewed by the OECD Special Committee for Oil, Paris 1964.

dans les principaux pays consommateurs, on s'est trouvé devant un déséquilibre appréciable de l'offre et de la demande (..).²⁹

• **Europäische Investitionen in die Mineralölwirtschaft**

Mit dem anwachsenden Ölverbrauch Europas ging eine erhebliche Ausweitung der Raffineriekapazitäten in den 50er und 60er Jahren einher, wobei der Wahl der Raffinerie-Standorte eine erhebliche politische Bedeutung zukam. Als zusätzliches Kontrollmittel der 'orderly distribution' der Ressourcen war die verarbeitende Industrie ein ständiges Streitobjekt divergierender ölpolitischer Interessen.

Vor dem Krieg befriedigte Europa seinen Ölkonsum hauptsächlich durch Importe von Fertigprodukten. Der Bau von grossen Raffinerieanlagen legte nun die Grundlage der künftigen Versorgungsstrukturen: Europa würde nahöstliches Rohöl einführen, für den eigenen Bedarf verarbeiten und Überschüsse, soweit möglich, als Fertigwaren zum Wohle der Handelsbilanz ausführen. Wirtschaftliche, finanz- und wettbewerbspolitische, aber auch strategische Gründe sprachen für diese geplante Arbeitsteilung. Die Ansiedlung neuer energiewirtschaftlicher Zentren versprach, wie in den USA, das Auslösen positiver Struktureffekte, beispielsweise den Aufbau moderner Folgeindustrien wie der Petrochemie.³⁰ In Zeiten der Dollarlücke verhies die Verarbeitung von Rohöl zudem erhebliche Dollarsparungen - besonders wenn das Rohöl britischer Nahost-Produktion entstammte. Um die gute Ausgangsposition im rasant wachsenden europäischen Markt nicht einheimischen Unternehmen überlassen zu müssen, versuchten die US-Ölmultis, die europäische Raffinerie-Expansion zu kontrollieren und sich so den Markt längerfristig zu sichern. Nicht zuletzt taten sie dies mit tatkräftiger Unterstützung von Marshall-Plan-Geldern.

Die OEEC beschrieb den Aufbau der europäischen Raffinerie-Industrie nach dem Zweiten Weltkrieg wiederholt als 'développement spectaculaire'.³¹ Verarbeiteten europäische Raffinerien noch 1948 weniger als 20 Mio. Tonnen Rohöl, so stieg die Raffineriekapazität bis 1955 auf mehr als 127 Mio. Jahrestonnen an. Wieder nur sieben Jahren später hatte sich die Kapazität erneut gut verdoppelt und betrug nun 271 Mio. Jahrestonnen. Der Ausbau des innereuropäischen Pipeline-Netzes ermöglichte die Konstruktion von Raffinerien in unmittelbarer Nähe der grossen Ballungszentren und Verbrauchsgebiete - wie zum Beispiel in der Rhein-Ruhr-Region.³²

Innerhalb der EGKS wies die Expansion der Raffinerie-Industrie markante Unterschiede auf. Schon früh setzten Frankreich und die Niederlande auf die Ölkarte, während sich Italien erst in den Fünfzigern daran machte, zum führenden europäischen Zentrum der Ölverarbeitung aufzusteigen. Die Bundesrepublik ihrerseits holte erst in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts deutlich auf.

Die Stellung der 'Big Seven' in der Ölverarbeitung der EGKS-Länder präsentierte sich unterschiedlich. Gemeinschaftsweit bestimmten die 'Majors' die Ge-

²⁹ EUI, CEAB 09/831. OECE, Ölbericht 1960, S. 15.

³⁰ EUI, CEAB 09/897. Presse- und Informationsdienst der Hohen Behörde: Die Petrochemische Industrie in Westeuropa, 10.3.1960 (Länderanalysen und Unternehmensübersichten).

³¹ EUI, CEAB 09/409. OECE, Ölbericht 1956, S. 16.

³² EUI, CEAB 09/831. OECE, Ölbericht 1960, S. 60. Zuvor waren vor allem Hafenstädte wie Rotterdam, Antwerpen und Hamburg Standorte grosser Raffinerien.

schicke und die Verkaufspolitik in gut 70% der Raffinerien. Wesentlich geringer war der Einfluss der 'Schwestern' in der BRD und in Italien – hier belief sich der Marktanteil jeweils auf ca. 43%. "Statistiquement parlant", berichtete die OEEC 1956, "les pays membres possèdent actuellement une capacité de raffinage suffisante pour satisfaire la totalité de leur demande de produits pétroliers."³³ Mochte diese Feststellung für Westeuropa insgesamt zutreffend, so doch gewiss nicht für alle Einzelländer. Während Frankreich und die Niederlande weit mehr produzierten, als der heimische Markt abnehmen konnte, war die Bundesrepublik zu keiner Zeit in der Lage, den Inlandbedarf aus eigener Verarbeitung zu decken. Eine rege Entwicklung des innereuropäischen Ölhandels war die logische Folge. Das unterschiedliche Nachfrageaufkommen nach einzelnen Raffinerie-Produkten verbreiterte die Handelsströme zusätzlich. Bei der Versorgung mit Heizöl, das als wichtigstes Konkurrenzprodukt der Kohle eine weit über dem Durchschnitt liegende Wachstumsrate von 66% aufwies, konnten die Defizite - aufgrund der kurzfristig vorgegebenen Produktionskapazitäten - nur über einen ausgedehnten Handel reguliert werden.³⁴

Das rapide Wachstum des europäischen Ölverbrauchs, die Ausweitung des internationalen Ölhandels und der Raffinerieproduktion erforderten von den Gesellschaften erhebliche Investitionen. Die Exploration, die Erschliessung neuer Felder, die Förderung, der Bau neuer Pipelinesysteme, die Tankerflotten und nicht zuletzt der Ausbau der Raffinerien verschlangen Milliardenbeträge, und der gewaltige Investitionsbedarf machte die Ölindustrie zu einem wichtigen Faktor auf dem internationalen Finanzmarkt.³⁵ Bis in die 60er Jahre hinein verlangte der Ölsektor stetig ansteigende Summen für alle Bereiche der Produktion.

Entgegen der Angaben der internationalen Konzerne bescherte die Wiederaufbauhilfe der Ölindustrie kaum grosse Wachstumsimpulse. Nach anhaltenden Differenzen über das Ausmass des europäischen Raffinerieprogramms kam es nur zu einem spärlichen Fluss von Fördergeldern - die 'Economic Cooperation Administration' war nicht bereit "to finance projects that threatened to compete with U.S. companies".³⁶ Im Vergleich zu den 1.2 Mia. Dollar, mit denen die Ölimporte durch das 'Recovery Program' (ERP) finanziert wurden, war dies eine geradezu lächerliche Summe. Überhaupt macht sich die für den europäischen Wiederaufbau teilweise sehr hoch bewertete Marshallplan-Hilfe im Vergleich mit den privaten Investitionen der Ölindustrie eher bescheiden aus: Wurden im Rahmen des Marshallplans 3.8 Mia. Dollar investiert, so erweiterten die grossen Ölmultis die gesamten Produktionsmöglichkeiten ausserhalb der USA und der Sowjetunion im selben Zeitraum (1948-51) mit Ausgaben in der Höhe von 6.7 Mia. Dollar.

Dass die internationale Ölwirtschaft in der Lage war, derart hohe Summen zu investieren, lag nicht zuletzt am Preissystem, das den integrierten Gesellschaften mit 'low cost oil' aus dem Nahen Osten beträchtliche Monopolgewinne bescherte. "Depuis la guerre et jusqu' à une date assez récente, les sommes dont

³³ EUI, CEAB 09/409. OEEC, Ölbericht 1956, S. 16.

³⁴ EUI, CEAB 07/838. EGKS, Marktabteilung. Tendances du marché pétrolier dans les pays de la Communauté, März 1957, S. 19ff.

³⁵ Nicht weniger als 75 Prozent der gesamten privaten US-Auslandsinvestitionen entfielen 1953 auf die Ölkonglomerate. Vgl. Levy 1982, Oil Strategy, S. 94.

³⁶ Painter 1986, Oil and the American Century, S. 375.

avaient besoin les compagnies pétrolières pour leurs dépenses en capital, provenaient presque exclusivement de leurs propres ressources."³⁷

• **Hohe Ölpreise - tiefe Förderkosten**

Bis zur Preiswende im Jahre 1957 waren die Ölgesellschaften ausserhalb der USA in der Lage, 'Phantasiepreise' für den Rohstoff zu erzielen. Dass das sogenannte 'Golf plus'-System, das trotz geringerer Gestehungskosten im Nahen Osten und in Venezuela den Rohölpreis an die Preise des Golf-von-Mexiko-Öls band, weiterhin funktionieren konnte, lag nicht allein an der Marktmacht der Konzerne. Dazu brauchte es eine auf den ersten Blick 'unheilige' Allianz von Produzentländern, Ölgesellschaften und Verbraucherländern, die ein grosses Interesse an der Stabilität der Preise hatte - und zwar auf hohem Niveau.³⁸ Zum einen konnte den international operierenden Unternehmungen nicht daran gelegen sein, sich selber einem stärkeren Preisdruck auszusetzen; zweitens spülte das 1950 in Saudi-Arabien eingeführte Konzessionssystem des 'fifty-fifty profit splitting', das die Produzentländer hälftig an den Gewinnen beteiligte, in wachsender Masse Petrodollars in die Staatskassen und Privatschatullen der arabischen Herrscher. Und drittens waren offensichtlich auch die grösseren Importländer nicht auf einen Preiszerfall am Ölmarkt erpicht: "(..) above all there was little pressing demand from any of the major importing countries for cheaper crude oil - indeed, lower prices for crude-oil imports would have aroused great opposition from coal interests in Europe, especially toward the end of the decade, and from domestic oil interests in the US."³⁹

Mehrere Gegenkräfte wirkten jedoch seit Kriegsende auf eine allmähliche Abkopplung der Nahost-Preise von den US-Ölpreisen - und damit auf eine Preisenkung hin. Als erstes protestierte die British Navy 1944 gegen die Preise nahöstlicher Raffinerien, wobei sich die Kritik in erster Linie gegen die den Ölkosten zugeschlagenen fiktiven Frachtraten vom Golf von Mexiko zum Absatzort richtete.⁴⁰ Fortgesetzt wurde die Debatte um die Ölpreise, als die 'European Cooperation Administration' (ECA) ihre Arbeit im Jahre 1948 aufnahm. Für die Marshallplan-Behörde war das Öl ein wichtiger Posten in der europäischen Dollar-Rechnung. "One of the most important factors in the deterioration of Europe's current dollar accounts was the sharp rise in the price of oil after World War II."⁴¹ Dass die amerikanischen Hilfszahlungen zu einem nicht geringen Teil von den kostspieligen Erdöllieferungen aufgezehrt wurden - durch ein künstlich aufrechterhaltenes Preisniveau -, führte zu anhaltenden Konflikten zwischen der Ölindustrie und der ECA.

Aber auch die nach der Erschliessung des europäischen Marktes trachtenden 'Majors' hatten letztlich ein Interesse an einer Änderung der Preisstruktur auf dem Weltmarkt. Erst die Senkung der relativen Ölpreise - der Preise für Öl vom Persischen Golf im Vergleich zum Angebot aus der westlichen Hemisphäre - ver-

³⁷ EUI, CEAB 09/831. OECE, Ölbericht 1960, S. 85.

³⁸ EUI, CEAB 09/1089. Zum Preissystem: vgl. 'Le pétrole et le gaz' (Studie der EWG-Kommission), S. 27-41 sowie Penrose 1986, International Petroleum, S. 173ff.

³⁹ Penrose 1986, International Petroleum, S. 69. Neben dem Schutz der Kohleindustrie spielten in Europa auch die viel höheren Förderkosten der einheimischen Ölindustrie eine Rolle.

⁴⁰ Blair 1976, Control of Oil, S. 114.

⁴¹ Painter 1986, Oil and the American Century, S. 364.

mochte die traditionellen Handelsströme umzulenken und für ein effektives Funktionieren des Ölsystems der Nachkriegsära zu sorgen, das auf der Ausbeutung der Nahost-Ressourcen für Europa basierte.

Nach dem Krieg war die Preisentwicklung vorerst einmal aus dem Gleichgewicht geraten. Auf die Aufhebung der Preiskontrollen in den USA hatten die Ölgesellschaften 1946 prompt mit heftigen Aufschlägen reagiert, sowohl in den USA als auch im Nahen Osten. Der 'Golf von Mexiko'-Rohölpreis stieg um 1.32 Dollar auf 2.68 Dollar pro Barrel, und auch der Preis für Rohöl im Persischen Golf verdoppelte sich und kam bei 2.18 Dollar zu liegen. Weitere Abschlüsse führten dazu, dass sich der Preisabstand zum Öl aus der westlichen Hemisphäre weiter vergrößerte (1949: 1.88 Dollar pro Barrel). Machte der Ölpreis am Persischen Golf 1948 noch 76% des Golf von Mexiko-Preises aus, so waren es 1953 nur noch knapp über 60%. Ab diesem Zeitpunkt blieb das Preisniveau für einige Jahre mehr oder weniger stabil; weitere Anhebungen - so etwa während der Suezkrise - bildeten die Ausnahme.⁴²

OECE: Rohölpreise auf dem westeuropäischen Markt (\$ pro Barrel)				
	1953	1957	1961	1965
<i>Belgien</i>	3.45	3.86	2.60	2.36
<i>Bundesrepublik Deutschland</i>	3.21	3.72	2.56	2.13
<i>Frankreich</i>	3.00	3.83	2.66	2.54
<i>Italien</i>	2.81	3.34	2.07	1.89
<i>Niederlande</i>	3.12	4.10	2.82	2.40
<i>Grossbritannien</i>	3.19	3.78	2.70	2.46
<i>gewichteter Durchschnitt</i>	3.08	3.75	2.56	2.27
<i>Quelle: Wyant 1977, The United States, OPEC, and Multinational Oil, S. 44f</i>				

Erst gegen Ende der Dekade gerieten die offiziellen Rohölpreise immer mehr unter Druck und erreichten im August 1960 mit 1.80 Dollar pro Barrel das Ausgangsniveau von 1950. Die offiziellen Angaben widerspiegelten aber immer weniger die tatsächlichen Marktverhältnisse. "With sharply falling tanker freight rates (..) and mounting pressure of supplies from new exporting companies, it became increasingly customary to offer Middle Eastern crude to large buyers" - die Rabatte auf den 'posted prices' machten nicht selten zwischen 15 und 35% des offiziellen Preises aus.⁴³

Den Verkaufspreisen standen extrem niedrige Förderkosten im Nahen Osten gegenüber. Verschiedene Publikationen schätzen die Produktionskosten in den wichtigsten Förderländern im Verlauf der 50er Jahre auf 10 bis 20 Cents pro Barrel.⁴⁴ Die Produktionsbedingungen der 'Goldenen zehn Öljahre', "where the companies were waxing fat", förderten den Markteintritt neuer Produzenten. "Many potential producers looked particularly to the marketing opportunities in Western Europe where, under the combined impact of rapidly expanding econo-

⁴² Zahlenangaben: Issawi/Yeganeh 1962, Middle Eastern Oil, S. 66f.

⁴³ Issawi/Yeganeh 1962, Middle Eastern Oil, S. 70.

⁴⁴ Kostenschätzungen: vgl. Blair 1976, Control of Oil, S. 47ff sowie Issawi/Yeganeh 1962, Middle Eastern Oil, S. 68ff.

mies and the increasing substitution of oil for coal, the consumption of oil increased."⁴⁵ Der anziehende Wettbewerb setzte zunächst den Markt für Mineralölprodukte unter Druck - exemplarisch dargestellt an der Entwicklung der Heizölpreise seit Mitte der 50er Jahre. Das Heizöl, zunächst eher Abfallprodukt des Raffinierungsprozesses, entwickelte sich neben den amerikanischen Kohleimporten zum zweiten wichtigen Konkurrenten der europäischen Kohle. Besonders augenfällig war der drastische Rückgang der Heizölpreise in der Bundesrepublik. Im November 1959 lagen sie für schweres und leichtes Heizöl um 34% resp. 40% unter den vor der Suezkrise gültigen Notierungen.⁴⁶ Der Preisrückgang wurde durch die starke Konkurrenz von Erdölerzeugnissen aus karibischer, nahöstlicher und - in zunehmendem Masse - sowjetischer Produktion noch verstärkt.

Für die Festsetzung der Verkaufspreise war, neben dem Rohölpreis, die Entwicklung der Tankerfrachtraten von grösster Bedeutung. Nach der Suez-Krise wurde die Transportkapazität der Tankerflotten durch ein umfangreiches Neubauprogramm erheblich erweitert. Der Übergang zu grösseren Schiffseinheiten mit höherer Reisegeschwindigkeit führte in der Folge zu einer anhaltenden Baisse der Frachtraten. Die Durchschnittsfracht für Rohöl aus dem Persischen Golf nach Rotterdam sank zwischen 1956 und 1962 um 3.3 Dollar pro Tonne.

Wirkte der Preisverfall überaus stimulierend auf den europäischen Ölverbrauch, dessen Wachstumsraten alles Bisherige in den Schatten stellten, so war er andererseits nur ein Vorbote der tiefgreifenden Strukturveränderungen, die schliesslich zur Erosion des nach dem Weltkrieg aufgebauten Ölsystems mit seinen umfangreichen Kontrollmechanismen führten. Für die europäischen Verbraucher kam die Entwicklung einem Danaer-Geschenk gleich: "The declining price of oil after 1957 was a considerable shock to most of the consuming countries - less the shock of pleasure than the shock of dismay. Public and private opinion was largely incredulous, and often resentful."⁴⁷ Die Ursachen, die schliesslich zum Zusammenbruch der vertikalen und horizontalen Integration der Ölindustrie führten, finden sich nachstehend erläutert.

• **Erosionserscheinungen im internationalen Öl-Kartell**

Während Jahren war die Struktur der internationalen Erdölwirtschaft von folgenden Merkmalen gekennzeichnet: andauernde und fast vollständige Dominanz einiger weniger internationaler Unternehmungen - unter anderem dank der "most effective exclusion of competition from newcomers";⁴⁸ vertikale Integration aller Produktionsstufen, angefangen von der Exploration bis hin zur Vermarktung; horizontale Verflechtung der Unternehmen, die durch langfristige Kooperationsverträge die gesellschaftsspezifischen Ungleichgewichte hinsichtlich Rohölproduktion, Verarbeitung und Absatz auszugleichen wussten. Die Grundlagen der politischen Regulierung und die Triebkräfte des Wandels sollen an dieser Stelle thematisiert werden, wobei - mit Blick auf die Wettbewerbsverhältnisse auf dem europäischen Energiemarkt - zwei Aspekte besonders ins Blickfeld rücken: die

⁴⁵ Penrose 1986, International Petroleum, S. 67.

⁴⁶ Burgbacher/Wessels 1963, Energiewirtschaft, S. 57.

⁴⁷ Penrose 1986, International Petroleum, S. 175.

⁴⁸ Penrose, Oil and International Economy, in Ferrier/Fursenko 1989, Oil in the World Economy.

Strukturverschiebungen in der Raffinerieindustrie der Montanunion sowie die erdölpolitischen Zielsetzungen der Länder der Gemeinschaft.

Herausragendes Merkmal der internationalen Ölindustrie blieb zunächst die Dominanz der 'Big Seven' im Bereich der Rohölförderung. 85% der Rohölförderung ausserhalb der USA und der kommunistischen Welt - entsprechend 3.4 Mio. 'barrels per day' (bpd) bei einer Gesamtförderung von etwas über 4 Mio. Barrels in der östlichen Hemispäre - gingen auf ihr Konto.

Das mit Abstand grösste Unternehmen war Standard Oil of New Jersey (Standard Oil; ab 1972 Exxon). Standard lieferte 1950 mit etwas mehr als 1 Mio. bpd ziemlich genau einen Viertel des für die westliche Welt bestimmten Rohöls. Zusammen mit den beiden nächstgrossen Rohöllieferanten (AIOC/BP 0.8 Mio. bpd; Royal Dutch/Shell 0.77 Mio. bpd) stellte Standard Oil sogar 64% des gesamten Angebots. "These three were historically the great rivals and the dominating forces in the shaping of the structure of the international industry." Allerdings sollten die ergiebigen Konzessionen in Saudi-Arabien und Kuwait innerhalb der Gruppe der Sieben einen allmählichen Grössenausgleich bewirken. Die 'Compagnie Française des Pétroles' blieb hingegen ein politischer Aussenseiter.⁴⁹

Die 'Sieben Schwestern' betrieben die grossen Erdölkonzessionen im Nahen Osten und in Lateinamerika durchwegs mittels Gemeinschaftsunternehmungen. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die 'Öl-Landkarte' folgendes Aussehen: Standard Oil, Shell und Gulf Oil kontrollierten die Produktion in Venezuela, während im Irak - nach langen und konfliktreichen Verhandlungen - 1948 das schon erwähnte komplizierte Abkommen zustande kam, das den beteiligten Gesellschaften genau festgeschriebene Rechte an der 'Iraq Petroleum Company' (IPC) einräumte. Geradezu einfach lagen die Verhältnisse dagegen bei der Kuwait Oil Company, an der die britische AIOC und die amerikanische Gulf Oil je eine 50% Beteiligung hielten. In Saudi-Arabien, wo anfangs nur Socal und Texas Oil zusammenarbeiteten, konnten sich 1947, zur Erschliessung der riesigen Vorkommen für einen grösseren Markt, auch noch Standard Oil und Socony der Arabian-American Oil Company (Aramco) anschliessen. Den Abschluss in diesem System gemeinsamer Rohöl-Förderung setzte 1954, nach der episodenhaften Verstaatlichung der Anglo-Iranian Oil Company, die Bildung eines Grosskonsortiums zur Ausbeutung der persischen Ölfelder, an dem alle führenden Ölfördergesellschaften beteiligt waren.

Die beschriebene Form der Zusammenarbeit drängte sich als Folge der Strukturierung der einzelnen Gesellschaften geradezu auf: "All of the important Companies in the international field are vertically integrated, but few of them are completely in balance."⁵⁰ Während Gulf Oil, AIOC und Socal über mehr Rohöl verfügten, als ihre eigenen Raffinerien verarbeiten konnten, war dieses Verhältnis bei Royal Dutch/Shell und Socony genau umgekehrt. Den Ausweg boten langfristige Lieferverträge. So vereinbarte beispielsweise Gulf Oil im Jahr 1947 die Lieferung von 1.5 Mia. Barrels aus kuwaitischer Produktion an Shell - verteilt auf einen Zeitraum von 22 Jahren. Neben den Direktbeteiligungen waren diese Verträ-

⁴⁹ Zur Charakterisierung der einzelnen Konzerne: vgl. die ausführliche Darstellung bei Penrose 1986, International Petroleum, S. 87-149.

⁵⁰ Penrose 1986, International Petroleum, S. 145.

ge ein wesentliches Bindeglied der horizontalen Verflechtung der Ölindustrie, mit dessen Hilfe ein härterer Wettbewerb vorerst verhindert werden konnte.

Mit der Bildung des iranischen Konsortiums zeichnete sich jedoch bereits eine neue Entwicklung ab. Auf Druck der US-Regierung erhielten neun unabhängige amerikanische Unternehmen durch die 'Iricon Agency' fünf Prozent der Anteile. Dieser Präzedenzfall "gave a considerable impetus to the role of independents in the Middle East".⁵¹ Libyen, Algerien und Nigeria waren neben Abu Dhabi die wichtigsten neuen Förderländer, in denen die 'independents' aktiv wurden. "In the last few years, independent companies have secured concessions in several Persian Gulf countries and such companies, unlike the international majors, are under great pressure to expand their output to possible limits and to produce and sell even costly and low-quality oil in order to recover their outlays."⁵²

Unter starker staatlicher Protektion bzw. Kontrolle machten sich unter anderem auch die italienische 'Ente Nazionale Idrocarburi' (ENI) und verschiedene französische Firmen auf die Suche nach einer eigenen Rohstoffbasis. Durch eine für die Förderländer lukrative Umgestaltung der überkommenen Konzessionsvereinbarungen vermochten diese Aussenseiter die dominierende Stellung der 'Majors' sogar in traditionellen Förderregionen wie Iran, Venezuela und Kuwait aufzuweichen. Mit den rapide ansteigenden Ölexporten begann sich daraufhin zu Beginn der 60er Jahre der Fluss der traditionellen Handelsströme zu verändern.

Wenn auch nicht von einem eigentlichen Ablösungsprozess gesprochen werden kann, so brachten die 'independents' die internationalen Konzerne doch zumindest in eine ausgesprochen missliche Zwangslage. "The less economic power the industry has, the less power over supply and price, the more it is forced to compete prices downward, the more the companies will be blamed and execrated for their 'ruthless economic power' expressed in 'price warfare'."⁵³ Beide Unternehmensgruppen profitierten weiter vom Wachstum des Ölmarktes, doch wurden ihnen die Preise zunehmend verdorben. Die Hochpreis-Aera war mit der fortschreitenden Diversifizierung der Versorgungsstrukturen zunächst einmal vorbei; die erfolgreiche Exploration neuer Vorkommen hatte erstmals einen Markt mit unabhängigen Anbietern und Nachfragern hervorgebracht. "The competition among suppliers of crude oil was reinforced by the growing number of refiners independent of the international majors, while the increased competition in product markets, which put pressure on product prices, reinforced the natural desire of refiners to obtain crude supplies on the most favourable terms."⁵⁴

Als schwächstes Glied im Kontrollsystem der internationalen Ölmultis erwies sich die europäische Raffinerie-Industrie: 1960 kontrollierten die Grosskonzerne noch knapp über 50% der europäischen Raffinerie-Kapazitäten; 1950 waren es noch 72% gewesen.⁵⁵ Der Rückgang war unter anderem das Ergebnis einer nach mehr Versorgungsunabhängigkeit strebenden Raffineriepolitik der Eu-

⁵¹ Penrose 1986, *International Petroleum*, S. 73.

⁵² Issawi/Yeganeh 1962, *Middle Eastern Oil*, S. 169.

⁵³ Adelman, Morris: *The World Petroleum Market*, Baltimore 1973, S. 238.

⁵⁴ Penrose 1986, *International Petroleum*, S. 79.

⁵⁵ Die Shell-Raffinerien allein kontrollierten 1950 etwa ein Viertel der europäischen Industrie - 1960 waren es nur noch 15%. Vgl. Molle, Willem; Wever, Egbert: *Oil refineries and Petrochemical Industries in Western Europe*, Aldershot 1984, S. 39.

ropäer. "The industry's tight concentration and worldwide organisation have put considerable power in the hands of the industry (..), which has been one reason for some countries promoting the development of independent or state-owned companies. The countries' fear of domination by the majors has often given European and American independents a chance to enter the industry with good success, in spite of their difficult position. With state-owned companies, that was of course much easier to accomplish."⁵⁶

Die europäische Raffinerieindustrie wies jedoch sehr unterschiedliche Länderprofile auf. Über die bedeutendsten Raffinerien verfügte nach dem Krieg Frankreich, das mit über 16 Mio. Tonnen Durchsatzkapazität annähernd die Hälfte des Leistungspotentials der Länder der Montanunion stellte. Trotz des Ausbaus auf 43.6 Mio. Jahrestonnen bis 1961 sank die relative Bedeutung der französischen Petroindustrie im Laufe der Zeit auf einen Anteil von 25% der gesamten EGKS-Produktion.⁵⁷

In Italien vollzog sich bis ins Jahr 1962 eine sehr rasche Expansion der ölverarbeitenden Industrie. Die Kapazität der Raffinerien erreichte 1962 eine Leistung von fast 40 Mio. Jahrestonnen, was ebenfalls knappen 25% der EGKS-Gesamtkapazität entsprach. Mit 42.5 Mio. Jahrestonnen deckte auch die Bundesrepublik im Jahre 1962 einen Viertel der Verarbeitungskapazitäten der Sechsergemeinschaft ab, wobei die Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne mit 58% den grössten Produktionsanteil beisteuerten. Ein signifikanter Besitzanteil von 26% an der Ölverarbeitung beweist, dass auch die Gesellschaften des deutschen Stein- und Braunkohlebergbaus, die sogenannten 'Zebras', den Einstieg ins Ölgeschäft geschafft hatten.⁵⁸

Die mit Abstand grösste Raffinerie Europas - mit einer Durchsatzkapazität von 15 Mio. Tonnen - betrieb Shell in den Niederlanden. Die drei grössten holländischen Raffinerien, alle angesiedelt in unmittelbarer Nähe von Rotterdam, dem bedeutendsten kontinentalen Ölhafen, befanden sich allesamt im Besitz von internationalen Unternehmungen. Trotz Aufwärtsentwicklung nahm die belgische Rohölverarbeitung, die sich auf den Raum Antwerpen konzentriert, den letzten Platz im Gemeinsamen Markt ein; die Durchsatzkapazität lag im Jahr 1961 bei knapp 9 Mio. Jahrestonnen.

• **Unterschiedliche Öl-Strategien der EGKS-Länder**

Nicht nur der Einbruch der unabhängigen Ölgesellschaften in das Öl-Kartell brachte das überkommene System ins Wanken. Die Entwicklung einer an nationalen Interessen orientierten Ölpolitik in den Konsumenten-Ländern sowie die Unabhängigkeitsbestrebungen in den Förderländern veränderten die Rahmenbedingungen der politischen Ölregulierung drastisch. "Il est certain", zog Enrico Mattei, ENI-Präsident und Drahtzieher einer aggressiven italienischen Ölpolitik, anlässlich eines internationalen Ölkongresses im September 1960 Bilanz, "que, dans le monde, un processus de transformation du marché pétrolier est en cours sous la poussée de deux facteurs fondamentaux, agissant depuis un certain

⁵⁶ Molle/Wever 1984, Egbert: Oil Refineries, S. 40.

⁵⁷ Burgbacher/Wessels 1963, Energiewirtschaft, S. 123.

⁵⁸ Burgbacher/Wessels 1963, Energiewirtschaft, S. 98ff.

temps déjà: l'un est l'énorme potentiel de production a un coût peu élevé découvert hors des Etats-Unis, en partie suite a l'intervention de nouveaux opérateurs indépendants par rapport aux grandes sociétés pétrolières; l'autre est le fait par les Etats d'assumer une part toujours plus active dans les responsabilités relatives au secteur de l'énergie."⁵⁹

Für Mattei gab es gewichtige wirtschaftliche und machtpolitisch-strategische Gründe für eine verstärkte Involvierung der Konsumentenländer ins Ölgeschäft. Der Kernpunkt des wirtschaftlichen Arguments hing mit der Preispolitik der Ölgesellschaften zusammen. "Si on considère dans leur ensemble les différentes phases de l'industrie, on observe que les Compagnies - au dehors des Etats-Unis - ont pratiqué une politique de prix qui a concentré la part essentielle des bénéfices dans la phase minière, dont elles avaient l'entier contrôle, laissant seulement un profit modeste pour les phases successives."⁶⁰

Wichtiger als die offensichtliche Diskriminierung war für Mattei allerdings der politische Faktor der Ölkontrolle: "Le contrôle des sources d'approvisionnement en pétrole constituait un élément stratégique fondamental dans la lutte pour la prédominance sur les marchés mondiaux conduite par les grandes puissances." Ohne Vorbehalte hätten die Ursprungsländer der Ölgesellschaften mit allen diplomatischen und militärischen Mitteln ihre nationalen Interessen durchgesetzt und heimische Konzerne im Ausland gefördert. "Les pays consommateurs, n' appartenant pas au cercle des grandes puissances mondiales, subissaient passivement les conséquences de cette situation." Die Dominanz des Ölkartells, so Mattei, ruhe einerseits auf der politischen Schwäche der Förderländer und andererseits auf der Trägheit der Verbraucherstaaten. Doch allmählich regte sich starker Widerstand, und die Verbraucher ersannen Gegenstrategien: während in einigen Ländern auf dem Wege der Gesetzgebung die Arbeit der grossen Ölgesellschaften reguliert wurde, versuchten andere mit der Schaffung von staatlichen Unternehmen eine nationale Ölpolitik zu etablieren.⁶¹

Die von Mattei angesprochenen Unterschiede im Verhalten der einzelnen Länder standen in direktem Zusammenhang zum Grad der Erdölabhängigkeit. Besonders von den wichtigsten Importländern, Frankreich und Italien, gingen starke Impulse zugunsten einer Intensivierung des staatlichen Engagements aus.

In Frankreich wurde die 'Compagnie Française des Pétroles' (CFP) zum wichtigsten Instrument der Vertretung nationaler Interessen, wobei der französische Staat in der Gesellschaft über einen Stimmanteil von 35% verfügte. Als Teil des Monnet-Plans hatte das staatliche Erdölforschungsamt bereits 1946 in der gesamten Franc-Zone mit der Umsetzung eines fünfjährigen Forschungsprogramms begonnen. Die Erdölexploration geschah vor allem in Zusammenarbeit mit den nationalen Erdölgesellschaften, die ab 1939 ins Leben gerufen wurden.⁶²

Dem Ziel der nationalen Sicherheit konnten - wie im Bereich der Nuklear-technik - viele Mittel dienen, und so forcierte Frankreich die Gewinnung von rela-

⁵⁹ EUI, CEAB 09/794. 'L'évolution du marché pétrolier', S. 2. Manuskript der Rede von ENI-Präsident Enrico Mattei. Congrès international technique et économique sur les hydrocarbures, Plaisance, 12.-15.9.1960.

⁶⁰ EUI, CEAB 09/794. Mattei, 'L'évolution du marché pétrolier', S. 12.

⁶¹ Siehe hierzu auch: Adelman 1973, World Petroleum Market, S. 235.

⁶² Zur Organisation der französischen Ölindustrie: siehe Vilain 1969, La politique de l'énergie en France, S. 142-156.

tiv teurem Algerien-Öl. Hauptsache, der Stoff stammte aus eigener Förderung. Überdurchschnittlich hohe Ölpreise, staatliche Explorationsförderung, Verarbeitungs- und Absatzquoten für Ölprodukte unter Bevorzugung der heimischen Industrie sowie der dreiste Versuch, die EWG zum geschützten Absatzmarkt für französisches Öl zu machen - all diese Massnahmen sollten zur Sicherung der nationalen Öl-Unabhängigkeit beitragen. Auch auf der Ebene der Raffinerie-Industrie, der Reservehaltung und im Transportsektor leistete sich der französische Staat massive Eingriffe in die Ölwirtschaft. Zwecks Verhinderung von grösseren Preisbewegungen unterlag die Preisgestaltung überdies staatlicher Aufsicht. Diese von nationalen Interessen geprägte Grundhaltung trug, so Penrose, wesentlich mit dazu bei, dass das von den internationalen Konzernen dominierte System schliesslich kollabierte.⁶³

Ähnliche Ziele wie Frankreich verfolgte auch Italien. "La politique italienne a été inspirée au départ par la pauvreté relative d'énergie en Italie, qui a incité le Gouvernement à rechercher les sources les moins coûteuses et à développer une industrie de raffinage. Celle-ci est axée sur l'exportation des produits nobles qui permettent des rentrées de devises."⁶⁴ Geboren aus der Nachkriegsdiskussion über die künftige wirtschaftliche Struktur des Landes, wurde 1953 mit der 'Ente Nazionale Idrocarburi' eine staatliche Holding gegründet, die die nationalen Öl- und Gasressourcen entwickeln sollte. In der Praxis ging ihre Arbeit aber weit darüber hinaus: ENI entwickelte sich zu einem wichtigen Instrument der Modernisierung des Landes - besonders auch im Bereich der chemischen Industrie. Das Tätigkeitsfeld der Holding blieb zudem nicht auf Italien beschränkt, sondern reichte bis in den Nahen Osten und nach Afrika.

Zu den internationalen Konzernen pflegte ENI ein ambivalentes Verhältnis. Einerseits versuchte die Gesellschaft, eine Vielzahl von multinationalen Konzernen zur Mitarbeit an der Erschliessung italienischer Ölfelder zu bewegen, gleichzeitig trat sie im Ausland aber als direkter Konkurrent auf und suchte mit den Regierungen der Förderländer direkt ins Geschäft zu kommen - so geschehen in Ägypten, Somalia, Sudan, Iran, Marokko und Libyen. Auf diese Weise, mittels Diversifizierung der Versorgungsstrukturen, bemühte sich das Unternehmen, die festgefühten Weltmarkt-Strukturen aufzubrechen und Profite aus dem günstigen Direktbezug von Rohöl zu erzielen.

In den anderen Ländern der Gemeinschaft blieben die internationalen Ölgesellschaften die dominierenden Marktakteure. In der Bundesrepublik lagen sowohl die inländische Ölförderung wie auch die Ölverarbeitung zu wesentlichen Teilen in den Händen ausländischer Gesellschaften. Die latenten Probleme der Deutschen im Energiesektor hatten ihren Ursprung bei den divergierenden sektoriellen Zielsetzungen, die die Ausgestaltung einer kohärenten Erdöl- und Gesamtenergiepolitik lange Zeit verhinderten: eine erfolgreiche Entwicklung der kostspieligen inländischen Ölproduktion - bei gleichzeitiger Stützung des Kohlebergbaus -, war unter der Prämisse einer betont liberalen Einfuhrpolitik nicht zu bewerkstelligen.

Anders sah die Lage in den Niederlanden aus. Hier richtete die Politik das Augenmerk in erster Linie auf den Ausbau der Standortvorteile des Rotterdamer

⁶³ Penrose 1986, *International Petroleum*, S. 80ff.

⁶⁴ EUI, CEAB 09/1089. EWG-Kommission: 'Le pétrole et le gaz', S. 78f.

Hafens für den europäischen Markt - und damit auf die Liberalisierung des inhereuropäischen Handels. "Le statut du raffinage est excessivement libéral aux Pays-Bas, et il n'existe aucune limitation pour l'implantation des raffineries."⁶⁵

Bei all diesen energiepolitischen Überlegungen kommt dem Ölpreis eine zentrale Bedeutung zu. Ein höheres Preisniveau ermöglichte zwar die Ölproduktion auch in Regionen, die vorrangig aus politischen Gründen erschlossen wurden. Andererseits vermochte ein tieferer Preis, der sich zwangsläufig aus dem zunehmenden Wettbewerb zwischen 'Majors' und Unabhängigen ergab, die Dominanz der internationalen Unternehmen zu brechen und den Gesamtabsatz zu stimulieren. Gleichzeitig verursachten die Preissenkungen in den westeuropäischen Ländern aber grosse Probleme - die einheimische Ölproduktion und die gesamte Kohleindustrie gerieten immer mehr unter Druck.

Das Preissystem, das bereits vor dem Zweiten Weltkrieg entworfen wurde, hatte ursprünglich die Aufgabe, Preisstabilität auf dem Rohölmarkt zu garantieren. Das System basierte auf zwei Prämissen: erstens auf der Festsetzung von 'posted prices' für Rohöl und Erdölprodukte sowie auf der Anerkennung von 'Basispunkten', die unter anderem die Grundlage der Festlegung der Frachtraten bildeten. Vereinfacht ausgedrückt funktionierte das Preissystem bis zum Ende des Krieges nach folgendem Muster: Die 'posted prices' für Rohöl und Erdölprodukte wurden - angesichts der damaligen Bedeutung der Region - im Golf von Mexiko festgesetzt. Öl aus Venezuela und dem Nahen Osten verkauften die internationalen Gesellschaft ausschliesslich zu diesem Preis, zuzüglich fiktiver Frachtkosten vom Golf von Mexiko zum Abnahmeort. Diese in hohem Masse diskriminierende Praxis reflektierte damit in keiner Weise die tatsächlichen Förderkosten, die besonders in den Produktionsgebieten der östlichen Öl-Hemisphäre wesentlich unter dem amerikanischen Niveau lagen; dafür sicherte sie den Konzernen die fetten Gewinnmargen.⁶⁶

Mit der Erschliessung der großen Ölreserven in Kuwait und Saudi-Arabien wurde dieses 'basing-point-system' 1945 modifiziert. Zwar blieben die Preise des neu im Persischen Golf festgelegten zweiten Basispunktes auf dem Niveau derjenigen des Golfs von Mexiko; aufgegeben wurde jedoch die Berechnung der 'Phantom'-Frachten, die die britische Regierung aufs schärfste kritisiert hatte. Die Preise der beiden bedeutendsten Förderregionen begannen in der Folge schon zu Beginn der europäischen Rekonstruktion auseinanderzudriften. Der eigentliche Zerfall des Preissystems liess jedoch bis ans Ende der 50er Jahre auf sich warten. Penrose urteilt, "that the effectiveness of the planned system was being eroded, partly from within, since Companies were not in collusion in the regulation of markets and each had an incentive to attempt to increase its market share, and partly by competition from outsiders".⁶⁷ Einerseits wichen die effektiven Ölpreise immer mehr von den offiziellen 'posted prices' ab - die auf den Markt drängenden gewaltigen Ölmengen führten, in Verbindung mit sinkenden Frachtraten, ab 1958 zur offenen Gewährung von bedeutenden Rabatten -, und andererseits ergab sich

⁶⁵ EUI, CEAB 09/1089. EWG-Kommission: 'Le pétrole et le gaz', S. 83ff.

⁶⁶ Zur Funktionsweise des Preissystems: vgl. Issawi/Yeganeh 1962, Middle Eastern Oil, S. 60ff; Penrose 1986, International Petroleum, S. 183ff.

⁶⁷ Penrose 1986, International Petroleum, S. 193.

infolge des stärker spielenden Wettbewerbs eine ausgeprägtere Differenzierung der regionalen Preise.

Die Europäer, die mit ihrer Ölpolitik die Preisbewegungen mitinitiiert hatten, nun aber die negativen Struktureffekte zu spüren bekamen, reagierten auf die Entwicklung mit fiskalischen Massnahmen. Die Bundesrepublik und Belgien, in denen die Kohleindustrie ein erhebliches wirtschaftliches und politisches Gewicht aufwies, versuchten dem Preiszerfall mit höheren Steuern auf Mineralölprodukte zu begegnen. 1960 hob Belgien die fiskalische Belastung des schweren Heizöls nochmals bis auf 35% des Verkaufspreises an, und auch in der Bundesrepublik endete die Ära der fiskalpolitischen Enthaltensamkeit in Sachen Heizölsteuer im Mai desselben Jahres abrupt. Mit der Einführung einer Verbrauchssteuer von 10 Mark pro Tonne leichtes und 25 Mark pro Tonne schweres Heizöl fiel der Eingriff in das Preisgefüge aber recht moderat aus.⁶⁸

Aufgrund der politischen Marktregulierung erübrigte sich in Frankreich und Italien, die beide schon seit Jahren die Erdölprodukte besteuerten, die Verfügung von neuen Fiskalabgaben zur Aufrechterhaltung eines erhöhten Preisniveaus. Nur die Niederlande enthielt sich fiskalpolitischer Eingriffe. Dem Abwärtstrend in der globalen Ölpreisentwicklung vermochten steuerliche Massnahmen eh nicht wirksam entgegenzuhalten.

• **Zwischenbilanz - Kohle und Öl**

Stagnation (Kohle) und Strukturwandel (Öl) - mit diesen beiden Begriffen können die wirtschaftlichen und politischen Prozesse auf dem europäischen Kohle- und Ölmarkt der 50er Jahre in verkürzter Weise charakterisiert werden. Ein Vergleich der Entwicklungen im Kohle- und Ölsektor lässt die Asymmetrie im Wettbewerb der beiden Energieträger hervortreten.⁶⁹

Während die Kohleindustrie - trotz erheblicher Anstrengungen zur Produktionssteigerung - hinter den allgemeinen Wachstumsraten der boomenden Wirtschaft zurückblieb, erreichte der Wachstumstrend der internationalen Ölgesellschaften bisher unbekanntes Höhen.

Lähmte eine anhaltende Investitionsschwäche die Entwicklung der seit dem Krieg von der Substanz zehrenden Kohlewirtschaft, so konnten die internationalen Ölkonzerne die gewaltigen Investitionssummen vorwiegend aus eigenen Finanzmitteln bestreiten.

Zeigte der Trend in der Kostenentwicklung bei der Kohle durch die stark ins Gewicht fallenden Lohnkosten nach oben, so war dies in der Ölindustrie genau umgekehrt. Mit der Erschliessung des unter günstigen Bedingungen zu fördernden Nahost-Erdöls sank das Kostenniveau erheblich, und entsprechend gerieten die Preise unter Druck. Dem langfristigen Preisauftrieb der Kohleprodukte stand also eine Preissenkungstendenz im Erdölbereich gegenüber. Die Ertragslage des europäischen Kohlebergbaus verschlechterte sich insgesamt, während die ausgezeichnete Perspektive der Ölindustrie im Verlauf der 50er Jahre immer mehr unabhängige Gesellschaften zum Markteintritt bewegte.

⁶⁸ Burgbacher/Wessels 1963, Energiewirtschaft, S. 75ff.

⁶⁹ Vgl. dazu: Blondel-Spinelli, L' Energie dans l'Europe des Six, S. 66ff.

Das Auseinanderdriften der wirtschaftlichen Grunddaten wurde durch die politischen Regulierung der beiden Industriezweige noch verstärkt: Für die Kohleindustrie waren die zunehmende Unternehmenskonzentration und die hohe Widerstandsfähigkeit der Absatzkartelle die beiden prägendsten Elemente einer starren Marktorganisation. Demgegenüber machten sich im internationalen Ölsystem erste Auflösungserscheinungen bemerkbar. Die Vormachtstellung der grossen Konzerne geriet mit der Aufweichung der vertikalen und horizontalen Integration der gesamten Ölindustrie ins Wanken. Die unterschiedlich motivierten Bestrebungen der unabhängigen Ölgesellschaften und der Produzentenländer förderten diese Entwicklung. Als europäische Akteure sind nationale Ölfirmen wie die CFP und ENI anzuführen, die bei der Realisierung von ungebundenen Versorgungsstrukturen tatkräftig mitwirkten.

Im Kohlesektor stellten diverse Preissysteme mit zahlreichen Formen von offener oder sublimier Diskriminierung für die Politik der Hohen Behörde, die auf den Gemeinsamen Markt sowie die Gleichbehandlung aller Verbraucher setzte, kaum zu nehmende Hürden dar. Im Gegensatz dazu kollabierte das diskriminierende Ölpreissystem infolge wachsenden Wettbewerbsdrucks.

Die Basis dieser gegenläufigen Prozesse, die die Energieversorgung Westeuropas mit geballter Macht innerhalb weniger Jahre umgestalteten, bildete eine zunehmende Verflechtung des weltweiten Energiemarktes. Die Globalisierung fand auf drei Ebenen statt: Erstens entstand mit der Erschliessung des Nahost-Öls für Europa eine neue 'regionale Wesenseinheit' in der Energiewirtschaft.⁷⁰ Die zweite Ebene der Globalisierung widerspiegelt sich im Hineinwachsen der amerikanischen Kohleindustrie in die Rolle eines Wettbewerbers auf dem europäischen Energiemarkt. Die dritte Ebene der energiepolitischen Globalisierung der 50er Jahre wird durch das Eindringen des Erdöls in Verwendungsbereiche markiert, die vormals traditionell durch die Kohle versorgt wurden.

Dass es zu der Verflechtung der Märkte keine Alternative gab - auch wenn die Entwicklung in Westeuropa mit schmerzlichen Anpassungsprozessen einherging -, machte ENI-Chef Enrico Mattei bereits 1960 deutlich, als er den Wettbewerb auf dem Energiemarkt ansprach. Bei der Frage der Energie, so Mattei, gehe es um Märkte und um Macht; folglich könne sich, wer Grossmacht-Status beanspruchen wolle, eine ineffiziente Energieversorgung gar nicht leisten.⁷¹

⁷⁰ Nach US-Öladministrator Dwyer, vgl. EUI, OEEC.CO-M.1953. OECE, 65. Sitzung des Öl-Ausschusses vom 31.3.1953 (Bericht Dwyer).

⁷¹ EUI, CEAB 09/794. 'L'évolution du marché pétrolier': Manuskript der Rede von Mattei.

4. Internationale Nuklearkooperation und europäischer Integrationsprozess: Hintergründe, Streitpunkte, wirtschaftliche Implikationen

*"A long terme en effet, il n' est pas douteux que l' atome ne constitue une source inépuisable d' énergie aux usages multiples et d' un coût sensiblement inférieur à toute autre forme d' énergie actuellement disponible où que ce soit dans le monde."*¹

Bundespräsident und EPD-Vorsteher Max Petitpierre, 21.9.1955.

*"Als Mittel zum Zweck der Schaffung einer 'europäischen Identität' war die Idee einer Atomgemeinschaft denkbar ungeeignet."*²

Ernst Friedrich Jung, Botschafter a.D. der BRD und ehemaliger Beigeordneter Generalsekretär der NATO.

4.1 Die energiepolitische Dimension der Atomkraft. Sozioökonomische und wissenschaftlich-militärische Aspekte der Kerntechnologie

Nuklearambitionen im Dreieck von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft: Wenn es darum geht, die Interessengegensätze im Spannungsfeld der Euratom-Entstehung zu ergründen, kommt man nicht umhin, die Rolle der Nuklearenergie und ihre Rückwirkung auf die menschlichen Existenzformen in den 50er Jahren näher zu betrachten. Es gilt, die energiepolitischen Motive und Hintergründe der Atomtechnologie-Entwicklung im Kontext von europäischer Rekonstruktion, Kaltem Krieg und beginnendem Rüstungswettkampf aufzuspüren und auszuleuchten.

- **Fortschrittsglaube in den fünfziger Jahren: Das Allzweck-Atom als unerschöpfliches Füllhorn und als Friedensstifter**

Die Atomtechnologie als Ausdruck einer technizistischen Utopie

Technik-Historiker wie Radkau schlagen vor, Innovationsprozesse als mikroökonomisches Phänomen des technischen Fortschritts zu betrachten und insbesondere nach der konkreten Verbreitung neuer Technologien zu fragen.³ So betrachtet existiert Technik innerhalb eines historisch-gesellschaftlichen, situationsbezogenen Rahmens. Davon abzuleiten ist Troitzschs Forderung, in der "Geschichte der Artefakte nicht nur Gegenstände zu beschreiben", sondern auch deren Herstellung und Verwendung in der Entwicklung menschlichen Handelns und seiner Bedingungen zu erklären.⁴

Technische Erzeugnisse sind keine sozial neutralen Produkte; die Soziologie betrachtet sie unter dem Gesichtspunkt einer spezifischen Wechselwirkung mit der Gesellschaft. Mit der Analyse des Entstehungszusammenhangs einer Technologie und der "situativen Fixierung der Erfindung" entscheidet sich zudem, "ob die Erfindung einer Impulskette entstammt, die vom Bedarf oder einem gesetzten

¹ BAr E 2200 Paris (OECE) 1975/90, Bd. 66. Koordinationssitzung zu Fragen der Atomenergie; Sitzungsprotokoll der Administrativkommission für Atomenergiefragen vom 21.9.1955.

² NZZ Nr. 101, 3./4. Mai 1997.

³ Radkau 1989, Technik, S. 338.

⁴ Troitzsch, Ulrich; Wohlauf, Gabriele (Hrsg.): Technik-Geschichte. Frankfurt/M 1980, S. 17.

Zweck hin zum gesuchten Mittel läuft (Bedarfsinduktion), oder ob umgekehrt die Erfindung autonom eine Impulskette auslöst, die durch ihre Existenz erst den Bedarf hervorbringt (autonome Induktion)".⁵ In bezug auf die Entwicklung der Nukleartechnologie ergibt sich aus diesem Ansatz folgende Frage: Handelte es sich bei der Verbreitung der zivilen Nutzungsmöglichkeiten um eine Bedarfsinduktion oder um eine autonome Herleitung, d.h. antwortete das Angebot auf eine bestehende Nachfrage - der Militärs, der Industrie, der Elektrizitätswirtschaft -, oder suchte sich das Angebot seine Nachfrage selbst und wenn ja, mit welchen Mitteln?

Sowohl Techniksoziologen wie Hans Linde als auch Kulturhistoriker wie Lewis Mumford haben sich ausführlich des Phänomens technizistischer Utopien angenommen. Immer wieder spukt in wechselnder Ausgestaltung der Traum von der "Befreiung vom Fluch der Arbeit durch Automation" oder von der "Überwindung der Armut durch das überquellende Füllhorn des Überflusses" dank irgendwelcher Erfindungen oder Einrichtungen durch die Geschichte. Derartige Visionen sind laut Linde besonders "zur Demonstration der Überlegenheit des Wissens und der Macht ganzer Gesellschaften" geeignet. "Die Verwirklichung von bisher zwar Wünschbarem, aber doch Undenkbarem, von Utopien" ermögliche spektakuläre Ruhmestaten, aber nur unter der Bedingung einer "emphatischen Zustimmung indoktrинierter Bevölkerungsteile in ideologisch rivalisierenden Systemen", die als Voraussetzung der Akzeptanz eines enormen Ressourceneinsatzes "für die künftige Innovation der Erfindung, für ihre Weiterentwicklung und Verbreitung" gilt.⁶

Das Prestigemoment des Nationalstaats verbindet sich im Zusammenhang mit technischen Zukunftsbildern mit den staatlichen Macht- und Herrschaftsinteressen und bestimmt mit, in welche Grossprojekte immense Finanzvolumen investiert werden - als Illustrationsbeispiel lässt sich das extrem ambitionöse französische Nuklearprogramm anführen. Im allgemeinen diskret und unartikuliert im Hintergrund gehalten, tritt der latente machtpolitische Aspekt der Atompolitik in vereinzelt Zitierten unverhohlen zutage. So verkündete der Leiter des bundesdeutschen Brüterprojektes noch anfangs der sechziger Jahre, technische Grossprojekte gehörten zum "Sichbehaupten eines Volkes", selbst dann, wenn der "dafür zu entrichtende Preis phantastisch" sei - derartige Herausforderungen würden in der Bundesrepublik "zu politischer Substanz" führen.⁷

Mumford weist in seiner Analyse des technischen Fortschritts auf die Wichtigkeit von Utopien für die ganze Technikentwicklung in der Neuzeit hin. Er ortet die Ausbildung des Fortschrittglaubens in der Verknüpfung der Evolutionsideologien des 19. Jahrhunderts mit den bereits früher erwachten Automationsphantasien. "Als Ersatzreligion gab die Doktrin vom unaufhaltsamen technischen plus menschlichen Fortschritt dem neuen Weltbild etwas, das ihm bislang gefehlt hatte: ein immanentes Ziel, nämlich die Zerstörung der Vergangenheit und die Errichtung einer besseren Zukunft, hauptsächlich mit Hilfe technischer Mittel".⁸ Mumford ist von der Bedeutung derartigen Gedankenguts für die reale Techni-

⁵ Linde, Hans: Soziale Implikationen technischer Geräte, ihrer Entstehung und Verwendung, in: Jokisch, Rodrigo (Hrsg.): Technik-Soziologie, Frankfurt/M 1982, S. 18.

⁶ Linde 1982, Soziale Implikationen technischer Geräte, S. 11.

⁷ Radkau, Joachim: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft, Hamburg 1983, S. 94.

⁸ Mumford, Lewis: Mythos der Maschine, Frankfurt/M 1977, S. 575f.

kentwicklung überzeugt: "Solche Visionen von einem unendlichen mechanischen Fortschritt, solch totalitäre Utopien, solch realistische Extrapolation wissenschaftlicher und technischer Möglichkeiten spielten eine wichtigere Rolle in den praktisch-alltäglichen Veränderungen, als man gemeinhin annimmt".⁹

Conrad Matschoss seinerseits erblickte das Wesen des technischen Fortschritts seit der Antike in der "Unterwerfung der Elementarkräfte", der Steigerung der Antriebskraft.¹⁰ In entscheidenden Momenten der europäischen Atompolitik spiegelt sich mitunter die Wirksamkeit dieses Geschichtsbildes. So behauptete ein deutscher Teilnehmer in seinem Bericht über die erste Genfer Atomkonferenz, "dass sich die zivilisierten Völker in einer ähnlichen Situation befinden wie im Augenblick der Erfindung der Dampfmaschine oder des elektrischen Generators. (...) In solchen Augenblicken der Geschichte der Technik werden Positionen bezogen, die für die nächsten Jahrzehnte unseren Lebensstandard bestimmen".¹¹ Auch die Fortschritte der chemischen Synthese, die manche Ressourcen- in Energieprobleme verwandelten, bestärkten das energetische Geschichtsbild. Sofern man in der Elektrizität die 'edelste' Form der Energie erblickte und Fortschritt mit der Konzentration immer grösserer Kräfte gleichsetzte, stellte die Kernenergie genau das fehlende Glied dar, das dem energetischen Fortschrittsbild noch gefehlt hatte. Wenn zudem technischer Fortschritt mit wachsendem Energieverbrauch gleichsetzt wurde, gelangte man ebenfalls zu den scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten der Nukleartechnologie - treffend belegt durch die bereits zitierte Aussage des Atom-Promotors Louis Armand: "(...) and since power consumption has a direct bearing on the standard of living, every effort must be made to improve the rate of increase."¹²

Nuklearenergie als kulturelles Phänomen

"Die Bombe ist die Bändigung der Grundgewalten des Weltalls. Die Kraft, aus der die Sonne ihre Stärke zieht, ist gegen jene losgelassen worden, die den Krieg nach dem Fernen Osten brachten." Der aus der offiziellen Erklärung Präsident Trumans zum Hiroshima-Angriff stammende Satz, abgedruckt in der New York Times vom 7. August 1945, einen Tag nach dem Bombenabwurf, diente dem Leser als Antwort auf die im Artikel gestellte Frage, was sich die Laien unter der vom Kriegsministerium als 'kosmische Bombe' bezeichneten Waffe vorzustellen hatten.

Derselbe Tonfall durchzog fortan alle aus der Feder des Wissenschaftsjournalisten William Laurence stammenden offiziellen amerikanischen Verlautbarungen. Laurence, von der US-Regierung zum offiziellen Berichterstatter des Manhattan-Projekts ernannt, hatte bereits vor dem Krieg über die zu erwartenden Wunder der Kernenergie spekuliert, in denen er göttliche Kräfte am Werk sah. Nun bereiteten sein respektheischender Ton und sein andächtiges Pathos, mit dem er der Öffentlichkeit Grösse und Bedeutung der Bombe als wissenschaftliche Errungenschaft nahezubringen suchte, den Boden für alle nachfolgenden Me-

⁹ Mumford 1977, *Mythos*, S. 597. Gemäss Mumford sind technizistische Utopien auch Ausdruck von Akzeptanzproblemen bestimmter, als 'autoritär' bezeichneter Technologien. Vgl. dazu die ausführlichen Betrachtungen zu demokratischer und autoritärer Technik, ebd. S. 270ff.

¹⁰ Matschoss, Conrad: *Geschichte der Dampfmaschine*, Hildesheim 1982, S. 7.

¹¹ BAr E 2200 Köln (-) 1968/134, Bd. 43, 28.09.1955. Bundesdeutsche Einschätzung der Ergebnisse der ersten Genfer Atomkonferenz vom August 1955.

¹² Armand, Louis: *Atomic Energy and the Future of Europe*, in: *Foreign affairs* 34/1956, S. 655.

dienberichte, deren Wirkungskreis weit über die Vereinigten Staaten hinausreichen sollte.¹³ Kaum jemand, der in den folgenden Jahren über die Konsequenzen der Kernspaltung schrieb, glaubte ohne Rückgriff auf biblische Zitate oder die griechische Mythologie auskommen zu können. Selbst Wissenschaftler, deren rationales Denken die Produktion der Waffe erst ermöglicht hatte und die es eigentlich besser wissen mussten, beförderten das Bild von der Nuklearenergie als einem Mysterium. Robert Oppenheimer wird der Satz zugeschrieben, die Explosion der ersten Versuchsbombe sei "heller als tausend Sonnen" gewesen, ebenso wie - Jahre später - das Zitat "nun bin ich der Tod geworden, der Zerstörer der Welt".¹⁴

Die Spannung zwischen Angst und Bewunderung, die sich in unzähligen Symbolen und Klischees als Ausfluss einer facettenreichen Auseinandersetzung manifestierte, war charakteristisch für die öffentliche Beschäftigung mit Kernwaffen und mit der zivilen Nutzung von Kernkraft. Die Ambivalenz menschlicher Empfindungen drückte sich in einer merkwürdigen Bipolarität von Tod und Untergang sowie von kritikloser Bewunderung aus, wobei die irrationale Hoffnung nach dem segensreichen Atomzeitalter, in dem die Energieknappheit endgültig überwunden wäre, zunächst überwog. In ihrem dualen Charakter, mit einer Spannweite von radikaler existenzieller Bedrohung bis hin zu unreflektierter Heilerwartung, war die Nukleartechnik mehr als nur ein politisch-militärisches Problem; sie musste nicht nur als strategische Herausforderung, sondern auch als kulturelles Phänomen begriffen werden.

Die Freude über den technischen Geniestreich, der zum Kriegsende beigetragen hatte, erzeugte anfänglich eine fast religiöse Züge annehmende Verehrung und Bewunderung der Atomtechnik. Auch wenn es durchaus Stimmen gab, die aufgrund des Massenvernichtungscharakters nuklearer Waffen die Frage nach der moralischen Rechtfertigung ihres Einsatzes stellten, kam es in den unmittelbaren Nachkriegsjahren weder in Amerika noch in Europa zu einem öffentlichen Disput. Begünstigt durch die amerikanische Zensur, die dafür sorgte, dass über die katastrophalen Folgen der Radioaktivität wenig an die Öffentlichkeit gelangte, zollte der Grossteil der Bevölkerung der Atombombe als Errungenschaft, die den Krieg beenden half, ihre Bewunderung. Den dunklen Seiten der Entwicklung mit diffusen Gefühlen begegnend, integrierte man die Waffe auf eine Weise in die Alltagskultur, welche die mit dem Vernichtungspotential der Bombe einhergehende Gefährdung der Lebensgrundlagen weitgehend ignorierte.

In den USA wurde das Symbol Atombombe zum Synonym für Kraft, Energie und nationale Stärke und fand derart Eingang in die Bilder- und Begriffswelt der amerikanischen Bürger. In den Jahren der anwachsenden Spannung zwischen den Blöcken kam die öffentliche Präsentation der umfangreichen Versuchsreihen des US-Atomwaffenprogramms im Südpazifik und später in der Wüste von Nevada einer Demonstration von Macht gleich, welche die Überzeugung suggerierte, dass mehr und wirkungsvollere Nuklearwaffen die eigene Sicherheit am besten gewährleisten. Die Inszenierung der Bombe mittels Live-Übertragung der Explosionen kam der Sensationslust der Menschen geschickt entgegen und liess das Schauspiel der Detonationen zu einem Teil der Vergnügungskultur werden. Bleibender Ausdruck dieser Stimmung ist der Ausdruck 'Bikini', den ein französi-

¹³ Laurence, William L.: Dämmerung über Punkt Null. München/Leipzig 1948, passim.

¹⁴ Rhodes, Richard: Die Atombombe, Nördlingen 1988, S. 682.

scher Modeschöpfer nach einem Test auf dem Südsee-Atoll für seine Kreation wählte und der sich als Gattungsbegriff für weibliche Badeanzüge durchsetzte.

Ängste vor der Zerstörungskraft der Waffe konnten unter diesen Bedingungen verdrängt werden, zumal die für die Tests verantwortliche 'Atomic Energy Commission' der Öffentlichkeit versicherte, dass alle notwendigen Sicherheitsmassnahmen getroffen seien und somit keine Gefahr drohe. Detonations-Beschreibungen in ästhetisierenden Begriffskategorien unterstützten den gewünschten Anschein der Harmlosigkeit und förderten als besondere Attraktion einen 'Bomb-Watching'-Tourismus, der im Staat Nevada seltsame Blüten trieb und zu einem Umsatzfaktor der Freizeitindustrie avancierte. Ganz gemäss dem Motto einer beliebten Postkarte der frühen fünfziger Jahre: aufsteigender Atompilz über der Skyline von Las Vegas - betrachtet aus dem Liegestuhl am Swimmingpool des 'Atomic View Motel'; zarte, weisse Pilzwolke, der aus Entfernung nichts Bedrohliches anhaftet und deren ästhetischer Glanz via Lebensmittelverpackungen und Buchdeckel Eingang in den amerikanischen Alltag fand.¹⁵

Der geschickt entfachte Atomenthusiasmus, zusammen mit dem leichtfertigen Umgang mit den atomaren Gefahren, stellte die Basis für die einsetzende Promotion der zivilen Nutzung der Kernenergie dar. Die zunächst unter Wissenschaftlern einsetzende Auseinandersetzung über die Zukunft einer von radioaktivem 'Fallout' bedrohten Zivilisation sollte erst zu einem späteren Zeitpunkt - dafür umso heftiger - als öffentliche Debatte weltweit geführt werden.

Die Trivialisierung der Bombe blieb weitgehend ein amerikanisches Phänomen, das in Nachkriegs-Europa keine Entsprechung fand. In den kriegsversehrten Ländern verhinderte die Sorge um den Wiederaufbau und das eigene Überleben vergleichbare Tendenzen. Es gab vorerst weder Grund für Atomenthusiasmus noch für übermässiges Entsetzen; noch schienen Nuklearwaffen die Europäer nicht unmittelbar zu betreffen.¹⁶ Die Furcht vor den nicht mehr zu vertuschenden Folgewirkungen atomarer Versuchsreihen griff erst Ende der fünfziger Jahre, mit dem Abklingen der zuvor entfachten Atomeuphorie, auf Deutschland über. Das Wissen um die Gefahren der Radioaktivität traf zeitlich zusammen mit der für die Deutschen nicht minder erschreckenden Erkenntnis, dass die Bundesrepublik - nach gültiger NATO-Strategie - zum Schauplatz eines atomaren Konflikts würde, sollte das nukleare Abschreckungskalkül versagen.¹⁷

Auffällig an der deutschen Kontroverse um die Atombewaffnung war der starke moralische Impetus, der die hitzige Debatte von Anfang an prägte. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit erschienen die aktiv in der Protestbewegung engagierten Wissenschaftler, Schriftsteller und Theologen als Garanten einer an der Verantwortung für das Individuum ausgerichteten Haltung. Charakteristisch für die kulturelle Dimension der Kernkraft-Kontroverse waren die zahlreichen literarischen Werke der Zeit - mehrfach mit Kernphysikern im Mittelpunkt -, die sich als Mahnung an die Menschheit präsentierten und versuchten, einer als verhängnisvoll empfundenen Entwicklung Einhalt zu gebieten.¹⁸ Ein bedeutsames

¹⁵ Stölken-Fitschen, Ilona: Bombe und Kultur, in: Salewski 1995, Zeitalter der Bombe, S. 267f; Costandina, Titus A.: Bombs in the Backyard, Reno/Las Vegas 1986.

¹⁶ Stölken-Fitschen, Ilona: Bombe und Kultur, in: Salewski 1995, Zeitalter der Bombe S. 274.

¹⁷ Zur Wirkung des 'Göttinger Manifests' (April 1957); vgl. Radkau 1983, Atomwirtschaft, S. 96f.

¹⁸ Exemplarisch: Kipphardt, Heinar: In der Sache J. Robert Oppenheimer; Dürrenmatt, Friedrich: Die Physiker. Die paradigmatische Bedeutung der Auseinandersetzung um die Nukleartechnik

Motiv der deutschen Diskussion und ihrer Art der fundamentalen Thematisierung von Sein oder Nichtsein, das auch den moralisierenden Tonfall erklärt, ist in der Betonung des Massenvernichtungscharakters einer Waffe zu suchen, die an die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit rührte. Offensichtlich wollte man den Aufbau eines absoluten Zerstörungspotentials nicht stillschweigend dulden und dadurch dem erneuten Vorwurf einer Mitschuld vorbeugen.

Ein sachlicher Dialog über die verdrängten Risiken der Kernspaltung war in der aufgeheizten politischen Atmosphäre der fünfziger Jahre ebensowenig möglich wie während der Atomkontroverse der siebziger und achtziger Jahre. Eine unkritische Fortschrittsgläubigkeit im Verbund mit offiziell geschürten Heilserwartungen an das 'friedliche Atom' wirkten einer offenen Auseinandersetzung von Grund auf entgegen. Im aufgeputschten Klima des Kalten Krieges war - aus staatlicher Sicht - ein gesellschaftlicher Diskurs über die erdenklichen Auswirkungen und Gefahren von atompolitischen Richtungsentscheidungen für die Nachwelt höchst unerwünscht.¹⁹

Euphorische Erwartungen an das Atomzeitalter

*"Das Zeitalter der Atomenergie beginnt. Elf Jahre nach Hiroshima breitet sich die Erkenntnis aus, dass der neue Brennstoff Uran 235, der drei Millionen mal besser ist als Kohle, offenbar gewaltige Umwälzungen mit sich bringen wird, wenn genügend davon auf der Welt vorhanden sein sollte. (...) die unterentwickelten Völker werden die benötigte Energiebasis erhalten. Wüsten können durch Entsalzen des Meerwassers bewässert, Urwälder oder arktische Gebiete mit Hilfe von Elektrizitätswerken, die durch die Luft versorgt werden, erschlossen werden. Schifffahrt und Luftfahrt werden auf den neuen Brennstoff übergehen. (...) Wahrhaft eine grosse Aufgabe für die technisch fortgeschrittenen Völker, den vorwärtsstrebenden zu helfen, aber auch ein zunächst unerschöpfliches Wirkungsfeld für Exportindustrien in der Lieferung von Produktionsmitteln und Konsumgütern für den Aufbau der Wirtschaftsgebiete draussen in Übersee."*²⁰

Leo Brandt, Staatssekretär im Wirtschafts- und Verkehrsministerium von Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Atomkommission; Ansprache auf dem SPD-Parteitag 1956.

Von Beginn weg wies die Atomtechnologieentwicklung einen ungewöhnlich hohen Legitimationsbedarf auf. Solange die zivile Atomenergienutzung blosse Spekulation blieb, bedurfte es einer ideologischen Formel, um die offensichtliche Risiken der Nukleartechnik zu übertünchen. Je stärker die Gefahr eines Atomkrieges das öffentliche Bewusstsein erschreckte, desto notwendiger wurde ein positives Gegenbild - selbst die Atomphysiker benötigten die Perspektive ziviler Atomanwen-

widerspiegelt sich in der heutigen Debatte bezüglich ethischer Grenzen des menschlich Machbaren. Auch bei der Bio- und Gentechnologie handelt es sich um Risikofelder mit zivilisationsbedrohenden Anlagen, deren Gefahrenpotential sich nur hypothetisch umreißen lässt.

¹⁹ Zu den Anforderungen an das Verfahren demokratischer Entscheidungsfindung: vgl. Grimm, Dieter: Interessenwahrung und Rechtsdurchsetzung in der Gesellschaft von morgen, in: Die Zukunft der Verfassung, Frankfurt/M 1991, S. 176ff sowie Müller, Jörg Paul: Demokratische Gerechtigkeit, Bern 1993, S. 174ff.

²⁰ Leo Brandt, Auszüge einer Ansprache auf dem SPD-Parteitag 1956, in: Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD (10.-14.06.1956), München 1956, S. 149ff, zit. nach Radkau 1983, S. 81f und Kollert 1994, Proliferation, S. 119f.

dung, um sich in der Öffentlichkeit mit der Kernwaffenproblematik auseinanderzusetzen zu können, ohne dass die Nuklearwissenschaft dabei ausschliesslich als Werkzeug der Zerstörung erschien.

Ab dem Jahr 1954 sahen sich die Westeuropäer intensiv mit den Aussichten eines hereinbrechenden Atomzeitalters konfrontiert. Presse und Rundfunk verbreiteten die phantastische Utopie vom 'überquellenden Füllhorn' der friedlichen Nukleartechnik, das Frieden schaffen, Hunger beseitigen, Sonnenkräfte auf die Erde bannen und vom Fluch der Arbeit befreien sollte. Der Einwand, der zivile Nutzen der Atomenergie könnte am Ende in nicht viel mehr als etwas Wasserdampf bestehen, wäre damals geradezu als Häresie aufgefasst worden. Die Genfer Atomkonferenz, die ein gewaltiges Medienecho erzielte, verhalf der amerikanischen 'Atoms for Peace'-Politik zu einem überwältigenden Propagandaerfolg und zum endgültigen Durchbruch. Die Botschaft lautete: Kernkraft treibt Frachtschiffe, Passagierflugzeuge, Raketen, Lokomotiven und Autos. In Reaktoren hergestellte künstliche Radioisotopen verhelfen Medizin, Biologie, Landwirtschaft und Industrie zu rasanten Innovationen in Forschung, Therapie und Fertigung. Die technizistischen Visionen der Propagandisten kannten keine Grenzen. Aus der extrem hohen Energiekonzentration im Spaltstoff Uran wurde gefolgert, ein besonderer Vorzug der Atomanlagen werde darin bestehen, diese nach Bedarf ganz klein dimensionieren zu können. Der Kleinreaktor als Flugzeugantrieb wurde besungen, ebenso wie 'Baby-Reaktoren' zur Raumbeheizung und das 'Kraftwerk in der Kiste': "Die Firma Glenn L. Martin hat vor vier Wochen in einer Pressekonferenz sieben würfelförmige Kisten aus Aluminium vorgeführt, deren Seitenlänge 2,7 m betrug (...). Diese Kisten sind ein 1½ Jahre lang unbedient und ungewartet laufendes, 10 MW lieferndes - das heisst für eine Stadt von 10'000 Einwohnern ausreichendes - Atomkraftwerk, das die ungewöhnlich geringe Summe von 1 Mio. Dollar kostet".²¹ Die Öffentlichkeit erhielt jenes positive Image der Nukleartechnik suggeriert, das sich Washington und viele andere europäische Regierungen wünschten, und für eine kurze Dauer gelang es, die Nuklearforschung vom Geruch des Kriegerischen zu befreien.

Die entfachte Atomeuphorie übertraf die in der Nachkriegszeit verbreitete allgemeine Wissenschaftsgläubigkeit bei weitem. Trotz des schon fast dogmatischen Glaubens an den wissenschaftlichen Fortschritt erforderte die Stellung der Atomforschung als Kriegswissenschaft aber noch eine gesonderte Legitimation. Diese suchte man in den fünfziger Jahren durch die Beschwörung der 'Wertfreiheit' der Grundlagenforschung zu erreichen, um dadurch die funktionelle Beziehung der Nuklearwissenschaft zur Entwicklung militärischer Erzeugnisse auszublenken. Die Teilnahme an der nuklearen Basisforschung fand sich zur 'Überlebensfrage der Nation' emporstilisiert, wobei die schweizerische Forschung - gemessen am internationalen 'Standard' - geradezu harmlos als "im internationalen Wettkampf stehend" beschrieben wurde.²² Otto Zipfel, Delegierter des Bundesrats für Fragen der Atomenergie, dozierte in einem 1957 am SMUV-Kongress in Schaffhausen gehaltenen Referat: "Der Trieb, immer tiefer ins Innere der Natur einzudringen und ihre Geheimnisse zu ergründen, ist dem Menschen jedoch dermassen eingeboren, dass es völlig undenkbar erscheint, die Entwicklung an einem bestimmten Punkt wissentlich und willentlich zu stoppen und fortan keine

²¹ Leo Brandt, Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD, München 1956, S. 152.

²² Fueter, Eduard: Die schweizerische Forschung im internationalen Wettkampf, Bern 1951, S. 3.

weiteren Forschungen oder Nutzenwendungen auf dem Gebiet der Atomphysik mehr zuzulassen".²³ Unmissverständlicher drückte sich Leo Brandt als stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Atomkommission aus:

*"Wehe aber der Nation unter den bisher führenden, die jetzt den technisch-wissenschaftlichen Anschluss verpasst! Im Unterschied zur ersten industriellen Revolution können heute die politisch befreiten, bisher technisch unterentwickelten Völker zu Industrienationen werden. Umgekehrt können aber bisherige Industrievölker zurückfallen, wenn sie nicht alles daran setzen, im Rennen zu bleiben. Aufmerksame Beobachter können bei uns besorgniserregende Anzeichen in dieser Richtung feststellen. Solche Völker werden in Abhängigkeit zu denen geraten, die auf den neuen Gebieten die Führung übernommen haben. Ihr Lebensstandard wird zurückbleiben, ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit kann bis zu einer neuen Art kolonialer Abhängigkeit gefährdet werden."*²⁴

Leo Brandt war einer der aktivsten deutschen Atom-Propagandisten. Der Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Verkehrsministerium verfocht bereits ab 1950 den Bau eines Atomreaktors in der BRD. In Vorträgen pries Brandt die vielfältigen Vorteile der Kernenergie als Segen für die Menschheit, "so nötig, aber auch so grossartig, wie irgend möglich". Auf dem Parteitag vom Juli 1956 in München begründete er den 'Atomplan' der SPD. Der Plan forderte unter anderem den Aufbau und den Betrieb von Atomkraftwerken "durch die öffentliche Hand" und kündigte "ein neues Zeitalter für die Menschheit" an. In seiner 'Die zweite industrielle Revolution' betitelten Rede benutzte Brandt die Diktion der 'Atoms for Peace'-Kampagne: "In unserer Generation wagt es der Mensch, die Hand auszustrecken nach dem Urfeuer des Universums (..). Ich nenne das die zweite promethische Tat". Die 'Atoms for Peace'-Propaganda mit ihrem Internationalismus-Aspekt sowie der Glaube an die positive soziale Wirkung des technischen Fortschritts vermochte die Sozialdemokraten davon zu überzeugen, dass die Atomtechnik unverzichtbar war. Mit grosser Mehrheit verabschiedeten die Delegierten einen Atomplan, dessen Schlussabschnitt verkündete, die Atomenergie könne "entscheidend mithelfen, die Demokratie im Innern und den Frieden zwischen den Völkern zu festigen".²⁵

Schon vor dem Parteitag, im Herbst 1955, war die SPD zusammen mit dem DGB dem 'Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa' beigetreten, dessen Initiator Jean Monnet die international-kollektive Nutzung der Kernenergie als zentralen künftigen Integrationsfaktor Europas einstufte.²⁶ Die Botschaft der zivilen Atomkraft-Nutzung entsprach der marxistischen Utopie, der erwartete rasante 'Fortschritt der Produktivkräfte' würde die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse von Grund auf ändern. Dieser Schluss veranlasste die Linke, während geraumer Zeit mit dem 'friedlichen Atom' zu sympathisieren, ohne dessen Risiken objektiv wahrzunehmen. Selbst Ernst Bloch prophezeite in seinem

²³ Schriftenreihe des SMUV, Nr. 2, Bern 1957, S. 6.

²⁴ Leo Brandt, Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD (10.-14.06.1956), München 1956, S. 149ff. Mit dem Hinweis auf das Nuklearprogramm "der sogenannten DDR" setzte Brandt zum Schluss noch einen ideologischen Akzent.

²⁵ Atomplan der SPD, zit. nach Kollert 1994, S. 123. Ähnlich wie Brandt äusserte sich der zweite Hauptredner, Prof. Carlo Schmid, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Ebd. S. 123.

²⁶ Vgl. Kapitel 4.7: 'Akteur auf transnationaler Ebene'.

'Prinzip Hoffnung' eine umfassende Beglückung der Menschheit durch die Kernkraft. "Die Atomenergie, in anderer Maschine als der der Bombe, in der blauen Atmosphäre des Friedens, schafft aus Wüste Fruchmland, aus Eis Frühling. Einige hundert Pfund Uranium und Thorium würden ausreichen, (...) um der Menschheit die Energie, die sonst in Millionen von Arbeitsstunden gewonnen werden muss, in schmalen Büchsen, höchstkonzentriert, zum Gebrauch fertig darzubieten."²⁷

So abstrus die Heilserwartungen im Zusammenhang mit der Atomenergienutzung aus heutigem Blickwinkel erscheinen mögen, so wenig darf man sie aus damaliger Sicht als irrational abtun und vom übrigen Entwicklungsprozess der Nukleartechnik abspalten. Die Verheissungen dienten der legitimatorischen Abstützung staatlicher Kernenergie-Förderung, und ebenso verhinderten sie wirksam, dass technologische Alternativen ernsthaft erwogen wurden. Der auffällige Kontrast zwischen dem geringen materiellen Engagement der Privatindustrie und dem rasch anwachsenden finanziellen und administrativen Aufwand des Staates bedurfte dringend einer ideologischen Klammer.

Radkau und Hug interpretieren die Atomeuphorie als integrative Ideologie, die die Risiken der Atomtechnik vorsätzlich zu übertünchen suchte.²⁸ Um zu befriedigen, muss diese Auslegung erweitert und nuancierter ausdifferenziert werden. Das Phänomen der Nuklearbegeisterung entstand in einem konkreten politischen Zusammenhang, als Folge einer Propagandaoffensive, die darauf abzielte, von der militärischen Anwendung der Atomtechnik abzulenken - eine Behauptung, die in den folgenden Abschnitten zu belegen ist. Die Vermutung lässt sich erhärten, dass auch jene europäischen Regierungen, die den 'Atoms for Peace'-Vorstoss Washingtons aktiv aufnahmen und national adaptierten, den von den USA geförderten Effekt begrüßten und zugunsten eigener Zielsetzungen verwendeten.²⁹ Wie zu zeigen sein wird, entsprang die Identifikation der Westeuropäer mit der Atomtechnik vor allem dem aussenpolitisch-militärischen Denken. Daraus ist abzuleiten, dass die Atomeuphorie national auch deshalb angeheizt wurde, weil sie vom zentralen Leitmotiv ablenkte, sowohl nach innen wie nach aussen. Staatliche Technologiepolitik stützt sich bei Entwicklungsvorhaben, denen erhöhte nationale Bedeutung zugemessen wird, häufig auf zivile Technikvisionen. Insofern fügt sich die Rede vom 'friedensbringenden Atomzeitalter' als instrumentalisiertem Mythos vorbehaltlos in die Tradition geschichtsprägender Visionen ein.³⁰ Die 'Atoms for Peace'-Politik der USA erleichterte den Europäern ihre offensive Atomtechnologie-Strategien massiv; insofern war sie das Kernelement einer latenten Proliferation.³¹

Ein dem Organ der bundesdeutschen Atomindustrie entnommenes Zitat aus dem Jahr 1956 dokumentiert, in welchem groteskem Ausmass die Aussichten der

²⁷ Bloch, Ernst: *Das Prinzip Hoffnung*, Frankfurt/M 1959, S. 775.

²⁸ Radkau 1983, *Atomwirtschaft*, S. 78ff; Hug 1987, S. 213f.

²⁹ Wenn man auf die Bewertung des Effekts der atompolitischen Kampagne durch den RWE-Vorstandsvorsitzenden Heinrich Schöller abstellt, zeitigte die Propaganda-Offensive eine durchschlagende Wirkung: "Das Beispiel (...) hat beinahe so gewirkt wie die Erzählungen des Herrn Goebbels von den Wunderwaffen und hat viele Menschen, auch in der Bundesrepublik, beinahe zur Hysterie gebracht". Kollert 1994, *Proliferation*, S. 124.

³⁰ Mumford 1977, *Mythos*, S. 276. Als Rechtfertigungsgrund für die militärische Atomforschung vermochte der Mythos nicht zu genügen. Den wenigen Nuklearwissenschaftlern, die sich auf dieses Feld vorwagten, blieb nur der Rückgriff auf traditionelle antikommunistische Reflexe.

³¹ Vgl. Kapitel 4.4: 'Die Strategie der USA'

Kernenergie selbst in Fachkreisen überschätzt oder zumindest aus propagandistischen Gründen planmässig überhöht wurden. Demnach sollte es - stark ansteigende Stromerzeugungskosten vorausgesetzt - bereits 1960 möglich sein, bis zu 80% der gesamten deutschen Elektrizitätserzeugung mittels Kernenergie abzudecken!³² Die Absurdität der Hypothese zeigt sich daran, dass 1960 noch kein einziges deutsches Kernkraftwerk in Betrieb war und der Anteil des Atomstroms im Jahre 1967 in Deutschland erst knapp 1% der gesamten Stromerzeugung ausmachte.³³ Deubner meint dazu, in Bonn habe intern bereits seit Ende 1955 Einigkeit darüber geherrscht, dass die Kernkraft erst ab Ende der 60er Jahre rentabel sein könne. Wenn ernstzunehmende Analytiker die Kernenergie trotzdem als kurzfristig erfolversprechende Konkurrenz der fossilen Energieträger propagiert und so die öffentliche Ernüchterung verzögert hätten, müsse "Irrtum oder böser Wille" im Spiel gewesen sein.³⁴

• **Dramatisierte Furcht vor der 'Energienücke'? Bedarfsstudien als Legitimationsgrundlage forcierter Kernenergie-Förderung**³⁵

*"Energie ist auf dem europäischen Kontinent knapp und teuer. Der Energiebedarf ist in raschem Wachsen, und die europäischen Länder müssen bedeutende Mengen Kohle und fast sämtliche Erdölzeugnisse einführen. Bei ansteigender Konjunktur entstehen periodische Versorgungsengpässe, verbunden mit einem starken Ansteigen der Preise."*³⁶

Spaak-Bericht, 21.4.1956.

*"Es besteht die Gefahr, dass die Energieerzeugung innerhalb kurzer Frist dem wachsenden Bedarf nicht mehr genügen wird. Die Atomenergie muss also rasch ihren Beitrag leisten, wenn ein Engpass und eine Verteuerung vermieden werden sollen. Ihre Wirtschaftlichkeit wird mit dem Ansteigen der Kosten der herkömmlichen Energie schnell zutage treten. In weit höherem Masse als z.B. für die Vereinigten Staaten ist für Europa die Erschliessung dieser neuen Energiequelle eine zwingende Notwendigkeit."*³⁷

Spaak-Bericht, 21.4.1956.

Zu Beginn der 50er Jahre bildete die Montanunion ein fast autarkes Energiesystem, dessen Bedarf im wesentlichen von der heimischen Steinkohle abgedeckt wurde. Innerhalb der Region bestanden aber erhebliche Ungleichgewichte: allein die Bundesrepublik wies einen Energiebilanz-Überschuss aus, während Belgien

³² BA E 2001 (E) EPD, Abt. für Int. Organisationen 1970-71, Bd. 35. Kopie aus dem bundesdeutschen Organ der Atomindustrie: Atomwirtschaft, 1/1956, Düsseldorf 1956, S. 117.

³³ Energy balances of OECD countries 1960-1979, OECD/IEA, Paris 1991, S. 307.

³⁴ Deubner, Christian: Die Atompolitik der westdeutschen Industrie und die Gründung von Euratom, Diss., Frankfurt/M und New York 1977, S. 62. Aufgrund von Meinungsumfragen tendiert Radkau zur Vermutung, die 'Atomzeitalter'-Euphorie der fünfziger Jahre habe sich vorwiegend auf politischer Ebene sowie in der Publizistik abgespielt und sei von der grossen Mehrheit der Bevölkerung nicht getragen worden. Radkau 1983, Atomwirtschaft, S. 89.

³⁵ Vgl. dazu Kap. 3.2: Energiemarktanalysen und Bedarfsstudien zum ersten ..

³⁶ Spaak-Bericht: Bericht der Delegationsleiter an die Aussenminister, Brüssel, 21.4.1956, in: Schwarz, Jürgen: Der Aufbau Europas. Pläne und Dokumente 1945-1980, Bonn 1980, S. 330.

³⁷ Spaak-Bericht, in: Schwarz 1980, Aufbau Europas, S. 321.

eine knapp ausgeglichene Rechnung präsentierte. Die restlichen Länder konnten ihren Energiebedarf nur in Teilen aus eigenen Ressourcen decken - Luxemburg war sogar gänzlich auf Energieimporte angewiesen.³⁸ Anfänglich vermochten deutsche Kohlelieferungen die Defizite der Nachbarn auszugleichen; es war jedoch absehbar, dass die Energieproduktion mit der rasant steigenden Nachfrage nicht Schritt halten konnte. Den Europäern musste daran gelegen sein, zunächst die ungleich verteilten Ressourcen gemeinschaftlich zu nutzen, baldmöglichst aber auch neue einheimische Energiequellen zu erschliessen und die Energiezufuhr von ausserhalb der Region zu erleichtern. Aufgrund des fortgeschrittenen Transnationalismus in der Energiewirtschaft konnte dies nicht weiter in einzelstaatlicher Isolation erfolgen, sondern nur mehr in regionaler Abstimmung.

Die Frage der Erschliessung von zusätzlichen Energiequellen stand Mitte der fünfziger Jahre unter dem Vorzeichen einer prognostizierten 'Versorgungslücke', nachdem in den industrialisierten Ländern Westeuropas Vermutungen aufgekomen waren, die Deckung des künftigen Energiebedarfs sei angesichts der rapide ansteigenden Nachfrage in absehbarer Zukunft nicht mehr gesichert.³⁹ Infolge der zeitlichen Koinzidenz mit der allmählichen technischen Ausreifung ziviler Einsatzmöglichkeiten des Kernenergiepotentials hat die Energie-Debatte die atomwirtschaftlichen Überlegungen in den westlichen Industriestaaten massgeblich geprägt und beeinflusst. Die folgende Analyse soll ergründen, ob die Befürchtungen einer Unterversorgung - hauptsächlich auf die Kontrahenten Deutschland und Frankreich bezogen - gerechtfertigt waren und inwieweit die beschworene 'Energilücke' als Legitimationsbasis und als instrumentalisierter Impulsgeber die Bildung einer europäischen Atomgemeinschaft begünstigt hat.

Aufgrund der kursierenden Knappheitsängste wurden umfangreiche Energiestudien in Auftrag gegeben, die den Regierungen und internationalen Organisationen als Grundlage umfangreicher Nuklearprogramme dienen.⁴⁰ In seiner im Mai 1955 auf Ersuchen der OECE publizierte Studie folgerte Louis Armand,

³⁸ Vgl. die Energiestatistik in diesem Kapitel: Tab. 1, Grundzahlen der Gemeinschaft 1950-93.

³⁹ Meadows, Donella und Dennis: Die neuen Grenzen des Wachstums. Stuttgart 1993, S. 95.

⁴⁰ BAr-Quellenmaterial: BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 358. Armand, Louis: La Coopération Economique intra-européenne dans le Domaine de l' Energie. OECE, Paris, Mai 1955.
 BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 33. Peaceful use of nuclear energy. Preliminary study prepared by the Research Directorate of the Council of Europe. Strassburg, Juli 1955.
 BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 32. Nicolaidis, Léandre; Ockrent, R.; Harpham, W.: Possibilités d' action dans le Domaine de l' Energie Nucléaire. Rapport du Groupe de Travail no 10 du Conseil. OECE, Paris, Dezember 1955.
 BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 33. Wigny, Pierre: Einführender Bericht über das europäische Energieproblem. Bericht der Arbeitsgruppe der Gemeinsamen Versammlung der EGKS für die ausserordentliche Märztagung 1956. EGKS, o.O., März 1956.
 BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 384. Hartley, Harold: Besoins croissants de l'Europe en Energie - comment y faire face? Rapport de la commission de l'Energie. OECE, Paris, Mai 1956.
 BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 385. Hopkins, John Jay: World wide industrial role of nuclear energy. Report of the chairman, Nuclear Energy Committee, National Association of US-Manufacturers. New York, November 1956. Manuskript-Kopie.
 BAr E 2200 Paris (OECE) 1973/133, Bd. 1. Armand, Louis; Etzel, Franz; Giordani, Francesco: Ziele und Aufgaben für Euratom. Bericht der 'Drei Weisen' an die Aussenminister der sechs Euratom-Länder, o.O., Mai 1957.
 BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 364. Winiger, Arthur: Atomkernspaltung und Energieversorgung in der Zukunft. Vortragsmanuskript (Referat vor der Generalversammlung des Schweizerischen Energie-Konsumenten-Verbandes), Zürich, 18. März 1954).
 BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 364. Winiger, Arthur: Wasserkraft und Atomenergie. Aussichten für die Energieversorgung der Schweiz. Manuskript; Referat vor der Generalversammlung des Schweiz. Energiekonsumenten-Verbandes, Zürich, 21.3.1956.

dass Westeuropa in den kommenden Jahren sowohl mit steigenden Energiekosten als auch mit Energieknappheit zu rechnen habe, während eine von Sir Harold Hartley geleitete OECE-Expertenkommission im Mai 1956 die These vertrat, der künftige europäische Elektrizitätsverbrauch werde sich etwa alle 10 Jahre verdoppeln.⁴¹ Eine Mehrzahl der zitierten Publikationen kam zum Schluss, dass die Aufwendungen für mittelfristig notwendige Primärenergie-Importe kritische Auswirkungen auf die Zahlungsbilanzen einzelner westeuropäischer Staaten haben könnten, falls es diesen Ländern nicht gelinge, selber neue Energiequellen zu erschliessen. Zur Lösung des 'europäischen Energieproblems' empfahlen die Autoren durchwegs eine forcierte Förderung der Nukleartechnologie.

Die anschliessende Strategie-Kontroverse nährte sich vor allem aus dem Zusammenspiel der Entwicklungstendenzen bei den drei Energieträgern Kohle, Erdöl und Uran. Am Anfang stand eine zeitweilige Kohleknappheit: In der Bundesrepublik zeigte sich der Mangel darin, dass 1955, auf dem Höhepunkt des aktuellen Konjunkturzyklus, das Land seinen Energiebedarf erstmals nicht mehr aus eigener Steinkohleförderung zu decken vermochte. Amerikanische Importkohle, preiswerter angeboten als die einheimische, füllte die entstandenen Lücken, leitete aber gleichzeitig den Schrumpfungsprozess in der deutschen Kohleförderung ein. Mit der ab 1956 abflauenden Wirtschaftstätigkeit ging auch der inländische Kohleverbrauch zurück, was eine Verschärfung der Krise im Bergbau bewirkte. 1958, im Jahr des konjunkturellen Tiefpunkts, hatte das Vorzeichen der 'Kohlekrise' gänzlich gedreht: Aus einer Mangelsituation war eine Kohle-Schwemme geworden, die sich bei den belgischen Kohlebergwerken zuerst angekündigt hatte und bald weitere Kreise zog. Das Überangebot nahm endgültigen Charakter an, führte zu einer permanenten Krise und zum langanhaltenden Niedergang des Kohlebergbaus in der ganzen Sechsergemeinschaft.

Vor dem Hintergrund der 'langen Welle' erscheint die Phase der Kohleknappheit von 1955/56 als vorübergehende Erscheinung, die darüber hinaus nur unter bestimmten länderspezifischen Bedingungen Anlass zu ernsthafter Besorgnis geben musste. Die Voraussetzungen, die erfüllt sein mussten, waren einmal ein dominierender Anteil der Steinkohle am Primärenergiebedarf der Wirtschaft, zweitens ein Importpreis für Kohle, der über dem Niveau der einheimischen Produktion lag, und drittens ein Mangel an Devisen für benötigte Energieimporte.

In Deutschland, dem im Vergleich zu Frankreich reicheren Land an eigenen Primärenergievorkommen, lag der Kohle-Anteil an der gesamten Energieversorgung der Industrie im Jahre 1955 noch über 70%. Eine bereits eingetretene Trendwende lässt sich daraus ableiten, dass Heizöl in der Spanne von 1950-55 eine Verbrauchszunahme von 230% aufwies, während der Kohle-Verbrauch im gleichen Zeitraum um 9% zurückging.⁴² Der Preis für Importkohle, die vor allem aus den USA stammte, lag nur zeitweilig, von Herbst 1954 bis Ende 1956, über demjenigen für das deutsche Produkt, das innerhalb der Montanunion am preiswertesten war. Mit dem Abflauen der Konjunktur sanken die Kosten für amerikanische Kohle wiederum deutlich unter diejenigen der europäischen Konkurrenz. Das rasche Vordringen des relativ billigen Heizöls auf dem Energiemarkt hielt den Preis für Import-Kohle auch künftig tief. Für Unternehmungen mit energieintensiver Produktion gab es demnach nur temporäre Gründe, die günstige US-Kohle

⁴¹ OECE/Armand 1955, S. 13f; OECE/Hartley 1956, S. 14f; Armand/Etzel/Giordani 1957, S. 16f.

⁴² Deubner 1977, Atompolitik, S. 16.

nicht zu kaufen. Einzig akzeptabler Hinderungsgrund für den Bezug dieser Rohstoffquelle blieben letztlich nur knappe Devisenbestände. Anders als in Frankreich - mit seinen notorischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten - war die Dollarknappheit in der Bundesrepublik aber seit 1952 überwunden und stellte fortan kein Problem mehr dar.⁴³

Berechtigten Anlass zur Sorge bot ein im Vergleich zur Kohleproblematik weitaus bedenklicherer Aspekt der 'Energienlücken'-Kontroverse: die wachsende Abhängigkeit der westeuropäischen Energieverbraucher von Erdöl-Importen, die, wie die OECE-Sachverständigen im Energiebericht von 1956 festhielten, nebst einer stärkeren Belastung der Zahlungsbilanzen vor allem schlecht kalkulierbare Risiken mit sich brachte, weil die Versorgung zunehmend aus einem begrenzten geographischen Raum, dem Nahen Osten, stammte.⁴⁴ Spätestens seit der Suez-Krise vom Herbst 1956 verursachte diese Abhängigkeit sowohl in der politischen Öffentlichkeit als auch in Wirtschaftskreisen etwelches Kopferbrechen.⁴⁵

Auch in diesem Punkt mussten gewisse Prämissen erfüllt sein, damit die Energieversorgung aufgrund gefährdeter Ölzufuhren einen kritischen Stand erreichen konnte. Erstens hatte der Konsum von importierten Erdölprodukten einen signifikanten Anteil am gesamten Primärenergieverbrauch auszumachen, und zweitens musste auch in diesem Fall die Abgeltung der Einfuhren aufgrund eines Mangels an Devisen - resultierend aus negativer Zahlungsbilanz - erschwert sein. Zum Zeitpunkt der sogenannten 'Energienlücke' traf keine der genannten Voraussetzungen auf die Wirtschaft der Bundesrepublik zu, während sich die Lage für Frankreich - infolge des bedeutend höheren Erdöl-Einsatzes in der Industrie - weitaus gravierender präsentierte. Unbestreitbar wies der Ölanteil an der westeuropäischen Energieversorgung seit Anfang des Jahrzehnts eine enorme Zuwachsrate auf, während die Kohle-Quote stetig schrumpfte. Bei weiterhin sinkenden Ölpreisen und einem gleichzeitigen Anstieg der Kohleförderungskosten war ein beschleunigter Fortgang der Entwicklung absehbar, wodurch mittelfristig auch die Importabhängigkeit der BRD zunehmen musste.⁴⁶

Die Auswirkungen der geschilderten Tendenzen auf die öffentliche Meinung blieben vorerst gering und dürfen nicht schwergewichtig für die von 1955-57 gefällten atompolitischen Richtungsentscheide verantwortlich gemacht werden. Die "Erschütterung des europäischen Vertrauens in die gesicherte Ölversorgung" erfolgte erst im Nachgang an die Suezkrise, als die Energieproblematik um die Jahreswende 1956/57 im Bewusstsein der Öffentlichkeit eine spürbare Resonanz erzielte. Eine massgebliche Wirkung ist der Ölkrise überdies im Zusammenhang mit den in einem kritischen Stadium steckenden Verhandlungen über die Römer Verträge zuzuschreiben.⁴⁷

Die umstrittene Konkurrenzfähigkeit der Atomenergie gegenüber den Kohlenstoff-Energieträgern war von entscheidender Bedeutung in der Debatte um die

⁴³ Ab 1952 erwirtschaftete die BRD einen Aussenhandels-Überschuss, der sich in einem entsprechenden Devisenpolster der 'Bank Deutscher Länder' niederschlug. Deubner 1977, S. 16.

⁴⁴ BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 384. Hartley/OECE 1956, S. 45f; BAr E 2001 (E) EPD 1970/ 217, Bd. 385. Wertung des Hartley-Berichts, OECE-Delegation Paris, 2.5.1956.

⁴⁵ Grosser, Alfred: Suez, Hungary and European Integration, in: International Organization, Vol. XI/3, summer 1957, S. 470-480.

⁴⁶ Deubner schätzt, dass der westdeutsche Erdölbedarf im Jahre 1955 noch zu etwa 30% aus eigener Förderung gedeckt werden konnte. Deubner 1977, Atompolitik, S. 17.

⁴⁷ Vgl. Kapitel 4.8: Der Suezkonflikt als externer Integrationsfaktor.

Frage, ob es zulässig sei, von der befürchteten 'Energilücke' zwingend auf die Notwendigkeit einer massiven Förderung der zivilen Atomtechnologie zu schließen. Dabei galt es, zwischen der kostenmässigen und funktionalen Konkurrenzfähigkeit sowie der Substitutionsfähigkeit zu unterscheiden. In Deutschland gelangte eine Minderheit von Exponenten der chemischen Industrie bereits Ende 1955 zur Ansicht, dass mit einem substantiellen und kostenseitig konkurrenzfähigen Kernenergie-Beitrag an das westdeutsche Energieangebot nicht vor Ende der sechziger Jahre zu rechnen sei.⁴⁸ Das propagierte Substitutionspotential der Kernenergie für Kohlenstoff-Ressourcen wurde von dieser Seite zudem in wesentlichen Teilen glatt bestritten - so galt zum Beispiel der Sektor Antriebsenergie für Motorfahrzeuge aus damaliger Sicht bereits als voraussichtlich nicht abdeckbar.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Annahme einer kurz- und mittelfristig bevorstehenden Versorgungslücke im Zeitraum von 1954-56 für die westdeutsche Wirtschaft nicht gerechtfertigt war, wogegen die Besorgnis der Franzosen bezüglich einer gesicherten Energieversorgung ihres Landes aufgrund grösserer Importabhängigkeit und andauernder Devisenknappheit eher nachvollziehbar und begründbar scheint. Als ökonomisch relevante Argumente kann man die höheren Gewinnungskosten der Europäer gegenüber den USA im Kohleabbau sowie die riskante Abhängigkeit von Erdöl-Importen aus dem Mittleren Osten gelten lassen. Den gesuchten tauglichen Ansatz zur Lösung der tatsächlichen oder vermuteten europäischen Energieprobleme vermochte die Nukleartechnologie jedoch - entgegen allen Prognosen - kurz- und mittelfristig nicht zu bieten.

Die forcierte Atomeuphorie verhinderte eine sachlich-nüchterne Erörterung der europäischen Energiesituation. Geht man über die nachweisbaren gesamtwirtschaftlichen und strukturellen Voraussetzungen hinaus und versucht, sowohl die politischen als auch die ökonomischen Motive der involvierten Akteure näher auszuleuchten, so setzt sich rasch die näher zu belegende Vermutung fest, die oft bemühte 'Energilücke' sei - infolge ihres zeitlichen Zusammentreffens mit Fortschritten in der Atomtechnik - von Lobbyisten wiederholt zugunsten partikularer Zielsetzungen benutzt worden und habe den unterschiedlichen Fraktionen als interessensspezifisch interpretierbares Propagandainstrument der politischen Meinungsbildung gedient. Beeinflusst von den Konklusionen der zitierten Energiestudien und geblendet von den anlässlich der ersten Genfer Atomkonferenz propagierten Zukunftsperspektiven des 'friedlichen' Atoms, beurteilten politische Kreise die Möglichkeiten der zivilen Kernkraft-Nutzung fast durchwegs zu enthusiastisch. Der Satz von Bundespräsident und EPD-Chef Max Petitpierre, geäußert anlässlich einer Koordinationssitzung der Administrativkommission für Atomenergiefragen vom 21.9.1955, vermag diese Behauptung ebenso treffend zu illustrieren wie die zitierten Sätze aus dem Spaak-Bericht: "A long terme en effet, il n' est pas douteux que l' atome ne constitue une source inépuisable d' énergie aux usages multiples et d' un coût sensiblement inférieur à toute autre forme d' énergie actuellement disponible où que ce soit dans le monde."⁴⁹

⁴⁸ 'Chemische Industrie', Dezember 1955, zit. nach Deubner 1977, Atompolitik, S. 17.

⁴⁹ BAr E 2200 Paris (OECE) 1975/90, Bd. 66, 21.9.1955. Protokoll Administrativkommission.

Fehlprognose: Das Gutachten der 'Euratom-Weisen'

Als exemplarisches Beispiel eines Instrumentes zur Entfaltung der Atombegeisterung muss das zur Abstützung des künftigen Kernkraftbedarfs verfasste Gutachten der 'Drei Weisen' bezeichnet werden. Radkau wertet die berühmte Studie als "eines der unüberlegtesten Dokumente der internationalen Atom-Historie" - die Vermutung sei gewagt, dass es sich dabei um eines der berechnendsten Dokumente der Atomgeschichte handelt.⁵⁰

Im Oktober 1956 berief die Aussenministerkonferenz der Sechs einen Ausschuss, der parallel zu den Euratom-Verhandlungen die Grundzüge eines künftigen europäischen Nuklearprogramms zu bestimmen hatte. Das Mandat umfasste die Festlegung der Produktionsziele, das Abschätzen der Frist bis zur Inbetriebnahme von Atomkraftwerken und die Bestimmung des Finanzbedarfs. Dem von Monnets Aktionskomitee angeregten Bericht kam eine hochpolitische Funktion zu: mit ihm sollte das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines forcierten Ausbaus der Kernenergie in Europa gestärkt werden. Zu diesem Zweck skizzierte die Studie ein industrielles Atomprogramm, für dessen Durchführung ein gemeinschaftliches Vorgehen im Rahmen von Euratom und mit amerikanischer Hilfe unerlässlich war. Wenn die Realisierung des Programms ausbleibe, warnte Monnets Vertrauter Max Kohnstamm, dann drohe Euratom in Richtung einer zwar interessanten, aber eng beschränkten Forschungsinstitution abgedrängt zu werden.⁵¹ Rechtzeitig vor Beginn der Ratifizierungsdebatten legten die drei Experten ihr Gutachten über 'Ziele und Aufgaben für Euratom' vor.

Ausgangspunkt der Studie waren die bereits angeführten Prognosen über den künftigen Energieverbrauch der Euratom-Staaten mit ihren bekannten Schlussfolgerungen: die prophezeite 'Energilücke' sei mit Hilfe der Kernenergie zu schliessen, wenn man die Risiken einer gesteigerten Importabhängigkeit von Kohle und Erdöl und damit verbundene Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten vermeiden wolle. Die Untersuchung plädierte deshalb zugunsten eines nuklearen 'Crashprogramms' von enormer Dimension.⁵² Bis ins Jahr 1967 sollten in der Sechsergemeinschaft Kernkraftwerke mit einer elektrischen Leistungskapazität von 15'000 MWe installiert werden - dem Potential von 250 Kernkraftwerken der Shippingport-Klasse entsprechend -, die einen geschätzten Atomstrom-Anteil von 25% an die künftige Stromproduktion beitragen sollten. Das gesetzte Leistungsziel übertraf das bis anhin mit Abstand ehrgeizigste Atomprogramm, dasjenige der Briten, um ein Mehrfaches, ebenso wie die Summe der Planziele, die den ursprünglichen nationalen Programmen der Mitgliedstaaten zugrunde lagen. Der tatsächlich erreichte Nuklearstrom-Anteil betrug 1967 knapp 2% - die Vorgaben des Berichts waren bereits im Zeitpunkt der Publikation indiskutabel.⁵³

Die drei Experten waren sich von Anfang an bewusst, dass das Unterfangen nur mit ausländischer Hilfe gelingen konnte, und sie warnten deshalb ausdrücklich vor der "Illusion der Autarkie".⁵⁴ Die entscheidende Hilfe bei der Umsetzung

⁵⁰ BAr E 2200 Paris (OECE) 1973/133, Bd. 1. Armand/Etzel/Giordani 1957. Radkau 1983, S. 89.

⁵¹ FM, Fonds AMK 6, 5/20-22. Zweite Resolution des Aktionskomitees vom 20. September 1956. FM, Fonds AMK/C, Brief Kohnstamms vom 26.11.1957.

⁵² BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 385, 29.12.1956. Der Ausdruck 'Crashprogramm' stammt aus dem US State Department (Vermerk der schweizerischen Gesandtschaft in Washington).

⁵³ Vgl. die statistischen Angaben auf den folgenden Seiten (Tabellen 1-3).

⁵⁴ Armand/Etzel/Giordani 1957, S. 27ff.

musste aus den Vereinigten Staaten kommen, wo die Industrie bereits mit fortgeschrittenen Leichtwasser-Reaktortypen experimentierte, die auf der Basis von angereichertem Uran 235 arbeiteten. Aus diesem Grund war der Expertenausschuss in die USA gereist und hatte sich um amerikanische Kooperations-Zugeständnisse bemüht. Die Amerikaner, denen der Markt der Sechs ein willkommenes Experimentierfeld für ihre Reaktorentwicklung bot, erteilten umgehend Lieferzusagen für Versuchsreaktoren und für angereichertes Uran zu günstigen Preisen.

Eine Schwachstelle des EAG-Programms betraf die Kompatibilität einer gesamteuropäischen Atompolitik mit den nationalen Nuklearkonzeptionen. Die Benelux-Staaten verursachten diesbezüglich die geringsten Probleme unter den sechs Partnerländern. Das zivile Atomprogramm der Niederlande war mit 100-150 MWe bescheiden ausgelegt. Belgien, durch seine Sonderstellung als Uranlieferant stark am Nukleargeschäft interessiert, rechnete bis Mitte der sechziger Jahre mit einem Energiedefizit von 3-6 Mt/RÖE pro Jahr und bekräftigte seine Absicht, ein breites Atomenergie-Programm auf die Beine zu stellen. Aufgrund seiner Energiesituation war Italien dringend auf eine rasche wirtschaftliche Nutzbarkeit der Kernenergie angewiesen. Staatliche Nuklearpolitik und Euratomprogramm - an beidem war Ausschussmitglied Giordani massgeblich beteiligt - korrespondierten denn auch in hohem Masse. Bis 1960 plante die italienische Industrie den Aufbau von Nuklearkapazitäten in der Höhe von 500 MWe, und für 1965 wurden bereits 2000 MWe anvisiert.⁵⁵ Die konfliktbeladene und ursächlich für die Kontroversen um Euratom verantwortliche Ausgangslage in den beiden bedeutendsten Partnerländern der Gemeinschaft, Deutschland und Frankreich, bedarf zu ihrem besseren Verständnis einer vertiefteren Betrachtung in einem separaten Kapitel.⁵⁶

Der Plan der 'Weisen' entpuppte sich als gigantische Fehlprognose: Ende 1967 gab es im gesamten EG-Raum zehn Atomkraftwerke mit einer approximativen Gesamtleistung von 2100 MWe - die Leistungsvorgabe wurde somit bloss zu 14% erfüllt.⁵⁷ Dafür war in der Zwischenzeit der Kohlepreis auf die Hälfte gesunken, und das Erdöl floss in grösseren Mengen als je zuvor.

⁵⁵ Im Januar 1957 war noch nicht einmal der Reaktortyp bestimmt. Vgl. Scheinmann 1967, Nuclear integration in Europe, in: International Conciliation, No. 563/1967, S. 32.

⁵⁶ Vgl. Kapitel 4.5 und 4.6.

⁵⁷ Kollert 1994, Proliferation, S. 125.

EGKS-Energiestatistik – Grundzahlen der Gemeinschaft 1950-1993

Tabelle 1: Energiestatistik - Grundzahlen der Sechsergemeinschaft 1950-1993

Quellen: Eurostat 5/1964; 9/1970; 11/1971; 20/1983; 32/1993

(* = keine Angaben verfügbar)

EG 6	Primärenergieverbrauch Mi/RÖE										Einfuhrabhängigkeit in %			EG 6					
	1950	1955	1960	1970	1980	1993	1950	1955	1960	1970	1980	1993	1950		1955	1960	1970	1980	1993
Primärenergieverbrauch GESAMT	204	267	318	573	700	827	186	214	223	227	258	356	9%	20%	30%	60%	63%	57%	
davon in %																			
- Kohle	77%	72%	59%	26%	20%	17%	/	/	/	59%	41%	27%	/	/	/	/	3,5	3,4	
- Rohöl	12%	19%	30%	59%	55%	43%	/	/	/	6%	4%	4%	/	/	/	/	eg9	eg12	
- Kernenergie	-	-	-	5%	17%	17%	-	-	-	1%	13%	39%							
- Andere	11%	9%	11%	15%	20%	23%	/	/	/	34%	42%	30%							
B	Primärenergieproduktion Mi/RÖE										Einfuhrabhängigkeit in %			B					
	1950	1955	1960	1970	1980	1993	1950	1955	1960	1970	1980	1993	1950		1955	1960	1970	1980	1993
Primärenergieproduktion GESAMT	18	20	14	7	7	11	18	20	14	7	7	11	5%	9%	36%	83%	85%	77%	
davon in %																			
- Kohle	/	/	/	33%	24%	16%	/	/	/	98%	57%	-	/	/	/	/	4,6	4,8	
- Rohöl	/	/	/	58%	50%	42%	/	/	/	-	43%	98%							
- Kernenergie	-	-	-	-	7%	21%	-	-	-	-	-	-							
- Andere	/	/	/	9%	19%	21%	/	/	/	2%	-	2%							
BRD	Primärenergieproduktion Mi/RÖE										Einfuhrabhängigkeit in %			BRD					
	1950	1955	1960	1970	1980	1993	1950	1955	1960	1970	1980	1993	1950		1955	1960	1970	1980	1993
Primärenergieproduktion GESAMT	89	123	143	233	269	331	105	126	125	121	121	145	-18%	-2%	12%	48%	55%	56%	
davon in %																			
- Kohle	/	/	/	38%	31%	30%	/	/	/	81%	73%	61%	/	/	/	/	4,4	4,1	
- Rohöl	/	/	/	53%	48%	40%	/	/	/	6%	4%	2%							
- Kernenergie	-	-	-	-	4%	11%	-	-	-	-	9%	26%							
- Andere	/	/	/	9%	17%	19%	/	/	/	13%	14%	11%							
F	Primärenergieproduktion Mi/RÖE										Einfuhrabhängigkeit in %			F					
	1950	1955	1960	1970	1980	1993	1950	1955	1960	1970	1980	1993	1950		1955	1960	1970	1980	1993
Primärenergieproduktion GESAMT	59	72	84	142	183	219	40	45	51	40	43	106	32%	36%	40%	72%	77%	52%	
davon in %																			
- Kohle	/	/	/	24%	17%	7%	/	/	/	53%	27%	6%							
- Rohöl	/	/	/	61%	59%	40%	/	/	/	5%	4%	3%					3,4	3,8	
- Kernenergie	-	-	-	-	9%	40%	-	-	-	-	39%	83%							
- Andere	/	/	/	15%	15%	13%	/	/	/	42%	30%	8%							
IT	Primärenergieproduktion Mi/RÖE										Einfuhrabhängigkeit in %			IT					
	1950	1955	1960	1970	1980	1993	1950	1955	1960	1970	1980	1993	1950		1955	1960	1970	1980	1993
Primärenergieproduktion GESAMT	22	31	44	105	133	155	12	14	19	18	17	27	45%	55%	57%	83%	87%	82%	
davon in %																			
- Kohle	/	/	/	8%	8%	7%	/	/	/	2%	2%	2%							
- Rohöl	/	/	/	72%	70%	58%	/	/	/	6%	12%	21%					2,3	2,7	
- Kernenergie	-	-	-	-	1%	35%	-	-	-	-	5%	-							
- Andere	/	/	/	20%	21%	35%	/	/	/	92%	81%	77%							

Tabelle 2: Stromerzeugung in der Sechsergemeinschaft 1950-1993

Quellen: Eurostat 5/1964; 11/1971; 20/1983; 32/1995

(/' = keine Angaben verfügbar)

EG 6	Elektrische Energie / GWh	1950	1955	1960	1967	1970	1980	1993
	Gesamte Nettoerzeugung	116'397	183'310	270'106	430'392	550'378	885'553	1'291'746
	- davon Kernenergie	-	-	100	7'391	14'212	117'128	538'669
	- %-Anteil der Kernenergie	-	-	0.03%	2%	3%	13%	42%
B	Elektrische Energie / GWh	1950	1955	1960	1967	1970	1980	1993
	Gesamte Nettoerzeugung	8'421	11'125	14'118	22'362	28'961	51'015	67'108
	- davon Kernenergie	-	-	-	53	49	11'909	39'736
	- %-Anteil der Kernenergie	-	-	-	0.2%	0.2%	23%	59%
BRD	Elektrische Energie / GWh	1950	1955	1960	1967	1970	1980	1993
	Gesamte Nettoerzeugung	43'803	74'965	111'381	172'249	226'919	347'453	487'661
	- davon Kernenergie	-	-	/	1'687	5'668	41'265	145'166
	- %-Anteil der Kernenergie	-	-	/	1%	2%	12%	30%
F	Elektrische Energie / GWh	1950	1955	1960	1967	1970	1980	1993
	Gesamte Nettoerzeugung	32'943	49'197	72'304	111'637	140'708	246'597	450'583
	- davon Kernenergie	-	-	/	3'167	5'147	57'939	350'046
	- %-Anteil der Kernenergie	-	-	/	3%	4%	23%	78%
IT	Elektrische Energie / GWh	1950	1955	1960	1967	1970	1980	1993
	Gesamte Nettoerzeugung	23'481	36'224	55'282	93'549	112'842	177'392	211'357
	- davon Kernenergie	-	-	/	2'458	3'001	2'068	-
	- %-Anteil der Kernenergie	-	-	/	3%	3%	1%	-
LUX	Elektrische Energie / GWh	1950	1955	1960	1967	1970	1980	1993
	Gesamte Nettoerzeugung	702	1'111	1'388	2'141	2'070	1'056	1'021
	- davon Kernenergie	-	-	-	-	-	-	-
	- %-Anteil der Kernenergie	-	-	-	-	-	-	-
NL	Elektrische Energie / GWh	1950	1955	1960	1967	1970	1980	1993
	Gesamte Nettoerzeugung	7'047	10'688	15'633	28'454	38'878	62'040	74'016
	- davon Kernenergie	-	-	-	26	347	3'947	3'721
	- %-Anteil der Kernenergie	-	-	-	0.1%	1%	6%	5%
USA	Elektrische Energie / GWh	1950	1955	1963	1967	1970	1980	1993
	Gesamte Nettoerzeugung	/	/	1'007'896	1'432'999	1'638'010	2'354'359	2'882'211
	- davon Kernenergie	/	/	3'216	12'326	21'801	251'116	610'291
	- %-Anteil der Kernenergie	/	/	0.3%	1%	1%	11%	21%
GB	Elektrische Energie / GWh	1950	1955	1963	1967	1970	1980	1993
	Gesamte Nettoerzeugung	/	/	163'342	209'175	232'703	266'312	303'741
	- davon Kernenergie	/	/	5'984	22'474	22'805	32'291	80'980
	- %-Anteil der Kernenergie	/	/	4%	11%	10%	12%	27%
CH	Elektrische Energie / GWh	1950	1955	1963	1967	1970	1980	1993
	Gesamte Nettoerzeugung	/	/	22'803	30'765	34'886	48'162	59'313
	- davon Kernenergie	-	-	-	-	1'809	13'663	22'029
	- %-Anteil der Kernenergie	-	-	-	-	5%	28%	37%

Tabelle 3: Installierte elektrische Kernkraftleistung (Netto MWe)

Quellen: IAEA 1993; 1998

(' = keine Angaben verfügbar)

		1967	1992	1997	1) 1997
EG 6	Installierte Leistung (MWe)	2'100	86'240	91'296	/
	1) %-Anteil der Kernenergie an gesamter Stromproduktion				
B	Installierte Leistung (MWe)	/	5'500	5'712	60%
BRD	Installierte Leistung (MWe)	/	22'600	22'282	32%
F	Installierte Leistung (MWe)	/	57'700	62'853	78%
IT	Installierte Leistung (MWe)	/	-	-	0%
LUX	Installierte Leistung (MWe)	/	-	-	0%
NL	Installierte Leistung (MWe)	/	440	449	3%
USA	Installierte Leistung (MWe)	/	/	99'188	20%
GB	Installierte Leistung (MWe)	/	12'200	12'968	28%
CH	Installierte Leistung (MWe)	-	2'985	3'079	41%
ex UdSSR	Installierte Leistung (MWe)	/	34'800	35'500	/

Anmerkungen zu den Tabellen 1-3**Hinweise zur Reliabilität der Energiedaten**

Auch die Methoden der Energiedaten-Erfassung unterliegen stetigem Wandel: Mehrfach waren Anpassungen an die erneuerten statistischen Usancen erforderlich. Die Umrechnung von Mengenangaben in Steinkohleeinheiten (SKE) auf das später gebräuchliche Mass der Rohöleinheiten (RÖE) erfolgte mittels einem Umrechnungsfaktor von 0.7 - dem höheren Brennwert von Öl entsprechend.

Neue Messgrössen, Datenberichtigungen sowie die Zunahme der Mitgliedsländer der Gemeinschaft stellen allesamt potentielle Fehlerquellen dar. Im Falle Deutschlands war es beispielsweise anhand des verfügbaren Materials nicht möglich, für das Jahr 1993 ausschliesslich die Energiedaten der ehemaligen Bundesrepublik zu eruieren. Seit 1991 erfasst 'Eurostat' die Zahlen der alten und neuen Bundesländer gemeinsam.

Allfällige Ungenauigkeiten bleiben an dieser Stelle von untergeordneter Bedeutung. Die Tabellen wollen primär die vollzogenen Trends im Energiebereich nachzeichnen - die Daten dienen dabei als Vergleichsgrössen und Orientierungshilfen.

Symbole und Abkürzungen

Mt/RÖE = Millionen Tonnen Rohöleinheiten

Gwh = Gigawattstunden

MWe = Megawatt (elektrische Netto-Leistung - im Vergleich zur primären thermischen Bruttoleistung)

'/' = keine Angaben verfügbar

Netto-Stromerzeugung = Bruttoerzeugung abzüglich des Eigenverbrauchs der Kraftwerke

Quellen

Eurostat 5/1964; 9/1970; 11/1971; 20/1983; 32/1995

IAEA 1993; 1998

Referenzgrösse

Euratom-Leistungsziel für 1967 - gemäss Gutachten der 'Drei Weisen' vom Mai 1957: 15'000 MWe installierte Kernkraftleistung in der Sechsergemeinschaft. Ende 1967 existierten im EG-Raum 10 AKW's mit einer approximativen Gesamtleistung von 2100 MWe - die Vorgabe wurde zu 14% erfüllt.

Fiktion und Realität: Energiewirtschaftliche Entwicklungstendenzen in der Sechsergemeinschaft 1950-1993

In der Energiebilanz Westeuropas vollzogen sich mit dem Anbruch des Konsumzeitalters bedeutende Veränderungen. Der gesamte Primärenergieverbrauch der EG-Gründerstaaten stieg im Zeitraum von 1950-1980 um 243%, während die eigene Primärenergieproduktion mit einem Wachstum von 39% weit hinter der Zunahme des Verbrauchs zurückblieb. Dadurch wuchs die Einfuhrabhängigkeit der Gemeinschaft - definiert als Verhältnis der Importe zum Primärenergieverbrauch - von 9% im Jahre 1950 über 30% (1960) auf 60% im Jahre 1970. Nach dem Höhepunkt von 1973 (67%) gingen die Importe bis 1980 wieder auf 63% und bis 1993 auf 57% zurück. Die Durchschnittswerte der Sechsergemeinschaft widerspiegeln jedoch ausschliesslich die grossen Bewegungen und Veränderungen; dahinter verbergen sich grosse Disparitäten zwischen den einzelnen Ländern. Anfangs der fünfziger Jahre war nur die deutsche Energiebilanz positiv. 1980 vermochte einzig die Niederlande eine positive Saldobilanz auszuweisen, während die Partnerstaaten ihren Primärenergieverbrauch nicht einmal zur Hälfte aus eigener Produktion zu decken vermochten.

Im selben Zeitraum haben sich die Positionen der einzelnen Energieträger nachhaltig verschoben. Die Kohle verlor ihre einst dominante Stellung und wurde von Erdöl und Erdgas verdrängt. Während die Kohlegewinnung in der Gemeinschaft von 1950-1980 um knapp die Hälfte zurückging, stieg das Erdöl zum wichtigsten Energieträger auf. 1970 erreichte das Mineralöl eine Anteilsquote von 59% am gesamten Primärenergieverbrauch, wobei mehr als 95% des Rohöls aus Drittländern stammte, hauptsächlich aus dem Mittleren Osten. Erst ab Beginn der achtziger Jahre vermochten die Europäer einen zunehmend grösseren Bedarfsanteil aus eigenen Nordsee-Quellen abzudecken.

Der Ausbau der Kernkraft-Nutzung blieb weit hinter den zeitlichen Planungen und Prognosen der Gemeinschaft zurück. Viel später als vorgesehen steuerte die Nukleartechnik einen substantiellen Beitrag an die Energieproduktion der Sechs bei. Noch im Jahre 1970 machte die Kernkraft bloss 1% der gesamten Primärerzeugung aus. Bis 1980 konnte der Anteil auf 13% gesteigert werden, und 1993 leistete die Atomenergie, bezogen auf die Gründerstaaten, bereits einen Beitrag von 39% an die Gesamtenergieproduktion. Wo das Lieblingkind europäischer Energieplanung der fünfziger Jahre in der heutigen Zeit eine dominante Rolle spielt, namentlich in Frankreich (1993: 83% Kernenergieanteil an der Primärenergieproduktion) und in Belgien (1993: 98%), gab nicht die Förderung durch Euratom, sondern eine zielstrebige nationale Atompolitik den Ausschlag für die erfolgte Entwicklung.⁵⁸

Setzt man - ausgehend vom Stand der Energieversorgung um 1950 - die nachfolgende Entwicklung im Energiesektor der Sechsergemeinschaft in Relation zu den im Zeitraum von 1955-57 publizierten mittelfristigen Szenarien, so zeigt sich, dass die markantesten strukturellen Veränderungen den ursprünglichen Absichten der Initiatoren von Montanunion und Euratom diametral entgegenliefern. Der unaufhaltsame Niedergang der Kohle markierte nicht nur einen Paradigmenwechsel im Bereich der fossilen Energieträger, sondern auch einen markanten Bedeutungsverlust für die EGKS; er antizipierte ebenso das Scheitern der

⁵⁸ Quelle: Eurostat 32/1995, S. 370.

gewählten Euratom-Konzeption aufgrund verfehlter Annahmen über die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie.

Der aus einer überlegenen Wettbewerbsposition resultierende spektakuläre Aufstieg des preisgünstigen Rohöls zum wichtigsten Energieträger vollzog sich unabhängig von den energiepolitischen Zielsetzungen der Gemeinschaft und unbeeinflusst von untauglichen Gegenmassnahmen wie Kohlesubventionen und erhöhten Mineralölsteuern. Die europäische Energiepolitik mit ihrer interventionistischen Preis- und Tarifpolitik vermochte weder auf die Weltmarkt-Trends noch auf die Position einzelner Energieträger einzuwirken. Diesbezüglich waren Machtfaktoren wie das Opec-Kartell oder die Entdeckung neuer Erdöl- und Erdgasfelder - z. B. die Erschliessung der Nordsee-Vorkommen - weitaus gewichtigere Einflussgrössen.

Die energiepolitische Leistungsbilanz der Europäischen Gemeinschaft fällt dennoch, über die Periode von 1950-1980 betrachtet, nicht gänzlich negativ aus. Obschon sich naturgemäss weder einzelstaatliche noch gemeinschaftliche Energiekonzeptionen den trendmässigen Umwälzungen der Epoche zu widersetzen vermochten, ist anzuerkennen, dass der allgemeine ordnungspolitische Rahmen des Gemeinsamen Marktes auch für die Energiewirtschaft günstige Auswirkungen zeitigte. Diese Feststellung betrifft vor allem die Durchsetzung des zuvor noch kaum etablierten Wettbewerbs unter den Energieträgern, ausgelöst durch die grundsätzliche Anerkennung des Marktpreises als Regulativ energiewirtschaftlicher Entscheidungsprozesse. Die Öffnung des europäischen Marktes für billige Importenergie, insbesondere Rohöl, war eine wesentliche Grundlage des nachfolgenden Konjunkturbooms; allerdings erfolgte sie zulasten des einheimischen Kohlebergbaus und unter Inkaufnahme einer riskanten Einfuhrabhängigkeit.

Zur mangelnden Konkurrenzfähigkeit der Atomenergie: Politisch motivierte Fehleinschätzung der Erfolgsaussichten?

Bezüglich Einschätzung der Erfolgsaussichten der Kernenergie lassen sich in der Entwicklungszeit der zivilen Atomkraft-Nutzung drei Phasen festhalten. Erstens die Zeit der Euphorie und der Spekulation, in der häufig vom anbrechenden Atomzeitalter die Rede war und in der die Phantasien bis zur Vermutung gediehen, die Uranspaltung mit Hilfe des Brütens werde soviel Energie freisetzen, dass Elektrizität - unabhängig von Uranpreis und Wirkungsgrad der Atomkraftwerke - praktisch nichts kosten werde.⁵⁹ Es folgte die Periode der Fehlkalkulationen, als - zur Zeit der 'Internationalen Konferenz über die friedliche Verwendung der Atomenergie' (Genf, August 1955) - die besondere Kostenstruktur der Kernkraftenerzeugung zwar erkannt war, trotzdem aber mit derart zweckoptimistischen Schätzungen bezüglich Finanzaufwand und zeitlicher Verfügbarkeit hantiert wurde, dass ein viel zu optimistisches Bild der Wirtschaftlichkeitsaussichten entstand. In der ab 1958 anschliessenden Phase der Ernüchterung mussten die anfänglichen Erwartungen Schritt um Schritt relativiert und zurückgeschraubt werden. Auf die unrealistische Nukleareuphorie folgte - im Nachgang an die zweite Genfer Atomkonferenz des Sommers 1958 - eine entsprechende Wendung in den Pessimismus. Problematisch war diese Trendwende insofern, als weiterhin, ungeachtet der

⁵⁹ Varchmin, Jochim; Radkau, Joachim: Kraft, Energie und Arbeit, Reinbek 1981, S. 286.

getrübten Erfolgsaussichten für Atomstrom, ein faktischer Bedarf nach alternativen Energieträgern nebst Kohle und Öl bestand. Die angekündigten Daten der vollen wirtschaftlichen Nutzbarkeit der Kernenergie - 1960 oder auch 1967 - entpuppten sich aber unverkennbar als politisch motivierte Termine.

Bereits im Zeitpunkt der Euratom-Gründung gab es auch kritische Stimmen, die Kritik am Mythos Atom übten und für eine nüchterne und realistische Einschätzung der Möglichkeiten der Kerntechnik plädierten - nur blieben sie in der herrschenden Atmosphäre des internationalen Nuklearwettkampfs ungehört. Der deutsche Ökonom Fritz Baade schrieb 1958, er sei der Meinung, "dass sich in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit - in der angelsächsischen wie in der deutschen - eine allzu kritiklose Einschätzung der Atomenergie und ihrer Bedeutung für die Lösung der Energieprobleme der Welt, Europas oder Deutschlands verbreitet hat".⁶⁰ Die ehrgeizigen Produktionsziele der Euratom-'Weisen' stuft Baade als völlig überrissen ein, und er prophezeite ein klägliches Scheitern des kostspieligen Nuklearprogramms der Gemeinschaft. Als kritischem Leser waren ihm die vielen 'if and when' im Euratom-Bericht nicht entgangen: "(..) ihre Berechnungen unterstellen die erfolgreiche Lösung von Problemen, die heute noch sehr weit von ihrer Lösung entfernt sind."⁶¹ Aus der Erkenntnis, dass es vorderhand nur eine hochsubventionierte kommerzielle Atomenergieproduktion gebe, folgerte der Autor, "dass keiner der heute gebauten oder geplanten Reaktoren uns eine wettbewerbsfähige Atomenergie schenken wird". Die 'Atomfriedensindustrie' durchschaute Baade als "kleines Anhängsel einer grossen und im Falle der USA geradezu gigantisch grossen 'Atomkriegsindustrie', und das Streben Frankreichs nach dem Besitz von Anlagen zur Isotopentrennung und zur chemischen Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente entlarvte er als ungebremsten Drang zur Gewinnung von waffenfähigem Plutonium. Auch schätzt er die Grenzen der französischen Kooperationsbereitschaft richtig ein: "Es [Frankreich] wird keinesfalls bereit sein, das in den Reaktoren von Marcoule - die in erster Linie der Spaltstoffherstellung für künftige französische Atombomben dienen - produzierte Plutonium einer supranationalen Körperschaft zu übereignen oder ihr auch nur die Kontrolle darüber zu übertragen". Erwartungsgemäss blieb Baades Plädoyer für eine Denkpause in der atomaren Entwicklung aufgrund des agonalen Klimas der Epoche ungehört: "Es wäre schön, wenn die Welt sich eine zwanzigjährige Atempause gönnen und diese zwanzig Jahre dazu benutzen würde, den Bestand der Menschheit an Wissen über die Atomenergie, über die in ihr ruhenden Gefahren und über die sichere Verhütung dieser Gefahren entscheidend zu steigern".⁶²

Die Zukunftsaussichten der Kernenergie wurden schon zu Beginn des Atomzeitalters wiederholt getrübt; der Weg zum wirtschaftlichen Kernkraftwerk erwies sich viel länger, als Mitte der 50er Jahre prognostiziert. Ölboom und Kohlekrise durchkreuzten bereits die Anfänge des atomaren Engagements. Als 1957 in Shippingport das erste amerikanische Demonstrationskraftwerk den Betrieb aufnahm, stellte sich heraus, dass Atomstrom zehnmal teurer war als aus Kohle gewonnene Elektrizität. In den 60er Jahren, als die ersten Atomkraftwerke unter halbwegs

⁶⁰ Baade, Fritz: Weltenergiewirtschaft, Hamburg 1958, S. 7.

⁶¹ Baade 1958, Weltenergiewirtschaft, S. 164ff.

⁶² Baade, Fritz: Der weltwirtschaftliche Rang der Atomenergie, in: Aussenpolitik 8/1957, S. 288.

wirtschaftlichen Bedingungen in Auftrag gegeben wurden, folgte der Erdgas-Boom, der den Vormarsch der Elektrizität im Wärmemarkt erneut abbremste.⁶³

Während in der Schweiz die Basler Chemie zurückhaltend und abwartend agierte, waren die Konkurrenten in den USA - Du Pont, Union Carbide, Monsanto, Rockwell International - von Beginn weg an vorderster Front bei der Entwicklung der Nukleartechnologie beteiligt, sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich. Auch in Deutschland nahmen private Unternehmungen wie Hoechst, Leybold, Degussa u.a., die aus der IG Farben hervorgegangen waren, in leitender Stellung am Atomprogramm teil. Während die Atomtechnologie für die Maschinenindustrie das Geschäft der Zukunft bedeutete, legte die Elektrizitätswirtschaft sowohl in Deutschland als in der Schweiz ein demonstratives Desinteresse an der atomaren Entwicklung an den Tag. Die Schwierigkeiten, die sich beim Bau von AKW-Prototypen ergaben und zu wesentlichen Budgetüberschreitungen führten sowie eine Neuüberprüfung der für die Wirtschaftlichkeit von Atomanlagen wesentlichen Kostenfaktoren verursachten in Kraftwerkskreisen eine spürbare Ernüchterung in Sachen Bau von Leistungsreaktoren, soweit diese nicht der Erzeugung von Plutonium für militärische Zwecke dienten.

Rohstoffpreise und Technologiekosten sind die Schlüsselfunktionen des Umwandlungsprozesses von Primärenergie in Energie-Dienstleistungen. Die hohen Investitionskosten waren denn auch massgeblich für das unerwartete Ausbleiben der Nachfrage nach Atomtechnologie verantwortlich. Ingenieur Arthur Winiger, Verwaltungsratsdelegierter der Elektro-Watt AG sowie Vizepräsident des Verwaltungsrats der Reaktor AG, führte das "weltweite Abflauen des Interesses an der Nutzbarmachung der Kernkräfte zur Energieerzeugung" auf Schwierigkeiten in den Bereichen Technik und Sicherheit sowie auf das "Überangebot auf dem Erdölmarkt" zurück.⁶⁴ Als Alternative zu den sich rasch verteuernenden Wasserkraftwerken erwog die schweizerische Elektrizitätswirtschaft anfangs der sechziger Jahre den Bau von ölthermischen Kraftwerken, weil nuklearthermische Anlagen als zu kostspielig taxiert wurden: "Die Wirtschaftlichkeit gegenüber der konventionell thermischen Erzeugung wird von den Fachleuten nicht vor 1970 erwartet; zudem enthält die Energie-Erzeugung in Kernkraftwerken heute noch viele technische Unbekannte." Ein Einstieg in die Atomenergie könne nur erwogen werden, wenn durch ein militärisches Atomprogramm die Grenzkosten für die zivile Nutzung gesenkt würden. "Atomkraftwerke werden erst dann mit Wasserkraftwerken oder den herkömmlichen Anlagen konkurrenzfähig sein, wenn ein Teil der Forschungs- und Anlagekosten auf andere Schultern abgewälzt werden kann, beispielsweise auf die Herstellung von Kernwaffen."⁶⁵

⁶³ Radkau 1989, Technik, S. 344.

⁶⁴ BAr E 7713 EVD/BAWI 1987/144, Bd. 77. Referat von Ing. Dr. h.c. Arthur Winiger, in: Technische Rundschau 30/1961, S. 33-35. Als VR-Delegierter der Elektro-Watt AG und Vizepräsident der Reaktor AG sowie als Verfasser einer Vielzahl von Studien über die Energieversorgung der Schweiz und die Möglichkeiten der Kernkraftnutzung verfügte Winiger in Fachkreisen über eine breite Akzeptanz. Im Auftrag des Bundesrats nahm er als Schweizer Experte an den OECDE-Verhandlungen über Energiefragen teil. Ab 1956 wird er zudem als Mitglied der Beratenden Kommission für Atomwirtschaft geführt.

⁶⁵ BAr E 7713 EVD/BAWI 1987/144, Bd. 77. Stellungnahme der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK), in: Technische Rundschau 44/1962, S.49f.

• **Der Mythos vom friedensstiftenden Nuklearzeitalter als Bestandteil politisch-militärischer Strategien und als Integrationsideologie**

"Die Macht des Atoms hat sich der Welt plötzlich und in erschreckender Weise offenbart. Jetzt, zehn Jahre später, tritt sie als die wesentliche Kraftquelle auf, die in absehbarer Zukunft die Weiterentwicklung und den Ausbau der Produktionsverfahren und den Fortschritt in den Werken des Friedens ermöglicht. Eine neue technische Revolution bahnt sich an. Wenn Europa nicht rasch handelt, um dem bedrohlichen Rückstand abzuweichen, in den es geraten ist, besteht die Gefahr, dass seine Teilnahme an dieser Entwicklung endgültig in Frage gestellt ist.

(..) Die erforderlichen Mittel übersteigen das Vermögen der einzelnen Staaten. (..) Die Versorgungsbedingungen sind wesentlich beeinflusst durch die historische Entwicklung, die vom militärischen Feld ihren Ausgang genommen hat. (..) Ausserdem muss sichergestellt werden, dass die Kernstoffe nicht zu anderen Zwecken gebraucht werden, als zu denen, für die sie bestimmt sind. Dies erst erlaubt einen freien und offenen Austausch der erworbenen Kenntnisse auf Grund eines Klimas des Vertrauens, dessen Schaffung in Europa, das durch seine geschichtliche Vergangenheit zerrissen ist, besonders notwendig ist."⁶⁶

Spaak-Bericht, Brüssel, 21.4.1956.

Seit ihrem Aufkommen war die Atomtechnologie ein kontroverser Gegenstand internationaler Politik - zum einen lockte die Kernkraft als bedeutende Energiequelle, und gleichzeitig stellte sie einen permanenten Gefahrenherd dar. Die aufkommende Rivalität im hochsensiblen Nuklearbereich gründete im Bestreben der Nationalstaaten, sich Zugang zur neuen Technologie zu verschaffen und deren Anwendung unter strikter staatlicher Kontrolle zu halten. Mit der Verbreitung nuklearen Know-hows wuchs das internationale Konfliktpotential weiter an, wofür sowohl die transnationale Verflechtung der Atomwirtschaft als auch die untrennbare Verbindung von zivilen und militärischen Anwendungsmöglichkeiten verantwortlich waren.

In allen Ländern, in denen heute Atomreaktoren stehen, wurde die Einführung der nuklearen Energiegewinnung mit Hilfe kostspieliger staatlicher Förderprogramme forciert vorangetrieben. Manche Staaten richteten ihre Forschungs- und Technologiepolitik nach dem Zweiten Weltkrieg vorrangig auf die Entwicklung der Kernkraft aus. Der nationalen Leistungsfähigkeit und Selbständigkeit auf dem Gebiet der Nukleartechnologie kam im internationalen Wettbewerb nicht nur eine erhebliche ökonomische Bedeutung, sondern auch ein hoher politischer Prestige- und Symbolwert zu. Die Teilhabe an der Entwicklung der Kernenergienutzung galt ebenso sehr als internationaler Status-Nachweis wie als Garant wirtschaftlicher Sicherheit und nationaler Unabhängigkeit.⁶⁷

Einzig den Supermächten und Grossbritannien stellte sich angesichts ihrer nuklearen Monopolstellung die Frage der Dominanz gegenüber andern Staaten

⁶⁶ Spaak-Bericht, in: Schwarz 1980, Aufbau Europas, S. 320.

⁶⁷ Goldschmidt, Bertrand: Le complexe atomique, Paris 1980, S. 145.

nicht mehr - sie war a priori atomar entschieden. Wer über die Bombe verfügte, konnte im Extremfall jedem, der sie nicht besass, seinen politischen Willen aufzwingen.⁶⁸ Die Kernwaffen schufen somit ein neues Souveränitätsverständnis - wirklich souverän waren nur noch die Besitzer atomarer Sprengkörper. Idee und Begriff der Souveränität gehörten bis 1945 in den Dunstkreis der 'arcana imperii', der verborgenen Seiten staatlicher Machtausübung - immer noch weitgehend monarchischer Arkantradition entsprechend.⁶⁹

Die staatliche Souveränität galt als höchstes Gut des nationalen Bewusstseins, und kein Land war bereit, sich von fremden Mächten in die inneren Angelegenheiten hineinreden zu lassen. Die Atomwaffen stellten dieses Selbstverständnis radikal in Frage. Wer von den traditionellen Weltmächten auf die Bombe verzichten musste, gab sich eine Blösse, die nach den Massstäben der Vergangenheit geradezu tödlich sein musste. Nur Atommächten stand künftig noch der Grossmachtstatus zu, während die Länder ohne Kernwaffenbesitz in ihrer Existenz vom Wohlwollen der atomaren Mächte abhängig sein würden. Die angestregten Bemühungen Englands und Frankreichs, baldmöglichst in den Besitz von Kernwaffen zu gelangen, um nicht aus dem Kreis der Grossmächte verbannt zu werden, unterstreichen den erfolgten Paradigmenwechsel. Auch von Adenauer und Strauss weiss man, wie schwer sie sich in den sechziger Jahren mit der Frage taten, ob die Bundesrepublik den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnen sollte oder nicht - die Deutschen empfanden den Kernwaffenverzicht als souveränitätseinschränkenden Akt der Diskriminierung. Adenauer stiess die Einsicht sauer auf, dass kein Weg am Verzicht vorbeiführte, und Franz Josef Strauss wird das unsägliche Diktum zugesprochen, beim Sperrvertrag handle es sich um ein neues "Versailles kosmischen Ausmasses".⁷⁰

Die Verfügungsgewalt über eine hochentwickelte Nukleartechnologie darf nicht per se mit dem Besitz von Atomwaffen gleichgesetzt werden; sie eröffnet aber unzweideutig den Übergang von der zivilen zur militärischen Anwendung der Kernspaltung. Wichtige Teilbereiche des nuklearen Brennstoffkreislaufs - Isotopenanreicherung und Wiederaufbereitung - sind identisch mit der Herstellung atomarer Sprengstoffe, den Isotopen Uran 235 und Plutonium 239. Die Gefahr missbräuchlicher Verwendung lauerte von Anfang an überall dort, wo nukleare Spaltmaterialien dem Zugriff nationaler Regierungen ausgesetzt waren. Die Berührungspunkte der beiden Verwendungsbereiche belasteten die friedliche Nutzung der Atomtechnik von Beginn weg mit aussergewöhnlichen Risiken, mit skeptischen Vorbehalten und unverhohlenem Misstrauen. Jeder zusätzliche Staat, der den Besitz einer auch militärisch verwendbaren Atomtechnologie anstrebte, liess die Unwägbarkeiten infolge untauglicher Non-Proliferations-Strategien weiter anwachsen.

In paradoxem Gegensatz zur nationalen Ausrichtung der Atompolitik stand die zwangsläufig entstehende, die staatliche Souveränität weiter unterminierende internationale Verflechtung auf dem Nuklearsektor. Der nukleare Brennstoffkreislauf, der von der Uranerzgewinnung über die Isotopenanreicherung, von der Brennelementerzeugung und der Reaktortechnik bis hin zur Wiederaufbereitung

⁶⁸ Neben den USA (1945) und der Sowjetunion (1949) etablierten sich bis Mitte der 60er Jahre noch Grossbritannien (1952), Frankreich (1960) und China (1964) als Atomwaffenmächte.

⁶⁹ Münkler, Herfried: Im Namen des Staates, Frankfurt/M 1987, S. 71ff.

⁷⁰ Salewski, Michael: Zur Dialektik der Bombe, in: Salewski 1995, Zeitalter der Bombe, S. 23.

verbrauchter Spaltstoffe und zum Problem der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle reicht, umfasst eine so lange Reihe von komplizierten und langwierigen Fabrikationsschritten, dass kaum ein Land über die personellen und materiellen Ressourcen verfügte, um ihn allein zu bewältigen. Selbst die führenden angelsächsischen Atommächte sowie Frankreich waren gezwungen, einen Teil ihres Uranbedarfs zu importieren, während die Bundesrepublik von Beginn weg fast vollständig auf ausländische Kapazitäten angewiesen war. Technische und ökonomische Zwänge begründeten die Notwendigkeit zu enger internationaler Kooperation und Arbeitsteilung im Nuklearbereich - eine Zusammenarbeit, die aufgrund der problematischen Nähe militärischer Belange von Anfang an zu besonderer Empfindlichkeit gegenüber Manipulationen und Eingriffen in nationale Belange neigte.

Die Herausbildung des politisch-atomwirtschaftlichen Komplexes und die Formierung der Industrie-Programme lässt sich schweizerischerseits anhand einer vielfältigen Korrespondenz nachweisen, wobei das Interesse am Know-how-Austausch sowie die ökonomischen Zukunftsperspektiven die wesentlichen Antriebskräfte des privatwirtschaftlichen Engagements darstellten.⁷¹ Dazu der Zentralsekretär des Vereins Schweizerischer Maschinenindustrieller (VSM): "Unser Schicksal ist eng mit dem atomaren Fortschritt verknüpft. Ein Kraftwerksreaktor, der bei uns noch keineswegs rentabel zu sein braucht, kann in andern Ländern schon wirtschaftlich arbeiten. Oft ist es heutzutage bereits eine Sache des Prestiges, dass eine Firma von Weltrang auch atomare Leistungen als Visitenkarte im Ausland vorzuweisen vermag."⁷² Das vitale Interesse der eidgenössischen Hersteller von Investitionsgütern und Grundstoffen für die neue Technologie lässt sich auch aus der Tatsache ableiten, dass sich gleich mehrere Spitzenvertreter aus den Bereichen Chemie, Maschinenbau und Elektrizitätswirtschaft für eine Expertentätigkeit in den zahlreichen OECE-Studiengruppen gewinnen liessen. Den dabei anfallenden Nutzenzuwachs belegt ein vom 'Delegierten für Fragen der Atomenergie' in Zirkulation gebrachtes Exposé des Ciba-Mannes Rudolf Rometsch, des schweizerischen Experten im OECE-Syndikat für die Errichtung der 'Eurochemic' - einer Gemeinschaftsanlage zur chemischen Aufbereitung von Spaltstoffen -, das einen informativen Überblick über den damaligen Stand der Reaktortechnik bietet und die Erwartungen darlegt, die mit dem Bau der Anlage im belgischen Mol verbunden waren. Gemäss Aussage des Direktors der Reaktor AG, Ing. Rudolf Sontheim, erfolgte der Eintritt des späteren 'Eurochemic'-Direktors und Nagra-Geschäftsführers Rometsch in den Verwaltungsrat der OECE-Unternehmung unter anderem in der Absicht, die im Hinblick auf eine schweizerische Atomwaffenproduktion bestehenden "Lücken im Wiederaufbereitungsbereich" auf politischem Weg zu schliessen.⁷³

⁷¹ BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 32. Stellungnahmen und Vorschläge betr. Mitarbeit der Schweizer Industrieunternehmen an Gemeinschaftsanlagen im OECE-Rahmen.

⁷² BAr E 2200 Paris (OECE) 1975/90, Bd. 59. W. von Orelli, VSM-Stellungnahme vom 25.8.1956. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Reaktor AG, einer auf Initiative von BBC-Verwaltungsratspräsident Walter Boveri unter Beteiligung des Bundes gegründeten Industrie-Gesellschaft zur Entwicklung eigener Kernreaktoren, erscheint als ein 'Who is who' der massgebenden Kreise aus Industrie und Forschung. Vgl. Hug 1987, Atomtechnologie, S. 320.

⁷³ BAr E 2200 Paris (OECE) 1975/90, Bd. 59, 31.8.1957. Dr. R. Rometsch, ab 1978 Direktor der Nagra, ersetzte im 'Eurochemic'-Verwaltungsrat seinen Vorgesetzten, Ciba-Direktor Prof. Charles Gränacher, der zugleich auch Verwaltungsrat der Reaktor AG war. BAr E 2200 Paris (OECE) 1975/90, Bd. 60, 10.2.59. R. Sontheim: 'Nuklearwaffen' (Manuskript). Zahlreiche weitere

Diskretion und Geheimhaltung, Tarnung und Täuschung: Die ungenannte militärische Option in der Nuklearpolitik

Die Belege dafür, dass militärische Aspekte in der Atomtechnologieentwicklung eine zentrale Rolle spielten sind zahlreich - auch für Nicht-Atomwaffen-Staaten, bei denen die ex post-Identifikation des waffentechnischen Motivs nicht so leicht fällt. Mehrere Untersuchungen weisen nach, dass in einer Zeit internationaler Hochspannung, wie sie die Phase des Kalten Krieges in den fünfziger Jahren darstellte, technisch-wissenschaftliche Basisinnovationen mit hoher Wahrscheinlichkeit zunächst auf potentielle militärische Anwendungen zugeschnitten waren und die zivile Nutzung vorerst zweitrangig blieb.⁷⁴ Mit dem Begriff der 'militärischen Aspekte' soll nicht der Eindruck evoziert werden, die Herstellung atomarer Waffen sei in jedem Fall bereits definitiv beschlossene Sache gewesen. Seine Verwendung scheint aber gerechtfertigt, sobald sich die in der Regel einer Regierung angehörenden oder nahestehenden Akteure darum bemühten, die Entwicklung der Atomtechnik so zu lenken, dass die anfallenden Kenntnisse und (Spalt-)Produkte geeignet waren, zu einem späteren Zeitpunkt die Herstellung von Kernwaffen rasch an die Hand nehmen zu können.

Eine im kriegstechnischen Sinn gelenkte Atomförderungs politik erstrebte in erster Linie den Aufbau einer industriellen Kapazität zur Gewinnung von Kernsprengstoff. Sofern dieses Ziel heimlich verfolgt wurde - meint: hinter dem zivilen energiewirtschaftlichen Aspekt versteckt blieb -, handelte es sich um eine verdeckte Annäherung an eine Option zur Atomwaffenherstellung, d.h. eine Politik der latenten nationalen Proliferation. Tarnen und Täuschen wurde unter diesen Voraussetzungen zu einem zentralen Instrument gouvernementaler Informationspolitik - mit nützlichen innen- und aussenpolitischen Auswirkungen. In demokratisch verfassten Rechtsstaaten liess sich die staatliche Förderung der Atomforschung besser legitimieren, während nach aussen hin der Handel mit nuklearem Know-how und Atomgütern erleichtert wurde. Und überdies entfielen etwaige Sanktionen, die bei offenem Atomrüsten unvermeidlich geworden wären.

In der latenten Entwicklungsphase der fünfziger Jahre gründete die nationalstaatliche Atompolitik durchwegs auf einer weitgehenden Tarnung der militärisch-politischen Motive und Zielsetzungen. Die Plutoniumorientierung galt grundsätzlich als energiewirtschaftliche Vorsorgepolitik. Mit Hilfe einer der 'Atoms for Peace'-Propaganda nachempfunden Informationskampagne förderten die Atom-Promotoren einen euphorischen Zeitgeist, dessen Funktion darin bestand, den Glauben in der Öffentlichkeit zu verankern, dass eine künftige zivile Kerntechnik den sozialen Fortschritt und die Völkerverständigung entscheidend voranbringen werde.⁷⁵ Die Maskierung war so effizient, dass viele Beteiligte in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft die militärischen Aspekte ihres Tuns nicht vollumfänglich erfassten - eingeweiht waren bloss die obersten Führungsebenen.

Einen aufschlussreichen Hinweis auf die Bereitschaft zum Täuschen bietet die Sprache, in der Aktennotizen, Protokolle, wissenschaftlich-populäre Publikationen, Regierungserklärungen und Haushaltsbegründungen abgefasst wurden.

Publikationen zum Stand der schweizerischen Nuklearforschung Mitte der 50er Jahre: BAr E 2200 Paris (OECE) 1975/90, Bd. 56.

⁷⁴ Hug 1987, Atomtechnologie, passim; Kollert 1994, Proliferation, passim.

⁷⁵ Kollert 1994, Proliferation, S. 440. Zur 'Atoms for Peace'-Initiative der USA: vgl. Kapitel 4.4. Wohlfahrtspolitische Aspekte als integrationsförderndes Argument: vgl. Kapitel 4.7.

Ein charakteristisches Vokabular von diffusen und irreführenden Tarnbegriffen kennzeichnet die Diktion der Atom-Akten und begründet die Schwierigkeiten der atompolitischen Analyse.⁷⁶ Ein wesentlicher Teil des Materialfundus, auf den sich historische Untersuchungen abstützen, zeigt sich hinsichtlich der dokumentierten Zielsetzungen elementar geschönt. Die atomaren Entwicklungsprojekte werden, ebenso wie das nukleare Engagement staatlicher Stellen, fast durchwegs energiewirtschaftlich begründet - nur äusserst selten existieren Hinweise auf rüstungswirtschaftliche oder sicherheitspolitische Motive. Die vorsätzliche Sprachverwirrung birgt das Risiko einer unzutreffenden politischen Auslegung - besonders, wenn die für eine hintergründige Analyse notwendige naturwissenschaftliche Kompetenz der Interpreten nur mangelhaft gegeben ist. Unter diesen Umständen kann das Täuschungsmanöver ungewollt eine Fortsetzung finden: Sofern die prioritäre militärische Ausrichtung nationaler Atomprogramme übersehen wird, droht eine Missdeutung bedeutender nuklearpolitischer Phänomene, und die internationale Atomkooperation erscheint als schwer durchschaubarer, chaotischer Prozess.

Zur exemplarischen Illustration des gehobeneren Standards staatlicher Propaganda drängt sich die Wiedergabe einiger Sätze aus einer rührenden Arbeit der Fachabteilung 'Tarnen und Täuschen' regelrecht auf - es handelt sich um eine farbig-adrett aufgemachte Informationsbroschüre der französischen Botschaft:

*"So sind also in Marcoule Forscher, Techniker und Arbeiter bemüht, die Atomenergie zu bändigen und zum Segen ihrer Mitmenschen werden zu lassen. Mögen solche Beispiele friedlicher Atomforschung immer weitere Kreise ziehen und der Suche nach den schrecklichen, immer vernichtender werdenden Atomwaffen ein Ende setzen. Das dürfte wohl der Wunsch aller friedliebenden Menschen besonders in dieser Weihnachtszeit und an der Schwelle der Jahreswende sein."*⁷⁷

Die zitierte Broschüre stellt Ende 1955 das französische Atomprogramm vor, besonders das im Aufbau begriffene 'Atomzentrum Marcoule'. Dazu muss man wissen, dass das Plutoniumzentrum Marcoule ab 1956 jährlich erhebliche Mengen an waffenfähigem Plutonium produzierte, anfänglich 15 kg, später gegen 50 kg - Sprengstoff für 3-10 Atombomben pro Jahr.⁷⁸ Dass die Plutoniumproduktion in Marcoule im Mittelpunkt stand, bleibt in der Schrift nicht unerwähnt. Der Stoff wird jedoch als Brennstoff für künftige Kraftwerke angepriesen: "(..) die wirklich leistungsfähigen Atomkraftwerke sollen erst durch die Verwendung von Plutonium ermöglicht werden, weshalb die Gewinnung desselben das Hauptziel des Atomzentrums von Marcoule bildet. (..) Die Forschungsergebnisse auf diesem Gebiet sind für Frankreich von ausserordentlicher Bedeutung, da auch dort, wie in der ganzen Welt, die Kohlevorräte nicht unerschöpflich sind und neue Energiequellen an ihre Stelle treten müssen".

⁷⁶ Dazu nur eine exemplarische Auswahl: Atomsprengstoffe fungierten durchwegs als 'Brennstoffe'; isotonenreines Waffen-Plutonium als 'höherwertiges Plutonium'; Reaktoren, die waffenfähiges Plutonium produzierten und nebenbei Strom abgaben, hiessen 'zivile Mehrzweck-Reaktoren', die 'Nutzenergie und frischen Atombrennstoff' erzeugten etc.

⁷⁷ BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 383. 'Frankreich im Zeitalter der Atomenergie', Informationsbroschüre der französischen Botschaft vom 10.12.1955.

⁷⁸ Kollert 1994, Proliferation, S. 195.

Dieses drastische Exempel eines die tatsächliche Zweckbestimmung einer Atomanlage verhüllenden Dokumentes zeigt, wie krass die beschworene Vision der friedlichen Nutzung der Kernenergie mit den tatsächlichen militärischen Absichten der Atomprogramme kontrastierte. Marcoule, das Zentrum der französischen Erzeugung von Waffen-Plutonium, wird als 'zivile' Atomanlage dargeboten. Die Botschaft des Pamphlets ist klar definiert: gepriesen werden die vielfältigen zivilen Ziele in den Bereichen Elektrizitäts- und Wärmegewinnung, Antriebstechnik und Medizin. Hauptsächlich erscheint die Plutoniumgewinnung energiewirtschaftlich orientiert; militärische Aspekte sind tabu und werden konsequent verschwiegen. Das 'friedliche Atom' dient dergestalt als Tarnmantel für eines der aufwendigsten nuklearen Rüstungsprogramme der Epoche. Die Latenzperiode der französischen Atomentwicklung endete im übrigen erst am 11. April 1958, als Ministerpräsident Gaillard öffentlich die Bemühungen seines Landes zur Herstellung von Nuklearwaffen eingestand - zeitgleich mit der Ankündigung, dass Frankreich anfangs 1960 eine Serie von Atomtests durchführen werde.

Technologiewahl als strategische Entscheidung

Bis Mitte der 50er Jahre blieb die gesamte Nuklearforschung komplett vom Mantel der sicherheitspolitischen Geheimhaltung umgeben. Die technische Entwicklung blieb dadurch in politisch determinierten Bahnen - die zivile Nutzung ergab sich gleichsam als Nebenprodukt der militärischen. Als Beleg für diese Entwicklung und als Zeugnis uneingestandener politisch-militärstrategischer Motive lohnt sich ein Blick auf die besonderen Merkmale der nationalen Atomprogramme und auf die aufschlussreiche Auswahl der favorisierten Reaktorkonzepte.

Kennzeichnend für die Epoche war das allgemeine Streben nach nuklearer Autarkie. Zwar gierten alle atomtechnologischen Nachzügler vorerst nach angelsächsischer Versorgung mit kernphysikalischem Know-how, mit Forschungsreaktoren, Uranbrennstoff und Plutoniumproben. Das mittelfristige Ziel bestand aber in der gänzlichen Unabhängigkeit bezüglich Industriepolitik und Rohstoffversorgung.⁷⁹ Ihre nukleartechnologische Rückständigkeit zwang die Kontinentaleuropäer in den fünfziger Jahren zu intensiven Austauschbeziehungen. Frankreich wirkte bei den Atomprojekten der multinationalen europäischen Organisationen - Euratom und OECE - wiederholt als treibende Kraft. Die beteiligten Staaten betrachteten die Gemeinschaftsanlagen als kostensenkendes Mittel des Erwerbs von verfahrenstechnischem Wissen und als Quelle erster Plutoniumlieferungen. Die beiden Mitte der 50er Jahre gemeinsam geplanten Anlagen zur Herstellung von konzentrierten Spaltstoffen - hochangereichertes Uran bzw. Plutonium - verweisen in ausgeprägtem Masse auf die militärische Motivation bei der Entwicklung von Basistechnologie im Rahmen interantionaler Nuklearkooperation. Nach Massgabe ökonomischer und energiewirtschaftlicher Kriterien hätten die beiden Vorhaben schon damals als absurd bezeichnet werden müssen.⁸⁰

In praktisch allen kontinentaleuropäischen Staaten, die Atomprogramme betrieben, bestand das vorrangige Strategieziel im Aufbau einer industriellen Pro-

⁷⁹ In der Schweiz begründete der Autarkiedrang eine jahrelange Uranprospektion und Anstrengungen zum Aufbau einer eigenen Schwerwasserproduktion. Vgl. Hug 1987, S. 134ff.

⁸⁰ Der Bau einer Euratom-Isotopentrennanlage, mit der Frankreich seine Produktion hochangereicherten Urans zu verbilligen trachtete, kam nicht zustande. Hingegen konnte die OECE-Wiederaufbereitungsanlage der 'Eurochemic' ihren Betrieb in den sechziger Jahren aufnehmen.

duktions- und Verarbeitungskapazität für Plutonium. Man glaubte, die chemische Abtrennung von Plutonium aus bestrahltem Brennstoff leichter verwirklichen zu können als die aufwendige, mit hohen Investitions- und Betriebskosten verbundene Urananreicherung. Für den Plutoniumzyklus sprach auch dessen bessere Tarnbarkeit: Leistungsreaktoren zur Produktion von waffenfähigem Plutonium liessen sich als stromspendende Atomkraftwerke deklarieren, wobei das Plutonium ausschliesslich als Brennstoff galt. Entsprechend wurde die Wiederaufbereitung als Brennstoff-Rückgewinnung bezeichnet, bzw. als Aufbereitung von Atommüll.

Zu den grundlegenden Prämissen jeglicher Reaktorentwicklung gehörte das Merkmal der "fliessenden Grenze zur Militärtechnik".⁸¹ Charakteristisch für die rüstungspolitische Ausrichtung der Atomprogramme war das vielgepriesene 'dual-use'-Konzept im Reaktorbau. An einer kritischen Schnittstelle zwischen kommerzieller und militärischer Nutzung gelegen, erwiesen sich etliche der hochgelobten Mehrzweck-Merkmale der Atommeiler als künstlich, d.h. der Tarnung halber generiert. Die Wahl der Prototypen erfolgte mitnichten aus der inneren Sachlogik der Reaktortechnik, weil der Plutoniumerzeugung gegenüber ökonomischen Effizienz- und Rentabilitätskriterien ein deutlich höherer Stellenwert eingeräumt wurde. Als Konsequenz dieser Prioritätensetzung standen die aufzuwendenden Kosten für Zwei-Weg-Reaktoren in einem eklatanten Missverhältnis zum propagierten Nutzen, was ein anfängliches Desinteresse der Energiewirtschaft an Atomkraftwerken zur Folge hatte. Dass die ökonomische Effizienz der Kerntechnik nachrangig war, zeigt sich auch daran, dass der Plutoniumgewinnung förderliche, häufig auszuwechselnde und früh verspröde Brennstäbe von geringem Wirkungsgrad gegenüber hoch abbrennbaren Elementen den Vorzug erhielten.⁸² Aus energiewirtschaftlicher Optik hätte man sich in erster Linie um die Konstruktion von betriebssicheren, technisch und ökonomisch kalkulierbaren Kernkraftwerken bemühen müssen. Ausserdem hätte eine gezielte Förderung der zivilen Option die forcierte Entwicklung effizienter Dampferzeugungs- und Turbinenkonzepte bedingt. In einer Zeit, die vor allem den Symbolgehalt der Atomkraft gewichtete, erhielt jedoch allein die unabhängige Plutoniumherstellung eine Vorzugsposition eingeräumt.

Ein Vergleich ergibt, dass die Reaktorkonzepte in den verschiedenen Ländern in der Grundstruktur verblüffende Parallelen aufwiesen. Praktisch alle Staaten richteten ihr Hauptaugenmerk auf die hohe Plutoniumausbeute, wozu sie, technisch naheliegend, einen Natururanreaktor wählten. Das staatliche Autarkiegebot bewirkte eine vielfältige Ausgestaltung der länderspezifischen Prototypen hinsichtlich Moderator, Kühlmittel und Brennelementkonzept - ein Umstand, der in den sechziger Jahren, als sich der Durchbruch des amerikanischen Leichtwasserkonzepts abzeichnete, den Untergang der europäischen Reaktorlinien beschleunigte.

Die USA und die Sowjetunion konzentrierten sich auf die Entwicklung des mit angereichertem Uran arbeitenden Leichtwasserreaktors, der wegen seiner kompakten Bauweise als Antriebsaggregat für U-Boote favorisiert wurde. Anders

⁸¹ Radkau 1989, Technik, S. 343.

⁸² Bezeichnend für die konstruktive Schwäche der militärtechnisch orientierten Anlagen ist das Kernschmelz-Desaster des schweizerischen AKW-Prototyps von Lucens. Vgl. Hug 1987, Atomtechnologie, S. 167ff.

als die Hegemonialmächte experimentierten diejenigen Länder, denen anfänglich keine Isotopentrennanlage zur Anreicherung von natürlichem Uran zur Verfügung stand, mit Reaktorkonzepten auf Natururanbasis.⁸³ Namentlich Grossbritannien und Frankreich setzten auf den mit natürlichem Uran betriebenen Gas-Graphit-Reaktor, der eine besonders hohe Plutoniumgewinnung versprach.⁸⁴ Die ersten britischen und französischen Natururan-Leistungsreaktoren wurden noch als reine Produktionsanlagen für Plutonium konstruiert. Erst Mitte der fünfziger Jahre, im Zuge der 'Atoms for Peace'-Kampagne der USA, wurde das rüstungsspezifische Reaktorkonzept in Richtung einer militärisch-zivilen Zwei-Zweck-Anlage modifiziert, wobei der zivilen Komponente der Stromerzeugung primär eine legitimatorische Funktion zukam. Das Mehrzweck-Konzept wies verschiedene politische und wirtschaftliche Vorteile auf: Während der latenten Entwicklungsphase tarnte es den militärischen Zweck der Anlagen, und gleichzeitig ermöglichte es die finanzielle Beteiligung privater Industriegesellschaften. Die Mitwirkung der Elektrizitätsversorger verbesserte zudem die Option auf eine spätere energiewirtschaftliche Kommerzialisierung der Kerntechnik. Als nachahmenswertes Modell eines Zwei-Weg-Meilers galt das britische Werk von Calder Hall, dessen Stromproduktion absolut unrentabel blieb, weil die Anlage zur optimierten Produktion von waffenfähigem Spaltstoff ausgelegt war - benutzt wurden metallische Brennelemente, die sich speziell für den energiewirtschaftlich nachteiligen niedrigen 'Abbrand' eigneten.⁸⁵

Während in den USA, Grossbritannien und Frankreich die Initiative zur Atomkraftentwicklung weitgehend von den militärischen Zielsetzungen der Regierungen geprägt war, ging der Impuls dazu in der Bundesrepublik in grösseren Masse von der Privatwirtschaft aus. Die zivile Nutzung der Kernenergie erforderte, sofern sie einen signifikanten Anteil an der Elektrizitätserzeugung erreichen sollte, den Aufbau einer neuen industriellen Infrastruktur. Die Investitionsbereitschaft der involvierten Sparten war massgeblich von den Zukunftserwartungen bezüglich Partizipationsmöglichkeiten an neuen Produktionsverfahren sowie vom Grad der jeweiligen Betroffenheit durch künftige energiewirtschaftliche Auswirkungen der Atomkraftnutzung bestimmt. Von der Entwicklung tangiert wurden hauptsächlich drei Branchengruppen: erstens die Hersteller von Grundstoffen und Investitionsgütern für die neue Technologie, d.h. die chemische und die elektrotechnische Industrie, der Maschinenbau und die Metallindustrie; zweitens die Elektrizitätswirtschaft als Betreiberin der neuen Kraftwerke und drittens die Montanindustrie, d.h. der Kohlebergbau und Teile der Stahlindustrie.⁸⁶ Auch die bundesdeutsche Atompolitik bevorzugte zunächst den natururanbetriebenen Schwerwasserreaktor, ein aus der Kriegszeit stammendes Konzept, dessen Attraktion für die Militärs in der hohen Plutoniumausbeute, für die Physiker in der geschätzten Neutronenökonomie bestand. Dieser überholte Ansatz der Reaktorentwicklung wurde erst in den sechziger Jahren als Folge des Siegeszugs der amerikanischen Leichtwasserreaktoren aufgegeben.

⁸³ Goldschmidt 1980, *Complexe atomique*, S. 255ff.

⁸⁴ Scheinmann 1965, *Atomic Energy Policy in France under the Fourth Republic*, S. 27 u. 121. Anders als England gab Frankreich die eigene Entwicklungslinie erst im Jahre 1969, nach der Aera de Gaulle, zugunsten der amerikanischen Leichtwasserreaktoren auf.

⁸⁵ Kollert 1994, *Proliferation*, S. 446.

⁸⁶ Deubner 1977, *Atompolitik*, S. 14.

Die Tatsache, dass sich auch der neutrale Kleinstaat Schweiz während der heissen Phase des Kalten Krieges mit dem Gedanken trug, eigene nukleare Sprengkörper herzustellen, ist längst bekannt und soll an dieser Stelle nur mehr der Erhellung einer gesellschaftlich-politischen Mentalität dienen.⁸⁷ Ein Netz von militärischen und zivilen Organisationen forcierte in den 50er und 60er Jahren eine Neuauflage der Geistigen Landesverteidigung unter antikommunistischen Vorzeichen, welche, dem Sinn damaliger Sachlogik entsprechend, ganz selbstverständlich die Beschäftigung mit einem eigenen nuklearen Rüstungspotential zur Abwehr der kommunistischen Bedrohung einschloss. Skeptische Anmerkungen zu dem Vorhaben waren im damaligen Klima geistigen Permafrostes nicht angebracht. Wer nur halbwegs kritische Fragen an das helvetische Selbstverständnis formulierte, geriet aus der verzerrten Sichtweise schweizerischer Kalter Krieger schnell in den Dunstkreis des Landesverrats und hatte in den Augen militanter Antikommunisten nichts anderes im Sinn, als die Schweiz zu schwächen und der Sowjetunion in die Hände zu spielen. Aus der Unmöglichkeit, umstrittene Sachfragen wie die Nutzung der Atomkraft offen und kontrovers zu diskutieren, musste folgerichtig eine Stagnation in der Politik und ein Klima der Repression in der Gesellschaft entstehen.⁸⁸

Zur Illustration der militärstrategischen Hintergründe von 'zivilen' Atomprogrammen drängt sich in Ermangelung entsprechender Originaldokumente aus den Ländern der Sechsergemeinschaft ein Rückgriff auf schweizerisches Aktenmaterial auf. Als frühes Zeugnis eidgenössischer Auseinandersetzung mit der Produktion von Atomwaffen lassen die von EMD-Chef Karl Kobelt bereits im Jahre 1946 abgesehenen geheimen 'Richtlinien für die Arbeit der SKA auf militärischem Gebiet' an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

"Die SKA soll überdies die Schaffung einer schweizerischen Bombe oder anderer geeigneter Kriegsmittel, die auf dem Prinzip der Atomenergie beruhen, anstreben. Es ist zu versuchen, ein Kriegsmittel zu entwickeln, das aus einheimischen Rohstoffquellen erzeugt werden kann.

*Der Einsatz dieser Kriegsmittel auf verschiedene Art ist zu prüfen, namentlich: a) Uranbomben als Zerstörungsmittel - ähnlicher Art wie Minen für Zwecke der Defensive und aktive Sabotage. b) Uranbomben als Artilleriegeschoss. c) Uranbomben als Flugzeughbomben."*⁸⁹

Gemäss bundesrätlicher Verordnung mussten die militärischen Belange sehr diskret behandelt werden, was zur Folge hatte, dass der bundesrätliche Delegierte für Atomfragen, Otto Zipfel, das Parlament systematisch umging und sogar dem

⁸⁷ Ausführlich dazu: Hug 1987, Atomtechnologie; Metzler, Dominique: Die Option einer Nuklearbewaffnung für die Schweizer Armee 1945-1969, Lizentiatsarbeit, Basel 1995; Stüssi-Lauterburg, Jürg: Historischer Abriss zur Frage einer Schweizer Nuklearbewaffnung. EMD-Studie, Bern 1995 (vgl. www.tages-anzeiger.ch/taspezial/atom.htm).

⁸⁸ Vgl. Bretscher-Spindler, Katharina: Vorgeschichte und Geschichte der Schweiz im Kalten Krieg 1943-1968, Zürich 1997.

⁸⁹ BAr E 27 Landesverteidigung 19038, Bd. 3. Art. 3 der geheimen Richtlinien für die Arbeiten der Schweizerische Studienkommission für Atomenergie (SKA) auf militärischem Gebiet vom 5. Februar 1946. Art. 1 der Richtlinien legt als Zweck der SKA die möglichst genaue Orientierung der militärischen Behörden "über den Stand der Entwicklung der Atomenergie-Verwendung für militärische Zwecke im Ausland" fest, während Art. 2 das Studium der Mittel verlangt, "die uns ermöglichen, uns gegen Uran-Bomben und ähnliche Kriegsmittel möglichst wirksam zu schützen". Dieser Passus war in der Endfassung der regierungsoffiziellen Richtlinie der Studienkommission - verabschiedet am 5.2.1946 - nicht enthalten. Vgl. dazu Hug 1987, S. 76f.

EPD während seiner Amtszeit wiederholt brisante Informationen vorenthielt.⁹⁰ Erst nachdem die Diskussion über eine atomare Bewaffnung der Schweiz aus Kreisen der Zürcher Offiziersgesellschaft und der Reaktor AG auf die öffentlich-politische Ebene verlagert worden war, sprach sich der Bundesrat am 11. Juli 1958 in einer überraschenden Erklärung ohne jede Einschränkung für die atomare Bewaffnung der Schweiz aus.⁹¹ Der daraufhin einsetzende öffentliche Diskurs über die Zweckmässigkeit einer nuklearen Bewaffnung der Schweiz - intensiv geführt in den Jahren 1958 bis 1963 - erschütterte die gesamte politische Kultur des Landes von Grund auf. Erstmals nach dem Krieg wurde die auf Antikommunismus und Neutralität bauende nationale Identität als "widerstandsent-schlossene Schicksalsgemeinschaft" aufgebrochen, wobei die eidgenössische Polit-Kultur etwelche strukturelle Defizite offenbarte.⁹²

Einen aufschlussreichen Einblick in das Denken der Epoche sowie in die im Zusammenhang mit der Entstehung von Euratom aufgeworfene Frage der spezifischen Eignung von Reaktortypen vermittelt ein im Jahr 1962 unter dem Titel 'Die Möglichkeit der Herstellung von Nuklearwaffen in der Schweiz' veröffentlichter Aufsatz.⁹³ Nachdem der ehemalige Direktor der Reaktor AG, Ing. Rudolf Sontheim, als Verfasser der Schrift vorab die Notwendigkeit der Herstellung von atomaren Sprengkörpern mit seiner "staatspolitisch begründete Überzeugung, dass der Besitz von Nuklearwaffen für die Verteidigung der Nation ausschlaggebende Bedeutung hat" zu legitimieren sucht, begründet er im folgenden seine Ansicht, dass die Schweiz grundsätzlich die Möglichkeit habe, aus eigenen Rohstoffvorkommen Atomwaffen herzustellen.⁹⁴ Beachtenswert ist das Plädoyer des Autors zugunsten einer Anlage, die der Plutonium-Erzeugung dient - vor allem mit Blick auf die im Rahmen internationaler Nuklearkooperation kontrovers behandelte Frage der technologisch adäquaten Wahl von Reaktortypen: "Der einfachste Weg zur Herstellung von Nuklearwaffen führt über Plutonium. (..) Reaktoren, die der Plutoniumproduktion dienen, zeigen eine völlig andere Charakteristik als solche, die für wirtschaftliche Krafterzeugung ausgelegt werden. Da es auf die Erzeugung einer grossen Menge möglichst unverfälschten Pu-239 ankommt, sind alle technischen Randbedingungen dieser Forderung anzupassen". Zur Stützung seiner These verweist Sontheim auf die angelsächsischen Anlagen von Calder Hall und Chapel Cross, denen er als Mehrzweckreaktoren eine Vorzeigefunktion zuweist. Bereits im Jahre 1958 war derselbe Autor in der grundlegenden Frage, ob die Schweiz Plutonium- oder Uranbomben herstellen soll, zum Schluss gekommen, dass nur der Weg übers Plutonium in Frage komme, da Bau und Ausrüstung ei-

⁹⁰ BAr E 27 Landesverteidigung 19038, Bd. 4. Verordnung des Bundesrates vom 6.6.1946 betr. Bildung der Schweizerischen Studienkommission für Atomenergie. Die Geheimhaltung wird ausschliesslich mit militärischen Argumenten begründet. Vgl. Hug 1987, S. 78.

⁹¹ Erklärung des Bundesrats, in: NZZ, Nr. 2042, vom 12.07.1958. "(..) In Übereinstimmung mit unserer jahrhundertalten Tradition der Wehrhaftigkeit ist der Bundesrat deshalb der Ansicht, dass der Armee zur Bewahrung unserer Unabhängigkeit und zum Schutz unserer Neutralität die wirksamsten Waffen gegeben werden müssen. Dazu gehören die Atomwaffen."

⁹² Heiniger, Markus: Die schweizerische Antiatombewegung 1958-63: Eine Analyse der politischen Kultur, Lizentiatsarbeit, Zürich 1980.

⁹³ Sontheim, Rudolf: Die Möglichkeit der Herstellung von Nuklearwaffen in der Schweiz. Aufsatz in: Schweizer Journal, 28/1962, Nr.1, S. 29ff.

⁹⁴ Leise Zweifel äussert der Autor nur bezüglich der Frage, ob sich Schweizer Kernwaffen im eigenen Land wohl austesten liessen. Auch in diesem Punkt bleibt er aber nicht um einen Vorschlag verlegen: "Hier lässt sich eine Lösung vielleicht in der Zusammenarbeit mit einem anderen Land finden (..)". Sontheim 1962, Herstellung von Nuklearwaffen, S. 34.

ner Isotopentrennanlage zur Anreicherung von Uran "die wirtschaftlichen Kräfte der Schweiz im heutigen Zeitpunkt sicherlich übersteigt". Dagegen seien die Produktionsmethoden für Pu 239 bestens bekannt, und deren autarke technische Realisierung dürfte, unter "Nutzung der Erfahrungen aus Würenlingen", mit dem "relativ geringsten Forschungsaufwand" möglich sein.⁹⁵ Den Zeitaufwand bis zur Herstellung des ersten Atomsprengkopfes schätzte Sontheim auf 10 Jahre, während er die Gesamtkosten über 20 Jahre - 10 Jahre Anlaufs- und 10 Jahre Produktionszeit - auf mutmassliche 2.8 Mia. Franken bezifferte.

Sinnbild der missglückten Technisierung der Europa-Idee: Euratom - eine 'zivilitärische' Organisation?

"Die Entwicklung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken eröffnet binnen kurzem die Aussicht auf eine neue industrielle Revolution von ungleich grösserem Ausmass als jene der letzten 100 Jahre. Die sechs Signatarstaaten erachten es als notwendig, die Frage einer gemeinsamen Organisation zu untersuchen, die mit der Verantwortung und den Mitteln für die Gewährleistung der friedlichen Entwicklung der Atomenergie auszustatten wäre (...)."96

Schlusskommuniqué der Konferenz von Messina vom 3.6.1955.

"Die Bemühungen um die wirtschaftliche Integration Europas sind mit der Entschliessung von Messina sowohl hinsichtlich der Errichtung eines allgemeinen gemeinsamen Marktes wie auch hinsichtlich der Förderung bestimmter grundlegender Sektoren fortgesetzt worden, die einen gemeinsamen Ausgangspunkt für die Entwicklung Europas bilden sollen. Unter diesen Sektoren steht die Kernenergie an erster Stelle."97

Spaak-Bericht, Brüssel, 21.4.1956.

"Es handelt sich für Europa im wesentlichen darum, seine Kräfte und Mittel zu vereinen, um umfangreiche Vorhaben kurzfristig zu verwirklichen, eine nichtdiskriminierende und regelmässige Versorgung mit den notwendigen Materialien sicherzustellen und gemeinsam die Sicherheitsbedingungen für die Atomentwicklung aufzustellen. Die Besonderheiten des Atomgebietes zeigen klar, dass diese Aufgabe nur mit Hilfe einer gemeinsamen Organisation erfüllt werden können."98

Spaak-Bericht, Brüssel, 21.4.1956.

⁹⁵ BAr E 2200 Paris (OECE) 1975/90, Bd. 60, 10.2.59. Sontheim, Rudolf: Nuklearwaffen (Manuskript). Es dürfte sich dabei um den in Sontheim 1962, S. 29, zitierten Aufsatz aus dem 'Neujahrsblatt der Feuerwerker-Gesellschaft in Zürich für das Jahr 1959' handeln. Ebenfalls: BAr E 2200 Paris (OECE) 1975/90, Bd. 60. Vertrauliche Thesen des Atom-Delegierten Zipfel betr. Antrag an den Bundesrat für ein schweizerisches Reaktorprogramm (1958).

⁹⁶ Schlusskommuniqué der Konferenz von Messina vom 3.6.1955, Ziffer 3, in: Europa-Archiv 10 (1955), S. 7974f.

⁹⁷ Spaak-Bericht, in: Schwarz 1980, Aufbau Europas, S. 279.

⁹⁸ Spaak-Bericht, in: Schwarz 1980, Aufbau Europas, S. 321.

Die Genfer Atomkonferenz vom August 1955 löste eine überschäumende, weltweite Nukleareuphorie aus, deren Optimismus sachlich nicht zu begründen war, weil die Entwicklung der friedlichen Verwendung der Atomenergie nicht von der inneren Logik der Materie selbst getragen wurde. Ergo stellt sich die Frage nach den tatsächlich treibenden Kräften für den industriellen Transnationalismus.

Handelte es sich bei der Entwicklung der Atomwirtschaft in Wahrheit um einen "geistlosen und blinden Mechanismus", wie ihn Karl Deutsch im internationalen Rüstungswettlauf erkennt?⁹⁹ Ein Mechanismus der, sobald man der Legende vom "Sachzwang der internationalen Entwicklung" Glauben schenkt, den kritischen Zugriff auf die hinter den Geschehnissen liegenden Motive zu blockieren droht? War Euratom - als Ausgeburt der spekulativen Ära des Atoms - vor allem eine Organisation zur Förderung der nuklearen Stromerzeugung im Interesse der energiewirtschaftlichen Unabhängigkeit Europas? Dieses Bild versuchte der Bericht der 'Weisen' zu vermitteln - ein Konzept, das, wie gesehen, auf planmässig geschönten Voraussetzungen aufbaut und dem als systematisch verbreitete Vision hauptsächlich eine legitimatorische Funktion zukam. Oder gewann die Atomgemeinschaft ihren eigentlichen Sinn als Hebel der regionalen Integration? War Euratom, den offiziellen Beteuerungen entsprechend, gar ein geeignetes Mittel zur Beschränkung der Kernkraftnutzung auf friedliche Zwecke, oder diente die EAG im Gegenteil als verkapptes Werkzeug der nuklearen Bombenentwicklung? Welche Leitgedanken letztlich den Ausschlag zur Gründung der Gemeinschaft gaben und welche politische und ökonomische Rolle der EAG zur Zeit ihrer Entstehung tatsächlich zugeordnet war - diese Fragen lassen sich schwerlich eindeutig und unstrittig beantworten.

Fraglos muss dem Motiv der latenten Proliferation ebenso wie dem ungewöhnlich hohen Legitimationsbedarf der Atomforschung im Zusammenhang mit der Bildung von Euratom eine entscheidende Bedeutung zugeordnet werden. Als 'Nachzügler' in der Nukleartechnologieentwicklung waren die Europäer auf vielseitige und intensive Kooperationsmöglichkeiten dringend angewiesen. Während der 'latenten Phase' der Atomtechnologieentwicklung sahen sie sich gezwungen, die rüstungspolitischen Zielsetzungen ihrer Atompolitik unter dem Deckmantel einer "gemeinsamen europäischen Politik der Euratom" zu verbergen und durch "integrationspolitische Vereinbarungen" abzustützen - zu greifbar stand die Utopie des 'friedlichen Atoms' in krassem Widerspruch zu den militärischen Hintergründen der nationalen Atomprogramme.¹⁰⁰ Solange die Erzeugung von Atomstrom blosse Spekulation blieb, bedurfte es - als Ergänzung des 'Energienlücken'-Arguments - zusätzlicher ideologischer Formeln, um die effektiven Antriebskräfte und die technologischen Risiken zu übertünchen.

Der Nachweis der Stichhaltigkeit dieser These wird dadurch behindert, dass die Absichten und Motive verteidigungspolitisch relevanter Atomprojekte in allen Ländern von einer Aura der Verschwiegenheit umgeben sind - stets als Fragen von grösster nationaler Bedeutung eingestuft und entsprechend vertraulich klassiert. Die problematische Nähe potentieller militärischer Anwendungen erschwert somit die transparente Darstellung der Entwicklungsschritte im Bereich der gemeinschaftlichen Atomenergienutzung, zumal die wesentlichen Richtungsentscheide aufgrund verschwiegener militärstrategischer Motive gefällt wurden. Das

⁹⁹ Deutsch, Karl W.: Analyse internationaler Beziehungen, Frankfurt/M 1971, S. 226.

¹⁰⁰ Deubner 1977, Atompolitik, S. 9. Zur Proliferationsstrategie: vgl. Kapitel 4.3.

notorische Bestreben staatlicher Akteure, die meist ungenannte militärische Option ihrer Atompolitik bedeckt zu halten, bleibt dem kritischen Leser bei der Aktenübersicht dennoch nicht verborgen. Die Fiktion der strikten Trennung von ziviler und militärischer Nuklearanwendung entpuppt sich dabei als propagandistisches Trugbild.

1955, als der Plan einer Atomgemeinschaft Gestalt annahm, erschien die Atomtechnik wie geschaffen, die Europa-Idee mit Substanz zu versehen. 'Europa' und das 'Atom' - die beiden grossen Visionen jener Zeit, die viele alte Gräben zu überbrücken versprochen, fanden sich in Euratom vereint. Die Logik war einfach und bestechend: gewaltige technische Projekte verlangten nach einem europäischen Rahmen, und die gemeinsame Arbeit an der technologischen Zukunft erschien als geeignetes Mittel, die Altlasten der Vergangenheit zu überwinden. Die Atomtechnologie wurde Teil der europäischen Ideologie. Ob dabei die Technik zugunsten der Europa-Idee instrumentalisiert oder umgekehrt Europa in den Dienst nationalstaatlicher Nuklearinteressen gestellt wurde, blieb vorerst ungeklärt.

Statt die regionale Nuklearkooperation zu beflügeln, wurde die Atomgemeinschaft zunehmend zu einer Quelle internationaler Querelen. Je mehr die Verhandlungen andauerten, um so klarer trat zutage, dass Euratoms massgeblicher Beitrag an die europäische Einigung kaum der nuklearen Kooperation entstammen konnte. Das angekündigte 'friedliche Atomzeitalter' entpuppte sich als Wunschtraum, und die beschworene Abtrennung der zivilen Kernkraftnutzung von den militärischen Anwendungen erwies sich als Leerformel. Implizit widerlegt der Gang der Nukleartechnologie-Entwicklung zudem die häufig bemühte Legende vom 'Spin-off-Effekt der Militärtechnik'. Die Geschichte des Atoms demonstriert im Gegenteil, wie eine neue Technik aufgrund ihres militärischen Ursprungs mit Problemen belastet wird, vor denen sie ansonsten in Teilen verschont geblieben wäre. Die erfahrenen Schwierigkeiten resultierten nicht zuletzt aus dem durch die Rüstungsabsichten beschleunigten Tempo - ohne staatlichen Druck und massiven Einsatz öffentlicher Mittel wären die als nachhaltigste Konfliktquellen fungierenden Brüter- und Wiederaufbereitungsprojekte vermutlich in einem frühen Entwicklungsstadium steckengeblieben. Wenn sich der Ausbau der Kerntechnik - ähnlich wie bei der Dampfmaschine - über Generationen hingezogen hätte, wäre er aller Voraussicht nach konfliktfreier verlaufen. Die Zeit hätte gereicht, unterschiedliche Reaktorkonzepte zu erproben und dabei die Risiken mittels kleiner Dimensionierung der Versuchsanlagen gering zu halten.¹⁰¹

Die Förderung der zivilen Kerntechnik blieb über längere Zeit auf massive staatliche Unterstützung angewiesen, da die Atomkraft mit ihren grossen Investitionskosten und dem auf Langfristigkeit ausgelegten Brennstoffkreislauf gegenüber den preisgünstigen fossilen Energieträgern anfänglich schlicht nicht konkurrenzfähig war. Den privaten Energieunternehmen war der immense Investitionsbedarf für die Kerntechnik zu gross und die einzugehenden Risiken zuwenig kalkulierbar. Das Fazit drängt sich auf, dass die friedliche Nutzung des Atoms ohne öffentliche Zuschüsse kaum je in vergleichbarer Weise gefördert worden wäre. Allein die Beschwörung der zivilen Segnungen der Atomtechnik - mit dem zentralen Element der Deklaration von Plutonium als Kernbrennstoff der Zukunft - vermochte den enormen Forschungsaufwand der öffentlichen Hand zu le-

¹⁰¹ Radkau 1989, Technik, S. 341. 'Wenn, falls, hätte, wäre': etwas gar viel Konjunktiv ...

gitimieren, und dies, obwohl in Wahrheit der Nimbus der Superwaffe die staatliche Subventionierung des privatwirtschaftlichen Sektors begründete.

Als Akteure kollektiver Technologieförderung vermochten sich die Nationalstaaten nicht zu bewähren; vielmehr förderte der Griff nach der Bombe das Wiederauftreten altbekannter Bedürfnisse nationaler Selbstdarstellung. Sobald aus technologischer und energiepolitischer Sicht der unmittelbare Zwang zu vertiefter gemeinschaftlicher Zusammenarbeit nicht mehr gegeben war, ging man erneut dazu über, das ökonomisch widersinnige Autarkiestreben einzelstaatlicher Atompolitik fortzusetzen. Aus heutiger Sicht kommt man zum Schluss, dass der integrationspolitische Ansatz, die Atomkraft zur funktionellen Basis eines geeinten Europas zu erheben, aufgrund der militärstrategischen Ausrichtung der nationalen Atomprogramme eine denkbar schlechte Wahl darstellte.

4.2 Zur strategisch-machtpolitischen Dimension der Atomtechnologie im Kontext des Kalten Krieges

• *Amerika als Schutzmacht der Freiheit: Hegemonie durch Integration?*

Die Vereinigten Staaten waren einer der wichtigsten Initiatoren europäischer Integration. Ohne Marshallplan und OECE wäre eine effektive regionale Zusammenarbeit wohl kaum in Gang gekommen. Nahezu einhellig betrachtet die Forschung die USA als Hegemonialmacht der westlichen Welt seit 1945, wobei unbestritten bleibt, dass mit dem amerikanischen Führungsanspruch auch ein weitgehendes Einverständnis der europäischen Staaten einherging, diese Vorherrschaft zu akzeptieren.¹ Aufgrund der Schwäche des alten Kontinents entsprach die Beschützerrolle der Vereinigten Staaten nach dem Krieg weitgehend den Interessen der westeuropäischen Länder.² Die sowjetische Osteuropapolitik und die latente Furcht vor dem deutschen Wiederaufstieg steigerten als konkrete machtpolitische Faktoren die Bereitschaft der Europäer zur Anlehnung an die USA.

Noch während des Zweiten Weltkriegs hatten die Vereinigten Staaten ihr Konzept einer neuen Weltordnung entworfen. Trotz Andersartigkeit der Rahmenbedingungen hielt die amerikanische Europapolitik nach 1945 kontinuierlich an den Zielsetzungen der Vorkriegszeit fest und erstrebte Wirtschaftswachstum und Wohlstand in den Vereinigten Staaten weiterhin über die Durchsetzung von 'open door'-Politik und Freihandel. Ab 1947 war die amerikanische Dominanz über Westeuropa konzeptionell mit der europäischen Integration verbunden. Die Einigungsbestrebungen und in ihrem Kern die deutsch-französische Aussöhnung sollten Europa stabilisieren, einen Rückfall in das Nationalstaatsdenken der Vorkriegszeit verhindern und gleichzeitig die Staaten Westeuropas geschlossen auf die Hegemonialmacht USA ausrichten. Aus amerikanischer Sicht vermochte nur ein einiges Europa zusammen mit den USA den Einfluss der Sowjetunion einzudämmen und den materiellen Wohlstand zu erzeugen, der notwendig war, um die freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung der Einzelstaaten zu garantieren. Das dreifache Interesse an einer europäischen Einigung - wirtschaftlich, militärisch und politisch - ging in Washington einher mit der Überzeugung von der Notwendigkeit einer deutschen Beteiligung am Integrationsprozess.

In der Zielsetzung der Hegemonie durch Integration verbanden sich europapolitische Interessen der USA, wie sie sich schon in den Zwischenkriegsjahren in der Wirtschafts- und Handelspolitik herausgebildet hatten, mit neuen machtpolitischen und strategischen Imperativen vor dem Hintergrund des Kalten Krieges. Ein integriertes und starkes Westeuropa sollte innerhalb der bipolaren Strukturen des Weltsystems nach 1945 das westliche Lager unter Führung der Vereinigten Staaten stärken.³ Die Festigung der amerikanischen Vormachtstellung durch die Unterstützung des europäischen Wiederaufbaus und, damit einhergehend, der europäischen Integration verlangten der Hegemonialmacht einen hohen Preis ab, insbesondere weil die amerikanische Position an die militärische Präsenz auf

¹ Diese Übereinstimmung findet sich nicht nur in den Standardwerken zum Ost-West-Konflikt, sondern auch in jüngeren Publikationen, die sich mit der Zukunft der amerikanischen Hegemonie beschäftigen. Vgl. Nye, Joseph: *Bound to Lead*, New York 1990 oder Kennedy, Paul: *In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert*, Frankfurt/M 1993.

² Selbst bei de Gaulle findet sich der Begriff der 'schützenden Hegemonie'. De Gaulle, Charles: *Memoiren der Hoffnung*, Wien 1971, S. 237.

³ Conze, Eckart: *Hegemonie durch Integration?*, in: *VfZ*, 43/1995, S. 339.

dem Kontinent gekoppelt war. Dafür erwarteten die USA von einem erstarkenden Europa eine Beteiligung an den Kosten dieser Präsenz, zumindest so lange, wie die Europäer den amerikanischen Schutz als in ihrem eigenen Interesse liegend verstanden.

Die amerikanische Strategie der Eindämmung gegenüber Stalins Sowjetreich offenbarte eine wirtschaftliche Seite, deren sichtbarster Teil der Marshallplan war, und eine militärische, deren wirksamstes Element das nukleare Potential darstellte. Der Marshall-Plan als wirkungsvollstes Instrument amerikanischer Europapolitik der Nachkriegszeit entstand aus dem Dilemma, zwischen westeuropäischen Sicherheitsbedürfnissen gegenüber Deutschland und dem eigenen Interesse an einer Stabilisierung und Stärkung Europas durch Reintegration der Deutschen lavieren zu müssen. Das Programm diente mehreren ineinander verflochtenen Interessen der USA: es stabilisierte Europas Nachkriegsökonomien in einem Moment der Krise, stärkte dadurch die wichtigsten Handelspartner der Vereinigten Staaten und immunisierte sie gleichzeitig gegen sowjetische Durchdringungsversuche. Ziel der neuen amerikanischen Initiative war die auf der Errichtung einer funktionierenden Wirtschaft aufbauende Schaffung von politischen und sozialen Bedingungen, in denen eine freiheitlich-demokratische Ordnung sich etablieren und gedeihen konnte. Die vom Krieg und seinen Folgen schwer gezeichneten europäischen Demokratien ergriffen das amerikanische Angebot, das alsbald positive Wirkung zeitigte, ohne Zögern. Als im Frühjahr 1948 die Berlinkrise ausbrach, fühlte man sich in Westeuropa schon um etliches besser - sowohl was die geistige als auch die materielle Verfassung betraf. Von Anfang gehörte die europäische Integration zu den Kernelementen des Entwicklungsprogramms. Weil der Wiederaufbau Deutschlands mit alten und neuen Sicherheitsansprüchen Frankreichs kollidierte, machten die Amerikaner die Gewährung von Marshall-Plan-Hilfe abhängig von Schritten in Richtung regionale Integration. Eine engere wirtschaftliche Kooperation in Westeuropa wurde zur zwingenden Voraussetzung für US-Wirtschaftshilfe.⁴

Ideologisch abgestützt wurde der Marshall-Plan durch die am 12. März 1947 verkündete Truman-Doktrin. Das am 12. März 1947 von Präsident Harry Truman in einer Botschaft an den Kongress angekündigte wirtschaftlich-finanzielle Hilfsprogramm für Griechenland und die Türkei gilt als erste Manifestation der 'Truman-Doktrin', des aktiven Engagements der USA im Europa der Nachkriegszeit. Die amerikanische Hoffnung und Vision einer friedlichen Koexistenz der Siegermächte von 1945, wie sie Präsident Roosevelt in die Gründung der Vereinten Nationen projiziert hatte, war an der Realität des 'Eisernen Vorhangs' quer durch Europa und an der totalitären Zwangsherrschaft in den von der Sowjetunion eroberten und unterworfenen Ländern gescheitert. Angesichts der Tatsache, dass sich das Rumpf-Europa diesseits der Trennlinie nicht aus eigener Kraft aus dem Elend der Kriegszerstörung erheben können, proklamierten die Amerikaner ihre Politik der Eindämmung offensiver sowjetischer Einflussnahme jenseits jener militärischen Demarkationslinie, die 1945 quer durch Europa gezogen worden war. Bei der Maxime des 'containment' handelte es sich um ein Konzept, das eine

⁴ Am 16.7.1947 konstituierte sich in der Folge das 'Committee of European Economic Cooperation', aus dem bald darauf die OECE hervorging.

aggressive sowjetische Expansions-Strategie überall dort mit amerikanischer Gegengewalt zu konfrontieren suchte, wo sie friedliche Stabilität bedrohte.

Den Schlüssel zur Lösung des Problems der innenpolitischen Durchsetzung der Stabilisierungspolitik hatte das State Department während der Debatte um die Anleihe an Grossbritannien im Frühjahr 1946 entdeckt. Solange mit der Notwendigkeit einer 'open door policy' argumentiert wurde, erschienen die Widerstände bei den Republikanern und Isolationisten unüberwindbar. Erst als Unterstaatssekretär Acheson die Anleihe als Hilfe gegen eine kommunistische Bedrohung Grossbritanniens darstellte, gelang der Durchbruch. Um den Kongress zur Bewilligung von Mitteln für die Eindämmungspolitik zu bewegen, war es notwendig, auf die antikommunistischen Tendenzen in der amerikanischen Öffentlichkeit zurückzugreifen und die Bedrohung durch die sowjetische Expansion bewusst vereinfacht und überdimensioniert darzustellen. Die Regierung stützte sich dabei auf eine bereits vorhandene antikommunistische Bewegung, die sie allerdings mit ihrer aussenpolitischen Rhetorik weiter verstärkte. Von der grundsätzlichen Richtigkeit der These vom sowjetischen Expansionswillen in Griechenland und der Türkei überzeugt, präsentierte die Administration Truman die beiden Fälle als sowjetische Anschläge auf die freiheitlich-demokratische Ordnung des Westens. Vor führenden Kongressabgeordneten erklärte Acheson am 27. Februar 1947, dass "ein sowjetischer Durchbruch im Nahen Osten höchst wahrscheinlich" sei und dass dann dem "sowjetischen Vordringen drei Kontinente" offenstünden.⁵ Innerhalb kurzer Zeit bewilligte der Kongress daraufhin die beantragten Mittel.

Als unerwünschte Nebenwirkung handelte sich die amerikanische Exekutive mit der erfolgreichen Propaganda-Operation auch eine wesentliche Einschränkung ihrer aussenpolitischen Bewegungsfreiheit ein und unterlag fortan starken innenpolitischen Sachzwängen. Die Rhetorik der Truman-Doktrin gab in ihrer bewussten Simplizität der antikommunistischen Bewegung im Land einen derartigen Auftrieb, dass die Dogmen der Eindämmungspolitik zum Bestandteil des nationalen Grundkonsenses wurden und von dort einschränkend auf die Handlungsfähigkeit der Regierung zurückwirkten. Als Gefangene der eigenen Rhetorik ging die Exekutive alternativer Entscheidungsoptionen weitgehend verlustig. Daran gewöhnt, alle Probleme der Weltpolitik unter dem vereinfachten Blickwinkel des sowjetisch-amerikanischen Gegensatzes zu sehen, duldet die amerikanische Öffentlichkeit kein signifikantes Abweichen von dem durch die Truman-Doktrin vorgezeichneten Verhalten. Faktisch blieb die amerikanische Aussenpolitik praktisch ein halbes Jahrhundert hindurch der nur wenig variierten Maxime der Eindämmung verpflichtet - bis zum Kollaps der sowjetischen Gegenmacht, den sie als Erfolg dieser Kontinuität wertete.⁶

Der dritte Schritt transatlantischer Kooperation - nebst Wirtschaftshilfe und Truman-Doktrin - galt dem mit dem Marshallplan geschaffenen amerikanisch-westeuropäischen Verbund zur Entwicklung einer gemeinsamen Sicherheitspolitik. Erhöhte Dringlichkeit erhielt dieses Vorhaben durch zwei sowjetische Herausforderungen im Jahr 1948: die kommunistische Machtergreifung in der Tschechoslowakei sowie die Blockade Berlins. Als die Russen am 12. Mai 1949

⁵ Loth, Wilfried: Die Teilung der Welt 1941-1955, München ²1982, S. 157ff.

⁶ NZZ, Nr. 56, 8./9. März 1997. Am Konzept des 'containment' wurde konsequent festgehalten - selbst als sich sein 'Spiritus rector' George Kennan der alternativen Formel des 'disengagement' zuwandte. Der Zusammenbruch des sowjetischen Herrschaftssystems entsprach letztlich den langfristigen Erwartungen der Eindämmungsstrategie.

die erfolglose Blockade abbrechen, war ein Beweis wirksamen Widerstandes gegenüber sowjetischen Übergriffen erbracht. Zugleich war, als politische Antwort auf die Provokation, in jenen kritischen Monaten der Nordatlantikpakt als Instrument gemeinsamer Verteidigung Westeuropas und Nordamerikas ausgearbeitet und am 4. April 1949 unterzeichnet worden. Vorausgegangen war ihm, als europäische Antwort auf den Umsturz in Prag, ein westeuropäisches Verteidigungsabkommen, der am 17. März unterzeichnete Brüsseler Pakt. Der Kernsatz des seither wiederholt erneuerten Atlantikpaktes statuiert gegenseitigen Beistand im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen einen oder mehrere Vertragspartner in Europa oder Amerika.⁷ Mit der nordatlantischen Gemeinschaft und ihrer in den folgenden Jahren ausgebauten militärischen Infrastruktur war das machtpolitische Bollwerk geschaffen, um dem Druck offensiver sowjetischer Anstrengungen entgegenhalten zu können. Dauerhafte Begleiterscheinung der Formation der Blöcke war der Kalte Krieg mit seinen zeitweilig dramatischen Höhepunkten. Ihren drastischen äusserlichen Ausdruck fand die Zweiteilung der Welt in dem gespaltenen Deutschland, dem zentralen Schauplatz der Auseinandersetzung.

Wenn man hinsichtlich Einschätzung der sowjetischen Politik von einem amerikanisch-europäischen Konsens sprechen konnte, so existierten bezüglich des Faktors Deutschland zum Teil erhebliche Bewertungsunterschiede zwischen den USA und den Westeuropäern, allen voran Frankreich. Die Überwindung des deutsch-französischen Antagonismus, den die Vereinigten Staaten als hauptsächliche Ursache der europäischen Spannungen ansahen, blieb ein *Ceterum censeo* der amerikanischen Europapolitik. Im Urteil Washingtons konnte sich eine stabile europäische Ordnung nur auf der Basis der deutsch-französischen Aussöhnung entwickeln. Von der Lösung der Deutschlandfrage hing der Erfolg des amerikanischen Integrationskonzeptes ab. Dies galt umso mehr, als Grossbritannien sich aufgrund seiner Commonwealth-Bindungen weigerte, die Führungsrolle im europäischen Einigungsprozess zu übernehmen. Washington musste sich aus diesem Grund anfänglich auf Paris abstützen, um seine Europavorstellungen realisieren zu können. Die von den Amerikanern zugewiesene Rolle des europäischen Föderators milderte den Widerstand der Franzosen gegen eine rasche Rekonstruktion der deutschen Wirtschaft. Die konzeptionelle Ausgestaltung der von den USA mitgetragenen Montanunion und das Projekt der Europäische Verteidigungsgemeinschaft zeugten in den folgenden Jahren von der Kontinuität der eingeschlagenen Politik der Vereinigten Staaten. Erst das Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung bedeutete - trotz der im Anschluss realisierten NATO-Alternative - einen Rückschlag für die aussenpolitische Strategie der Amerikaner.

Im NATO-Bündnis fand sich Frankreich hierarchisch nurmehr auf die gleiche Stufe wie die Bundesrepublik gestellt - und noch dazu unter direkter amerikanischer Führung. Die NATO-Lösung von 1954/55 schwächte die Aussichten Frankreichs auf die kontinentaleuropäische Führungsposition, deren Erringung zuvor mit der EGKS in greifbare Nähe gerückt war. In der Folge gehörten die Franzosen ab 1955 zu den treibenden Kräften der *Relance européenne*. Die Unzufriedenheit über die vorangegangene Entwicklung motivierte Paris zur Fortführung der Integrationsbemühungen, denen sich auch Bonn, wenn auch aus ande-

⁷ Text des Nordatlantikvertrages, in: Europa-Archiv 4/1949, S. 2071-2073.

rem Antrieb, dezidiert anschloss.⁸ Die USA nahmen die Weiterführung des Konzeptes der frühen fünfziger Jahre auch aus ökonomischen Gründen positiv auf, ohne zunächst die antiamerikanischen Züge der Relance klar zu erkennen.⁹ Noch Mitte des Jahrzehnts unterstützten die Amerikaner den Ausbau der europäischen Einigung ganz im Sinne des Marshall-Konzepts, weil Integration und atlantische Allianz sich als politische Programme zu ergänzen schienen.

Washington war sich der Schwierigkeiten durchaus bewusst, die den hegemonialen Interessen der USA aufgrund eines fortgesetzt integrierenden, stärker und selbstbewusster werdenden Europa mittelfristig erwachsen konnten. Wirtschaftlich gesehen stieg durch die fortschreitende Integration das Risiko einer 'Festung Europa'; politisch bestand die Gefahr, dass ein geeintes Westeuropa sich dem amerikanischen Führungsanspruch entziehen und damit die Einheit der westlichen Allianz gefährden konnte. Dennoch hielten die Vereinigten Staaten, nach sorgfältiger Kosten-Nutzen-Analyse, an ihren europapolitischen Prämissen fest.¹⁰ Enge deutsch-französische Beziehungen blieben für die USA Voraussetzung und zentraler Bestandteil europäischer Integration. Einer Integration freilich, die, nach amerikanischer Intention, letztlich nicht das Ziel einer 'Dritten Kraft Europa' zwischen den beiden Supermächten verfolgen und eine Loslösung des alten Kontinents aus dem transatlantischen Verbund anstreben, sondern das Kräftepotential der westlichen Gemeinschaft insgesamt stärken sollte.¹¹ Im Kern ging es den USA darum, einen geringeren ökonomischen Preis für ihre Vormachtstellung entrichten zu müssen - ohne dadurch den Aufstieg potentieller Hegemonialrivalen zu fördern.

Die Stärkung Westeuropas durch die Integration zeitigte für die USA widersprüchliche Folgen. Mittelfristig trug sie dazu bei, die amerikanischen Aufwendungen für Europa zu reduzieren. Indem die Einigungfortschritte aber halfen, Westeuropa zu einem eigenständigen Kraftzentrum des Westens auferstehen zu lassen, führten sie aber auch zu einer Herausforderung der amerikanischen Hegemonie. Letzteres manifestierte sich in partnerschaftlichen Divergenzen bezüglich der nuklearen Entwicklung in Europa. Die französische Nuklearpolitik setzte dabei Prozesse in Gang, die dem ambivalenten Konzept der Hegemonie durch Integration von Anfang an innewohnten.¹²

⁸ Adenauer war primär aufgrund politischer Erwägungen zum Fürsprecher des supranationalen Integrationsprozesses geworden - ihm lag daran, die wenig konsolidierte Westbindung der BRD längerfristig abzusichern. Adenauer, Konrad: *Erinnerungen 1955-59*, Stuttgart 1967, S. 253f.

⁹ Mai, Gunther: *Osthandel und Westintegration 1947-1957*, in: *Herbst 1990*, S. 222f.

¹⁰ Conze 1995, *Hegemonie durch Integration*, S. 310f.

¹¹ Die Frankreich zugewiesene Rolle im Spiel der europäischen Mächte - hervorgehoben, aber dennoch zweitrangig - wollte de Gaulle nicht akzeptieren. Der General, der Frankreich in der kontinentalen Führungsrolle sah, ordnete dem Begriff der 'Dritten Kraft' eine ganz andere Bedeutung zu. Vgl. Loth, Wilfried: *De Gaulle und Europa*, in: *HZ 253* (1991), S. 629-660.

¹² Conze 1995, *Hegemonie durch Integration*, S. 340.

• **Das Sicherheitsdilemma und die Strategie der atomaren Abschreckung: Ursachen und Entwicklung der nuklearen Rüstungskonkurrenz**

"Two scorpions in a bottle, each capable of killing the other, but only at the risk of his own life".¹³

J. Robert Oppenheimer, Juli 1953.

Mit dem Aufkommen der im Ersten Weltkrieg erprobten Massenvernichtungswaffen nahm die Ära des Wettrüstens ihren Anfang. Obschon die Charakteristika des Wettrüstens bald erkannt waren und der Militarismus ökonomisch als sinnlose Verschwendung eines gewaltigen Produktivpotentials gebrandmarkt wurde, setzten die Militärtheoretiker immer grössere Hoffnungen auf die Erfindung einer 'Wunderwaffe', die das entscheidende Übergewicht der eigenen Streitkräfte garantieren sollte. Während zu Anfang des Zweiten Weltkriegs an der Weichsel noch Kavallerie-Attacken geritten wurden, lagen am Ende zwei japanische Industriestädte in nuklearem Schutt. Die Atombombe fügte 1945 einen höchst ambivalenten Machtfaktor in die Geschichte ein. In der Drohung der Apokalypse, verkörpert durch die nuklearen Sprengsätze, lag anfänglich auch das Versprechen andauernden Friedens. Die Kernwaffen bescherten dem internationalen System zudem einen neuen Klassenunterschied, der Besitzende und Habenichtse scharf voneinander trennte.

Die ersten Geschosse mit Raketenantrieb galten im Zweiten Weltkrieg als Wunderwaffen - zunächst die sowjetischen 'Katjuschas', die sogenannten Stalinorgeln, dann die deutschen 'V-Waffen'. Weder der Verlauf des Ersten noch des Zweiten Weltkriegs wurde entscheidend von 'Wunderwaffen' beeinflusst. Selbst der Einsatz der Atombombe gegen Japan spricht, angesichts der Tatsache, dass der Inselstaat ohnehin bereits kurz vor der Kapitulation stand, nicht gegen diese These. Die Hoffnung, die Existenz der neuen Waffentypen würde kleinere Armeen und kürzere Kriege nach sich ziehen, erfüllte sich ebenfalls nicht.

Im Zusammenhang mit dem Besitz von Kernwaffen kamen, nebst den technischen, den psychologischen und militärpolitischen Aspekten eminente Bedeutung zu. Die psychologische Wirkung zeigte sich darin, dass sich mit dem Vorhandensein eigener Atomwaffen während der Zeit des Kalten Krieges ein trügerisches Gefühl der Erleichterung einstellte: die Beruhigung darüber, dass ein 'sicheres' Mittel der Selbstverteidigung zur Verfügung stand, das ein denkbares Übergewicht des potentiellen Gegners zu kompensieren vermochte. Der militärpolitische Gesichtspunkt zielte auf die einschüchternde Wirkung von Kernwaffen und meinte die Möglichkeit, allein durch das Ausüben politischen und psychologischen Drucks einen entscheidenden Vorteil zu erzielen oder sogar ohne eigentliche kriegerische Aktivitäten die Durchsetzung eigener Zielsetzungen zu erreichen. Churchill äusserte in einer Denkschrift des Jahres 1939 die Vermutung, dass im Fall einer Verschärfung der internationalen Lage Gerüchte über die Wirkung der Atombombe ausgestreut werden könnten - mit dem Zweck "uns durch solche Drohungen zur Kapitulation zu veranlassen". Noch drastischer formulierte der sowjetische Kernphysiker Fljorow 1941: "(..) man muss sich fortwährend vor Augen halten, dass der Staat, der als erster eine Atombombe bauen wird, die Mög-

¹³ J. Robert Oppenheimer, Juli 1953, zit. nach NZZ, 9.3.1998.

lichkeit erhält, der Welt seine Bedingungen zu diktieren".¹⁴ Die Kernwaffen blieben aber nicht lange das Monopol eines einzelnen Staates. In den 60er Jahren stellte sich ein Gleichgewicht zwischen den amerikanischen und sowjetischen Atomarsenalen ein. Seither vermochte keine der beiden Grossmächte einen entscheidenden technologischen Vorsprung zu erzielen, und die Kernwaffenarsenale wuchsen als Folge des gegenseitigen Hochrüstens ins Uferlose.

Nach dem Scheitern der Bemühungen um eine kooperative Nachkriegsordnung liess sich die Schaffung zweier Blocksysteme mit je eigener Militärstruktur nicht mehr vermeiden. Die nukleare Rüstungsdynamik nach dem Weltkrieg wurde bereits von der wachsenden Rivalität zwischen den beiden Supermächten bestimmt. Bis ans Ende der Dekade bauten die USA ein Arsenal von gegen 200 Bomben auf, bevor Ende August 1949 der erste sowjetische Nukleartest das amerikanische Monopol brach.¹⁵ Die geschockten Amerikaner leiteten unverzüglich die Entwicklung der Wasserstoffbombe ein. Knapp drei Jahre später, am 1. November 1952, gelang den USA der erste Test einer thermonuklearen Waffe. Einige Monate später, am 12. August 1953, hatten die Sowjets bereits nachgezogen. In einem beschleunigten Wettlauf bauten die beiden Mächte kontinuierlich ihre Arsenale auf. 1960 verfügten die USA bereits über 18'000 nukleare Gefechtsköpfe, die Sowjetunion immerhin über deren 4000.¹⁶ Mit der Zahl der Kernwaffen nahm auch ihr militärisches Einsatzspektrum zu. Auf den 'Sputnik'-Schock, mit dem die UdSSR ihre technische Fähigkeit zu einem Raketenangriff auf die USA demonstrierte, folgte bald schon die Stationierung von Interkontinental-Raketen in beiden Ländern.

Der Schock, den die Meldung vom Start des ersten künstlichen Satelliten am 4. Oktober 1957 im Westen auslöste, sass tief, nachdem die USA im nuklearen Wettrennen mit dem ideologischen Gegner die Nase bislang immer vorn gehabt hatten. Damit war der Wettlauf zur Eroberung des Weltalls eröffnet, und erstmals in seiner Geschichte war das amerikanische Mutterland nicht mehr unverwundbar. Ein Problem der amerikanischen Polit-Propaganda bestand in der Folge darin, der eigenen Öffentlichkeit zu erklären, wie die Sowjets es überhaupt schaffen konnten, vor den USA im Weltraum zu sein. Nach offizieller Lesart galten sowjetische Wissenschaftler als 'dull' und wenig inspiriert - ihre Erfolge in der Nuklearwaffen-Technologie wurden mit Hinweisen auf Spionage relativiert. Besorgnis erregte aber nicht nur der grosse Propagandaerfolg, den der Sputnik-Start zweifellos darstellte. Schlimmer wog die militärstrategische Bedeutung des Abschusses: Wenn sowjetische Raketen Satelliten in den Kosmos befördern konnten, dann vermochten sie auch Atomsprengköpfe an jeden Punkt des Globus zu tragen. Diese Tatsache setzte die Amerikaner unter enormen Druck, ihre Anstrengungen zu verstärken und innert kürzester Zeit mit den Sowjets gleichzuziehen.¹⁷ Vor allem für die US-Militärs war die unerwartete östliche Erscheinung am

¹⁴ Goldschmidt, Bertrand: *Pionniers de l' atome*, Paris 1987, S. 157.

¹⁵ Bundy, Mc George: *Danger and survival*, New York 1988, S. 203.

¹⁶ Bundy 1988, *Danger and survival*, S. 322f.

¹⁷ Tatsächlich dauerte es nur knapp vier Monate, bis die USA am 1. Februar 1958 mit dem Start des 'Explorer' replizierten - nachdem die Russen am 3.11.1957 bereits einen zweiten Sputnik mit einer Hündin an Bord in Umlauf gebracht hatten. Es war dies der erste Flug eines Lebewesens in den Weltraum. Ebenso hatten die Sowjets die Nase vorn, als sie am 12. April 1961 den ersten Menschen ins All schickten. *Weltwoche*, Nr. 40/1997, 2.10.1997.

Himmel 'frightening', und es ist leicht nachzuvollziehen, dass die Forderung des Pentagon nach grosszügiger finanzieller Unterstützung der Raumfahrt bei Präsident Eisenhower und dem Kongress offene Ohren fand. Das Sicherheitsbewusstsein vieler Amerikaner und die Glaubwürdigkeit der Sicherheitsgarantie für Westeuropa waren so eng mit dem Gedanken der nuklearen Überlegenheit der USA verknüpft, dass sich 'Ike' aus innen- und allianzpolitischen Motiven zu Schritten gedrängt sah, die den Fortbestand dieser Superiorität sicherten. Vor dem Hintergrund des 'Sputnik'-Schocks wirkten diese Triebkräfte bei der Beschleunigung des Raketenentwicklungsprogramms und der mehrfachen Erhöhung des Verteidigungsbudgets.

Grössere Bedeutung als dem quantitative Aspekt kam im Wettlauf der Zerstörungspotentiale dem qualitativen Wettbewerb zwischen den Blöcken zu. Seit Anbeginn des Kalten Krieges schien den Amerikanern ihre Überlegenheit auf dem technologischen Sektor das beste Mittel, um quantitative Defizite bei den konventionellen Waffensystemen zu kompensieren. Im Rahmen eines "Gleichgewichts der Ungleichgewichte" versuchten die Vereinigten Staaten, ihre zahlenmässige Unterlegenheit im konventionellen Bereich durch nukleare Superiorität auszugleichen. Konventionelles Ungleichgewicht und nukleare Rüstungsdynamik blieben bis zum Ende des Kalten Krieges eng verzahnt. Diese Entwicklung ergab sich aus der Logik des Sicherheitsdilemmas: Wenn sich Ost und West gegenüberstanden, ohne durch eine gemeinsame Sicherheitsstruktur verbunden zu sein, dann konnte keine der Parteien je ganz sicher sein, ob die Gegenseite nicht doch expansive Absichten hegte. Folglich trafen beide Seiten Vorkehrungen, um in der Konfrontation bestehen zu können. Damit bestärkte man sich wechselseitig in dem Verdacht, mit aggressiven Akten des Gegners rechnen zu müssen.

Ihrem Wesen nach war die Strategie der atomaren Abschreckung eine Form der Diplomatie, deren Ziel darin bestand, bestimmte Massnahmen eines feindlichen Staates zu verhindern, indem man ihm mit militärischen Vergeltungsschlägen drohte. Zwar war die Drohung gegenüber dem Gegner zu allen Zeiten ein Bestandteil der internationalen Beziehungen. Nie zuvor war diese Drohung jedoch so radikal und die Abschreckung so konstant und so systematisch wie seit Anbruch des Atomzeitalters. Die neu verfügbaren Vernichtungswaffen lasteten permanent auf den Beziehungen zwischen den Staaten und auf dem Ablauf der Geschehnisse. Der militärische Nichteinsatz der Waffensysteme war untrennbar mit ihrer beständigen diplomatischen Anwendung verbunden. Um sie nicht einsetzen zu müssen, wurde der Eindruck erweckt, dass sie unter bestimmten Umständen zum Einsatz gelangen könnten.¹⁸

Das Sicherheitsdilemma war der Hauptgrund, weshalb der Ost-West-Konflikt über lange Zeit hinweg virulent blieb, obwohl weder die eine noch die andere Seite akut aggressive Absichten verfolgte und der sowjetische Anspruch auf Ausbreitung der Revolution im mühevollen Kampf um den Wiederaufbau zunehmend an Bedeutung verloren hatte. Neben den sicherheitspolitischen Idiosynkrasien gab es eine Koalition sekundärer Ursachen, die aus Gründen des Machterhalts und der Legitimation auf den Fortbestand der Konfliktsituation hinwirkte - zu nennen sind einzelne politische Exponenten und die militärisch-industriellen

¹⁸ Die von US-Aussenminister J. F. Dulles am 12. Januar 1954 öffentlich formulierte Doktrin der 'massiven Vergeltung' stützt diese Aussage in exemplarischer Weise. Dem potentiellen Aggressor wurde der Einsatz von Atomwaffen bereits für den Fall einer geringfügigen konventionellen Angriffshandlung angedroht. BAR E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 32 (16.1.1954).

Komplexe beider Lager. Feindbilder, die im Verlauf der Konfrontation entstanden waren, entwickelten eine Eigendynamik, die den Handlungsspielraum der Verantwortlichen einengte, wenn sie sich um eine Überwindung des Konflikts bemühten. Faktisch dürfen die beiden Paktsysteme für sich in Anspruch nehmen, zur Sicherung des Friedens beigetragen zu haben; das permanente Streben nach einem kaum objektivierbaren Gleichgewicht barg gleichzeitig aber derart schwer kalkulierbare Risiken, dass der höchst labile Friedenszustand permanent gefährdet schien. Mehr als die beidseitige atomare Abschreckung hat wohl der Umstand, dass beide Seiten von Anfang an das Wagnis eines bewaffneten Konflikts scheuten, dazu beigetragen, den Ausbruch von Feindseligkeiten zu verhindern.

Zweifellos kann es für ein so komplexes Interaktionsmuster, wie es die nukleare Rüstungskonkurrenz darstellte, keine monokausale Erklärung geben. Eine zu grosse Zahl ideologischer und technischer Elemente war dafür ineinander verwoben. Je nachdem, welche Faktoren stärker gewichtet wurden, lassen sich jedoch idealtypische Erklärungsmuster unterscheiden. Die grundlegendsten Unterschiede offenbaren sich zwischen den akteursbezogenen und den systemischen Deutungsansätzen.¹⁹ Erstere sehen die entscheidende Ursache des jahrzehntelangen Wettrüstens im politischen System und den spezifischen Zielen der beiden Supermächte. Systemische Ansätze basieren hingegen auf der Annahme, dass spezifische Eigenschaften der Akteure vernachlässigbar sind, weil ihre Interessen primär durch systemische Anreize bestimmt werden. Als "aussengeleitet" bezeichnet Schmidt die Kategorie der systemischen Ansätze, die den internationalen Handlungszusammenhang für entscheidend erklärt; solche, die nationale Rüstungskomplexe als dominante Akteure anführen, nennt er "innengeleitet".²⁰

Sinngemäss wurden akteursspezifische Deutungen von den Protagonisten der Rüstungskonkurrenz vertreten, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen: Jede Seite sah die Hauptursache der Rüstungsdynamik im Überlegenheitsstreben des Rivalen, das seinerseits primär auf grundsätzliche Defekte des jeweiligen politischen Systems zurückgeführt wurde. Zu Legitimationszwecken war diese Interpretation aus Sicht der beteiligten Akteure nützlich und naheliegend, schob sie doch die Verantwortung - und damit den Zwang zur Verhaltensänderung - der Gegenseite zu. Das eigene Rüstungsprogramm galt indessen als legitime Antwort auf unprovokierte Aktionen der Gegenseite.

Für den Westen war das sowjetische Streben nach militärischer Überlegenheit die massgebliche Determinante der Rüstungskonkurrenz. Die Ursache ortete man in der totalitären Ideologie und Herrschaftsstruktur der Sowjetunion. Aus westlicher Sicht suchte Moskau mit überlegener Militärmacht die globale Ausbreitung des Kommunismus zu fördern und zugleich den Herrschaftsanspruch der KPdSU innenpolitisch zu legitimieren. Die endgültige Überwindung des Gegensatzes zwischen Kapitalismus und Sozialismus setzte in den Augen des Westens die Beseitigung des kommunistischen Herrschaftssystems voraus.²¹

Das sowjetische Lager sah die Ursache des Wettrüstens seinerseits in der imperialistischen Aussenpolitik der kapitalistischen Staaten, insbesondere der

¹⁹ Wolf, Reinhard: Nukleare Rüstungskonkurrenz, in: Salewski 1995, Zeitalter, S. 196ff.

²⁰ Schmidt, Manfred G.: Bestimmungsfaktoren des Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West, in Lutz, Dieter S. (Hrsg.): Sicherheitspolitik am Scheideweg?, Bonn 1982, S. 161-175.

²¹ Die klassische westliche Interpretation stammt von Kennan, George F.: X. The Sources of Soviet Conduct, Juli 1947, nachgedruckt in: Foreign affairs 65/1987, S. 852-868.

amerikanischen Führungsmacht. Das Ende der Rivalitäten konnte aus kommunistischer Sicht nur die Revolutionierung des kapitalistischen Gesellschaftssystems bringen.

Die spiegelbildliche Austauschbarkeit dieser Erklärungen und Schuldzuweisungen macht deutlich, dass die weltweite Rivalität der beiden gegensätzlichen Gesellschaftssysteme zwangsläufig zu starken Spannungen führen musste. Diese Erkenntnis führte zur Annahme, dass nicht spezifische Eigenschaften der Akteure die Rüstungsdynamik fortwährend stimulierten, sondern systemische Faktoren, denen die Handelnden beidseits gleichermaßen ausgesetzt waren. Den systemischen Erklärungen zufolge, die vor allem von der Friedensbewegung aufgegriffen wurden, stellten die Rüstungsprogramme der Regierungen keineswegs rationale Reaktionen auf äussere Bedrohungen dar. Vielmehr sahen sie die Entscheidungsträger selbst den "Zwängen von überpersönlichen Rückkoppelungsprozessen auf nationaler oder internationaler Ebene" unterworfen. "Soziale Strukturen und Interaktionsmuster determinierten ihre Entscheidungen, deren dysfunktionale Wirkung die vermeintlichen Akteure nicht durchschauten. Ihre eigenen Erklärungen der Rüstung galten bestenfalls als Rationalisierungen, wenn nicht gar als blosse Propaganda zur Verschleierung tatsächlicher Interessen."²²

Nach der These vom aussengeleiteten, systemisch bedingten Rüstungswettlauf bewirkten Unsicherheit und Misstrauen im internationalen System einen fortwährenden Aufschaukelungsprozess der Militärpotentiale. Jeder Rüstungsschritt der einen Seite bedrohte in der Sicht des andern das Gleichgewicht und löste eine entsprechende Gegenreaktion aus, die, ihrerseits wieder als Bedrohung wahrgenommen, einen neuerlichen Schub bewirkte und dadurch den Prozess in Gang hielt. Ein Ausstieg aus der Rüstungsspirale hätte demnach die Fähigkeit zu empathischem Lernen vorausgesetzt: zumindest einer der Kontrahenten hätte die verunsichernde Wirkung seiner eigenen Rüstungsanstrengungen wahrnehmen und aufgrund dieser Einsicht einseitig auf weitere Nachrüstungsschritte verzichten müssen. So leicht war das Sicherheitsdilemma aber nicht zu überwinden. Um die Ressourcenverschwendung des Wettrüstens zu stoppen und der wachsenden Gefahr der atomaren Vernichtung "aus Versehen" zu begegnen, hätte es der Risikobereitschaft bedurft, sich von ideologischen Fixierungen und innenpolitischen Zwängen zu befreien, welche die Verantwortlichen in Ost und West immer wieder in das Kalte-Krieg-Schema zurückbanden.

Im Gegensatz zum systemischen Erklärungsansatz sahen die Vertreter des innengeleiteten, akteursbezogenen Ansatzes die Hauptursache der Rüstungsdynamik in innergesellschaftlichen Strukturen, die ständig zu Nachrüstungsschritten anhielten. In der prominentesten Variante dieser Deutung standen letztlich die Profitinteressen der Rüstungsindustrie hinter der staatlichen Rüstungspolitik. Aufgrund ihres Machtpotentials, ihrer beträchtlichen Finanzmittel und der symbiotischen Beziehung zu den Streitkräften waren die Rüstungskomplexe in der Lage, im Schatten der offiziellen Politik immer neue Beschaffungsprogramme durchzusetzen. Einmal entwickelt, ist fast jede Rüstungsinnovation praktisch umgesetzt worden, da keine Seite ausschliessen konnte, dass die andere nicht ebenfalls bereits an einer ähnlichen Entwicklung arbeitete. Folglich hätte nur die

²² Wolf, Reinhard: Nukleare Rüstungskonkurrenz, in: Salewski 1995, Zeitalter der Bombe, S. 198.

illusorische Zerschlagung dieser industriellen Machtkartelle die Rüstungsdynamik zum Erliegen bringen können.²³

Die fünfzehn Jahre nukleartechnischer Revolution von 1945-1960 umfassen drei Zeitabschnitte, anhand derer sich sowohl die veränderten Kräfteverhältnisse und diplomatischen Strömungen als auch der wachsende Einfluss atomarer Bewaffnung auf die internationalen Beziehungen nachzeichnen lassen.

Die erste Periode von 1945-49 stand im Zeichen des amerikanischen Nuklearmonopols. Träger der wenigen verfügbaren Sprengkörper waren Langstreckenbomber. Während der zweiten Periode von 1949-57, in der bereits beide Supermächte über thermonukleare Bomben verfügten, bewahrten sich die Vereinigten Staaten eine beträchtliche waffentechnische Überlegenheit, die auch im Krisenherbst 1956 noch gegeben war. Der dritte Abschnitt begann mit dem Start des ersten Sputniks im Oktober 1957, wobei sich die Bedrohung des amerikanischen Territoriums nicht unmittelbar einstellte, da die Sowjets zwischen 1958 und 1960 vorwiegend Mittelstreckenprojekte herstellten und praktisch keine Interkontinentalraketen produzierten. Der psychologische Effekt des sowjetischen Weltraumerfolgs stand deshalb anfänglich nicht in Einklang mit der tatsächlichen Veränderung der Machtverhältnisse; er liess die Strategie der 'massiven Vergeltung' aber bereits revisionsbedürftig erscheinen. Die Tatsache, dass die Sowjetunion über eine gewisse Anzahl von Trägerraketen verfügte, wurde durch die amerikanische Polemik bezüglich eines prognostizierten 'missile gap' derart dramatisiert, dass besorgte europäische Kreise binnen kurzer Zeit eine atomare Überlegenheit der Sowjets befürchteten.²⁴ Unbestreitbar war Westeuropa von einer Vielzahl russischer Mittelstreckenraketen unmittelbar bedroht. Die militärisch unterlegene Alte Welt realisierte, dass ihr Territorium eines der ersten Schlachtfelder einer künftigen Konfrontation sein würde. Diese Einsicht, zusammen mit den wachsenden Zweifeln an der Wirksamkeit des amerikanischen Nuklear-Schutzschirmes, waren für die europäischen Nationalstaaten Anlass genug, sich dezidiert mit dem Aufbau eigener Nuklearkapazitäten zu befassen. Verstärkt durch die vorangegangene Suezkrise, steigerten die Europäer ihre nuklearen Anstrengungen. Die Briten gingen den Weg der 'special relationship', die Franzosen in Richtung nationaler Unabhängigkeit. Folgerichtig strebte daraufhin der deutsche Verteidigungsminister Franz Josef Strauss für sein Land ebenfalls den atomaren Teilhaberstatus an.²⁵

²³ Wolf nennt Dieter Senghaas als prominentesten Vertreter dieser Schule im deutschen Raum. Vgl. Senghaas, Dieter: Abschreckung und Frieden, Frankfurt/M 1972.

²⁴ Aron, Raymond: Einführung in die Atomstrategie, Köln 1964, S. 29.

²⁵ Anfänglich über die gemeinsame Nuklearforschung mit Frankreich und Italien, danach über den Erwerb von Trägersystemen für atomare Sprengkörper, speziell den F 104-Starfighter. Stürmer, Michael: Nukleare Waffen, in: Salewski 1995, Zeitalter der Bombe, S. 302.

• **Internationale atomwirtschaftliche Rahmenbedingungen: Ursachen der amerikanischen Dominanz auf dem nuklearen Weltmarkt**

Jegliche atomwirtschaftliche Aktivität auf dem Weltmarkt stand Mitte der fünfziger Jahre unter Bedingungen, die sich mit den Begriffen einer extremen politisch-ökonomischen Rigidität und Hierarchisierung zusammenfassen lassen - allerdings mit einer beginnenden Gegenbewegung, die in den Bemühungen von Drittstaaten ihren Ausdruck fand, sich von den durch die beiden angelsächsischen Monopolmächte aufoktroierten Restriktionen für ihre eigenen nuklearwirtschaftlichen Aktivitäten zu emanzipieren. Die Perspektiven, welche die Nutzung der mittels Kernspaltung freigesetzten Energiemengen im zivilen und militärischen Bereich eröffnete, führten zu einem internationalen Wettlauf auf dem nuklearen Forschungssektor, bei dem rivalisierende staatliche Administrationen ihr industrielles und finanzielles Potential einzusetzen gewillt waren. Dabei trieben sowohl das militärisch-politische Machtstreben als auch die zukünftigen kommerziellen Nutzungsaussichten die Staaten dazu, ihre nationalen Ressourcen zu mobilisieren. In den daraus erwachsenden Querelen verband sich die Erwartung künftiger ökonomischer Bedeutung der schnell entwickelten neuen Technologie mit der Rivalität um die nukleare Superwaffe.²⁶

Die Dominanz der USA auf dem atomaren Weltmarkt ergab sich aus der immensen Beschleunigung, die der Zweite Weltkrieg für die nukleartechnische Entwicklung mit sich brachte. In der erfolgten Zentralisierung der alliierten Anstrengungen in den USA und der damit einhergehenden Verfügung über modernste Nuklearforschung und -technologie offenbarte sich eine ökonomische Gesetzmäßigkeit, nämlich die Durchsetzungskraft des überlegenen Industrialisierungs- und Organisationsgrades der amerikanischen Wirtschaft gegenüber ihren Konkurrenten. Bereits während des Krieges wurde die ungleiche Struktur der Weltatomwirtschaft im Abkommen von Quebec vom 19. 8. 1943 zwischen den beiden westlichen Atommonopolisten - den USA und Grossbritannien, mit Assoziierung Kanadas - festgeschrieben. Ein Blick auf dieses Abkommen macht die Entwicklung verständlich, welche die beschleunigte Atomforschung während der Kriegsjahre in bezug auf die Nachkriegsstruktur des nuklearen Weltmarktes vorgezeichnet hat.²⁷

Das bedeutendste atomwirtschaftliche Rohstoff-Problem betraf die Beschaffung und Sicherstellung von Uranzufuhren. Die angelsächsischen Mächte lösten diese Frage durch eine weitgehende Erfassung und Ausbeutung der auf dem Weltmarkt zugänglichen grösseren Uranvorkommen mittels exklusiver Lieferverträge mit den Rohstoffländern. Diesen wurde eine eigene Ausbeutung lediglich zur Deckung des Eigenbedarfs eingeräumt. Wollte ein Drittland auf dem Weltmarkt Uran für eigene Forschungszwecke erwerben, brauchte es dafür die Zustimmung der beiden angelsächsischen Regierungen. Die einzige Alternative zu diesem Vorgehen bestand in der Ausbeutung nationaler Ressourcen oder von Uranvorkommen ausserhalb der monopolisierten Reserven. Das Abkommen begründete für die angelsächsischen Länder "un véritable monopole sur les grandes

²⁶ Deubner, Christian: Die Atompolitik der westdeutschen Industrie und die Gründung von Euratom, Diss., Frankfurt/M und New York 1977, S. 2.

²⁷ Goldschmidt, Bertrand: Les rivalités atomiques 1939-1966, Paris 1967, S. 77ff.

sources d' uranium du monde occidentale" - ein Monopol, das sich bis zum Auslaufen der Exklusivverträge in der zweiten Hälfte der 50er Jahre erstreckte.²⁸

Zu einem gegenseitigen Austausch wissenschaftlicher Informationen verpflichteten sich die Unterzeichner des Abkommens von Quebec nur soweit, als diese die gemeinsame Entwicklung der Bombe betrafen, während die Weitergabe geheimer nukleartechnischer Informationen an Dritte strikt untersagt blieb. Die Offenlegung von Erkenntnissen, die primär die zivile Nutzung der Kernenergie betrafen, war nicht vorgesehen. Den Briten waren daher die Informationen, welche die Amerikaner aufgrund ihrer um ein Vielfaches höheren finanziellen Anstrengungen in der Nuklearforschung erlangten, nicht von vornherein zugänglich.

In noch ausgeprägterer Form präsentierte sich die amerikanische Vormachtstellung beim angereicherten Uran. Die für die Atomwaffenfertigung sowie zur Betreibung einzelner Reaktortypen benötigte Form des Urans, bei der das Isotop U 235 in unterschiedlicher Masse angereichert wurde, liess sich über längere Zeit nur in den USA in grösseren Mengen herstellen. Die marktbeherrschende Stellung der Vereinigten Staaten führte Mitte der fünfziger Jahre, als die Nachfrage anstieg, zu einer Versorgungslücke und erklärte die Abhängigkeit der Drittstaaten von amerikanischen Lieferungen. Selbst Grossbritannien blieb in seiner nukleartechnischen Entwicklung in hohem Grad von den Amerikanern abhängig. Aufgrund der beschränkten britischen Produktionskapazitäten vermochte die US-Administration bis ans Ende der fünfziger Jahre uneingeschränkt zu bestimmen, wer auf dem internationalen Rohstoffmarkt Zugang zu angereicherten Spaltstoffen und zu modernster Technologie hatte.

Im Bereich der Nukleartechnik unterlagen sowohl der wissenschaftliche als auch der wirtschaftliche Austausch von Gütern einer weitgehenden Kontrolle durch die politischen Instanzen. Der Zugang zu den benötigten Rohstoffen und zu technischem Fachwissen stand den Drittstaaten nur über bilateral auszuhandelnde Staatsverträge offen. Das Ausmass des Austausches bestimmte dabei in erster Linie die US-Regierung.²⁹ Der Perpetuierung dieses Zustandes wirkten vor allem zwei Tendenzen entgegen: einmal das Verwertungsinteresse der US-amerikanischen Industrieunternehmen, die ihre kommerziellen Absichten im kerntechnischen Bereich durch die strikte politische Kontrolle beeinträchtigt sahen. Zum andern die Dynamik der internationalen Rivalität, erkennbar im ersten Kernwaffenversuch Grossbritanniens im Oktober 1952, in der erfolgreichen Entwicklung der H-Bombe durch die Sowjetunion im Jahr 1953 und in den enormen Anstrengungen Frankreichs auf dem Atomsektor seit dem Ende der 40er Jahre.³⁰

Die Folgen dieser Trends waren für die strukturelle Ausgestaltung des Nuklearmarktes exakt zu dem Zeitpunkt von Bedeutung, als die Bundesrepublik offiziell den Aufbau einer nationalen Atomwirtschaft im zivilen Bereich anstreben durfte. Mit der 1954 erfolgten Lockerung der gesetzlichen Restriktionen schufen die USA die Grundlage für einen begrenzten internationalen Austausch von Nukleartechnologie und angereichertem Uran. Erstmals bot sich dadurch Drittstaaten die Möglichkeit, eine eigene nuklearwirtschaftliche Entwicklung auf Kooperationsbasis zu begründen. Überdies stand in absehbarer Zeit das Auslaufen der

²⁸ Goldschmidt 1967, *Rivalités*, S. 78.

²⁹ Goldschmidt 1967, *Rivalités*, S. 177ff.

³⁰ Deubner 1977, *Atompolitik*, S. 4.

angelsächsischen Exklusivverträge mit den Rohstoffländern und damit das Ende der Monopolsituation auf dem Weltmarkt für Natururan bevor. Allerdings unternahmen die USA grosse und erfolgreiche Anstrengungen, ihre bisherigen Lieferanten darauf zu verpflichten, Natururan künftig nur unter der Bedingung ausschliesslich friedlicher Nutzung - überprüft durch die IAEA als Kontrollbehörde der Vereinten Nationen - an Drittkunden abzugeben.³¹

Eine grosse Anzahl namhafter amerikanischer Unternehmen hatte sich seit der Liberalisierung der Atomwirtschaft in den USA durch den 'US-Atomic Energy Act' von 1954 intensiv im Nukleargeschäft engagiert und im Sommer 1955 auf der Genfer Atomenergie-Konferenz ihren technologischen Vorsprung in überzeugender Weise demonstriert.³² Der US-Atomindustrie bot sich in Westeuropa die Möglichkeit, technologische und wirtschaftliche Probleme der Energiegewinnung aus Atomkraft in grösserem Umfang zu erkunden, während dies, aufgrund der ungünstigeren Kostensituation, in den USA auf absehbare Zeit nicht möglich schien. Relative Kostenschätzungen für die europäische Energiegewinnung aus Kernbrennstoffen fielen aufgrund der im Vergleich zu den USA hohen Kohle- und damit Elektrizitätspreise für den alten Kontinent wesentlich vorteilhafter aus. Die amerikanische Atomindustrie erkannte in Westeuropa den grössten ausländischen Absatzmarkt für ihre Güter und ausserdem ein optimales Experimentierfeld für die Entwicklung von Leistungsreaktoren und den Bau von grossen Kernkraftwerken.³³

Unter diesen Voraussetzungen lässt sich das ausserordentliche Interesse erklären, das amerikanische Industriekreise und die Vertreter der US-Atomic Energy Commission (AEC) einer technisch-wissenschaftlichen Kooperation mit der bundesdeutschen Wirtschaft entgegenbrachten. Wie intensiv diese Firmen mit Regierungsunterstützung ab Mitte 1955 begannen, den neuen westdeutschen Markt zu umwerben, zeigten einzelne Versuche, direkt mit der Bundesregierung über die Lieferung von Reaktoren ins Gespräch zu kommen.³⁴ Der ab 1955 entstehende Markt für Atomkrafttechnologie und -ausrüstung in der Bundesrepublik war das grösste hochindustrialisierte Absatzgebiet, das der amerikanischen Industrie für eine kommerzielle Verwertung der neuen Technologie offen stand. In der BRD gab es weder staatlichen Dirigismus noch ein unmittelbares regierungsseitiges Engagement in der Atomwirtschaft - ganz im Gegensatz zu Frankreich und Grossbritannien. Zudem waren die deutschen Nuklearprogramme, anders als in den vorgenannten Ländern, nicht primär der militärischen Zielsetzung einer nationalen Atomrüstung untergeordnet, die das amerikanische Kernwaffenmonopol zu beeinträchtigen drohte. Verstaatlichungstendenzen im gesamten Grundstoff- und Energiebereich, wie sie sich in der Nachkriegszeit sowohl in Frankreich als auch in Grossbritannien herausbildeten, waren aus der grundsätzlich am Freihandel orientierten Sicht der Amerikaner für die Bundesrepublik nicht zu befürchten. Ausserdem schien es aufgrund des beherrschenden Einflusses der USA auf die neugeschaffene BRD wahrscheinlich, dass sich dort auch in Zukunft ame-

³¹ Goldschmidt 1967, *Rivalités*, S. 230.

³² BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 32. 17.2.1954: Neufassung des US-Atomic Energy Act. Lockerung der Bestimmungen des MacMahon Act von 1946, der zwecks Sicherung des Atomwaffen-Monopols alles nukleartechnische Wissen strikter Geheimhaltung unterstellt hatte.

³³ Prüss, Kurt: *Kernforschungspolitik in der BRD*, Frankfurt/M 1974, S. 20.

³⁴ Brief der Sylvania Corp. an die Bundesregierung. Deubner 1977, *Atompolitik*, S. 9.

rikanische Wünsche und Vorstellungen leichter durchsetzen liessen als etwa in Frankreich.

Innerhalb der USA unterlagen die atomindustriellen Aktivitäten einer strengen, gegenüber der Kriegszeit nur wenig liberalisierten Regierungsaufsicht. Zuständige Behörde für das amerikanische Atomprogramm war die Atomic Energy Commission. Eines ihrer wesentlichsten Instrumente zur Durchsetzung der Aufsichtsfunktion bildete das Eigentumsrecht an den 'special nuclear materials'. Was die Aussenbeziehungen betraf, unterlag jeglicher Handel mit angereicherten Kernbrennstoffen sowie mit als geheim klassifizierten nukleartechnischen Materialien und Kenntnissen der Genehmigungspflicht durch die Regierung und wurde von dieser nur im Rahmen zwischenstaatlicher Verträge autorisiert.³⁵ Je mehr sich die amerikanische Industrie atomwirtschaftlich engagierte, desto hinderlicher empfand sie die genannten Restriktionen, und umso dringlicher erstrebte sie eine Liberalisierung der gesetzlichen Bestimmungen.

4.3 Euratom-Genese: Integrationsfortschritte im Spannungsfeld konvergierender und divergierender Prozessmechanismen

• Integrationspolitische Impulse der Nachkriegszeit

Im Zuge der Rekonstruktion des internationalen Systems sowohl auf politischer wie auf ökonomischer Ebene gewann die regionale Perspektive in den ersten Jahrzehnten nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs eine bis dahin nicht gekannte Bedeutung. Zu beobachten war einerseits die rasche Vermehrung regionaler Vereinigungen, in der Regel mit monofunktionaler Zielsetzung, wobei neben militärischen Beistandspakten erstmals solche Zusammenschlüsse im Vordergrund standen, die als Ansätze ökonomischer Integration verstanden wurden.³⁶

Die vielfältigen Triebkräfte, die nach dem Zweiten Weltkrieg zur Bildung einer Europäischen Gemeinschaft beigetragen haben, lassen sich in ihrer Summe auf vier Grundtendenzen reduzieren.³⁷ Als vorrangiges Erfordernis einer Nachkriegswelt, in der die Nationalstaaten kaum mehr wirksamen Schutz vor fremdstaatlicher Aggression boten und die Vernichtungskraft der modernen Kriegsführung ungeahnte Ausmasse angenommen hatte, ist zunächst das Bedürfnis nach Schaffung neuer Sicherheitsstrukturen anzuführen. Damit eng verknüpft war die Lösung der 'deutschen Frage'. Gesucht war eine Formel, die grössere Stabilität verbürgte als die gescheiterte kollektive Sicherheitskonzeption von Versailles. Gefordert war ein internationales System, das die Kontrolle Deutschlands garantierte, ohne zugleich durch einseitige Diskriminierung neuen Revanchismus hervorzurufen und damit ein neues Gewaltpotential zu schaffen. Daneben legte auch das Streben der Europäer nach Selbstbehauptung gegenüber den beiden Weltmächten einen Zusammenschluss nahe, sei es, um das Gewicht der Stimme Europas zu erhalten oder als Schutz vor amerikanischer Bevormundung und sowjetischer Expansion. Schliesslich gab es, neben den sicherheitspolitischen Fragen, zahlreiche Bestrebungen, mittels Schaffung grösserer Wirtschaftsräume dem Freihandel zum Durchbruch zu verhelfen - eine Entwicklung, die der überholten

³⁵ Die Befugnisse des amerikanischen Präsidenten waren im MacMahon Act von 1946 und danach im Atomic Energy Act von 1954 geregelt. Deubner 1977, Atompolitik, S. 10f.

³⁶ 1948 OEEC; 1949 COMECON; 1951 EGKS; 1957 EWG und EAG; 1959 EFTA.

³⁷ Loth 1991, Weg nach Europa, S. 134f.

Tendenz zu nationaler Abschottung der modernen Interventions- und Wohlfahrtsstaaten entgegenwirkte.

All diese Strömungen wiesen über das nicht mehr zeitgemässe nationalstaatliche Ordnungssystem hinaus und wirkten auf die Schaffung von Gemeinschaftsstrukturen in Europa hin, welche die nationalstaatlichen Strukturen relativierten. Die europäische Einigungsbewegung, die sich aus diesen Impulsen ergab, war alles andere als einheitlich und widerspruchsfrei; sie war aber seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine reale politische Kraft, weit über den Rahmen der später organisierten Europa-Bewegung hinaus. Wer sich für seine Betrachtung der Gründerjahre der europäischen Integration bloss das eine oder andere Element aus dieser breitgefächerten Einigungsbewegung herausgreift oder sich mit der Analyse einzelner Akteure im politischen, wirtschaftlichen, administrativen oder gesellschaftlichen Bereich begnügt, läuft Gefahr, die Dynamik des europäischen Integrationsprozesses in den fünfziger Jahren nicht voll zu erfassen. So ist beispielsweise Milwards These, dass die Gründung der Europäischen Gemeinschaften das Werk von Nationalstaaten war, "ausdrücklich dazu geschaffen, diese zu bewahren und zu stärken",³⁸ zu undifferenziert ausformuliert und trägt der Tatsache zuwenig Rechnung, dass da, wo die Partner bereit waren, nationale Souveränitätsverluste in Kauf zu nehmen, tatsächlich supranationale Strukturen entstanden sind. Fast ausschliesslich mit den ökonomischen Erfordernissen und Zwängen der Nationalstaaten argumentierend, abstrahiert Milward allzu stark von der Vielgestaltigkeit der Einigungsimpulse.

Die angesprochenen Triebkräfte waren allerdings nicht immer gleich stark, wirkten zum Teil in unterschiedliche Richtungen und sahen sich mit etlichen Schwierigkeiten und Hindernissen konfrontiert: So wies das Streben nach Selbstbehauptung gegenüber den neuen Weltmächten auf einen Zusammenschluss im europäischen Rahmen hin - aber nur in dem Masse und solange, als eine Bedrohung durch eine Hegemonialmacht unmittelbar wahrgenommen wurde. Die über die nationalen Märkte hinausweisenden ökonomischen Interessen steuerten auch nur in begrenztem Umfang auf die Schaffung eines europäischen Marktes hin: Stattdessen bevorzugten sie bestimmte regionale Kombinationen oder dann gleich den ungehinderten Zugang zum Weltmarkt.³⁹

Teillösungen und Entwicklungen in einzelnen Bereichen veränderten zudem fortlaufend die Parameter für weitere Integrationsschritte. Dadurch wurde die europäische Integration zu einem komplexen Prozess, in dem sowohl wechselseitige Blockaden als auch Kumulationseffekte entstanden und Mobilisierungen meist nur kurzfristig erfolgen konnten - zur Illustration seien die integrationsfördernden Umstände der Suez-Krise angeführt, welche die Einsicht in die Notwendigkeit einer europäischen Einigung nachhaltig verstärkten und entscheidend dazu beitrugen, den Stillstand in den Integrationsverhandlungen durch grössere Konzessionsbereitschaft zu überwinden. Zusätzliche Belastungen ergaben sich dadurch, dass es in diesem Prozess zugleich auch immer um die Kräfteverhältnisse der Staaten innerhalb der bereits installierten Gemeinschaftsorganisation und um die Durchsetzung unterschiedlicher ordnungspolitischer Vorstellungen ging, über die auf nationalstaatlicher Ebene allein nicht mehr zu entscheiden war.

³⁸ Milward 1987, Nationale Wirtschaftsinteressen, S. 100-106, hier: S. 106.

³⁹ Milward 1992, Rescue, S. 37ff.

Der Aufstieg der neuen Weltmächte hatte eine ausserordentliche Verstärkung der Einigungsimpulse gebracht; zugleich entglitt das Problem der Friedenssicherung aber der europäischen Ebene, und auch die übrigen Problemkreise der Nachkriegsordnung konnten nicht von den Europäern im Alleingang entschieden werden. Erste Ansätze zu regionalen Zusammenschlüssen in Westeuropa drohten die zunächst nur latente Blockbildung in Ost und West zu beschleunigen und damit das internationale Konfliktpotential zu vergrössern. Zahlreiche Verfechter des Einigungsgedankens schreckten aus diesem Grund vor allzu substantiellen Initiativen zurück, solange jeder Integrationsansatz in Westeuropa die sich anbahnende Spaltung des Kontinents zu vertiefen drohte. Zudem gab es in Frankreich Strömungen, die Integrationsmassnahmen mit der Durchsetzung eines französischen Führungsanspruchs auf dem Kontinent verbinden wollten, was wiederum für die angrenzenden Staaten nicht akzeptabel war. Die daraus resultierende Spannung zwischen Einigungsverlangen und geringem Handlungsspielraum löste sich erst mit der zunehmenden Blockbildung zwischen Ost und West. In der daran anschliessenden Phase wurde das Integrationsprojekt notwendigerweise zu einem Element westlicher Gruppenbildung. Allerdings blieb die zögerlich vorgenommene Einigungspolitik auch in dieser Phase hinter ihren Möglichkeiten zurück, so dass ein wesentlicher Teil der Sicherungsfunktionen gegenüber Deutschland, die ursprünglich der Europäischen Gemeinschaft zugedacht waren, von der nordatlantischen Allianz wahrgenommen wurden.

Die wirtschaftlichen Einigungsimpulse mussten sich den wechselnden sicherheitspolitischen Gegebenheiten anpassen. Sie wurden zwar tendenziell immer stärker, zielten dabei aber in verschiedene Richtungen: teils auf bestimmte regionale Kombinationen, teils auf ungehinderten Zugang zum Weltmarkt und nur vereinzelt auf die Etablierung eines gesamteuropäischen Marktes. Nicht selten arbeiteten wirtschaftliche und soziale Interessen sogar gegen die politische Integration. Das gilt für die Commonwealth-orientierte britische Volkswirtschaft ebenso wie für die französische - seit der 1952 einsetzenden Zahlungsbilanzkrise - und, in abgeschwächter Form, für die vorwiegend weltmarktorientierte Industrie der Bundesrepublik. Andererseits trugen wirtschaftliche Interessen aber dazu bei, Krisen der politischen Integration zu überwinden. Insbesondere das niederländische Interesse an einem europäischen Exportmarkt spielte hierbei eine Rolle, wie auch der kontinuierliche Bedarf Italiens an Arbeitskraftexport und Strukturhilfe.⁴⁰ Grundsätzlich gilt es festzuhalten, dass politische Lösungen, sollen sie Bestand haben, auf längere Sicht mit den ökonomischen Bedürfnissen in Einklang stehen müssen. Insofern war die Sechserlösung, die sich im Verlauf der fünfziger Jahre konsolidieren konnte, zu einem guten Teil wirtschaftlich bedingt - auch wenn sie in erster Linie politisch motiviert war. In wirtschaftlicher Hinsicht hat die Integration, soweit sie in den fünfziger Jahren vorankam, nicht nur den Wiederaufbau erleichtert, sondern auch einen Modernisierungsschub ermöglicht. Gleichzeitig hat sie das Sozialstaatsprinzip auf die europäische Ebene transponiert und damit einen Rahmen geschaffen, in dem weitere Innovationen und Wohlstandssteigerungen möglich wurden. Dabei setzten sich, den ordnungspolitischen Kräfteverhältnissen des Kalten Krieges entsprechend, marktwirtschaftliche Ordnungsvorstellungen auf europäischer Ebene ausgeprägter durch als die sozialistischen Gegenentwürfe. Die Verfechter der Marktwirtschaft mussten jedoch

⁴⁰ Milward 1992, Rescue, S. 119-133.

akzeptieren, dass der europäische Markt nur in der Masse zu verwirklichen war, wie sozialstaatliche Errungenschaften der beteiligten Länder auf europäischer Ebene abgesichert wurden.

Sicherheitspolitisch ermöglichte die Integration in erster Linie die Einbindung der deutschen Wirtschaftskraft und trug damit einem zentralen Anliegen der Nachbarländer Rechnung, insbesondere den französischen Befürchtungen. Gleichzeitig vermochte diese Einbindung die Deutschen selber von der Hypothek der hegemonialen Versuchung zu entlasten. In diesem Sinne stellte bereits der EGKS-Pakt einen innereuropäischen Friedensvertrag dar, den Frankreich eben noch rechtzeitig zustande brachte, ehe sich die Bundesrepublik vom Besatzungsstatut emanzipieren konnte.⁴¹ Darüber hinaus bildeten wirtschaftliche Konsolidierung und innereuropäischer Friedensschluss eine Voraussetzung für die Wahrnehmung gemeinsamer europäischer Interessen gegenüber den beiden Supermächten. Allerdings schränkte das Abseitsstehen Grossbritanniens die Möglichkeiten der Gemeinschaft ein, und überdies liessen die ungeklärte Zukunft des geteilten Deutschland und die antikommunistischen Pauschalisierungen des Kalten Krieges eine substantielle Verständigung über Sicherheitsfragen nicht zu.

Gewichtig, aber nicht von entscheidender Bedeutung für den Weg der europäischen Einigung war die Rolle der USA, die in der älteren Literatur mehrfach als der eigentliche externe Förderator Europas bezeichnet wurden.⁴² Die amerikanische Unterstützung für das Einigungsprojekt ab dem Frühjahr 1947 hat gewiss die Überwindung etlicher Schwierigkeiten erleichtert; sie galt aber einem Vorhaben, das längst vorgespurt war, ehe sich die USA dafür engagierten und das auch deutlich über das amerikanische Stabilisierungsprogramm für Europa hinauswies. Der Druck, den die amerikanischen Administrationen auf die europäischen Partner ausübten, vermochte zudem nicht in allen Fällen die angestrebte Wirkung zu erzielen. Anders als in der Frage der Aussenhandels-Liberalisierung oder - die Entstehung von Euratom betreffend - bei der Versorgung der Partnerländer mit Kernbrennstoffen erwiesen sich die europäischen Regierungen oft als erstaunlich immun gegenüber amerikanischen Pressionen. Zu Integrationsschritten entschlossen sie sich nur, wenn sie selbst von deren Notwendigkeit überzeugt waren und ausserdem das Risiko einzugehen bereit waren, das mit jedem Verzicht auf nationale Souveränitätsrechte unweigerlich verbunden war. Wo der Schritt hin zur Supranationalität gewagt wurde, zahlte sich die Risikobereitschaft für die Sicherheit und die Wohlfahrt der beteiligten Nationen aus. Wo die politischen Akteure dagegen zögerten, ob bei der Bildung eines Europa der 'Dritten Kraft', bei der europäischen Reaktion auf den Marshall-Plan oder beim Schritt zur Politischen Gemeinschaft nach der Entscheidung zugunsten der deutschen Wiederbewaffnung, hatte dies fatale Folgen für die Eigenständigkeit der Europäer.⁴³

Die Integrationsfortschritte, die trotz der geschilderten Voraussetzungen zu verzeichnen waren, werden verständlicher, wenn man den Aspekt des allmählichen Angleichungsprozesses der europäischen Gesellschaften in die Gesamtbeurteilung einbezieht, der bereits lange vor der Gemeinschaftsbildung eingesetzt

⁴¹ Milward 1984, *Reconstruction*, S. 491ff.

⁴² Beispielhaft: Van der Beugel, Ernst H.: *From Marshall Aid to Atlantic Partnership*, Amsterdam 1966, S. 79 und S. 153f.

⁴³ Loth 1991, *Weg nach Europa*, S. 140.

hatte, von dieser aber beschleunigt wurde.⁴⁴ Auch muss die zunehmende Kooperation der Partnerländer vor dem Hintergrund verbindender gemeinsamer weltanschaulicher Grundeinstellungen gesehen werden, die, geprägt von der Kriegserfahrung und der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen totalitären Regimes des Massenzeitalters, bei der Formierung der europäischen Bewegung eine essentielle Triebfeder darstellten. Beide Aspekte waren wohl notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen für die Durchsetzung der Einigungsimpulse. Entscheidend für den Durchbruch dürfte der politische Wille gewesen sein, sich mit den manifest gewordenen Defiziten der Nationalstaaten nach dem erneuten Umbruch im internationalen System nicht einfach abzufinden, verbunden mit der Bereitschaft, sich trotz enormer Widerstände partiell von der überlebten Unantastbarkeit des Nationalstaatsbegriffs freizumachen.

• **Anfänge europäischer Nuklearkooperation**

Mit dem Begriff 'europäische Nuklearpolitik' ist der Gesamtzusammenhang technologischer, wirtschaftlicher und politischer Prozesse im zivilen westeuropäischen Atombereich angesprochen. Die Entwicklung im Nuklearsektor vollzog sich ab Beginn der fünfziger Jahre in grenzüberschreitender Interaktion auf intergouvernementaler, transnationaler und supranationaler Ebene. Die hauptsächlichen Zielsetzungen europäischer Atompolitik lagen bei der Sicherung von Bezugsquellen für Kernbrennstoffe, bei der politischen Erschliessung von Kooperationsspähren für nationale Atomwirtschaften und künftigen Absatzmärkten für Atomtechnologie sowie bei der Verhütung einer militärischen Nutzung international gehandelter Spaltstoffe und Nuklearanlagen.

Als Entwicklungsphase ist die Zeitspanne von 1950-70 zu benennen, die mit dem Inkrafttreten des Nichtverbreitungsvertrages endete. Politisch-institutionell war die Phase durch das Vorherrschen bilateraler und regionaler Nonproliferations-Kontrollsysteme geprägt, während auf der technologisch-wirtschaftlichen Ebene des atomaren Kraftwerkbaus und der Spaltstoffherstellung amerikanische Elektrotechnik- und Maschinenbaukonzerne sowie Anreicherungsfirmen dominierten. Die westeuropäischen Unternehmungen entwickelten sich erst gegen Ende der 60er Jahre zu ernsthaften Konkurrenten der Amerikaner. Im Bestreben, den technologischen Rückstand gegenüber den USA aufzuholen, sah man in den westeuropäischen Ländern zunächst zwei Möglichkeiten der friedlichen Atomkraft-Nutzung, wofür die französische und die deutsche Strategie mit all ihren Gegensätzen und Gemeinsamkeiten stellvertretend stehen.⁴⁵

Die in der Messina-Resolution zum Ausdruck gebrachte Idee eines Zusammenschlusses mehrerer Staaten zu Kooperationszwecken auf dem neu zu erschliessenden Feld der friedlichen Nutzung der Nuklearenergie war keineswegs originär. Schon der amerikanische Präsident Eisenhower hatte in seiner 'Atoms for Peace'-Rede vom 8. Dezember 1953 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen die Schaffung einer internationalen Atomenergiebehörde angeregt, und nur wenige Wochen vor der Messina-Konferenz war eine erste Verhandlungsrunde mit dem Entwurf eines Statuts abgeschlossen worden. Die Gründung der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA), in deren Rahmen sowohl die Ver-

⁴⁴ Vgl. Kaelble, Hartmut: Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft, München 1987.

⁴⁵ Dollfus, Daniel; Rivoire, Jean: A propos de .. Euratom, Paris 1959, S. 83ff.

gabe von Kernbrennstoffen als auch kerntechnische Hilfestellung und internationale Kontrollen vorgesehen waren, erfolgte am 26.10.1956.⁴⁶

Nach Ansicht Eisenhowers sollte die zukünftige Organisation einen substantiellen Beitrag zur Weiterentwicklung der zivilen Atomkraft leisten und der Weltöffentlichkeit sowohl die Perspektiven der friedlichen Kernenergie-Nutzung als auch die Chance auf eine internationale Einigung vor Augen zu führen. Der tatsächliche Hauptgrund für den amerikanischen Vorstoß lag in der Absicht, neue Wege der Non-Proliferation von Nuklearwaffen auszuloten, indem die nationalen atomtechnologischen Entwicklungsprogramme verbindlichen Beschränkungen unterstellt sein sollten. Dem Dunstkreis dieser Anstrengungen ist ebenfalls die Westeuropäische Union zuzuordnen: Im Rahmen der Londoner Verhandlungen sahen sich die Deutschen gezwungen, einen Verzicht auf die Herstellung von atomaren, chemischen und biologischen Waffen auf ihrem Staatsgebiet auszusprechen.

Auf regionaler europäischer Ebene gab es bereits frühere Ansätze zwischenstaatlicher Gemeinschaftsarbeit. Der 1953 auf Anregung der Unesco gegründete Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire (CERN) diente der Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Kern-, Hochenergie- und Elementarteilchenphysik. Jede Tätigkeit für militärische oder Anwendungszwecke war ausgeschlossen, und die Ergebnisse der experimentellen und theoretischen Arbeiten wurden veröffentlicht, waren somit allgemein zugänglich.⁴⁷ Ziel der am 15.06.1954 auf norwegische Initiative entstandenen European Atomic Energy Society (EAES), einem auf OECE-Bindungen basierenden Zusammenschluss von nationalen Kernforschungsstellen aus acht europäischen Ländern, war die Förderung des Informationsaustauschs auf dem Gebiet der angewandten Forschung zur Entwicklung der zivilen Atomindustrie.⁴⁸ Im Rahmen der OECE selber waren bereits Bestrebungen im Gange, die nukleartechnische Entwicklung in den Mitgliedsländern zu koordinieren, bevor Ende 1954 aus dem Kreis der Montanunionsländer die Idee einer Atomgemeinschaft auf Sechsebene lanciert wurde.⁴⁹

Nebst diesen Ansätzen multilateraler Zusammenarbeit auf europäischer Ebene gab es eine Reihe von bilateralen Kooperationsabkommen. So hatte Frankreich als führende kontinentale Nuklearmacht bereits 1951 mit Schweden und mit Norwegen, dem Hauptlieferanten von Deuterium, derartige Verträge abgeschlossen. Während die Franzosen sogar aussereuropäische Kontakte zu Israel und Indien knüpften, existierte keine nennenswerte Kooperation mit den unmittelbaren Nachbarländern. Das Fehlen zweiseitiger Zusammenarbeit unter den EGKS-Partnerländern ist offensichtlich: sowohl westdeutsche als auch die belgische und italienische Atomforscher und Wirtschaftskreise gewichteten Kontakte zu den führenden Nuklearmächten USA und England höher als Verbindungen mit französischen Atomkreisen. Dafür existierten Nuklearbeziehungen zwischen den Niederlanden und den skandinavischen Ländern. Belgien, das während des Krieges praktisch den gesamten anglo-amerikanischen Uranbedarf abgedeckt hatte und 1953 geschätzte 50% der weltweiten Uranproduktion stellte, genoss

⁴⁶ Dollfus/Rivoire 1959, Euratom, S. 76ff.

⁴⁷ Drück, Helmut: Die internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie innerhalb Europas, Frankfurt/M 1959, S. 46f.

⁴⁸ Vaïsse, Maurice: La coopération nucléaire en Europe (1955-1958), in: Dumoulin 1994, Energie nucléaire, S. 100. Die Schweiz war EAES-Gründungsmitglied.

⁴⁹ Dollfus/Rivoire 1959, Euratom, S. 86ff (OECE); S. 94ff (EAG).

aufgrund seiner reichen Rohstoffvorkommen im Kongo eine bevorzugte Behandlung seitens der angelsächsischen Mächte.

Grossbritannien, die bedeutendste europäische Nuklearmacht der fünfziger Jahre, mit den engsten Nuklearbeziehungen zu den Vereinigten Staaten ausgestattet, war bezeichnenderweise nicht Mitglied der Montanunion. Nachdem der Mac Mahon-Act, das erste amerikanische Atomgesetz, das ursprünglich die Weiterverbreitung von nukleartechnischem Know-how verhindern und den Amerikanern das Atomwaffenmonopol bewahren sollte, bereits 1946 zu einem Knick in der kriegsbedingt engen amerikanisch-britischen Atomforschungstätigkeit geführt hatte, gelang es den Briten, im Blair-House-Abkommen von 1948 die nukleare Zusammenarbeit der beiden Staaten erneut auf eine gemeinsame Basis zu stellen. Grossbritannien musste sich dabei aber - ebenso wie Kanada - verpflichten, seine Geheimhaltungsvorschriften denjenigen der USA anzupassen. Die Amerikaner achteten denn auch strikt darauf, dass London keine geheimen Informationen an Drittstaaten weitergab - besonders nicht an Frankreich.⁵⁰ Alle Vorstösse, die die französische Atombehörde CEA in der Folge unternahm, um die franko-britische Zusammenarbeit aus der Kriegszeit wiederzubeleben, scheiterten denn auch hauptsächlich an den Grenzen, welche Washington den britischen Behörden setzte. Erst im Mai 1955 gelang Frankreich der Abschluss eines allgemeinen Kooperationsvertrages mit England; ein Standardabkommen mit den Vereinigten Staaten, wie es im selben Jahr der Niederlande, Italien und sogar der Bundesrepublik in Aussicht gestellt wurde, blieb den Franzosen aber weiterhin versagt.⁵¹

• **Europapolitische Rahmenbedingungen am Vorabend der 'Relance'**

Die Römer Verträge wurden zu einem Zeitpunkt lanciert, als eine erste Hochkonjunktur der europäischen Idee mit dem Scheitern der EVG bereits abgeklungen war. Die ursprünglichen Mehrheiten für ein europäisches Projekt beruhten auf der Voraussetzung, dass sich Grossbritannien an dem Unternehmen beteiligte. Nur so schien ein Vereintes Europa über genügend Gewicht zu verfügen, um weltpolitisch aktiv zu werden, und nur so schien ein verlässliches Gegengewicht gegenüber einer potentiellen deutschen Dominanz innerhalb Europas gegeben. Die gewünschte Mitarbeit der Engländer bot den linken Fraktionen innerhalb der europäischen Bewegung offenbar die Gewähr dafür, dass sich dieses Europa auch innenpolitisch zu einer 'Dritten Kraft' zwischen Kapitalismus und Kommunismus entwickeln würde - entsprechend einer Vorstellung von Gemeinschaftsbildung, die den sozialistischen Idealen weltbürgerlicher Prägung eines Jean Monnet sehr nahe kam. Diese mehrfache Notwendigkeit einer britischen Beteiligung erklärt die Hartnäckigkeit, mit der insbesondere die französische Seite und die kontinentale Linke am Ende der vierziger Jahre versuchten, die Briten für das Einigungsprojekt zu gewinnen.⁵²

Mit der Ausgestaltung der Montanunion, wie sie sich 1950/51 abzeichnete, verlor die europäische Idee ohne britische Beteiligung viel von ihrer anfänglichen Popularität. Insbesondere in den Reihen der Linken liess das Engagement für ein Europa nach, das sich offenkundig eng an die amerikanische Führungsmacht

⁵⁰ Weilemann Peter, Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft, Baden-Baden 1983, S. 23.

⁵¹ Goldschmidt, Bertrand: Les rivalités atomiques 1939-1966, Paris 1967, S. 227.

⁵² Loth, Wilfried: Vertragsverhandlungen bei abklingender Europabegeisterung, in: Integration, 10/1987, S. 109.

anschluss und ordnungspolitisch in eine liberal-konservative Richtung tendierte. Die Unterstützung für das Einigungsprojekt ging weiter zurück, als deutlich wurde, dass sich die Deutschen auch mit Hilfe europäischer Gemeinschaftsstrukturen nicht auf Dauer unter die Vormundschaft ihrer europäischen Nachbarländer stellen liessen. Bei aller Einsicht in die Notwendigkeit eines regionalen Zusammenschlusses fiel es den Opfern deutscher Aggression schwer, die Westdeutschen als gleichberechtigte Partner zu akzeptieren. Darum hatte sich eine Mehrheit der einigungswilligen Kräfte zunächst in die Vorstellung geflüchtet, den Deutschen einen Status minor innerhalb der künftigen Gemeinschaft zumuten zu können. Die frühen Integrationsplanungen sahen zumeist nur eine beschränkte Teilhabe Deutschlands an der politischen Verantwortung vor. Im Falle der Verteidigungsgemeinschaft zeigte sich aber deutlich, dass eine derartige Diskriminierung nicht durchzusetzen war. Die Bevölkerung der Bundesrepublik konnte für einen Verteidigungsbeitrag nur gewonnen werden, wenn sie dafür die gleichen Sicherheitsgarantien erhielt wie die andern Mitgliedsländer der Gemeinschaft. Adenauer gelang es denn auch, die weitgehende Gleichberechtigung der BRD auf dem sicherheitspolitischen Feld zu erkämpfen. Danach war auch in andern Bereichen nicht mehr an eine einseitige Diskriminierung zu denken.⁵³

In dem Mass, wie diese Erkenntnis reifte, wuchsen aber die Vorbehalte gegen eine Verteidigungsgemeinschaft, und zugleich tauchten generelle Bedenken gegen eine Ausweitung des Integrationsprozesses auf. Hinzu kam, dass das Integrationsprojekt in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre in mehrfacher Hinsicht an Dringlichkeit verloren hatte: Mit dem Tode Stalins und den ersten Anzeichen eines 'Wirtschaftswunders' wich viel von dem politischen und ökonomischen Druck der ersten Nachkriegsjahre. Und da zudem die dauerhafte Präsenz amerikanischer Truppen die Furcht vor den Deutschen eindämmte, waren europäische Gemeinschaftsstrukturen lediglich noch dazu notwendig, den wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik unter Kontrolle zu halten, den generellen Aufschwung zu stabilisieren und das Gewicht der Europäer in der Weltpolitik zu stärken - allesamt respektable Gründe, um den Integrationsprozess trotz des Scheiterns der EVG fortzusetzen. Bloss entwickelten sie auch zusammengenommen nicht genügend Schubkraft, um die einem Zusammenschluss entgegenstehenden nationalstaatlich ausgerichteten Strukturen und Interessen auf Antrieb aufzubrechen.

In dieser Situation stellte die 'Relance' einen Versuch dar, von der europäischen Idee zu retten, was zu retten war. Wie die bisherigen Unterfangen auf die Bildung eines politischen Europas zielend, bediente sich der neuerliche Vorstoss erstmals der Idee einer Bündelung von ökonomischen Interessen, die auch losgelöst von politischen Nützlichkeitsabwägungen für einen engeren Zusammenschluss im Kreis der Sechs sprachen. Mit einiger Anstrengung liessen sich dreierlei Interessen auf einen Nenner bringen: Zunächst die Visionen der Atomeuphoriker bezüglich des erwarteten Nutzenzuwachses durch forcierten Einsatz der Kernenergie, in Frankreich politisch durchsetzbar und daher von Jean Monnet ins Gespräch gebracht; dann das Interesse eines Teils der Landwirtschaftslobby an einem europäischen Agrarmarkt mit Modernisierungsförderung und Absatzgarantien und schliesslich der Wunsch der liberalen Freihandelsfraktionen nach

⁵³ Loth 1987, Vertragsverhandlungen, S. 111.

Beseitigung der Handelshemmnisse innerhalb der Montanunion.⁵⁴ Die blosse Zusammenfügung dieser Interessen genügte freilich auch in diesem Fall nicht, um einen neuen Integrationsschub auszulösen. Atomgemeinschaft, gemeinsamer Agrarmarkt und Abbau von Handelsbarrieren liessen sich zwar mit Mühe zu einem Paket schnüren; sie weckten aber umgehend die Opposition jener Kreise, die von derartigen Vergemeinschaftungen Nachteile zu erwarten hatten.

In landwirtschaftlich wenig konkurrenzfähigen Ländern regte sich heftiger Widerstand gegen die Preisgabe des nationalen Protektionismus, und in Frankreich schreckten grosse Teile der Industrie - aber auch die meisten Arbeitnehmervertreter - vor der offenen Konkurrenz auf einem europäischen Markt zurück. In der Bundesrepublik formierte sich eine Oppositionsfront gegen gemeinsame Aussenzölle, Integrationskontrolle und eine Harmonisierung der Soziallasten, welche die Wachstumsdynamik der deutschen Wirtschaft zu bremsen drohte. Zur Überwindung dieser Widerstände bedurfte es eines energischen Willens, das Integrationsprojekt aufgrund übergeordneter politischer Erwägungen fortzusetzen. Ein solcher politischer Wille konnte sich aber nur unter der Voraussetzung bilden, dass diejenigen Kräfte, die ursprünglich auf einen europäischen Zusammenschluss gesetzt hatten und unterdessen von den Möglichkeiten seiner Verwirklichung enttäuscht waren, nicht einfach zur traditionellen Nationalstaatspolitik zurückkehrten. Die Mehrheit von ihnen schwankte zwischen der Einsicht in die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses und dem Bedauern, ihn nicht zu den erhofften Bedingungen vollziehen zu können. An diesem Punkt setzte die Strategie Monnets an, die darauf abzielte, die Opposition der Euroskeptiker mittels einer transnationalen, überparteilichen Allianz von europafreundlichen Kräften zu unterlaufen - unter Einschluss der Arbeitnehmerverbände und unter Hervorhebung der sozialpolitischen Zielsetzungen des Einigungsvorhabens.

Der Ausgangspunkt der neuen Europa-Initiative

Am Ursprung der neuen europäischen Initiative steht allen neueren Berichten zufolge die Hohe Behörde der Montanunion. Aus ihrer Mitte ging Ende 1954 das erste ausformulierte Konzept hervor, das in einer unmittelbaren Abfolge von weiteren Gesprächen zur Resolution von Messina führte, welche die Basis der zwei Jahre dauernden Beratungen über die Ausgestaltung einer Atom- und einer Wirtschaftsgemeinschaft bildete.⁵⁵

Am 2. Dezember 1954 sprach sich die Parlamentarische Versammlung der EGKS für eine Erweiterung der Montanunion-Kompetenzen auf die Bereiche Gas, Elektrizität, Atomenergie und Verkehr aus: Nach dem Scheitern des EVG-Projektes zielten die Bemühungen der Hohen Behörde darauf hin, möglichst rasch die durch den Misserfolg eingetretene Lähmung des Integrationsprozesses zu überwinden.⁵⁶ Gefragt waren erfolgversprechende Einigungsprojekte, die ohne

⁵⁴ Vgl. Milward 1992, *Rescue*, S. 167ff sowie Küsters, Hanns-Jürgen: *The origins of the EEC Treaty*, in: Serra 1989, *Rilancio*, S. 211-238.

⁵⁵ FM, Fonds AMH 8, 62/6/1-2. Studien zur sektoriellen Ausdehnung der EGKS; Fonds AMH 8, 62/7ff. *Projets de relance de l' idée européenne*. Konzeptskizzen (Autoren: Monnet, Uri). Bjøl, Erling: *La France devant l' Europe*, Kopenhagen 1966, S. 380, Interview mit Pierre Uri.

⁵⁶ FM, Fonds AMH 8, 62/6/1-2. Studien zur sektoriellen Ausdehnung der EGKS (Energie, Transport) vom 12.11.1954 und 5.1.1955. Autor: Pierre Uri, Direktor der Wirtschaftsabteilung der Hohen Behörde; handschriftliche Ergänzungen von Monnet ('Note sur l' extension de la Com-

grosse Widerstände realisiert werden konnten. Die Erweiterung der Montanunion auf die übrigen Energiebereiche sowie auf die Verkehrspolitik schien logisch, da die Kohle in vielfältiger Weise mit den zukunftssträchtigen Energieträgern verbunden war und die Preisgestaltung bei Kohle und Stahl in hohem Masse von der Regelung der Transportkosten abhing.⁵⁷ Die Einigung Europas über die Kernspaltung voranzutreiben mochte damals als genialer Zug erscheinen, wurde der Plan doch zu Beginn einer kurzen Periode weltweiter Atomeuphorie lanciert. So gesehen ist die Versuchung nachvollziehbar, die europäischen Einigungsbestrebungen vom Atom-Boom profitieren zu lassen.

Nach wohlinformierter und glaubwürdiger Zeugenschaft von Pierre Uri, Direktor der Wirtschaftsabteilung und enger Mitarbeiter des Präsidenten der Hohen Behörde, gingen die Memoranden, die der Messina-Konferenz im Juni 1955 vorgelegt wurden, auf eine Initiative Monnets zurück, in Abstimmung mit Louis Armand,⁵⁸ dem damaligen Präsidenten der französischen Staatsbahnen SNCF und späteren Präsidenten der Euratom-Kommission. Die ursprüngliche Projektskizze enthielt als Kernstück bloss eine Union auf dem Atomsektor; die Idee des Gemeinsamen Marktes fand erst auf Anregung deutscher Vertreter Eingang in das Konzept.⁵⁹ Die Mitarbeiter der Hohen Behörde nahmen über die volle Dauer an den laufenden Verhandlungen teil und übten einen wesentlichen Einfluss auf sie aus. Der Spaak-Bericht vom 21.4.1956, das Abschlussdokument des eingesetzten Ausschusses zuhanden der Aussenminister der beteiligten Staaten, trägt in wesentlichen Teilen Uris Handschrift.⁶⁰

Der Ausgangspunkt der Initiative ist einerseits aufschlussreich, weil die Verknüpfung von Einzelinteressen bereits an diesem Punkt transparent wird, aber auch deshalb, weil in älteren Darstellungen üblicherweise noch das Benelux-Memorandum vom 18.5.1955 als Ausgangspunkt der Verhandlungen bezeichnet wird.⁶¹ Im Gegensatz zu dieser Annahme weist die detaillierte Entstehungsgeschichte der Römer Verträge anderen Akteuren die Hauptrollen im Integrationsprozess zu. Seit der EGKS-Gründung dominierten durchgängig die Interessen Frankreichs, der Bundesrepublik und der USA den Gang der europäischen Einigung, wobei gleichzeitig der Einfluss Jean Monnets und der privaten Nuklearwirtschaft nicht unterschätzt werden darf.

munauté' de Pierre Uri, Division économique de la CECA, 12.11.1954. 'Note du secrétariat du Conseil des Ministres de la CECA', 5.1.1955).

FM, Fonds AMK 9, 2/3/4-18: Weitere Studien zu den Bereichen Energie, Verkehr, Transport. Exemplarisch: 'Aide-mémoire de jm sur la mise en commun de l' ensemble de l' énergie, du développement de l' énergie atomique et des transports', vom 26.3.1955.

57 Gerbet, Pierre: La 'relance' européenne jusqu' à la conférence de Messine, in: Serra 1989, S. 68.

58 Spaak nennt Armand gar den 'Vater der Euratom'. Spaak 1969, S. 319.

59 FM, Fonds AMH 9, 67/1. Deutsches Memorandum zugunsten einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Ebenso: Bjøl, 1966, S. 381f, Interview mit Pierre Uri.

60 FM, Fonds AMH 8, 62/6/1-2. Skizzen zur sektoriellen Ausdehnung der EGKS (Energie, Transport). Autor: Pierre Uri, handschriftliche Ergänzungen von Monnet ('Note sur l' extension de la Communauté' de Pierre Uri, Division économique de la CECA, 12.11.1954. 'Note du secrétariat du Conseil des Ministres de la CECA', 5.1.1955).

61 Beispielhaft: Bjøl 1966, S. 176f. Die Erklärung der Sechs hat Pierre Uri verfasst: FM, Fonds AMH 8, 62/7/2 und AMK 2, 2/36. Entwürfe einer gemeinsamen Erklärung: 'Projet de déclaration commune' der Regierungen der EGKS-Staaten, 14.4.1955. Vgl. Diskussionsbeitrag Uri anlässlich des Römer-Kolloquiums vom März 1987, in: Serra 1989, Rilancio, S. 166f.

• ***(Un)artikulierter Nuklear-Nationalismus: Unterschiedliche konzeptionelle Vorstellungen der Atomgemeinschaft als Ausdruck divergierender nationaler Nuklearstrategien***

Den Rahmenbedingungen zuzuordnen sind die Freiräume und Grenzen, welche die nationalen Atomkonzeptionen der prospektiven Partnerländer dem geplanten europäischen Nuklearprojekt vorgaben. Die sechs Staaten, die sich in Messina zu vertiefter nuklearer Kooperation entschlossen, unterschieden sich bezüglich technologischer Entwicklung und nuklearpolitischer Orientierung erheblich voneinander. Eine innere Logik im nuklearen System Europas zugunsten einer Atomgemeinschaft der Sechs gab es nicht. Andererseits waren die Strukturen der internationalen Nuklearordnung im Frühjahr 1955 noch nicht derart verfestigt, dass dem Vorhaben einer engeren Kooperation mehrerer Staaten grössere Schwierigkeiten erwachsen konnten. Das Vorhaben der Initiatoren zielte darauf ab, die bestehenden losen Kooperationsansätze zu einem tragfähigen Netz zusammenzufügen. Dabei gilt es festzuhalten, dass die Absicht, eine weitere Nuklearorganisation zu bilden, erst in zweiter Linie wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Überlegungen entsprach. Primär war Euratom ein politisches Programm zugunsten der Wiederaufnahme und Fortsetzung europäischer Integrationsbestrebungen.⁶²

Konzeptionelle Divergenzen

Die vom Lenkungsausschuss am 20. Juli 1955 genehmigten Richtlinien an den Atomausschuss beauftragte das im Anschluss an die Konferenz von Messina gebildete Gremium unter anderem mit der Ermittlung der Bereiche, die für eine industrielle Nutzung der Atomenergie in Frage kamen, sowie der Abklärung der technischen Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorgehen.⁶³ Der Ausschuss verfasste daraufhin ein beachtliches Dossier mit technischen und rechtlichen Angaben zum Stand der Kernenergie in den Partnerländern, ergänzt durch konzeptionelle Skizzen zur Ausgestaltung der künftigen Organisation. Darin erwähnt waren die zur Entwicklung der zivilen Atomtechnik erforderlichen Kompetenzen sowie der Bedarf an finanziellen Mitteln. Ein gemeinsamer Fonds, gespeist aus Beiträgen der Mitgliedstaaten, sollte die Finanzierung der Forschung und der zu bauenden Anlagen ermöglichen. Vorgesehen war ferner der freie Zugang zu den Spaltmaterialien und der gegenseitige Austausch von Forschungsergebnissen, von spezialisierten Investitionsgütern und Nuklearprodukten. Ausserdem sollte die Organisation für die Zusammenarbeit mit Drittstaaten zuständig sein.⁶⁴

Dies waren exakt dieselben Elemente, die Monnet in das Benelux-Memorandum eingebracht und Armand in seiner OECE-Studie als Bereiche der Kooperation genannt hatte.⁶⁵ Zur Umsetzung der Vorgaben in praktische Verfahren und in eine rechtliche Struktur liessen die Entwürfe bewusst einen breiten Spielraum

⁶² Weilemann 1983, Euratom, S. 24.

⁶³ 'Richtlinie Nr. 1' an den Atomenergie-Ausschuss, 20.7.1955. Akten des Bundesministeriums für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, zit. nach Weilemann 1983, S. 35 (Weitere Fachausschüsse: Herkömmliche Energie; Transport und Verkehr; Gemeinsamer Markt).

⁶⁴ Messina-Resolution vom 3.6.1955, in: Europa. Dokumente zur Frage der Europäischen Einigung 1946-1961, Band 3, München 1962, S. 1240-1242.

⁶⁵ BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 358. Armand, Louis: La Coopération Economique intraeuropéenne dans le Domaine de l' Energie. OECE, Paris, Mai 1955.

offen. Nicht unerwartet offenbarten die ersten Reaktionen auf die Vorgaben des Ausschusses aber, dass sich in bezug auf die Ausgestaltung der Atomorganisation unterschiedliche konzeptionelle Auffassungen gegenüberstanden, welche die divergierenden nuklearpolitischen Interessen der prospektiven Partnerländer deutlich zutage treten liessen.

Bemerkenswertes Charakteristikum einer frühen deutschen Konzeption vom Juli 1955 war die starke Betonung der integrationspolitischen Komponente von Euratom. Der institutionelle Aufbau der Organisation sollte sich an bundesstaatlichen Zielen orientieren, und ihre Organe, in enger Anlehnung an den Montanvertrag, mit supranationalen Befugnissen ausgestattet werden.⁶⁶ Das Konzept entsprach zu diesem Zeitpunkt noch ganz der vom Auswärtigen Amt vertretenen Linie. Staatssekretär Hallstein war in einer Erwiderung auf die Vorstellungen von Wirtschaftsminister Erhard zum Schluss gekommen, dass "nur die Fortführung der Anwendung der Integration nach dem Typ der Montangemeinschaft" realisierbar sei - basierend auf der Überzeugung, dass man Frankreich nur auf diesem Wege für eine neue europapolitische Initiative gewinnen konnte.⁶⁷

Der Vorschlag, den die französische Delegation wenig später präsentierte, war weit weniger von europäischen Einigungsgedanken beseelt als von kühl kalkulierten nationalen Nuklearinteressen geprägt. Die Akzente, welche die Erwartungen des 'Commissariat à l' Energie Atomique' (CEA) an eine nuklear-europäische Kooperation widerspiegelten, lagen bei der Beschaffung ausreichender Mengen an Kernbrennstoffen durch die Versorgungsagentur - möglichst kostengünstig und ohne Nutzungsrestriktionen - und bei der industriellen Tätigkeit der geplanten Organisation: Isotopentrennung, Schwerwasserproduktion und Plutoniumgewinnung. Ziel der Atomgemeinschaft sei es, "die Hilfsquellen jedes einzelnen Landes allen Partnerländern zur Verfügung zu stellen", wobei die nationalen Nuklearprogramme jedoch in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten verblieben. Nach französischer Lesart sollte Euratom zudem allen europäischen Ländern offenstehen, "deren technischer bzw. industrieller Entwicklungsstand einen substantiellen Beitrag" an die gemeinsamen Bemühungen leisten könnte - gemeint waren in erster Linie Grossbritannien, Norwegen, Schweden und die Schweiz. Hinweise auf eine föderale Struktur der Organisation sowie auf deren supranationale Befugnisse fehlten in dem Entwurf gänzlich. Der Gedanke, die künftige Organisation könnte über das Recht verfügen, qualifizierte bindende Beschlüsse zu fassen, lief den französischen Absichten offenbar gänzlich zuwider.⁶⁸

Das Armand-Konzept vom 5. November 1955

Louis Armand, der Vorsitzende des Nuklearausschusses, stand als Monnet-Vertrauter und als 'Europäer' weit engagierter hinter der Idee einer Nukleargemeinschaft als seine Kollegen vom CEA. Er war sich aber bewusst, dass die Organisation nur dann Realität werden konnte, wenn sie in ihrer Ausgestaltung den spezifischen Nuklearinteressen Frankreichs weitgehend entgegenkam - ohne dadurch die Kooperationsbereitschaft der Partnerländer zu lähmen. Die erste Zusammenfassung der Ausschussarbeit von anfangs Oktober 1955 belegt, dass dieser heik-

⁶⁶ Aufzeichnungen der deutschen Delegation vom 14.7.1955, zit. nach Weilemann 1983, S. 36.

⁶⁷ Zit. nach Weilemann 1983, Euratom, S. 37.

⁶⁸ Aufzeichnungen der französischen Delegation vom 15.7.1955, vgl. Weilemann 1983, S. 37f.

len Konstellation Rechnung getragen wurde.⁶⁹ Bedeutendes Kennzeichen des Konzeptentwurfs war die Regelung, dass an der Versorgungsagentur wie am gemeinsamen Nuklearmarkt, welche die integrationspolitischen Kernelemente darstellten, nur die sechs EGKS-Staaten teilnehmen durften. Die Organe jedoch, die mit den industriellen Aufgaben und der Koordination der nationalen Programme betraut waren, fanden sich so ausgestaltet, dass andere Länder daran mitarbeiten konnten, ohne ein verbindliches europapolitisches Engagement eingehen zu müssen. Dies sicherte einerseits den Zufluss dringendst gewünschten Zusatzkapitals, und zudem hoffte man, derart den Briten die Zusammenarbeit mit der Organisation erleichtern zu können. Armand musste den Entwurf allerdings rasch zurückziehen; zu kompliziert und mit strukturellen Mängeln behaftet präsentierte sich die skizzierte Atomgemeinschaft. Die überarbeitete Schlussfassung des Berichts vom 5.11.1955 belegt die in der Folge vorgenommenen rigorosen institutionellen Straffungen, während die Retuschen in materieller Hinsicht reaktiv unbedeutend blieben.⁷⁰ Integrationspolitisches Herzstück der Organisation blieb die gemeinsame Versorgung mit Kernbrennstoffen und Uranerzen. Armand vertrat die Überzeugung, dass Euratom nur dann über die notwendige Autorität verfüge, wenn die Mitgliedstaaten ihren Bedarf an spaltbarem Material ausschliesslich über die Versorgungsagentur zu decken hätten. Diese Ansicht wurde von der Mehrheit der Experten im Nuklearausschuss geteilt. Nur die deutsche Delegation hatte sowohl gegen die präsidentiale Note als auch gegen den Vorentwurf zum Schlussbericht Vorbehalte geäußert und vor allem das projektierte Versorgungsmonopol kritisiert: infolge "grundsätzlicher ordnungspolitischer Bedenken" sei das geforderte Monopol abzulehnen.⁷¹

Die Brüsseler Aussenministertagung vom Februar 1956

Obwohl noch kein beschlussfähiger Gesamtbericht über die Arbeiten der Sachverständigenkomitees vorlag, wurde das wegen der französischen Wahlen vom Januar 1956 verschobene Aussenministertreffen der Montanunion-Staaten zur Sanktionierung der bisherigen Tätigkeiten kurzfristig auf den 11./12. Februar 1956 nach Brüssel einberufen. Aus der Liste ungelöster Sachfragen stachen drei für den Fortgang der Verhandlungen entscheidende Themenbereiche heraus, die eingehender Beratung und rascher Beschlussfassung bedurften. Nebst der vom Aktionskomitee Monnets im Januar aufgebrachten Frage des Kernwaffenverzichts sowie der Verknüpfung von Gemeinsamen Markt und Euratom ging es vordringlich um die Genehmigung einer gemeinsamen Stellungnahme der Sechs betreffend die Kompatibilität der beiden geplanten europäischen Atomprojekte zuhanden der auf Ende Monat einberufenen OECE-Ministerratstagung. Für dieses Treffen war, anschliessend an die Diskussion des Grundlagenberichts der OECE-Arbeitsgruppe Nicolaïdis, die grundsätzliche Beschlussfassung zugunsten einer

⁶⁹ BAr E 7113 (-) EVD, Handelsabteilung 1988/128, Bd. 2. 15.10.1955, Kommentar der OECE-Delegation betreffend 'Commission de l' énergie nucléaire du Comité intergouvernemental de Bruxelles, Note du Président Louis Armand vom 3.10.1955.

⁷⁰ BAr E 7113 (-) EVD, Handelsabteilung 1988/128, Bd. 2. 14.11.1955, Gérard Bauer, Delegierter des Bundesrats bei der OECE, an das Sekretariat der Administrativkommission für Atomenergiefragen. Kommentierte Auszüge des 'Rapport final de la Commission de l' énergie nucléaire du Comité intergouvernemental de Bruxelles' (Vorsitz Armand) vom 5.11.1955.

⁷¹ Stellungnahme Bundeswirtschaftsministerium, 18.10.55, zit. nach Weilemann 1983, S. 47.

Nuklearzusammenarbeit im OECE-Rahmen traktandiert.⁷² Mit dem vorangehenden verbindlichen Beschluss zur Schaffung einer Sechser-Atomgemeinschaft galt es der Gefahr vorzubeugen, dass sich innerhalb der Montanunion die OECE-Fraktionen durchsetzten, was das Scheitern des Messina-Projekt bedeutet hätte. Die Einigung durfte aber keinesfalls mit dem vorläufigen Verzicht auf den Gemeinsamen Markt erkauft werden, wie es der neugewählten französischen Regierung von Guy Mollet vorschwebte, denn die Auflösung des informellen Junktims von Euratom und Gemeinsamen Markt, das seit Messina bestand, hätte den Absprung der Deutschen, Holländer und Italiener bewirken können.⁷³ Monnets Vorschläge in Sachen Kernwaffenverzicht, die allgemein als zu rigide und 'monopolistisch' galten, hatten zudem französische Empfindlichkeiten getroffen, so dass sich Spaak gezwungen sah, dahingehende Äusserungen von Aussenminister Pineau, dass Euratom die militärischen Aspekte der Kernenergienutzung nicht gezwungenermassen zu regeln habe, mit einem Kompromissvorschlag zugunsten eines temporären Verzichts auf militärische Nuklearprogramme zu kontern.⁷⁴

Das Aussenministertreffen war dringend nötig, um die verschiedenen Fliehkräfte unter Kontrolle zu halten. Dass dies in Brüssel gelang, bedeutete einen Erfolg, auch wenn die Schlusserklärung fortbestehende Divergenzen in wichtigen Fragen nur notdürftig zu überdecken vermochte. In der gemeinsamen Erklärung zeigten sich die Sechs nicht nur einig über die "Notwendigkeit und Dringlichkeit" der Schaffung von Euratom; man akzeptierte sogar weitgehend die Vorschläge des Sachverständigenausschusses. Ferner wurde festgehalten, dass EWG und EAG gleichberechtigt und zeitgleich realisiert werden sollten - das Junktim blieb damit gewahrt, während das Problem der militärischen Kernkraftnutzung, dessen Behandlung an ein Expertengremium delegiert wurde, weiterhin einer Lösung harrte. Dafür vermochten sich die Minister auf eine eintrachtige Haltung gegenüber der OECE festzulegen. Die Union-Länder betonten im Communiqué ihre Entschlossenheit, untereinander engere Formen der Zusammenarbeit zu schaffen als im Rahmen der OECE möglich, zeigten sich aber gegenüber einer engen Kooperation mit Drittstaaten weiterhin offen. Die in dieser Formulierung enthaltenen Hoffnungen zielten hauptsächlich auf Grossbritannien und Norwegen:

*"(..) la politique de leurs gouvernements tend, non à un système autarcique, mais à la collaboration la plus étroite possible avec tous les Etats disposés à s'associer avec eux pour la poursuite des mêmes objectifs. (..) Les ministres ont souligné que la détermination des six d'établir entre eux des formes de collaboration plus étroites que celles employées par l'OECE est parfaitement compatible avec les efforts poursuivis dans le cadre plus large de cette organisation."*⁷⁵

⁷² BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 32. Nicolaïdis, Léandre; Ockrent, R.; Harpham, W.: Possibilités d'action dans le Domaine de l'Energie Nucléaire. Rapport du Groupe de Travail no 10 du Conseil. OECE, Dezember 1955.

⁷³ Le Monde, 11.2.56. Die eine Nuklearkooperation befürwortende Regierung Mollet war der Meinung, die Wirtschaftsgemeinschaft müsse sich mit Rücksicht auf die protektionistische französische Wirtschaft in einem langsameren Rhythmus entwickeln.

⁷⁴ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 383, 16.2.1956. Bericht des Schweizer Gesandten Secrétan aus den Haag - im Nachgang an die Brüsseler Aussenministertagung.

⁷⁵ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 383, 14.2.1956. Bericht von Minister Valotton zur Brüsseler Tagung der Aussenminister (Schlusscommuniqué als Beilage).

Im Namen der Sechs trug der belgische Aussenminister Spaak diese Position am 28.2.1956 an der OECE-Tagung in Paris vor. In der Schlusserklärung des Rattstreffens wurde die Formel der Messina-Staaten allseits akzeptiert - auch von der Schweiz, die zugunsten einer Zusammenarbeit im OECE-Rahmen plädiert hatte.⁷⁶ Euratom und OECE sollten keine sich ausschliessenden Alternativen sein, sondern miteinander zu vereinbarende und zu koordinierende Vorhaben.

Der Spaak-Bericht

So wichtig die Beschlüsse des Februars 1956 für das Fortschreiten der Relance waren, so wenig vermochten sie die Tatsache zu kaschieren, dass bezüglich der Ausgestaltung von Euratom unter den Partnern noch keine Übereinstimmung herrschte. Der Bericht des Ausschusses für Atomenergie war nur scheinbar ein Konsenspapier, da er die entscheidenden Grundsatzfragen offenliess. Allesamt waren die vorliegenden Berichte der vier Unterausschüsse noch nicht beschlussreif. Spaak entschied sich deshalb anfangs März, ein kleines Expertenteam in Klausur zu schicken, um die im Anschluss an die Brüsseler Konferenz erarbeiteten Thesen in einem Dokument zu gliedern, das den Aussenministern zur Beschlussfassung vorgelegt werden konnte. Der am 21.4.1956 mit Verspätung vorgelegte 'Bericht der Delegationsleiter an die Aussenminister', kurz 'Spaak-Bericht' genannt, offenbarte in allen Teilen Zeichen des Kompromisses zwischen den abweichenden ordnungs- und integrationspolitischen Ansätzen der Partnerländer.⁷⁷ Angesichts der ungeklärten Fragen auf dem Atomsektor konnte das aus Konzept-Elementen Armands und Monnets zusammengesetzte Euratom-Kapitel weiterhin nicht als durchdachte Konzeption einer nukleartechnischen Integration gelten.⁷⁸

Die institutionellen Vorgaben der Atomgemeinschaft entsprachen dem EGKS-Modell, mit einer gegenüber dem Vorschlag des Monnet-Komitees abgeschwächten supranationalen Komponente. Forschung und Ausbildung sowie Errichtung und Kontrolle von Nuklearanlagen wurden als Hauptaufgaben einer künftigen Atomgemeinschaft definiert. Während über die Sicherheitsvorschriften Klarheit herrschte, blieb die Frage der militärischen Verwendung der Anlagen und der Forschungsergebnisse offen. Das Redaktionskomitee hatte sich nach intensiver Diskussion entschieden, zu diesem Punkt nicht Stellung zu nehmen. In der Frage der Versorgung mit Erzen und Kernbrennstoffen hielt der Bericht an den monopolistischen Prinzipien des Armand-Konzeptes fest, während er in der Frage des ausschliesslichen Eigentumsrechts der Gemeinschaft an Spaltmaterialien unverbindlich blieb. Wichtigstes Instrument zur Förderung der Nuklearindustrie in Europa blieb der Gemeinsame Markt auf dem Atomgebiet, der als Vorgriff auf die allgemeine Wirtschaftsgemeinschaft verstanden wurde.⁷⁹

⁷⁶ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 383. 16.2.1956: Lagebericht der OECE-Delegation. 2.3.1956: Bericht der OECE-Delegation über den Verlauf der OECE-Ministerrats-sitzung vom 28./29.2.1956 in Paris. Beilagen: OECE-Resolution vom 29.2.1956; Spaak-Erklärung im Namen der Messina-Staaten vom 28.2.1956; Schweizer Erklärung zur Nuklearkooperation im Rahmen der OECE vom 28.2.1956.

⁷⁷ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 384, 5.5.1956. Kommentar der OECE-Delegation zum Spaak-Bericht. Spaak-Bericht: Bericht der Delegationsleiter an die Aussenminister, Brüssel, 21.4.1956, in: Schwarz 1980, Aufbau Europas, S. 277-334.

⁷⁸ BAr E 7113 (-) EVD, Handelsabteilung 1988/128, Bd. 2. Bericht des Atomenergie-Ausschusses vom 5.11.1955 sowie FM, Fonds AMK 4, 8/1-2: Resolution Aktionskomitee vom 18.1.1956.

⁷⁹ Spaak-Bericht, in: Schwarz 1980, S. 326-329. BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 384, passim.

Eine entscheidende Veränderung erfuhr das Euratom-Konzept in den zentralen Bereichen Forschung und industrielle Entwicklung. Gemäss dem Armand-Entwurf vom November 1955 sollte die Atomgemeinschaft in beiden Gebieten eine Koordinationsfunktion übernehmen, wobei die benötigten Forschungsmittel sowie die Beiträge zum Aufbau der fehlenden Infrastruktur einem gemeinsamen Fonds der Atomgemeinschaft entnommen werden sollten.⁸⁰ In beiden Punkten kehrte der Spaak-Bericht diese Position praktisch um: "Der grösste Teil der Forschungsarbeiten wird weiterhin in den beteiligten Ländern durch öffentliche oder private Forschungsträger bzw. durch die Industrie selbst durchgeführt. Forschung kann nicht 'geplant' werden, (...) und setzt keinerlei Zentralisierung voraus". "So, wie die von Euratom durchgeführten Forschungsarbeiten nur eine - allerdings wesentliche - Ergänzung der gesamten Forschungstätigkeit darstellen, wird auch der grösste Teil der Investitionen auf dem Atomgebiet weiterhin Aufgabe der öffentlichen und privaten Unternehmen bleiben. Grundsätzlich soll die Initiative der Unternehmen gefördert werden." Die Organisation erhielt folglich kein Recht auf Lenkung der Investitionen zugestanden. Dafür wurde die Dringlichkeit des Baus von Anlagen zur Isotopentrennung und zur Wiederaufbereitung von Spaltstoffen weiterhin betont; die Gesamtzahl der vorgeschlagenen gemeinsamen Unternehmungen fand sich aber deutlich reduziert. Im weiteren sollten die Industrieunternehmen auch künftig Unterstützungskredite beantragen können, aber nicht aus einem speziellen Euratom-Topf, sondern über den allgemeinen europäischen Investitionsfonds.⁸¹

Die Reaktionen auf den Spaak-Report zeigten, dass dem Zustandekommen des Messina-Projektes noch etliche Hindernisse im Wege standen und der Erfolg von einer befriedigenden Lösung der ungeklärten Streitpunkte im Nuklearbereich abhing. Einen Monat vor der Veröffentlichung seines Berichtes wollte Spaak die Gelegenheit der ausserordentlichen März-Tagung des parlamentarischen Kontrollorgans der EGKS dazu benutzen, die Gemeinsame Versammlung auf die Unterstützung seiner Vorschläge zu verpflichten. Die Zustimmung des Gremiums, so die Hoffnung des belgischen Aussenministers, sollte gegenüber den nationalen Parlamenten und Regierungen ein positives Signal setzen. Stattdessen enthüllte die Debatte in aller Deutlichkeit nationale Interessengegensätze und entlang der Parteilinien quer durch die Partnerländer verlaufende ideologische Divergenzen. Zwar gelang es der Versammlung letztlich, sich auf eine Resolution zur Schaffung des Gemeinsamen Marktes zu einigen. Eine gemeinsame Entschliessung zugunsten von Euratom wurde hingegen nicht verabschiedet. Während der christlich-soziale belgische Abgeordnete Pierre Wigny als Berichterstatter einer Arbeitsgruppe zur Beurteilung des europäischen Energieproblems einen generellen Atomwaffenverzicht ablehnte und einen stärkeren Einbezug der Privatindustrie in die Nuklearentwicklung forderte, unterstellte die sozialistische Fraktion dem Brüsseler Ausschusses, die gemeinschaftlichen nuklearpolitischen Zielsetzungen den privaten Interessen zu opfern. Die Sozialisten bestanden darauf, die Kernenergie innerhalb der Gemeinschaft ausschliesslich zu friedlichen Zwecken zu nutzen; das Eigentumsrecht der Gemeinschaft an den Kernmaterialien aller Partnerstaa-

⁸⁰ BA r E 7113 (-) EVD 1988/128, Bd. 2. Bericht des Atomenergieausschusses vom 5.11.1955.

⁸¹ Spaak-Bericht, in: Schwarz 1980, S. 323-326. BA r E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 384, passim.

ten betrachteten sie als unabdingbare Voraussetzung der Sicherstellung dieser Forderung.⁸²

Für die meisten Regierungen der Gemeinschaft stellte die Annahme des Spaak-Berichtes keinen grösseren Diskussionsgegenstand dar. Allerdings bezog sich die positive Grundeinstellung - ausser in Frankreich - eher auf den Gemeinsamen Markt als auf Euratom. Die Holländer betrachteten Euratom mehr oder weniger als notwendiges Übel, das es zu akzeptieren galt, um Paris bei der Stange zu halten.⁸³ Für Frankreich, das danach trachtete, ein Maximum an nuklearer Unabhängigkeit zu bewahren, war die Offenhaltung der militärischen Option unerlässliche Voraussetzung einer Gutheissung des Berichts der Delegationsleiter. Die Botschaft der beiden bedeutendsten deutschen Kritiker des Atomprojektes, Strauss und Erhard, lautete dahingehend, dass die Skepsis gegenüber den konkreten Regelungen geblieben sei, man sich aber übergeordneten politischen Interessen zu beugen habe. Unter allen Umständen müsse aber weiterhin das Junktim zwischen Gemeinsamen Markt und Atomgemeinschaft gewahrt bleiben.⁸⁴

Vor der Darlegung der zentralen Streitpunkte der Euratom-Verhandlungen scheint es angesichts der Komplexität der Thematik angebracht, in Form von Länder-Exkursen vertiefter auf die divergierenden nationalen Sicherheits- und Nuklearinteressen sowie die integrationspolitischen Strategien der wichtigsten Prozessteilnehmer einzugehen. Vor allem das Dreieck USA, Bundesrepublik und Frankreich, das in den umstrittensten Fragen die Akzente setzte, erforderte in Fragen wie Nonproliferation und ökonomischer Konkurrenz auf dem Weltmarkt für atomare Güter das grösste Mass an politischer Regulierung.

Seit den vierziger Jahren betrieb Frankreich auf der Basis eigener Natururanvorkommen und einer autark entwickelten Nukleartechnologie eine staatlich organisierte, autonome Atomwirtschaft. Gegen latenten amerikanischen Widerstand erstrebte die französische Politik aufgrund sicherheitspolitischer Erwägungen die Entwicklung eines eigenen Nuklearwaffen-Arsenals. Aus Kostengründen und zum Zweck des Aufbaus eines regionalen Marktes für französisches Uran und Atomtechnik versuchte Paris ab Beginn der fünfziger Jahre eine europäische Nuklearkooperation zu initiieren.

Die Bundesrepublik, die in den Pariser Verträgen von 1954 einen expliziten Verzicht auf die Herstellung von Nuklearwaffen zu akzeptieren hatte, musste ihrerseits, angesichts des Fehlens nationaler Uranlager, beim Aufbau einer zivilen Atomwirtschaft eine gänzliche Abhängigkeit von ausländischen Uranlieferungen in Kauf nehmen. Wirtschaftlich starke und technisch hochentwickelte deutsche Industrieunternehmungen zielten in der Folge auf eine privatwirtschaftliche Nuklearkooperation mit amerikanischen Konzernen, um von dieser Seite die benötigten Spaltstoff- und Anlagelieferungen zu erhalten.

⁸² BAr E 7113 (-) EVD 1988/128, Bd. 2. Bericht der OECE-Delegation vom 19.3.1956 über die ausserordentliche Session der Gemeinsamen Versammlung der EGKS vom 13.-16.3.1956 in Brüssel. BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 33. Wigny, Pierre: Einführender Bericht über das europäische Energieproblem. Bericht der Arbeitsgruppe der Gemeinsamen Versammlung der EGKS für die ausserordentliche Märztagung 1956. EGKS, o.O., März 1956, S. 20.

⁸³ BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 365. Schweizer Gesandtschaft Den Haag, 21.5.1956.

⁸⁴ BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 384, Zusammenfassung eines Gesprächs von EPD-Chef Petitpierre mit Staatssekretär M. Faure vom 11.4.1956; BAr E 2200 (E) Paris (-) 1970/245, Bd. 112. Bericht des Gesandten de Salis vom 16.5.1956; BAr E 2200 (E) Köln (-) 1976/194, Bd. 68. 24.5.1956: Bericht des Schweizer Gesandten Huber.

Die Interessen der Vereinigten Staaten konzentrierten sich auf zwei Punkte: einerseits auf die kommerzielle Nutzung des entstehenden westeuropäischen Nuklearmarktes durch US-Firmen und andererseits auf eine möglichst unkomplizierte Umsetzung der amerikanischen Strategie kontrollierter Nuklear-Proliferation. Den Bemühungen zur Errichtung einer europäischen Nuklearorganisation standen die USA demnach wohlwollend gegenüber. Washington gedachte der Atomgemeinschaft eine kollektive Verpflichtung zur Missbrauchsverhütung zuzuweisen, um auf diesem Weg der Problematik eines umfangreichen bilateralen Vertragssystems zu entgehen, dessen Kontrolle einen grossem Aufwand nachgezogen hätte.

4.4 Die Strategie der USA. Zur Nuklearpolitik der weltweit führenden Atommacht gegenüber Westeuropa

- **Kontrollierte Proliferation für friedliche Zwecke: Nukleartechnik als Instrument der Durchsetzung von Vormachtansprüchen?**

*"The destiny of all nations during the twentieth century will turn in large measure upon the nature and the pace of atomic energy development here and abroad. The revisions to the Atomic Energy Act herein recommended will help make it possible for American atomic energy development, public and private, to play a full and effective part in leading mankind into a new era of progress and peace."*¹

Botschaft Präsident Eisenhowers an den Kongress, 17.2.1954.

Bereits vor dem Einsatz der ersten Atombomben fasste der Gedanke in der amerikanischen Regierung Fuss, den Zugang zur neuen Waffentechnik für Drittstaaten zu beschränken. 1946 entschied sich die Truman-Administration definitiv, der Sicherheit durch Wahrung des Atomwaffen-Monopols Priorität vor der Vermeidung atomaren Wettrüstens einzuräumen, nachdem eine Fraktion unter Kriegsminister Stimson noch im Sommer 1945 dafür plädiert hatte, der Sowjetunion als Gegenleistung für kooperatives Verhalten atomare Partnerschaft anzubieten. Ergebnis dieser Erwägungen war der 'Baruch-Plan', den die amerikanische Delegation den Vereinten Nationen am 15. Juni 1946 vortrug. Das Konzept umfasste die Internationalisierung des gesamten Brennstoffkreislaufs und die Unterstellung sämtlicher nuklearer Aktivitäten und Brennstoffe, angefangen bei der Urangeinnung, unter die Kontrolle der Atomenergie-Kommission der UNO. Vor-Ort-Inspektionen sollten gewährleisten, dass die Mitgliedsländer sich an diese Bestimmungen hielten. Erst nach Einrichtung des Kontrollsystems sollten die bestehenden Kernwaffen der USA abgerüstet werden. Kaum erstaunlich, dass die Sowjets, die keine Vor-Ort-Inspektionen duldeten, diesen Vorschlag sogleich ablehnten und stattdessen die umgekehrte Reihenfolge forderten - zuerst Abrüstung, danach Kontrolle. An diesem Gegensatz scheiterte schliesslich das Projekt, und zugleich hatte das Zeitalter des atomaren Wettrüstens definitiv begonnen.²

Nach dem gescheiterten Versuch, eine globale und multilaterale Nichtverbreitungs-Strategie durchzusetzen, wandten sich die Amerikaner einer gänzlich nationalen Option zu: Alles nukleartechnische Wissen wurde im MacMahon-Act von 1946, dem ersten amerikanischen Atomgesetz, unter strikte Geheimhaltung gestellt. Sogar der englische Bündnispartner sah sich fortan von den Informationen des amerikanischen Atomwaffenprogramms ausgeschlossen. Aber auch dieser Nichtverbreitungs-Ansatz schlug fehl, wie die erste russische Kernwaffe 1949 und die erste britische 1952 augenfällig demonstrierten.

In der Ära Eisenhower änderte sich die amerikanische Aussenpolitik in zwei Punkten: Um die militant antikommunistische Fraktion zu besänftigen, hatte der

¹ BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 32. Botschaft Eisenhowers an den Kongress vom 17.2.1954; Neufassung des US-Atomic Energy Act (Lockerung des MacMahon-Act von 1946).

² Müller, Harald: Die Beschworung der Bombe: Nonproliferation, in: Salewski, Michael: Das Zeitalter der Bombe, München 1995, S. 233.

neue Aussenminister Dulles anstelle der blossen Eindämmungs-Strategie eine aktive 'Politik der Befreiung' der vom Kommunismus beherrschten Länder proklamiert. Wie eine derartige Befreiungspolitik konkret aussehen sollte, vermochte er nicht zu präzisieren. Ein gewaltsames 'roll back' im Sinne MacArthurs, das einen Dritten Weltkrieg heraufbeschwören musste, lehnte Dulles aber entschieden ab. Aus einem ursprünglichen Wahlkampfthema entwickelte sich eine aggressive Befreiungs-Rhetorik, die in den Augen der Sowjets und der Europäer nicht immer als solche zu erkennen war und zuweilen erhebliche Irritationen über den amerikanischen Kurs auslöste. Auch hatte Dulles den republikanischen Sparsamkeits-Topos aufgegriffen und eine Reduzierung der Verteidigungsausgaben angekündigt. Dieses Versprechen war genausowenig umzusetzen, vor allem nicht gegenüber einer Öffentlichkeit, die in schizophrener Weise zugleich einen verstärkten Schutz vor der 'kommunistischen Gefahr' forderte. Dulles sah sich deshalb genötigt, die Ausgaben der konventionellen Rüstung einzufrieren und sich stattdessen auf den Ausbau der nuklearen Rüstung zu konzentrieren.³ Entsprechend wurde die Strategie des westlichen Bündnisses nach der Doktrin der 'massiven Vergeltung' ausgerichtet, wie sie der Aussenminister am 12. Januar 1954 öffentlich formuliert hatte. Dem potentiellen Aggressor wurde der Einsatz der Atomwaffe bereits für den Fall einer geringfügigen konventionellen Angriffshandlung angedroht - eine Drohung, die die Politik von Dulles erneut in einem äusserst aggressiven Licht erscheinen liess, tatsächlich aber schon bald an Glaubwürdigkeit einbüsste und damit das politische Aktionsfeld des Westens einmal mehr einengte.

Eine erneute radikale Wende in der Nuklearpolitik der führenden Atom-macht leitete infolge des Scheiterns bisheriger Nonproliferationsstrategien die Proklamation des Programms 'Atoms for Peace' durch Präsident Eisenhower vor den Vereinten Nationen ein. Ursprünglicher Hauptgedanke war die allmähliche Überführung des noch nicht in Kernwaffen installierten Brennstoffs in den Besitz einer internationalen Organisation und die Verwendung des Materials in der zivilen Kerntechnik. Die fortgeschrittensten Länder sollten den hierfür erforderlichen Technologietransfer durchführen. Die Empfängerländer ihrerseits sollten die ausschliesslich friedliche Nutzung der Spaltstoffe zusagen. Hintergrund des Vorschlags war nicht nur der Bedarf einer neuen Nichtverbreitungsstrategie für Atomwaffen, sondern auch der Wunsch, das sowjetische Kernwaffenarsenal auf niedriger Stückzahl einzufrieren und zugleich Moskau mit einem propagandistischen Coup den Rang bei der zunehmenden Zahl blockfreier Staaten abzulaufen.

'Atoms for Peace' hatte unmittelbare Folgen: Zwei internationale Konferenzen in Genf legten weite Teile der damals bekannten Kernenergie-technik offen, einschliesslich der Wiederaufbereitungsverfahren für abgebrannte Kernbrennstoff-Elemente. Forschungsreaktoren wurden von den USA und Kanada zu vorteilhaften Bedingungen an eine respektable Zahl von Empfänger-Ländern abgegeben, ja teilweise sogar verschenkt.⁴

Beförderte das 'Atoms for Peace'-Programm einerseits selbst die Proliferation,⁵ so setzte es andererseits Verhandlungen in Gang, aus denen ein wichtiger Pfeiler des späteren Nichtverbreitungsregimes hervorging: die Internationale

³ Loth, Wilfried: Die Teilung der Welt 1941-1955, München ²1982, S. 266f.

⁴ Pilat, Joseph F. (Hrsg.): Atoms for Peace. An analysis after thirty years, Boulder, 1985.

⁵ Beispielsweise gewann Indien das Plutonium für seinen Sprengsatz von 1974 aus einem der berühmtesten, von Kanada im Zuge des 'Atoms for Peace'-Programms gelieferten Cirrus-Reaktor. Müller, Harald: Die Beschwörung der Bombe, in: Salewski 1995, Zeitalter der Bombe, S. 235.

Atomenergie-Organisation (IAEO). Nach langer Vorbereitung wurde ihr Statut 1956 verabschiedet und die Organisation 1957 in Wien gegründet. Hauptsächlicher Streitpunkt der zähen Verhandlungen war die Frage, ob die IAEO auch Kontrollbefugnisse erhalten sollte, die Inspektionen in Ländern mit kerntechnischen Aktivitäten einschliessen würden. Die Sowjetunion und Indien führten den Widerstand gegenüber dieser amerikanischen Forderung an. Trotz des letztlich erfolgten Zugeständnisses, die Kontrollbestimmungen dem IAEO-Statut einzuverleiben, standen Moskau und Delhi der Idee der 'Safeguards' - wie die Inspektionsstätigkeit genannt wurde - noch über längere Zeit strikte ablehnend gegenüber.⁶ Einhellige Zustimmung fand dagegen die Förderung der friedlichen Nutzung der Kerntechnik als weitere Aufgabe der Organisation. Allerdings blieben die Mittel dazu höchst begrenzt, da sich die Mitgliedsländer die vermuteten Wachstumsmärkte für ihre eigenen Nuklearindustrien nicht von der internationalen Atomenergie-Organisation verbauen lassen wollten.

Vorerst trat die IAEO als Überwachungsinstanz nur an die Stelle nationaler amerikanischer Inspektionen zur Verifizierung der friedlichen Nutzung von US-Nuklearhilfe in den Empfängerländern. Das Europa der Sechs ging mit dem Aufbau von Euratom in der Kontrollfrage zunächst einen Sonderweg. Unter anderem wurde der Kernwaffenverzicht von fünf EG-Mitgliedstaaten ab 1958 durch Euratom verifiziert. Obwohl die Römer Verträge keine expliziten Angaben zur Nichtverbreitung von Atomwaffen enthalten, verpflichtete sich die Organisation sicherzustellen, dass das Spaltmaterial in den einzelnen Mitgliedsländern zu keinem andern als den angegebenen friedlichen Zwecken eingesetzt wird. Erst 1964 gelang es in der Folge eines sowjetischen Meinungsumschwungs, ausgelöst durch das Bedrohungspotential des forcierten chinesischen Nuklearprogramms, ein erstes Standardsystem für alle der IAEO in Lieferverträgen zwischen nuklearen Exporteuren und Importeuren übertragenen Inspektionsaufgaben durchzusetzen. Diese Vereinbarung wurde auf die durch Handel in die Betreiberländer gelangten Anlagen und Materialien angewandt. Die Empfängerländer blieben aber frei, eigene Spaltstoffe oder selbstentwickelte Nuklearanlagen nach eigenem Gutdünken und zu selbstbestimmten Zwecken weiterzuverwenden: ein Zustand, der umso unbefriedigender wurde, je mehr Länder in der Lage waren, die Kerntechnik eigenständig und weitgehend unkontrolliert für militärische Zwecke zu nutzen.⁷

Den Anstoss zur Modifikation der amerikanischen Atompolitik unter Eisenhower hatte die Erkenntnis gebracht, dass sich die USA auf ein atomares Wettrüsten mit der UdSSR einstellen mussten. Das nukleare Transferprogramm im Rahmen von 'Atoms for Peace' bereitete die europäischen Verbündeten latent darauf vor, der künftigen Konfrontation mit der Sowjetunion eigene nukleare Optionen entgegenzusetzen zu können. 'Atoms for Peace' war insofern ein erster Schritt zu einer Atombewaffnung der NATO-Partner. Dass eine nukleare Proliferation wahrscheinlich war, hatten die Briten ohnehin schon demonstriert. In jedem Fall band die dosierte Weitergabe militärisch relevanter Nuklearinformationen die Alliierten in die sicherheitspolitischen Überlegungen der USA ein. Es ist davon auszugehen, dass die Mängel der Doktrin der 'massiven Vergeltung' schon vor der Annahme der Strategie durch die NATO am 23. Mai 1957 erkannt waren und man sich in

⁶ Howlett, Darryl A.: Euratom and nuclear safeguards, London 1990, S. 110.

⁷ Howlett 1990, Nuclear safeguards, S. 105-133.

Washington bereits 1956 mit dem Gedanken trug, den Europäern im Rahmen einer Jahre später offiziell modifizierten Politik der 'flexible response' eine eigenständige Abwehrfunktion zuzuweisen.⁸ In ihrem Ursprung entsprach die Neuausrichtung der amerikanischen Nuklearpolitik somit einer strategischen motivierten Reaktion auf die sowjetischen Rüstungserfolge im Nuklearbereich. Der Machtkampf mit den Europäern, im Kontext der Euratom-Gründung und der veränderten sicherheitspolitischen Dispositionen der USA, erscheint im Rückblick als Präliminarie der Auseinandersetzung zwischen den westlichen Verbündeten um die Reform der Militärstrategie des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses in den sechziger Jahren.⁹

• **OECE vs. Euratom - Elemente einer amerikanischen Güterabwägung**

"Mankind's hopes and aspirations for peace and greater well-being are closely linked to the world's progress in developing the peaceful uses of atomic energy. The program to further this development has advanced steadily in the past two years." ¹⁰

Dwight D. Eisenhower, 22.2.1956.

Unter dem Motto 'Atoms for Peace' kündigte US-Präsident Eisenhower am 8. Dezember 1953 eine markante Änderung der amerikanischen Nuklearpolitik an: Washington wolle künftig weltweit, so die zentrale Botschaft, die Entwicklung der friedlichen Kernenergie-Nutzung fördern. In seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen unterbreitete Eisenhower den wichtigsten Atommächten den Vorschlag, einer zu schaffenden internationalen Atomenergiebehörde Vorräte an spaltbarem Material zur Verfügung zu stellen, die diese selbständig lagern und verwalten sollte.¹¹ Mit Hilfe dieses Fonds sollte die künftige Organisation einen eigenen Beitrag zur Weiterentwicklung der zivilen Nutzung der Atomtechnik leisten. Eisenhower kommentierte die Vorzüge seines Vorstosses dahingehend, dass eine Umsetzung die Möglichkeit böte, der Weltöffentlichkeit sowohl die Perspektiven des friedlichen Kernenergiegebrauchs als auch die Chancen einer globalen Friedenslösung vor Augen zu führen.¹²

Im Kern war der amerikanische Vorstoss eine taktische und strategische Antwort auf die sowjetische Atombewaffnung - eine politische Waffe im Kalten Krieg. Der Hintergedanke der Initiative bestand darin, eine neue Strategie kontrollierter Proliferation auszuloten. Die anstehende weltweite Verbreitung friedlicher Verwendungsmöglichkeiten der Kernenergie sollte in Anlehnung an amerikanische Bestimmungen erfolgen, die darauf abzielten, eine ungehemmte Ausbreitung des Nuklearwaffenbesitzes zu vermeiden.

Mit dem 'Atoms for Peace'-Programm ging die führende Atommacht dazu über, die kommerzielle Verwertung der Nukleartechnologie zu forcieren. Amerika erklärte sich bereit, allen vertrauenswürdigen ausländischen Interessenten zu

⁸ Kollert, Roland: Die Politik der latenten Proliferation, Wiesbaden 1994, S. 128.

⁹ Tuschhoff, Christian: Strategiepoker, in: Salewski 1995, Zeitalter der Bombe, S. 167-188.

¹⁰ BAR E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 33. Erklärung Präsident Eisenhowers zur amerikanischen Offerte auf Freigabe von angereichertem Uran 235 an Drittstaaten vom 22.2.1956.

¹¹ Wortlaut der Rede Eisenhowers in: Europa-Archiv 9 (1954), S. 6274ff.

¹² Huber, Konrad: Die universale Ordnung der friedlichen Verwendung der Atomenergie, in: Europa-Archiv 12 (1957), S. 10'083.

konkurrenzlosen Preisen schwach angereichertes, nicht waffentaugliches Uran zur zivilen Nutzung in Leichtwasserreaktoren zu liefern. 'Zivile Kerntechnologie gegen Kontrollbefugnis über die Verwendung des Spaltmaterials' hiess das Angebot an potentielle Vertragspartner. Die gewünschte Lenkungswirkung dieser politisch-ökonomischen Dumpingpreis-Strategie zeitigte einen epochalen Erfolg: sie verschaffte den USA während zweier Jahrzehnte ein Weltmonopol für die kommerzielle Urananreicherung und ebnete der dominanten Weltmarktstellung der amerikanischen Leichtwasser-Reaktorlinie den Weg.¹³

Den europäischen Nuklearprojekten standen die USA grundsätzlich wohlwollend gegenüber. Alles, was im entferntesten als Bollwerk gegen den Kommunismus dienen konnte, war im Weissen Haus willkommen.¹⁴ Zudem versprach man sich von einer Atomgemeinschaft günstige Auswirkungen auf den US-Aussenhandel. Sorgen bereiteten den Amerikanern - ebenso wie den Briten - hauptsächlich die nuklearen Ambitionen Frankreichs. Die potentesten Gegenspieler der französischen Bombe sassen denn auch in London und Washington. Während die britischen Bemühungen darauf abzielten, dem Vorhaben der Sechs das OECE-Alternativprojekt einer europäischen Kernenergie-Agentur entgegenzusetzen, versuchten die Amerikaner, nach anfänglicher Zurückhaltung, die Euratom-Verhandlungen unmittelbar zu beeinflussen.

Eingedenk der schlechten Erfahrungen mit der EVG hatten sich die Vereinigten Staaten während der Anfangsphase der 'Relance' nicht direkt in die Verhandlungen der Europäer eingeschaltet. In ihren wenigen offiziellen Verlautbarungen zum Sechserprojekt bedienten sie sich ungewohnter Zurückhaltung und vermieden tunlichst eine Parteinahme zugunsten eines der beiden Konkurrenzvorhaben.¹⁵ Erst ab Beginn des Jahres 1956, als sich die Verhandlungen über das Messina-Projekt in die Länge zogen, offenbarte sich eine eindeutige amerikanische Präferenz für Euratom und den Gemeinsamen Markt. Nachdem Eisenhower im Zuge der amerikanischen Nuklearoffensive bereits im Sommer 1955 die Lieferung von Versuchsreaktoren an Drittstaaten offeriert hatte, begannen die Amerikaner, dezidiert zugunsten einer europäischen Atomorganisation mit rigider Sicherheitskontrolle zu intervenieren, welche die Entwicklung militärischer Nuklearprogramme verhindern sollte.¹⁶ Die losere und unverbindlichere OECE-Struktur bot dafür mit ihren eingeschränkten Kontrollmöglichkeiten keine ausreichende Garantie, derweil Euratom im Gegensatz dazu griffige Instrumente zur Kontrolle der

¹³ Häckel, Erwin: Internationale Nuklearpolitik, in: Woyke 1995, Handwörterbuch internationaler Politik, S. 180. Von den 430 im Jahre 1994 in 30 Ländern in Betrieb stehenden Kernkraftwerken sind über 75% Leichtwasser-Reaktoren amerikanischer Bauart.

¹⁴ BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 32. Noch in der zweiten Hälfte des Jahres 1955 bedachten die Amerikaner sowohl die Bemühungen der Euratom- wie der OECE-Lobby mit aufmunternden Worten. Stellvertretend dazu: Delegationsbericht aus Washington vom 8.10.1955.

¹⁵ BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 360. 17.1.1956: "Herr Murphy hat am 11. Januar d. J. unserem Gesandten gegenüber geäußert, es handle sich bei diesen Plänen um eine europäische Angelegenheit, und die Vereinigten Staaten würden nach den mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gemachten Erfahrungen keinen Versuch unternehmen, auf die in Frage kommenden Länder Druck auszuüben. (...) jeder Schritt in Richtung auf eine nukleare Zusammenarbeit in Europa liege ihnen in erster Linie am Herzen."

¹⁶ BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 32. 11.6.1955, AFP-Agenturmeldung: "Le Président Eisenhower offre des réacteurs atomiques aux peuples des nations libres. (...) pour acquérir les connaissances essentielles aux progrès dans l' utilisation de l' énergie atomique à des fins pacifiques. Les Etats-Unis (...) contribueront la moitié du prix de ces réacteurs."

Spaltstoffversorgung und damit der europäischen Atomentwicklung in Aussicht stellte. Die eingeschlagene Strategie sollte sich als wirksam erweisen. Wenn sie schon nicht offen einem französischen Atomwaffenprogramm entgegenwirken konnten, so trachteten die USA wenigstens danach, den Bau einer europäischen Isotopentrennungsanlage zu verhindern. Die vom US-Präsidenten am 22.2.1956 zu extrem vorteilhaften Konditionen lancierte Initiative auf Überlassung von zwanzig Tonnen Uran 235 zu zivilen Zwecken entzog der geplanten Gemeinschaftsunternehmung zum vornherein die Basis der Wirtschaftlichkeit.¹⁷ Das Projekt 'Urananreicherung' im Rahmen von Euratom wurde in der Folge aus Kostengründen ad acta gelegt.

Die amerikanische Offerte ebnete ausserdem den Weg zu einer Lösung in der umstrittenen Frage des Eigentums an Spaltstoffen. Im Falle einer Lieferung an Euratom waren die USA bereit, die Eigentumsrechte abzutreten, während die bilateralen Vertragslösungen der Amerikaner den Übergang des Eigentums an Kernbrennstoffen kategorisch ausschlossen. Nur eine gemeinsame Nuklearorganisation der Europäer vermochte folglich das öffentliche Eigentum an den Spaltstoffen zu garantieren. Zudem war eine multilaterale Lösung, darin war man sich einig, entschieden effizienter als das aufwendige Aushandeln einer Vielzahl bilateraler Verträge. Die wechselseitige Ergänzung der Interessenlage in der Frage der 'nuclear safeguards' war ein mitentscheidender Faktor, weshalb Dulles und Eisenhower der Euratom-Konzeption zuneigten.¹⁸

Dass die Politik der USA zunehmend das Euratom-Projekt favorisierte, war keineswegs zwingend und nur zum Teil auf Monnets ausgezeichnete Verbindungen zurückzuführen. Nicht alle in der US-Administration waren von dem Vorhaben der Sechs überzeugt: man wusste von den anti-amerikanischen Untertönen und den neutralistischen Tendenzen der Einigungsbemühungen. Auch gab es Stimmen, die in dem Brüsseler Projekt eine Schwächung der geplanten Internationalen Atomenergieorganisation sahen. Aus allianzpolitischer Sicht war es ohnehin fragwürdig, die militärischen Nuklearpläne der Bündnispartner durch eine auf zivile Kernenergienutzung beschränkte Atomgemeinschaft gänzlich zu unterbinden. Eine Kompromissformel, die allein Frankreich in militärischer Hinsicht freie Hand liess und dadurch die zum Kernwaffenverzicht gezwungenen Deutschen diskriminierte, stellte aber aus amerikanischer Sicht keine gangbare Alternative dar, weil sie einen bedrohlichen Keil zwischen die europäischen Verbündeten treiben musste.

Trotz aller Vorbehalte hatte die Fraktion der Euratom-Befürworter die überzeugenderen Argumente zur Hand, und die Grundhaltung des State Department zur europäischen Integration blieb unverändert positiv. Das Sechser-Projekt eröffnete den Vereinigten Staaten die Aussicht auf sicherheitspolitische Vorteile und wirtschaftliche Anreize, die letztlich gegenüber den vorgebrachten Bedenken überwogen. So konnte Paul-Henri Spaak nach dem Brüsseler Aussenministertreffen vom Februar 1956 öffentlich verkünden, dass die Amerikaner hinter Euratom stünden, nachdem einige Tage zuvor, anlässlich eines Besuches von René

¹⁷ BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 33. 22.2.1956: Wortlaut der Eisenhower-Erklärung. 5.3.1956: Delegationsbericht, inkl. Referat von Robert Murphy, stv. Unterstaatssekretär, gehalten am 28.2.1956 vor dem OECE-Ministerrat (Darlegung der US-Haltung in Nuklearfragen). BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 360 (9.3.1956) und Bd. 383 (15./16.3.1956): Einschätzungen des amerikanischen Angebots.

¹⁸ Howlett 1990, Nuclear safeguards, S. 39f und 67ff.

Mayer in Washington, Eisenhower, Dulles und Admiral Strauss dem Monnet-Nachfolger im Präsidium der Hohen Behörde ihre Unterstützung bei der Bildung eines europäischen Nuklearpools mündlich zugesichert hatten.¹⁹

Auch nach der Lockerung des Mac Mahon-Act war die wirtschaftliche Nutzung der Kernkraft in den USA noch zurückgeblieben, was heftige innenpolitische Kontroversen zur Folge hatte. Der AEC-Vorsitzende Lewis Strauss wollte die Entwicklung der Kernenergie unter allen Umständen der Privatwirtschaft überlassen und weigerte sich, Kernkraftwerke mit staatlicher Unterstützung bauen zu lassen. Da Atomenergie in den USA angesichts des hohen Investitionsaufwands kaum Aussicht hatte, konkurrenzfähig zu werden, waren die privaten Energieversorgungsunternehmen jedoch nicht bereit, sich auf eigenes Risiko im ungewissen Kernkraftwerkbau zu engagieren. Andererseits gab es knapp zwei Jahre nach der Aufweichung der gesetzlichen Restriktionen über 40 Firmen, die industriell in den Bereich nukleartechnischer Komponenten investiert hatten und denen nun ein Markt fehlte. Der Kinney-Report vom Januar 1956 forderte deshalb von der politischen Führung ultimativ Unterstützungsmassnahmen für den Export von Nuklearmaterialien.²⁰ Ein zukünftiger europäischer Nuklearmarkt bot der drängenden amerikanischen Industrie endlich die ersehnten Absatzchancen und eröffnete gleichzeitig "un excellent terrain d' expérimentation".²¹ In Europa lockte die Aussicht auf staatliche Zuschüsse bei der Realisierung von Vorhaben, die in den USA durch wirtschaftliche Zwänge blockiert waren.

Die amerikanischen Unternehmen hatten voll auf den mit angereichertem Uran oder Plutonium betriebenen Leichtwasserreaktor gesetzt, der anerkanntermaßen effizienter war als der solide und wirtschaftliche britische Natururan-Reaktor. Beide Kernbrennstoffe waren aber auch Ausgangsstoffe für die militärische Nutzung und sollten deshalb strikten Sicherheitskontrollen unterliegen, die Euratom - im Gegensatz zur OECE - bieten konnte. Das Euratom-System versprach Mechanismen, die eine gleichzeitige Kontrolle Frankreichs und Deutschlands ermöglichten, ohne dass die Vereinigten Staaten das politisch höchst unangenehme Geschäft der bilateral vereinbarten Inspektionen ausüben mussten. Diese vielversprechenden Perspektiven verleiteten die Amerikaner dazu, sich im April und im Mai 1956, vor der Publikation des Spaak-Berichts und kurz vor der Aussenministerkonferenz von Venedig, direkt in die Euratom-Verhandlungen einzuschalten und ihren Standpunkt den europäischen Verbündeten unmissverständlich darzulegen.²² Den Deutschen, deren Präferenzen zu diesem Zeitpunkt aus politischen und ökonomischen Gründen beim Abschluss eines deutsch-amerikanischen Zusammenarbeitsvertrages lagen, wurde klargemacht, dass die Form der bilateralen Kooperationsabkommen eng begrenzt sei und keine Alterna-

¹⁹ BAr E 7113 (-) EVD 1988/128, Bd. 2. Darlegungen der amerikanischen Position zu Euratom und zur OECE-Alternative (Gesandtschaft Washington). Ab Februar 1956 häuften sich die pessimistischen Einschätzungen bezüglich der erhofften US-Unterstützung für das OECE-Projekts. BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 383. 16.2.1956: Lagebeurteilung der OECE-Delegation zum Stand der beiden Atomprojekte nach der Brüsseler Aussenministertagung. "(..) während die Amerikaner neuerdings unverhüllt Euratom favorisieren (..)"

²⁰ BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 33. Der Delegationsbericht vom 24.2.1956 verweist auf mündliche Informationen aus US-Quellen. Ergänzend: 'Economist' vom 1.2.1956.

²¹ Goldschmidt, Bertrand: *L' aventure atomique*, Paris 1962, S. 110.

²² Weilemann, Peter: *Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft*, Baden-Baden 1983, S. 98. Zusammenfassung des geheimen amerikanischen Aide-mémoire vom 3. April 1956 an die deutsche Bundesregierung.

tive zu einer gemeinsamen Lösung biete. Die amerikanische Regierung gedenke, so die Begründung, gegenüber einer integrierten Gemeinschaft eine weit liberalere Haltung einzunehmen und ihr unvergleichlich grössere Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Ohne Frankreich durch eine eindeutige Stellungnahme in der brisanten Frage eines Kernwaffenverzichts zu provozieren, steckten die Amerikaner die Voraussetzungen für eine fruchtbare Nuklear-Zusammenarbeit mit den Europäern klar ab: erstens brauche die Atomgemeinschaft eine wirksame Missbrauchskontrolle, und zweitens sei es unerlässlich, Euratom die volle Verfügungsgewalt über die Spaltstoffe zuzuweisen; drittens bestanden die USA auf einem Verkaufsmonopol der EAG für Kernbrennstoffe. Ohne zufriedenstellende Eigentumsregelung zugunsten der Organisation, so die Schlussfolgerung, würde es keine optimale Kooperation zwischen Washington und der Atomgemeinschaft geben, insbesondere keine Übertragung von Kontrollrechten auf Euratom.

Der Inhalt der beiden Memoranden belegt, dass im Frühjahr 1956 von amerikanischer Zurückhaltung in Sachen Europäische Atomgemeinschaft keine Rede mehr sein konnte:

"Certains Européens n' ont pas apparemment une claire vision des méthodes et de la politique américaine vis-à-vis d' Euratom. Bien que pensant que les Etats-Unis doivent rester à l' arrière-plan, ce document a pour but de dissiper tout malentendu avant la conférence de Venise, en soulignant à nouveau les principes suivants de la politique américaine."

Ungewohnt deutlich für eine diplomatische Note wird die Sprache der Amerikaner in einem der nächsten Abschnitte:

"Tout compris dans le statut d' Euratom par lequel un des pays partenaires pourrait, sous certaines conditions, se procurer par des arrangements spéciaux des matériaux nucléaires en dehors du canal d' Euratom, paraît au gouvernement des Etats-Unis frapper au coeur même le concept d' Euratom, c' est à dire la Communauté atomique. Le gouvernement des Etats-Unis doit faire connaître aux six nations, dès maintenant où l' on approche de la tâche de préparer le traité, qu' il ne pourrait coopérer de manière efficace avec Euratom à la lumière du paragraphe ci-dessus si ce problème du combustible n' était pas résolu de façon satisfaisante et dans l' esprit de la philosophie européenne de base".²³

Dass die Amerikaner sich nicht scheuten, zwecks Durchsetzung ihrer Interessen sowohl Zuckerbrot als Peitsche einzusetzen, illustriert ihr Umgang mit der Bundesrepublik, deren entstehender Markt für Atomtechnologie das potentiell interessanteste Absatzgebiet für Nukleragüter der amerikanischen Unternehmungen darstellte. Nach anfänglichen Avancen und der anfangs 1956 erfolgten Unterzeichnung eines deutsch-amerikanischen Reaktorabkommens begegnete die US-Diplomatie, entgegen dem Drängen der eigenen Industrie auf Liberalisierung des Handels mit Kerntechnologie, den bundesdeutschen Bestrebungen nach Realisierung einer vertieften bilateralen Nuklearbeziehung mit betonter Zurückhaltung. Die Einleitung von weiteren bilateralen Verhandlungen über zusätzliche Kernbrennstoffmengen wurde von amerikanischer Seite mit der ausdrücklichen Begründung verzögert, man wolle nicht die innereuropäischen Verhandlungen über Euratom gefährden. Nach Abschluss des Abkommens könne sich Bonn dann er-

²³ Goldschmidt, Bertrand: *Le complexe atomique*, Paris 1980, S. 308ff. Auszugweiser Abdruck des zweiten US-Memorandums vom 25. Mai 1956, adressiert an die Länder der Montanunion.

neut an die USA wenden.²⁴ Das vorliegende Material erlaubt den Schluss, dass die amerikanische Regierung über das State Department auf Teile der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft massiven Druck ausübte, um sie zu einer positiven Haltung gegenüber Euratom zu bewegen. Bei dieser Einflussnahme bewiesen die Amerikaner insofern gute Kenntnisse des bundesdeutschen Willensbildungsprozesses, als sie sich an jene Regierungs- und Industriekreise wandten, die der Bildung einer Atomgemeinschaft skeptisch gegenüberstanden.²⁵ Dass die Amerikaner der EAG die Funktion eines Marktöffnungsinstrumentes zuordneten, dokumentierte wenig später die Diskussion um das US-Euratom-Reaktorabkommen von 1958. Im gemeinsamen Interesse amerikanischer und westdeutscher Konzerne wurde die EAG alsbald als bevorzugtes Mittel zur Durchsetzung von US-Nukleartechnologie in den Mitgliedsländern - ausgenommen Frankreich - eingesetzt.

Obendrein übten die USA wesentlichen Einfluss auf den Bericht der 'Euratom-Weisen' aus.²⁶ Die vom Monnet-Komitee angeregte Bedarfsstudie der drei Sachverständigen zielte darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der Kernkraft zu belegen und das umfangreiche Förderprogramm der künftigen Atomgemeinschaft zu legitimieren.²⁷ Auf Einladung des State Department und der AEC - Monnet hatte seine Beziehungen zu Dulles und Admiral Strauss spielen lassen - bereisten die Experten aus den EG-Kernländern im Februar 1957 verschiedene Atomforschungszentren der USA, gefolgt von Besuchen in Kanada und Grossbritannien.²⁸ Der verstärkte Einfluss, den Jean Monnet zu diesem Zeitpunkt auf die Euratomverhandlungen ausübte, wird durch die Tatsache belegt, dass sein engster Vertrauter Max Kohnstamm offiziell die Arbeit des Expertengremiums koordinierte.²⁹ Kohnstamm und Monnet waren es, welche die Studienreise des Euratom-Ausschusses in die angelsächsischen Länder einfädelten und dafür sorgten, dass Paul-Henri Spaak im Dezember 1956 ein an den Vorsitzenden des Regierungsausschusses gerichtetes Einladungsschreiben des amerikanischen Außenministers vorlag.³⁰ Die intensiven Vorbereitungsgespräche nahmen die Amerikaner zum Anlass, sich detailliert über die zentralen Vertragsinhalte informieren zu lassen. Dabei nahmen sie die Gelegenheit wahr, eine Reihe von Abänderungswünschen zur Ausgestaltung einzelner Vertragsbestimmungen anzubringen, die

²⁴ Deubner, Christian: Die Atompolitik der westdeutschen Industrie und die Gründung von Euratom, Diss., Frankfurt/M und New York 1977, S. 54f.

²⁵ Die Amerikaner lobbyierten beim Wirtschafts- und Atomministerium sowie beim Meinungsführer der Industrie, den Farbwerken Hoechst, deren Vorstandsmitglied Alexander Menne zugleich Vorsitzender des Arbeitskreises für Atomfragen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie war. Vgl. Deubner 1977, Atompolitik, S. 56.

²⁶ Armand/Etzel/Giordani: Ziele und Aufgaben für Euratom, o.O., Mai 1957.

²⁷ FM, Fonds AMK 6, 5/20-22. Zweite Resolution des Aktionskomitees vom 20. September 1956.

²⁸ BAR E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 385. Januar-März 1957: Gesandtschaftsberichte mit Kommentaren zur Reise der 'Weisen' aus Washington, Ottawa und London.

²⁹ FM, Fonds AMK/C, Korrespondenz. Unterlagen über Kontakte mit Gerard Smith, Sonderberater des State Department für Kernenergiefragen, und Walt Butterworth, US-Botschafter bei der EGKS sowie Amasa Bishop, AEC-Vertreter für Europa (Nov. 1956-Jan. 1957).

³⁰ BAR E 2001 (E) EPD, 1970/217, Bd. 385. 10.1.1957: Henri de Torrenté zum bevorstehenden Besuch der 'Weisen'. Gemäss Zitat aus der am 21.12.1956 veröffentlichten Einladung von Dulles sollte bei der Programmgestaltung den Wünschen der drei Experten voll Rechnung getragen werden: "(...) that US-Government officials and American private groups can assist them in every appropriate way in carrying out their important mission".

eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen den USA und der EAG garantieren sollten. Wunschgemäss wurde ein Teil dieser Korrekturen sogleich in den Vertragsentwurf eingefügt.³¹

Über seinen "Freund Foster" hatte Monnet auch den Empfang der Delegation bei Präsident Eisenhower vom 6. Februar 1957 arrangiert, der den drei "mit grosser Wärme und tiefer Überzeugung" seinen Support für die europäische Einigung zusicherte. Bei dieser Gelegenheit bekräftigte Lewis Strauss erneut, dass "genügend Kernbrennstoffe vorhanden seien", um das ehrgeizige Euratom-Programm zu realisieren.³² Zum Abschluss der erfolgreichen Gespräche in Washington gab es ein gemeinsames Communiqué von State Department, AEC und 'Euratom-Ausschuss', wie die Weisen in den USA genannt wurden. Die Amerikaner stellten sich darin hinter die Euratom-Ziele und sicherten ihre volle Unterstützung für die Durchführung des Programms zu. Damit war Euratom durch die westliche Führungsmacht abgesegnet. "Das Communiqué übergeht die Arbeiten der OECE", hält der Schweizer Gesandte in Washington dazu lakonisch fest.³³

Für die Erstellung des Gutachtens stellte die AEC dem Stab der Weisen vier hochrangige Experten zur Verfügung, die im Anschluss an die Reise in Luxemburg die Endfassung des Berichtes redigierten. Da die 'Halbweisen', wie die AEC-Wissenschaftler genannt wurden, über das breitere kerntechnische Wissen als die Europäer verfügten, war ihr Einfluss entsprechend gross. Der Bericht geriet zum gewünschten Plädoyer für einen forcierten Ausbaus der zivilen Kernenergienutzung und für die europäische Integration: "to put new life into Euratom".³⁴ Ausserdem sollte die Atomgemeinschaft zu einem Instrument selektiver Proliferation werden: Das Gutachten warnte in ausgeklügelter Argumentation vor der "Illusion der Autarkie" und empfahl, Uranbrennstoff aus den USA zu beziehen. Mit dem Bau einer europäischen Uranaufbereitungsanlage solle aus Kostengründen zugewartet werden, bis ein Kraftwerkprogramm realisiert sei. Die Studie empfahl den Kauf und den Lizenzbau von US-Leichtwasserreaktoren oder - als Zugeständnis an London - des britischen Calder-Hall-Reaktors.³⁵

Die Nuklearstrategie der USA gegenüber Westeuropa war Mitte der fünfziger Jahre von sicherheitspolitischen und ökonomischen Erwägungen geprägt. Auf einen vereinfachten Nenner gebracht, erwies sich die Besorgnis der Amerikaner gegenüber der nuklearen Proliferation als zweifach motiviert: nicht nur der Atomfriede, auch die eigene nukleare Hegemonie sollten gesichert werden. Euratom schien den Vereinigten Staaten die Möglichkeit zu bieten, die Ausbreitung der Atomtechnologie zu kontrollieren, dabei gleichzeitig in der Atomforschung führend zu bleiben und die Position des hauptsächlichen Exporteurs von Nukleargütern auszubauen. Die Reverenz an die Europa-Idee war bloss eine Verbrämung für das Kernstück amerikanischer Atompolitik in Westeuropa: In erster Linie ging es den USA um Kontrollmöglichkeiten über den Verbleib und die Verwendung amerika-

³¹ So zum Beispiel die Sanktionsmöglichkeit des Brennstoffentzugs im Falle missbräuchlicher Verwendung (Art. 83 EAG-Vertrag) oder die Präzisierung der Inspektionsbestimmungen (Art. 81). FM, Fonds AMK/C, Gesprächsnotiz Kohnstamm/Butterworth vom 6.1.1957.

³² FM, Fonds AMM. Notes de réflexion, 15.2.1957.

³³ BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 385. 9.2.1957: De Torrenté an Zipfel. Beilagen: Communiqué vom 8.2.1957 und Kommentar der 'New York Times' vom 9.2.1957.

³⁴ FRUS 1955-57, Vol. IV, S. 487-495, hier: S. 494.

³⁵ Armand/Etzel/Giordani 1957, S. 27ff.

nischen Urans mittels einer gemeinsamen Atombehörde sowie die Offenhaltung des westeuropäischen Marktes für amerikanische Reaktortechnologie. Mit dem Lieferangebot für Uran 235, dem entscheidenden Schachzug der Amerikaner, unterlief Washington eines der wichtigsten Motive für die angestrebte Atomintegration, die gesicherte Versorgung mit angereichertem Uran, und zwar in einem Ausmass, das der zukünftigen Entwicklung der Nukleargemeinschaft die entscheidende Triebkraft der ökonomischen Notwendigkeit weitgehend entzog. Die Ziele, welche die Amerikaner mit Euratom verfolgten, waren somit denen der französischen Regierung diametral entgegengesetzt. Kaum verwunderlich, dass die verunsicherten Franzosen wenig Bereitschaft zeigten, sich als blosse Nebendarsteller einer im Kern diskriminierenden US-Politik missbrauchen zu lassen.

Die zunehmend reserviertere Haltung der USA gegenüber der loserer Konzeption der OECE - unter Einschluss Grossbritanniens - erhärtet die Feststellung einer amerikanischen Dominanzstrategie. Die ablehnende Position der Amerikaner ergab sich nicht nur aufgrund des geringeren Grades an supranationaler Kontrolle, die das OECE-Projekt verhiess. Das Scheitern des unverbindlicheren OECE-Vorstosses hatte nämlich als nicht unwesentliche Konsequenz den Ausschluss Grossbritanniens aus der künftigen Atomgemeinschaft zur Folge, des einzigen westeuropäischen Landes, das über eine ausreichend entwickelte Atomtechnologie verfügte, um innerhalb der Gemeinschaft eine gewisse Konkurrenzposition gegenüber dem übermächtigen atomwirtschaftlichen Einfluss der USA aufzubauen.

Das Bestreben der Amerikaner, sich die strategisch-politischen Vorteile der europäischen Integration zunutze zu machen und weiter auszubauen, dabei aber gleichzeitig mit starkem Druck die eigenen wirtschaftlichen Interessen zu forcieren, musste über kurz oder lang zu Zielkonflikten führen. Die Inkohärenz der amerikanischen Aussenpolitik förderte ein bereits zum Zeitpunkt der Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowohl in massgeblichen industriellen als auch politischen Kreisen der USA vorhandenes Unbehagen gegenüber den protektionistischen Entwicklungstendenzen der westeuropäischen Integration, die der amerikanischen Freihandelsstrategie entgegenliefen und den Aussenhandel der USA mit den Europäern mittelfristig zu beeinträchtigen drohten.³⁶

³⁶ Deubner 1977, Atompolitik, S. 59.

4.5 Frankreich und die Atomgemeinschaft: europäische Einigungsbestrebungen im Schatten kühl kalkulierter nationaler Nuklearinteressen

*"Nach Ablauf von einem Dutzend Jahren wird jede Armee, die nicht mit Atomwaffen ausgerüstet ist, nur noch von geringer Bedeutung sein. Wir haben zu wählen zwischen dem Besitz der Waffe und der Preisgabe unserer nationalen Verteidigung."*³⁷

Verteidigungsminister Bourgès-Maunoury während der Euratom-Debatte in der Assemblée Nationale, 5. Juli 1956.

*"Euratom ne sera pas un obstacle à une éventuelle décision française de fabriquer des armes nucléaires."*³⁸

Premier Guy Mollet anlässlich der Euratom-Debatte vom 5./6. Juli 1956.

Am 30. August 1954 beendete die französische Nationalversammlung die Auseinandersetzung um den Vertrag zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit dem Resultat von 319 ablehnenden gegenüber 264 zustimmenden Voten. Mit der Ablehnung scheiterte der EVG-Vertrag und die damit verbundene Europäische Politische Gemeinschaft. Am 9. Juli 1957 ratifizierte die Assemblée Nationale die Verträge von Rom mit einer deutlichen Mehrheit von 104 Stimmen.³⁹ Auf den ersten Blick gewinnt man den Eindruck, als habe sich in Frankreich ein grundlegender Meinungsumschwung zugunsten der Integrationsvorhaben vollzogen. Bezüglich Euratom täuscht das Ergebnis. Aufgrund veränderter politischer Umstände hatte das gemeinschaftliche Nuklearprojekt die von Paris zugedachte Bedeutung noch vor Inkrafttreten der Römer Verträge bereits weitgehend eingebüsst. Die ursprünglich mit der internationalen Nuklearkooperation angestrebten Zielsetzungen sollten den Franzosen im Rahmen von Euratom verwehrt bleiben.⁴⁰ Und dabei war die Idee einer Atomgemeinschaft unmittelbar nach dem EVG-Debakel das einzige Einigungsvorhaben, das überhaupt auf französische Unterstützung zählen durfte.

Vor dem Hintergrund der Euratom-Kontroverse - stellvertretend für die Auseinandersetzung um die Hegemonie in Europa - sind einige Merkmale und Konstanten der französischen Atom- und Aussenpolitik herauszuarbeiten. Dabei gilt das Hauptaugenmerk zum einen den Ursachen des französischen Nuklearstrebens und zum andern der belasteten deutsch-französischen Beziehung.

• **Latent militärische Atomtechnologieentwicklung**

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts verfügte die französische Atomforschung über mehrere Physikerinnen und Physiker von Weltrang, was die Vielzahl der bis im Mai 1940 eingereichten atomtechnischen Patente belegt. Darunter betreffen

³⁷ Verteidigungsminister Bourgès-Maunoury während der Euratom-Debatte in der Assemblée Nationale, zit. nach BAR E 2200 Paris (-) 1970/245, Bd. 112. Gesandtschaftsbericht vom 9.7.1956 über die Debatte vom 5./6. Juli 1956 sowie Artikel aus 'Le Monde' vom 7.7.1956.

³⁸ Erklärung Premierminister Guy Mollets anlässlich der Euratom-Debatte vom 5./6. Juli 1956. Monnet, Jean: Mémoires, Paris 1976, S. 492.

³⁹ Guillen, Pierre: Frankreich und der europäische Wiederaufschwung, in: VfZ 28/1980, S. 1.

⁴⁰ Der für eine gemeinsame Urananreicherungsanlage in Aussicht gestellten Anreicherungsgrad von 20% war für die militärischen Zwecke der Franzosen bei weitem nicht ausreichend. In der Folge scheiterte die Gemeinschaftsfinanzierung. Technische Daten: Kollert 1994, S. 515.

einige den Reaktorbau, eines die Urananreicherung, und ein weiteres behandelt das Funktionsprinzip der Atombombe.⁴¹

Sogleich nach Ende des Zweiten Weltkriegs nahm Frankreich die Nuklearforschung wieder auf: de Gaulles Initiative leitete im Oktober 1945 die Gründung des staatlichen 'Commissariat à l' Energie Atomique' (CEA) ein. Direkt dem Premierminister unterstellt und über einen eigenen Etat verfügend, war das CEA viel eigenständiger als die übrigen Staatsunternehmen. Die in den Satzungen festgeschriebenen Aktivitäten der Behörde sollten helfen, die Akzeptanz der staatlichen Atominitiative zu erhöhen. Militärische Anwendung finden sich darunter selbstverständlich keine erwähnt, was Goldschmidt während Jahren die Behauptung erlaubte, "wissenschaftliche Forschung und friedliche Nutzung der Atomenergie" seien die alleinigen Ziele des CEA gewesen. De Gaulle selber räumte später ein, das CEA sei im wesentlichen gegründet worden, "damit Frankreich seine eigenen Bomben haben würde", da man auf seiten der Regierung von der zukünftig beherrschenden Stellung der Atomwaffen überzeugt gewesen sei.⁴²

Als klares Indiz für die militärische Ausrichtung des französischen Nuklearprogramms kann die Personalpolitik an der Spitze des CEA gewertet werden. Anfangs 50er Jahre wurden die beiden Nobelpreisträger Irène und Frédéric Joliot-Curie - zusammen mit andern links stehenden Wissenschaftlern, die sich atomwaffenkritisch geäußert hatten - im Verlauf einer 'Säuberungswelle', ausgelöst von der massiv anti-kommunistisch agitierenden Rechten, aus ihren leitenden Positionen entfernt und durch Absolventen der nationalistisch orientierten Eliteakademie des 'Corps des Mines' ersetzt. Zusammen mit der gleichzeitig erfolgten Ernennung eines ausschliesslich für Atomfragen zuständigen Staatssekretärs war das CEA im Anschluss an die Umbesetzungen ideologisch 'korrekt' ausgerichtet und organisatorisch adäquat strukturiert. Als neuer Leiter fungierte der spätere Verteidigungsminister Pierre Guillaumat, Sohn eines verehrten Erst-Weltkrieg-Generals, der das militärische Atomprogramm Frankreichs in der Folge entscheidend vorantrieb.⁴³

1949, ein knappes Jahr nach Inbetriebnahme des ersten europäischen Schwerwasserreaktors, extrahierte ein Team unter Goldschmidts Leitung die ersten paar Milligramm Plutoniumsalz aus bestrahlten Brennstäben, womit ein bedeutender Schritt in Richtung militärische Option getan war. Eine andere vorrangige Tätigkeit des CEA betraf die Uranprospektion, wofür die grösste Abteilung des Unternehmens zuständig war, ausgestattet mit dem Auftrag, das angloamerikanische Uranmonopol zu brechen - eigene Uranvorkommen galten, im Verbund mit der Anreicherungstechnologie, als unerlässliche Vorbedingung der Bombenfertigung. Der Not gehorchend, wählten die Franzosen zur Deckung des Spaltstoffbedarfs einstweilen die technisch einfachere Produktion von Plutonium, das im Spaltprozess ähnliche Eigenschaften wie das nicht verfügbare angereicherte

⁴¹ Goldschmidt 1962, *Aventure atomique*, S. 13f.

⁴² Goldschmidt 1962, *Aventure*, S. 63. Erst in späteren Werken bekennt sich der Autor in gewundenen Formulierungen zu den rüstungstechnischen Prioritäten des CEA. Ders.: *Complexe atomique*, S. 136ff und ders.: *Pionniers de l' atome*, S. 54. Zitat de Gaulle: Kollert 1994, S. 180.

⁴³ Vor der Nationalversammlung gab Ministerpräsident Bidault u.a. an, Joliot - der auf Kundgebungen der kommunistischen Partei zum Kernwaffenverbot aufrief - habe mit seiner Erklärung, keine Atombomben herstellen zu wollen, zur Schwächung der Regierung beigetragen. Goldschmidt 1962, *Aventure atomique*, S. 81.

Uran aufweist.⁴⁴ Ein Alleingang beim Bau einer Urananreicherungsanlage kam zum damaligen Zeitpunkt noch nicht in Frage, weil weder das benötigte Uran noch die erforderliche Elektrizität noch die Finanzmittel verfügbar waren.⁴⁵

Als entscheidender Schritt zur rüstungstechnischen Grundstoffproduktion erwies sich der am 24.6.1952 von der Nationalversammlung verabschiedete Fünfjahresplan. Die getroffene Entscheidung signalisierte, dass Frankreich am Ende des Jahrzehnts über genügend Plutonium für den Atombombenbau verfügen würde. Der parlamentarischen Opposition, die sich in der Debatte gegen die Plutoniumproduktion aussprach, beschied Atomstaatssekretär Gaillard, dass Frankreich nicht danach trachte, Kernsprengsätze zu entwickeln. Bei der zu gewinnenden Substanz handle es sich um Kernbrennstoff für künftige Leistungsreaktoren. Kohl und Soutou weisen nach, dass die Abteilung für 'armes spéciales' bereits 1952 mit der Kernwaffenentwicklung begonnen hatte und darauf zählte, über das zu produzierende Plutonium verfügen zu können. Dieser Sachverhalt soll der CIA bekannt gewesen sein und habe demzufolge das amerikanische Misstrauen gegenüber den französischen Nuklearambitionen weiter geschürt.⁴⁶

Bis zu diesem Zeitpunkt fungierte die Kerntechnik in Frankreich primär als Rüstungstechnik, und die energiewirtschaftliche Nutzung war nicht mehr als eine nützliche Tarn-Option des staatlichen Atomengagements. Erst anfangs 1954, Eisenhower hatte seine 'Atoms for Peace'-Rede gehalten, folgte der Beschluss zur Umwandlung der Reaktoren in Mehrzweck-Kernkraftwerke.⁴⁷ Die energietechnische Nachrüstung der Versuchsreaktoren kann als erster Beitrag zur neuen Atompolitik der USA und als taktische Massnahme zur Tarnung der militärischen Funktion der Anlagen von Marcoule gewertet werden. Obwohl Frankreich die 'Atoms for Peace'-Kampagne als Bedrohung seiner Entscheidungsfreiheit empfand - man fürchtete, von der militärischen Nutzung abgehalten zu werden - konnte es sich, als potentieller Juniorpartner des amerikanisch-britisch-kanadischen Urankartells, keine unverhohlene Kritik an der Eisenhower-Initiative leisten.

Eine weitere Annäherung an die militärische Option brachte das Jahr 1954 - nach der Kapitulation von Dien Bien Phu, nach der Ablehnung der EVG und nach der Paraphierung der Pariser Verträge. Die erhöhte Dringlichkeit des Kernwaffenprojekts lässt sich daran erkennen, dass drei Tage nach Unterzeichnung der Verträge, welche die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und deren Handlungsfreiheit im Bereich der zivilen Kernenergienutzung besiegelten, ein vertraulicher Atomwaffen-Ausschuss eingesetzt wurde.⁴⁸ Am 26. Dezember 1954 legte sich die Regierung Mendès France im kleinen Kreis auf ein geheimes Atomprogramm fest, das die Entwicklung eines Bomben-Prototyps und den Bau eines atomgetriebenen Unterseeboots vorsah - allzuviel Zurückhaltung war offenbar

⁴⁴ Bei diesem auch in Grossbritannien angewandten Verfahren wurde das Plutonium in Naturreaktoren erzeugt, die man gleichzeitig zur Elektrizitätserzeugung brauchte. Damit ist der Grund angesprochen, weshalb in Frankreich - und vor allem in Grossbritannien - früher elektrischer Strom auf Atomkraftbasis erzeugt wurde als in den USA, wo man über die Anreicherungstechnologie verfügte. Scheinmann, Lawrence: Atomic Energy Policy in France under the Fourth Republic, Princeton 1965, S. 66.

⁴⁵ "La voie de la séparation isotopique est à cette date impossible à envisager: (...) et surtout que les moyens financiers ne sont disponibles." Goldschmidt 1980, Complexe atomique, S. 98.

⁴⁶ Kohl, Wilfrid: French nuclear diplomacy, Princeton 1971, S. 21; Soutou, Georges Henri: Die Nuklearpolitik der Vierten Republik, in: VfZ, Jg. 37/1989, S. 606.

⁴⁷ Kollert 1994, Proliferation, S. 188.

⁴⁸ Küntzel, Matthias: Bonn und die Bombe, Frankfurt 1992, S. 208.

nicht mehr vonnöten, nachdem der östliche Nachbar eine Atomverzichtserklärung unterschrieben hatte.⁴⁹ Die nachhaltige Wirkung ausnutzend, welche die Inbetriebnahme der amerikanischen 'Nautilus' sowie die Detonation der ersten britischen Wasserstoffbombe in der Bevölkerung erzielten, gelang es Atomminister Gaston Palewski am 20. Mai 1955, eine massive Budget-Aufstockung zum Weiterausbau der militärischen Atom-Infrastruktur zu erreichen. Dabei setzte man weiterhin auf die Taktik des Tarnens: die für den Ausbau zuständige Sonderabteilung des CEA, das 'Bureau d' études générales', mutierte erst 1958, nach der offiziellen Bekanntgabe der Bombenentwicklung, zur 'Direction des applications militaires'.⁵⁰

In den Diskussionen des Jahres 1954 finden sich drei Argumentationsstränge ineinander verwoben, die erst 1958 wieder auseinanderliefen: Kernwaffen galten in Frankreich in erster Linie als Instrument der Wahrung nationaler Unabhängigkeit, ferner als Mittel der Rückversicherung, falls die USA zögern sollten, ihre Waffen gegen die Sowjetunion einzusetzen, und drittens als Behelf zur Förderung der europäischen Zusammenarbeit. Widersprüche wurden dabei keine geortet: Frankreich gedachte als Führungsmacht die Koordination des europäischen Nuklearprogramms zu übernehmen - zum einen, um das Gleichgewicht innerhalb der atlantischen Allianz wiederherzustellen, zum andern, um die Parität mit Grossbritannien in der 'Standing Group' zu gewährleisten. Aus Sicht der Franzosen existierte im damaligen Zeitpunkt noch keine Unvereinbarkeit zwischen der französischen Nuklearpolitik und der NATO-Strategie - nach Pariser Lesart ergänzte sich beides.

Als Triebfedern der Strategie einer autarken Atomtechnologieentwicklung lassen sich drei Motive anführen: der erste und im umfassenden Sinne bedeutendste Grund ist in der Rigidität des hierarchisch geordneten Atom-Weltmarktes zu orten. Seit 1947 waren alle Versuche des CEA fehlgeschlagen, über die angelsächsischen Monopolisten Lieferungen von natürlichem und angereichertem Uran sowie Zugang zur fortgeschrittenen Nukleartechnologie zu erhalten. Unter diesen Umständen sahen die Franzosen keine Möglichkeit, die eigene Nuklearentwicklung über das als effizienteste Technologie eingeschätzte Verfahren mit angereichertem Uran voranzutreiben - der blockierte Zugang zu Natururan brachte sie sogar dazu, die aufwendige Ausbeutung der geringen eigenen Vorkommen an die Hand zu nehmen. Zweitens bedingte der im Dezember 1954 eingeleitete Aufbau einer französischen Atomstreitmacht die vollständige Autarkie Frankreichs in der Versorgung mit waffenfähigem Spaltstoff.⁵¹ Als dritter Punkt ist das Bestreben anzuführen, dem Land für die Zukunft eine eigenständige Energieversorgung zu sichern - für Frankreich ein existentieller Faktor, weil das Land kaum über eigene Energieressourcen verfügte und die Einfuhrabhängigkeit rasant zunahm.⁵² Als sich 1954, mit der Änderung der amerikanischen Atomgesetze und dem bevorstehenden Ende des anglo-amerikanischen Uran-Monopols, der weltweite Atommarkt merklich zu liberalisieren begann, war Frankreich auf seinem Weg zu einer autarken Atom-Infrastruktur bereits weit fortgeschritten.⁵³

⁴⁹ Goldschmidt 1980, *Complexe atomique*, S. 146f.

⁵⁰ Kohl 1971, *French nuclear diplomacy*, S. 23f; Scheinmann 1965, *Atomic Energy Policy*, S. 116f.

⁵¹ Peyrefitte, Alain: *Le mal français*, Paris 1977, S. 20.

⁵² Im Vergleich zur BRD lag der Heizöl-Einsatz in der französischen Industrie auf einem erheblich höheren Niveau. Vgl. Tabelle 1 der Energiestatistik im Anhang, Grundzahlen der Gemeinschaft.

⁵³ Goldschmidt 1967, *Rivalités*, S. 177ff, S. 193 und S. 223.

• Euratom als Instrument der französischen Atombombenentwicklung?

Aus Kostengründen und zwecks Aufbau eines regionalen Marktes für französische Atomtechnik versuchte Frankreich ab Beginn der fünfziger Jahre eine europäische Zusammenarbeit im Nuklearbereich zu initiieren. Das parallel zu den regionalen Kooperationsansätzen fortgeführte Werben um angelsächsischen Technologie-Support lässt das Dilemma der französischen Atompolitik erkennen: Das CEA fürchtete, die Umsetzung des ambitionierten Nuklearprogramms nicht aus eigener Kraft zu schaffen - wenig erstaunlich, angesichts der Tatsache, dass die Franzosen auf allen Stufen der nukleartechnischen Prozesse mitwirken wollten, um dem eigenen Autarkieanspruch zu genügen. Zuoberst auf ihrer Wunschliste stand das technologische Know-how zur Herstellung von angereichertem Uran, das in hoher Konzentration als Ausgangsstoff für nukleare Sprengkörper diente. Das Ziel der Unabhängigkeit von den USA vor Augen, suchten die Franzosen nach Partner für den Bau einer kostspieligen Isotopentrennanlage, deren Projektierung ausschliesslich rüstungspolitische Motive zugrunde lagen.⁵⁴ Aufgrund der unbefriedigenden Ergebnisse, welche die Vorstösse bei den anglo-amerikanischen Partnern zeitigten - die USA widersetzten sich den Sonderwünschen nach privilegiertem Technologietransfer dezidiert -, sah sich die französische Regierung auf verstärkte Bemühungen im kontinentaleuropäischen Umfeld verwiesen.⁵⁵

Als Ende 1954 die ersten Konzeptentwürfe für eine 'Relance' kursierten, war die französische Haltung bezüglich Bildung einer Nukleargemeinschaft von Ambivalenz und Widersprüchen geprägt. Erst nach anfänglichem Zögern konnte sich die Regierung überhaupt entschliessen, die Resolution von Messina zu unterzeichnen. So kurz nach dem EVG-Desaster zögerte Edgar Faure, die Existenz seines jungen Kabinetts mit einem Vorstoss auf das heikle Integrations-Terrain zu gefährden. Von verdeckten militärischen Motiven beeinflusst, erstreckte sich das zwiespältige Verhalten der Franzosen über die ganze Verhandlungsperiode. Einflussreiche Mitglieder der französischen Delegation standen einer europäischen Atomorganisation grundsätzlich skeptisch gegenüber. Der Argwohn der Guillaumat, Perrin, Gaillard und Goldschmidt, die sich als leitende Beamte der Atombehörde vehement für die Förderung eines militärischen Atomprogramms einsetzten und über dieses Vorhaben bestens Bescheid wussten, bezog sich auf drohende Einschränkungen für das nationale Kernwaffenprojekt. Nichts fürchteten die Nuklear-Nationalisten mehr als eine Beschneidung der Autonomie des CEA, das innerhalb der Verwaltung einen privilegierten Sonderstatus genoss.⁵⁶

Die Furcht, dass Deutschland als Nutzniesser vom französischen Technologievorsprung zehren und das Europa der Sechs wirtschaftlich beherrschen könnte, wurde nicht nur hinter vorgehaltener Hand laut. Die vom CEA und den Gaullisten geäusserte Vermutung, wonach das europäische Nuklearprojekt eine Verschwörung gegen Frankreich sei, die in erster Linie deutschen und amerikanischen Interessen diene, gemahnt an paranoide Züge.⁵⁷ Den unabhängig erworbe-

⁵⁴ In den 60er Jahre gönnten sich die Franzosen schliesslich ihre Urananreicherungsanlage in Pierrelatte - auf eigene Rechnung. Die ebenfalls hohen Erwartungen des CEA an das Konzept eines schnellen Brütters gründeten auf der Gegebenheit, dass dieser mehr waffentaugliches Plutonium produziert als verbraucht.

⁵⁵ Goldschmidt 1967, *Rivalités*, S. 227: "(..) les Etats-Unis venaient de montrer leur opposition à un armement atomique français".

⁵⁶ Goldschmidt 1967, *Rivalités*, S. 214.

⁵⁷ Rieben, Henri: *Euratom*, Lausanne 1957, S. 36ff.

nen Vorsprung gegenüber den Messina-Partnern gedachte man jedenfalls nicht leichtfertig preiszugeben. Im Gegensatz zu den USA und Grossbritannien hatte Frankreich zur Mitte des Jahrzehnts zwar noch keine Leistungsreaktoren in Betrieb; der Forschungsrückstand gegenüber den beiden war aber bedeutend geringer als derjenige der übrigen EGKS-Staaten. Im Vergleich zur Gesamtheit der europäischen Partner verfügten die Franzosen über die doppelte Zahl von Nuklearwissenschaftlern, und ebenso lag ihr Nuklear-Etat um ein Vielfaches höher.

Im CEA war man sich andererseits durchaus der Vorteile bewusst, die eine regionale Kooperation bringen konnte. Nachdem die misstrauischen und auf Nonproliferation bedachten Amerikaner dem atlantischen Partner über Jahre hinweg ihr nukleares Know-how vorenthalten und dessen Zusammenarbeit mit Kanada und Grossbritannien hintertrieben hatten, bot Euratom den Franzosen eine Möglichkeit, aus dem lästigen Dilemma zwischen amerikanischer Gängelung und faktischer Isolation herauszufinden. Der Umweg über die Atomgemeinschaft sollte den erstrebten Zugang zur neuesten Technologie und insbesondere zum angereicherten Uran ebnen, das in Frankreich den Status eines "combustible de choix" genoss.⁵⁸ Überdies versprach Euratom einen Einblick in den Stand der westdeutschen Atomforschung, ohne selber einer Kontrolle im militärischen Bereich unterworfen zu sein. Auf diese Weise erhoffte sich Paris Klarheit bezüglich der aufgekommene Befürchtungen, die Bundesrepublik könnte aufgrund ihres chemischen Industriepotentials und ihres Vorsprungs in der Metallurgie für die Amerikaner zu einem bevorzugten Partner bilateraler Kooperation werden.⁵⁹

In militärisch sensiblen Bereichen stand für das CEA während der EAG-Verhandlungen nur eine staatlich dirigierte internationale Technologieentwicklung unter französischer Ägide zur Disposition - dass Frankreich aufgrund seines Wissensvorsprungs die Politik der Atomgemeinschaft massgeblich prägen würde, stand für seine Exponenten ausser Zweifel. Dass die Franzosen primär auf den eigenen Nutzen bedacht waren und unzimperlich das Zugeständnis einer die Partner diskriminierenden Sonderbehandlung beanspruchten - frei nach dem Motto: Beitragsleistung ohne gleichberechtigte Nutzungsrechte -, zeigt sich daran, dass ihre Unterhändler während der Verhandlungen wiederholt dagegen opponierten, angereichertes Uran aus einer künftigen europäischen Isotopentrennanlage auch den Deutschen zugänglich zu machen. Eine massgebliche finanzielle Beteiligung der BRD am Bau einer derartigen Anlage wurde dennoch explizit vorausgesetzt.⁶⁰

Das wohl entscheidende Faktum für die Deblockierung des stockenden Integrationsprozesses stellten in der Folge die Wahlen vom Januar 1956 dar, welche der Nationalversammlung eine proeuropäische Mehrheit bescherten. Guy Mollet, der neue Ministerpräsident, ebenso wie Aussenminister Christian Pineau und der Staatssekretär im Aussenministerium, Maurice Faure, waren entschiedene Europäer.⁶¹ Ausserdem hatten die euroskeptischen Gaullisten, deren Mandate von 121 auf 21 zurückgefallen waren, nur mehr geringen parlamentarischen Einfluss.

⁵⁸ Goldschmidt 1967, *Rivalités*, S. 223.

⁵⁹ Rieben, Henri: *Euratom*, Lausanne 1957, S. 39.

⁶⁰ Deubner 1977, *Atompolitik*, S. 51.

⁶¹ Grosser, Alfred: *La IVe République et sa politique extérieure*, Paris 1967, S. 345. Mollets Regierungserklärung vom 31.1.1956 bestätigte den erwarteten Kurs des neuen Kabinetts. "(..) was die Atomenergie betrifft, so kann und muss schneller gehandelt werden. Die Regierung beab-

Beeinflusst von der Absicht der Amerikaner, mit Euratom ein integrierend wirkendes Non-Proliferationsregime zu schaffen, erklärte Mollet anfänglich, dass er "eine europäische Industrie zur Herstellung von Atombomben" nicht zulassen werde - seine Vorgänger hatten tendenziell die Idee eines europäischen Atomrüstungs-pools verfolgt. Die Unterstützung des US-Vorhabens, über die Kollektivierung des Spaltstoffbesitzes die Atomentwicklungs-politik der Sechs proliferations-verhindernd unter Kontrolle zu halten - was nichts anderes hiess, als "auf die atomare Souveränität der Nation zu verzichten" -, stiess in Frankreich auf erbitterten Widerstand, auch innerhalb der sozialistischen Partei. Bereits einige Monate später rückte die Regierung Mollet von der apodiktischen Position ab, die sie noch zu Beginn des Jahres eingenommen hatte. Nachdem die Assemblée Nationale in der Euratom-Debatte vom Juli 1956 die Unterstützung der Nuklearge-meinschaft davon abhängig gemacht hatte, dass das französische Atomprogramm eine ungehinderte Fortsetzung fand, stimmte das Parlament der EAG-Gründung unter der Bedingung zu, dass Frankreich in der Gemeinschaft die Führungsposi-tion zugesprochen erhielt. Die Zustimmung zur Fortführung der Euratom-Verhandlungen musste sich die Regierung mit Zugeständnissen an die Adresse der Verfechter einer nationalen Unabhängigkeitspolitik teuer erkaufen. Staatssekretär Maurice Faure, der Leiter der französischen Delegation in Brüssel, ging - in der Absicht den sachgebundenen eigenständigen Charakter der Nuklearge-meinschaft hervorzuheben - soweit, der Assemblée zu versichern, dass es kein Junktim von Euratom und Wirtschaftsgemeinschaft gebe,⁶² und Premier Mollet liess sich im Verlauf der Debatte zu einer Konzession bewegen, die die Erfolgsaus-sichten der EAG in der Folge schwer kompromittieren sollte: "Euratom ne sera pas un obstacle à une éventuelle décision française de fabriquer des armes nucléaires."⁶³ Damit war erstmals offiziell angedeutet, dass Frankreich eine mili-tärische Option verfolgte. Einem Kompromissvorschlag Spaaks folgend, stimmte Mollet kurze Zeit darauf einem fünfjährigen Atomtestverzicht zu. In der Praxis bedeutete dieses Moratorium aber nur ein symbolisches Opfer; die Franzosen wären eh nicht vor 1960 zum Zünden von Atomsprengsätze bereit gewesen.⁶⁴

Der nächste Schritt zur Umsetzung der militärischen Option erfolgte im No-vember 1956, im Nachgang an Suez. Laut Geheimabkommen vom 30.11.1956 sollte das CEA "die Vorarbeiten zur Herstellung von Nuklearsprengkörpern und zur Durchführung von Tests aufnehmen". Goldschmidts weist darauf hin, dass die Regierung die Waffenentwicklung aber noch nicht völlig freigab. Noch exi-stierte in der französischen Atompolitik die illusionäre Option einer kostensen-kenden europäischen Kooperation beim Aufbau der eigenen Atomstreitmacht.

Im Januar 1957, vor der entscheidenden Phase der Verhandlungen, liess sich der Regierungschef von der Nationalversammlung für die Schlussrunde ein Mandat erteilen, das einerseits aufgrund der dezidierten Ansprüche die französi-

sichtigt, noch vor dem Sommer den Abschluss eines Vertrages zur Errichtung der Euratom zu erreichen." Europa-Archiv 11/1956, S. 8649ff, Abdruck der Deklaration.

⁶² BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 33, 10.7.1956. Kommentierter Abdruck der Rede Maurice Faures, 'Le Monde' vom 8. Juli 1956. Die Tatsache, dass Faure in der Delegationslei-ter-Sitzung vom 26. 7. 1956 in Brüssel auf einen möglichst raschen Abschluss beider Verträge drängte, steht in krassem Gegensatz zu seinen Äusserungen vor der Nationalversammlung, wonach es kein Junktim gebe. Der eklatante Widerspruch dokumentiert die Gratwanderung, zu der sich die Regierung Mollet aufgrund der innenpolitischen Animositäten gezwungen sah.

⁶³ Monnet, Jean: Mémoires, Paris 1976, S. 492.

⁶⁴ Goldschmidt 1980, Complexe atomique, S. 149f.

sche Position am Verhandlungstisch stärker legitimierte, andererseits das Parlament im Grundsatz aber bereits an das ungeliebte EWG-Projekt band - nachdem ein halbes Jahr zuvor der Nationalversammlung noch versichert worden war, dass es kein Junktim von EAG und EWG gäbe. Seit dem Regierungsantritt des Mitte-Links-Kabinetts der 'Republikanischen Front' benutzte Frankreich die europäischen Integrationsbestrebungen unter anderem als Mittel, die eigenen Schwierigkeiten - Dekolonisation, Zahlungsbilanzdefizit, ausufernde Kosten ambitionöser Nuklearprogramme - als Integrationsprobleme darzustellen und folglich deren Lösung im Rahmen der 'Relance' auf supranationaler Ebene einzufordern.⁶⁵ Die unverhohlenen vorgebrachte Drohung, bei Nichteinbezug der Übersee-Territorien in den Gemeinsamen Markt fortan nicht weiter am Integrationsprozess zu partizipieren, brachte der französischen Strategie letztlich den ersehnten Erfolg, und dies, obwohl von den Partnerstaaten nur Belgien ebenfalls von der afrikanischen Problematik betroffen war.⁶⁶ Von Paris zu Schicksalsfragen hochgespielt, ermöglichten erst die von den Partnerländern zugestandenen Konzessionen in den Bereichen Kolonial-, Sozial- und Wirtschaftspolitik das Zustandekommen des EWG/EAG-Junktims.⁶⁷

Die EVG-Debatten des Jahres 1954 waren vom Umstand belastet, dass die Sechsergemeinschaft vielen französischen Politikern seit dem gescheiterten britischen Beitritt zur Montanunion als eine deutsch-amerikanische Unternehmung erschien. Die EVG wurde nicht primär als eine neue Etappe des regionalen Einigungsprozesses angesehen, sondern als Versuch, den "unpopulären Gedanken der Wiederbewaffnung Deutschlands schmackhaft zu machen, indem man ihn in den populären Farben Europas malte".⁶⁸ Zu der Angst vor einem raschen Wiederaufstieg der Deutschen und der Furcht vor deren Forderung nach Gleichberechtigung gesellte sich der Unmut über die massive Förderung der Verteidigungsgemeinschaft durch die USA sowie die Pressionsversuche der Amerikaner gegenüber der französischen Regierung. Die brisante Mixtur von anti-deutscher und anti-amerikanischer Stimmung brachte die EVG in der Nationalversammlung letztlich zum Scheitern.

Drei Jahre später präsentierte sich die Situation verändert: der Bruch zwischen Ost und West war nicht mehr rückgängig zu machen, was sich auf das Stimmverhalten der Sozialisten und der Mitte-Links-Parteien auswirkte.⁶⁹ Wer an die Möglichkeit eines sowjetischen Rückzugs aus Osteuropa als Gegenleistung für einen Verzicht auf die deutsche Wiederbewaffnung geglaubt und dadurch - in der Hoffnung, eine endgültige Spaltung Europas zu vermeiden - gegen die EVG gestimmt hatte, musste seine Illusionen nach der Niederschlagung des ungarischen Aufstands und dem Ausbleiben einer Reaktion des westlichen Lagers endgültig ablegen. Überdies präsentierte sich das Verhältnis zur Bundesrepublik ent-

⁶⁵ BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 385. 22.1.1957: Bericht der Pariser OECE-Delegation.

⁶⁶ Zur Assoziierung der 'territoires d' outre-mer' im EWG-Vertrag: vgl. Moser, Thomas: Europäische Integration, Dekolonisation, Eurafrika. Diss., Bern 1997, S. 387-426.

⁶⁷ BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 385. 16.3.1957: Bericht Pierre Micheli, Gesandter in Paris.

⁶⁸ Grosser, Alfred: Das Bündnis, München 1978, S. 178.

⁶⁹ Der Umschwung wird daraus ersichtlich, dass drei Gruppierungen, die bei der Abstimmung über die EVG gespalten waren, geschlossen für die Ratifizierung der Römerverträge eintraten: Sozialisten, UDSR (Union démocratique et socialiste de la Résistance - eine Partei der linken Mitte, der sowohl Pleven als auch Mitterrand angehörten) und Gemässigte. Guillen 1980, S. 3.

spannter. Der erfolgreiche Abschluss der deutsch-französischen Verhandlungen über die Zukunft der Saar, welcher der französischen Seite eine Reihe wirtschaftlicher Kompensationen einbrachte, markierte eine Wiederannäherung der beiden Staaten.⁷⁰ Wesentlich war zudem, dass nebst dem Deutschen Gewerkschaftsbund nun auch die SPD für den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft eintrat.

• **Hintergründe einer verkappten Nuklearproliferation**

*"Si la France avait quelques armes nucléaires et les moyens de les lancer, elle serait à l'abri de la répétition de ses terribles expériences de 1914 et de 1940. C' est en grande partie avec cette pensée dans mon esprit que je me suis battu pour que la France se constitue ce parapluie efficace contre les orages venant régulièrement de l'autre côté de nos frontières de l'est."*⁷¹

General Ailleret in seinem Buch 'Das französische Atomabenteuer'.

Frankreichs Atombewaffnung war der erste Fall einer Proliferation nach langer vorangehender Latenzphase. Die Beweggründe, welche die französischen Regierungen im Zeitraum von 1945-1958 dazu bewogen haben, sich der militärischen Option bis hin zum Beschluss von Atomtest stetig zu nähern, sind sowohl militärischer als auch politischer Herkunft. Wesentliche Motive des Strebens nach Atombewaffnung waren der Wunsch nach Unabhängigkeit von der atomaren Schutzmacht USA, die Entwicklung einer eigenständigen Rolle in der Weltpolitik sowie ein Bedürfnis nach langfristiger Sicherheit gegenüber der Bundesrepublik Deutschland - garantiert durch waffentechnische Überlegenheit.

In militärischer Hinsicht ist vor allem auf zwei für die französische Nation traumatische Erlebnisse hinzuweisen: auf die Niederlage in Indochina im Jahre 1954 und auf das Suez-Debakel vom Herbst 1956. Während der Belagerung von Dien Bien Phu erbat die französische Regierung von den Amerikanern den Einsatz von Atomwaffen gegen die Vietminh-Guerilla. Generalstabschef Radford befürwortete einen Nuklearschlag, erhielt dafür aber keine Genehmigung der US-Regierung.⁷² Der auf Druck des atlantischen Partners erfolgte Rückzug vom Suezkanal bedeutete einen weiteren Knacks für das angeschlagene Selbstwertgefühl einer Nation, deren Streben nach einer weltpolitischen Führungsrolle sich als ein roter Faden der Aussenpolitik präsentiert - besonders ausgeprägt während der Amtszeiten de Gaulles. Frankreichs Kolonialpolitik ist ein Schlüsselement für das Verständnis der Haltung eines Landes, dessen unaufhaltsam schrumpfendes Imperium das nationale Selbstbewusstsein nachhaltig irritierte - gewissermassen eine sozialpsychologische Erklärung für die Existenz der französischen Atomstreitmacht. Der Wille zur Wahrung des überseeischen Besitzstandes figurierte als unverzichtbarer Bestandteil einer französischen Politik, die entschlossen war, die Grossmacht-Stellung zumindest vordergründig zu behaupten.

Der gaullistische Anspruch war bereits im Juli 1945 sichtbar geworden, als der General in Potsdam auf der nachträglichen Errichtung einer französischen Besatzungszone beharrte. Auch während der Machtabsenz des Generals setzte

⁷⁰ 27.10.1956: Unterzeichnung des Vertrages über die Regelung der Saar-Frage in Luxemburg.

⁷¹ General Ailleret in seinem Buch 'Das französische Atomabenteuer', zit. nach Soutou 1989, S. 5.

⁷² Aron, Raymond: Einführung in die Atomstrategie, Köln 1964, S. 35; Kohl 1971, S. 36ff.

sich das französische Streben nach der kontinentaleuropäischen Vorherrschaft ungebrochen fort, wenn auch in sublimer Form. Der erst mit der Rückkehr des Generals unverhüllt geäußerte Anspruch auf die Führungsrolle in Westeuropa liess die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nie verstummte französische Kritik an der amerikanischen Dominanz im westlichen Bündnis und an der Zurückstellung europäischer Interessen gegenüber den Bedürfnissen der westlichen Führungsmacht bloss deutlicher hervortreten.

Sicherheitspolitische Fragen liessen die virulente amerikanisch-französische Rivalität um den Führungsanspruch in Europa immer wieder eskalieren. Einen der Anlässe bot die Erkenntnis der NATO, dass in Europa im Kriegsfall eine massive Anwendung taktischer Nuklearwaffen erforderlich sein könnte. In Vorausahnung des neuen sowjetischen Nuklearpotentials war die US-Regierung bereits im Frühjahr 1956 - noch vor dem 'Sputnik'-Start - von der bis dahin vertretenen Dulles-Doktrin der 'massiven Vergeltung' durch interkontinentalen Atomschlag abgerückt. Gemäss Radford-Plan wurden nun taktische Atomwaffensysteme auf dem potentiellen Schlachtfeld Europa stationiert.⁷³ Ein Waffengang mit der Sowjetunion sollte dadurch auf den europäischen Kontinent begrenzt bleiben. Die drohende Gefahr einer atomaren Konfrontation auf europäischem Boden weckte in der ganzen Region die Angst, in einer künftigen Auseinandersetzung der beiden Supermächte möglicherweise geopfert zu werden. Diese in ganz Westeuropa laut gewordenen Befürchtungen bildeten den Hintergrund für derart zugespitzte programmatische Erklärungen, wie sie Verteidigungsminister Bourguès-Maunoury im Juli 1956 während der Euratom-Debatte in der französischen Nationalversammlung abgab.⁷⁴

Die im Nachgang an das Suez-Abenteuer geschürten Zweifel an der Wirksamkeit der amerikanischen Nuklearabschreckung wurden im Oktober 1957 durch den 'Sputnik-Schock' noch verstärkt. Für Paris erhielt die Frage der Nuklearbewaffnung definitiv den Status eines zentralen aussen- und bündnispolitischen Themas. Das angeschlagene Vertrauen in die nukleare Schutzgarantie der USA mehrte zudem die europäischen Stimmen, die nicht nur ein erhöhtes Mass an sicherheitspolitischer Konsultation forderten, sondern darüber hinaus Teilhabe und Mitsprache im atomaren Bereich. Erneut tauchten Pläne auf, die in Frankreich erstmals 1954 diskutiert worden waren: um einem im Kriegsfall drohenden Autonomieverlust vorzubeugen und nicht völlig von den USA abhängig zu sein, sollte die Europäische Gemeinschaft über eine integrierte Atomstreitmacht verfügen. Erst als klar wurde, dass ein derartiges Vorhaben im Rahmen von Euratom aufgrund der amerikanischen Störmanöver undenkbar war, wandte sich die französische Regierung mit dem Vorhaben einer gemeinsamen Entwicklung strategischer Atomwaffen an die europäischen Partner Deutschland und Italien. Der Plan, den Franz Josef Strauss zwanzig Jahre später als "Verabredung zum Aufbau einer trilateralen Atomstreitmacht" darstellte, gründete nicht zuletzt auf der Erkenntnis, dass nur eine entsprechende europäische Nuklearkapazität die UdSSR vor künftigen Atomdrohungen nach dem 'Suez-Muster' würde abhalten können. Der komplett in Widerspruch zur vorangehenden Politik stehende Versuch, zusammen mit den Deutschen die geheime Entwicklung von Atomwaffen

⁷³ Scheinmann 1965, Atomic Energy Policy, S. 168.

⁷⁴ Vgl. Zitat eingangs Kapitel 4.4.

voranzutreiben, gibt einen Hinweis darauf, wie sehr sich Frankreich gleichzeitig an mehreren Fronten bedrängt fühlte.⁷⁵

Sobald man bei der Suche nach konkreten Motiven für Frankreichs Streben nach 'grandeur' etwas vom Rahmen des Ost-West-Konflikts abrückt, taucht sofort das alte französische Bedürfnis nach Sicherheit vor dem östlichen Nachbarn auf. "To ensure France's security in Western Europe by preventing a new Reich from menacing her again. To collaborate with the West and the East, constructing alliances with one side or the other as necessary, without ever accepting a position of dependence (..)".⁷⁶ Auf Deutschland bezogenes Sicherheitsdenken als aussenpolitisches Leitmotiv des Gaullismus: das Konzept nuklear garantierter Überlegenheit lässt sich direkt davon ableiten. Soutou weist mehrfach auf den nuklearen 'Sicherheitsspielraum' hin, den Frankreich gegenüber Deutschland beanspruchte - dazu gehörte zwingend die Wahrung des 1954 erreichten Verzichts auf eine deutsche Atombewaffnung. Kohl behauptet in seiner Studie, dass der deutschlandorientierte Sicherheitsanspruch bereits das Denken der Atomwaffenbefürworter der Vierten Republik geprägt habe - die unmittelbare Pariser Nachkriegspolitik war ja bekanntlich keineswegs auf Versöhnung, Zusammenarbeit und europäische Einigung ausgerichtet.⁷⁷ Vielmehr war der Gedanke vorherrschend, eine rasche Rekonstruktion der deutschen Wirtschaft zu verhindern und das Wiedererstarken der Bundesrepublik unter Kontrolle zu halten - die Sorge vor einer bevorstehenden atomaren Gleichstellung der Bundesrepublik gilt als eines der gewichtigsten Argumente der französischen EVG-Debatte.

Erst aus einer Zwangslage heraus - unmittelbar nach dem Scheitern der Verteidigungsgemeinschaft - empfahl der französische Generalstab erstmals die Gründung einer europäischen Atomstreitmacht unter französischer Führung, dabei aber explizit festgehalten, den Deutschen müsse der Atomstatus um jeden Preis verweigert bleiben.⁷⁸ Dieser Ansicht waren auch die USA, deren Europapolitik immer gleichzeitig auch Deutschlandpolitik war, mit der für Frankreich paradoxen Konsequenz, dass Washington sich den französischen Atomplänen vehement entgegenstellte. Das Ziel der USA müsse es sein, "to so conduct ourselves regarding France's nuclear program as to prevent proliferation, especially across the Rhine".⁷⁹ Nach amerikanischer Einschätzung musste französischer Atomwaffenbesitz entsprechende deutsche Bestrebungen nach sich ziehen. Eine unabhängige Atombewaffnung der BRD kam für die USA angesichts der ungelösten deutschen Frage und angesichts des politischen Imperativs der Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis aber entschieden nicht in Frage.⁸⁰

Die nach der Gründung von Euratom ausgefochtenen deutsch-französischen Querelen um die Finanzierung sensibler atomtechnischer Gemeinschaftsanlagen - klassisches Beispiel: die gescheiterte Finanzierung der Isotopentrennanlage - verweisen durchwegs auf den omnipräsenten sicherheitspoliti-

⁷⁵ Kollert 1994, S. 240. Der Vorstoß markiert nicht mehr als eine flüchtige Episode: die verabredete Kooperation mit der BRD und Italien wurde nach de Gaulles Machtantritt sofort sistiert.

⁷⁶ Charles de Gaulle, zit. nach Kohl 1971, *French nuclear diplomacy*, S. 126.

⁷⁷ Soutou 1989, *Nuklearpolitik*, S. 608; Kohl 1971, *French nuclear diplomacy*, S. 31.

⁷⁸ Soutou 1989, *Nuklearpolitik*, S. 607f.

⁷⁹ Conze 1995, *Hegemonie durch Integration*, S. 325.

⁸⁰ Die deutsche Teilnahme an einem Partizipationsmodell im Rahmen der NATO - und damit unter amerikanischer Kontrolle - wurde dies- und jenseits des Atlantiks erst 1959/60 ernsthaft in Erwägung gezogen.

schen Hintergrund. Auch ohne Aussicht auf Unterstützung durch die Europäische Atomgemeinschaft verlangte die Doktrin der nuklearen Unabhängigkeit ultimativ nach einer 'Force de frappe' als neuem Grossmachtsymbol der 'Grande Nation'. Die Explosion der ersten französischen Atombombe am 13. Februar 1960 in der Sahara unterstreicht nachdrücklich den französischen Anspruch auf Gleichrangigkeit mit den Nuklearmächten USA und Grossbritannien und betont gleichzeitig die geforderte Statusdifferenz zwischen Frankreich und Deutschland. In einem gewissen Sinne symbolisiert die Detonation von Reggane das französische Sicherheitsbedürfnis gegenüber dem überlegenen ökonomischen Potential der Bundesrepublik.

4.6 Bundesdeutsche Atompolitik in den fünfziger Jahren: zwischen Kernwaffen-Verzicht und Nuklearambitionen

Die Römer Verträge gelten heute als ein Höhepunkt deutscher Aussenpolitik der 50er Jahre. Dabei mag ein Detail die Bedeutung unterstreichen, die der Kanzler den Verträgen als Wegmarke bundesdeutscher Westintegration beimass: als einziger Regierungschef der Signatarstaaten liess Adenauer es sich nicht nehmen, die Reise nach Rom persönlich anzutreten.

Im Vorfeld der einzigen Bundestagsdebatte, die vier Tage vor dem Römer Festakt zu dem Thema angesetzt war, hatte Ludwig Erhard für Zündstoff gesorgt, indem er gegenüber Journalisten verlauten liess, in der beschlossenen Form sei das Vorhaben "volkswirtschaftlicher Unsinn und europäische Inzucht". Das Unternehmen gleiche einem "schwer gepanzerten Wagen mit zu kleinem Motor und überdimensionierten Bremsen".⁸¹ In der Debatte kleidete der Wirtschaftsminister seine Vorbehalte in versöhnlichere Worte und signalisierte Bereitschaft, das neue Europa zu unterstützen. Statt in Wortgefechten übte sich der Bundestag in staatstragender Einmütigkeit: da die SPD-Opposition in einer Zustimmung zu den Römischen Verträgen eine Gelegenheit sah, nach den deutschlandpolitisch bestimmten Voten gegen EGKS und EVG für einmal Verantwortungsbewusstsein und Regierungsfähigkeit zu demonstrieren und der Deutsche Gewerkschaftsbund eben jene Form sozial abgesicherter Marktintegration verlangte, die der EWG-Vertrag aufgrund des französischen Insistierens vorsah, bereitete die Ratifizierung des Vertragswerks keine Schwierigkeiten. Es schien, als hätten Regierung und Opposition den Weg der Westbindung und der Integration als pragmatischen aussenpolitischen Kurs der Bundesrepublik längst akzeptiert. Die an den Tag gelegte Einigkeit täuschte. Der Unterzeichnung der Römer Verträge war ein ungewöhnliches Seilziehen um den Beitritt zur Europäischen Atomgemeinschaft vorausgegangen.

• Voraussetzungen westdeutscher Nuklearentwicklung

Zwei Ereignisse setzten die Entwicklung der friedlichen Kernenergienutzung in Westdeutschland auf breiter Front in Gang: die Wiedererlangung der Souveränität am 5. Mai 1955 und die Genfer Atomkonferenz desselben Jahres. Obwohl alliierte Verbote das deutsche Atomprogramm - bis 1945 das fortgeschrittenste nach den USA - zurückgeworfen hatten, waren die technischen Voraussetzungen

⁸¹ Eckert, Michael: Kernenergie und Westintegration, in: Herbst 1990, S. 332.

der Atomtechnologieentwicklung in der Bundesrepublik vielversprechend. Unter Anspielung auf ein im Dritten Reich entwickeltes Urananreicherungs-Verfahren sprach Strauss 1956 von "günstigen Voraussetzungen, zur führenden Atommacht Westeuropas aufzusteigen" - eine etwas gar optimistische Selbsteinschätzung.⁸²

Die wissenschaftliche Erforschung der Atomkraft sowie ihre wirtschaftliche Verwendung und Weiterentwicklung - auch zu zivilen Zwecken - unterstanden in Deutschland bis 1955 einem Verbot der westlichen Besatzungsmächte. Zwar durften sich Industrie und Forschung bereits ab 1950 wieder mit nukleartheoretischen Fragen befassen; die Auflagen des Besatzungsstatus erschwerten die Arbeiten jedoch erheblich. Mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge erlangte die BRD ihre Souveränität, und der Bereich der zivilen Atomenergienutzung unterstand fortan der Disposition des deutschen Gesetzgebers.⁸³ Die Freigabe eigener nuklearwirtschaftlicher Aktivitäten erfolgte indes nicht integral; die deutsche Atomkraftentwicklung musste weiterhin im Rahmen restriktiv gehaltener Bedingungen stattfinden. Zudem erfolgte die Befreiung vom Besatzungsstatut in einem Zeitpunkt, da die bevorstehende Gründung der IAEA darauf abzielte, den nuklearen Handlungsspielraum der Nationalstaaten noch enger zu fassen.

Bereits zu Beginn der 50er Jahre hatten Exponenten aus Industrie und Wissenschaft den Bundeskanzler aufgefordert, sich für eine Aufhebung der besatzungsrechtlichen Nuklear-Restriktionen stark zu machen. Adenauer seinerseits plädierte für eine zurückhaltende Rolle des Staates in der Atompolitik - eine Haltung, die mehr mit aussenpolitischem Kalkül als mit neoliberalen Ordnungsvorstellungen zu tun hatte. Der Kanzler war sorgsam bemüht, dem Aufkommen jeglicher Verdachtsmomente vorzubeugen, die BRD verletze die Bestimmungen der Siegermächte im Nuklearbereich oder erstrebe gar den Besitz von Atomwaffen.

Mit der Rückgewinnung der Souveränität musste der Staat aktiv werden; die rechtliche Regelung der Nuklearpolitik wurde unumgänglich. Solange keine Atomgesetzgebung vorlag, behielten die besatzungsrechtlichen Einschränkungen ihre Gültigkeit, und die USA machten das Vorhandensein von gesetzlichen Normen, die Schutz gegen missbräuchliche Anwendung boten, zur Vorbedingung des Abschlusses eines Standardabkommens über nukleare Zusammenarbeit. Im Nachgang an die Genfer Atomkonferenz, die mit ihrer Offenlegung von kerntechnischen Daten bei Wissenschaftlern, Politikern, Industriellen und Publizisten einen überwältigenden Eindruck hinterliess, erfolgte die Institutionalisierung der bundesdeutschen Kernkraft-Förderung geradezu schlagartig auf mehreren Ebenen. Um der "schädlichen Zersplitterung deutscher Interessen" auf dem Gebiet der Atomnutzung ein Ende zu bereiten, schuf Adenauer im Oktober 1955 eigens ein Bundesministerium für Atomfragen unter Leitung von Franz Josef Strauss, der sich um "alle mit der Forschung und Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke zusammenhängenden Fragen" zu kümmern hatte.⁸⁴ Drei Monate später war auch die Deutsche Atomkommission formiert. Im Gegensatz zur amerikanischen AEC blieb sie ein mit führenden Leuten aus Wissenschaft und Wirtschaft bestücktes Beratergremium und war keine eigenständige Behörde.

⁸² 'Rheinische Post', 30.1.1956, zit. nach Küntzel 1992, Bonn und die Bombe, S. 25.

⁸³ Deubner 1977, Atompolitik, S. 5; das deutsche Atomgesetz trat 1959 in Kraft.

⁸⁴ Die Bemerkung des Kanzlers bezog sich auf die umstrittene Frage des staatlichen Eigentums an Kernbrennstoffen sowie auf den Bau von Kernkraftwerken durch die öffentliche Hand. Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1955-59, Stuttgart 1967, S. 70.

Das Bundesministerium für Atomfragen war zuständig für die Koordination der nationalen Politik und für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.⁸⁵ Nach den Vorstellungen der Regierung sollte die neue deutsche Atomwirtschaft "tunlichst ohne staatlichen Dirigismus entstehen", heisst: die Verwertung der Kernenergie wurde der Privatwirtschaft zugewiesen, und nur die Bereiche Forschung, Verbleibskontrolle von Kernbrennstoffen und Strahlenschutz blieben staatlicher Hoheit unterstellt.⁸⁶ Das Ministerium sollte weder Reaktoren entwerfen noch in Auftrag geben; die Verteilung von Kernbrennstoffen lag nicht in seiner Kompetenz und schon gar nicht war es Eigentümer dieser Stoffe. "Je mehr die private Wirtschaft eigene Initiativen entwickelt, desto weniger wird eine korrespondierende staatliche Tätigkeit erforderlich sein", lautete Strauss' wirtschaftspolitische Konzeption. Seine Hauptaufgabe sah er darin, Voraussetzungen zu schaffen, "dass der zehn- bis fünfzehnjährige Rückstand der Bundesrepublik aufgeholt wird". Beschränkt auf die friedliche Nutzung gehe es darum, Deutschland einen "gleichberechtigten Platz im Kreis der Atomkräfte" zu sichern.⁸⁷ Damit lagen die Richtlinien für zwischenstaatliche Kooperationsabkommen vor.

Nebst den politischen Rahmenbedingungen spielte die völlige Abhängigkeit der deutschen Atomforschung von der Zulieferung ausländischer Materialien eine entscheidende Rolle für die Ausgestaltung der nationalen Atompolitik. Diese Abhängigkeit betraf sowohl die Bereiche Forschung und Rohstoffversorgung als auch den industrietechnischen Sektor (Metallurgie, Reaktorbau).⁸⁸ Die Hoffnung von Regierung und Industrie, zumindest einen Forschungsreaktor, den von Karlsruhe, ausschliesslich mit Natururan aus deutschen Vorkommen betreiben zu können und dadurch in der Lage zu sein, die Anlage vor dem Kontrollblick ausländischer Brennstoff-Lieferanten zu schützen, sollte sich zerschlagen - die einheimischen Uranvorkommen waren minimal und die Ausbeutung der wenigen Fundstätten viel zu teuer. Für die notwendigen Uranimporte kamen nur wenige ausländische Quellen in Frage. In Westeuropa war Frankreich 1956 zum wichtigsten Uran-Produzenten aufgestiegen, während andere europäische Ländern mit der Prospektierung eben erst begonnen hatten. Gemessen an den überseeischen Förderkapazitäten sollten sich die europäischen Mengen jedoch als unbedeutend erweisen.⁸⁹

Den Deutschen blieb aufgrund der stetig anwachsenden Fördermengen die Hoffnung auf einen freien Markt für Uranerz nach Ablauf der exklusiven angelsächsischen Abnahmeverträge. Schwieriger präsentierte sich die Lage beim angereicherten Uran, dessen Gewinnung die Beherrschung der aufwendigen Anreicherungstechnologie voraussetzte. Zur Betreibung ihrer Forschungs- und Leistungsreaktoren sollten die Deutschen noch während Jahren auf die Lieferung angereicherten Spaltmaterials aus den USA angewiesen sein, das im Gegensatz zu natürlichem Uran strengsten Kontrollvorschriften unterlag.⁹⁰ Auch was die techni-

⁸⁵ Barthelt, Klaus; Montanus, Klaus: Begeisterter Aufbruch, in: Hohensee/Salewski 1993, S. 90.

⁸⁶ BAr E 2200 Köln (-) 1976/194, Bd. 68. Artikel von F.J. Strauss: 'Die BRD und die internationale Zusammenarbeit auf dem Kernenergiegebiet', aus: Atomwirtschaft, 1/1956, S. 209-212.

⁸⁷ BAr E 2200 Köln (-) 1968/134, Bd. 43. F.J. Strauss, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 18.12.1955.

⁸⁸ Deubner 1977, Atompolitik, S. 6.

⁸⁹ Dollfuss/Rivoire 1959, S. 60f. Die wichtigsten Produzenten waren die USA, Kanada, Belgisch-Kongo, Südafrika und Australien (keine Zahlen verfügbar zur Produktion der UdSSR).

⁹⁰ Deubner 1977, Atompolitik, S. 8.

sche Ausrüstung anging, war Deutschland Mitte der 50er Jahre noch weitgehend von Auslandimporten abhängig. Bezeichnend für die Situation der Bundesrepublik war die Tatsache, dass eine der ersten Amtshandlungen von Atomminister Strauss darin bestand, mit den USA und Grossbritannien zwei Verträge über den Kauf von Forschungsreaktoren und Spaltstoffen auszuhandeln.

Die Bedeutung der industriellen Kernkraftnutzung für die ökonomische Entwicklung des Landes wurde in Wirtschaftskreisen frühzeitig erkannt, wobei nicht alle potentiellen Interessenten enthusiastische Atomenergiebefürworter waren. Die Elektrizitätswirtschaft als künftiger Auftraggeber und Betreiber von Kernkraftwerken schreckte vor den hohen Anfangskosten zurück und verhielt sich abwartend. Der Vorsitzende der 'Vereinigten deutschen Elektrizitätswerke' fragte sich gar, ob die Beschäftigung mit der Atomenergie nicht eine 'Modekrankheit' sei, und er plädierte dafür, die Dinge nicht "überstürzt anzugehen". Die Verknüpfung der Elektrizitätswirtschaft mit dem Kohlebergbau dürfte bei der reservierten Haltung mitgespielt haben, und ausserdem sahen die Stromproduzenten die Energieversorgungslage nicht so pessimistisch, wie sie von den Befürwortern der Atomenergie gezeichnet wurde. Eine Ergänzung der traditionellen Energiequellen durch die Kernkraft hielten jedoch auch sie für "unbedingt erwünscht".⁹¹

Im Gegensatz zur Strom-Lobby war die Exportindustrie der Kernkraft gegenüber positiv eingestellt. Vor allem die Bereiche Maschinenbau und Metallurgie waren stark daran interessiert, sich mit der Entwicklung eigener Reaktortypen gegenüber ausländischer Konkurrenz profilieren zu können; ihre Vertreter hegten einzig die begründete Sorge, die Strategie der Energieversorgungsunternehmen basiere darauf, amerikanische Fertigprodukte zu übernehmen. Die Sparte Chemie engagierte sich ihrerseits gleich aus mehreren Gründen in der Nukleartechnik: als grösste industrielle Stromabnehmerin war sie an billiger Energie und an Konkurrenz unter den Energieträgern interessiert; als Produzentin kerntechnischer Güter hoffte sie unter anderem auf das Geschäft mit dem Schwerwasser und der chemischen Abtrennung von Plutonium.⁹²

Die deutsche Atomforschung offenbarte binnen kurzer Dauer rasche Fortschritte. Zur Verwirklichung der gesteckten Ziele blieb sie aber noch für längere Zeit auf das technologische Know-how und die nuklearen Investitionsgüter bestandener Atomkräfte angewiesen. Wollte die Bundesrepublik eine eigene Atomwirtschaft aufbauen, konnte dies folglich nur in Kooperation mit ausländischen Partnern geschehen. Für die Rohstoffe bot sich eine ganze Reihe von Partnern an; für Ausrüstung und Technologie war der Kreis möglicher Lieferanten hingegen auf die nukleartechnisch erfahrenen USA, Grossbritannien und Frankreich beschränkt. Die politischen und rechtlichen Voraussetzungen für Kooperationsverträge waren in diesen Ländern jedoch recht verschieden.

Verglichen mit den Möglichkeiten, welche die USA boten, war eine nukleare Zusammenarbeit mit Frankreich für die deutsche Industrie weder im Bereich der Rohstoffe noch auf dem technologischen Sektor sonderlich anziehend - ausgenommen das Verfahren zur chemischen Abtrennung von Plutonium, für das sich die deutsche Seite lebhaft interessierte. Zwar beabsichtigte der französische Staat, die Fördermenge der nationalen Uranproduktion zu steigern und in Zu-

⁹¹ Protokoll vom 18.11.1955; Aussprache mit Vertretern der Elektrizitätswirtschaft, zit. nach Weilemann 1983, Anfänge der EAG, S. 52.

⁹² Varchmin, Jochim; Radkau, J.: Kraft, Energie und Arbeit, Reinbek/Hamburg 1981, S. 192.

kunft auch an westeuropäische Partnerländer Kernbrennstoffe zu verkaufen oder zu verpachten. Dieser Absicht stand aber ein wesentliches Hindernis entgegen: französisches Uran wurde zu einem Preis offeriert, der den amerikanischen um 50% überstieg.⁹³ Die tendenzielle Geringschätzung der französischen Nuklear-technologie durch die deutsche Privatindustrie lässt sich aus der Tatsache herleiten, dass den Akten kaum Hinweise auf ernsthafte Kooperationsprojekte mit kommerziellen französischen Nuklearanbietern zu entnehmen sind. Offenbar waren die deutschen Unternehmer zuversichtlich, ohne Unterstützung des französischen Konkurrenten eine wettbewerbsfähige Position aufbauen zu können. In Sachen Urananreicherung war man in Deutschland beispielsweise der Meinung, mit der Zentrifugentechnologie über ein zukunftssträchtigeres Verfahren zu verfügen als die mit der Membran-Diffusion experimentierenden Franzosen.⁹⁴

• ***Euratom im Spannungsfeld innerdeutscher Interessenkonflikte und Kompetenzstreitigkeiten***

Das Euratomprojekt umfasste in exemplarischer Weise die Bereiche Aussen-, Sicherheits-, Ordnungs-, Industrie- und Energiepolitik, die alle in der Zeitspanne von Mai 1955 bis Februar 1957 aufeinander abzustimmen waren. Das Vorhaben, das weit in die genannten Einzelbereiche hineinzielte, erforderte eine enorme Beschleunigung der zuvor blockierten deutschen Nuklear-Entwicklung. Der Umstand, dass die Meinungsbildung in Sachen Euratom im Kreis der betroffenen deutschen Akteure spät einsetzte, liess Interessenkonflikte um die Atomgemeinschaft entstehen, welche die Verhandlungstaktik der bundesdeutschen Delegation nachhaltig beeinflussten. Wiederholte Abweichungen von zuvor eingenommenen Verhandlungspositionen, die von den innerdeutschen Spannungen herrührten, provozierte mehrfach Unruhe und Irritation im Kreis der Partnerländer.⁹⁵

Die deutsche Vertretung in dem nach Messina gebildeten Ausschuss für Atomenergie war in sich gespalten: latente Differenzen zwischen den Positionen des Auswärtigen Amtes, des Atomministeriums und des Wirtschaftsministeriums prägten das Klima in der Delegation und boten das getreue Abbild eines ungewöhnlichen Kompetenzgerangels innerhalb des Kabinetts. Das Auswärtige Amt gewichtete den europapolitischen Nutzen der Vorlage höher als die ordnungspolitischen Bedenken des Ministeriums für Wirtschaft. Angesichts des aussergewöhnlichen Charakters von nukleartechnischen Gütern bezeichnete man Erhards Dirigismus-Vorwurf im Aussenministerium als wenig stichhaltig; die Leute um Hallstein glaubten, durch strikte Vertragsbestimmungen auch im Falle einer monopolistischen Versorgungsagentur eine gerechte Verteilung der Kernbrennstoffe sicherstellen zu können. Die Gegenseite, angeführt von den Ministerien für Wirtschaft und Atomfragen, vermochte diese Haltung nicht zu teilen. Sie lehnte nicht

⁹³ Deubner 1977, Atompolitik, S. 12.

⁹⁴ Deubner 1977, Atompolitik, S. 13.

⁹⁵ Als die Deutschen nach der Konferenz von Venedig den Vorschlag einbrachten, der Versorgungsagentur nur eine Vermittlungsfunktion für Spaltstoffe zuzuweisen, sahen Italiener und Franzosen in dem Antrag nicht bloss einen 'Änderungsvorschlag', sondern eine pauschale Verwerfung des Spaakberichts mitsamt seinem Kern, dem Versorgungsmonopol. BAR E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 33. Bericht der OECE-Delegationsleiters Gérard Bauer vom 10.6.1956.

nur das Verteilungssystem ab; vielmehr passte ihr das ganze Euratom-Konzept nicht. Ihre Präferenz galt dem parallel entwickelten OECE-Alternativ-Projekt.⁹⁶

Aus national-nuklearwirtschaftlicher Perspektive wurde eine ganze Reihe von Gründen vorgebracht, um den bundesdeutschen Widerstand gegen die Armand-Konzeption zu rechtfertigen. Die hauptsächlichen Argumente resultierten aus dem damaligen Entwicklungsstand der Kernforschung in der BRD. Damit eng verbunden waren die noch ungelösten Fragen der Atomgesetzgebung und des künftigen Verhältnisses zwischen Staat und Privatindustrie im Nutzungsbereich der Atomkraft. Hinzu kamen die aus deutscher Sicht schlechten Erfahrungen mit der Montanunion. Und nun sollten in Brüssel dieselben dirigistischen Verfahrensmechanismen für Euratom erneut aufgelegt werden, während sich im Rahmen der OECE alternative Möglichkeiten nuklearer Kooperation anboten, die den neoliberalen Vorstellungen von Wirtschaftsminister Erhard, aber auch den Interessen der betroffenen Industrie weit besser entsprachen.⁹⁷

Hinter den divergierenden Positionen innerhalb der Regierung standen zusätzlich starke, nicht leicht zu identifizierende - Partikularinteressen.⁹⁸ Kohle und Stahl befanden sich durch die Montanunion in einer gemeinsamen Interessenlage; Chemie, Maschinen- und Elektroindustrie meinten, die Atomtechnik am besten ohne Rücksicht auf supranationale Behörden entwickeln zu können. Es scheint jedoch unwahrscheinlich - auch wenn durch Kohlevergasung betriebene Kernreakortypen auf dem Reissbrett existierten -, dass sich aus der Interessenlage der Kohle eine Unterstützung für eine zentrale Atom-Administration ergeben hätte, zumal die Erfahrungen mit der Montanunion nicht dazu angetan waren, in der Kohle- und Stahlindustrie ein Verlangen nach weiteren derartigen Gemeinschaften aufkommen zu lassen. Anfänglich liess sich zwar noch über die Kernenergie als Verbündeten gegen das Erdöl spekulieren; letztlich und überwiegend erwuchs der Kohle durch das Atom aber ein gefährlicher Konkurrent.

Unter den gegebenen Voraussetzungen wurde die Notwendigkeit einer engen internationale Zusammenarbeit auf dem Nuklearsektor von keiner Seite grundsätzlich bestritten. "Wir sehen aber jede internationale oder supranationale Zusammenarbeit unter dem Gesichtspunkt der Förderung und nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Kontrolle", präzisierte Strauss. "Danach wird auch unsere Haltung gegenüber den einzelnen Projekten bestimmt werden."⁹⁹ Der Präsident des Verbandes der chemischen Industrie wurde noch deutlicher: "Alles was wir auf nationalem Gebiet der privaten Industrie überlassen wollen, muss auch bei der internationalen Zusammenarbeit dem Einfluss und der Lenkung einer gemeinsamen Atombehörde entzogen werden. Wir möchten unbedingt vermieden wissen, dass ein planwirtschaftlicher Dirigismus, den wir in der Bundesrepublik Deutschland mit so grossem Erfolg überwunden haben, etwa durch das Hintertürchen einer europäischen Teilintegration an Boden gewinnt".¹⁰⁰

⁹⁶ BAr E 2200 Köln (-) 1968/134, Bd. 43. 16.12.1955: Der Schweizer Gesandte Huber verweist in seinem Bericht ans EPD auf das Protokoll einer interministeriellen Besprechung vom 2.12.1955. Als Quelle wird ein Beamter des Ministerium für Atomfragen erwähnt.

⁹⁷ BAr E 2200 Köln (-) 1968/134, Bd. 43. 16.12.1955: Bericht des Gesandten Huber an EPD-Generalsekretär Zehnder.

⁹⁸ Deubner 1977, Atompolitik, S. 317.

⁹⁹ BAr E 2200 Köln (-) 1968/134, Bd. 43. F.J. Strauss, Bulletin des Presse- und Informationsamtes, Bonn 18.12.1955.

¹⁰⁰ BAr E 2200 Köln (-) 1976/194, Bd. 68. Alexander W. Menne über die Atomnutzung im Blickfeld der Wirtschaftspolitik, in: Atomwirtschaft, 1/1956, S. 6ff.

Von den bundesdeutschen Industriegruppen wurde die Euratominitiative als ein Vorstoss empfunden, der nicht ihren Interessen entsprach; einhellig vertrat man die Ansicht, eine Atomgemeinschaft stelle eine Gefährdung der eigenen Kernenergie-Entwicklung dar. Dezidiert äusserten die einschlägigen Zirkel die Ansicht, dass von Lieferkapazität und technischem Niveau her die US-Industrie - und allenfalls Grossbritannien - als Nukleartpartner dem französischen Nachbarn bei weitem vorzuziehen seien.¹⁰¹ Und obwohl die Zusammenarbeit mit Frankreich in der Ära Adenauer zu einem übergeordneten Kernstück bundesdeutscher Aussenpolitik geworden war, machte die auf eine bilaterale Achse mit den Amerikanern hinarbeitende Privatindustrie weiterhin Stimmung gegen die europäische Atomkooperation. Aus der Perspektive der Bundesregierung schienen die Prioritäten dagegen so gesetzt, dass sich die 'Causa Euratom' dem übergeordneten Ziel der europäischen Einigung unterzuordnen hatte. Ungeachtet der querschnessenden Industrie-Interessen war für Adenauer klar, dass Euratom die regionale Einigung vorantreiben konnte und dass sich die Gründung einer Nuklearorganisation mit Rücksicht auf die USA nicht vermeiden liess; eine autonome deutsche Atomentwicklung hätte die BRD unvermittelt dem Verdacht bedenklicher militärischer Ambitionen ausgesetzt.

Die deutsche Atomwirtschaft akzeptierte einen gemeinsamen Nuklearmarkt sowie die Koordination der nationalen Forschungsprogramme im Rahmen von Euratom; alle weitergehenden Massnahmen des Spaak-Berichts - allen voran die supranationale Versorgungsbehörde für Kernbrennstoffe - lehnte sie ab und zwar nicht nur aus ordnungspolitischen Gründen, sondern primär aus ureigenem Interesse. Der BRD fehlte es an Rohstoffen und praktischer nukleartechnologischer Erfahrung. Internationale Kooperation war nur dann sinnvoll, wenn sie dazu beitrug, diese Mängel zu beseitigen.¹⁰² Für die Industrie waren diesbezüglich die USA und allenfalls Grossbritannien die Ansprechpartner. Es sei bedenklich, die "Zusammenarbeit auf die Montanunionländer zu beschränken, die gleichfalls noch mehr oder weniger in den Anfängen einer Entwicklung stehen". Die Bemühungen müssten dahingehen, sich "in erster Linie die Unterstützung der USA zu sichern".¹⁰³ Frankreich, die bedeutendste Nuklearmacht innerhalb der Sechs, wurde als möglicher Partner nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. Auf wissenschaftlicher und industrieller Ebene bestanden keine vertieften Beziehungen zum Nachbarland, wogegen die angelsächsischen Mächte den deutschen Wissenschaftlern seit einigen Jahren beschränkten Zugang zu ihren Kenntnissen gewährten. Amerikaner und Briten förderten zudem die Orientierung der Deutschen auf Washington bzw. London mittels grosszügiger Kooperationsangebote.¹⁰⁴ Von

¹⁰¹ Radkau, Joachim: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975, Hamburg 1983, S. 172. Seit 1954 gab es zwischen Siemens und Westinghouse bereits ein technisches Kooperationsabkommen, das ab 1957 auch den Atombereich einschloss.

¹⁰² BAr E 2200 Köln (-) 1976/194, Bd. 62. Interview mit F.J. Strauss, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes, Bonn 7.3.1956, S. 418.

¹⁰³ Memo des Bundeswirtschaftsministeriums vom 29.6.1955, zit. nach Weilemann 1983, S. 58.

¹⁰⁴ BAr E 2200 Köln (-) 1968/134, Bd. 43. Auf Einladung der Briten stattete Atomminister Strauss im Dezember 1955 der englischen Nuklearindustrie einen Informationsbesuch ab. Bulletin des Presse- und Informationsamtes, Bonn 8.12.1955, S. 1966.

BAr E 2200 Köln (-) 1968/134, Bd. 43. Beginn der deutsch-amerikanischen Verhandlungen über ein bilaterales Nuklearabkommen sowie die Lieferung von angereichertem Kernbrennstoff. Bulletin des Presse- und Informationsamtes, Bonn, 8.12.1955, S. 1968.

deutscher Seite wurde dabei allerdings der Tatsache zuwenig Beachtung geschenkt, dass die Amerikaner dem europäischen Gemeinschaftsprojekt eine prioritäre Stellung einräumten.

Der Standpunkt der Industrie in bezug auf die atompolitische Rolle des Staates war klar umrissen - und aussenpolitisch nicht ohne Brisanz: die Wirtschaftskreise erhofften sich einen möglichst liberalisierten Markt für Nuklearprodukte, rechneten aber gleichzeitig mit beträchtlichen staatlichen Mitteln zur Förderung der Kernforschung und zur Errichtung von Versuchsanlagen. Im Gegensatz zu dieser Vorstellung unterstand der Nuklearsektor in allen führenden westlichen Atomstaaten einer Regierungsbehörde. In den USA und in Grossbritannien hatte man eben erst zögerlich begonnen, Privatwirtschaft und Universitäten in Forschungs- und Entwicklungsprogramme einzubeziehen - aber nur unter strikter Aufsicht. Vorab über das Eigentumsrecht an den Spaltstoffen behielten diese Staaten die Kontrolle über die nationale Nuklearentwicklung in ihren Händen - hauptsächlich aufgrund des militärischen Nutzungspotentials der Kernenergie.¹⁰⁵

Rechtzeitig hatten die privaten deutschen Industrieunternehmen ihre eigenen Kontakte zu ausländischen Partnern geknüpft: Im Juli 1955 war Alexander Menne als Vertreter der chemischen Industrie beim Bundeswirtschaftsministerium vorstellig geworden und hatte dort, unter dem Eindruck einer Unterredung mit dem Leiter der AEC, Admiral Lewis Strauss, die Zukunftsperspektiven einer deutsch-amerikanischen Nuklearkooperation in hoffnungsvollen Farben geschildert. Gleichzeitig warnte er vor einer Teilintegration der Atomenergie im Rahmen einer supranationalen Vereinbarung. Eine derartige Regelung, so Menne, "würde die Stellung der Bundesrepublik bzw. der deutschen Industrie und Wissenschaft bei den Verhandlungen in den USA aufs schwerste beeinträchtigen" - eine klares Fehlurteil. Das Vorstandsmitglied der Hoechst-Farbwerke und Vizepräsident des 'Bundesverbands der Deutschen Industrie' drängte zusätzlich darauf, die Delegationsführung in Brüssel einem Vertreter des Wirtschaftsministeriums zu übertragen, der eine "zu weit gehende Integration auf dem Atomenergiegebiet" verhindern sollte.¹⁰⁶ Der Gang der Dinge sollte zeigen, dass Menne die amerikanischen Interessen komplett falsch eingeschätzt hatte.

Während der parallel zur Ausarbeitung des Euratom-Kontrakts laufenden Verhandlungen für ein bilaterales deutsch-amerikanisches Reaktorabkommen kam deutlich zum Ausdruck, "welchen Wert die Amerikaner darauf legen, dass Bonn den europäischen Atompool unterstützt".¹⁰⁷ Der auf die Gemeinschaftsgründung hinwirkende amerikanische Druck nahm zu. Adenauer reagierte mit grosser Geste auf die Wünsche der USA - nicht zuletzt, um den Kompetenzstreitigkeiten zwischen den involvierten Ministerien ein Ende zu setzen. Am 19.1.1956 sandte er "Richtlinien an die Herren Bundesminister" und verpflichtete sein Kabinett auf die Unterstützung der Atomgemeinschaft: "Die Amerikaner sehen in einer europäischen Atomgemeinschaft (..) ein entscheidendes Moment der politischen Entwicklung. Sie sind bereit, eine solche Atomgemeinschaft mit allem Nachdruck zu unterstützen. (..) Der deutsche Versuch einer rein nationalen Atomregelung würde vom Ausland mit grösstem Misstrauen aufgenommen (..)". Mit diesem 'Machtwort', abgeleitet aus den in Art. 65 des Grundgesetzes enthal-

¹⁰⁵ Weilemann 1983, Anfänge der EAG, S. 55.

¹⁰⁶ Vermerk des Bundeswirtschaftsministeriums vom 14.7.1955, zit. nach Weilemann 1983, S. 58.

¹⁰⁷ BAr E 2001 (E) EPD, 1970/217, Bd. 385. 10.1.1957: Bericht H. de Torrenté, Washington.

tenen Kompetenzen, bestätigte der Kanzler die deutsche Haltung gegenüber Euratom im Sinne des Auswärtigen Amtes und Washingtons.¹⁰⁸

Am 11. Februar 1957 kam eine Fachgruppe der deutschen Atomkommission zum Schluss, dass der Schwerpunkt der künftigen Nuklearentwicklung eher auf dem Erwerb von Know-how als Grundlage einer späteren breiten industriellen Verwendung als auf der frühestmöglichen Kernenergiegewinnung liegen müsse. Mehrheitlich war man der Meinung, die westdeutsche Energiesituation erlaube es, vorderhand auf den Bau grösserer Kernkraftwerke zu verzichten und stattdessen die Entwicklung im zivilen Atombereich noch eine Weile zu beobachten; es bestehe kein Zugzwang, sich übereilt auf eine Reaktorlinie festlegen zu müssen.¹⁰⁹ Dieser Entscheid fiel gut zwei Wochen nachdem die Euratom-Weisen ihr Energieprogramm und die daraus abgeleiteten Empfehlungen in Bonn den deutschen Nuklearkreisen unterbreitet hatten. Die bundesdeutschen Atomexperten standen dem Programm der Weisen äusserst skeptisch gegenüber, und einige hielten es sogar für vollkommen illusorisch.¹¹⁰ Als Konsequenz billigte die Atomkommission im März 1957 die Vorschläge ihrer Fachgruppe und empfahl, das sogenannte 'Eltviller-Programm' voranzutreiben.

Die Haltung der Bundesrepublik gegenüber Euratom blieb auch nach der Unterzeichnung der Römer Verträge betont defensiv. Unterhalb der offiziellen Ebene galt die Atomgemeinschaft als Werkzeug des französischen Hegemonialstrebens - ein Vorwurf, der den gemeinsamen Nenner der bundesdeutschen Kritik an der EAG bildete. Die offizielle deutsche Atompolitik unterschied sich erheblich von derjenigen Frankreichs, und Bonn wollte sich nicht über die gemeinsame Organisation in die französische Nuklearentwicklung einbinden lassen. Weder teilten die einflussreichen Kräfte aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft die französische Präferenz für staatlich gelenkte Forschung, noch hingen sie mit derselben Konsequenz dem Autarkie-Gedanken an, der die Politik in Paris leitete.

Nur einmal, während der Ratifikationsdebatte des Bundestags im Juli 1957, spielte die militärische Rolle des EAG-Vertrages eine Rolle. Vor dem zuständigen Ausschuss machte Karl Carstens als Vertreter des Auswärtigen Amtes keinen Hehl aus der Doppelfunktion des Abkommens. Sein eigentlicher Zweck sei zwar die friedliche Verwendung; dennoch bleibe "bei einigen Staaten die militärische Erzeugung, bei allen Staaten die militärische Verwendung von Kernenergie als Möglichkeit bestehen". Einzelne Vertragsbestimmungen seien "so formuliert, dass auch die militärischen Zwecke derjenigen Staaten, die sich militärisch betätigen wollen, befriedigt würden (...). Dabei handle es sich nicht um ein Versehen".¹¹¹

Dass der Nuklear-Nationalismus für die Europäer auf Dauer höchst nachteilig war, zeigte sich nach Inkrafttreten des Euratom-Vertrages, als die aufgesplitterten europäischen Interessen den USA Exportchancen eröffneten, welche die Amerikaner resolut nutzten. Das am 8. November 1958 zwischen Euratom und den USA unterzeichnete Förderprogramm für Leistungsreaktoren ebnete den amerikanischen Leichtwasser-Reaktoren in Europa den Weg und besiegelte das

¹⁰⁸ Eckert, Michael: Kernenergie und Westintegration, in: Herbst 1990, S. 324. Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1955-59, Stuttgart 1967, S. 253ff.

¹⁰⁹ Weilemann 1983, Anfänge der EAG, S. 156.

¹¹⁰ Kollert 1994, Proliferation, S. 126.

¹¹¹ Sitzungsprotokoll des Bundestags vom 5.7.1957, S. 13349ff, zit. nach Küntzel 1992, S. 210.

Schicksal der eigenen Reaktorlinien. Ab diesem Zeitpunkt war Euratom endgültig mit dem Odium eines Werkzeugs der US-Hegemonie behaftet - von den Franzosen als "trojanisches Pferd für Leichtwasser in Europa" charakterisiert.¹¹²

• **Der entlarvte Mythos des deutschen 'Kernwaffenverzichts': Startsignal für ein nukleares 'Standby'-Programm**

*"Moderne Macht ist Militärmacht. Moderne Militärmacht ist Atom-macht. Ohne Atomwaffen wird Deutschland nur die Bäcker- und Küchenjungen für die Streitkräfte der andern Alliierten abstellen. Mit dieser Rolle wäre die Zukunft Deutschlands entschieden."*¹¹³

Atomminister Franz Josef Strauss, September 1956.

*"Wenn ein Land wie Westdeutschland sowohl seine militärische Verteidigung als auch seine politische Handlungsfreiheit sicherstellen will, so müsste es in der Lage sein, den atomaren Sprengstoff selber herzustellen und im Ernstfall einzusetzen. Ist es dazu nicht in der Lage, so riskiert es, dass seine nationale Verteidigungsorganisation ohnmächtig bleibt und die dafür aufgewendeten Mittel weggeworfenes Geld sind."*¹¹⁴

Der französischen General L.M. Chassin, in: Wehrkunde 9/1957.

Einen deutschen Verzicht auf die nukleare Kernwaffen-Option hat es nicht gegeben - zu gross war die Unzufriedenheit der Deutschen mit einem minderen Status innerhalb der Staatengemeinschaft. Die Auseinandersetzung mit der bundesdeutschen Nuklearpolitik im Zeitraum der Herausbildung von Euratom fördert Ergebnisse zutage, die der deutschen Selbstgewissheit fundamental widersprechen, wonach die Bundesrepublik in ihrer Geschichte ebenso freiwillig wie bereitwillig auf den Besitz von Atomwaffen verzichtet habe. Vielmehr setzten sich massgebende politische Kreise vehement dafür ein, die nukleare Statusdifferenz zu den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs baldmöglichst zu überwinden.

Die eingangs zitierten Worte von F. J. Strauss und General Chassin drücken aus, was in Bonn gedacht wurde, aber nicht laut ausgesprochen werden durfte: Ohne den Besitz von potentieller Macht, d.h. der Voraussetzung zur Herstellung von Kernwaffen, habe Deutschland keine Chance, international gehört zu werden. Dem Zeitgeist entsprechend, galt Kernwaffenbesitz in den fünfziger Jahren als unabdingbare Voraussetzung des Aufstiegs in den Status einer Grossmacht. Die von Strauss erstrebte Atombewaffnung der Bundeswehr, welche auf die Forderung nach nuklearstrategischer Mitbestimmung im Rahmen der NATO abzielte, entsprang der Haltung, dass ein Staat mit einer eigenen Atombombe auftrumpfen musste, um das Recht auf nukleare Mitsprache zu erlangen.¹¹⁵

¹¹² Radkau 1983, Aufstieg und Krise, S. 179.

¹¹³ Atomminister Strauss vor Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, September 1956, zit. nach Kelleher, Catherine: Germany and the politics of nuclear weapons, New York 1975, S. 56.

¹¹⁴ 'Bemannte Flugzeuge oder Raketen?', Artikel des französischen Generals L.M. Chassin, in: Wehrkunde 9/1957, S. 466, zit. nach Küntzel 1992, Bonn und die Bombe, S. 24.

¹¹⁵ Vgl. dazu die Äusserungen von F. J. Strauss, in: Radkau 1983, S. 188 und S. 517.

Fünf Tage nach Detonation der ersten französischen Atombombe am 13. Februar 1960 erklärte US-Aussenminister Herter die Weiterverbreitung von Atomwaffen zum 'chief risk' der laufenden Aufrüstung, und am 20. Dezember desselben Jahres beschloss die UNO-Vollversammlung in New York die Erarbeitung eines 'Non-Proliferation-Treaty'.¹¹⁶ Der politische 'Fallout' der Wüstendetonation von Reggane wurde somit ungewollt zum Geburtshelfer einer Idee, die Paris zuvor strikt abgelehnt hatte: die Errichtung eines universell geltenden Regimes über die Non-Proliferation von Kernwaffen durch den Abschluss eines Sperrvertrages. Das Vorhaben, welches die grossen nuklearen Kontroversen der 60er Jahre initiierte, sollte nach amerikanischer Auffassung das Aufkommen einer fünften Atommacht und insbesondere den deutschen Griff zur Bombe verhindern - den Supermächten ging es beim Atomwaffensperrvertrag im wesentlichen um den nuklearen Status der Bundesrepublik. Dies mag auf den ersten Blick erstaunen, zumal Westdeutschland 1954 als einziger NATO-Partner feierlich auf die Herstellung von Atomwaffen verzichtet und sein gesamtes militärisches Potential der NATO unterstellt hatte. Unter diesen Umständen stellt sich die Frage nach der Berechtigung des internationalen Misstrauens in die Nuklearpolitik der Deutschen.

Am 3. Oktober 1954 verkündete Konrad Adenauer im Rahmen der Londoner Neun-Mächte-Konferenz den bis heute wirksamen ABC-Waffenverzicht der Bundesrepublik. Zentraler Gegenstand der Verhandlungen war die Auflösung des Besatzungsregimes in der BRD, und, als Ersatzlösung zur Integration in die EVG, der Beitritt der Deutschen zum Brüsseler Pakt, der späteren WEU. Auch wenn bei den Londoner Verhandlungen der Anschein eines alliierten Diktats tunlichst vermieden wurde, kann von einem freiwilligen Verzicht keine Rede sein. Der Verzicht war vielmehr das Resultat eines temporären Kompromisses zwischen Gewinnern und Verlierern des Zweiten Weltkriegs. Adenauer musste seinen Atomverzicht als Voraussetzung des WEU-Beitritts aussprechen, weil dies Frankreich so wollte. In seinen Erinnerungen räumt der Kanzler ein, dass der Verzicht nicht 'freiwillig' erfolgte, sondern aufgrund der französischen Haltung unausweichlich wurde. Nur dank der vertrauensbildenden Massnahme der Bundesrepublik habe sich eine Verhandlungskrise überwinden lassen, die wegen der starren Haltung von Mendès France fast zum Scheitern der Konferenz geführte habe.¹¹⁷

Aus Sicht der Westalliierten war die Adenauer-Erklärung unabdingbare Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der NATO und die Wiederherstellung deutscher Souveränität, wogegen der Kanzler das Aussprechen eines integralen Atomwaffenverzichts tunlichst zu vermeiden trachtete, worauf nicht zuletzt die vorausgegangenen Querelen im Zusammenhang mit der gescheiterten Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft hindeuten. Bereits im Juni 1948 forderte der ehemalige Wehrmachtsgeneral Hans Speidel in einer Denkschrift die Nicht-Diskriminierung der künftigen deutschen Armee in bezug auf Waffenproduktion und -besitz.¹¹⁸ Adenauer stützte die Position Speidels und machte ihn zum Chefdelegierten der 1951 begonnenen EVG-Verhandlungen. Anfangs 1952 drohten diese erstmals zu scheitern, da insbesondere Frankreich ein Wiedererstarken des deutschen Militarismus fürchtete und auf einem Produktionsverbot

¹¹⁶ Küntzel 1992, Bonn und die Bombe, S. 18.

¹¹⁷ Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1953-55, Stuttgart 1965, S. 346f.

¹¹⁸ Kelleher 1975, Politics of nuclear weapons, S. 18.

für schwere Waffen bestand. Adenauers Replik war kurz und prägnant: "eine solche Erklärung werde er niemals abgeben, und er bitte, das zur Notiz zu nehmen (..). Kein Bundeskanzler könne solche Verpflichtungen übernehmen, und zwar nicht, weil man diese Waffen produzieren wolle, sondern weil man sich nicht diskriminieren lassen dürfe."¹¹⁹ Die USA und Grossbritannien waren bereit, Frankreichs Forderung nach einem deutschen Atomwaffenverzicht zu unterstützen, und Adenauer musste sich schliesslich beugen. Er war aber nur unter zwei Bedingungen bereit, die Liste der verbotenen Rüstungsgüter zu billigen: Erstens dürfe es hinsichtlich der Ausstattung der künftigen Bundeswehr keine unterschiedliche Behandlung geben, und zweitens müsse anstelle formeller Produktionsverbote eine 'freiwillige' Erklärung der Deutschen akzeptiert werden.¹²⁰

Die gleichberechtigte Einbindung ins westliche Verteidigungsdispositiv avancierte damit auch öffentlich zu einem vorrangigen Ziel deutscher Aussenpolitik. Grösstmögliche Aufhebung der Beschränkungen und weitestmögliche Liberalisierung des Nuklearhandels lautete die Devise. Schon einmal, am 7. Mai 1952, hatte der deutsche Regierungschef in Form eines Briefes an die Aussenminister der USA, Grossbritanniens und Frankreichs einen Atomwaffenverzicht der Bundesrepublik unterzeichnet, der aber infolge der Ablehnung des EVG-Vertrages durch die französische Nationalversammlung nie wirksam wurde. Der Vergleich der beiden deutschen Verzichtserklärungen von 1952 und 1954 ist aufschlussreich: sah sich der deutsche Kanzler 1952 aufgrund der schwachen Position der BRD noch zu erheblichen Konzessionen genötigt, so fielen diese zwei Jahre später bereits deutlich schwächer aus - ein Hinweis auf Veränderungen im Kraftfeld des Ost-West-Konflikts. Der kompromisslose Atomwaffenverzicht von 1952 findet sich in der Erklärung von 1954 auf den Produktionsaspekt reduziert. Bei der Abfassung des Papiers wurde sorgsam darauf geachtet, ja nicht etwa eine Absage an den Besitz, sondern allein den Verzicht auf die Herstellung von Kernwaffen auf deutschem Boden festzuschreiben.¹²¹

Der ausgehandelte Kompromiss von 1954 war für die junge Bundesrepublik ein Erfolg. Mit dem Zugeständnis, auf eine eigene Atomwaffenindustrie zu verzichten, war es Adenauer gelungen, die nicht-militärische Nuklearentwicklung von jeder Einschränkung zu befreien. Der Wortlaut der Erklärung liess zudem den Erwerb von Atomwaffen sowie deren Herstellung auf fremdem Staatsgebiet offen, was bei den französischen Gaullisten heftige Kritik hervorrief, weil diese Konzession aus ihrer Sicht einer Option auf bundesdeutschen Atomwaffenbesitz zu einem späteren Zeitpunkt gleichkam.¹²² Den 'Verzicht' von 1954 qualifizierte Theo Sommer folgendermassen: "Der Preis, den wir für den neuen Status bezahlen mussten, war die Einwilligung in eine durch militärische Integration sowohl getarnte als auch gemilderte Diskriminierung. Von freiwilligem Verzicht kann also nicht wirklich die Rede sein (..). Freilich: da der Kernwaffenverzicht letztlich ein Akt der Diskriminierung Deutschlands durch seine Verbündeten war, ist es auch nicht verwunderlich, dass jene, die ihn oktroyierten, sich der Geschichte nach

¹¹⁹ Baring, Arnulf: Aussenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, München 1969, S. 117.

¹²⁰ Kelleher 1975, Politics of nuclear weapons, S. 20.

¹²¹ Küntzel 1992, Bonn und die Bombe, S. 21.

¹²² Kelleher 1975, Politics of nuclear weapons, S. 27.

Versailles erinnerten und die Selbstbefreiung Bonns aus der Verzichtfessel unter günstigen Umständen teils für selbstverständlich hielten, teils fürchteten."¹²³

Die Furcht vor der 'Selbstbefreiung Bonns' sollte in Ost und West zur Triebfeder der Etablierung eines Atomwaffen-Sperrvertrages werden. Die genannten Befürchtungen erhielten zusätzliche Nahrung durch die raschen Fortschritte der Bundesrepublik bei der Entwicklung ihres zivilen Atomprogramms. Dass die deutschen Politiker in Wahrheit darauf bedacht waren, sich ein Maximum an militärischer Optionsvielfalt zu bewahren, lässt sich anhand von Zitaten belegen - selbst wenn diese als Folge des selektiven Archivzugangs mehrheitlich der mit Skepsis zu betrachtenden Memoiren-Literatur entnommen sind. So wurde von deutscher Seite wiederholt betont, dass der Verzicht von 1954 - wie für völkerrechtliche Verpflichtungen üblich - dem Vorbehalt gleichbleibender Umstände unterliege ('*clausula rebus sic stantibus*'). In einem dem Daily Mirror gewährten Interview wurde Verteidigungsminister Strauss am 2. April 1958 die folgende, später dementierte Aussage zugeschrieben: "Ich garantiere Ihnen, dass es in den nächsten drei, vier Jahren keine deutsche Atomwaffen geben wird. Falls danach aber andere Nationen - speziell Frankreich - eigene Wasserstoffbomben bauen, könnte durchaus auch Deutschland in diesen Sog geraten."¹²⁴ Adenauer selber äusserte sich in der Sache wiederholt: Am 4.7.1962 betonte er gegenüber de Gaulle, dass die Erklärung von 1954 "lediglich '*rebus sic stantibus*' gelte. Eine darüber hinausgehende Verpflichtung habe die Bundesrepublik nicht". Ein halbes Jahr später bekräftigte der Kanzler, erneut im Gespräch mit dem französischen Präsidenten, "dass Deutschland keine Atombomben wolle, es sei denn, die Entwicklung in der Welt zwingt es dazu."¹²⁵

Für Mächte ohne Atomwaffen-Status existierte in den 50er Jahren ein verbindendes Ziel nationaler Nuklearpolitik: Gegenüber dem Bestreben der Supermächte, der Atomwaffen-Proliferation enge Fesseln anzulegen, galt es, ein Maximum an militärischer Optionsvielfalt und kommerzieller Freizügigkeit durchzusetzen. Im Fall der Bundesrepublik wurde das Bemühen, die atomare Statusdifferenz möglichst gering zu halten, zusätzlich erschwert durch die hemmende Kraft des latenten Misstrauens, das man den Deutschen entgegenbrachte. Ihre Bezwinger trachteten danach, eine gleichberechtigte Nuklearbewaffnung der jungen Republik zu verhindern.

Für Adenauer blieb die nukleare Option mehr als eine Versuchung; er war der festen Überzeugung, beim Kernwaffenverzicht handle es sich nur um eine vorübergehende Zurücksetzung, die mit der völligen Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Staatenwelt beendet würde. Aus Paris und Washington lagen denn auch nukleare Kooperationsangebote vor, doch von gleichberechtigter Mitwirkung der BRD konnte dabei keine Rede sein.

Von daher scheint es plausibel, dass in Bonn, trotz der Beschränkung von 1954, schon früh über eine nationale Atomwaffenproduktion nachgedacht wurde. Ausserhalb der Tagesordnung kam das Thema an der Sitzung des Bundeskabinetts vom 19.12.1956 zur Sprache, nachdem Verteidigungsminister Strauss wenige Tage zuvor im NATO-Rat mit der Forderung, die Bundeswehr nuklear zu be-

¹²³ Sommer 1967, Deutsche Nuklearpolitik, S. 28.

¹²⁴ Newhouse, J.: De Gaulle and the Anglo-Saxons, London 1970, S. 59, zit. n. Küntzel 1992, S. 23.

¹²⁵ Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1959-63, Stuttgart 1968, S. 167 und S. 202.

waffen, gescheitert war.¹²⁶ Gemäss Sitzungsprotokoll bedauerte Adenauer den mangelnden Einfluss der Bundesrepublik in der NATO. Den Grund dafür sah er darin, dass "man noch kein Machtfaktor sei". Um diesen Zustand zu überwinden, "müsse also gefordert werden, den Aufbau der Bundeswehr im Einklang mit den Verpflichtungen beschleunigt durchzuführen, eine Zusammenfassung Europas voranzutreiben und nukleare Waffen in der Bundesrepublik herzustellen." Bereits drei Monate zuvor soll, nach vorangehender Konsultationen der französischen Partner, die Möglichkeit der Nuklearwaffenherstellung im Rahmen von Euratom während einer Kabinettsitzung diskutiert worden sein - wohlverstanden vor Ausbruch der Herbstkrise.¹²⁷ Sowohl in Paris als auch in Bonn galt die Kontroll-Autonomie der Atomgemeinschaft als Entwicklungsvoraussetzung für französische bzw. europäische Nuklearwaffen. Gemäss Protokollaussage soll Adenauer am 5.10.1956 erklärt haben, er möchte via Euratom auf schnellstem Weg die Möglichkeit erhalten, selbst nukleare Waffen herzustellen: "Die andern sind weiter als wir".¹²⁸

Die militärische Orientierung des französischen Atomprogramms scheint der Bundesregierung recht früh bekannt gewesen zu sein. Kelleher bemerkt, dass man in Bonner CDU-Kreisen um 1954/55 von den militärischen Intentionen Frankreichs gewusst habe, wenn auch uneinheitlich und vage.¹²⁹ Sensibilisierten Beobachtern konnte die Existenz von Atomwaffenwünschen bereits aufgrund der innerfranzösischen Konflikte um die Ratifizierung des EVG-Vertrages nicht entgangen sein. Ab 1957 führte das Bundesatomministerium eine Akte über das französische Atomprogramm, und nach Kollert informierte das Fachblatt 'Atomkernenergie-Kerntechnik' ab Herbst 1957 unverblümt über die militärische Zielsetzung der Plutoniumproduktion von Marcoule und Saclay.¹³⁰

Es gilt als erwiesen, dass die Formel 'Plutonium als Reaktorbrennstoff' auch in Deutschland als Mittel der Tarnung und als Chiffre für die Offenhaltung der waffentechnischen Option fungierte.¹³¹ Als Nachweis kann das deutsche Interesse an französischem Technologie-Transfer zur Gewinnung von Waffenplutonium gelten. Die Firma Saint Gobain durfte ihr mit der Konstruktion der 'heissen Zellen' von Saclay und Marcoule erworbenes Know-how bereits 1957 im Kernforschungszentrum Karlsruhe anwenden. Das Prozess-Know-how von St. Gobain betraf ausschliesslich die Abtrennung von waffenfähigem Plutonium. Dass die Auslegung der Karlsruher Anlage für die Bearbeitung von hochradioaktiven 'zivilen' Brennelementen gar nicht in Erwägung gezogen wurde, ist höchst bemerkenswert.¹³²

Erst 'Suez' und der 'Sputnik' bewirkten eine nur auf den ersten Blick befremdliche Annäherung zwischen Bonn und Paris. Zusammen mit dem Abrücken von der Strategie der 'massiven Vergeltung' und der vorgesehenen Stationierung von taktischen Nuklearwaffen auf dem potentiellen Schlachtfeld Europa rührten

¹²⁶ Kelleher 1975, Politics of nuclear weapons S. 95

¹²⁷ Küntzel 1992, S. 24; Kollert 1994, S. 240: Auszüge aus dem Gespräch mit Aussenminister Edgar Faure, geführt anlässlich seines Besuchs in Bonn vom 16.-18. September 1956.

¹²⁸ Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Staatsmann 1952-67, Stuttgart 1991, S. 299.

¹²⁹ Kelleher 1975, Politics of nuclear weapons, S. 25.

¹³⁰ Kollert 1994, Proliferation, S. 207f.

¹³¹ Kollert 1994, Proliferation, S. 208.

¹³² Im November 1958 reiste eine Karlsruher Delegation zu 'orientierenden Besuchen' in die französischen Kernforschungszentren. Vgl. Kollert 1994, Proliferation, S. 211f.

sich Zweifel an der Verlässlichkeit der amerikanischen Schutzgarantie.¹³³ In der Folge beschlossen Deutschland und Frankreich am 17. Januar 1957 die militärische Zusammenarbeit bei der "Herstellung moderner Waffen". Am 20. November des gleichen Jahres einigten sich Strauss und Verteidigungsminister Chaban-Delmas auf die gemeinsame Produktion nuklearer Sprengkörper - jenseits von Euratom und vor dem Inkrafttreten der Römer Verträge. Bonn sollte sich an der Finanzierung und der Grundlagenforschung beteiligen. Als Gegenleistung wurde den Deutschen der kontrollierte Zugang zu den französischen Atomwaffen in Krisenzeiten garantiert. Bereits fünf Tage später erfolgte die Unterzeichnung eines trilateralen Rahmenabkommens zwischen Frankreich, Deutschland und Italien, und im April 1958 lag das Abkommen zur Finanzierung der Urananreicherungsanlage von Pierrelatte unterschriftsreif vor (Finanzierungsschlüssel: Deutschland und Frankreich je 45%, Italien 10%).

In seinen Memoiren schreibt Strauss, die drei Staaten seien entschlossen gewesen, den Aufbau einer gemeinsamen Atomstreitmacht an die Hand zu nehmen. Die Produktion der Nuklearwaffen war ausserhalb des deutschen Staatsgebiets vorgesehen, um dem Kernwaffenverzicht von 1954 buchstabengetreu Genüge zu leisten. Gegenüber dem Bundestag erklärte Strauss, "dass der Bundesregierung keine Pläne über die Produktion von ABC-Waffen in Zusammenarbeit mit anderen Staaten vorliegen".¹³⁴ Erst nach dem Sturz der Regierung Gaillard brach Präsident de Gaulle die Kooperation ab - die 'Force de frappe' wurde wiederum zur rein nationalen Prestigeangelegenheit. Eine deutsche Mitverfügungsgewalt über die französische Nuklearstreitmacht konnte der General nicht akzeptieren - es galt, den eigenen Statusvorteil zu bewahren.

Die Unterzeichnung eines Abkommens zur Herstellung von Nuklearwaffen war im Kontext der Euratom-Gründung und vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die Atombewaffnung der Bundeswehr ein kühner Vorgang von höchster Brisanz, abgewickelt in geradezu perfekter Verschwiegenheit - nur wenige Mitglieder des Bundeskabinetts waren informiert. Dies erklärt auch, weshalb im Verteidigungsministerium nur eine einzige Aktennotiz über die Atomwaffenvereinbarungen der Jahre 1957/58 vorhanden gewesen sein soll. Die von Strauss gegenüber Chaban-Delmas erhobene Forderung, jeder Schritt zur gemeinsamen Bombe müsse "völlig geräuschlos, völlig geheim und vollkommen legal erfolgen", wurde geradezu perfekt realisiert - und Adenauer war in jeder Phase über das von ihm unterstützte Projekt informiert.¹³⁵

Der flüchtige Flirt mit einer 'Atomachse' Bonn-Paris kann als Emanzipationsversuch der Kontinentaleuropäer gegenüber den NATO-Verbündeten USA und Grossbritannien gesehen werden, wobei die Beweggründe beider Partner in erster Linie sicherheitspolitischer Natur waren. Da die Bundesrepublik weder nuklear noch konventionell zu verteidigen war, konzentrierte sich das Bonner Augenmerk auf die Wirksamkeit der nuklearen Abschreckung. Um deren Glaubwürdigkeit zu erhöhen, schien einzelnen Regierungsexponenten die eigene Verfügungsgewalt über die Bombe ultimativ vonnöten. Daneben ging es den Deutschen schlichtweg

¹³³ Cioc, Mark: Abschreckung und Verteidigung, in: Herbst 1990, S. 508.

¹³⁴ Sitzungsprotokoll des Bundestags vom 26.2.1958, S. 441, zit. nach Küntzel 1992, S. 30.

¹³⁵ Schwarz 1991, Adenauer, S. 396ff. Mit 'legal' wird Strauss wohl 'in Einklang stehend mit der völkerrechtlich bindenden Verzichtserklärung' gemeint haben, wogegen ihn die Frage der innenpolitisch-demokratischen Legalität kaum gross gekümmert haben dürfte - das Thema liess sich nur allzu leicht der Rubrik 'Staatsräson' unterordnen.

um den egalitären Status mit Frankreich und Grossbritannien. Beide Seiten behandelten das 'explosive' Thema mit äusserster Vorsicht, und beide Seiten wollten die Amerikaner als wichtigste Verbündete grundsätzlich nicht verprellen - womit das neue 'Atombündnis' als Drohpotential nur beschränkt dazu taugte, Washington weitere Zugeständnisse abzunötigen. Dass Adenauer und sein 'Mann fürs Grobe', der Verteidigungsminister, den Weg einer eigenen Atombewaffnung gegangen wären, wenn dies allianzpolitisch möglich gewesen wäre, scheint wahrscheinlich.¹³⁶ Bereits vor dem NATO-Gipfel vom Dezember 1957 soll vieles darauf hingedeutet haben, "dass die Bundesregierung zunächst das Maximalziel einer deutschen Verfügungsgewalt über die Atomsprengköpfe im Auge hatte", sich aber nicht offen darauf festlegte, so dass sie diese Zielsetzung später abstreiten konnte, als deutlich wurde, dass sie nicht durchzusetzen war.¹³⁷

Nicht nur aussenpolitische Zwänge und das Misstrauen der auf Non-Proliferation bedachten atlantischen Partner sprachen dafür, den deutschen Nuklearnationalismus mit äusserster Diskretion zu betreiben. Innenpolitisch wäre eine deutsche Atombewaffnung wohl kaum durchsetzbar gewesen. Die Frage der Bewaffnung der Bundeswehr hatte 1956 eine breite Oppositionsbewegung hervorgerufen, wobei die Kampagne 'Kampf dem Atomtod' bei den Kirchen, den Gewerkschaften und der SPD ihren Rückhalt fand.¹³⁸ Am 12.4.1957 publizierten die führenden deutschen Atomforscher ihren 'Göttinger Appell', wonach die BRD "ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art" verzichten sollte. Die Unterzeichner weigerten sich, in irgendeiner Form an "der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen" beteiligt zu sein. Strauss stellte sich gegen das Ansinnen und bezeichnete es gegenüber Otto Hahn als "abträglich für die NATO-Politik der Bundesregierung".¹³⁹ Trotz des Appells der Wissenschaftler verfügte Adenauer kurz darauf im Bundestag über eine Mehrheit, um die Verabschiedung eines ausschliesslich auf die friedliche Kernkraftnutzung abzielenden Atomgesetzes zu verhindern, womit - nach Einschätzung des SPD-Bundesvorstandes - "der Weg zu einer deutschen Atomwaffenproduktion für die Bundeswehr" offenstand.¹⁴⁰ Tatsächlich war die Umsetzung eines konsequent militärischen Atomprogramms nach der Veröffentlichung des 'Göttinger Appells' aber weitgehend verbaut. Statt dessen wurden die Weichen zugunsten eines diffusen zivilen Entwicklungsprogramms gestellt, das den Kriterien eines Waffenprogramms unausgesprochen Rechnung trug. An die Stelle einer zielstrebigen Steuerung im militärischen Interesse trat die Ambivalenz einer vielgliedrigen Nuklearentwicklung, deren Einzelkomponenten zwar durchaus energiepolitischen Erfordernissen dienten, sich aber in der Gesamtheit idealerweise zu einem latenten Waffenpotential zusammenfügten.¹⁴¹

Obschon Hinweise auf die Mehrzweck-Orientierung des bundesdeutschen Atomprogramms in der älteren Literatur fehlen und der brisante Aspekt in politischen und wissenschaftlichen Stellungnahmen tabuisiert blieb, liegen die Merk-

¹³⁶ Schwarz, Hans-Peter: Adenauer und die Kernwaffen, in: VfZ, Jg. 37/1989, S. 589.

¹³⁷ Küntzel 1992, Bonn und die Bombe, S. 35.

¹³⁸ Müller, Harald: Die Beschwörung der Bombe, in: Salewski 1995, Zeitalter der Bombe, S. 237.

¹³⁹ Küntzel 1992, S. 25. Text des 'Göttinger Appells': Archiv der Gegenwart, Jg. 27/1957, S. 6385.

¹⁴⁰ Küntzel 1992, Bonn und die Bombe, S. 25; 'Der Spiegel', 10.7.1957.

¹⁴¹ Vgl. Radkau 1983, Aufstieg und Krise, S. 185ff.

male und Vorzüge einer auf Doppelverwendung abzielenden Atomentwicklung derart offen auf der Hand, dass sich ernsthafte Zweifel an der Zielrichtung erübrigen. Die charakteristischen Kennzeichen der deutschen Nuklearstrategie, welche die 'Standby'-Funktion' des Programms belegen, entsprachen weitgehend dem französischen Muster: Unter dem Primat der Autarkie konzentrierten sich die Tätigkeiten auf die Plutonium-Produktion (Bau eines Mehrzweckreaktors auf Natururan-Basis; Grundlagenforschung für Brut-Technologie und Wiederaufbereitung) und auf die Entwicklung eines Verfahrens zur Urananreicherung mit einer Zentrifuge.¹⁴² Auch die politischen Vorzüge des Tarnkonzepts waren dieselben wie in Frankreich. Unter Berufung auf ein ziviles Energieprogramm liessen sich erstens die politischen Risiken minimieren, denen sich die historisch belastete Bundesrepublik in besonderer Masse ausgesetzt sah; zweitens verschaffte der Nachweis gewisser technologischer Fähigkeiten nebst ökonomischen Perspektiven auch Prestigegewinn, und drittens konnte die Drohung mit einer nuklearen Waffen-Option als politisches Druckmittel eingesetzt werden, um Ansprüchen im Bereich der atomaren Mitsprache Nachdruck zu verleihen.

Adenauer zeigte sich überdies als gewiefter Taktiker. Wiederholt verstand er es, innenpolitisch als NATO-Forderung zu verkaufen, was aussenpolitisch als deutscher Anspruch formuliert worden war. Beispielsweise beschloss der Bundestag am 28. März 1958, "die Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten Waffen so auszurüsten, dass sie den von der BRD übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu genügen vermögen". Dabei gab es in der NATO keine 'Verpflichtung', nukleare Waffen anzuschaffen, vielmehr aber ein deutliches Unbehagen, ausgerechnet den Deutschen die nukleare Teilhabe zuzugestehen. Fritz Erler äusserte sich im April 1958 gegenüber Willy Brandt zu diesem Sachverhalt: "Es ist die Bundesregierung gewesen, welche in der Frage der Ausstattung der nicht-angelsächsischen NATO-Verbände mit Atomwaffen immer wieder gedrängt hat. Es ist die Bundesregierung gewesen, die unter dem Gesichtspunkt der 'Gleichberechtigung' jeden Gedanken (..) an eine verschiedene Bewaffnungsart innerhalb der Allianz zurückgewiesen hat. Sie hat diese Haltung nicht immer offen zum Ausdruck gebracht, sondern gelegentlich andere vorschickt, z.B. die Franzosen".¹⁴³

Eine konstruktive Debatte über die Zweckhaftigkeit der Wahrung einer Atomwaffen-Option hat es in der Bundesrepublik im Verlauf der fünfziger Jahre nicht gegeben. Erst seit wenigen Jahren - nach dem Tod von Strauss - gilt die Tatsache als gesichert, dass der Verteidigungsminister 1957 mit Frankreich und Italien die gemeinsame Herstellung von Atomsprengköpfen vereinbart hat. Über Jahre hinweg wurden die rüstungstechnischen Aspekte der bundesdeutschen Atomentwicklung systematisch tabuisiert und die kommerzielle Seite der Atomtechnik - unter vorsätzlicher Verdrehung des tatsächlichen Sachverhalts - von ihrer politisch-militärischen Dimension abgetrennt.

Für den Bundeskanzler besass die euphorische Atomzeitalter-Vision wenig Gewicht; nur der militärische Wert der Kerntechnik schien ihm real. Bloss weil

¹⁴² Obwohl ohne offiziellen Charakter und Verbindlichkeit, wird in der Literatur mehrfach auf die richtungweisende Wirkung des sogenannten 'Eltviller Programms' hingewiesen, verfasst von einem Arbeitskreis der Deutschen Atomkommission - so auch bei Radkau 1983, S. 149ff.

¹⁴³ Soell, Hartmut: Fritz Erler - Eine politische Biographie, Berlin 1976, S. 350.

sich Adenauer zu jener Zeit den Anschein gab, an Atomwaffen nicht interessiert zu sein - vielmehr die Schwerpunktverlagerung von konventioneller auf atomare Bewaffnung als falsch bezeichnete -, fiel ihm 1954 der formelle Verzicht auf eine deutsche Atomwaffenproduktion vordergründig nicht allzu schwer. An den zivilen Aspekten der Kerntechnik blieb er bis ans Ende seiner Regierungszeit in bemerkenswerter Weise desinteressiert.¹⁴⁴ Sowohl der Kanzler als auch Strauss haben bei der Ingangsetzung der zivilen Kernkraftentwicklung wenig Überzeugungskraft bewiesen. Mit dem Messina-Projekt erhielt das 'friedliche' Atom für Adenauer einen primär europapolitischen Wert, blieb dabei aber klar im Rang eines blossen Zweckmittels.

Die Janusköpfigkeit der Administration Adenauer zeigt sich daran, dass die Macht- und Statusmaximierung seit den Anfängen der Bundesrepublik ein unterschwelliges Wesenselement der Aussenpolitik war. Die Sehnsucht nach verlorener Grösse basierte auf der "trotzigen Weigerung, die Singularität des Dritten Reiches in aller Konsequenz zu akzeptieren". Statt an "Aufarbeitung und Bewältigung der Vergangenheit" zu denken, machte sich ein Teil der politischen Elite unverzüglich auf, ihrerseits eine 'Wiedergutmachung' für das im Rahmen der Vollstreckung der Niederlage erlittene 'Unrecht' einzufordern und in die Wege zu leiten. Die Empfindlichkeit, mit der jede Einhegung einer neuen Machtentfaltung der Republik als diskriminierende Provokation ausgelegt wurde, perpetuierte das deutsche Unvermögen, einen niedrigeren Status ohne Ressentiments akzeptieren zu können.¹⁴⁵

Jene Denk- und Handlungsmuster wurden durch die Begleitumstände der westdeutschen Staatsgründung noch verfestigt, ohne dass dadurch Zweifel am Eigenanteil Adenauers und seiner politischen Klientel aufkommen - besonders nicht im Nuklearbereich. Der Umstand, dass Bonn in der Frage der Atombewaffnung von Anfang an auf sich gestellt blieb half mit, eine Weltsicht zu verlängern, nach der Deutschland auf internationaler Bühne nahezu ausschliesslich von Gegnern umgeben war. In den Auseinandersetzungen um die Nuklearpolitik blitzte in gewissen Abständen - genau wie in Frankreich - immer wieder die krankhafte Obsession von einer 'Weltverschwörung gegen Deutschland' auf.¹⁴⁶ Eine den Interessen der Nukleargemeinschaft Priorität einräumende und auf militärische Selbstbeschränkung abzielende Aussenpolitik war unter diesen Umständen ausgeschlossen.

¹⁴⁴ Radkau 1983, Aufstieg und Krise, S. 188.

¹⁴⁵ Küntzel 1992, Bonn und die Bombe, S. 275f.

¹⁴⁶ Noch einmal sei auf das unsägliche Diktum von Strauss verwiesen, beim Atomsperrvertrag handle es sich um ein "neues Versailles kosmischen Ausmasses". Vgl. Salewski 1995, S. 23.

4.7 Akteur auf transnationaler Ebene: Das 'Comité d' Action pour les Etats-Unis d' Europe' von Jean Monnet

"Une fois de plus, ce fut la France, de tous les pays d' Europe toujours le plus capable d' exprimer la pensée politique, qui produisit les deux hommes en lesquels allaient s' incarner le plus nettement les deux tendances opposées de l'idée d' unité européenne. L' un, de Gaulle, voyait l'union européenne comme un groupe de nations-Etats serrées autour de la France; l'autre, Jean Monnet, 'Monsieur Europe', croyait que toutes les nations-Etats, France comprise, avaient vécu et qu' une société moderne devait envisager un cadre plus vaste à l'échelle supranationale."¹

Nora Beloff, *Le Général dit non*.

Ohne gleich der Ikonographie zu verfallen, gilt es festzuhalten, dass Jean Monnet unter den markanten Figuren der europäischen Einigungsgeschichte eine singuläre Erscheinung darstellt. In den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten gibt es kaum ein europäisches Integrationsprojekt, zu dem Monnet nicht den Anstoss gegeben hätte, und es gibt kaum einen führende westeuropäischen Politiker jener Periode, der Monnets Einfluss nicht ausgesetzt gewesen wäre. Nicht zu reden von der grossen Zahl von Initiativen und Vorstössen, die ohne offenkundige Realisierung blieben, wohl aber in sublimer Form auf die politischen Prozesse einwirkten - wenn auch nicht immer in der ursprünglich intendierten Weise. Als de Gaulle - durchaus despektierlich gemeint - Monnet im Jahre 1953 als 'Inspirateur' der europäischen Integrationsbemühungen titulierte, war schon zu einem frühen Zeitpunkt eine Rollenbezeichnung gefunden, die für den kleinen Franzosen kaum treffender hätte ausfallen können.

Das Aussergewöhnliche an Monnet besteht darin, dass er zu einem guten Teil ausserhalb des traditionellen Politikrahmens stand, man ihn jedenfalls nicht im engeren Sinne als 'Politiker' bezeichnen kann. Ein Wahlmandat hat er nie besessen; ein Ministeramt hat er nie ausgeübt, und einer politischen Partei ist er zeitlebens nicht beigetreten. Seine einzige herausgehobene institutionelle Stellung, das Präsidium der Hohen Behörde der Montanunion, hat er nach gut zwei Jahren wieder zur Verfügung gestellt. Nicht ein Mann der Ämter und Würden also, sondern ein Mann der Ideen und Überzeugungen, ein Mann des Einflusses, der Netzwerke und der effektiven Wirkung.²

Wenn auch Monnet seine Aktionsmöglichkeiten nicht unmittelbar aus seiner Funktion bezog, so unterhielt und pflegte er doch ein beispielloses Beziehungsnetz innerhalb des politischen Establishments der westlichen Welt. Die über eine Vielzahl von verlässlichen Kontakten gewonnenen Erkenntnisse über die Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse waren grundlegende Voraussetzungen dafür, eigene Vorstellungen zu entwickeln, einzubringen und - oft mit Aussicht auf Erfolg - systematisch zu befördern. Der Franzose fand den Zugang zur Macht zeitlebens nicht nur in Frankreich, sondern - unterschiedlich intensiv nach Epochen und Umständen - vor allem auch in den Vereinigten Staaten und Grossbri-

¹ Beloff, Nora: *Le Général dit non*, Paris 1964, S. 54.

² Vgl. Kohler-Koch, Beate: *Interessen und Integration. Die Rolle organisierter Interessen im westeuropäischen Integrationsprozess*, in: Kreile 1992, S. 81-119; dies.: *Die Gestaltungsmacht organisierter Interessen*, in: Jachtenfuchs/Kohler 1996, *Europäische Integration*, S. 193-222.

tannien, bedingt auch in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern.

Der breiteren europäischen Öffentlichkeit dürfte Monnet - wenn überhaupt - in erster Linie als geistiger Vater des Schuman-Plans ein Begriff sein. Weniger bekannt ist bereits, dass das zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ausgeweitete Projekt einer europäischen Armee in gleichem Mass auf ihn zurückging. Nach dem Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung war es wiederum Monnet, der den Plan einer Europäischen Atomgemeinschaft entwickelte und mit dem Vorhaben des Gemeinsamen Marktes zu verbinden wusste. Nach dem Gründungsjahrzehnt der europäischen Institutionen gehörte der Einsatz von 'JM' in den sechziger Jahren vor allem der Erweiterung der Gemeinschaft sowie dem Verhältnis Europas zu den Vereinigten Staaten, das er zu einer transatlantischen Partnerschaft auszubauen hoffte. Nach dem Rücktritt de Gaulles lässt sich sein agierender Einfluss nochmals beim Entwurf einer Europäischen Währungsgemeinschaft und bei der Einrichtung regelmässiger Konsultationen zwischen den Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft - in der Form des 1974 eingeführten 'Europäischen Rates' - nachweisen.³

Die Ursprünge der erwähnten Konzeptionen, Pläne und Zielvorstellungen liegen natürlich keineswegs ausschliesslich beim Franzosen und seinem Team, entsprechen insofern nicht solitären Monnet-Entwürfen. Vielmehr formte dieser, ausgestattet mit einem aussergewöhnlichen politischen Instinkt, häufig Gedanken und Projektansätze zu handfesten Plänen, die - zumindest in Teilen - bereits andere vorgedacht und verfolgt hatten. Seine herausragende Qualität bestand darin, 'gebrauchsfertige' und in sich schlüssige Projekte zu erarbeiten, die an einem begrenzten, aber als wesentlich betrachteten und kompromissfähigen Punkt ansetzten, und diese alsdann den am besten placierten Entscheidungsträgern zur Umsetzung zu überantworten. Der Zeitpunkt der Lancierung, die Aufmachung sowie die Instrumentalisierung der öffentlichen Meinung waren für Monnet drei Faktoren, denen für das Gelingen eines Projektes entscheidende Bedeutung zukam. Den Zielgruppen mussten, gemäss Monnet, die Vorteile einer gemeinschaftlich-europäischen Lösung für klar definierte Sachfragen sofort ersichtlich sein. Dabei ging es - meist nach funktionalistischer Webart - praktisch immer um die Fusion von Souveränitätscellen, die, so die Hoffnung Monnets, jenseits des Stadiums einer als ungenügend betrachteten zwischenstaatlichen Kooperation, eine eigene Dynamik entwickeln sollten. Die wesentlichen Elemente dieser ebenso pragmatischen wie ambitiösen Handlungsdemarche lassen sich bei allen frühen europäischen Integrationsprojekten nachweisen, in die Monnet in irgend einer Art involviert war - sowohl bei der Entwicklung des Schuman-Plans wie auch bei der Ausarbeitung des Römervertrag-Junktims. Zusammen genommen machten sie wohl das aus, was 'la méthode Monnet' genannt wurde.⁴

³ Der Vorschlag zur Einrichtung eines gemeinsamen Währungsfonds entstammt - 20 Jahre nach dem Schuman-Plan - einer der letzten Anwendungen der 'Méthode Monnet'. Bossuat, Gérard, Wege nach dem Gipfel von Den Haag, in: Wilkens, Andreas (Hg.): Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, S. 355f.

⁴ Wer bloss die Aktionen des 'Europäers' Monnet in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg untersucht, nimmt nur den wohl bedeutendsten Abschnitt seiner aussergewöhnlichen Biographie in Betracht - immerhin stand Monnet am 9. Mai 1950 in seinem 62. Lebensjahr, 12 Jahre jünger als Adenauer zwar, aber doch in einer Lebensphase, in der man nicht mehr zwingend eine neue Karriere in Angriff nimmt. Auch wenn vor einer rückwärts konstruierten Biographie zu warnen ist, scheint es doch angebracht, Monnets Europa-Konzeptionen nicht nur als aus den politi-

Die Art und Weise, in der bei der Ausarbeitung der beiden erfolgreichen Vertragswerke der fünfziger Jahre Kompromisse gefunden und Einzelinteressen einer Gesamtkonzeption untergeordnet wurden, darf auch heute noch ein politisches Interesse beanspruchen. Weil der Integrationsgedanke in einem breiten gesellschaftlichen Umfeld Verbreitung fand, gingen von der transnationalen Kooperation entscheidende Impulse zur europäischen Gemeinschaftsbildung aus. Eini- ges spricht für die These, dass die Konsensfindungen in nicht geringem Masse auf eine geschickte politische 'Regie', auf eine durchdachte operative Ausgestaltung zurückzuführen waren. Dabei machte sich Monnet bei der Bildung von regionalen Koalitionen zur Aggregation und Artikulation pro-integrativer Interessen die Erkenntnis der 'symmetrischen Heterogenität' zunutze, wonach die Trennlinien der verschiedenen Interessengruppen regional mehr oder weniger deckungsgleich verlaufen.⁵ Teilweise unterstützt von Umschwüngen in der öffentlichen Meinung - ausgelöst durch externe Faktoren -, konnte der mit geschickter Koalitionsbildung aufgebaute Druck auf die politische Entscheidungsträger mit- helfen, labile Mehrheitsverhältnisse zum Kippen zu bringen. Die Vorhaben glückten im weiteren auch deshalb, weil die Politiker und Experten jener Periode nicht in erster Linie Konzeptualisten, sondern konstruktive Praktiker waren. Dies gilt zumal für Monnet, der eher als solcher denn als Intellektueller zu bezeichnen ist: 'konstruktiver Praktiker' als respektvolle, positiv besetzte Charakterisierung, als Gegensatz zu 'praktischen Routiniers', die bloss die Sterilität des Status Quo zu verwalten vermögen.⁶

• Zur Gründung des Aktionskomitees

*"Les institutions de notre Communauté exercent seulement les pouvoirs qui leur ont été délégués. Il ne leur appartient pas de les étendre. C' est des parlements et des gouvernements que dépend la décision de transférer de nouveaux pouvoirs aux institutions européennes. L'impulsion doit donc venir du dehors. Pour cette raison il faut sortir du cadre de l'Institution pour agir dans un autre domaine."*⁷

Jean Monnet, Begründung des Rücktritts vom Präsidium der Hohen Behörde (Parlamentarische Versammlung der Montanunion, 30.11.1954).

Mit dem Wunsch nach grösserer Bewegungsfreiheit für seine integrationspolitische Arbeit begründete Jean Monnet am 30. November 1954 vor der parlamentarischen Versammlung der Montanunion seinen angekündigten Rücktritt vom Präsidentenamt der Hohen Behörde der EGKS. Nach dem Scheitern der EVG hatte er unverzüglich begonnen, neue Impulse zur Wiederbelebung des ins Stocken geratenen europäischen Zusammenschlusses zu evaluieren. Ein erstes 'Relance'-

schen und wirtschaftlichen Zwängen der unmittelbaren Nachkriegszeit geborene Konstruktionen zu bewerten, sondern auch als Ergebnisse eines weit zurückreichenden persönlichen Reflexions- und Erfahrungsprozesses.

Zur Biographie siehe in erster Linie: Monnet, Jean: Mémoires, Paris 1976 (dt.: 'Erinnerungen eines Europäers', München 1978); Duchêne, François: Jean Monnet. The first statesman of interdependence, New York et al. 1994; Roussel, Eric: Jean Monnet 1888-1979, Paris 1996.

⁵ Haas, Ernst B.: 'The Uniting of Europe' and the Uniting of Latin America, in Journal of Common Market Studies, 5/1967, S. 320.

⁶ Vgl. Hans-Peter Schwarz, in: Poidevin 1986, Histoire des débuts, S. 456.

⁷ FM, Fonds AMH 8, 60/1/3.

Projekt von Ende 1954, das in der Folge zur Resolution von Messina umgestaltet wurde, stammte aus dem Kreis der Hohen Behörde, deren Mitarbeiter über die volle Länge an den Verhandlungen teilnahmen.⁸ Hingegen misslang Monnets Vorhaben gründlich, seine Rücktrittsabsichten als Druckmittel zugunsten der Idee einer sektoralen Ausdehnung der Montanunion auf den gesamten Energiebereich einzusetzen. Die parlamentarische Versammlung der Union stärkte ihm zwar den Rücken und drängte auf einen Verbleib im Amt; die französische Administration hingegen nutzte die willkommene Gelegenheit, ihren ungeliebten Landsmann loszuwerden und widersetzte sich der Resignation in keiner Weise.⁹ In der Folge sah sich Monnet gezwungen, als Privatmann, ohne die demokratische Legitimation eines Mandatsträgers, für seine Vision eines geeinten Europa zu kämpfen. "Je vais pouvoir me joindre aux efforts de tous ceux qui travaillent à poursuivre et à élargir l'oeuvre entreprise."¹⁰ Seine Vorstellungen zielten darauf ab, mit Persönlichkeiten aus Parteien und Gewerkschaften eine proeuropäische transnationale Körperschaft zu bilden, welche auf der Basis eines gemeinsamen Grundkonsenses zugunsten der Einigung lobbyieren sollte.

Nachdem Monnet im Sommer 1955 das Präsidium der Hohen Behörde endgültig abgegeben hatte, proklamierte er am 13. Oktober desselben Jahres die Gründung des 'Comité d' Action pour les Etats-Unis d' Europe'. Als Mandatsträger ihrer Organisationen gehörten dem Gremium sozialistische, liberale und christdemokratische Parteienvertreter sowie nicht-kommunistische Gewerkschafter der Montanunion an.¹¹ Die Abwesenheit von Abordnungen der Industrie mag erstaunen, ganz im Gegensatz zum Fehlen national gesinnter Rechtsparteien und europafeindlicher kommunistischer Gewerkschaften. Die mangelnde Einbindung der Unternehmerseite setzte den Ausschuss dem Verdacht sozialistischer Neigungen aus, begünstigte dafür aber die Einbindung zweier zuvor wankelmütiger oder gar ablehnender Kräfte in die Einigungspolitik.¹² Zum einen schaffte es Monnet, die Unterstützung der französischen Sozialisten für seine Ideen zu gewinnen und zum andern, noch bedeutsamer, gelang es ihm, die deutschen Sozialdemokraten, die bis anhin gegen alle Einigungsprojekte opponiert hatten, zur Mitarbeit zu bewegen. Die zweitstärkste Partei Westdeutschlands war fortan entschlossen, das Messina-Projekt mitzutragen. Zu den Zielen der Vereinigung hiess es im Gründungsaufwurf: "Das Komitee sichert die Aktionseinheit der Organisationen, die in ihm Mitglieder sind, um durch konkrete Realisierungen zu den Verei-

⁸ FM, Fonds AMH 8, 62/6/1-2. Skizzen zur sektoriellen Ausdehnung der EGKS (Energie, Transport). Autor: Pierre Uri, handschriftliche Ergänzungen von Monnet ('Note sur l' extension de la Communauté' de Pierre Uri, Division économique de la CECA, 12.11.1954. 'Note du secrétariat du Conseil des Ministres de la CECA', 5.1.1955).

⁹ FM, Fonds AMH 8, 61/3/33-37. Sowohl Mendès France als Edgar Faure begrüßten den Abgang. AMH 8, 64/6: Reaktion Faures auf Monnets Rückkommensantrag vom 21.5.1955: "M. Monnet est et restera démissionnaire." Als Nachfolger wurde in der Folge René Mayer gewählt.

¹⁰ FM, Fonds AMH 8, 60/1/1-3 und 60/7/1-2. Erläuterungen des Rücktritts. Entwürfe der Strassburger Rede vom 30.11.1954; Communiqué vom 10.11.1954; Brief an Ministerpräsident Pierre Mendès France mit Präzisierungen zum Verzicht auf eine Wiederwahl.

¹¹ FM, Fonds AMK 2, 7/2ff. Entwürfe und Fassungen des Pressecommuniqués vom 13.10.1955. Auflistung der Mitglieder des Komitees (Organisationen und ihre Vertreter - inkl. prozentuale Wähleranteile der Parteien und Anzahl organisierter Gewerkschaftsmitglieder): Fontaine, Pascal: Le Comité d' Action pour les Etats-Unis d' Europe, Lausanne 1974, S. 216ff.

¹² Monnets Entschluss, sich auf Parteien und Gewerkschaften als Stützen seines Komitees zu beschränken, bedeutete nicht, dass er die restlichen Zirkel der Macht ausser acht liess. Vielmehr pflegte er ständig sein Beziehungsnetz, das Kontakte zu wirtschaftlichen, diplomatischen, militärischen und intellektuellen Kreisen einschloss. Vgl. FM, Fonds AMK/C und AMM.

nigten Staaten von Europa zu gelangen. Die Aktion wird zunächst darin bestehen, mittels Intervention des Komitees und der in ihm zusammengeschlossenen Organisationen bei den Regierungen, den Parlamenten und in der öffentlichen Meinung die Entschlossenheit kundzutun, aus der Resolution von Messina vom vergangenen 2. Juni [1955] eine echte Etappe auf dem Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa zu machen."¹³

Der Misserfolg der Verteidigungsgemeinschaft hatte Monnet vor Augen geführt, wie kontraproduktiv es sein kann, sachliche Lösungsvorschläge auf gouvernementaler Ebene einzubringen, wenn das Erreichen einer parlamentarischen Mehrheit zum vornherein stark gefährdet scheint. Aufgrund dieser Einsicht machte er sich auf, zur Absicherung einer besseren Implementierung künftiger Vorstöße in den politischen Institutionen, eine schlagkräftige Allianz europafreundlicher Kräfte zu bilden. Unter seiner Initiative wurden politisch-gesellschaftliche Kräfte und Loyalitäten auf das Integrationskonzept eingeschworen, die in der parlamentarischen Ratifizierungsdebatte eine durchaus entscheidende Rolle spielen konnten. Machtpotential und Einflussmöglichkeiten von Parteien und Gewerkschaften als den zukünftigen Partnern im Komitee hatte Monnet bereits bei der Erarbeitung des Plans für den französischen Wiederaufbau und in noch stärkerem Masse im Zusammenhang mit der Montanunion kennengelernt.¹⁴ Ihre Unterstützung vermochte kühnen Plänen zum Durchbruch zu verhelfen, während ihre Gegnerschaft ein unüberwindbares Hindernis bilden konnte. So waren es die britischen Arbeiter, die den Kampf gegen den Anschluss ihres Landes an die EGKS geführt hatten, und es war eine Koalition politischer Parteien, welche die Weiterentwicklung der europäischen Institutionen im August 1954 in der französischen Nationalversammlung blockiert hatte. Jean Monnet war sich von daher der Brückenfunktion von Arbeitnehmerverbänden und Parteien zwischen dem politischen System und dem jeweiligen gesellschaftlichen Umfeld wohl bewusst und beabsichtigte, diese zu instrumentalisieren. Bei der Mobilisierung der organisierten Kräfte ging es im taktischen Sinne aber nicht bloss darum, ein gewichtiges Wählerpotential als 'pressure group' auf die Unterstützung des Projektes der 'Relance' zu verpflichten, sondern ebenso sehr um das Ziel, die wichtigsten oppositionellen Gruppierungen der Mitgliedsländer in den komplexen Prozess der europäischen Gemeinschaftsbildung einzubinden.¹⁵ In einer Zeit der raschen Mehrheitswechsel war es nicht angebracht, sich allzu spekulativ auf gewisse taktische Bündnisse festzulegen. Gerade weil Mehrheitskoalitionen und Oppositionsgruppierungen in Fragen der europäischen Integration häufig wechselnde Schnittmengen bildeten, war es nötig, die Erfolgsaussichten der geplanten Vorhaben auf der Basis eines möglichst breit abgestützten Forums organisierter proeuropäischer Kräfte abzusichern.

Der überraschende Kurswechsel der deutschen Sozialdemokraten markierte einen positiven Start für die Tätigkeit des Aktionskomitees. Aus innen- wie aus aussenpolitischen Gründen hatte sich die SPD zuvor den europäischen Vorhaben

¹³ FM, Fonds AMK 2, 7/6-7. Frz. und dt. Fassung des Pressecommuniqués vom 13.10.1955.

¹⁴ Haas 1958, *The Uniting of Europe*, S. 383; zur Integrationsideologie Monnets: vgl. S. 451ff.

¹⁵ FM, Fonds AMK 17, 2/3. Für das Jahr 1965, zehn Jahre nach der Gründung, nennt die *Sunday Times* vom 21.5.67 ein Potential von 60 Millionen Wählern und 70% aller Gewerkschaftsmitglieder, welche durch die im Komitee mitwirkenden Organisationen vertreten waren. Monnet selber spricht für das Jahr 1955 von "plus de vingt grands partis", die 70% der Wähler in den sechs Ländern vertraten und von Gewerkschaften, die 14 Mio. Arbeiter repräsentierten. Monnet, Jean: *Mémoires*, Paris 1976, S. 481f.

widersetzt. Die Partei sah die deutsche Wiedervereinigung durch eine starke Westbindung der Bundesrepublik auf längere Sicht gefährdet. Im Gegensatz zur SPD, die gegen den Montanunion-Vertrag votierte, hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) an der Bildung der EGKS mitgewirkt. Über den Vorsitzenden des DGB, Walter Freitag, der bereits anfangs 1955 den Anschluss der Gewerkschaften an ein zu gründendes Gremium in Aussicht gestellt hatte, und über die französischen Sozialisten von Guy Mollet knüpfte Monnet seine Kontakte zur neuen SPD-Leitung. Dies, nachdem er im Verlaufe des Frühsommers die potentiellen Teilnehmerorganisationen brieflich kontaktiert hatte.¹⁶ Am 25.7.1955 traf er sich mit Herbert Wehner und mit Erich Ollenhauer, der den verstorbenen Kurt Schumacher als Führer der Sozialdemokraten abgelöst hatte. An diesem Treffen gelang es Monnet, das anfängliche Misstrauen der Deutschen zu überwinden. Rückblickend bezeichnete er die Zusammenkunft als solides Fundament einer langjährigen fruchtbaren Zusammenarbeit.¹⁷ Zwei Tage nach der Zusammenkunft bestätigte Ollenhauer in einem Brief seine Bereitschaft, der eigenen Partei ein Mitmachen im künftigen Aktionskomitee vorzuschlagen.¹⁸ Monnets Offerte bot der SPD offenbar eine willkommene Gelegenheit zum Bruch mit einem Programm, das der Vergangenheit entstammte und dafür einen konstruktiveren europapolitischen Kurs einzuschlagen. Erfreut über diesen Positionswechsel zeigte sich in einem Briefwechsel auch Guy Mollet; er fand dadurch ein wesentliches Hindernis für die künftige Kooperation zwischen den sozialistischen Parteien auf dem Kontinent beseitigt. Zudem sah er durch diesen Zusammenschluss der Linken die Befürchtungen jener französischen Kreise gedämpft, die, aufgrund eines christlich-demokratischen Übergewichts in der proeuropäischen Bewegung, die Entstehung eines 'Europe clérical' befürchteten. Ollenhauer seinerseits betonte, wie wichtig supranationale Kontrollmöglichkeiten über die Verwendungszwecke nuklearer Spaltstoffe und die für seine Partei bedeutsame politische und finanzielle Autonomie des Aktionskomitees seien.¹⁹

Die Aussicht auf eine europäische Atomgemeinschaft bot der entschieden gegen eine deutsche Wiederbewaffnung eingestellten SPD ausserdem die Hoffnung auf ein Instrument zur Kontrolle der virulenten ökonomischen Interessen privater deutscher Unternehmungen. Deren nukleare Ambitionen schürten alte Gefühle des Misstrauens und drohten, das eben erst gebändigte Gespenst deutscher Nachrüstung neu zu beleben. Dabei ist nicht von der Hand zu weisen, dass auch einzelne Exponenten der SPD vom Virus der Atomeuphorie befallen waren.²⁰ Die Sozialdemokraten hegten die Befürchtung, dass der im Rahmen der Pariser Verträge ausgesprochene Bonner Atomwaffenverzicht, den sie für den

¹⁶ FM, Fonds AMK 2, 2/5-9. Einladung zum Komitee-Beitritt (Entwürfe, Juni 1955). "J' ai l' honneur de vous demander de participer à la constitution du Comité d' Action pour les Etats-Unis d' Europe. Les personnalités qui participent à la constitution du Comité demanderont chacune à leur organisation d' y adhérer. (..)".

¹⁷ Monnet 1976, Mémoires, S. 482.

¹⁸ FM, Fonds AMK/C 1/2. Korrespondenz mit deutschen Komiteemitgliedern. 27.7.1955, Ollenhauer an Monnet: "Je suis prêt à participer aux discussions préliminaires en vue de la création du Comité d' Action pour les Etats-Unis d' Europe. Nous soutenons avant tout votre idée (..), de favoriser la création d' une autorité européenne pour le développement pacifique de l' énergie atomique. Une décision définitive quant à la participation officielle de mon parti ne peut que résulter du Comité directeur du parti lors de sa session de mi-septembre."

¹⁹ FM, Fonds AMK/C 1/10-12. Korrespondenz Ollenhauer-Mollet (Juli/August 1955).

²⁰ Vgl. die Auszüge der Reden von Leo Brandt in Kap. 4.1.

Aufbau einer friedlichen europäischen Ordnung essentiell hielten, durch die zu schaffende Nuklearbehörde erneut in Frage gestellt werden könnte. Monnet versuchte diese Bedenken zu zerstreuen, indem er die Integration der europäischen Kernindustrie als Garant für eine strikt friedliche Verwendung der "unerschöpflichen Energiequelle" anpries.²¹ Welches auch immer die entscheidenden Beweggründe für die Kehrtwende und die Dialogbereitschaft der deutschen Sozialdemokraten gewesen sein mögen - die mit dem personellen Wechsel in der Parteileitung einhergehende Überprüfung der innen- und aussenpolitischen Positionen oder der sanfte Druck des DGB im Zusammenwirken mit der Vorwärtsstrategie der französischen Mollet-Sozialisten: Für das Wirken des Initiators des Schumanplans stellte die Beitrittszusage der SPD einen entscheidenden Erfolg dar. Die Bildung des Komitees, gleichzeitig in den sechs Hauptstädten angekündigt, wurde von der Presse als bedeutender politischer Akt aufgenommen, zum einen wegen der Teilnahme der SPD, zum andern weil sich hier erstmals Gewerkschaften und politische Parteien über innenpolitische Spaltungen hinweg zugunsten eines aussenpolitischen Vorhabens zusammenfanden. Damit wurde eine Kluft geschlossen, welche die sozialistische Front in Europa bislang geschwächt hatte, und zudem liessen sich so die negativen psychologischen Folgen des EVG-Debakels mildern. Das Komitee Monnet begründete eine bisher nicht gekannte Methode politischer Aktion, deren Schlagkraft und Wirksamkeit aber erst nach dem Nachweises bedurfte. Der Gründer des Komitees verabschiedete sich in einem BBC-Interview vom 17.10.1955, in dem er überdies vehement für eine Assoziierung der Briten an die Gemeinschaft warb, denn auch mit den Worten: "N' oubliez pas l' existence du Comité d' Action pour les Etats-Unis d' Europe. Vous en entendrez parler à nouveau sous peu."²²

• **Anatomie der Organisation: struktureller Aufbau, funktionaler Rahmen**

*"Individuals who sit on the same boards share common interests."*²³

Der Name 'Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa' weckt Assoziationen an die zahlreichen Gruppierungen, die kurz nach Kriegsende die Überwindung der nationalstaatlichen Strukturen anstrebten und sich für den Zusammenschluss der Völker und Staaten einsetzten bzw. eine engere europäische Kooperation forderten. Das Wirken der transnational strukturierten Bünde erfuhr bereits im Oktober 1948 eine Koordinierung, als aus dem Haager Kongress die Gründung der Europäischen Bewegung hervorging.²⁴ Die Bewegung, welche als non-gouvernementale internationale Organisation überstaatliche Zusammenschlüsse von Parteien und Gewerkschaften umfasste, bemühte sich, auf regionaler und nationaler Ebene zum Fortschritt des Integrationsprozesses beizutragen.

In der Mitgliederliste der Europäischen Bewegung sucht man vergeblich nach dem Comité d' Action, was sich dadurch erklären lässt, dass Monnet betont auf die Wahrung der Unabhängigkeit und des freien Handlungsspielraums seiner

²¹ FM, Fonds AMH 8, 65/4. 20.8.1955.

²² FM, Fonds AML 118. Déclaration à la BBC, 17.10.1955.

²³ Knoke, David; Kuklinski, James H.: Network analysis, Beverly Hills 1982, S. 31.

²⁴ Jansen, Thomas: Die Europäische Bewegung, in: Weidenfeld, W.; Wessels, W. (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1981, Bonn 1982, S. 386-96.

Organisation bedacht war.²⁵ Existenz und Funktion des Komitees blieben Zeit seines Bestehens eng an die Person des Gründers und Präsidenten gebunden. In erster Linie als eine Methode der Einflussnahme auf die machthabenden politischen Organe konzipiert, achtete Monnet darauf, die Strukturen der Organisation möglichst schlank und flexibel auszugestalten - bar jeglicher formalistischer und protokollarischer Hemmnisse -, um dadurch im Bedarfsfall über ein effizientes, spontan einsetzbares Instrument der Interessenwahrnehmung verfügen zu können. Reglementarisch festgeschriebene Verfahrensgrundsätze hätten ein pragmatisches Vorgehen bloss behindert. Die Treffen des Komitees fanden in der Folge denn auch in unregelmässigen Abständen statt, in einer vom Präsidenten nach subjektiver Einschätzung und Dringlichkeit festgesetzten Abfolge.²⁶ Zuhanden der Mitglieder formulierte der Initiator seinen sachbezogenen Ansatz, mit konkreten politischen Aktionen zum europäischen Fortschritt beizutragen: "Agir politiquement, c' est faire intervenir des hommes influents, proches du pouvoir, disposant du pouvoir ou susceptible d' y accéder, pour qu' une décision politique soit prise. La cible de cette action sera, selon le cas, les parlements, les gouvernements ou les institutions communautaires."²⁷ Zahlreiche illustrative Formulierungen in den Resolutionen und Deklarationen des Komitees belegen die Umsetzung der propagierten Strategie.²⁸ Die verbindliche Programmatik ist, gemessen an funktionalen Gesichtspunkten, als die herausragende Stärke des Aktionskomitees zu bezeichnen. Die konkret abgefassten Anregungen bezogen sich fast durchwegs auf kurz- bis mittelfristig realisierbare Vorhaben. Sie waren jeweils, sofern innert nützlicher Frist verfügbar, durch Studien und Expertengutachten abgestützt, welche bereits Mittel und Instrumente der Umsetzung enthielten. Der sichtbare Teil der Tätigkeit des Aktionskomitees bestand aus den im Schnitt einmal jährlich stattfindenden Treffen der Organisation und den veröffentlichten Verlautbarungen und Entschliessungen. Die Sitzungen dienten der Diskussion und der Redaktion der von Monnet und seinen engsten Mitarbeitern verfassten Entwürfe einer offiziellen Stellungnahme des Gremiums zu aktuellen Fragen der europäischen Integration. In der Absicht, eine möglichst freie und ungezwungene Debatte zu ermöglichen, wurde bewusst darauf verzichtet, die Sessionsinhalte in der Form von Protokollen festzuhalten.²⁹

Ausserhalb der Sessionszeiten betrieb der Präsident des Aktionskomitees in den Jahren 1955/56 eine rastlose Reisediplomatie. Getragen von seiner Vision, besuchte er die Hauptstädte der Gemeinschaft und lobbyierte als Botschafter des Komitees fortwährend bei höchsten Regierungsstellen und Mandatsträgern für die

²⁵ FM, Fonds AMK 2, 2/45. Das jährlich festzusetzende Budget der Organisation wurde zu gleichen Teilen von den teilnehmenden Parteien und Gewerkschaften abgedeckt.

²⁶ So fanden in den bewegten Jahren 1956 und 1969 je drei der insgesamt 18 Sessionen statt. Andererseits gab es mehrmals zweijährige Pausen zwischen den Treffen des Komitees. Vgl. Chronologie der Sitzungsdaten bei Fontaine 1974, S. 207ff.

²⁷ FM, Fonds AMK 2, 2/45-47. Programmatische Entwürfe zur Arbeit des Aktionskomitees: "(..) parvenir par des réalisations concrètes aux Etats-Unis d' Europe."

²⁸ FM, Fonds AMK, Dossier 4-29. Resolution vom 20.9.1956: "En conséquence, le Comité demande aux gouvernements (..). A cette fin nous proposons que le Conseil des ministres des Affaires étrangères (..)". Deklaration vom 11.7.1960: "Le Comité demande que le Conseil des ministres (..). Le Comité demande à la Commission (..)".

²⁹ FM, Fonds AMK 4, 2/2. 17.1.1956: "Je précise que nos réunions n' auront pas de procès verbal, (..) dont le but est de permettre à chacun des s' exprimer en toute liberté et de se contredire si cela est nécessaire (..)". Monnet, Ansprache zur Eröffnung der ersten Komitee-Sitzung.

Umsetzung seiner Europa-Ideen.³⁰ Dabei leistete ihm sein breitgefächertes Beziehungsnetz, das er sorgsam pflegte, unschätzbare 'Türöffner'-Dienste. Das über Jahrzehnte - während einer internationalen Berufskarriere in den vielfältigsten Chargen und Funktionen - aufgebaute 'social network' Monnets deckte die wichtigsten Bereiche des öffentlichen Lebens umfassend ab, und der Franzose setzte das Vertrauenskapital seiner unzähligen Kontakte und Freundschaften gezielt zu Gunsten seiner sachlichen Zielvorstellungen ein. Nebst den persönlichen Zusammenkünften blieb er mit den wichtigsten Gesprächspartnern zusätzlich in telefonischem und brieflichem Kontakt, wobei Diskretion in heiklen Sachfragen als Selbstverständlichkeit galt. In der präzisen Dokumentation seiner Reisetätigkeit sind denn auch bloss Orte und Daten von Treffen sowie die Namen der Gesprächspartner festgehalten - materielle Vermerke bleiben rar.³¹

Auch wenn Monnet unbestritten die dominierende Figur des Aktionskomitees war, leuchtet es ein, dass er sein immenses Pensum nicht im Alleingang bewältigen konnte. Für das konzeptionelle Schaffen sowie für die umfangreiche Korrespondenz und die administrativen Geschäfte standen ihm fähige Mitarbeiter zur Seite - Männer wie Max Kohnstamm und Jacques van Helmont, deren Qualitäten Monnet bereits im Verlaufe vorangegangener beruflicher Zusammenarbeit schätzen gelernt hatte. Im inneren Zirkel um Monnet tauchen - als temporäre Mitarbeiter wie Pierre Uri oder als enge externe Berater - immer wieder die Namen von Persönlichkeiten auf, die vor und nach der Unterzeichnung der Römer Verträge Schlüsselpositionen der europäischen Gemeinschaften innehatten.³² Die äusseren Ringe des konzentrischen Beziehungskreises um Monnet bildeten Persönlichkeiten aus den verschiedensten Fachbereichen - die Beschreibung bei Fontaine liest sich wie ein 'Who is who' der europäischen Eliten zwischen 1955 und 1975 -, teils Komiteemitglieder, teils bloss Sympathisanten, Europäer wie Amerikaner. Allesamt Personen, die während einer gewissen Zeitspanne mit Monnet zusammengearbeitet hatten oder sich zumindest seinem europäischen Denken verpflichtet fühlten. Auf ihre Unterstützung durfte der 'Inspirateur' in entscheidenden Momenten zählen.³³

Klassifikatorisch ist das Comité d' Action der Kategorie transnationaler nicht-staatlicher Organisationen oder 'Non-Governmental Organizations' (NGO) zuzurechnen, da sein Handlungszusammenhang vom klassischen Muster internationaler Beziehungen abweicht, das auf der Interaktion staatlicher Akteure gründet. Die konstituierenden Merkmale von NGOs sind umstritten. Das Yearbook of International Organizations setzt strenge definitorische Massstäbe und fordert für eine Anerkennung die Teilnahme von Vertretern aus mindestens drei Ländern, die Existenz einer Verfassung und einer Geschäftsordnung sowie gewählte Organe - alles Voraussetzungen, die im Falle des 'Comité' gegeben waren.³⁴ In der

³⁰ Eine minutiös zusammengestellte Chronik dokumentiert die rastlose Reisetätigkeit des Komiteegründers auf dem Kontinent und in den USA. Vgl. Fontaine 1974, S. 207ff.

³¹ Hierzu ist anzufügen, dass das Material des in Bearbeitung stehenden Fonds AMM (Agenden, Manuskripte, Notizen) erst zu einem kleinen Teil zugänglich war.

³² Exemplarisch: Louis Armand und Robert Marjolin, vormaliger OECE-Generalsekretär und späterer Vizepräsident der EWG-Kommission; Etienne Hirsch, Nachfolger Monnets als französischer Plan-Kommissar und ebenfalls Nachfolger Armands als Euratom-Vorsitzender.

³³ Für detaillierte Namensangaben, vgl.: Duchêne 1994, Jean Monnet; Roussel 1996, Jean Monnet, S. 684ff.; Fontaine 1974, Comité d' Action, S. 54ff. sowie Monnet 1976, Mémoires.

³⁴ Czempiel, Ernst-Otto: Internationale Politik. Ein Konfliktmodell, Paderborn 1981, S. 161.

Praxis werden die Kriterien lockerer gehandhabt, werden pragmatisch der Vielfalt vorhandener Gruppierungen angepasst und verlangen lediglich die Kooperation zwischen Gruppen zweier Gesellschaften, wobei mindestens eine dieser Gruppen nicht einer Regierung angehören darf.

Beim Versuch, das Aktionskomitee nach Aufbau und Struktur zu erfassen, sticht der hybride Charakter der Körperschaft ins Auge, der eine differenzierte Zuordnung erfordert. Zivilrechtlich als Verein mit Sitz in Epalinges/VD konstituiert, umfasste das Komitee als Mitglieder die Gewerkschafts- und Parteienvertreter der EGKS-Staaten.³⁵ Die Frage, ob das Komitee als Handlungsträger den am Integrationsprozess beteiligten nationalen Systemen oder dem regionalen System zuzurechnen war, kann aufgrund seiner Mischform nicht eindeutig beantwortet werden. Gemäss dem in der Einleitung zitierten Definitionsvorschlag von Lagos werden unter externen Akteuren Gruppen verstanden, die mit den internen Akteuren von einem ausserhalb der nationalen Systeme gelegenen Entscheidungszentrum interagieren. Dieser Begriffsbestimmung entsprechen die Gewerkschaften als Interessenvertreter gegenüber den machthabenden staatlichen Institutionen vollumfänglich. Insofern fällt dem Komitee durch die Arbeitnehmerverbände der Charakter eines externen Akteurs zu. Die Zwitterstellung der Organisation gründet dagegen im Status der teilnehmenden politischen Parteien, die in ihrer Mehrzahl auf nationaler Ebene in die Regierungsverantwortung eingebunden waren und demzufolge, als Akteure der nationalstaatlichen Regierungsebene, die Merkmale eines internen Faktors aufwiesen. Insofern bemühte sich eine wesentliche Zahl der Mitwirkenden durch ihre Komiteearbeit um eine Einflussnahme auf die eigene Partei.

In den Teilnehmerlisten findet sich auch eine bemerkenswerte Anzahl von amtierenden Regierungsmitgliedern; dazu gilt es präzisierend festzuhalten, dass alle Angehörigen der Komitees formell als Repräsentanten ihrer Partei an den Sitzungen teilnahmen - und nicht als politische Mandatsträger.³⁶ Selbstredend verlaufen diesbezügliche Abgrenzungen fliegend - und das war durchaus beabsichtigt: die Logik der Methode Monnets zielte darauf ab, tatsächliche sowie potentielle politische Machtträger der Epoche zweckorientiert zusammenzuführen. Gemäss Kaiser, der transnationale Politik als politischen Prozess zwischen nationalstaatlichen Regierungen und externen Akteuren versteht, ist ein Mindestmass an vertikaler Interaktion mit den Regierungsinstitutionen konstitutive Voraussetzung transnationaler Politik.³⁷ Ohne direkte vertikale Kommunikationsmöglichkeiten könnten nationalstaatliche Massnahmen und Entscheidungen durch Prozesse auf transnationaler Ebene nur schwerlich beeinflusst werden.

Ausschlaggebend für die Einteilung der Gruppe Monnet unter die externen Akteure war im Abwägungsprozess schliesslich, dass sie die Voraussetzung des "ausserhalb der Systeme gelegenen Entscheidungszentrums" erfüllte.³⁸ Wichtiger

³⁵ Der rechtliche Sitz des Komitees befand sich am Wohnort des Administrativsekretärs Henri Rieben, des späteren Direktors des 'Centre de recherches européennes' und der 'Fondation Jean Monnet' in Lausanne/Dorigny. Vgl. Fontaine 1974, Comité d' Action, S. 41. Sitz des ständigen Sekretariats war Paris (Generalsekretär van Helmont).

³⁶ Die Komitee-Mitgliedschaft amtierender Minister blieb in der Regel während der Zeitspanne ihrer Regierungstätigkeit sistiert.

³⁷ Kaiser, Karl: Transnationale Politik, in: Die anachronistische Souveränität. PVS, Sonderheft 1/1969, S. 103.

³⁸ Lagos, Gustavo: Estrategias políticas en la integración latinoamericana, Santiago de Chile 1970, zit. nach: Zimmerling 1991, S. 58.

als eine hieb- und stichfeste Strukturanalyse der Organisation scheint aber die Feststellung, dass das Komitee von seinem Gründer primär zur Ausübung einer spezifischen Art der Einflussnahme gegründet und instrumentalisiert wurde. Existenz, Funktion und singuläre Form des Gremiums blieben fortwährend und in ausgeprägter Weise an Person und Willen des Präsidenten Monnet gebunden. Er rief das Comité ins Leben, weil die darin gebundenen demokratischen Kräfte in den fünfziger Jahren die entscheidenden politischen Machtfaktoren ihrer Länder repräsentierten.

• **Zur Rolle des 'Comité d' Action' bei der Genese der Römer Verträge**

*"La prochaine étape sur la voie des Etats-Unis d' Europe doit être la mise en commun des ressources et des efforts de nos pays pour l'utilisation pacifique de l'énergie atomique. Lénine disait: 'Le communisme c' est les Soviets plus l'électrification'. Aujourd'hui, les Etats-Unis d' Europe c' est un pouvoir fédéral plus l'utilisation pacifique de l'énergie atomique."*³⁹

Jean Monnet, 28.11.1955.

"N' oubliez pas l' existence du Comité d' Action pour les Etats-Unis d' Europe. Vous en entendrez parler à nouveau sous peu." Monnets Ausspruch im Moment der Bekanntgabe der Komiteegründung erscheint missverständlich: Während der Dauer seines Bestehens machte das Aktionskomitee in der Öffentlichkeit eher wenig von sich reden. Zwar berichtete die Presse regelmässig über die Sessionen und publizierte ausführlich den Wortlaut der verabschiedeten Resolutionstexte. Der Öffentlichkeitsarbeit kam in der Tätigkeit des Komitees aber nur eine sekundäre Rolle zu. Es wäre demnach falsch, den Einfluss des Komitees aus seiner Medienpräsenz und der Verankerung in der öffentlichen Meinung ableiten zu wollen. Forcierte Publizität entsprach nicht der vorrangigen Zielsetzung einer Organisation, deren Interventionen diskret erfolgten und deren nachhaltigster Einfluss sich in sublimierender Form durch das weitgespannte Netz ihrer Fürsprecher entfaltete - ausserhalb des Blickfelds öffentlicher Beobachter.

Die konkrete Tätigkeit des Komitees begann im Januar 1956 und zog sich über zwanzig Jahre hin.⁴⁰ Die erste Aktion zielte auf die Gründung der Euratom, womit das Komitee seine Entschlossenheit zum Ausdruck brachte, die Umsetzung der Resolution von Messina voranzutreiben und dadurch den festgefahrenen Integrationsprozess wieder in Gang zu setzen - unter Verweis auf den Anreiz lokaler Wohlfahrtsperspektiven im Atomzeitalter: "Le développement de l' énergie atomique, à des fins pacifiques, ouvre la perspective d' une nouvelle révolution industrielle et la possibilité d' une transformation profonde des conditions de travail et de vie".⁴¹ Die Komiteemitglieder verpflichteten sich, die gemeinsame Erklärung vom 18.1.1956 in ihre nationalen Parlamente einzubringen und billigen zu lassen.

Monnet beabsichtigte, mit der Entschliessung auf die strukturelle Ausgestaltung der Atomorganisation einzuwirken. Mit seinen Mitarbeitern hatte er eine

³⁹ FM, Fonds AML 120/4. 28.11.1955: Interview Monnets für 'Les Echos' vom 13.12.1955.

⁴⁰ FM, Fonds AMK, Dossiers 1-30. Dokumentation der 18 Komitee-Sitzungen sowie von ausserhalb der Sessionen veröffentlichten Deklarationen. Letzte Session: 3./4. Mai 73, Brüssel. Auflösung des Komitees am 9.5.1975, dem 25. Jahrestag der Proklamation des Schuman-Plans.

⁴¹ FM, Fonds AMK 4, 7/3. Veröffentlichter Begleittext zur ersten Deklaration vom 18.1.1956.

eigene Konzeption für die EAG entwickelt, die in einzelnen Punkten - sie betrafen vor allem die Zuständigkeiten und weniger die Tätigkeitsbereiche von Euratom - rigider war als der Armand-Entwurf.⁴² Der wesentliche Unterschied lag in den für die Kommission geforderten Vollmachten. Gemäss Aktionskomitee sollte der Kommission das ausschliessliche Eigentumsrecht an den Kernbrennstoffen während allen Phasen ihrer Umwandlung zustehen, und die Errichtung und Betreuung von Atomanlagen sollte von der Autorisation durch die Zentralbehörde abhängig gemacht werden. Dieser sollte überdies das Recht zustehen, die Nutzung der Spaltstoffe zu beaufsichtigen und über die Sicherheit zu wachen. Die Vergabe von spaltbarem Material sollte ausschliesslich dem Zweck der friedlichen Nutzung dienen, und darin lag der entscheidende Grund für die weitgehenden Befugnisse der Kommission. Eine bloss zwischenstaatliche Zusammenarbeit würde nicht ausreichen, "den ausschliesslich friedlichen Charakter" der Atomindustrie zu garantieren. Und das Komitee wurde noch deutlicher: "Die energieerzeugende Atomindustrie wird unvermeidlich in der Lage sein, auch Bomben herzustellen. Aus diesem Grund sind die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Atomenergie nicht zu trennen. Die Europäische Gemeinschaft soll die Atomenergie ausschliesslich für friedliche Zwecke entwickeln". Mit dieser Formulierung brachte das Comité d' Action den bisher umgangenen Streitpunkt der Nonproliferation in die Debatte ein: Mit der Schaffung von Euratom sollte ein Nuklearwaffenverzicht der Mitgliedstaaten garantiert werden.⁴³

In den Brüsseler Verhandlungen war die Frage, ob sich die Atomgemeinschaft dem Problem der missbräuchlichen Verwendung der Kernenergie annehmen sollte, bislang nur vage angediskutiert worden - Armands OECE-Studie hatte die Entscheidungskompetenz in dieser Frage noch explizit den nationalstaatlichen Organen zugewiesen.⁴⁴ Die Mehrheit der Komitee-Delegierten war aber nicht bereit, in einen ausdrücklichen Verzicht auf die Durchführung militärischer Nuklearprogramme einzuwilligen. Liberale und Christdemokraten scheiterten ausserdem in ihrer Absicht, das Junktim von Euratom und Gemeinsamen Markt in der Januar-Resolution zu verankern - dem Zwillingsvorhaben EWG räumte das Gremium fälschlicherweise nur eine nachrangige Bedeutung ein. Nach Monnets Einschätzung vollzog sich der "europäische Durchbruch" über die zivile Atomkraft - der Gemeinsame Markt würde zwangsläufig folgen.⁴⁵

Der vorgeschlagene institutionelle Aufbau der Nukleargemeinschaft folgte bundesstaatlichen Überlegungen und griff in weiten Teilen auf die Organisationsmuster der Montanunion zurück. Dass sich das Aktionskomitee unmissverständlich auf ein föderalistisches Konzept festlegte, vermochte nicht zu erstauen. Es war allgemein bekannt, dass Monnet, in Anlehnung an das 'Dritte Kraft'-Konzept der frühen Nachkriegszeit, ein föderalistisches Europa-Modell favorisierte, das auf die Errichtung eines supranationalen Bundesstaates zielte - mit stark

⁴² FM, Fonds AMK 4, 8/1-2. Erste Deklaration des Aktionskomitees vom 18.1.1956, verabschiedet anlässlich der Eröffnungs-Session vom 17./18.1.1956 in Paris.

⁴³ Spaak fürchtete die Diskussion der militärischen Aspekte und war bemüht, das Thema aus den Verhandlungen herauszuhalten - aus gutem Grund, wie sich zeigen sollte. Spaak 1969, S. 321.

⁴⁴ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 358. Armand, Louis: La Coopération Economique intra-européenne dans le Domaine de l' Energie. OECE, Paris, Mai 1955; ders.: Atomic energy and the future of Europe, in: Foreign affairs 34/1956, S. 658f.

⁴⁵ Monnet 1976, Mémoires, S. 492. Alle fünf Verlautbarungen der Jahre 56/57 beschäftigten sich schwerpunktmässig mit Euratom - der Gemeinsame Markt fand nur am Rande Erwähnung. Texte der Resolutionen und Deklarationen: FM, Fonds AMK, Dossiers 4-8.

eingeschränkter Souveränität der Einzelstaaten.⁴⁶ Das Verharren in den überholten nationalstaatlichen Mustern, so seine Überzeugung, verunmögliche den Abbau des zersetzenden zwischenstaatlichen Misstrauens und stehe dadurch einer friedlichen Koexistenz der europäischen Länder im Wege. Ohne geeintes Europa sah der 'Inspirateur' keinen Ausweg aus dem Teufelskreis nationalistischer Aggression.⁴⁷ Was aber Europa sein solle, dürfe nicht aus der Vergangenheit abgeleitet, sondern müsse als kollektive Antwort auf die Zukunftsfragen politisch entworfen werden - in allen Teilbereichen: Ökonomie, Arbeitsmarkt, Sozialstaat, politische Freiheiten und Grundrechte. Nur im transnationalen Raum Europa könne die einzelstaatliche Politik vom Objekt zunehmender Abhängigkeit von den Supermächten zum Subjekt eigenständig gestalteter regionaler Zukunft werden.⁴⁸ Als unabdingbare Voraussetzung für den gewünschten Gang der Entwicklung bezeichnete die Monnet-Doktrin eine wirtschaftliche Erstarung des Kontinents mit Hilfe der Erschließung nuklearer Energiequellen sowie des Gemeinsamen Marktes. Beides zusammen sollte Europa ein den USA entsprechendes Industriepotential und Produktivitätsniveau beschere. Der Komitee-Gründer konkretisierte seine Hoffnungen wiederholt dahingehend, dass sich mit dem erwarteten Wachstumsschub die Möglichkeit bieten werde, die allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern und künftige Wohlfahrtsbedürfnisse breiter Gesellschaftsschichten abzudecken.

Die Beschlüsse des Komitees stärkten den Einfluss Monnets auf die laufenden Brüsseler Verhandlungen, jedoch vermischten sich auch hier positive und negative Auswirkungen. Angesichts des enormen Entwicklungsrückstandes der Kontinentaleuropäer schien es zwar unerlässlich, die Kräfte auf die friedliche Nutzung des Atoms zu konzentrieren. Euratom zum Garanten der friedlichen Verwendung der Kernenergie zu machen, musste in Frankreich aber heftige Opposition wecken, und es war klar abzusehen, dass ein Verbot der militärischen Nuklearentwicklung in der Nationalversammlung keine Mehrheit finden würde. Andererseits hatte Monnet bei der Entscheidung zugunsten einer exklusiv zivilen Anwendung der Nukleartechnik auf die deutsche Sozialdemokratie Rücksicht zu nehmen, die den Kernwaffenverzicht zur Vorbedingung ihrer Teilnahme am Aktionskomitee gemacht hatte. Eine Beibehaltung der militärischen Option würde die Bundesrepublik, die gezwungenermaßen einen Kernwaffenverzicht eingegangen war, einer inakzeptablen Diskriminierung aussetzen. Der im Schlussbericht des Ausschusses für Atomenergie vom 5.11.1955 vorgeschlagene Lösungsansatz vermochte die deutschen Vorbehalte denn auch nicht zu entkräften: sobald ein Land ein militärisches Nuklearprogramm betreiben wollte, konnte es sich unter Berufung auf militärische Geheimhaltung und sicherheitspolitische Erfordernisse der Verpflichtung zum obligatorischen Austausch von Forschungsergebnissen entziehen. Den Staaten ohne Kernwaffenambitionen blieb diese Möglichkeit verwehrt,

⁴⁶ Zum Konzept der 'Dritten Kraft': Loth 1991, Weg nach Europa, S. 28ff.

⁴⁷ FM, Fonds AMH 9, 67/7. "If we remain divided as we are, the Europeans will be left exposed to nationalist ambitions and will be forced, as happened in the past, to look for outside guarantees in order to protect themselves against each other - each one fearing the progress of the other as in the past."

⁴⁸ FM, Fonds AMH 8, 65/2/12. Interview in 'Le Monde' vom 15.6.1955. "Organiser la paix, c' est créer les conditions d' un dialogue institutionnalisé entre l' Europe unie, les Etats-Unis et l' Union soviétique. Pour cela, l' Europe doit s' unir politiquement et parler en partenaire égal avec les Etats-Unis. Ainsi l' Union soviétique constatera qu' elle ne peut dissocier l' Occident."

und sie waren damit faktisch gezwungen, die militärische Aufrüstung des nach Atomwaffenbesitz strebenden Partners zu unterstützen.

Das Bemühen, jegliche Ungleichbehandlung der Partnerländer mit vertraglichen Mitteln zu vermeiden, war im Jahr 1956 zu einem zentralen Streitpunkt der Verhandlungen geworden. Die Forderung des Aktionskomitees, Euratom auf die ausschliesslich friedliche Kernenergienutzung zu verpflichten, war aber wenig realistisch und zeichnete nur vordergründig einen eleganten Weg, den deutschen Kernwaffenverzicht zu garantieren, ohne die BRD etwelcher Ungleichbehandlung auszusetzen. Indem Monnet den Wirkungskreis der Atomorganisation und damit der Teilnehmerstaaten auf die zivile Verwendung der Kernenergie zu beschränken suchte, rückte er Euratom aber in die Nähe der amerikanischen Strategie, die in bezug auf die europäischen Staaten eine Politik der kontrollierten Proliferation verfolgte und von der bei der Suche nach einer Kompromissformel entscheidende Impulse zur Lösungsfindung ausgehen sollten - rechtsnationale französischen Kreisen beschimpften ihn darob als "Handlanger amerikanischer Interessen".⁴⁹ Bereits im August 1954 war Monnet von Armand auf die günstige Konstellation im Zusammenspiel mit den Amerikanern hingewiesen worden:

*"Il faut faire profiter l'Europe des offres américaines d'assistance et de fournitures civiles et militaires. (...) Les Américains dépités par l'échec de la CED, feront bon accueil à un appareil nucléaire européen et à une Europe groupée pour négocier avec eux des livraisons de techniques et de matériels."*⁵⁰

Von beiden Seiten umworben, waren die Amerikaner - eingedenk der negativen EVG-Erfahrung - während geraumer Zeit nicht bereit, sich entweder auf die Brüsseler- oder auf die OECE-Linie festzulegen; vielmehr versicherten sie beide Projekte ihrer wohlwollenden Billigung.⁵¹ Dass die USA ihre selbstaufgelegte Zurückhaltung in der Frage der europäischen Atomentwicklung zunehmend zugunsten Euratoms ablegten, war nicht zuletzt auf die ausgezeichneten Beziehungen Monnets zum amerikanischen Polit-Establishment zurückzuführen.

Einmal mehr kamen dem Franzosen seine wertvollen Kontakte aus einer vorangegangenen Schaffensperiode zugute: nachdem er im Juli 1940 von seinem Posten als Präsident des französisch-britischen Koordinationskomitees zurückgetreten war, dessen Ziele in der Harmonisierung der wirtschaftlichen Kriegsanstrengungen Frankreichs und Englands sowie in der Leitung des französisch-britischen Einkaufskomitees in den USA bestanden hatten, übersiedelte Monnet einen Monat später nach Washington, um in gleicher Funktion dem Verantwortlichen der britischen Einkaufskommission für Rüstungsgüter beizustehen. Auf das Organisationstalent des als Spezialist für logistische und finanztechnische Fragen weltweit erprobten Franzosen konnten die Alliierten in dieser hektischen Zeit nicht verzichten.⁵² Das in jener Zeit geknüpfte 'network' öffnete Monnet im Rah-

⁴⁹ FM, Fonds AMH 8, 64/2/27.

⁵⁰ FM, Fonds AMM. Gesprächsnotiz, August 1954. Thema des Gesprächs war die erfolgte Modifikation des MacMahon-Acts von 1946 durch den amerikanischen Senat.

⁵¹ BAr E 7111 (B) EVD 1972/168, Bd. 140, 24.3.1956. "La concurrence qui s'est manifestée entre les deux groupes de pays a renforcé la volonté de l'Amérique de rester neutre." Einschätzung des Schweizer Gesandten in Washington (H. de Torrenté).

⁵² Monnet 1976, Mémoires, S. 179ff. Programme pour la victoire - Washington 1940-43. S. 213ff, L'union des Français dans la guerre - Alger 1943. Zu den amerikanischen Verbindungen ebenso Roussel 1996, Jean Monnet, S. 400ff.

men der 'Relance' Türen, die andern Europäern verschlossen blieben - ein Faktum, das Milward prägnant kommentiert: "His power and influence were derived not from elections and votes but from close and carefully cultivated relationships, particularly with a small group of bankers and lawyers in Wall Street and Washington who became prominent politicians."⁵³ Die geschickte Aktivierung alter Weltkriegs-Seilschaften - Eisenhower hatte die Fähigkeiten des Franzosen 1943 in Nordafrika schätzen gelernt - half mit, dem Aktionskomitee eine frühzeitige amerikanische Unterstützung für seine Konzeption der Nukleargemeinschaft zu sichern. Am Rande der Genfer Atomkonferenz hatte Monnet einem alten Bekannten, dem Vorsitzenden der US-Atomic Energy Commission (AEC), Admiral Lewis Strauss, erstmals seine Vorstellungen eines "umfassenden europäischen Atomprojekts" dargelegt. Vier Monate später, im Dezember 1955, nutzte Monnet die Gelegenheit der NATO-Ministerratstagung in Paris, um Aussenminister John Foster Dulles, mit dem ihn eine enge Freundschaft verband und der ihm als Mittler zu Eisenhower diente, in seine europäischen Nuklearpläne einzuweihen.⁵⁴ Obwohl die Meinungen in der US-Administration geteilt blieben - ausschlaggebender Faktor für die Haltung der Amerikaner blieb die Ausgestaltung der Sicherheitskontrolle -, waren allmählich inoffizielle Präferenzen für das Messina-Vorhaben auszumachen.⁵⁵ Anlässlich des Besuches der 'Weisen' in Washington vom Februar 1957, bei dem es letztlich darum ging, die grundsätzlichen Euratom-Beschlüsse auf die amerikanische Haltung abzustimmen, brachte eine persönliche Erklärung Eisenhowers schliesslich die Bevorzugung von Euratom deutlicher als je zuvor zum Ausdruck.⁵⁶

Ende September 1956, anlässlich des dritten Treffens, wandte sich das Komitee mit einem eindringlichen Appell erneut an die Öffentlichkeit:

"Von der Energieversorgung Westeuropas hängen Fortschritt oder Niedergang unserer Länder ab. (...) Eine derartige Abhängigkeit in der Energieversorgung erzeugt Unsicherheit und birgt die dauernde Gefahr von Konflikten in sich. (...) Wenn unsere Länder ihre Möglichkeiten zusammenlegen, können sie es gemeinsam erreichen, rechtzeitig und in genügenden Mengen Atomenergie zu erzeugen, die ihre Importe an Erdöl und Kohle in vernünftigen Grenzen hält."⁵⁷

Vor dem Hintergrund des seit dem Sommer schwelenden Suezkonflikts gewann die These, die europäische Energie-Importabhängigkeit mache die Entwicklung der Kernenergie im Rahmen von Euratom zu einer Lebensnotwendigkeit, enorm an politischem Gewicht. Eine baldige Übereinkunft sei dringlich, drängte Monnet. Dies umso mehr, als Eisenhower am 22.2.1956 beschlossen hatte, den Europäern 20 Tonnen angereichertes Uran 235 für zivile Zwecke zu derart günstigen Konditionen anzubieten, dass im Falle einer Annahme der Offerte der Bau einer

⁵³ Milward 1992, Rescue, S. 333.

⁵⁴ FM, Fonds AMM. 22.12.1955: Zusammenfassende Gesprächsnotizen.

⁵⁵ BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 33, 24.2.1956. Robert Murphy, stv. Unterstaatssekretär im Staatsdepartement, verneinte gegenüber Schweizer Diplomaten jegliche amerikanischen Druckversuche, "obwohl den Amerikanern Euratom und jeder andere Schritt hin zur Integration Europas in erster Linie am Herzen liege".

⁵⁶ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 385 (10.1.1957; 8./9./18.2.1957). New York Times vom 9.2.1957: 'Communique on Atom Pool'.

⁵⁷ FM, Fonds AMK 6, 5/20-22. Zweite Resolution des Komitees vom 20. September 1956.

europäischen Isotopentrennanlage aus Kostengründen obsolet geworden wäre.⁵⁸ Nur eine rasche Gründung von Euratom, so das Komitee, bot die Chance, eine internationale Kontrolle, die als Gegenleistung für das angebotene Spaltmaterial vorgesehen war, durch eine rein europäische Aufsicht zu ersetzen, welche die Souveränität der neuen Gemeinschaft respektieren und die Herausbildung einer europäischen Identität fördern würde. Die amerikanische Offerte ebnete damit den Weg, einen notorischen Streitpunkt zwischen Liberalen und Sozialisten auszuräumen: anders als im Falle der von liberaler Seite erhofften bilateralen Abkommen waren die Amerikaner nämlich bereit, das Eigentumsrecht an dem gelieferten Uran an eine Gemeinschaftsorganisation abzutreten. Nur Euratom vermochte folglich das öffentliche Eigentum an den Spaltstoffen zu garantieren. Die Deckungsgleichheit der Interessen in diesem Punkt war ein mitentscheidender Faktor, weshalb Dulles und Eisenhower der Monnetschen Konzeption zuneigten.

Um die Partnerstaaten über Dringlichkeit und Dimension der Kernkraftentwicklung aufzuklären, forderte das Aktionskomitee ausserdem die Einsetzung von 'Drei Weisen'. Diese Expertengruppe sollte parallel zu den Vertragsverhandlungen die Grundzüge eines zukünftigen Nuklearprogramms festlegen. Zum Gemeinsamen Markt enthielt die Resolution hingegen kein Wort.⁵⁹

Der Zeitpunkt der veröffentlichten Erklärung war geschickt gewählt, denn integrationspolitisch generierte die Weltkrise des Herbstes '56 günstige Nachwirkungen. Die spätkolonialistischen Ambitionen der Briten und Franzosen, die glaubten, ihre überkommenen Interessen auch gegen die westliche Führungsmacht durchsetzen zu können, hatten einen entscheidenden Dämpfer erhalten. Gleichzeitig war den Europäern ihre Energieabhängigkeit drastisch vor Augen geführt worden. Als Folge der empfundenen Ohnmacht wuchs in Frankreich und in der Bundesrepublik die Bereitschaft zugunsten neuer regionaler Integrationschritte. Und selbst die Briten erinnerten sich in der Not ihrer kontinentalen Partner, zeigten sich in europäischen Belangen wieder kooperationswilliger. Die Europäer realisierten auf schmerzliche Weise, dass der regionalen Integration nicht nur ein Stellenwert gegenüber Moskau, sondern ebenfalls gegenüber Washington zukam. Die am 25. März 1957 unterzeichneten Römer Abkommen vermochten somit letztlich von den unerwarteten externen Effekten der Suezkrise zu profitieren: Die Demütigung der europäischen Mächte begünstigte den endgültigen Verhandlungsdurchbruch, der aber dennoch bis Februar 1957 auf sich warten liess. Die Kompromissformel entsprach auf den ersten Blick weitgehend der Umsetzung der von Monnet bereits 1954 propagierten Energiepolitik. Dass die weiterhin bestehenden fundamentalen Divergenzen mit der getroffenen Lösung nur kurzfristig und höchst oberflächlich überdeckt werden konnten, steht auf einem anderen Blatt. Wichtig war primär der erfolgreiche Abschluss der Marathondebatte. Mit seinem sachbezogenen Auftreten und der verbindlichen Programmatik durfte sich das Monnet-Komitee einen nicht unwesentlichen Beitrag an dem Erfolg anrechnen lassen.

Seine Rolle als Antreiber spielte das Comité d' Action erneut anlässlich seiner vierten Zusammenkunft im Mai 1957. Nachdem es die Unterzeichnung der Römer Verträge als epochales Ereignis für Europa gewürdigt hatte, erneuerte es

⁵⁸ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 360 (9.3.1956), Bd. 383 (15./16.3.1956).

⁵⁹ Bereits am 21.10.1956 beschloss die in Paris tagende Aussenministerkonferenz der Sechs die Einsetzung von Armand, Etzel und Giordani.

seinen imperativen Aufruf zugunsten einer unverzüglichen Ratifikation der Beschlüsse: "L' exécution des deux Traités demandera un effort persévérant et se heurtera naturellement à des difficultés dont l' importance ne doit pas être sous-estimée. (...) Les mesures de réalisation doivent être prises dès le début de 1958. (...) Tout nouveau délai ne pourrait qu' accroître les difficultés et les risques."⁶⁰

• **Fazit: Wirkung und Einfluss des Komitees und seines Gründers**

Obschon er klar und eindeutig für die Föderation Europas eintrat, klebte Jean Monnet nicht stur an seinen finalen Zielsetzungen. So konnte er auch die Umsetzung konföderativer Vorschläge als unvermeidliche Zwischentappen eines evolutionären Prozesse akzeptieren. Der Erfolg seiner Strategie zeigt sich darin, dass etliche Fortschritte im europäischen Integrationsverlauf der vergangenen Jahrzehnte auf der Anwendung des methodischen Ansatzes seines Aktionskomitees basierten - innerhalb und zwischen den jeweiligen Verhandlungsparteien.

Für den Franzosen, der mehr als drei Jahrzehnte mit den Angelsachsen zusammengearbeitet hatte und der ab 1950 hauptsächlich mit deutschen Verhandlungspartnern Problemlösungen anstrebte, bedeutete die Arbeit im Aktionskomitee eine persönliche Umorientierung und eine Ergänzung bisheriger Erfahrungen. Mit Hilfe einer seiner spezifischen Qualitäten - der Anpassungsfähigkeit im Verhandlungsprozess, dem raschen Erkennen gemeinsamer Interessen und der pragmatischen Neudefinition eigener Positionen -, hat der häufig beargwöhnte Komiteegründer den Deutschen seinen Erfahrungszuwachs dadurch abgegolten, dass er, wie kaum ein anderer, deren Zutrauen in die westeuropäischen Bündnispartner und in die Möglichkeiten rationaler Konfliktregelung zu stärken vermochte.⁶¹

Obwohl aufgrund seines undoktrinären Vorgehens mehrfach als 'Technokrat' apostrophiert, wäre es verfehlt, aufgrund von Äusserungen wie "ich misstrauere allgemeinen Ideen", in Monnet einen prinzipienlosen Opportunisten zu vermuten. Derartige Aussagen belegen eher eine gesunde Skepsis gegenüber Denkansätzen, welche die Totalität der geschichtlichen Prozesse zu begreifen vorgeben oder gar zu lenken beanspruchen. Wiederholt finden sich in Monnets Reden, In-

⁶⁰ FM, Fonds AMK 7, 7/13-17. Resolution vom 7. Mai 1957.

⁶¹ Zur Kritik an Monnet: Nationalistischen Kreisen beider Länder war der 'Inspirateur' ein Dorn im Auge. Beispielhaft dazu ein Zitat aus einem rüde anti-europäisch gehaltenen Bericht einer deutschen Tageszeitung zu Monnets 'Rücktritt vom Rücktritt' als Präsident der Hohen Behörde, in dem u.a. Walter Hallstein als "supranationaler Staatssekretär" diffamiert wird: FM, Fonds AMH 8, 64/2/23, 'Der Mittag', vom 2.6.1955. Die Rede ist vom "politisch toten Mann Monnet", mit dem zusammen gleich auch noch die Montanunion beerdigt werden soll.

Zur Opposition der Regierung Edgar Faure gegenüber Monnets Rückkommensantrag: FM, Fonds AMH 8, 63/4/26, Antwort Faures vom 28.5.1955 und AMH 8, 64/2, Pressekommentare zur Wahl René Mayers als Monnet-Nachfolger.

Während Jahren immer wieder scharf attackiert wurde Monnet von de Gaulle, mit dem er während und nach dem Zweiten Weltkrieg eng zusammengearbeitet hatte. In seiner Polemik gegen die EVG im November 1953 griff der General seinen Kontrahenten direkt an und nannte ihn einen 'Anstifter', der jedesmal - 1940 in London; 1943 in Algier - mit dem Allheilmittel der europäischen Einigung daherkomme. Vgl. de Gaulle, Charles: Discours et Messages 1946-58, Paris 1970, S. 618. 1957, in der Nationalversammlung, sprachen sich die Gaullisten gegen das "Europa des Jean Monnet" aus und lehnten die Römer Verträge ab. Vgl. Monnet 1976, Mémoires, Paris 1976, S. 498. Obwohl der General keine Gelegenheit ausliess, Monnet als 'apatride', als vaterlandslosen Technokraten, zu diffamieren und gelegentlich auch zum Mittel der rüden Brückierung griff, vermied er es tunlichst, den Gesprächsfaden zu seinem scharfen Kritiker, den er mehr als andere Franzosen fürchtete, völlig abreißen zu lassen.

terviews und Schriften zentrale Begriffe wie 'Gemeinschaft, Gleichheit und Solidarität', die auf ethische Motive und Hintergründe seines Handelns verweisen. Ebenso häufig tauchen verallgemeinernde Aussagen auf: "Die Menschen werden besser, wenn der neue Kontext besser ist: das ist die ganz einfache Geschichte der europäischen Gemeinschaft". Oder: "Die europäische Gemeinschaft basiert auf einfachen Prinzipien: Gleichheit aller Völker Europas, die untereinander Beziehungen der gleichen Art herstellen, wie sie innerhalb eines Landes bestehen. Gleichheit, Solidarität - und nicht Herrschaft des einen über den anderen".⁶²

Geschichte als Abfolge sich von innen nach aussen fortsetzender Zusammenschlüsse, die den grösseren Nationen innewohnenden Drang zur Beherrschung anderer bekämpft und durch gemeinsame Institutionen ersetzt: Monnet als schwärmerischer Idealist, der der Versuchung erlag, den Gang der Geschichte deuten zu wollen? "Er sieht die Geschichte als ständig expandierende Gemeinschaftsbildung - von der Familie zum Dorf, zum Nationalstaat, zur Integration - ein langer und allmählicher Prozess, gekennzeichnet durch Katastrophen, die nichtsdestoweniger oft zu dramatischen Fortschritten führen."⁶³ Die wiedergegebenen Äusserungen des Franzosen offenbaren eine dem Sozialismus weltbürgerlicher Prägung nahestehende politische Färbung, die sich an den zitierten Leitprinzipien orientierte.⁶⁴ Als Ausdruck dieser Grundhaltung lässt sich das Entstehen für eine "Umbildung der kapitalistischen Gesellschaftsform der Vergangenheit hin zu einer gerechteren Verteilung der Ressourcen" auslegen. Die Forderung nach stabilen Erlösen für die Rohstoffverkäufe der Drittwelt-Länder, bereits Ende der 50er Jahre erhoben, verweist auf diesen Zusammenhang. Den Spannungsbogen zwischen dem unerschütterlichen Optimisten und dem illusionsarmen Pragmatiker illustriert das Szenario, welches Monnet als Alternative zum "Abenteuer der Vernunft" europäischer und weltweiter Gemeinschaftsbildung zeichnete: nichts weniger als den Untergang der zivilisierten Gesellschaft.⁶⁵

Eine grundsätzliche Beurteilung, inwiefern transnationale Gruppierungen das Kraftfeld regionaler Politik zu beeinflussen vermögen, fällt nicht leicht. Das Einflussvermögen auf die politischen Systeme ist kaum messbar und schwierig abzuschätzen. Für die Bewusstseinsbildung und deren Veränderung, für die Herstellung einer regionalen Öffentlichkeit sowie für die Ausbildung gemeinsamer Verhaltens- und Reaktionsmuster gesteht Czempiel den externen Akteuren eine ausserordentliche Wichtigkeit und, vor allem längerfristig, einen entsprechenden Einfluss auf die politischen Machtträger zu.⁶⁶ Die unmittelbaren Ergebnisse und Auswirkungen der Bemühungen Jean Monnets und seines Komitees lassen sich aber im komplexen Zusammenspiel der Kräfte nicht präzise ergründen und quantifizieren. Aufgrund der funktionalen Organisationsstruktur und der programmatischen Stringenz ist der Wirkungsgrad des Komitees aber entschieden höher ein-

⁶² FM, Fonds AML, Discours, déclarations, interviews, passim.

⁶³ Soell, Hartmut: Jean Monnet, in: Jansen, Thomas; Mahncke, Dieter (Hrsg.): Persönlichkeiten der europäischen Integration, Bonn 1981, S. 227.

⁶⁴ FM, Fonds AML 174, Observer, 2.12.1962. Eher beiläufig findet sich in einem Interview mit einem britischen Journalisten das Eingeständnis Monnets, dass er sich als Sozialist verstehe - ohne wohlweislich je einer Partei beigetreten zu sein. Gleichzeitig äusserte er sein Erstaunen über die Ablehnung seiner Prämissen und Vorstösse durch die Labour-Party. Die Furcht der Briten gegenüber einem europäischen 'Commitment' empfand der Franzose als 'atavistisch'.

⁶⁵ FM, Fonds AML 163, Rede vom 11.6.1961 am Dartmouth College.

⁶⁶ Czempiel 1981, Internationale Politik, S. 163.

zustufen als bei vergleichbaren transnationalen Körperschaften - beispielsweise Parteiverbindungen -, deren Zweck sich im allgemeinen auf den innerparteilichen Meinungs austausch sowie auf politisch-ideologische Deklarationen beschränkt und die aufgrund ihrer unverbindlich gehaltenen Zielsetzungen bloss eine vergleichsweise geringe Effizienz ausweisen können und kaum Resonanz erzielen.

Monnets Aktionskomitee war eine intellektuell-moralische Instanz, der es wiederholt mit einer geschickten Kombination von politischer Autorität und hochkarätigem interpersonellem Beziehungsnetz gelang, gewichtige Wählerschichten hinter ihre Anliegen zu scharen und Einfluss auf den Fortgang des Integrationsprozesses zu nehmen. Aufgrund seines dualen Charakters - europäische transnationale Organisation ebenso wie auf nationaler Ebene wirkende Körperschaft - vermochte das Comité gleich mehrfach Wirkung zu erzielen. Indem das Gremium der konkreten Politik in gedanklich-konzeptioneller Hinsicht einen Schritt voraus war, gewann es eine Vorreiterrolle, und aufgrund der Mitarbeit bedeutender Funktionsträger gelang es ihm, seine Ideen und Präferenzen in die machtpolitischen Entscheidungszentren einzubringen.

Das Komitee lobbyierte zugunsten einer föderalistischen Europakonzeption, derzufolge die Nationalstaaten weitgehende Kompetenzen an supranationale Organisationen abzutreten hatten. In diesem Punkt blieb Monnets Organisation wenig Erfolg beschieden, waren die Grenzen der Einflussnahme deutlich auszumachen, denn die Komiteemitglieder besaßen bloss eine nationale, aber keine europäische Legitimation. Erschwerend fiel ins Gewicht, dass die Sessionen als sichtbarster Ausdruck der Komiteeaktivitäten in relativ grossen zeitlichen Abständen stattfanden und von zu kurzer Dauer waren, als dass sich die Ursachen tiefgreifender sachlicher Divergenzen innerhalb der Organisation gründlich hätten ausdiskutieren lassen.⁶⁷ Unzweifelhaft begünstigte der modellhafte Charakter des Monnet-Komitees aber die Ansätze transnationaler europäischer Blockbildung im weiteren Integrationsverlauf.⁶⁸

In der Gegenwart ist der Begriff 'Globalisierung' zum Allgemeingut geworden, unter dem sich alles subsumieren lässt, was den aktuellen öffentlichen Diskurs bewegt und ihn von den Postmoderne-, Ökologie- und Spätkapitalismus-Debatten vorangehender Jahrzehnte trennt. 'Globalisierung' als Bezeichnung für den bevorstehenden Übergang zweier Epochen, für die Differenz zwischen der wohl-fahrtspolitisch gebändigten 'nationalstaatlichen' und der weltumspannenden 'transnationalen' Moderne. Als Vorläufer der Globalisierung, in einer weniger universellen Ausformung, umfasste der Ausdruck 'Regionalisierung' für den Europäer Monnet bereits in den fünfziger Jahren, als sein politisches Einflusspotential am grössten war, das Zukunftsbild eines geeinten Europa. Er sah die europäische Einigung als eine Vielzahl konvergierender und divergierender Prozessmechanismen, in deren Folge - 'spill-backs' eingerechnet - die auf nationaler Basis stehenden gesellschaftlichen Strukturfundamente sowie die Souveränität nationalstaatlicher Handlungssubjekte durch transnationale Akteure, ihre Zielvorstellungen, Beziehungsnetze und Machtansprüche allmählich querverbunden und unterlaufen werden.⁶⁹

⁶⁷ Im groben Mittel fand jährlich eine maximal zwei Tagen dauernde Sitzung statt.

⁶⁸ Als Beispiele seien die transnationalen Fraktionen des Europaparlamentes sowie die Europaparteien des Europarates angeführt.

⁶⁹ FM, Fonds AMH 8, 65/2/12. Interview 'Le Monde' vom 15.6.1955.

Vieles an Monnets Denkansätzen und Visionen mag - aus damaliger wie aus heutiger Sicht - etwas gar idealistisch und von Zweckoptimismus geprägt erscheinen. Als Antriebskraft für sein europäisches Wirken war ein gehöriges Mass an Optimismus wohl unabdingbare Voraussetzung. Denn in manchen Fragen ist Europa bis auf den heutigen Tag immer noch unterwegs zu jenen bewusstseinsbildenden kollektiven Erfahrungen, aus denen ein zeitgemässer transnational-europäischer Gemeinsinn erst erwachsen kann. Ein Gemeinsinn, an dem sich wiederum die unbestreitbar notwendige Neuausrichtung der gesamteuropäischen Politik zu orientieren haben wird.

Im Mai 1975, nachdem die Gefahr der Abnützung sich abzeichnete, setzte der 86-jährige, gesundheitlich angeschlagene Gründer der Tätigkeit seines Komitees ein Ende. Im Auflösungsbeschluss liest sich noch einmal der pathetische Jean Monnet: "Wir hatten das seltene Privileg, zu einer Sache beizutragen, die am Anfang nur eine Idee war und die jetzt dabei ist, eine lebende Realität zu werden - das grosse Werk unserer Epoche: die Vereinigung der Länder Europas".⁷⁰

4.8 Herbst 1956 - die entscheidende Phase der Euratom-Verhandlungen

• Auswirkungen der Weltkrise von 1956 auf die 'Relance' - der Suez-Konflikt als externer Integrationsfaktor

Mit einem populistischen Auftritt verkündete der ägyptische Staatschef Nasser am 26. Juli 1956 die geplante Realisierung des Assuan-Staudammes und die Verstaatlichung des Suezkanals. Aufgrund des Rückzugs potentieller westlicher Geldgeber sollte der Bau des milliardenschweren Prestigeprojektes innenpolitischer Modernisierung aus eigenen Mitteln finanziert werden. Zu diesem Zweck, so Nasser, sei der ägyptische Staat auf die Einnahmen des Kanals angewiesen.

Mit dem Einsetzen sowjetischer Waffenlieferungen an Kairo spitzte sich die Lage in der Region zu. In dieser Situation ergriff die französische Regierung die Initiative zu einer für die westliche Staatenwelt einzigartigen Kriegsverschwörung. Unterstützt von den Israeli, planten die den Kanal bis anhin kontrollierenden Kolonialmächte Grossbritannien und Frankreich, mittels einer koordinierten Militäraktion die Verstaatlichung rückgängig zu machen. Anlässlich eines Treffens in Sèvres bei Paris hatten Repräsentanten der drei Staaten in einer informellen schriftlichen Vereinbarung beschlossen, Israel einen Angriff auf Ägypten lancieren zu lassen, dem sich die Europäer später anschliessen würden.⁷¹

Briten und Franzosen bombardierten in der Nacht vom 31. Oktober auf den 1. November 1956 ägyptische Flugplätze, nachdem israelische Bodentruppen bereits zwei Tage zuvor im Sinai einen Angriff in Richtung Suez-Kanal unternommen hatten. Schliesslich besetzten britisch-französische Luftlandetruppen am 5. November das nördliche Ende des Kanals. Am Tag zuvor, am Morgen des 4. November 1956, waren sowjetische Divisionen zum zweitenmal innerhalb weniger Tage in die ungarische Hauptstadt Budapest eingerückt und hatten begonnen,

⁷⁰ FM, Fonds AMK/C, Korrespondenz. Ebenso Monnet 1976, Mémoires, S. 610.

⁷¹ Vaïsse, Maurice: France and the Suez Crisis, in: Louis/Owen (Hg.): Suez 1956. The crisis and its consequences, Oxford 1992, S. 131-144, und Bar-On, Mordechai: David Ben Gurion and the Sèvres collusion, in: Louis/Owen, S. 145-160. Die Documents Diplomatiques Français 1956, Vol. 1 u. 2, Paris 1989, erwähnen den Sachverhalt selbstverständlich nicht.

den Widerstand der sich wehrenden Bevölkerung zu brechen und die Regierung Nagy zu stürzen.⁷²

Am 5. November 1956 richtete der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Nikolai Bulganin, eine Botschaft an den britischen Premier Anthony Eden, worin er das militärische Vorgehen der verbündeten Länder in ausserordentlicher Schärfe verurteilte. "Der Krieg in Ägypten kann auf andere Länder übergreifen und sich in einen dritten Weltkrieg verwandeln (...). Wir sind fest entschlossen, durch Einsatz von Gewalt die Aggressoren zurückzuschlagen und den Frieden im Nahen Osten wiederherzustellen."⁷³ Eine derart scharfe öffentliche Drohung, die auch an Frankreich und Israel erging und implizit die Bereitschaft zum Einsatz von Interkontinentalraketen enthielt, hatte es bislang im Kalten Krieg noch nicht gegeben.

Die Europäer sahen sich in der Folge von ihrem NATO-Partner USA zum Rückzug aus Ägypten gezwungen. Für Washington erfolgte die Attacke im Nahen Osten zu einem Zeitpunkt, da die internationale Lage überaus kritisch war. Die Überraschung war umso unangenehmer, als die sowjetische Armee gleichzeitig zur Niederschlagung des ungarischen Aufstandes ansetzte und die Verbündeten mit ihrem orientalischen Abenteuer ausgerechnet vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen die Gefahr eines allgemeinen Krieges heraufbeschworen. Obwohl einer Beseitigung Nassers nicht abgeneigt, brachten die Amerikaner am 30. Oktober in der UNO einen Resolutionsentwurf ein, der einen sofortigen Waffenstillstand und den Rückzug der Israeli verlangte. Frankreich und Grossbritannien blockierten vorerst die amerikanischen Friedensbemühungen mit ihrem Veto, bevor die USA am 2. November ihren Resolutionsentwurf durchsetzen konnte. Trotzdem setzten Franzosen und Engländer am 5. November Fallschirmjäger in Port Said ab, was die UdSSR veranlasste, ihnen offen mit Krieg zu drohen. Der wiedergewählte Präsident Eisenhower setzte die Briten zudem mit massiven Pfund-Verkäufen dermassen unter Druck, dass sie nachgeben mussten.

Die Verurteilung sowohl der Suez-Mission als auch der Sowjet-Intervention in Ungarn durch die Vereinten Nationen führte dazu, dass sich die Wirkung der beiden Krisenherde gegenseitig neutralisierte. Sowohl der Westen als auch der Osten hatten je ein eigentliches Desaster provoziert, und keine der Parteien vermochte in der Folge einseitig aus der Schwäche des Gegners Nutzen zu ziehen. Für Grossbritannien und Frankreich markierte der gescheiterte Suezfeldzug das unwiderrufliche Ende ihrer Grossmachtstellung. An die Stelle der Briten, deren Image bei den Arabern immens gelitten hatte, traten in der Folge die Amerikaner. Frankreich wiederum, dessen Ruf im Orient vollends ruiniert war, stärkte mit seiner Niederlage die Position der algerischen Unabhängigkeitsbewegung. Der Suezkanal ging endgültig in ägyptischen Besitz über, blieb aber wegen der versenkten Schiffe bis im April 1957 geschlossen, was in Europa eine spürbare Erdölknappheit bewirkte. Die ägyptischen Einkommensausfälle wurden durch Zuschüsse der Sowjets abgedeckt, denen die Krise nicht nur die ungestörte Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes, sondern, aufgrund ihres Auftretens als Beschützer der ägyptischen Unabhängigkeit, auch die Konsolidierung ihrer Position in Nahost ermöglichte. Zusätzlich hatte die UdSSR die Angebotsknappheit beim Erdöl ausgenutzt, indem sie als nicht kartellgebundener Anbieter in die Lücke

⁷² Vasari, Emilio: Die Ungarische Revolution 1956, Stuttgart 1981.

⁷³ Archiv der Gegenwart, Jg. 1956, S. 6084f.

sprang und ihre Ölexporte markant steigerte. Daraus resultierten sowohl eine Dekartellisierung des Erdölmarktes als auch ein Überangebot, das bis zur ersten grossen Ölkrise der 70er Jahre anhielt. Der nachfolgende Preiseinbruch beim Rohöl entsprach der ökonomischen Logik.⁷⁴

Obwohl unterschiedlichen Ursprungs, beeinflussten sich die beiden Krisen in ihrem Ablauf von einem gewissen Punkt an wechselseitig. Die Auseinandersetzung um den Suez-Kanal bündelte verschiedene Ereignisstränge, die sich mit den Stichworten 'Ost-West-Konflikt' und 'Dekolonisation' umschreiben lassen.

Ägypten bildete seit 1881 den Kern der britischen Nahoststellung. Obschon seit 1922 ein unabhängiges Königreich, stellte das Land, nicht zuletzt wegen des Suez-Kanals, einen Eckpfeiler des britischen Weltreiches dar. Der Zweite Weltkrieg hatte die britische Vorherrschaft im Nahen Osten erschüttert, wenn auch nicht gänzlich gebrochen. Im Gegensatz dazu waren die USA während der letzten Kriegsjahre in der Region zu einer politisch einflussreichen Macht aufgestiegen, hauptsächlich als Folge der Entdeckung gigantischer Erdölvorkommen auf der arabischen Halbinsel. Die Öllieferungen aus der Golfregion, zumal aus Saudi-Arabien, gehörten nach dem Zweiten Weltkrieg zu den wesentlichsten Kanal-Transportgütern, während irakisches und syrisches Erdöl grösstenteils über Pipelines zum Mittelmeer geführt wurde. Der im Mai 1956 vollzogene Abzug der britischen Besatzungsmacht gab der ägyptischen Republik erstmals eine faktische Unabhängigkeit gegenüber externen Druckversuchen.⁷⁵ Nasser, der eine radikale arabisch-nationalistische Rhetorik pflegte, widersetzte sich daraufhin dem britischen Drängen auf einen Beitritt seines Landes zu dem im Februar 1955 gegründeten 'Bagdad-Pakt'. Mit diesem Bündnis, das im Kern der antikommunistischen US-Strategie einer regionalen Einkreisung der Sowjetunion an ihrer Südflanke entsprang und die Region zusätzlich destabilisierte, hatte der Kalte Krieg definitiv auf den Nahen Osten übergegriffen.⁷⁶

Vordergründig ging es beim Suezkonflikt um die Finanzierung des Assuan-Staudamms und die in der Folge vorgenommene Verstaatlichung des Kanals. Gegenüber dem Verstoß gegen internationale Gepflogenheiten, den die Verstaatlichung des Kanals darstellte, opponierte der Westen offiziell mit völkerrechtlichen Argumenten. Tatsächlich kam den ins Zentrum gerückten Eigentums- und Entschädigungsfragen aber nur sekundäre Bedeutung zu. Politisch ging es in der Angelegenheit von Anfang an um die Frage, ob man sich Nassers, der aus mehreren Gründen unbequem wurde, entledigen könnte. Der mit dem Wechsel zur antiwestlichen Bewegung der Blockfreien deklarierte Unabhängigkeitswille hatte dem ägyptischen Staatschef in der arabischen Welt viel Sympathien eingetragen, und seine panarabische Propaganda drohte die gesamte arabische Welt zu destabilisieren. Mit der vollzogenen Verstaatlichung des strategisch bedeutungsvollen Kanals schwang sich der Ägypter endgültig zur arabischen Leitfigur im Kampf gegen die westliche Kolonisation auf. Die Franzosen sahen ihre geostrategische Position durch Nassers rhetorische und materielle Unterstützung der nordafrikanischen Freiheitsbewegungen stärker bedroht als durch die Gefährdung ihrer Ka-

⁷⁴ Zwischen 1950 und 1960 verdoppelte die UdSSR ihre Erdöl-Förderleistung. Neu, Axel D.: Die Entfaltung der internationalen Erdölwirtschaft, in: Pfister 1995, 50er Syndrom, S. 189f.

⁷⁵ Dülffer, Jost: Die Suez- und Ungarn-Krise, in: Salewski 1995, Zeitalter der Bombe, S. 95-119.

⁷⁶ Die forcierte Aufrüstung des Iraks beunruhigte dessen Nachbarn Saudiarabien und Syrien ebensosehr wie Israel und Ägypten.

nalinteressen. Dies galt im besonderen für Algerien, das Paris zu seinen Kernlanden zählte. Keinesfalls wollte Frankreich, nach dem Trauma des eben erst vollzogenen Rückzugs aus Indochina, erneut in einen blutigen Bürgerkrieg verwickelt werden - eine berechtigte Befürchtung, wie sich herausstellen sollte.

Suezkrise und ungarische Revolution lassen sich nicht unabhängig voneinander verstehen und erklären. Dem Suez-Abenteuer lag nicht zuletzt die latente Furcht vor einem sowjetischem Eindringen in die nahöstliche Einflussosphäre zugrunde. Die USA setzten nach wie vor auf den global gültigen Grundsatz der Eindämmung sowjetischer Machtpolitik, wenn auch ihre aggressive Befreiungsrhetorik zu diesem Zeitpunkt bereits spürbar an Glaubwürdigkeit eingebüsst hatte. Die Eskalationsgefahr, welche von beiden Konfliktherden ausging, wurde ernst genommen. Intern sprach Eisenhower bereits in der ersten Phase der Budapester Kämpfe von einem gefährlichen Moment für den Weltfrieden. Befürchtungen wurden laut, die Sowjetunion könnte, in Sorge um ihre Satelliten, zu extremen Mitteln greifen und gar einen Weltkrieg auslösen.⁷⁷ Die Amerikaner versuchten daraufhin, die Sowjets mit wohlhabgewogenen Erklärungen zu beschwichtigen. Die grösste Sorge im Zusammenhang mit einer Ausweitung der Krise betraf die Möglichkeit einer längerfristigen Unterbrechung der Ölzufuhr aus Nahost. Tatsächlich wurden die wichtigsten zum Mittelmeer führenden Öl-Pipelines in einem Akt arabischer Solidarität von den Syrern gesprengt, wodurch die Ölversorgung der NATO-Streitkräfte in Europa bedroht war.⁷⁸ Die tiefe Besorgnis um eine gesicherte Energieversorgung, die sich infolge der Krise im Nahen Osten in den westeuropäischen Industrienationen ausbreitete, widerspiegelt sich in einer Vielzahl von Berichten, die die Schweizer OECE-Delegation im Zeitraum von September 1956 bis April 1957 nach Bern sandte und die eine Fülle dringlich eingeleiteter Notstandsmassnahmen der OECE belegen.⁷⁹

Die Ansicht, dass der UdSSR nicht an einer Eskalation des Konflikts um Suez gelegen war, stützt die Tatsache, dass die Sowjets dem von den Amerikanern eingebrachten UNO-Resolutionsentwurf zustimmten. Das Zusammengehen von Russen und Amerikanern in der UNO-Vollversammlung bedeutete eine Novität in der Epoche des Kalten Krieges. Der Versuch einer zumindest zeitweiligen Umkehrung der Bündnisse, eines Zusammengehens der Supermächte gegen die kleineren europäischen Grossmächte, gab dem sowjetischen Vorgehen des 5. Novembers - den in differenzierten Formulierungen abgefassten Kriegsdrohungen gegenüber den Europäern - erst seinen Sinn: eine Spaltung des westlichen Bündnisses - ein 'renversement des alliances' - war, wenn auch ohne echte Erfolgsaussichten, zumindest einen Test wert. Darin zeigt sich, nebst der beabsichtigten Ablenkung von der ungarischen Invasion des Vortages, ein weiteres Motiv für das russische Säbelrasseln. Dadurch, dass die gleichentags auf amerikanische Initiative beschlossene Entsendung von UN-Truppen nach Ägypten im voraus abzusehen war, ging die Sowjetunion praktisch kein Risiko ein, ihre nukleare Kriegsdrohung einlösen zu müssen. Wenn die Krise des Herbstes 1956 folglich

⁷⁷ FRUS 1955-1957, Vol. XXV, Eastern Europe, Washington 1990, No. 116 und No. 151.

⁷⁸ Düllffer, Jost: Die Suez- und Ungarn-Krise, in: Salewski 1995, S. 114.

⁷⁹ BAr E 2200 Paris (OECE) 1975/90, Bd. 56. Das Petroleumkomitee der OECE beschloss umgehend die Einsetzung eines Expertenkomitees aus Vertretern der Ölindustrie, das in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen 'Middle East Emergency Committee' dringende Vorsorgemassnahmen zur Sicherstellung der europäischen Erdöl-Versorgung einzuleiten hatte (Erfassung der Lagerbestände, Rationierungs- und Zuteilungspläne, Koordination etc.).

nur oberflächlich von atomaren Drohgebärden bestimmt war, so gilt es trotzdem, nukleare Konsequenzen festzuhalten. Sowohl Frankreich als auch Israel leiteten aus der politischen Schmach den Willen ab, die eigene atomare Rüstung in Zukunft zu intensivieren.⁸⁰

Unter französischer Federführung wurde die Entwicklung nuklearer Sprengkörper in der Folge beschleunigt vorangetrieben. Die französische Atom bombe von 1960 - ebenso wie der bis heute offiziell nicht eingestandene israelische Kernwaffenbesitz - entsprach den Ergebnissen der politischen Analyse des frühen Nuklearzeitalters. Atomwaffenbesitz, so die trügerische Erkenntnis, sicherte einem Staat die nationale Unabhängigkeit gegenüber noch so guten Bündnisgenossen und machte die Partner, bei allen Gemeinsamkeiten, bis zu einem gewissen Grad entbehrlich. Gemäss dieser Sachlogik liessen sich nationale Egoismen mit Atomwaffen besser durchsetzen als ohne. In dem Befund steckt einer der wesentlichen Gründe für das Scheitern von Euratom. Die Atomgemeinschaft blieb nicht zuletzt deshalb unbedeutend, weil Frankreich nach der Suezkrise noch dezidierter als zuvor ein unabhängiges Atomwaffen-Arsenal erstrebte und die deutsche Seite noch entschiedener auf atomtechnologischer Unabhängigkeit beharrte.

Die Ereignisse des Herbstes 1956 zeitigten wesentliche Auswirkungen auf die Struktur des internationalen Systems. Die Krise bekräftigte die Dominanz der beiden Supermächte und festigte ihr stillschweigendes Einverständnis, die Blockgrenzen zu akzeptieren. Die atomare Komponente war dabei, angesichts der Un erwünschtheit eines Krieges, nur sekundär. Die Zerreissprobe am Abgrund, welche sechs Jahre später während der Kuba-Krise die Welt in Atem hielt, wurde von Washington und Moskau bewusst vermieden.⁸¹ Dass die Sowjetunion in der Folge ihre Position im Nahen Osten und später in der gesamten Dritten Welt auszubauen vermochte, war keine unmittelbare Folge ihrer grundsätzlichen Interventionsbereitschaft oder ihrer nuklearen Drohgebärden. Diese Entwicklung war letztlich eine Konsequenz der spätkolonialistischen Ambitionen von Briten und Franzosen, die glaubten, ihre überkommenen Interessen auch gegen die westliche Führungsmacht durchsetzen zu können.⁸² Das unüberlegte Losschlagen der europäischen Mächte schadete der westlichen Position auf längere Sicht. Der von Paris und London provozierte Riss im westlichen Bündnis begünstigte das Vordringen der UdSSR als Vorkämpfer des Antikolonialismus und als Schutzmacht der blockfreien Staaten.

Auch regionalpolitisch zeitigte die Weltkrise von 1956 weiterreichende Folgen: in Frankreich und in der Bundesrepublik wuchs die Bereitschaft, weitere europäische Integrationsschritte voranzutreiben. Die europäische Einigung, darin sahen sich die Europäer bestärkt, besass ihren Stellenwert sowohl gegenüber Moskau als auch gegenüber Washington.⁸³ Stärker als alle Argumente und Appelle führte die Lähmung des Transportwesens - der Treibstoffbezug war zeitweise rationiert - der öffentlichen Meinung in Europa die Abhängigkeit der Industrie-

⁸⁰ Bundy, Mc George: *Danger and survival*, New York 1988, S. 508-511.

⁸¹ Dülffer, Jost: *Die Suez- und Ungarn-Krise*, in: Salewski 1995, S. 111.

⁸² Schwarz, Hans-Peter: *Adenauer. Der Staatsmann 1952-67*, Stuttgart 1991, S. 301-307; *Documents Diplomatiques Français 1956*, Vol. 3, Paris 1989, Nr. 138, S. 231-38.

⁸³ Grosser, Alfred: *Suez, Hungary and European Integration*, in: *International Organization*, Vol. XI/3, 1957, S. 480.

staaten von einer gesicherten Energieversorgung sowie die Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns vor Augen. Das Fiasko des britisch-französischen Vorgehens am Suezkanal, die Drohungen Bulganins und die Missbilligung des Vorgehens durch Eisenhower, die dem Abenteuer ein derart abruptes Ende setzten, liessen den geteilten Kontinent in einem demütigenden Gefühl wirtschaftlicher und politischer Schwäche zurück. So gesehen begünstigten die Ereignisse von Ungarn und Suez den Abschluss der Römer Verträge, und Louis Armand schlug scherzeshalber vor, Nasser als dem 'Einiger Europas' ein Denkmal zu setzen.⁸⁴ Der Durchbruch in den Verhandlungen liess sich aber mitnichten auf den Namen einer Person reduzieren; vielmehr brauchte es einmal mehr das Ausnützen günstiger Umstände, um in einem festgefahrenen Verhandlungsprozess weitere Fortschritte zu erzielen. Erst im Bewusstsein der Gefahr liessen sich die unkoordinierten Bemühungen der Beteiligten in einem gemeinsamen Konvergenzpunkt bündeln und ausrichten. Weniger das sachgerechte Abwägen rationaler Argumente als das Gefühl der Schwäche rückte nationale Egoismen für einen entscheidenden Moment in den Hintergrund und liess das gemeinsame Vorgehen zu einer Frage purer Notwendigkeit werden.

Bestärkt wird diese These durch das Verhalten der Briten. Auch diese erinnerten sich in der Not ihrer kontinentalen Partner und zeigten sich in europäischen Belangen entsprechend kooperationswilliger. Nachdem sie im Februar 1956 einem schweizerischen Vorstoss für eine allgemeine Zollsenkung noch die kalte Schulter gezeigt hatten, machte sich London bereits im folgenden Spätsommer innerhalb der OECE für eine Freihandelszone stark. In den Depeschen der Schweizer Beobachter in London und Paris finden sich unmittelbar nach Suez gehäuft Hinweise auf einen europapolitischen Kurswechsel der Briten, obschon die Engländer gegenüber dem Messina-Projekt weiterhin auf Distanz blieben, sich jedoch in ihrer fundamentalen Opposition merklich mässigten.⁸⁵ Noch während des Konflikts lesen sich in einem Bericht des Londoner Gesandten Däniker folgende Passagen: "Es ist nicht einfach, dieses plötzliche Umschwenken Grossbritanniens zu erklären. Sicher ist, dass Schatzkanzler Macmillan die treibende Kraft ist (...). Ferner ist in Betracht zu ziehen, dass sich das Vereinigte Königreich seit dem Ausbruch der Suez-Krise dem Kontinent stark genähert hat und aus rein politischen Gründen ein starkes Europa aufbauen möchte, welches in der Lage wäre, als dritter Block zwischen den USA und der Sowjetunion aufzutreten."⁸⁶ Bestätigt wird diese Einschätzung drei Monate später durch eine Depesche an EPD-Chef Petitpierre, in der die seit Januar 1957 wirkende Regierung Macmillan als merklich pro-europäischer als diejenige des nach dem Suez-Debakel gestürzten Anthony Eden eingestuft wird. Die neue Administration scheine "ernsthaft für eine Stärkung Europas" einzutreten, da ihr Schicksal nun enger mit jenem des Kontinents verknüpft sei.⁸⁷

⁸⁴ Monnet 1976, Mémoires, S. 495.

⁸⁵ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 366, 24.11.1956; 30.11.1956; 6.12.1956.

⁸⁶ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 366, 1.11.1956.

⁸⁷ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 367, 8.2.1957.

• **Hartes Feilschen um Kompromisse und Zugeständnisse**

Nach der grundsätzlichen Billigung des Spaak-Berichts durch die Aussenminister anlässlich der Konferenz von Venedig am 29./30. Mai 1956 begannen die Ausschüsse unter dem Vorsitz des Belgiers mit der Ausarbeitung der Vertragswerke zur Gründung der neuen Gemeinschaften. Materiell war in Venedig wenig entschieden worden. Die für das Gelingen des Vorhabens entscheidende Frage eines Verbots militärischer Nutzung der Kernenergie blieb ungeklärt. Paris versuchte, die militärische Option für sich offenzuhalten, während die Bundesrepublik wegen der drohenden Diskriminierung dagegen opponierte. Bis auf Frankreich waren sich die Partnerländer indes einig, dass EAG und EWG gleichzeitig zu verwirklichen waren - auch wenn ein explizites Junktim noch fehlte. Die Atomgemeinschaft könne nur den gewünschten Erfolg erzielen, meinte der italienische Aussenminister Martino, wenn sich "die Atomindustrie auf einen Gemeinsamen Markt stützen kann, der alle Wirtschaftszweige umfasst".⁸⁸ Als Zeichen eines französischen Einlenkens konnte die von Aussenminister Pineau vorgebrachte Forderung auf Einbeziehung der überseeischen Territorien in den Gemeinsamen Markt gedeutet werden. Das Ansinnen bot einen Hinweis darauf, dass Frankreich die Wirtschaftsgemeinschaft nunmehr ernst nahm. Um die Form zu wahren - offiziell durften sich die beiden Nuklearprojekte nicht konkurrenzieren -, versprach das Schlusscommuniqué von Venedig, die OECE-Drittstaaten zur Teilnahme an den anschliessenden Vertragsverhandlungen einzuladen, allerdings ohne Stimmrecht und unter der Voraussetzung, dass sie den Spaak-Bericht als Arbeitsgrundlage akzeptierten. Die künftigen Verträge sollten auf jeden Fall "Bestimmungen über den Beitritt und die Assoziierung von Drittstaaten" enthalten.⁸⁹

Auf die Sowjetunion zeitigte die positive Aufnahme des Spaak-Berichts eine beunruhigende Wirkung. Vom Ostblock als Bedrohung der eigenen Sicherheit empfunden, wurden Atom- und Wirtschaftsgemeinschaft als "Instrumente der NATO" entschieden abgelehnt. Die erfolgsversprechende Entwicklung des Messina-Projektes führte im Verlauf des folgenden Jahres wiederholt zu Versuchen der Sowjets, das Vorhaben mittels diplomatischer Aktivitäten zu hintertreiben. Anstelle der bündnisorientierten Nuklearentwicklung schlug die Sowjetunion am 12. Juli 1956 die Bildung einer gesamteuropäischen Organisation für die Zusammenarbeit im Bereich der friedlichen Verwendung der Atomenergie vor.⁹⁰ Und noch kurz vor der Unterzeichnung der Römer Verträge geisselten die Sowjets, in einer am 16. März 1957 vom russischen Aussenminister in Moskau den Repräsentanten der Brüsseler Staaten ausgehändigten Note, die Atomgemeinschaft erneut als aggressives Proliferationsinstrument des westlichen Bündnisses.⁹¹

Die vor der Sommerpause eingebrachten Präzisierungen der französischen Zusatzforderungen - Stichworte: Eingliederung der 'territoires d' outre-mer' in den Gemeinsamen Markt; Harmonisierung von Steuern und Soziallasten - brachten die Verhandlungen erneut ins Stocken. Nach Wiederaufnahme der Gespräche

⁸⁸ NZZ, 31.5.1956.

⁸⁹ BA E 2200 Paris (OECE) 1975/90, Bd. 65. Text des Communiqués von Venedig. Beurteilung der Konferenzergebnisse aus der Sicht der Schweiz und der OECE.

⁹⁰ BA E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 33. Bericht der OECE-Delegation vom 4.9.1956, inkl. einer vom 27.8.1956 datierten Übersetzung der sowjetischen Erklärung vom 12.7.1956. Die Sowjets befürworteten ebenfalls eine paneuropäische Wirtschaftszusammenarbeit.

⁹¹ BA E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 406. 9.4.1957: Bericht Aussenminister Petitpierre an den Bundesrat, unter Beilage der russischen Note vom 16. März.

brauchte es die Suezkrise und eine bilaterale deutsch-französische Aussprache, um einen Ausweg aus der Verhandlungskrise zu finden und das Scheitern der Brüsseler Verhandlungen zu verhindern. Eine deutlich erhöhte Kompromissbereitschaft von Mollet und Adenauer, die nun beide - unter expliziter Wahrung des zentralen Junktims - entschlossen auf einen erfolgreichen Abschluss drängten, brachte endlich Zug in die Gespräche und eine wesentliche Annäherung der Standpunkte. Das Resultat waren markante Fortschritte im Verhandlungsprozess: als Reaktion auf das Zugeständnis des Deutschen, Euratom im militärischen Bereich keinerlei Kontrollfunktion ausüben zu lassen, akzeptierte der Franzose im Gegenzug die Durchbrechung des Spaltstoffmonopols der Versorgungsagentur. In diesem Stil setzte sich das hartnäckige Feilschen um Kompromisse und Zugeständnisse fort bis in den Februar 1957.

Anfangs Jahr stand das umstrittene Vorhaben nochmals auf Messers Schneide, und nur durch erneute Konzessionen an Frankreich konnte ein Fiasko kurz vor dem Ziel verhindert werden. Nachdem sich die Bundesrepublik gegenüber den französischen Übersee-Forderungen immer betont distanziert gegeben hatte, kam Adenauer beim abschliessenden Treffen der Regierungschefs vom 19./20. Februar in Paris nicht umhin, den Franzosen die Erfüllung ihrer Zusatzwünsche zuzugestehen. Mollet, der gegenüber der Assemblée Nationale alles auf eine Karte gesetzt hatte, benötigte in den zu Schicksalsfragen erhobenen Sachgebieten dringendst eine Erfolgsmeldung. Erst das wiederholte Einlenken der Partnerländer brachte den finalen Durchbruch für das Junktim. Aus einer Vielzahl von Kompromissformeln resultierte letztlich doch noch eine Europäische Atomgemeinschaft - mit all ihren beschränkten Kompetenzen und schwerwiegenden Defiziten.

Das Ergebnis blieb für alle Beteiligten erheblich hinter den Anfangserwartungen zurück. Gegen französischen Widerstand war es den Deutschen immerhin gelungen, den europäischen Markt für amerikanische Technologie und Spaltstoffe offenzuhalten, während das vordringlichste Postulat der Franzosen unerfüllt blieb: Durch die Ausweitung des amerikanischen Angebots an angereichertem Spaltstoff hatten die Befürworter einer gemeinsamen Urananreicherungsanlage entscheidend an Boden verloren. Obwohl dadurch das Euratom-Projekt für Paris in einem entscheidenden Punkt entwertet war, wirkte das grosszügige Entgegenkommen der europäischen Partner auf die französische Öffentlichkeit wie ein Ratifizierungssignal. Zwar sah sich die neue Regierung Bourgès-Maunoury im Verlauf der Ratifizierungsdebatte nochmals zur Erklärung genötigt, der Bericht der 'Weisen' sei nicht zwingend identisch mit dem künftigen Nuklearprogramm der Atomgemeinschaft. Aufgrund der offenen Abfassung des Euratom-Vertrages konnte Verteidigungsminister Morice die Nationalversammlung aber beruhigen und gar von der "vollkommenen rechtlichen Freiheit" reden, ein militärisches Nuklearprogramm voranzutreiben.⁹² Die Bestätigung der am 25. März 1957 in Rom unterzeichneten Verträge verursachte in der Folge keine weiteren Turbulenzen. Bis Ende November hatten alle nationalen Legislativen den Abkommen zugestimmt, und am 1. Januar 1958 traten diese in Kraft.

⁹² BA r E 7111 (B) EVD 1972/168, Bd. 142. OECE-Delegationsbericht vom 9.7.1957: Verteidigungsminister André Morice vor der Assemblée Nationale, 'Le Monde' vom 5.7.1957.

• **Zentrale Streitpunkte: Die Frage der militärischen Nutzung der Kerntechnik; Versorgungsmonopol und Eigentumsregelung**

*"Die Delegationsleiter sind der Auffassung, dass sie die ihnen in der Entschliessung von Messina hinsichtlich der friedlichen Entwicklung der Atomenergie gestellte Frage somit beantwortet haben. Sie waren der Auffassung, dass das Problem einer möglichen Anwendung der Atomenergie zu militärischen Zwecken seitens einiger Staaten einen so starken politischen Akzent hat, dass es über ihren Zuständigkeitsbereich hinausgeht. Sie glauben daher, dass sie diese Frage in dem vorliegenden Bericht nicht zu beantworten haben."*⁹³

Spaak-Bericht, 21.4.1956.

Eine Gegenüberstellung der wichtigsten Ausgangspositionen mit den Verhandlungsergebnissen im Euratom-Vertrag zeigt, dass die Frage der "möglichen Anwendung der Atomenergie zu militärischen Zwecken seitens einiger Staaten" entgegen der Formulierung im Spaak-Bericht sehr wohl beantwortet wurde - mit den bekannten gravierenden Folgen für die künftige Tätigkeit der Gemeinschaft. Die Aushöhlung der ursprünglichen Euratom-Postulate ging so weit, dass Herbert Wehner im Zusammenhang mit Euratom von "einer ganz leeren Hülle" sprach, von der nur noch die Bezeichnung an die anfänglichen Absichten erinnere. Von einer zwingenden Bindung der Partnerstaaten an die ausschliesslich friedliche Nutzung der Kernkraft - ursprünglich 'conditio sine qua non' für die Zustimmung der SPD zur EAG - konnte gemäss Wortlaut des Vertrages keine Rede mehr sein.

Die ursprüngliche Euratom-Konzeption zielte darauf ab, den zivilen und militärischen Eigenbedarf an Nuklearmitteln unabhängig von den angelsächsischen Mächten decken zu können - bis dahin wurde die Weitergabe von Kernmaterial nur bei strikter Beachtung von rigiden Kontrollauflagen gewährt. Diese akzentuierte Abhängigkeit der Nehmerländer von den Geberländern suchten die westeuropäischen Staaten zu beseitigen. Zu dieser Einschätzung gelangten die Amerikaner gemäss einem Bericht des schweizerischen Gesandten de Torrenté aus Washington. Die sechs Staaten seien übereinstimmend der Auffassung, "dass zwischen den USA und Euratom eine spezielle Vereinbarung ausgearbeitet werden muss, die weder den Einsatz von US-Inspektoren noch den Einsatz der IAEO vorsieht. Die Europäer beharren auf dem Standpunkt, dass ein mit der US-Inspektion implizit verbundener untergeordneter Status die Gemeinschaft für die Teilnehmerländer politisch inakzeptabel machen würde. IAEO-Kontrollen seien genausowenig akzeptabel, solange weder die USA noch Grossbritannien bereit sind, sich den gleichen Inspektionen auszusetzen".⁹⁴ Die gewünschte Kontroll-Autonomie galt sowohl der französischen als auch der deutschen Regierung als Entwicklungsvoraussetzung für französische bzw. europäische Nuklearwaffen.

Um die Vertragsbestimmung, die der Euratom-Agentur das Eigentum sowie das An- und Verkaufsmonopol innerhalb der Gemeinschaft zusprechen sollte, entbrannte eine heftige Kontroverse. Suspekt erschien die vorgesehene Regelung hauptsächlich den Deutschen, die Einschränkungen der Unternehmerfreiheit und französische Bevormundung befürchteten. Der Bundesverband der Industrie

⁹³ Spaak-Bericht, in: Schwarz 1980, Aufbau Europas, S. 329.

⁹⁴ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 385, 10.1.57. Minister de Torrenté, basierend auf Informationen des State Department-Beamten Robert Schaezel.

führte eine richtige Kampagne gegen das Brennstoffmonopol, an dem er den "Geist der Sozialisierung und Staatswirtschaft" brandmarkte. Die Bestimmung biete die Grundlage für einen wirtschaftspolitischen Dirigismus, der auf dem Gebiet der Kernenergie dieselben negativen Effekte wie in andern Wirtschaftsbereichen entfalten würde. Mit ihren Bedenken gegen das Brennstoffmonopol weckte die deutsche Delegation anfänglich das Misstrauen und den geschlossenen Widerstand der fünf Partnerstaaten. In der endgültigen Fassung wurde das Brennstoffmonopol aber schliesslich in folgenschwerer Art aufgebrochen. Art. 66 eröffnete dem Verbraucher unter gewissen Voraussetzungen die Möglichkeit, Spaltstoffe direkt ausserhalb der Gemeinschaft zu beziehen.⁹⁵ Als sich bereits 1957 ein weltweites Überangebot an Uran abzeichnete, erwies sich, dass man Euratom zur Beschaffung von Uran gar nicht benötigte, zumal eine Monopollösung überhöhte Preise versprach. Schon nach wenigen Jahren wurde offiziell festgehalten, dass das im Vertrag nur als Ausnahme vorgesehene Verfahren zur Regel geworden sei.⁹⁶ Auf diese Weise konnte die Eigentumsregelung des Vertrags systematisch umgangen werden - die Bestimmung des Artikels 86, welche das Eigentum der EAG an den Kernbrennstoffen festschrieb, war obsolet geworden.

Die Fiktion einer auf friedliche Kernenergie-Nutzung beschränkten Atomgemeinschaft war schon lange vor Vertragsabschluss zerbrochen. Hinter allem Feilschen um mehr oder minder gewichtige Vertragsbestimmungen stand von Anfang an die Schicksalsfrage der Behandlung des militärischen Bereichs. Im Sommer 1956 erhielten die deutschen Euratom-Kritiker wirksamen Support durch die Vorkämpfer einer französischen Atomrüstung. Die Aussicht, durch eine monopolistische und strikt auf friedliche Nutzung beschränkte Atomgemeinschaft den Weg zur Atombombe versperrt zu sehen, versetzte die französischen Nuklearnationalisten in helle Aufregung. Die Nationalversammlung koppelte daraufhin ihre Zustimmung zu einem EAG-Beitritt an die Bedingung, dass die militärische Nutzung der Kernkraft nicht in den Zuständigkeitsbereich von Euratom fallen dürfe. Vor allem den deutschen Sozialdemokraten bereitete die Herauslösung des militärischen Bereichs aus der Euratom-Zuständigkeit etliches Kopfzerbrechen. Ursprünglich war die ausschliesslich friedliche Kernkraftnutzung der Kardinalpunkt ihrer befürwortenden Haltung gegenüber Euratom. Die Aufrechterhaltung dieser Bedingung hätte das Vertragswerk aber zweifellos zu Fall gebracht - und das wollte die SPD auf keinen Fall riskieren. Mit gespielter Arglosigkeit schauten einzelne Exponenten der Partei in der Folge über den ominösen Art. 84 hinweg, der die für "Zwecke der Verteidigung" bestimmten Kernbrennstoffe von der Euratom-Überwachung ausschloss - dafür priesen sie umso lauter die erhofften Segnungen der Atomkraft.⁹⁷

Die Isotopentrennung schliesslich, die in den Zwischenberichten der Sachverständigen und noch im Spaak-Bericht einen zentralen Platz einnahm, ja sogar mit der Versorgungsregelung zusammen den Kern der geplanten Gemeinschaft

⁹⁵ Euratom-Vertrag, abgedruckt in: Europa - Dokumente zur Frage der Europäischen Einigung 1946-1961, Bd. 3, München 1962, S. 1153-1219.

⁹⁶ Radkau 1983, Aufstieg, S. 175.

⁹⁷ Vgl. Kap. 4.1: 'Euphorische Erwartungen an das Atomzeitalter'. Lediglich eine Minderheit von 17 SPD-Abgeordneten, darunter Helmut Schmidt, lehnte am 5.7.1957 im Bundestag die Römer Verträge schliesslich ab - hauptsächlich wegen des Abseitsstehens der Briten und Skandinavier. Loth, Wilfried: Deutsche Europa-Konzeptionen, in: Serra 1989, Rilancio, S. 592ff.

bildete, findet sich im gültigen Vertrag nicht mehr ausdrücklich erwähnt.⁹⁸ Diese Feststellung widerspiegelt die gescheiterten Bemühungen der französischen Delegation, ihr vorrangiges Vertragsziel durchsetzen zu können.

• ***Vorläufiges Fazit: Keine Rolle für Euratom bezüglich der ursprünglichen Zielsetzungen der Gemeinschaft***

Mit der Gründung der Atomgemeinschaft war Jean Monnets Kalkül im Frühjahr 1957 grundsätzlich aufgegangen. Für viel mehr reichte der politische Wille aber nicht aus: zu stark dominierte der Nuklear-Nationalismus den Europa-Gedanken - Euratom hatte keine Chance, in den Bereichen Forschung und industrielle Entwicklung eine führende Rolle zu übernehmen. Während der Ratifizierungsdebatten wurde rasch ersichtlich, dass die Atomgemeinschaft seit der Vertragsunterzeichnung in den Hintergrund gerückt war. Die parlamentarischen Diskussionen konzentrierten sich fast ausschliesslich auf den Gemeinsamen Markt - was gewissermassen einer Vorwegnahme der bevorstehenden Entwicklung gleichkam, die der EWG einen weit bedeutenderen Rang in der Geschichte der europäischen Einigung einräumen sollte als der Nuklearorganisation. Bereits vor Inkraftsetzung des Vertrages wurde damit ersichtlich, dass das integrationspolitische Potential von Euratom weitgehend ausgeschöpft war.⁹⁹

Das vom Ausschuss der 'Weisen' vorgeschlagene Atomprogramm passte nicht in den Rahmen national ausgerichteter Nuklearstrategien. Die Mixtur aus industriellem Gewaltprogramm und amerikanischem Beistand verhalf der Gemeinschaft nicht zur gewünschten Durchschlagskraft. Die Krux lag dabei in den unüberwindbaren Gegensätzen, die sich zwischen einer gesamteuropäischen Nuklearpolitik und kompromisslos verfolgten einzelstaatlichen Egoismen auftraten. Erschwerend kam hinzu, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen alsbald veränderten, wodurch den Projektionen der 'Weisen' entschieden die Basis entzogen wurde. Der Preis für Steinkohle fiel um die Hälfte, sobald das billige Erdöl die Europäer vorübergehend von ihren Energiesorgen befreite. Dadurch schwand ein Teil der ökonomischen Kooperationszwänge, und die nationalen staatlichen Zielsetzungen gewannen erneut die Oberhand. Während die Amerikaner darauf setzten, mit Hilfe der Gemeinschaft die Ausbreitung der Atomtechnologie zu kontrollieren und hauptsächlicher Exporteur von Nukleargütern zu bleiben, erstrebte Frankreich entschlossener denn je ein unabhängiges Atomwaffen-Arsenal, und die deutsche Industrie verfolgte weiter ihr Ziel atomtechnologischer Unabhängigkeit.

Obendrein entzog das im Bericht der 'Weisen' vorgegebene Tempo der Kernenergie-Einführung den kontinentaleuropäischen Eigenentwicklungen den Sauerstoff. Im Rahmen des 1958 unterzeichneten Förderprogramms für Leistungsreaktoren, das dem Durchbruch der Leichtwasser-Technik in Europa den Weg ebnete, fungierte die Atomgemeinschaft als Vertragspartner der Amerikaner. Ab diesem Zeitpunkt apostrophierten die Gaullisten Euratom definitiv als 'Speerspitze Amerikas'.¹⁰⁰ Die amerikanischen Importe vermochten die französischen Nukle-

⁹⁸ Lediglich in Kapitel V, 'Gemeinsame Unternehmen', ist mit einem sehr allgemein formulierten Hinweis die Eventualität eines Baus angedeutet.

⁹⁹ Scheinmann 1967, Nuclear integration in Europe, S. 10.

¹⁰⁰ Forschungsminister Galley, Verantwortlicher für den Aufbau der Kernforschungszentren von Marcoule und Pierrelatte. Goldschmidt 1980, Le complexe atomique, S. 370.

arnationalisten ohnehin nur mit Begriffen wie 'Bevormundung', 'Einschränkung' und 'unwürdige Abhängigkeit' gleichzusetzen. Mit der verlorenen Aussicht auf eine Gemeinschaftsanlage zur Isotopentrennung war ihr Interesse an Euratom ohnehin längst auf ein Minimum abgesunken.¹⁰¹

Den im Expertenbericht angeregten Verzicht auf die Urananreicherung wollte die französische Kernwaffenlobby keinesfalls ohne Reaktion hinnehmen. Mit der Suez-Krise hatten die Arbeiten auf dem Gebiet der militärischen Kernforschung in Frankreich enorm Auftrieb erhalten. Nur eine nationale Nuklearkapazitäten, so die Doktrin der Protagonisten, könne die Einhaltung der "ausereuropäischen Verpflichtungen" Frankreichs noch garantieren. Und die Befürworter einer 'Force de frappe' zögerten keinen Moment: Ende November 1956, noch bevor sich die 'Weisen' in ihrer neuen Funktion ein erstes Mal getroffen hatten, unterzeichneten Verteidigungsministerium und CEA ein Geheimprotokoll, das für die nächsten vier Jahre ein detailliertes Militärprogramm festschrieb und die Vorbereitungen zur Durchführung von Kernwaffenversuchen einleitete.¹⁰² Anfangs April 1957, fast zeitgleich mit der Einbringung der Römer Verträge, legte die Regierung Mollet dem Parlament den zweiten atomaren Fünfjahresplan vor. Das Papier von 13 Seiten Umfang enthielt einen einzigen knappen Hinweis auf Euratom und betonte ansonsten ausschliesslich die nationalen Aspekte der künftigen Atompolitik.¹⁰³

Den europäischen Partnern blieben die französischen Absichten natürlich nicht verborgen - ein Umstand, der die betont zurückhaltende Einstellung der Bundesrepublik gegenüber Euratom mitbegründete. Unterhalb der amtlichen Ebene galt die Atomgemeinschaft in Bonn als Werkzeug des französischen Hegemonialstrebens - ein Vorwurf, der während geraumer Zeit den gemeinsamen Nenner bundesdeutscher Euratom-Kritiker bildete.

Die andauernde Kontroverse, ob Euratom - den offiziellen Absichten der Gründer entsprechend und darin in Spannung zum weitverbreiteten Nuklear-Nationalismus stehend - ein geeignetes Mittel zur Beschränkung der Kernenergienutzung auf friedliche Zwecke sei, oder im Gegenteil als Instrument der französischen Bombenentwicklung diene, hatte zur Folge, dass die Nukleargemeinschaft weder bei den Anhängern der friedlichen noch bei den Befürwortern der militärischen Kerntechnik das notwendige Vertrauen zur Aufnahme einer integrationspolitisch fruchtbaren Tätigkeit genoss. Eine nach den Vorstellungen Armands vom Herbst 1955 ausgestaltete Gemeinschaft hätte die zentrifugalen Kräfte vielleicht noch eindämmen können. Diese Konzeption erwies sich aber als nicht-mehrheitsfähig; ihre integrationspolitischen Kernstücke - Versorgungsmonopol, eigene industrielle Tätigkeit und führende Rolle in der Forschung - waren im Verlauf des Verhandlungsprozesses ihres ursprünglichen Gehalts vollständig beraubt worden.

¹⁰¹ Scheinmann, Lawrence: Atomic Energy Policy in France, Princeton 1965, S. 185.

¹⁰² Scheinmann 1965, S. 173.

¹⁰³ Guillen, Pierre: La France et la négociation des traités de Rome, in: Serra 1989, S. 524.

5. Konkurrenz für Euratom: Nuklearkooperation im Rahmen der OECE

"Die regionale Integration, die somit noch als Lösung bleibt, ist bis heute in zwei Formen aufgetreten. Erstens als Kernlösung, wie sie durch die OEEC und die EZU dargestellt wird. Diese Formel erlaubt, die regionale Präferenzpolitik sukzessive auf eine weltweite Basis zu stellen und ist daher vorzuziehen. So hat sich z.B. die EZU mehr und mehr dem amerikanischen Zahlungssystem angenähert. Andererseits als Blocklösung, entsprechend dem Schuman-Plan. Eine Universalisierung scheint hier ausgeschlossen.

Die Diskussion zwischen den Anhängern des Gemeinsamen Marktes und denjenigen der Freihandelszone dreht sich im Grunde genommen um die Frage, ob die liberale 'Kernlösung' (OEEC) oder die dirigistische 'Blocklösung' (Gemeinsamer Markt) die künftige internationale Wirtschaftspolitik Europas bestimmen soll. Es kollidieren zwei gegensätzliche Prinzipien zur Herstellung der wirtschaftlichen Integration."¹

Aus einem Vortrag von Wilhelm Röpke, gehalten am 1.7.1958 in Genf.

"Weit davon entfernt, dass die Schaffung der Gemeinschaft und eine Zusammenarbeit der verschiedenen Staaten im Rahmen der Europäischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECE) Gegensätze darstellen, ergänzen diese beiden Bemühungen sich und fördern sich gegenseitig. Die Gemeinschaft wird im Rahmen der OECE eine dauernde Verbindung mit den übrigen europäischen Staaten entwickeln, ebenso wie mit der übrigen Welt im Rahmen der Internationalen Atomagentur, die im Werden ist."²

Spaak-Bericht, Brüssel, 21.4.1956.

Das auf liberalen Grundsätzen aufbauende OECE-Projekt wurde von seinen Befürwortern gegenüber der nach Montanunion-Muster konzipierten Euratom als vorteilhafte Antithese gepriesen. Wie die Schweizer gaben auch die 'ardent nationalists' in Frankreich der OECE-Konstruktion den Vorzug, weil diese die nationale Souveränität nicht beeinträchtigte.³ Wilhelm Röpke seinerseits bekämpfte nicht nur die Wirtschaftsgemeinschaft: Der bisweilen als 'Vater der sozialen Marktwirtschaft' apostrophierte Nationalökonom richtete 1958 ebenfalls eine heftige Attacke gegen die aus "kollektivistischem Geist" geborene Atomgemeinschaft und stellte ihr die OECE als am Gedankengut des Freihandels orientierte Alternative gegenüber.⁴

5.1 Das Alternativ-Projekt der OECE

Die Gründungsakte der 'Organisation européenne de coopération économique' (OECE) wurde am 16. April 1948 von den Delegierten 17 westeuropäischer Län-

¹ BAr E 2003 (A) EPD 1970/44, Bd. 1. 'Die wirtschaftliche Integration Europas; Grundsätze und Methoden', Vortrag von Wilhelm Röpke, gehalten am 1.7.1958 in Genf, in: 'La Suisse et l'intégration européenne'. Résumés des conférences prononcées dans le cadre d'une semaine d'études à l'Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales à Genève (30.6.-4.7.1958), S. 11. Röpke war zu dieser Zeit Professor am IUHEI.

² Spaak-Bericht, in: Schwarz 1980, Aufbau Europas, S. 322.

³ Scheinmann 1965, Atomic Energy Policy, S. 134.

⁴ Röpke, Wilhelm: International Order and Economic Integration, Doordrecht 1960, S. 259ff.

der unterzeichnet.⁵ Kanada und die USA traten der Institution im Juni 1950 als assoziierte Mitglieder ohne Stimmrecht bei. Die ursprünglich zur Sicherung der aussenpolitischen Interessen der USA gegründete Organisation hatte eine weitgehende Liberalisierung des europäischen Handels- und Zahlungsverkehrs sowie die Konvertibilität der wichtigsten europäischen Währungen zum Ziel.⁶ Die dringlichsten Arbeiten der OECE umfassten die Erarbeitung von Kriterien für die Verteilung der US-amerikanischen Marshall-Plan-Gelder, die Liberalisierung des Warenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten und, über die Europäische Zahlungsunion, den Ausgleich von Leistungsbilanzdefiziten.

Die Strukturelemente der OECE entsprachen dem Aufbau des klassischen zwischenstaatlichen Verbandes: einer gelegentlich zusammentretenden Vollversammlung weisungsgebundener Vertreter aller Mitgliedstaaten - dem Rat der OECE - standen ein von der Vollversammlung gewählter Ausschuss und der Generalsekretär als Exekutivorgane sowie das Sekretariat als Verwaltungseinheit zur Seite. Daneben existierten die vom Rat gebildeten technischen Ausschüsse und Direktorien. Der Verfahrensgrundsatz der Einstimmigkeit stellt ein weiteres typisches Merkmal der Willensbildung herkömmlicher Organisationsformen dar, von dem die Konvention in Sonderfällen allerdings Abweichungen zuließ.⁷

Nach Einleitung der wichtigsten Schritte des europäischen Wiederaufbauprogramms wandte sich die Organisation vermehrt den in Artikel 12 der OECE-Konvention genannten kollektiven Aufgaben zu, die unter anderem auch die Prüfung gemeinsamer Investitionsprogramme der Mitgliedstaaten vorsahen.⁸

Neben der Messina-Initiative, die Ende 1954 ihren Ausgang nahm, waren auch im Rahmen des westeuropäisch-atlantischen Wirtschaftsbündnisses Bestrebungen im Gange, die nukleartechnische Entwicklung in den Mitgliedsländern zu koordinieren. Im Zuge der allgemeinen Atomeuphorie hatte die OECE bereits im Dezember 1953 begonnen, ihr Tätigkeitsfeld auf den Bereich der Nukleartechnologie auszudehnen. Im Februar 1955, noch vor dem eigentlichen Startschuss zur 'Relance', nahm die OECE-Aussenministerkonferenz in Paris einen Bericht des Atomsachverständigenausschusses entgegen, der die Möglichkeiten einer nuklearen Unterorganisation diskutierte.⁹ Monate zuvor war der Auftrag an Louis Armand ergangen, eine ausführliche Studie zur Problematik des in naher Zukunft befürchteten Energiemangels in Europa zu verfassen. Der am 5. Mai 1955 veröffentlichte OECE-Bericht über die zwischeneuropäische Zusammenarbeit im

⁵ Nachdem die OECE Ende der 50er Jahre ihre ursprünglichen Ziele weitgehend erreicht hatte, wurde eine strukturelle Erneuerung der Organisation unumgänglich. Die Reform umfasste eine Ausweitung der allgemeinen Zielsetzungen und die Öffnung der Institution für aussereuropäische Länder. Als völkerrechtliche Nachfolgeorganisation für die OECE wurde 1961 die 'Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung' (OECD) gegründet. Vgl. Hahn/Weber 1976, OECD, S. 53ff.

⁶ Primäre Zielsetzungen der amerikanischen Aussenpolitik in bezug auf Europa: Vermeidung eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs; Verhinderung sozialer Unruhen und politischer Umstürze; Aufrechterhaltung bzw. Einführung einer demokratisch-kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Hahn/Weber 1976, OECD, S. 36ff.

⁷ Hahn/Weber 1976, OECD, S. 41.

⁸ Hahn/Weber 1976, OECD, S. 409ff.

⁹ BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 32. Bericht OECE-Delegation vom 28.2.1955. Zum Ende des Februar-Treffens beschlossen die versammelten Minister die Ausarbeitung einer Vorlage zur Schaffung einer OECE-Nuklearorganisation; vgl. BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 32, erstes Protokoll der 'Administrativkommission für Atomenergie' vom 19.7.1955.

Energiebereich empfahl die dringliche Schaffung eines regionalen Organs zur Festlegung der Grundsätze einer künftigen Energiepolitik sowie die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf dem Nuklearsektor.¹⁰ Für Armand stand fest, dass die energiepolitischen Zukunftsfragen auf europäischer Ebene anzugehen waren: "Von grösserer Wichtigkeit als auf jedem andern Gebiet der Energiewirtschaft ist eine europäische Kooperation auf dem Gebiet der Nutzbarmachung der Atomenergie."¹¹

Die Ausführungen der Studie entsprachen einem veritablen Plädoyer für die Kernenergie. Armand vertrat die These, dass Kernenergie gegenüber den klassischen Energieträgern binnen kurzem konkurrenzfähig sein werde und mittelfristig die billigste Energiequelle darstelle. Zudem seien, aufgrund des geologischen Reichtums der europäischen Länder und ihrer überseeischen Kolonien, an der Schwelle des Atomzeitalters nukleare Energierohstoffe im Überfluss und zu absolut konkurrenzfähigen Preisen vorhanden - konkurrenzfähig auch im Vergleich zu den USA.¹² Aus der Analyse der europäischen Energiesituation resultierte die Forderung nach einer Neuausrichtung der Investitionspolitik auf dem Energiesektor, was die Kooperation der OECE-Länder bei der Aufstellung und Durchführung eines Programms zur Entwicklung und Verwendung der Atomenergie erfordere. Genannt wurden drei Bereiche der Zusammenarbeit: Erstens der Austausch wissenschaftlicher Informationen, zweitens die Sicherstellung der Versorgung mit Spaltstoffen und drittens der Austausch technischer Informationen sowie die gemeinsame Errichtung und Finanzierung industrieller Anlagen. Da die beiden erstgenannten Gebiete durch CERN und EAES bereits abgedeckt seien, müsse sich die OECE vor allem auf die Bewältigung der dritten Aufgabe konzentrieren, wofür sie aus zwei Gründen prädestiniert sei: einmal aufgrund der Tatsache, dass ihr Länder mit hochentwickelten Kernenergieprogrammen angehörten, insbesondere Grossbritannien, das bereits grosszügige Kooperationsangebote unterbreitet habe. Zum andern sei es, "sous le point de vue de la construction européenne" vorteilhafter, eine derartige internationale Zusammenarbeit gleich am Anfang des Zeitalters ziviler Kernenergienutzung anzugehen, weil Kollektivarbeit auf einem neu zu erschliessenden Sektor einfacher zu bewerkstelligen sei als in bereits auf nationaler Ebene bearbeiteten Bereichen.¹³

Zehn Tage nach der Messina-Konferenz billigte der OECE-Rat den Armand-Bericht und beschloss die Einsetzung der vorgeschlagenen Arbeitsgruppe, welche die Modalitäten der Zusammenarbeit im Nuklearsektor auszuarbeiten hatte. Gleichzeitig versicherte der Rat, bezüglich Beschaffung, Erzeugung sowie Verwendung von Kernbrennstoffen werde es keine Eingriffe in die nationalen Zuständigkeiten geben.¹⁴ Die nuklearen Aktivitäten der OECE verliefen in der Folge

¹⁰ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 358. Armand, Louis: *Coopération économique intra-européenne sur le domaine de l' énergie*. OECE, Paris, Mai 1955.

¹¹ BAr E 2001 (E) 1970/217, Bd. 358. Armand 1955, S. 49, 'Conclusions énergie nucléaire'.

¹² BAr E 2001 (E) 1970/217, Bd. 358. Armand/OECE 1955, S. 27. "Alors que l' Europe (...), au début de l' ère atomique, est pleinement consciente de ses richesses géologiques".

¹³ BAr E 2001 (E) 1970/217, Bd. 358. Armand/OECE 1955, 2. Kapitel: 'Les faits nouveaux - l'énergie atomique', S. 22-33.

¹⁴ Drück, Helmut: *Die internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie innerhalb Europas*, Frankfurt/M 1959, S. 55.

parallel zu denjenigen von Euratom und führten gar früher als diese zu konkreten gemeinsamen Aktionen.

Im Dezember 1955 lag der unter Leitung des Griechen Léandre Nicolaïdis verfasste Bericht über "Betätigungsmöglichkeiten auf dem Gebiet der Atomenergie" dem Rat der OECE vor.¹⁵ Von der Sachlogik her und in Anbetracht der zweiseitigen Beratertätigkeit Armands erstaunt es wenig, dass eine Reihe der vorgeschlagenen Aktivitäten den Vorgaben des um einen Monat älteren Brüsseler Abschlussberichts entsprachen.¹⁶ Aber selbst da, wo die Tätigkeitsfelder identisch waren, wählte die OECE in den meisten Fällen einen unterschiedlichen Ansatz: Die Organisation sah ihre Rolle nur komplementär zu den individuellen Anstrengungen der einzelnen Länder. Nationale Programme und Projekte sollten bloss auf der Basis des Informationsaustausches verglichen werden; von einer eigenen Forschungspolitik war schon gar nicht die Rede. Die hauptsächlichsten Unterschiede zum Euratom-Konzept lagen bei der institutionellen Form. Während der Brüsseler-Entwurf eine gemeinsame Behörde mit Sondervollmachten vorsah, begnügte sich die OECE mit einem Lenkungsausschuss, der dem Rat unterstellt war und in dem sowohl Regierungsvertreter als auch Privatpersonen vertreten sein konnten. Die Organisation beschränkte sich von Anfang an darauf, günstige Voraussetzungen für eine möglichst grosse Entfaltung der privatwirtschaftlichen Initiative zu schaffen. Die Teilnahme an gemeinsamen Projekten unterstand von Fall zu Fall der souveränen Entscheidung der einzelnen Mitgliedsländer. Für Sachfragen, deren Umfang den nationalen Rahmen sprengte, wies der Bericht der OECE nur eine Koordinationsfunktion zu: grössere gemeinsame Unternehmen sollten von der rechtlichen Ausgestaltung her in der Form unabhängiger Gesellschaften projektiert werden, mit der Organisation nur "durch das Band der Information" verbunden.¹⁷ Die Gruppe Nicolaïdis wies im Zusammenhang mit Gemeinschaftsunternehmungen ebenfalls auf das starke Interesse der Mitgliedstaaten an einer Isotopentrennanlage hin, was die Folgerung nahelegt, dass gewisse OECE-Staaten zu diesem Zeitpunkt darauf abzielten, sich die militärische Option der Kernwaffenherstellung offenzuhalten.

Im Gegensatz zur OECE ging der auf dem Abschlussbericht des Ausschusses für Atomenergie vom 5.11.1955 aufbauende Spaak-Bericht bezüglich gemeinsamer Unternehmungen von einem Investitionsfonds mit fixem Finanzierungsschlüssel und obligatorischer Teilnahme der Sechs an allen Projekten aus. Die stärksten Eingriffsmöglichkeiten für Euratom lagen aber in dem vorgeschlagenen Versorgungsmonopol für Spaltstoffe.¹⁸ Hierbei fürchtete vor allem die deutsche Seite den schlimmsten Dirigismus unter dem Vorwand sicherheitspolitischer Kontrollen. Der Vorschlag Nicolaïdis handelte die Frage der Versorgung mit Kernbrennstoffen seinerseits bloss als einen von mehreren Aspekten eines generell zu liberalisierenden Handelssystems im Nuklearbereich ab, wobei die möglichst gün-

¹⁵ BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 32. Nicolaïdis/Ockrent/Harpham: Possibilités d' action dans le Domaine de l'Energie Nucléaire. Rapport du Groupe de Travail no 10 du Conseil. OECE, Paris, Dezember 1955.

¹⁶ BAr E 7113 (-) EVD 1988/128, Bd. 2. 'Rapport final de la Commission de l'énergie nucléaire du Comité intergouvernemental de Bruxelles' vom 5.11.1955, Vorsitz Armand; Euratom-Konzept. Kommentierte Auszüge der Schweizer OECE-Delegation vom 14.11.1955.

¹⁷ BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 33. Referat Nicolaïdis vor dem OECE-Rat, 13.1.1956, S. 5. Beilage zum Bericht der Delegation an die Handelsabteilung des EVD vom 14.1.1956.

¹⁸ Spaak-Bericht, in: Schwarz 1980, Aufbau Europas, S. 325 (Investitionen und gemeinsame Einrichtungen) sowie S. 326f (Versorgung mit Erzen und Kernbrennstoffen).

stige Versorgung den nationalen Vorschriften unterliegen sollte. Der Dreier-Ausschuss der OECE hielt es andererseits für vertretbar, eine Überwachung spaltbaren Materials in gemeinsamen Unternehmungen vorzusehen; eine Beaufsichtigung der einzelstaatlichen Programme lehnte er aber ab, da dieser ein supranationaler Charakter zukäme. Zudem sei eine Überprüfung sicherheitspolitisch ohne Wert, solange sie nicht auch den Verteidigungssektor einschliesse. Eine entsprechende Ausweitung der Befugnisse auf diesen heiklen Bereich erachtete das Gremium aber als "vraiment irréalisable".¹⁹

Die hauptsächlichen Merkmale des OECE-Entwurfs - Wahrung der nationalen Souveränität, darunter insbesondere der Nichteinbezug des Verteidigungssektors; Beibehaltung grösstmöglicher Entfaltungsfreiheit für nationale Nuklearprogramme; Betonung der Initiative der Privatindustrie sowie des Wettbewerbs - begründeten das vitale deutsche Interesse an dem Projekt. Aus ordnungspolitischen und nuklearwirtschaftlichen Gründen sympathisierten wesentliche Kreise in Deutschland anfänglich mit dem unverbindlicheren und flexibleren OECE-Ansatz, der ihnen als taugliche Alternative zu Euratom erschien und den neoliberalen Vorstellungen des deutschen Wirtschaftsministeriums und der Industrie besser entsprach.²⁰ "Die OECE setzt den Rahmen für die europäische Nuklearkooperation; Euratom dagegen meint Zwang", wird ein Beamter des Ministeriums für Atomfragen zitiert.²¹ Die vielfältigen Formen der Zusammenarbeit, die Wahlfreiheit bei der Beteiligung an Projekten sowie der Verzicht auf ein supranationales Verteilungsprogramm für Spaltstoffe liessen sogar die Einbindung Grossbritanniens in die OECE-Regelung zur realistischen Perspektive werden. Nicolaïdis vertrat die Meinung, dass unter diesen Voraussetzungen auch die USA und Kanada eine Mitgliedschaft in der Nuklearorganisation akzeptieren könnten.²²

Erst der im Februar 1957 - im Zusammenhang mit dem Besuch der Euratom-Weisen in Washington - eindeutig zugunsten von Euratom ausgefallene Positionsbezug der Vereinigten Staaten liess die lange gehegte Hoffnung der OECE auf eine bevorzugte Behandlung ihres Nuklearprojekts durch die amerikanischen Verbündeten endgültig schwinden.²³ Zwar fand sich Pierre Huet, Verantwortlicher für Atomenergiefragen im OECE-Generalsekretariat und ab 1958 erster Direktor der Europäischen Kernenergie-Agentur AEEN, einen Monat nach dem Euratom-Ausschuss ebenfalls zu einem Besuch bei den amerikanischen Behörden in Washington ein, um den "technischen Verwaltungszweigen ein klareres Bild über den Stand und die Absichten der OECE zu verschaffen". Mehr als "höfliches Interesse" vermochte Huet bei seinen "informellen Besprechungen" mit der AEC aber nicht zu wecken.²⁴ Im Gegensatz zu den 'Drei Weisen' wurden ihm gegenüber von amerikanischer Seite keine spezifischen Versprechungen abgegeben.

¹⁹ BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 33. Referat Nicolaïdis, 13.1.1956, S. 6.

²⁰ Bundesministerium für Atomfragen: Protokoll einer interministeriellen Besprechung vom 2.12.1955, zit. nach Weilemann 1983, Euratom, S. 50.

²¹ BAr E 2200 Köln (-) 1976/194, Bd. 68. Bericht des schweizerischen Gesandten Huber an EPD-Generalsekretär Zehnder vom 12.1.1956.

²² BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 33. Referat Nicolaïdis, 13.1.1956, S. 4: "(..) et l'on espère que les Etats-Unis et le Canada s'associeraient aux travaux de cet organisme".

²³ BAr E 2001 (E) EPD, 1970/217, Bd. 385. 18.2.1957: Kommentar zur Amerika-Reise des Euratom-Komitees und den daraus resultierenden Konsequenzen für die OECE. Gewichtung der gefassten Beschlüsse durch den Schweizer Gesandten Henri de Torrenté.

²⁴ BAr E 2200 Paris (OECE) 1975/90, Bd. 56. 22.3.1957: Kommentar zum Besuch Huets in Washington, verfasst vom neu eingesetzten schweizerischen Gesandten Albert Weitnauer.

"Die Abgabe von Uranium fällt, was die OECE-Länder anbelangt, unter die bilateralen Vereinbarungen." Zu einer Zusage für direkte Lieferungen von Kernbrennstoffen an ein OECE-Organ liess sich Washington nicht bewegen. Dafür äusseren die Amerikaner dem Emissär gegenüber den Wunsch, die OECE möge "die Schaffung von Euratom nicht gefährden und alles vermeiden, was die Einheit der Sechs stören könnte. (...) Diese Haltung führt dann auch zur vorläufigen Quasi-Indifferenz gegenüber den Bemühungen der OECE." Mit nichts als vagen Versprechungen für einen unverbindlichen technischen Erfahrungs- und Gedankenaustausch amerikanischer Experten mit den OECE-Gremien kehrte Pierre Huet nach Paris zurück.

Die 1953 gestarteten OECE-Aktivitäten im Atomsektor führten am 17. Dezember 1957 zur Gründung der Europäischen Kernenergie-Agentur (AEEN). Im Gegensatz zur Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) war die AEEN lediglich eine mit Organbefugnissen ausgestattete OECE-Körperschaft mit Koordinationsfunktion in einem abgegrenzten Fachbereich.²⁵ Von dem ursprünglich vorgesehenen Aktionsprogramm der Arbeitsgruppe Nicolaïdis fand sich letztlich nur ein verhältnismässig kleiner Teil verwirklicht - und auch dieser nur in reduziertem Umfang.²⁶ Unter den realisierten Gemeinschafts-Unternehmungen verdient die 'Europäische Gesellschaft für die chemische Aufbereitung bestrahlter Kernbrennstoffe' im belgischen Mol eine besondere Erwähnung. Mit dieser Gründung kam die OECE vergleichbaren Euratom-Anlagen zuvor: Von der Rechtsform her eine internationale Gesellschaft privatwirtschaftlichen Charakters, stellt 'Eurochemic' das erste westeuropäische Gemeinschaftswerk im Nuklearbereich dar. Zudem war der Arbeitsschwerpunkt in Mol mit der von der Industrie vernachlässigten Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen weit geschickter gewählt als bei dem von Euratom übernommenen italienischen Kernforschungszentrum in Ispra am Lago Maggiore, dessen Reaktorprojekt mit einer Vielzahl von nationalen Prototypen in direkter Konkurrenz stand.

Der Errichtung von 'Eurochemic' schlossen sich zwei Abmachungen über die gemeinsame Finanzierung und Nutzung von Reaktorprototypen an, die zwar im Eigentum der landesrechtlichen Trägerbehörde des Sitzstaates verblieben, den Vertragspartnern aber insoweit zugutekamen, als ihnen die Forschungsergebnisse zugänglich waren und sie sich an den laufenden Arbeiten beteiligen konnten.²⁷ Auch in den Bereichen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit, der Sicherheitskontrolle und dem Bevölkerungsschutz folgte die AEEN einer funktionellen Tendenz, indem die entsprechenden Verwaltungseinheiten ohne eigene Rechtspersönlichkeit blieben. Für die Kontrolle der nichtmilitärischen Verwendung der Kernbrennstoffe im Anwendungsbereich der Übereinkunft - Forschungsstätten Halden, Winfrith sowie die 'Eurochemic' -, die aufgrund des Territorialitätsprinzips im Auftrag der AEEN der unmittelbaren Aufsicht von Euratom unterstellt

²⁵ BAr E 2003 (A) EPD 1971/44, Bd. 30. Bericht des bei der Schweizer OECE-Delegation in Paris für Atomfragen zuständigen Gesandtschaftssekretärs Friedrich Walthard über den Stand der Zusammenarbeit im Nuklearbereich im Rahmen der OECE vom 2.1.1958, S. 3.

²⁶ BAr E 2200 Paris (OECE) 1977/94, Bd. 32. Rapport d'activité de l' AEEN, September 1960.

²⁷ BAr E 2003 (A) EPD 1971/44, Bd. 25. Übereinkommen zur Gründung der Eurochemic vom 20.12.1957 (vollständige Inbetriebnahme der Anlagen am 7.7.1966); BAr E 2003 (A) EPD 1971/44, Bd. 26. Verträge vom 11.6.1958 über den Siedewasser-Reaktor in Halden (Norwegen) und vom 23.3.1959 über den gasgekühlten Hochtemperatur-Reaktor 'Dragon' in Winfrith (GB).

wurden, steht gemäss Konvention vom 20. Dezember 1957 ein institutioneller Apparat bereit.²⁸

5.2 Britische Nuklearpolitik im Rahmen der OECE: Widerspiegelung der ambivalenten Haltung Grossbritanniens gegenüber Kontinentaleuropa

*"Die potentesten Gegenspieler der französischen Bombe sassen in London und Washington. Die britische Initiativen zielten darauf, dem Messina-Vorhaben das OECE-Alternativprojekt einer europäischen Kernenergie-Agentur entgegenzusetzen, während Washington die Euratom-Verhandlungen unmittelbar zu beeinflussen suchte."*²⁹

Die Aussenpolitik Grossbritanniens nach dem Zweiten Weltkrieg war in erster Linie darauf ausgerichtet, den unaufhaltsamen Machtverlust im Einflussbereich der britischen Krone in Grenzen zu halten. Alle britischen Nachkriegsregierungen waren sich in der Frage einig, dass eine Teilnahme Britanniens an einem engeren Zusammenschluss der westeuropäischen Staaten aufgrund weitgehender Verpflichtungen dem Commonwealth gegenüber vorerst nicht in Betracht kam.³⁰ Sie standen den entsprechenden Bemühungen der Kontinentaleuropäer abwartend gegenüber und achteten darauf, dass ihre eigenen Interessen durch den in Gang kommenden Integrationsprozess nicht beeinträchtigt wurden. Jede Form von supranationaler Institution wurde von den Briten kategorisch abgelehnt.³¹ Wichtiger als die nur schwer mit den Interessen des Commonwealth in Einklang zu bringende Schaffung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraums schien ihnen - aus der Einschätzung der Sowjetunion als expansionistischer Macht resultierend - die politische Stabilisierung der westeuropäischen Region zu sein.³²

Mit der Verwirklichung des Schuman-Plans hatten die Briten im Sommer 1950 den Preis dafür zu entrichten, immer wieder Massnahmen zur Einigung gefordert zu haben, dann aber vor jedem praktischen Schritt zurückgewichen zu sein. Schon im Herbst 1948 hatte Labour-Premier Ernest Bevin begonnen, seine ursprünglichen europapolitischen Präferenzen zu korrigieren. Neben dem Zollunion-Projekt liess er aufgrund unlösbarer Interessenkonflikte auch die Idee der 'Dritten Kraft' fallen. Die Distanzierung von dem Einigungsprojekt wurde dadurch erleichtert, dass sich gleichzeitig eine den Wirtschaftsinteressen Grossbritanniens und des Commonwealth entsprechende engere Bindung an die USA und Kanada ergab.³³ Unter Achesons Einfluss konzidierte Washington den Briten Importerleichterungen und Sonderrechte für die Sterlingzone. Diese Zugeständnisse - in

²⁸ BA E 2003 (A) EPD 1971/44, Bd. 25. Premier rapport d'activité de l'AEEN, Paris, Sept. 1958.

²⁹ Küntzel 1992, Bonn und die Bombe, S. 208.

³⁰ Bullen, Roger: Britain and 'Europe' 1950-1957, in: Serra 1989, Rilancio, S. 325.

³¹ Wortlaut des von Bevin in Auftrag gegebenen Statements, in: Documents on British Policy Overseas (DBPO), Series II, Vol. III, London 1989, S. 746-49.

³² Die Erkenntnis, dass einige der Ursachen des Kalten Krieges auf Fehlinterpretationen der Politik der jeweils andern Seite zurückgehen und die Sowjetunion möglicherweise nicht den Schreckensvisionen entsprach, die man sich von ihr in den späten vierziger Jahren gemacht hatte, entstammt einer späteren Zeit. O'Neill, Robert: Grossbritannien und die atomare Abschreckung, in: VfZ, Jg. 37/1989, S. 596f.

³³ Jenkins, Roy: The Development of British Foreign Policy since 1945, in: Lutz, Friedrich: Das Ringen um die Zukunft Europas, Zürich 1974, S. 46.

Verbindung mit amerikanischen Sicherheitsgarantien - bestärkten den britischen Entschluss, "sich nicht weiter in Europa hineinzuziehen zu lassen".³⁴

Grossbritanniens Ausrichtung auf das atlantische Bündnis fusste auf der Überzeugung, dass Europa allein nicht stark genug sei, der sowjetischen Herausforderung zu trotzen und gleichzeitig Deutschland in Schach zu halten. Sicherheitsgarantien für den Kontinent waren aus der Sicht der Briten von der fortwährenden Präsenz amerikanischer Truppen in Europa abhängig. Zudem hielt Grossbritannien unbeirrt an seinem Weltmachtstatus fest und wollte weiterhin "as a power with world interests and not merely as a potential unit of a Federated Europe" angesehen werden.³⁵ Ungeachtet der offenen Frage, ob das ungebrochene britische Grossmachtverständnis den tatsächlichen Gegebenheiten entsprach oder dem Reich der Mythen entstammte, setzte die britische Aussenpolitik weiterhin auf Churchills Drei-Kreis-Modell, dessen erster Bogen die USA, ein weiterer das Commonwealth und der letzte Europa umfasste.³⁶

Nachdem sich Grossbritannien, ohne das Risiko eines verbindlichen europäischen Engagements eingegangen zu sein, angesichts der Schwierigkeiten des Einigungsvorhabens in die Illusion einer britischen Sonderrolle geflüchtet hatte, musste es im Moment der Realisierung der ersten supranationalen Institution Westeuropas zusehen, wie ihm die europäische Dimension seiner Aussenpolitik entglitt. Auf die Dauer, so die nüchterne Erkenntnis, waren die Behauptung einer britischen Sonderposition und die Wahrnehmung der Führungsrolle auf dem Kontinent nicht miteinander vereinbar.³⁷

Das britische Lavieren bezüglich einer Teilnahme an der Sechser-Allianz fand in den 50er Jahren seine Fortsetzung. Aufkeimende Hoffnungen der Kontinentaleuropäer, die weiterhin vor einer Forcierung des Einigungsprozesses ohne Grossbritannien zurückschreckten und den Briten alle möglichen Hintertüren nach Europa offenhielten, wurden immer wieder gedämpft. So erneut im Zusammenhang mit dem EVG-Projekt, als der konservative Sieg in den Unterhauswahlen vom 25.10.1951 bei den Benelux-Partnern und den Franzosen anfänglich optimistische Erwartungen auf einen Meinungsumschwung in London geweckt hatte. Die Zuversicht schwand jedoch rasch angesichts gleichlautender Erklärungen von Innenminister Fyfe und Aussenminister Eden, wonach die neue konservative Regierung an der Ablehnung jeglichen supranationalen Engagements festhalten werde.³⁸

• **Die Zufälligkeit der Gleichzeitigkeit: Paradigmenwechsel in der britischen OECE-Politik im Kontext der 'Relance européenne'**

Seit Bestehen der OECE hatte sich London eher mit diversen Umstrukturierungsvorschlägen für die Organisation als mit konstruktivem Engagement zugunsten europäischer Belange hervorgetan. Bereits anfangs der fünfziger Jahre befürchtete die Schweizer OECE-Delegation, Grossbritannien könnte der Organisa-

³⁴ Formulierung des Foreign Office-Beamten E. A. Berthoud im Anschluss an die trilateralen Finanzgespräche (USA, GB, Kanada), 13.9.1949. Vgl. Milward 1984, Reconstruction, S. 287-295.

³⁵ Yasamee, Heather J.: Grossbritannien und die Westintegration der Bundesrepublik 1948-1951, in: Herbst et al. 1990, S. 541. Zitat aus: DBPO, Series II, Vol. II, London 1987, Dok. 33 (1950).

³⁶ Jenkins 1974, British Foreign Policy, S. 51.

³⁷ Bullen, Roger: Britain and 'Europe' 1950-1957, in: Serra 1989, Rilancio, S. 319.

³⁸ Innenminister Maxwell Fyfe am 28.11.1951 vor der Versammlung des Europarates. Aussenminister Anthony Eden gleichentags an einer Pressekonferenz in Rom. Loth 1991, Weg, S. 98.

tion möglicherweise den Rücken zuwenden: "La tendance anglaise est certes de réduire au minimum possible la coopération dans tous les domaines et de trouver une solution par elle-même aux difficultés actuelles. (...) C' est dire combien il est important que l'on puisse retenir dans l'enceinte de l'OECE l'Angleterre, dans les circonstances actuelles".³⁹ Das britische Foreign Office war in der Folge mehrmals darum bemüht, internationale Organisationen im Sinne eigener Präferenzen umzugestalten. Angesichts der Bedeutung der Zusammenarbeit mit den Amerikanern schlug es vor, gewisse OECE-Tätigkeiten an die NATO zu übertragen, während Eden seinerseits wiederholt dafür eintrat, die OECE mit dem Europarat zu verschmelzen.⁴⁰ Die Vorstöße blieben zwar erfolglos, weckten jedoch auf dem Kontinent ein Unbehagen gegenüber den ständigen britischen Störmanövern. Mehrfach geäußerte Bemerkungen der Engländer, das GATT biete London im Vergleich zur OECE handelspolitische Vorteile, trugen nicht dazu bei, die aufkommenden kontinentalen Irritationen zu mindern.

Einen abrupten Kurswechsel der britischen OECE-Politik leitete die 'Relance' ein, nachdem das Verhältnis Grossbritanniens zum europäischen Kontinent mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge sowie der Schaffung der Westeuropäischen Union und dem Abschluss eines Assoziierungsvertrages mit der EGKS für die Londoner Regierung einstweilen zufriedenstellend geregelt schien. Ab April 1955 pochten die Engländer unvermittelt darauf, alle Versuche, die europäische Zusammenarbeit zu intensivieren, innerhalb der OECE zu unternehmen.⁴¹ Nach der Konferenz von Messina betonte London mehrmals, dass die Organisation für technische und wirtschaftliche Belange das am besten geeignete Forum darstelle. Der Montanunion legte man sogleich nahe, ihr Projekt im Rahmen der OECE vorzubringen, da ein Vorpellen nur unnötige Doppelspurigkeiten bewirke. Einzelnen Ländern war das plötzliche Europa-Engagement der Briten suspekt, nachdem diese Krise und Stagnation der OECE aktiv mitverschuldet hatten. Besonders die Sechs, die ihrerseits grundsätzliche Vorbehalte gegenüber der Arbeitsweise der Pariser Organisation hegten, argwöhnten, London betone nur deshalb unversehens die Vorzüge der OECE, um vom Gemeinsamen Markt abzulenken.⁴²

Trotz ihrer notorisch skeptischen Haltung in europäischen Belangen befanden sich die Briten während des Sommers 1955 noch immer in der bemerkenswerten Lage, von den Sechs bezüglich einer Mitarbeit an den Integrationsvorhaben umworben zu werden. Die Bereitschaft zur Entsendung einer offiziell als 'Vertretung' bezeichneten Abordnung britischer Experten nach Brüssel zu den Arbeiten des Spaak-Komitees war aber keineswegs mit einer ernsthaften Beteili-

³⁹ BAr E 2001 (E) EPD 1967/113, Bd. 585, 22.8.1951.

⁴⁰ BAr E 2001 (E) EPD 1967/113, Bd. 585. OECE-Delegation, 31.8.1951: "Il est probable que le Royaume-Uni, restant fidèle à sa 'vocation atlantique' tentera encore de porter le débat dans le cadre plus vaste de l'OTAN, où il estime être mieux à même de discuter d' égal à égal avec les USA". BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 366, 5.12.1956. Nachdem Eden bereits 1952 versucht hatte, den Europarat zur Dachorganisation für Montanunion und EVG zu machen, bemühte er sich 1956 um die Fusion von Europarat und OECE.

⁴¹ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 364, 26.4.1955.

⁴² BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 364, 20.6.1955. Darlegung der britischen Argumentation durch die Schweizer Gesandtschaft in London: "Die Antwort war, dass man sich nunmehr der kontinentalen Auffassung anschliesse, dass die OECE besser als das GATT geeignet sei, gewisse Fragen, die v.a. die westeuropäischen Länder berühren, zu behandeln. Die OECE werde auch in Zukunft gute Dienste leisten können, und die britische Regierung sei bereit, im Rahmen dieser Organisation positive Mitarbeit zu leisten".

gung an den in Messina vereinbarten Vorhaben gleichzusetzen.⁴³ Von einer Nuklearkooperation mit den Europäern konnte sich Grossbritannien als fortgeschrittenste OECE-Atommacht keine allzugrossen Vorteile erhoffen - abgesehen von der Möglichkeit, sich einen Absatzmarkt in einem zukunftsträchtigen Exportsektor zu erschliessen. Kurzfristig schien dafür die energischer vorgehende Brüsseler-Gruppe grössere Aussichten zu bieten. Innerhalb der britischen Atombehörde AEA gab es denn auch Stimmen zugunsten von Euratom, und auch der 'Economist' als Sprachrohr der Wirtschaft unterstützte das Projekt. Das Blatt warnte vor der amerikanischen Konkurrenz auf dem europäischen Markt und plädierte zugunsten einer Kooperation in Form technischer Unterstützung - wenn schon nicht als Mitglied der Gemeinschaft.⁴⁴ Offizielle britische Stellen signalisierten daraufhin die grundsätzliche Bereitschaft zu technischer Zusammenarbeit, wogegen kategorisch ausgeschlossen wurde, "auch nur den kleinsten Teil britischer Souveränität zugunsten einer europäischen Integration zu opfern".⁴⁵

Anfänglich war man in London ob der Bemühungen um eine 'Relance' nicht sonderlich beunruhigt, vor allem auch, weil man sich eine Teilnahme der traditionell protektionistisch eingestellten Franzosen am Projekt eines Gemeinsamen Marktes nicht vorstellen konnte.⁴⁶ Die Entsendung einer Abordnung nach Brüssel schien den Briten aber sicherer, als zum vornherein auf das Scheitern des Vorhabens zu setzen. Der Leiter der britischen Vertretung zeigte sich während der ganzen Dauer der Gespräche zurückhaltend und skeptisch, worauf den Engländern von verschiedener Seite alsbald dilatorische Absichten unterstellt wurden. "Während die Vertreter der anderen Länder sich mit Elan ihrer Aufgabe widmeten, verhielt er sich die meiste Zeit schweigend. Wenn er am Meinungs austausch teilnahm, so geschah dies, um den Zweifeln seines Landes gegenüber den diskutierten Vorhaben Ausdruck zu geben."⁴⁷ Ihre gewählte Taktik vermochten die Briten bis in den November durchzuziehen. Als Spaak die weitere Teilnahme an den Gesprächen von der politischen Entschlossenheit zu aktiver Kooperation abhängig machte, beschloss das britische Kabinett am 11.11.1955, sich nicht weiter an dem Vorhaben zu beteiligen.⁴⁸ In der Folge bezog London eindeutig Stellung gegen das Messina-Projekt. Offenbar in der Absicht, den Fortgang der Brüsseler Verhandlungen zu behindern, initiierten die Briten in der Folge seltsam anmutende diplomatische Manöver. In diversen, inhaltlich zum Teil voneinander abweichenden Noten an mehrere Länder, vorab die Bundesrepublik und Belgien, begründete das Foreign Office seine ablehnende Haltung gegenüber dem Integrationsprojekt. Während die britische Regierung in bezug auf den Gemeinsamen Markt explizit dazu aufforderte, das Problem im Rahmen der OECE anzugehen, liess sie in Sachen Euratom eine Präferenz für bilaterale Vereinbarungen erkennen. Am 6.12.1955, als Grossbritannien während der Dezember-Tagung der OE-

⁴³ 'Vertretung': Sowohl als Ausdruck der Abgrenzung zum offiziellen Delegationsbegriff als auch zum geringeren Beobachter-Status gedacht - Merkmale einer britischen Sonderstellung auch im Bereich der Terminologie.

⁴⁴ BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 364, 28.7.1955. 'Economist'-Artikel vom 23.7.1955.

⁴⁵ BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 364, 20.6.1955. Bericht von Legationsrat Erwin Bernath, Londoner Gesandtschaft, an die Berner Zentrale.

⁴⁶ Küsters, Hanns- Jürgen: The origins of the EEC Treaty, in: Serra 1989, Rilancio, S. 221.

⁴⁷ BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 364, 24.2.1956. OECE-Delegation an Bundesrat Petitpierre. Vgl. auch Spaak, Paul Henri: Memoiren eines Europäers, Hamburg 1969, S. 308.

⁴⁸ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 358, 16.11.1955.

CE eine scharf formulierte Absage an die Vorhaben der EGKS-Staaten veröffentlichte, erschien die britische Position in der Atomfrage bereits wieder modifiziert, als sich Delegationsleiter Ellis-Rees nun plötzlich gegenüber einer Nuklearzusammenarbeit im Kreis der OECE offener zeigte.⁴⁹ Einmal mehr sollte sich der Vorstoss aber als Instrument einer Verschleppungstaktik entpuppen, und aufkeimende Hoffnungen auf ein aktives britisches Engagement im Atombereich schwanden rasch.

Substantiellen Nutzenzuwachs konnte den Briten ohnehin keine Form europäischer Nuklearkooperation versprechen. Nebst der amerikanischen und der sowjetischen war die britische Nuklearentwicklung zu diesem Zeitpunkt führend in der Welt. Mit Bezug auf die zivile Nutzung der Kernenergie vermochte Grossbritannien sogar einen leichten Vorsprung auszuweisen. Calder Hall, das erste wirtschaftlich genutzte Kernkraftwerk der Welt, sollte im Oktober 1956 ans Netz gehen, und ein im Februar 1955 verabschiedetes Kernenergieprogramm sah innerhalb von zehn Jahren den Bau von 12 Atomkraftwerken vor, die 5% des britischen Gesamtenergiebedarfs abdecken sollten.⁵⁰ Gleichzeitig wurden verschiedene Reaktorkonzepte evaluiert, während sich mehrere Anlagen zur Erzeugung von waffenfähigem Plutonium bereits im Aufbau befanden. Ausserdem verfügten die Briten über eine eigene Isotopentrennanlage.

Eine minutiöse Kontrolle der Ausstattung der Länder mit Kernbrennstoffen, wie sie durch die Euratom-Versorgungsagentur vorgesehen war, musste, gemäss eigener Einschätzung, "katastrophale Folgen für die Entwicklung der britischen Industrie" zeitigen. Angesichts der engen Verflechtung von militärischen und zivilen Vorhaben befürchteten warnende Stimmen, eine multilaterale Zusammenarbeit könnte unnötige Komplikationen in beiden Bereichen mit sich bringen. Die Kritiker prophezeiten einen einseitigen 'brain drain' britischer Forschungsergebnisse zugunsten der ausländischen Partner. Überdies, monierten sie, würde eine Teilnahme ihres Landes am Messina-Projekt nicht ohne negative Rückwirkungen auf die bevorzugte Nuklearbeziehung zu den Vereinigten Staaten bleiben. "Es wäre verrückt, unsere Handlungsfreiheit dadurch einzuschränken, dass wir unser Forschungsprogramm Euratom unterbreiten, nur um es dort durchboxen zu müssen."⁵¹ Eine Euratom-Mitgliedschaft, so die Schlussfolgerung, würde britischen Interessen entschieden mehr schaden als nützen. Einzig die Aussicht, bei einer negativen Haltung sowohl von der Wirtschaftsgemeinschaft als auch vom europäischen Markt für Nukleargüter ausgeschlossen zu werden, wurde als befürwortendes Argument angeführt. Als Pluspunkt der OECE-Konzeption empfand man andererseits die Tatsache, dass diese keinerlei Zwang zur Mitarbeit und zur finanziellen Beteiligung vorsah, wodurch die im Falle von Euratom aufgezählten Negativwirkungen teilweise entfielen. Signifikante Gewinne vermochten die britischen Isolationisten aber auch beim OECE-Projekt nicht auszumachen; die Exportchancen für atomare Güter stuften sie grundsätzlich als gering ein.

⁴⁹ BAr E 7111 (B) EVD 1972/168, Bd. 140, 15.12.1955. Deklaration des britischen OECE-Delegationsleiters Sir Hugh Ellis-Rees vom 6.12.55 (Beilage).

⁵⁰ Goldschmidt, Bertrand: *L' aventure atomique*, Paris 1962, S. 123.

⁵¹ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 385, 29.09.1957. Artikel aus der 'Times' vom 25.9.1957: 'On not joining Euratom'. Beilage zum Bericht von Botschafter A. Däniker, London. Seit dem Abschluss des Blair-House-Abkommens von 1948 verfügten die Briten erneut über eine privilegierte Nuklearbeziehung zu den USA.

Konstruktive britische Impulse waren folglich auch beim unverbindlicheren OECE-Vorhaben nicht zu erwarten. Im Gegensatz zu Euratom offenbarten die Briten hierbei jedoch ein gewisses Mass an Kooperationsbereitschaft.⁵² Einzelne Äusserungen und Verhaltensmuster lassen darauf schliessen, dass die primäre Intention Londons darauf abzielte, das Zustandekommen der 'Relance' zu verzögern oder gar zu hintertreiben, wobei den potentiellen Gefahren und Nachteilen, die im Falle der Realisierung des 'Common Market' der britischen Wirtschaft zu erwachsen drohten, in den aufgearbeiteten Quellen stets eine grössere Aufmerksamkeit zukam als der nuklearen Thematik.⁵³

In den ersten Nachkriegsjahren und darüber hinaus beeinflusste die Komplementarität der britischen und schweizerischen Interessenlage die Gestaltung der schweizerischen Aussenpolitik auf mehreren Gebieten - nicht nur im Bereich der Nuklearpolitik. Einen wichtigen Anknüpfungspunkt bildeten das gemeinsame Interesse der Schweiz und Grossbritanniens an einem raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau in Europa, an Eigenständigkeit gegenüber den USA und an einer grundsätzlich offenen Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten.⁵⁴

Auch in der OECE stimmten die schweizerischen Interessen bezüglich der Ziele und Methoden des europäischen Integrationsprozesses weitgehend mit den britischen überein. In seiner Untersuchung über die Beziehungen der Schweiz zu Grossbritannien und zur OECE zeigt Maurhofer, dass die Schweiz in der Ausgestaltung ihrer Verbindungen mit westeuropäischen Staaten eine möglichst grosse Unabhängigkeit von den USA anstrebte, wozu die Gewährung von Währungskrediten ein wichtiges Instrument bildete.⁵⁵

⁵² BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 33, 27.7.1956. Bereits während der Juli-Tagung liess Grossbritannien die OECE-Partner wissen, dass es sich finanziell nicht am Aufbau gemeinsamer Anlagen beteiligen werde. Als Trostpflaster wurde dafür beratende Unterstützung beim Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Aussicht gestellt.

⁵³ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 384, 03.05.1956. Exemplarisch dazu: Bericht des Schweizer Gesandten Däniker an die Abt. für Politische Angelegenheiten des EPD. Darin findet sich der Hinweis auf die aus britischer Sicht inakzeptable Aussicht, im Falle eines Mitmachens beim Gemeinsamen Markt den europäischen Partnerländern bessere Handelsbedingungen als dem Commonwealth zugestehen zu müssen.

⁵⁴ Die britische Vision einer 'Dritten Kraft' zwischen den Blöcken scheiterte 1956 endgültig mit dem Fiasko der britisch-französischen Militäraktion am Suez-Kanal.

⁵⁵ Maurhofer, Roland: Zwischen Schadensbegrenzung und Solidarität. Schweizerisch-britische Verständigung am Beispiel des Zahlungsabkommens von 1946 und der Gründungsphase der OECE und EZU 1948-1950, in: Hug/Kloter 1999, *Bilateralismus*, S. 447-483. Ausführlicher zu den schweizerisch-britischen Beziehungen: Gsteiger, Markus: Vom Bilateralismus zum Multilateralismus. Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Grossbritannien 1945-1955, Lizentiatsarbeit, Bern 1997.

5.3 Europäische Nuklearkooperation aus Schweizer Sicht

• Schweiz und Multilateralismus - wohlbekanntes Argumentationslinien

*"Die EWG zielt auf die Errichtung eines europäischen Überstaates ab. Zu diesem Zweck soll gemäss dem Vertrag von Rom im Laufe der Jahre die Autonomie der einzelnen Mitgliedstaaten auf wichtigen Wirtschaftsgebieten immer mehr durch die Tätigkeit von Organen, die den Einzelstaaten übergeordnet sind, eingeschränkt werden. Nun ist schon die bloss teilweise Aufgabe der selbständigen Gestaltung der Wirtschaftspolitik für einen Kleinstaat mit unvergleichlich grösseren Risiken verbunden als für einen grossen Staat. (...) Ein Beitritt der Schweiz zu einer so klar politisch profilierten Organisation wie der EWG, die im übrigen regional eng begrenzt ist, und die damit verbundene teilweise Aufgabe unserer Selbständigkeit, die eine Voraussetzung der Neutralität bildet, müsste als der Beginn eines Erosionsprozesses unseres Unabhängigkeits- und Neutralitätswillens betrachtet werden."*⁵⁶

Haltung des Bundesrats zu einem Beitritt der Schweiz zur EWG (1960).

*"Mit der Ratifikation des Übereinkommens würde die Schweiz den ersten konkreten Schritt in der Richtung auf ihre Teilnahme an der wirtschaftlichen Integration Europas machen (...). Ein Beitritt zur EFTA lässt unsere nationale Selbständigkeit unversehrt. (...) Die Bindungen sind nicht unwiderruflich; die Kündigungsklausel erlaubt uns, sie wenn nötig zurückzunehmen. So bleibt die Assoziation eine völkerrechtliche Staatenverbindung zur Erreichung eines wirtschaftlichen Zwecks."*⁵⁷

Argumentation des Bundesrats zugunsten eines Beitritts zur EFTA (1960).

"Le moindre risque ne consiste pas toujours à ne rien faire"⁵⁸: Die Intensivierung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit in den fünfziger Jahren zwang die Schweiz, ihre traditionell distanzierte Haltung gegenüber internationalen Kooperationsvorhaben zu überdenken. Die Ansicht von Rudolf Bindschedler, Vorsteher des Rechtsdienstes im EPD, vermag die grundsätzliche Einschätzung internationaler Organisationen durch die Schweizer Behörden zu illustrieren: "Zwischenstaatliche Organe garantieren die Freiheit und Unabhängigkeit der Mitglieder, sind jedoch in ihrer Wirksamkeit beschränkt. Wählt man für die Entschlussfassung das Prinzip der Einstimmigkeit, so räumt man damit jedem einzelnen Staat das Vetorecht ein und nimmt Kompromisse und 'marchandage' in Kauf. Das Mehrheitsverfahren ist zwar wirksamer, führt aber zu Interessenkoalitionen und zur Majorisierung der Minderheit, was bei einer Staatenverbindung besonders ins Gewicht fällt".⁵⁹

⁵⁶ BBl 1960 I, S. 859f. Position des Bundesrates in Sachen Schweizer Beitritt zu supranationalen Organisationen (EWG - 1960; übertragbar auf das Verhältnis zur Euratom).

⁵⁷ BBl 1960 I, S. 891f. Bundesrätliche Argumentation zugunsten EFTA-Beitritt. 'Wahrung der Souveränität' war auch der ausschlaggebende Punkt im Abwägungsprozess OECE vs. Euratom.

⁵⁸ BAr E 2200 Paris (OECE) 1975/90, Bd. 57, 4.2.1957.

⁵⁹ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 366. 18.12.1956, Rudolf Bindschedler, Chef Sektion für Rechtsfragen EPD.

Die Aussenpolitik gilt auch in direkt-demokratischen Staaten als Domäne der Regierung, weshalb deren Rolle als aktive Gestalterin der Aussenpolitik definitionsgemäss im Zentrum stehen sollte.⁶⁰ Im Gegensatz zu dieser Prämisse erscheinen im Falle des Verhältnisses der Schweiz zur OECE eine Fülle von Verwaltungseinheiten zuständig für die Wahrnehmung nationaler Interessen gegenüber anderen Staaten. Zudem: nicht nur das Aussenministerium, sondern alle Departemente betrieben ihre Aussenpolitik. Die Analyse von informellen und formellen Entscheidungsverfahren im Zusammenhang mit dem schweizerischen Engagement im Rahmen der gemeinschaftlichen OECE-Nuklearprojekte erhärtet die in mehreren NFP 42-Publikationen erhobene Feststellung, dass die aussenpolitische Entscheidungsfindung weitgehend dem bürokratischen Alltag überlassen blieb. Die Rolle der Gesamregierung als potentiellem Hauptakteur blieb weitgehend eine formelle. Das administrative System entwickelte Verfahren, um Entscheide möglichst bereits in konsensueller Form vor das Bundesratskollegium bringen zu können.

Nach dem Zusammenbruch des 'Dritten Reiches' wirkte die Schweiz zwar ab 1947 aktiv am multilateralen Ausgleichssystem für den weiterhin bilateral gebundenen Zahlungsverkehr mit, wobei sie vorerst einen konsequenten Antiamerikanismus beachtete und den Aufbau einer 'dritten Kraft' zwischen den USA und der Sowjetunion für möglich hielt. Dieses Ziel erwies sich indes bald als eine Illusion. Der Kalte Krieg holte nach und nach einen Bereich der schweizerischen Aussenpolitik nach dem andern ein. Besonders gewichtig war diesbezüglich die Schweizer Mitwirkung in der 1948 gegründeten OECE und der 1950 entstandenen Europäischen Zahlungsunion (EZU). Beide Organisationen vertieften die Blockspaltung, wenn auch die Schweizer Aussenwirtschaftspolitik vorerst noch für Offenheit gegenüber Osteuropa und für die grösstmögliche Unabhängigkeit von den USA eintrat. Der vom Bundesrat praktizierte Multilateralismus führte längerfristig zu einer neuen aussenpolitischen Orientierung - der ausgeprägten Integration der Schweiz in die westliche Welt, währungsmässig beherrscht vom US-Dollar. Im Zuge der Entwicklung, mit dem allmählichen Abbau der mengenmässigen Handelsbeschränkungen und der bilateral ausgehandelten Warenlisten, entfielen den Wirtschaftsverbänden wichtige Möglichkeiten zur Geltendmachung von Sonderinteressen. Es ist deshalb nachvollziehbar, dass die Unternehmensvertreter noch lange dem Multilateralismus, den der Vororts-Delegierte Homberger in leicht verächtlichem Ton als 'diplomatischen Stil' bezeichnete, mit Misstrauen und Skepsis begegneten.

Die schweizerische Handelspolitik, die hartnäckig den Realitäten des Kalten Krieges entgegenwirkte und eine von den USA und der Sowjetunion unabhängige Politik der gesamteuropäischen Zusammenarbeit betrieb, wich erheblich von der übrigen Innen- und Aussenpolitik ab. Aussenpolitisch wandte sich das EPD zwischen 1948 und 1950 in mehreren Schritten dem Westen zu. Bundesrat Petitpierre machte auch in der Öffentlichkeit kein Hehl daraus, dass er die Mitwir-

⁶⁰ Gees, Thomas; Kellerhals-Maeder, Andreas; Meier Mohseni, Daniela: Die Verwaltung der schweizerischen Aussenpolitik 1914-1978, Zürich 2002. Laut Bundesverfassung liegt die Kompetenz zur Führung der schweizerischen Aussenpolitik beim Bundesrat. Er soll die Interessen des Landes nach aussen wahrnehmen und für die Sicherheit und für die Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität des Landes wachen. Unterstützt wird er dabei von der Bundesverwaltung. Vgl. Wildhaber, Luzius: Aussenpolitische Kompetenzordnung, in: Riklin/Haug/Probst (Hg.): Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, Bern 1992, S. 132f.

kung der Schweiz in der OECE als Bekenntnis zum Westen verstand, und er stellte in seiner Rede vor dem Parlament im Oktober 1948 den Beitritt der Schweiz zum Abkommen über die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit ganz in den Kontext des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts.⁶¹ Intern, gegenüber dem Bundesrat, war Petitpierre sogar noch deutlicher, als er in einem vom 9.3.1948 datierten Exposé eine "politique à double face" - zwischen Neutralität und Solidarität mit dem Westen - empfahl und unmissverständlich wertete: "La solidarité - c'est à dire notre participation active au relèvement économique de l'Occident - est aujourd'hui un moyen beaucoup plus efficace que la neutralité à la réalisation du but: garder notre indépendance".⁶² Das Problematische einer derart ambivalenten Politik zeigte sich mit der Gründung der NATO, als die USA von Anfang an institutionalisierte Beziehungen der Allianz zur OECE anstrebten, d.h. die OECE in die NATO-Struktur einbinden wollten.

Erneut aber - als die Botschaften in London und Moskau Befürchtungen äusserten, die OECE nähere sich zu sehr der NATO an - stellte Petitpierre 1950, in einer Ansprache vor dem diplomatischen Korps, unmissverständlich klar, dass es für ihn zur Solidarität zum Westen keine Alternative gebe. "Ce serait folie de penser que nous pouvons nous isoler de manière absolue. Ce que nous perdrons du côté de l'ouest en nous distançant de l'OECE, nous ne gagnerons jamais du côté de l'est."⁶³ Die Formel "formelle, aber nicht tatsächliche militärische Neutralität; wirtschaftliche und aussenpolitische Solidarität mit dem Westen" erforderte eine 'Flexibilisierung' des Neutralitätsbegriffs, indem der Bundesrat sämtliche relevanten gesellschaftlichen Aussenbeziehungen der Schweiz als "neutralitätspolitisch unbedenklich", "technisch" oder gar "unpolitisch" erklärte und so den aussenpolitischen Gehalt der raschen Einbindung der Schweiz in die westlichen multinationalen Organisationen verschleierte.⁶⁴

Der wiederholte Versuch, den schweizerischen Multilateralismus mit dem Attribut 'technisch' zu relativieren und abzuschwächen, lag auch dem 1954 von Rudolf Bindschedler, Chef des EPD-Rechtsdienstes, vorgelegten Neutralitätskonzept zugrunde, auf das der Bundesrat bis Ende der 80er Jahre immer wieder zu verweisen pflegte.⁶⁵ Diese Prämissen trugen massgeblich dazu bei, dass der Bundesrat innenpolitisch kaum kommunizierte, in welchem Masse die Schweiz von Anfang an eine aktive, multilaterale Integrationspolitik betrieb. Und nur deshalb mag erstaunen, dass die Schweiz bereits ab 1948 häufiger auf multilateraler als

⁶¹ Max Petitpierre, 5.10.1948, BAr E 2001 -/1, Bd. 304, zit. nach Hug, Peter; Kloter, Martin (Hg.): Aufstieg und Niedergang des Bilateralismus, Zürich 1999, S. 109.

⁶² Max Petitpierre, 9.3.1948, BAr E 2800 1990/106, Bd. 1, zit. nach Hug/Kloter 1999, S. 109.

⁶³ Max Petitpierre, 7.9.1950, Rede vor den Schweizer Gesandten, Hug/Kloter 1999, S. 110.

⁶⁴ Vgl. dazu Hug, Peter; Kloter, Martin: Der 'Bilateralismus' in seinem multilateralen Kontext. Die Aussenpolitik der Schweiz zur Sicherung ihres Aussenhandels und Zahlungsverkehrs 1920/30-1958/60, in: dies. 1999, Bilateralismus, S. 110.

⁶⁵ Tatsächlich hat der Bundesrat nie ein Dokument verabschiedet, das die Definition der schweizerischen Neutralitätspolitik autoritativ umschreibt. Jedoch existiert das Bindschedler-Papier aus dem Jahr 1954, in welchem der Rechtskonsulent des EPD die Leitsätze der propagierten Neutralitätspolitik zusammenfasste. Nach der 1957 erfolgten Publikation des Dokuments im Schweizerischen Jahrbuch für internationales Recht wurde dieses in Fachkreisen oft als offizielle Schweizer Konzeption der Neutralität bezeichnet. In einer von Dietrich Schindler erstellten Sammlung über 'Dokumente zur schweizerischen Neutralität seit 1945' figuriert das Bindschedler-Dokument an erster Stelle, gilt also als Grundlagenpapier. Vgl. Schweizerisches Jahrbuch für internationales Recht (1957), S. 195ff.; Schindler, Dietrich (Hg.): Dokumente zur schweizerischen Neutralität seit 1945, Bern 1984, S. 15ff.

auf bilateraler Ebene Verhandlungen führte, die zum Abschluss völkerrechtlich verbindlicher Abkommen führte, wie dies Thomas Gees nachweist.⁶⁶ Die von Petitpierre vertretene, nach dem Westen orientierte Integrationspolitik war indes im Bundesrat nicht unumstritten.⁶⁷

Angesichts übermächtiger Hegemonialmächte und einer in der Region entstehenden supranationalen Gemeinschaft wurde die Rolle der OECE als Kommunikationszentrum und als Denkfabrik für genuin europäische Konzepte im Sinne einer Gegenmachtbildung anfänglich unterschätzt. Der Schweiz galt die Mitgliedschaft in der OECE als Ausgangspunkt der Integrationspolitik.

Die Eidgenossenschaft war der OECE im Jahre 1948 in der Absicht beigetreten, einen Beitrag zum Wiederaufbau Europas zu leisten.⁶⁸ Ausschlaggebend für den Beitritt war die klare Ausrichtung der Organisation auf wirtschaftlich-technische Arbeitsgebiete. Die Vertragsunterzeichnung erfolgte unter Berufung auf drei klassisch schweizerische Vorbehalte: der erste betraf die Anerkennung des traditionellen Neutralitätsstatus; der zweite den Vorsatz, Gemeinschaftsbeschlüssen nur im Falle ausdrücklicher Zustimmung der Eidgenossenschaft zu übernehmen, und der dritte bezog sich auf die Beibehaltung der 'treaty making power', d.h. auf die Wahrung der nationalen Zuständigkeit beim Abschluss von Handelsverträgen.

Neben dem Umstand, dass die Tätigkeitsbereiche der OECE klar umrissen waren, wirkte auch der Grundsatz beitriffsfördernd, dass - aufgrund der Anwendung des Einstimmigkeitsprinzips - kein Staat gezwungen war, alle Beschlüsse der Organisation zu übernehmen. In der Praxis bekundete ein Land seine ablehnende Haltung in einer Sachfrage gewöhnlich mittels Stimmenthaltung, wodurch eine Beschlussfassung möglich blieb, ohne dass die getroffene Vereinbarung für die Kritiker der Vorlage Verbindlichkeit erlangte.

Weitere für die Schweiz wesentliche Kennzeichen der Körperschaft waren das Austrittsrecht sowie der Meinungsaustausch auf Ministerebene. Die strukturellen Nachteile der OECE gründeten in der heterogenen Zusammensetzung der Organisation und dem daraus resultierenden geringen Arbeitstempo - zwischen der Bedürfnislage eines Industriestaates wie der Schweiz und den Nöten eines Entwicklungslandes wie der Türkei klappten damals Welten. Zudem bedingte das

⁶⁶ Vgl. Gees, Thomas: Interessenclearing und innere Absicherung. Zur Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Privatverbänden in der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik 1930-1960, in: Hug/Kloter 1999, *Bilateralismus*, S. 141-172 sowie Gees, Thomas: Aussenpolitische Delegationen des Bundesrates - eine Akteuranalyse 1937-1976, NFP 42 WP No. 1, Bern 1998.

⁶⁷ Vgl. dazu Hug, Peter; Kloter, Martin: Der 'Bilateralismus' in seinem multilateralen Kontext, in: dies. 1999, *Bilateralismus*, S. 111f. In der Zwischenkriegszeit und bis zum Beginn der 50er Jahre erblickte der Bundesrat im Bilateralismus den Schlüssel zur Lösung von ausserpolitischen Fragen. Ab 1952 ernannte die Landesregierung hingegen mehr multilaterale Verhandlungsdelegationen als bilaterale, und ab 1955 ging die Zahl bilateraler Verhandlungen nochmals beträchtlich zurück. Vgl. Gees, Thomas: Interessenclearing, in: Hug/Kloter 1999, *Bilateralismus*, S. 144 (Abbildung 1).

⁶⁸ Seit der Unterzeichnung der Pariser Konvention vom 16. April 1948 - der Gründungsakte der OECE - vertrat Legationssekretär Gérard Bauer, zugleich Handelsbeauftragter der Schweizer Botschaft in Paris, die Interessen des Landes bei der neugegründeten Organisation. Die zunehmende Bedeutung, welche die Schweiz der OECE beimass, wird dadurch dokumentiert, dass der Bundesrat Bauer alsbald von seiner Doppelfunktion entband und ihn - unter Verleihung des Titels eines bevollmächtigten Ministers - zum Leiter der ständigen Schweizer Delegation bei der OECE ernannte. Die Beförderung lag auch darin begründet, dass Bauer die Schweiz gleichzeitig bei der EGKS in Luxemburg vertrat.

Einstimmigkeitsverfahren ein langwieriges Ringen um Kompromisse, und Beschlussfassungen mussten immer wieder aufgeschoben werden, weil der Ministerrat als oberstes Organ höchstens alle drei Monate zusammentrat.

Die gesichteten grundsätzlichen Stellungnahmen bezogen sich in der Mehrzahl auf die ökonomischen Aspekte von Integrationsvorhaben. Bekanntlich entfaltete die OECE nicht nur im Nuklearbereich, sondern auch in wirtschaftlichen Belangen parallel zu den Bemühungen der Brüsseler Staaten ihre eigenen Aktivitäten. Mit der Errichtung eines Gemeinsamen Marktes drohte die Spaltung der 'Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit' in zwei Blöcke. Als Folge des gemeinsamen EWG-Aussenzolls befürchteten die Drittstaaten eine handelspolitische Schlechterstellung gegenüber den Sechs. Um Diskriminierungen vorzubeugen, empfahl die OECE die Einrichtung einer europäischen Freihandelszone für industrielle Güter, die auf multilateraler Basis alle 17 Mitgliedsländer umfassen sollte. 1958 scheiterte das Vorhaben aufgrund britisch-französischer Differenzen, worauf sich - auf Initiative Grossbritanniens und der Schweiz - im Jahre 1960 sieben 'Drittstaaten' zur 'Kleinen Freihandelszone', der EFTA, zusammenfanden.

Mit Blick auf die einzunehmende Position in Sachen regionaler Integration äussert sich Bindschedler zum bisherigen Engagement der Schweiz auf internationaler Ebene: "Im allgemeinen gingen die Tendenzen der schweizerischen Aussenpolitik auf die Begünstigung universeller Organisationen. Abgesehen davon, dass diese weniger Risiken für die Neutralität mit sich bringen, wurde der sachliche und mässige Einfluss aussereuropäischer Staaten in europäischen Konflikten begrüsst. Die Situation hat sich jedoch heute stark gewandelt (.). Der westliche Zivilisationsbereich befindet sich in der Minderheit und in der Defensivposition. Damit hat sich die Bedeutung der regionalen, v.a. der europäischen Organisationen auch für unser Land erhöht".⁶⁹ Die Sätze dokumentieren, dass Bindschedler die künftige Rolle regionaler Gruppierungen im internationalen Staatensystem erahnte, womit er mehr Weitsicht bewies als einige seiner Kollegen im EPD, für die die europäische Integration einer Abschliessung des Kontinents von der übrigen Welt gleichkam.

Bei der Aktendurchsicht gewinnt man den Eindruck, dass die Schweiz der 'Relance' mit Argwohn und Zurückhaltung begegnete - eine Einstellung, die kaum überrascht, da sie bereits bei allen vorangegangenen Integrationsprojekten zutage getreten war. Für hochfliegende Vorhaben - einen 'europäischen Überstaat' gar - konnte sich hierzulande niemand begeistern. Die Worte von 'Zwang', 'Aufgabe der Selbständigkeit' und 'beginnendem Erosionsprozesses des Unabhängigkeits- und Neutralitätswillens' machten die Runde - offenbar handelt es sich dabei nicht um ein zeitspezifisches Phänomen. Skepsis und Pragmatismus scheinen damals wie heute herausragende Merkmale schweizerischer Wesensart zu sein.

'Festhalten am Bewährten': die Schweizer neigten zur Annahme, die Zukunft sei lediglich eine Verlängerung der Gegenwart - ohne zusätzliche Herausforderungen, womit sich ein Aufbruch zu Neuem erübrige. Ums Jahr 1955 fühlten sich die Eidgenossen im Kreis der OECE offensichtlich wohl; kein Grund, am Status quo zu rütteln und eine qualitative Steigerung zwischenstaatlicher Zusammenarbeit anzustreben. An die Durchsetzungskraft von Ideen mochte man nicht recht glauben. Jedenfalls äusserte 'Bern' bis tief in den Herbst 1956 starke Zweifel an einem erfolgreichen Abschluss der 'Relance'. Tendenziell haftete der Blick der Be-

⁶⁹ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 366. 18.12.1956, Rudolf Bindschedler.

amten und Diplomaten an den diversen Fussangeln auf dem Weg zum Ziel einer Europäischen Gemeinschaft.

• **OECE vs. Euratom: Einschätzungen und Abgrenzungen aus dem Blickwinkel eines OECE-Drittstaates'**

*"Der OECE-Plan gibt den Rahmen für eine europäische Zusammenarbeit, das Euratom bedeutet Zwang zur Zusammenarbeit."*⁷⁰

*"Il est clair que nous avons tout intérêt à soutenir à cet égard une institution fonctionnant sous l'égide de l'OECE où nous avons de plus grandes possibilités d'exercer une certaine influence qu'au sein d'un organisme comme Euratom."*⁷¹

*"Dieses Ziel kann nur in einer engen Zusammenarbeit zwischen Bund, Wirtschaft und Wissenschaft erreicht werden. Erforderlich ist die ausführliche Information der Bevölkerung, die überzeugt sein muss, dass das Wohlbefinden aller Schweizer, dass der Wohlstand unseres Landes in grossem Mass von der friedlichen Nutzung der Kernenergie abhängig sein wird (...)"*⁷²

Schon unmittelbar nach dem Krieg erwog man im Kreis der Studienkommission für Atomenergie (SKA), die Atomförderung 'zivil' zu deklarieren und latent militärisch zu beeinflussen. Eine Notiz des späteren bundesrätlichen Delegierten für Atomfragen, Otto Zipfel, definiert die dem Staat zukommende Rolle bei der Entwicklung der Atomtechnik: Beschleunigen der Entwicklung, d.h. Subventionierung der von der Privatindustrie aus Wirtschaftlichkeitsüberlegungen eventuell nur zögerlich verfolgten Forschungsarbeiten sowie Lenken und Koordinieren der Arbeiten im Sinne der militärischen Option.⁷³ Aufgrund der begrenzten eigenen Möglichkeiten - allein die Rohstoffbeschaffung war ein ernsthaftes Problem - bemühte sich die Schweiz schon bald, Wege der bilateralen Zusammenarbeit auszuloten. Nachdem erste Kooperationsversuche anfangs der 50er Jahre sowohl mit Frankreich, Holland und Norwegen gescheitert waren, zeigten die Schweiz und Schweden lebhaftes Interesse am französischen Plan einer europäischen Urananreicherungsanlage. Obwohl sie sich sogar an Forschungsarbeiten zur Urandiffusion beteiligte, blieb die Schweiz als neutrales Land aber in erster Linie an der weniger verbindlichen Zusammenarbeit im Rahmen der OECE interessiert, zumal diese Organisation nicht derart eng mit der NATO verknüpft war wie Euratom.⁷⁴

"Es würde ziemlich aussichtslos anmuten, wenn die Schweiz auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Atomenergie vollkommen eigene Wege gehen

⁷⁰ BAr E 2200 Paris 1970/245, Bd. 112. 7.1.1956: Weisungen des Sekretärs der interdepartementalen Administrativkommission für Atomenergie und späteren stv. Direktors der IAEA, Paul Jolles, an die schweizerischen Gesandtschaften in Europa.

⁷¹ BAr E 2200 Paris (OECE) 1975/90, Bd. 66. 12.6.57: Weisungen der Handelsabteilung an die OECE-Delegation in Paris - betreffend die Frage einer möglichen Zusammenarbeit mit den Euratom-Staaten im Bereich der Kontrolle von Atomanlagen.

⁷² BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 385. NZZ, 14.5.1957: Erläuterungen Bundesrat Max Petitpierres zu den 'Grundsätzen schweizerischer Regierungspolitik in Sachen ziviler Nutzung der Kernenergie' vom 13.5.1957.

⁷³ Hug 1987, Atomtechnologie, S. 72.

⁷⁴ Die 1955 eingegangene Mitgliedschaft beim Europ. Kernforschungsinstitut (CERN) diente ausschliesslich der Grundlagenforschung (Kern-, Hochenergie- und Elementarteilchenphysik).

wollte": Die anfangs fünfziger Jahre gesammelten Erfahrungen zeigten deutlich, dass ohne enge Zusammenarbeit mit dem Ausland die eigenen Mittel nicht ausreichten, um innerhalb nützlicher Frist den vollen Zugang zur Atomtechnik zu erhalten.⁷⁵ Als Grund für die notwendige Teilhabe an der zwischenstaatlichen Nuklearkooperation wurde, unter Bezug auf zahlreiche Energiestudien, das "akute Energie-Problem Westeuropas" angeführt. Die Schweiz sei ein typisches Beispiel für die Abhängigkeit Europas "von politisch und wirtschaftlich unsicheren Teilen der Welt, die zu den traditionellen Energie-Lieferanten des Kontinents gehören". "Angesichts der geschilderten Weitläufigkeit und Kostspieligkeit der Atomforschung und der Atomtechnik (..) kann heute kein Land mehr hoffen, die erforderlichen Voraussetzungen für die Nutzbarmachung der in Zukunft so dringend benötigten Atomenergie aus vollkommen eigener Kraft zu verwirklichen. Man muss froh sein, wenn die Anstrengungen aller Staaten zusammen dazu ausreichen, diese vielfältigen und komplexen Probleme zu lösen und auf diese Weise zu gestatten, die der Atomenergie innewohnenden Kräfte in einer wirtschaftlich, sozial und politisch gesunden und dem menschlichen Fortschritt förderlichen Weise zu meistern."⁷⁶

Unter den Argumenten, die zugunsten einer internationalen Zusammenarbeit angeführt werden, fehlen selbstredend Hinweise auf militärpolitische Motive. Die rüstungsstrategischen Hintergründe des 'zivilen' schweizerischen Atomprogramms mit seiner langjährigen Ausrichtung auf die Gewinnung von waffenfähigem Plutonium wurden bereits in Kapitel 4.1 kurz angesprochen; der militärische Aspekt der schweizerischen Atomtechnologiepolitik lässt sich denn auch von Beginn weg bis in die 80er Jahre nachweisen. Erstaunlich ist, dass die parallel zur zivilen Tätigkeit erfolgte waffentechnische Ausrichtung des Kernenergieprogramms beim breiten Publikum während Jahrzehnten kein Thema war - trotz mehrfach erfolgter öffentlicher Debatten um eine schweizerische Atombewaffnung, trotz Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags und obwohl 'zivil-militärische Verbundforschung' sowie frühes Autarkiestreben bei reaktortechnischem Know-how als deutliche Indizien eines Offenhaltens der Nuklearwaffenoption gelten. "Der Fall Schweiz unterstreicht damit die hohe informations- und technologiepolitische Effizienz des Konzepts der latenten Proliferation in westlichen Demokratien", hält Kollert dazu fest.⁷⁷ Den Amerikanern war die Autarkieorientierung der schweizerischen Atomtechnologieentwicklung suspekt: mehrfach intervenierten sie proliferationshemmend, indem sie einen leichtwassermoderierten Forschungsreaktor 'stifteten' und Schwerwasser sowie angereichertes Uran preisgünstig abgaben.

Die gleichzeitige Mitgliedschaft der Euratom-Sechs in der OECE macht die Gefahr von Friktionen und Doppelspurigkeiten bei den beiden parallelen Nuklearprojekten verständlich, und die eingangs angeführten Zitate zeugen von der Konkurrenz innerhalb der 'Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung'. Wiederholt haben die Sechs den übrigen OECE-Partnern Assoziierungsan-

⁷⁵ BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 384. Otto Zipfel, am 11.1.1956 vom Bundesrat ernannter Delegierter für Atomfragen, in einem Schreiben vom 20.2.1956.

⁷⁶ BAr E 2003 (A) EPD 1971/44, Bd. 30. Gesandtschaftssekretär Friedrich Walthard, OECE-Delegation Paris, zuständig für Fragen der Atomenergie, in einem Bericht über den Stand der OECE-Zusammenarbeit im Nuklearbereich vom 2.1.1958, S. 4 und S.7.

⁷⁷ Kollert 1994, Proliferation, S. 428.

gebote mit Euratom unterbreitet, die aber durchwegs zurückgewiesen wurden. Als hauptsächliche Gründe, weshalb die Schweiz der "flexibleren Methode der OECE" den Vorzug gab, werden inakzeptable Souveränitätseinbussen sowie eine "ungünstige Kompetenzverteilung" zwischen Staat und Privatwirtschaft im Falle eines Euratom-Beitritts angeführt. Die Drittstaaten preisen das "weit weniger dirigistische" Verfahren der OECE, das "günstige Voraussetzungen für eine möglichst grosse Entfaltung der Privatinitiative" schaffe. Im Gegenzug charakterisierte Spaak das Euratom-Projekt als "viel konkreter und realistischer".

Mit zunehmender Rivalität brauchte es eine beschwichtigende Rhetorik, um die Differenzen zwischen den Kontrahenten herunterzuspielen und vordergründig Einigkeit zu demonstrieren: mehrfach wird betont, dass die beiden Projekte nicht in direkter Konkurrenz stünden, sich vielmehr - auch wenn sie identische Zielsetzungen verfolgten - ergänzen müssten, um "eine möglichst vollständige geographische Ausbreitung der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie zu ermöglichen". Während die Schweizer Delegation in Paris wiederholt lobende Worte für den zügigen Fortgang der OECE-Arbeiten äusserte, gerieten die Euratom-Projekte infolge der schleppend vorankommenden Vertragsverhandlungen in Verzug. Mit einer Spur Häme reagierten die Drittstaaten, als die Sechs infolge interner Gegensätze ihr Atomprogramm revidieren mussten: "das Euratom zeigte bei der Auswahl seiner technischen Projekte bis anhin keine sehr glückliche Hand (..), und nun nähert man sich unserem Programm an".⁷⁸ Das von der OECE erneut unterbreitete Angebot auf Arbeitsteilung wiesen die Brüsseler Staaten mit der Begründung zurück, dass die Haltung der zukünftigen Europäischen Kommission in diesen Fragen nicht präjudiziert werden dürfe. Mit verständlichem Ärger konterte die OECE danach das Ansinnen der Sechs, ihre fortgeschrittenen Tätigkeiten zu verlangsamen, um die politisch wenig opportune Kluft, die sich zwischen den beiden Kontrahenten in bezug auf den Entwicklungsstand der Arbeiten aufgetan hatte, nicht noch weiter anwachsen zu lassen. Delegationschef Gérard Bauer zeigte sich ob dieses Ansinnens verstimmt; in lar moyantem Ton beklagt er sich, dass einzelne Euratom-Exponenten keine Gelegenheit versäumten, "die OECE-Arbeiten in den Ausschüssen aufzuhalten".⁷⁹

Gekränkt reagierten die Drittstaaten bereits ein Jahr zuvor, als sich die amerikanische Bevorzugung von Euratom abzeichnete.⁸⁰ Von da weg häuften sich die Klagen über eine Geringschätzung der OECE-Anstrengungen durch die Euratom-Partner, und die verbalen Seitenhiebe gegenüber der Schwesterorganisation nahmen zu. "Das Euratom mit seiner 'supranationalen' Behörde (..) erweckt schon 'per se' Zweifel daran, ob dieser Verwaltungsapparat in der Lage sein wird, in weiser Selbstbeschränkung die möglichst freie Entfaltung der privaten Initiative zu gestatten und zu fördern. Die mit der Hohen Behörde der Montanunion bisher gemachten Erfahrungen lassen berechnete Zweifel daran aufkommen." Selber hätten die Drittstaaten die "Zielsetzungen des Euratoms im Laufe der Verhandlungen niemals bekämpft", vielmehr keine Gelegenheit verpasst, der EAG bei der Realisierung ihrer Ziele behilflich zu sein. Gegen die Haltung der

⁷⁸ BAr E 2003 (A) EPD 1971/44, Bd. 30. Bericht Walthard vom 2.1.1958, S. 19.

⁷⁹ BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 385, 13.2.1957.

⁸⁰ BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 383. Lagebeurteilung der OECE-Delegation vom 16.2.1956; BAr E 7113 (-) EVD 1988/128, Bd. 2. Einschätzung Gesandtschaft Washington, 20.2.1956.

Sechs habe man nur dann offen Stellung bezogen, wenn die Brüsseler Staaten trotz Entgegenkommen versucht hätten, die OECE-Arbeiten zu behindern.⁸¹

Innerhalb der OECE profilierte sich die Schweiz durch eine aktive Mitarbeit in den diversen Studiengruppen zu nuklearen Sachthemen. Als Vertreter der Schweiz fungierten nicht nur Regierungsvertreter, sondern in der Mehrzahl Wissenschaftler und Experten aus den interessierten Sparten der Privatwirtschaft. Die Arbeitsgruppen dienten der Abklärung der technischen und finanziellen Bedingungen gemeinsamer Unternehmungen sowie der Ausarbeitung der entsprechenden Vertragsinstrumente. Zur Teilnahme an den Studiensyndikaten waren nur diejenigen Staaten berechtigt, die ein definitives Interesse am entsprechenden Gemeinschaftsunternehmen bekundeten - eine Regelung, die es ermöglichte, hindernde Einflüsse von nicht-interessierten Staaten zu eliminieren. Als engagierte und überzeugteste Anhänger der intergouvernementalen Zusammenarbeit nach OECE-Muster erwiesen sich Grossbritannien, die Skandinavien sowie die Schweiz und Österreich - obwohl in den Akten bereits früh geäußerte Zweifel an der Ernsthaftigkeit des britischen Engagements auftauchen.⁸²

• **Multilaterale Nuklearkooperation - Partizipationsmöglichkeiten intermediärer Gewalten**

Der nachfolgende Abschnitt versteht sich - im Zusammenhang mit der Beschickungspolitik des Bundes - als knapper Exkurs, der in einem Teilbereich der schweizerischen Aussenpolitik die Partizipation der Akteure an der Gestaltung der Aussenbeziehungen aufzeigt. Die Identifizierung und Quantifizierung der beteiligten Akteure erfolgt über eine rudimentäre Auswertung exemplarischer Delegationen und Vertretungen, die im betrachteten Zeitraum die schweizerischen Interessen in den Gremien der OECE wahrgenommen haben.

Im Verlauf der 50er Jahre bildeten die multilateralen Verhandlungen zum Abschluss von Staatsverträgen, Abkommen oder anderen Vereinbarungen eine immer wichtigere Arena des aussenpolitischen Handelns der Schweiz. Zu diesem Zweck setzten die Organe des Bundes Delegationen ein, die im Namen der Eidgenossenschaft mit ausländischen Delegationen die Verhandlungen führten oder die Schweiz an internationalen Konferenzen vertraten.⁸³ Diese Delegationen wurden nicht nur mit diplomatischem Personal 'bestückt'. Vielmehr umfasste der Kreis der einbezogenen Vertreter das gesamte Spektrum sämtlicher Departemente der Bundesverwaltung. Daneben wurden aber auch Vertreter von Interessengruppen - vorwiegend Wirtschaftsverbände -, Repräsentanten der Kantone, der öffentlich-rechtlichen Anstalten des Bundes sowie Experten der Wissenschaft

⁸¹ BAr E 2003 (A) EPD 1971/44, Bd. 30. Bericht Walthard vom 2.1.1958, S. 40ff.

⁸² BAr E 2001 (E) EPD, Polit. Direktion 1970/217, Bd. 364, 20.6.1955.

⁸³ EPD-Generalsekretär Robert Kohli bekräftigte 1958 die alleinige Zuständigkeit des Gesamtbundesrates zur "Bestellung einer eigentlichen Verhandlungsdelegation, die oft mit einer Unterzeichnungsvollmacht sowie mit besonderen Instruktionen versehen ist (...). Das gleiche gilt für die Beschickung internationaler Konferenzen, bei der es ebenfalls Sache des Bundesrates ist, die Verhandlungsdelegation zu bestimmen und ihre Instruktionen festzulegen". In der Praxis ernannte der Bundesrat die externen Experten aufgrund eines Vorschlages der zuständigen Verwaltungsorgane. BAr E 6100 (B) 1971/110, Bd. 5. Generalsekretariat EPD an Generalsekretariat EVD, 4.6.1958, zit. nach Gees 1998, Aussenpolitische Delegationen, S. 3.

eingesetzt. Die Grenzen zwischen Diplomatie, Verwaltung und gesellschaftlicher Beteiligung waren dabei fließend.⁸⁴

Nach Gees lassen sich drei Arten von bundesrätlichen Delegationen unterscheiden: Erstens 'bilaterale' Delegationen (mit Instruktionen des Bundesrates); zweitens 'multilaterale' Delegationen (mit Instruktionen des Bundesrates), und drittens 'multilaterale' Delegationen ohne bundesrätliche Instruktionen.⁸⁵ Da internationale Abkommen nicht über das normale Gesetzgebungsverfahren entwickelt wurden, traten an die Stelle des Parlamentes andere Akteure. Der Meinungsbildungsprozess verlagerte sich weitgehend in die Verwaltung. Die zuständigen Abteilungen der Bundesverwaltung stellten bereits in der Phase der Verhandlungsvorbereitung wichtige Weichen, bevor sie zuhanden des Bundesrates einen Antrag verfassten. Dieser enthielt neben dem Verhandlungsspielraum (Instruktionen, Verhandlungsmandat) auch die mit der Verhandlungsführung beauftragten Träger.⁸⁶ Die verwaltungsexternen Vertreter waren meist schon vor der bundesrätlichen Ernennung an den Vorgesprächen beteiligt. Spinner nennt diese Vertreter in seiner Untersuchung über die Kompetenzdelegation 'intermediäre Gewalten' und spart dabei nicht mit kritischen Anmerkungen:

"So kommt es nicht selten vor, dass Verbände und andere Interessengruppen ihre Vertreter in die schweizerische Verhandlungsdelegation entsenden. Nach geltendem Staatsrecht kann gegen diese zweckmässige Art der Zusammenarbeit von Behörden und Interessenvertretern nichts vorgebracht werden. Dennoch erscheint die Partnerschaft von Staats- und Partikularinteressen bei der Führung von Geschäften der obersten Staatsleitung nicht unbedenklich.

Einmal erwecken die mangelnde Transparenz und die fehlende Konstanz bei der Auswahl der zur Mitgestaltung berufenen intermediären Gewalten Zweifel. Treten zudem Differenzen zwischen den offiziellen staatlichen Vertragsunterhändlern und den Verbandsvertretern auf, so sind in der Praxis auf wenig demokratische Art und Weise Kompromisse zu finden, die sich zwangsläufig auch in den Endentscheidungen niederschlagen, die gleichwohl als rein staatliche, d.h. demokratisch legitimierte Leistungen an die Vertragspartner und an den Schweizer Stimmbürger verkauft werden müssen."⁸⁷

Die Präparativphase, die durch einen Bundesratsentscheid abgeschlossen wurde, bestimmte darüber, wer konkret in den Verhandlungsprozess einbezogen wurde. Neben den eigentlichen, offiziellen Delegationsmitgliedern konnten dabei unter dem Titel 'Experten' weitere verwaltungsinterne und -externe Personen in der Verhandlungsführung eine gewichtige Rolle spielen und zwar sowohl in der Vorbereitungs- als auch in der Abschlussphase.

⁸⁴ Gees, Thomas: Aussenpolitische Delegationen, NFP 42 Working Paper No. 1, Bern 1998, S. 1f. In der Literatur wird - meist aus politologischer Sicht - auf die enge Kooperation zwischen Staat (Verwaltung) und Privatwirtschaft (Wirtschaftsverbände) im Bereich der Aussenpolitik hingewiesen. Frei charakterisiert diese Kooperation als "konfliktfreie, harmonische und dabei effiziente Interdependenz". Frei, Daniel: Die internationale Umwelt als Rahmenbedingung der schweizerischen Politik und die Gestaltung der schweizerischen Aussenbeziehungen, in: Handbuch Politisches System der Schweiz, Bd. 1, Bern 1983, S. 502.

⁸⁵ Gees 1998, Aussenpolitische Delegationen, NFP 42 WP No. 1, S. 3f.

⁸⁶ Keel, Guido: L'influence des Groupes d'Intérêt politiques sur la Politique étrangère Suisse, in: Riklin 1975, Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, S. 285-309, hier: S. 305f.

⁸⁷ Spinner, Bruno: Die Kompetenzdelegation beim Abschluss völkerrechtlicher Verträge in der Schweiz, Schweizer Studien zum Internationalen Recht, Bd. 6, Zürich 1977, S. 119.

Im Falle der Nuklearkooperation wurden die Plätze in den Studiengesellschaften und Arbeitsgruppen der OECE in der Mehrzahl mit externen Experten besetzt, die über das erforderliche Fachwissen verfügten, zumal das Personal der ständigen Delegation in Paris in atomtechnologischen Belangen nur Laienkenntnisse aufwies - wie übrigens auch der Delegierte des Bundesrates für Atomfragen und sein Stellvertreter, die Diplomaten Otto Zipfel und Jakob Burckhardt. Die Anfragen an die Experten besorgte in den meisten Fällen der Sekretär der 1955 gegründeten interdepartementalen 'Administrativkommission für Atomenergiefragen', Paul Jolles oder, nachdem er zu Beginn des Jahres 1956 seinen neu geschaffenen Posten als Atomdelegierter angetreten hatte, Otto Zipfel.⁸⁸

Die Administrativkommission für Fragen der Atomenergie war ein Koordinationsinstrument des Bundes, im Juli 1955 auf Initiative des EPD hastig kreiert, nachdem sich die Notwendigkeit ergeben hatte, "die Zusammenarbeit der Departemente im Hinblick auf die verschiedenen Initiativen, die auf internationalem Gebiet ergriffen worden sind, zu aktivieren".⁸⁹ Der im Jahr 2000 verstorbene Jolles, späterer Direktor des Bundesamts für Aussenwirtschaft und erster Staatssekretär, damals noch als Sekretär der Handelsabteilung des EVD tätig, übte die ihm aufgetragene Koordinationsfunktion in souveräner Manier aus, bis er 1958 als stellvertretender Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) nach Wien dislozierte.

Die Delegationen für die Ministertagungen der OECE, meist von EPD-Chef Petitpierre oder - seltener - von EVD-Vorsteher Thomas Holenstein angeführt, waren in der Beobachtungsperiode fast ausschliesslich mit Mitgliedern der Verwaltung besetzt - vereinzelt ergänzt durch einen Vertreter der Nationalbank. Verbandsvertreter wie auch Experten tauchen nur ausnahmsweise als offizielle Delegationsmitglieder auf. Sobald Atomfragen auf der Agenda standen, wurde den Delegationen stets 'Fachwissen' in Form von Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft beigegeben. Als inoffizielle Begleiter, d.h. nicht gleichberechtigte Mitglieder im Umfeld der Delegation, übten diese Fachpersonen eine reine Beratertätigkeit aus.

Die Zusammensetzung der Delegation für die Ministerratstagung vom 28./29. Februar 1956 kann als exemplarisch gelten. Auf der Tagungsagenda stand die Beratung des im Dezember 1955 veröffentlichten Berichts der OECE-Arbeitsgruppe Nr. 10, die unter der Leitung des griechischen Physikers Léandre Nicolaïdis die verschiedenen Möglichkeiten einer europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nuklearenergie evaluiert hatte.⁹⁰ Die Beschlussfassung sowie die Festsetzung des Arbeitsprogramms sollten unmittelbar nach Abschluss der Beratung des Berichts erfolgen. Angeführt wurde die aus acht offiziellen Mitgliedern bestehende Delegation von EPD-Vorsteher Max Petitpierre. Zipfel und Jolles als ranghöchste 'Atom-Koordinatoren' des Bundes waren ebenfalls mit von der

⁸⁸ Als Laie in Fragen der Nukleartechnik war der Diplomat Zipfel, obwohl langjähriges Mitglied der Studienkommission für Atomenergie, ständig auf ein Netz von Beratungsspezialisten angewiesen. Erst mit seinem Nachfolger, dem Kernphysiker Urs Hochstrasser, späterer Direktor des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft, wurde ein Fachmann zum bundesrätlichen Delegierten für Atomfragen gewählt.

⁸⁹ BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 32. Protokoll der ersten Kommissionssitzung der 'Administrativkommission für Fragen der Atomenergie' vom 19. Juli 1955.

⁹⁰ BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 32. Nicolaïdis/Ockrent/Harpham: Possibilités d' action dans le Domaine de l'Energie Nucléaire. Rapport du Groupe de Travail no 10 du Conseil. OECE, Paris, Dezember 1955.

Partie, ebenso wie - qua Funktion - Minister Gérard Bauer als Leiter der ständigen Delegation bei der OECE, der sich auf weniger hochkarätigen Tagungen häufig durch den 'Atomspezialisten' der Pariser Delegation, Gesandtschaftssekretär Friedrich Walthard, vertreten liess.⁹¹

In der Präparativphase, die mit dem Bundesratsentscheid vom 24.2.1956 abgeschlossen wurde, hatte die Administrativkommission den Bericht Nicolaïdis eingehend geprüft und "die interessierten Kreise der Wirtschaft und der Wissenschaft konsultiert". Dabei zeigte die auf lukrative Aufträge hoffende Privatwirtschaft - vor allem die Sektoren Maschinenbau und Elektrotechnik sowie die chemische Industrie - reges Interesse an einer Teilnahme an den in Aussicht gestellten Gemeinschaftsunternehmungen. Vom eminenten Interesse der Industrie an der vorgeschlagenen Form der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zeugen auch die Namen und Funktionen derjenigen Vertreter aus Wirtschafts- und Wissenschaftskreisen, die sich im Verlauf des Sommers 1956 in die neu formierten Arbeitsgruppen und Studiengesellschaften abdelegieren liessen: die 'Offiziellen' Bauer und Jolles nahmen Einsitz in der 'groupe de liaison' OECE-Euratom, während Rudolf Sontheim als Direktor der Reaktor AG, zusammen mit Sulzer-Chef Pierre de Haller, der zugleich auch noch der Arbeitsgruppe für Reaktorprototypen angehörte, der Studiengesellschaft für die Projektierung einer Isotopentrennanlage beitrug. Die Ciba delegierte Direktor Charles Gränacher sowie den späteren 'Eurochemic'-Direktor Rudolf Rometsch in die Studiengruppe für die Projektierung einer chemischen Trennanlage, und mit den Herren Charles Aeschmann, Direktionspräsident der Aare-Tessin AG, und Arthur Winiger, Verwaltungsratsdelegierter der Elektrowatt, beschickten die Elektrizitäts- und die Wasserwirtschaft die Arbeitsgruppe für Atomkraftwerke. Als Experte der 'groupe d'études pour les centrales nucléaires électriques' zeichnete der Präsident der Eidg. Wasserwirtschaftskommission, ETH-Professor Bruno Bauer, ausserdem für mehrere Studien verantwortlich, die der Evaluation von geeigneten Reaktortypen und Kraftwerkszentralen dienten.⁹²

Im Direktionskomitee der OECE für Atomenergiefragen, dem die Studiengesellschaften und Arbeitsgruppen unterstellt waren, war die offizielle Schweiz durch Delegationsleiter Bauer, den Atomdelegierten Zipfel und den Sekretär der Administrativkommission, Jolles, vertreten. Letzterer war zusammen mit Zipfel dafür verantwortlich, dass die Vertreter der intermediären Gruppen im Besitz von präzisen Instruktionen zur Ausübung ihres Mandats waren. Ebenfalls war er dafür besorgt, dass den Experten je ein Vertreter des Rechtsdienstes des Politischen Departements und der Finanzverwaltung zur Seite stand, sobald in den Arbeitsgruppen neben technischen auch administrative, juristische und finanzielle Fra-

⁹¹ BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 33; Antrag an den Gesamtbundesrat zur Genehmigung des Verhandlungsmandats und der Zusammensetzung der Delegatin vom 20.2.1956, ergänzt mit dem Bundesratsbeschluss vom 24.2.1956. AfZ, Vorort-Archiv XVIII/271; Stellungnahme des Vororts zum Bericht Arbeitsgruppe Nr. 10 vom 28.1.1956, verfasst von Vorort-Sekretär B. Wehrli, unterzeichnet vom Delegierten H. Homberger. Die restlichen Delegationsmitglieder waren Edwin Stopper, Delegierter für Handelsverträge und vormaliger Vorort-Sekretär, Direktor A. Hay von der Nationalbank, Legationsrat P. Dupont vom EPD sowie F. Halm von der Handelsabteilung; AfZ, Vorort-Archiv II/10.11.5.3.8.1 Traktanden und Berichte der OECE-Ministerkonferenzen (1955-57; Nuklearenergie).

⁹² BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 33. Studie Prof. Bruno Bauer, Mitglied der 'Commission d'experts', vom 7.1.1957 zuhanden der 'Groupe d'études pour les centrales nucléaires électriques': Etude relative à la constitution d'une société internationale pour la construction et l'exploitation d'une centrale nucléaire commune.

gen erörtert wurden. Im weiteren erhielten die Experten genaue Anweisungen, in welcher Form sie die Verwaltung über den Stand der Arbeiten in den Studiengesellschaften zu unterrichten hatten.⁹³

Davon, dass es sich bei den im 'zivilen' Bereich der Nukleartechnik massgebenden Personen um einen relativ engen Kreis von Fachleuten aus Industrie und Wissenschaft handelte, zeugen auch die Protokolle der diversen, nebeneinander bestehenden Kommissionen sowie der Beteiligungsschlüssel und die Aufstellung der Verwaltungsratsmitglieder der als gemischtwirtschaftliche Gesellschaft konzipierten Reaktor AG. Der Kreis der 'opinion leaders' sowie der Fachpersonen, die zur Beschickung von Arbeitsgruppen in Frage kamen, war offenbar recht eng gesteckt - immer und immer wieder erscheinen dieselben Namen eines erlauchten kleinen Zirkels von 'Eingeweihten'.⁹⁴

⁹³ AfZ, Vorort-Archiv XVIII/270.12; Brief des Delegierten für Atomfragen an Homberger vom 15.9.1956, in dem noch einmal auf den Dienstweg für Korrespondenz hingewiesen wird (Verteiler: Büro des Delegierten für Atomfragen; Sekretariat Handelsabteilung EVD, z.H. Administrativkommission für Atomenergiefragen; OECE-Delegation Paris). Gleichzeitig verdankt Zipfel die zahlreichen Stellungnahmen des Vororts und verspricht, den SHIV laufend über den Stand der Arbeiten zu unterrichten.

Experten-'Briefing', vgl. AfZ, Vorort-Archiv XVIII/270.12, Brief Jolles vom 12.1.1956 an W. von Orelli, Sekretär des Vereins schweizerischer Maschinen-Industrieller, der als Verbandsvertreter den Schweizer Sitz in der 'Groupe de travail général' des 'Comité de l'équipement' der OECE inne hatte: "Zu ihrer persönlichen und streng vertraulichen Orientierung lassen wir Ihnen das Protokoll der Sitzung der Administrativkommission zugehen, aus dem Sie die bisherige schweizerische Stellungnahme zu den Vorschlägen der Arbeitsgruppe No. 10 der OECE ersehen können. Diese allgemeinen Richtlinien werden durch unsere OECE-Delegation an der morgen beginnenden Eintretensdebatte über den erwähnten Bericht vertreten werden. Sollte an der Sitzung der 'Groupe de travail général' eine schweizerische Stellungnahme zu Atomenergiefragen nötig werden, könnten Sie sich ebenfalls von diesen Grundsätzen leiten lassen. Wir erwarten mit Interesse Ihren ausführlichen Bericht über das Ergebnis dieser Sitzung (.)."

⁹⁴ Vgl. AfZ, Vorort-Archiv II/10.11.5.3.8.2. Protokolle und Mitgliederverzeichnisse der Administrativkommission für Atomenergie sowie der 'Beratenden Kommission für Atomwirtschaft' (Gremium der Privatwirtschaft, vom Bundesrat mit Beschluss vom 9.11.1956 ernannt. Vorsitz O. Zipfel; Kommissionsmitglieder auf Vorschlag der interessierten Verbände gewählt); vgl. auch BAR E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 33. Protokolle und Mitgliederverzeichnisse der Administrativkommission für Atomenergie (1955ff). Siehe weiter: Hug 1987, Atomtechnologie, Mitglieder- und Aktionärsverzeichnisse der verschiedenen Atomkonsortien und Interessenverbände ('Therm-Atom AG', 'Suisatom' und 'Enusa'), S. 235-250; Zusammensetzung des Verwaltungsrats der Reaktor AG (mit Beteiligungsschlüssel), S. 320; Zusammensetzung der Studienkommission für Atomenergie (Vorsitz: Scherrer), S. 226 sowie EIR 0122, Verwaltungsratsprotokolle der Reaktor AG und Stüssi-Lauterburg 1995, Schweizer Nuklearbewaffnung, S. 3, Zusammensetzung der im März 1957 einberufenen 'Studienkommission für die allfällige Beschaffung eigener Atomwaffen' (Vorsitz: Generalstabschef Louis de Montmollin).

Eine knappe Auswahl der immer wieder aufscheinenden Namen aus der Bundesverwaltung: Hans Schaffner (Direktor Handelsabteilung); Pierre Micheli, Chef Dienst für Internationale Organisationen des EPD; EPD-Generalsekretär Zehnder sowie Zipfel und Jolles.

Oftmals die gleichen Namen - in verschiedensten Funktionen, ämterkumulierend - finden sich auch auf der Unternehmensseite (der Beteiligungsschlüssel der Reaktor AG liest sich wie ein 'Who is who' der Schweizer Wirtschaft). Nebst den zu erwartenden Firmen aus den Bereichen Maschinenindustrie, Elektrizitätswirtschaft und chemische Industrie finden sich auch die Uhrenindustrie sowie Finanzinstitute und Handelsbetriebe vertreten. Einen exemplarischen Überblick bietet der Bundesratsbeschluss vom 9.11.1956 betr. Ernennung der Mitglieder der beratenden Kommission für Atomfragen: u.a. Maschinen- und Apparateindustrie: Atompromotor Walter Boveri, VR-Präsident BBC und VR-Präsident Reaktor AG - nebst Vertretern von Sulzer, Sécheron und VSM; Elektrizitätswirtschaft: Charles Aeschmann, Direktionspräsident Atel und Präsident des Verbandes schweizerischer Elektrizitätswerke; Chemische Industrie: Ciba-Direktor Charles Gränacher und Rudolf Rometsch, ebenfalls Ciba sowie E. Ganzoni, Sekretär der Schweizerischen Gesellschaft für chemische Industrie; Industrieverbände: Heinrich Homberger, Delegierter des Vororts SHIV, B. Wehrli, Sekretär des Vororts und Ing. W. von Orelli, Sekretär VSM; Wasserwirtschaft: ETH-Dozent Prof. Bruno Bauer, Präsident der Eidg. Wasser-

Der hohe Mitwirkungsgrad nicht-staatlicher Interessenvertreter in Gremien des Bundes war Ausdruck einer spezifisch helvetischen Form von Konkordanzpolitik. Den Ausgleich unterschiedlicher Standpunkte innerhalb einzelner Wirtschaftszweige, das Interessenclearing, überliess der Staat gern dem Verbandsystem, in dem der Vorort als überragender Vermittler auftrat. Die enge Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsverbänden und der Verwaltung, wurde von der Handelsabteilung des EVD begrüsst und gefördert. Die unter Vermittlung des Vororts von den Verbänden formulierten Interessen konnten derart gegenüber dem Bundesrat, der Öffentlichkeit und dem internationalen Umfeld als breit abgestützter schweizerischer Standpunkt dargestellt werden.

Dank dem Experten-Status stand das 'Einfallstor' intermediärer Gruppen in der Präparativphase aussenpolitischer Normsetzung auch über multilaterale Delegationen immer noch weit offen. Die äusserst flexible Möglichkeit, Interessenvertreter als Sachverständige den Delegationen beizugeben, wurde im gegenseitigen Interesse zwischen Regierung und Verwaltung sowie den gesellschaftlichen Gruppierungen rege genutzt - davon zeugen die im Auftrag des Bundesrats oder der OECE-Delegation verfassten, an Verbände und Privatpersonen gerichteten Anfragen zur Teilnahme in Studiengruppen:

*"Technische Probleme dürften zum Teil der Grund sein, warum andere Länder ihre Chefbeamten für Atomenergie in das Komitee abordnen werden. Bei uns bestehen in dieser Beziehung Schwierigkeiten, da der Unterzeichnete [Zipfel] sein Amt erst vor kurzem angetreten hat und noch über keinerlei Organisation verfügt. Es ist daher beabsichtigt, zur Behandlung der mehr administrativen und handelspolitischen Fragen Herr Dr. Jolles von der Handelsabteilung nach Paris zu delegieren, dem aber, wenn sich dies als notwendig erweisen sollte, technisch versierte Herren zur Seite gestellt werden sollten. Ich erlaube mir daher die Anfrage, ob Sie bereit wären, sich gemeinsam für eine solche Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Im Hinblick auf die Wichtigkeit, die dem Abschluss eines Abkommens über die Atomenergie im Rahmen der OECE-Länder zukommt, wären wir Ihnen äusserst dankbar, wenn Sie unserem Wunsch entsprechen und die Aufgabe übernehmen wollten."*⁹⁵

Die Verwaltung betrachtete die Interessenvertreter nicht als Gegenspieler, sondern als Partner. Durch genaue Kenntnisse der Materie und dank vielfältiger Beziehungsnetze verhalfen diese den Diplomaten zu Sachkompetenz. Die Vertreter der Industrie, die einen erheblichen Aufwand für ihre Kommissionsarbeit zu leisten hatten, trugen die im Zusammenhang mit ihrer Expertentätigkeit anfallenden Kosten teilweise selber, hatten ihrerseits aber auch ein vitales Interesse zu erfahren, welche Verpflichtungen aus internationaler Normsetzung dereinst resultieren konnten. Speziell in einer so komplexen Materie wie der Atomtechnologie waren die Beamten des Bundes bei der Besetzung von Studiengruppen auf die Sachkompetenz und den Rat von Fachexperten aus Wirtschaft und Wissenschaft

wirtschaftskommission und Ing. Arthur Winiger, VR-Delegierter der Elektro-Watt AG; Wissenschaft: Prof. Paul Scherrer, Direktor des physikalischen Instituts der ETHZ und Präsident der Studienkommission für Atomenergie. Natürlich ebenfalls dabei: Rudolf Sontheim, Direktor Reaktor AG.

⁹⁵ AfZ, Vorort-Archiv X/164.3; Anfrage des Delegierten für Atomfragen an die Herren Winiger, Elektro-Watt und Sontheim, Reaktor AG, vom 6.3.1956 betr. Einsitznahme im Spezialkomitee 'Nuklearenergie' der OECE. Weitere Anfragen: vgl. BAr E 2200 Paris (OECE) 1972/159, Bd. 33.

angewiesen. Der Einfluss dieser Experten muss als beträchtlich angesehen werden, wobei es auf der Hand liegt, dass via Expertenstatus auch Partikularinteressen wahrgenommen wurden.

Die Identifizierung von Akteuren, d.h. die Erfassung der personellen Zusammensetzung von Kommissionen des Bundes - wie auch von bundesrätlichen Delegationen und von OECE-Arbeitsgruppen - erlaubt ebenso Rückschlüsse auf Macht und Einfluss von privatwirtschaftlichen Organisationen wie auf die Überschneidung von landespolitischen und privatwirtschaftlichen Interessen. So ist denn heute die Vermischung von zivilen mit militärischen Optionen in der schweizerischen Nuklearpolitik der 50er Jahre gut dokumentiert - frei nach dem Motto: Handeln nach industriepolitischen Grundsätzen, bei gleichzeitiger Offenhaltung der militärpolitischen Wahlfreiheit.⁹⁶

Mit Rudolf Bindschedler, Chef EPD-Rechtsdienst, mit dem Delegierten für Atomfragen, Zipfel, und seinem Stellvertreter Burckhardt sowie Rudolf Sontheim, Direktor Reaktor AG, finden sich allesamt wohlbekannte Namen als Mitglieder der im März 1957 ins Leben gerufenen 'Studienkommission für die allfällige Beschaffung eigener Atomwaffen'. Bei der Kommission handelte es sich um ein von Generalstabschef Louis de Montmollin kreierte Organ, das den Bundesrat über die Möglichkeiten der Beschaffung von Atomwaffen zu orientieren hatte.⁹⁷ Am 15. November 1963 legte der Generalstabschef der Landesverteidigungskommission (LVK) schliesslich einen 58 Seiten starken Bericht mit dem Titel "Möglichkeiten einer eigenen Atomwaffen-Produktion" vor. Verfasst hatte den 'MAP-Bericht' eine Studiengruppe, bestehend aus den drei Physikern Walter Winkler (Generalstabsoffizier), Paul Schmied und Urs Hochstrasser.⁹⁸ Der Letztgenannte, ein Scherrer-Schüler und späterer Direktor des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft, hatte schon vor der Publikation des Berichts die Nachfolge des Diplomaten Zipfel als Delegierter des Bundesrats für Atomfragen angetreten - ein weiterer Beleg für die Unschärfen im Abgrenzungsbereich zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Kernenergie.⁹⁹

Die stichprobenartige Erhebung im Umkreis der Nuklearkooperation bestätigt den von Gees erhobenen Befund, wonach die Privatverbände - hier: der Vorort - in den multilateralen OECE-Delegationen weit weniger offizielle Vertreter platzieren konnten als noch zu Zeiten des Bilateralismus. Das heisst aber keines-

⁹⁶ Metzler 1997, Option einer Nuklearbewaffnung, in: Zeitschrift des Bundesarchivs, Studien und Quellen, Bd. 23: Rüstung und Kriegswirtschaft, Bern 1997, S. 153; Stüssi-Lauterburg, Jürg: Historischer Abriss zur Frage einer Schweizer Nuklearbewaffnung. EMD-Studie, Bern 1995, S. 6 (vgl.: www.tages-anzeiger.ch/taspezial/atom.htm); Hug 1987, Atomtechnologie.

⁹⁷ Stüssi-Lauterburg 1995, Schweizer Nuklearbewaffnung, S. 3.

⁹⁸ Als Generalstabsoffizier war der Physiker Winkler für die Arbeit am MAP-Bericht gleich doppelt legitimiert. Vgl. auch seine spätere Publikation: Winkler, Walter; Hintermann, Karl: Kernenergie: Grundlagen, Technologie, Risiken; München/Zürich 1983.

⁹⁹ Dass es sich dabei nicht nur um Sandkastenspiele handelte, belegt die Anschaffung von Uran. In einem Dreiecksgeschäft mit Belgien hatte Grossbritannien der Schweiz 1953/54 tatsächlich zu 10 Tonnen metallischem Uran kongolesischen Ursprungs verholten - explizit für das Schweizer Atomwaffenprogramm. Das in Grossbritannien raffinierte Material, das den Grundstock einer erfolgreichen Schweizer Plutoniumherstellung bilden sollte, ging daraufhin hälftig an die Reaktor AG, während die restlichen 5 Tonnen als Reserve für mögliche militärische Projekte in einem Stollen der Pulverfabrik Wimmis eingelagert wurden. Hug, Peter: La genèse de la technologie nucléaire en Suisse, in: Relations internationales, 68/1991, S. 325-344, hier: 337ff; Metzler 1997, Option einer Nuklearbewaffnung, S. 137f; Stüssi-Lauterburg 1995, Schweizer Nuklearbewaffnung, S. 6.

wegs, dass die Privatverbände keinen Einfluss mehr auf den Gang der Verhandlungen ausüben konnten. Es zeigt bloss, dass die Präsenz an der eigentlichen Verhandlungsfront signifikant zurückgegangen war. Durch eine intensive Expertentätigkeit in subalternen Gremien vermochten die Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft ihre Interessen und ihren Einfluss auf internationalem Parkett aber weiterhin einzubringen, wobei die Expertenfunktion offenbar zu einem gewissen Grad eine Art Ersatzrolle für die vormalige privatverbandliche Partizipation darstellte.¹⁰⁰

Fest steht aber, dass bei multilateralen Verhandlungen auf Delegationsebene - mit wenigen Ausnahmen - die Vertreter privater Interessenorganisationen kaum mehr zugelassen waren. Auf den daraus resultierenden fundamentalen Unterschied zwischen bi- und multilateraler Verhandlungstechnik wies auch der langjährige Direktor und Delegierte des Vororts des SHIV, Heinrich Homberger, hin. Warum er als vehementer Verfechter des Bilateralismus - der freilich in den 50er Jahren stark an Bedeutung einbüsste - diese Methode dem Multilateralismus vorzog, geht aus einer Stellungnahme aus dem Jahre 1959 hervor:

"Auch die Methode, nach der bei der Errichtung einer Freihandelszone verfahren wird, muss unser Misstrauen erregen: es ist die multilaterale Verhandlungsmethode. Diese hat zwei kapitale Nachteile: sie ist unendlich viel schlechter geeignet als die bilaterale Verhandlungsmethode, um Besonderheiten Rechnung zu tragen, weil die Vielzahl von Verhandlungspartnern dazu zwingt, möglichst gleichförmige Formeln zu finden, d.h. alles über einen Leisten zu schlagen. (...) so erkennt man mit Beklemmung, dass wir im Begriffe stehen, etwas zu verlieren, an das man sich gerne gewöhnt hatte und dessen Fehlen Enttäuschung hervorrufen wird. Dieser im System liegende Nachteil erfährt noch eine Verschärfung dadurch, dass die multilaterale Verhandlungstechnik eine Sache von Beamten ist, und dass unser gemischtes Milizsystem darin keinen Platz findet. Im besten Fall können Experten aus der Privatwirtschaft direkt zum Einsatz gelangen, und auch hier ist es fast nur die Schweiz, die von dieser Möglichkeit Gebrauch macht. An der eigentlichen Verhandlungsfront können praktisch nur Beamte operieren. (...) Sie [die Delegationsmitglieder des Bundes] suchen das [das Fehlen der Verbandsvertreter] durch die um so intensivere Vorbereitung [Konsultationen in der Präparativphase] auszugleichen, und finden dafür glücklicherweise in Bern offenes Verständnis."¹⁰¹

Als Direktor und Delegierter des Spitzenverbandes der Schweizer Wirtschaft, des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, hatte Homberger - Übername: der 'achte Bundesrat' - den Bilateralismus geprägt und genutzt wie kein zweiter. Der von ihm als 'kollektivistische Methode' angeprangerte Multilateralismus war indes Ende der fünfziger Jahre in der Gestaltung der schweizerischen Aussenbeziehungen bereits bestimmend geworden. Der Bundesrat handhabte den Multilateralismus jedoch diskret, weshalb der Öffentlichkeit weitgehend verborgen blieb, dass die Schweiz bereits seit 1948 wieder deutlich häufiger auf multilateraler als auf bilateraler Ebene Verhandlungen führte. Schon 1953

¹⁰⁰ Gees 1998, Aussenpolitische Delegationen, NFP 42 WP No. 1, S. 31 und S. 37.

¹⁰¹ Stellungnahme Hombergers zur Bildung einer europäischen Freihandelszone vor der Schweizerischen Handelskammer. AfZ, Vorort-Archiv XVIII/272.1.2. Protokoll der 213. Sitzung der Schweizerischen Handelskammer vom 18.9.1959.

sassen mehr als doppelt so viele bundesrätliche Verhandlungsdelegationen an multilateralen Konferenztischen als an bilateralen - zwischen 1958 und 1960 gar schon viermal so viele.¹⁰² Das Bekenntnis Hombergers zum Bilateralismus war 1959 folglich nicht mehr zeitgemäss - von der Realität überholt. Als Mythos blieb der Bilateralismus freilich bis heute in den Köpfen vieler Menschen präsent. Der zunehmenden Multilateralisierung beinahe sämtlicher Politikbereiche begegneten die Interessenorganisationen, indem sie ihre Vorstellungen fortan stärker in der Präparativphase einbrachten.

Für den Vorort überwog bei aller Skepsis das Interesse, sich innerhalb der OECE an den Entscheidungen über europäische Angelegenheiten zu beteiligen, den Informationsfluss zu garantieren und die Berücksichtigung der eigenen Klientel im Falle von Auftragserteilungen im Bereich der Produktion von Atomtechnologie sicherzustellen. Zudem bot die OECE - im Gegensatz zur Sechsergemeinschaft - einen relativ grossen Handlungsspielraum, da nur jene Beschlüsse bindend waren, denen das einzelne Mitgliedsland zugestimmt hatte. Diese freilich oft überbewertete 'Schweizer Klausel' liess jedem Mitgliedsland die Möglichkeit einer individuellen Teilnahme an gemeinsam beschlossenen Massnahmen offen.¹⁰³

Gegen Ende des Jahrzehnts hatte die Schweizer Industrie - unter anderem eine Folge des billigen Erdöls - das Interesse an Reaktor-Eigenentwicklungen bereits verloren, nicht zuletzt infolge technischer Schwierigkeiten, aus Kostengründen - es wuchsen die Zweifel an der Wirtschaftlichkeit eines Eigenbaus - und infolge der gezielt vorgenommenen amerikanischen Proliferation mit Forschungsreaktoren.¹⁰⁴ Bereits 1956 hatte die scharfe Rivalität zwischen Brown Boveri und Sulzer in der am 1.3.1955 auf Initiative von BBC Verwaltungsratspräsident Walter Boveri gegründeten Reaktor AG negative Folgen gezeitigt - noch verschärft durch die gemäss dem 'Atoms for Peace'-Konzept eingeleiteten amerikanischen Proliferations-'Störmanöver'. Die mit Blick auf die Planung eines Versuchsleistungsreaktors scheinbar realisierte Harmonie in der bestehenden Firmenkooperation begann auseinanderzubrechen, und es bildeten sich in der Folge drei grundverschiedene Konsortien, die alle ein eigenes Projekt verfolgten.¹⁰⁵ Infolge der ausbleibenden Inlandnachfrage wurden all die Versuche aber bis Mitte der 60er Jahre eingestellt. Mit der Aufgabe der Reaktor-Projekte endete die Jagd nach Eigenentwicklungen im Reaktorbau, und der Weg war frei für den Import von amerikanischen Leichtwasserreaktoren.

Mit dem Verkauf des Miniatur-Leichtwasserreaktors 'Saphir' im Nachgang an die erste internationale Atomkonferenz vom 8.-20. August 1955 in Genf gelang es den USA, die schweizerische Industrie zu zwingen, ihre Forschung auf einen Reaktortyp auszurichten, der zum einen militärisch nicht interessant, zum andern von angereichertem Uran aus den USA abhängig war und damit unter politischer

¹⁰² Vgl. Gees, Thomas: Interessenclearing, in: Hug/Kloter 1999, Bilateralismus, S. 144 (Abb. 1, Bilaterale und multilaterale Verhandlungsdelegationen des Bundesrats 1937-1976). Nach einem letzten Höhepunkte (1952) nahm die Bedeutung des Bilateralismus stark ab.

¹⁰³ 'Opting out'-Klausel, vgl. Art. 14 der OECE-Konvention.

¹⁰⁴ Vgl. Kap. 4.1 sowie Hug 1987, Atomtechnologie, S. 133.

¹⁰⁵ Die als gemischtwirtschaftliche Gesellschaft konzipierte Reaktor AG diente sowohl militärischen als auch zivilen Zwecken. Vgl. Hug 1987, Atomtechnologie, S. 139f. Die drei Atomkonsortien nannten sich 'Therm-Atom', 'Suisatom' und 'Enusa'. Seit dem Ausscheiden von Sulzer als letzter Firma im Jahre 1967 hat sich in der Schweiz nie mehr eine Unternehmung mit der Eigenentwicklung eines Atomreaktors befasst.

Kontrolle stand. Auf diese Weise kontrollierte die Proliferationspolitik der Amerikaner die Typenwahl eines schweizerischen Reaktors frühzeitig und unterlief die auf Eigenständigkeit ausgerichtete Schwerwasser-Linie.

Während sich die Privatindustrie vermehrt dem wirtschaftlich interessanteren Leichtwasserreaktor zuwandte, verfolgte der Bund weiterhin Technologien, die eine möglichst grosse Eigenständigkeit garantieren sollten. Gleichzeitig mit dem Beitritt zur Europäischen Kernenergie-Agentur der OECE (AEEN) unterzeichnete Bern - unter Ratifikationsvorbehalt - am 20.12.1957 das Übereinkommen zur Gründung der Gesellschaft für die Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe (Eurochemic).¹⁰⁶ In den folgenden Jahren beteiligte sich die Schweiz an praktisch allen der im Rahmen der AEEN entwickelten Programme und Gemeinschaftsunternehmen: ab 1958 am Betrieb des schwerwassermoderierten Siedewasserreaktors 'Jeep' im norwegischen Halden, wo eine Anzahl Schweizer Spezialisten ihre Ausbildung vervollständigte, und ab 1959 am Experiment des gasgekühlten Hochtemperaturreaktors 'Dragon' im britischen Kernforschungszentrum Winfrith Heath. Das 'Dragon'-Projekt beruhte im übrigen auf einer engen Partnerschaft mit Euratom, und obwohl der schweizerische Kostenanteil nur bescheidene 3.3% ausmachte, erhielt die Schweizer Industrie einige gewichtige Aufträge zur Lieferung von Schlüsselkomponenten.¹⁰⁷

Parallel zur Mitarbeit in den Gremien der OECE bemühte sich die Schweiz weiterhin um bilaterale Unterstützung im Nuklearsektor. Bereits am 10. Juni 1955 erfolgte die Unterzeichnung eines Abkommens mit den USA. Darin erklärten sich die Amerikaner zur leihweisen Abgabe von angereichertem Uran bereit, und gleichzeitig überliess Washington den Schweizern den an der Genfer Atomkonferenz ausgestellten 'Swimming-Pool'-Leichtwasser-Reaktor 'Saphir' zum höchst bescheidenen Preis von 180'000 Dollar - allein der Materialwert war etwa doppelt so hoch einzuschätzen.¹⁰⁸

Die Beteiligung an den drei OECE-Projekten lässt die auf Autarkie ausgerichtete schweizerische Reaktorentwicklung erkennen, und die Interpretation des Quellenmaterials führt zum Schluss, dass bei den Drittstaaten, die sich im Rahmen der OECE-Nuklearkooperation stark engagierten, nebst den energiewirtschaftlichen Motiven auch der militärische Aspekt der Atomtechnologie eine entscheidende Rolle spielte - zutreffend für die Schweiz, aber auch für die beiden skandinavischen Länder Schweden und Norwegen. Die Montanunion-Staaten ihrerseits waren bemüht, sich für den Fall eines Scheiterns des Euratom-Projektes nuklearpolitische Alternativen offenzuhalten. Das wache Interesse der Deutschen

¹⁰⁶ 1.2.1958: Inkrafttreten der AEEN-Statuten. 'Eurochemic'-Signatarstaaten: Schweiz, Österreich, Dänemark, Norwegen, Schweden, Portugal, Türkei und die Brüsseler-Staaten (ohne Luxemburg). Ex-Ciba-Mann Rudolf Rometsch wurde erster wirtschaftlicher Direktor der Anlage.

¹⁰⁷ EUI, DEP/OECD: Bestände NUC, HAL, DRA und CHEM; AfZ, Vorort-Archiv X/164.7 und X/164.12 sowie BAR E 2200 Paris (OECE) 1975/90, Bd. 59; BAR E 2003 (A) 1971/44, EPD, Bd. 31 (Eurochemic); BAR E 2200 Paris (OECE) 1975/90, Bd. 60; BAR E 2003 (A) 1971/44, Bd. 32 (Zwei-Weg-Schwerwasserreaktor Halden/Norwegen); BAR E 2200 Paris (OECE) 1975/90, Bd. 60; BAR E 2003 (A) 1971/44, Bd. 33 (Gasgekühlter Hochtemperaturreaktor 'Dragon', Winfrith/GB); BAR E 2200 Paris (OECE) 1975/90, Bd. 66 (Bilaterale Abkommen mit den USA, Frankreich und Kanada). Vgl. auch 'Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute' (Hg.): Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz 1939-69, Oberbözingen 1992, S. 83.

¹⁰⁸ Kollert 1994, Proliferation, S. 360. Der 'Saphir' war der erste Versuchsreaktor in Schweizer Besitz. Andere zwischenstaatliche Vereinbarungen folgten: Am 19.7.1957 mit Frankreich und am 6.3.1958 mit Kanada. Später wurden bilaterale Abkommen mit Grossbritannien und mit Schweden geschlossen.

am OECE-Projekt vermag die Mehrspurigkeit des Vorgehens exemplarisch zu belegen: zur Strategie gehörte nicht bloss die Offenhaltung der OECE-Option, sondern auch die Absicherung nationaler Nuklearinteressen durch bilaterale Vertragsabschlüsse mit führenden Atommächten und uranfördernden Staaten.

6. Schlussbetrachtung

Am Schluss einer historischen Untersuchung erhofft man sich knappe und einleuchtende Antworten auf die gestellten Fragen, wünscht man sich die Komplexität der analysierten Sachverhalte auf griffige Formeln und klare Aussagen reduziert. Jedoch: ein klar definierbarer gemeinsamer Nenner lässt sich im vorliegenden Fall nicht ermitteln, und es ist zu akzeptieren, dass selbst die Synthese gewonnener Erkenntnisse über den Untersuchungsgegenstand zu mehrdimensionalen Befunden führt und dass Widersprüche verbleiben - angesichts eines vielschichtigen Gebildes von Zielsetzungen und Prozessen, das sich aus dem Zusammenspiel unterschiedlicher konvergierender und divergierender Absichten und Perspektiven ergibt. In Anbetracht einer Vielzahl einwirkender politischer, ideologischer und ökonomischer Faktoren kann es für komplexe Interaktionsmuster, wie sie die Ausformung der beiden Kernelemente der supranationalen Gemeinschaftsbildung in Europa darstellen, keine monokausalen Erklärungen geben. Statt leicht fassbarer, eingängiger Wendungen präsentiert die erhobene Matrix der in unterschiedlicher Kombination und Intensität prozessfördernd oder prozesshemmend wirkenden Kräfte eine kontroverse und zwiespältige Bilanz.¹

Als "seltsames Paradoxon und irritierende Parallele zugleich" wurde in der Einleitung die Tatsache bezeichnet, dass eine Annäherung an die beiden 'erfolglosen' Gemeinschaften Montanunion und Euratom bemerkenswerte Gemeinsamkeiten in der Geschichte der ersten supranationalen Institutionen zutage fördert. Abgesehen davon, dass beide Gemeinschaften das Verdikt trifft, die ursprünglich gehegten Hoffnungen bei weitem nicht erfüllt zu haben, gibt es noch andere Parallelen: beide Integrations-Etappen betreffen die Energieversorgung, beide Integrationsschritte basieren auf dem funktionalistischen Integrationsansatz, und in beiden Fällen waren teilweise die gleichen Protagonisten und Entscheidungsträger an vorderster Front involviert. All die im Schlusskapitel geäußerten kritischen Anmerkungen und Einwände sollen aber - und dies gehört vorneweg gesagt - nicht von der vielleicht gewichtigsten Gemeinsamkeit von EGKS und EAG ablenken, davon, dass den beiden Institutionen - trotz Misserfolgen im eigentlichen Tätigkeitsbereich - mit Bezug auf die Umsetzung des europäischen Integrationsgedankens eine immense politische Bedeutung zukommt, sowohl in der Initialphase des Einigungsprojektes als auch wenige Jahre später, als es darum ging, das festgefahrene Vorhaben nach dem Rückschlag mit dem Projekt einer Verteidigungsgemeinschaft erneut in Gang zu bringen.

Der abschliessende Versuch, die Transformationen im Energiebereich sowie die komplexe Realität der Euratom-Gründung in den historischen Kontext einzuordnen, soll in geraffter Form nochmals die Ebene des akteurbezogenen Handelns derjenigen des strukturellen Wandels gegenüberstellen.

Für die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl als Kern der supranationalen Gemeinschaftsbildung in Europa erweist sich nach Ansicht der politischen Geschichtsschreibung die deutsche Frage unter den Bedingungen

¹ Die unter 6.2 zu findende Gegenüberstellung der im Integrationsprozess wirksamen konvergierenden und divergierenden Einflussgrößen wurde mit Blick auf die Entstehungsgeschichte der Atomgemeinschaft erfasst. Etliche der aufgeführten Faktoren und Einflüsse lassen sich aber - in verallgemeinerter Form - auch auf die Geschichte der Montanunion anwenden.

des Kalten Krieges als massgeblich, unterstützt von einem gewissen Mass an Selbstbehauptungsstreben und Rückversicherung gegenüber der amerikanischen Führungsmacht.² Beiden Argumenten ist nicht zu widersprechen, sie müssen aber auch vor dem Hintergrund einer wachsenden Bedeutung des ökonomischen Potentials für die internationale Machtstellung der Region gesehen werden. Und dazu gehörte unbestreitbar eine gesicherte Energiebasis für ganz Westeuropa, wie dies der Italiener Enrico Mattei zum Ausdruck brachte, als er den Wettbewerb auf dem Energiemarkt ansprach und meinte, wer Grossmacht-Status beanspruche, dürfe sich eine ineffiziente Energieversorgung nicht leisten.³

Die strategische Bedeutung des Schuman-Plans lag im Entschluss des französischen Aussenministers, mit der supranationalen Organisation Europas auch ohne britische Beteiligung zu beginnen.⁴ Der in allen Ländern der künftigen Gemeinschaft erhoffte Nutzenzuwachs sicherte dem zweiten Anlauf französischer Europapolitik den Erfolg. Mit der Montanunion, bei deren Errichtung der deutsche Bundeskanzler Adenauer entscheidend mitwirkte, weil er darin ein wesentliches Element der Einbindung der jungen Bundesrepublik in eine westeuropäische Sicherheitsgemeinschaft sah, wurde ein erster gemeinsamer Markt für die damaligen Schlüsselindustrien geschaffen.

Die Idee einer Verteidigungsgemeinschaft - umspannt von einem starken supranationalen Rahmen, der Politischen Gemeinschaft - scheiterte an der Unvereinbarkeit von länderspezifischen Zielsetzungen: die Holländer machten die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums zur Bedingung, für den sich Frankreich noch nicht gerüstet glaubte. Damit sah sich die französische Öffentlichkeit plötzlich mit einem Mass an deutschem Wiederaufstieg konfrontiert, das zu akzeptieren ihr schwer fiel. Vor diesem Hintergrund stellten die Römischen Verträge vom 27. März 1957 einen Versuch dar, von dem europäischen Projekt zu retten, was nach dem Debakel der EVG noch zu retten war - und zwar dadurch, dass man sich auf einen Kompromiss konzentrierte, der für alle Beteiligten nur in extremis zu akzeptieren war. Frankreich schluckte die 'Kröte' Wirtschaftsgemeinschaft nur unter der Voraussetzung, dass die Partner die Bildung von Euratom hinnahmen, wofür sich ausser den französischen Technokraten eigentlich niemand erwärmen konnte. Der taktische Kunstgriff eines 'Junktims' gab letztlich den Ausschlag für das Zustandekommen des zweiten grossen Integrationsschrittes, unterstützt von der anhaltenden Überzeugung der Partner, die Deutschen noch stärker einbinden zu müssen sowie begleitet von der Hoffnung auf grössere Autonomie gegenüber der amerikanischen Führungsmacht.

Die EWG, dank deren wachsenden Attraktivität sich die Sechsergemeinschaft schliesslich behaupten und ausweiten konnte - der Gemeinsame Markt erwies sich schon in seinen Anfängen als das gesuchte Instrument sozialverträglicher Produktivitätssteigerung, das ihn für eine wachsende Zahl von Beitritts-

² Vgl. Loth 1991, Weg nach Europa, S. 134f und, in modifizierter Form, ders., in: Loth/Wessels 2001, Theorien europäischer Integration, S. 96f.

³ EUI, CEAB 09/794. 'L'évolution du marché pétrolier'. ENI-Präsident Mattei, Congrès international technique et économique sur les hydrocarbures, 12.-15.9.1960.

⁴ Zu Beginn des Jahres 1949 zeichnete sich ab, dass die lang gehegte Hoffnung auf eine europäische Integration entlang einer britisch-französischen Achse nicht in Erfüllung gehen würde: die Verteidigung des Pfundes in London, das Festhalten an den staatlichen Modernisierungsplänen in Paris und vor allem die höchst unterschiedlichen Erwartungen bezüglich der künftigen Rolle der Kolonialreiche erwiesen sich als unüberwindbare Gegensätze. Vgl. dazu: Bossuat, Gérard: La France, l'aide américaine et la construction européenne 1944-54, Paris 1992, S. 615-47.

kandidaten attraktiv machen sollte -, entspricht damit in erster Linie einer politischen Konstruktion, auch wenn dies öffentlich kaum ausgesprochen wurde. Dass sich der wirtschaftliche Zusammenschluss der Sechs als erfolgreich erwies, belegen Zahlen: der Wettbewerb auf dem gewachsenen europäischen Markt stärkte die internationale Konkurrenzfähigkeit, und der Aussenhandel der Gemeinschaft verdoppelte sich zwischen 1958 und 1968, während der Binnenhandel in der gleichen Zeit sogar um über 230% zunahm. Mit einem Anteil von ca. 30% erreichte die EWG eine Spitzenstellung im Welthandel, und angesichts stetig steigender Bruttoinlandprodukte verbesserten sich die allgemeinen Einkommensverhältnisse merklich.⁵

Die längerfristig im gesamten ökonomischen Bereich auszumachenden Transformationsprozesse dürften die europäische Integration übers Ganze gesehen mehr vorangetrieben als behindert haben; in verkürzter Weise kann gesagt werden, dass die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine 'Europäisierung' nationaler Politik hervorgebracht hat. Konflikträchtige wirtschafts- und sozialpolitische Ziele wie die Sicherung der Beschäftigung, exportorientiertes und inflationsarmes Wirtschaftswachstum sowie die Protektion gefährdeter Wirtschaftsbereiche konnten häufig - unter Ausweitung des nationalstaatlichen Rahmens - nur noch im europäischen Zusammenhang einer konsensfähigen Lösung zugeführt werden.⁶ Daraus folgt, dass die sozio-ökonomische Absicherung in einer tendenziell offenen Volkswirtschaft einer der wesentlichsten Zielsetzungen der Integrationspolitik entspricht - damals wie heute. Der integrierte Wohlfahrtsstaat schuf sich die Voraussetzung, in den Genuss der Vorteile des internationalen Handels zu gelangen, bewahrte sich aber gleichzeitig "a measure of protectionism needed to regulate the domestic economy".⁷ Viele Aspekte der Thematik verbleiben aber noch ungeklärt, so die Frage nach dem ordnungspolitischen 'Königsweg' und der in diesem Zusammenhang geäußerten Befürchtung, dass die europäische Politik selber zur Bedrohung mutieren könnte, indem sie mit modernisierenden Massnahmen als Motor des industriell-sozialen Wandels wirkt und dadurch eine 'Revision der Sozialpolitik' einleitet. Dieser Punkt deckt auch die eigentliche Brisanz des Themas auf: Der Globalisierungsprozess wird für die nationale Wirtschaft - und die Politik - zum Globalisierungsproblem, indem er für Anpassungszwänge sorgt. Die Zunahme der internationalen Wettbewerbsdynamik zeitigt Konsequenzen, sowohl für die ökonomische Entwicklung der einzelnen Staaten wie auch für deren wirtschaftliche Struktur. Ein Verlust nationalstaatlicher Steuerungsautonomie in der Wirtschaftspolitik, ausgelöst durch eine Verschärfung des Standortwettbewerbs, stellt die wohlfahrtsstaatlichen Regulierungsmechanismen zur Disposition und kann dadurch sozialpolitische Spannungen hervorrufen.

Die Einschätzung der unterschiedlichen Antriebskräfte europäischer Integration kann helfen, Erklärungsansätze dafür zu finden, warum bestimmte Integrationsmethoden erfolgreich waren, andere dagegen nicht: Von Beginn weg ergaben sich in den Ländern der europäischen Gemeinschaft stets breite Mehrheiten für ein prinzipielles Bekenntnis zu Europa; gleichzeitig fehlte es aber wiederholt an eindeutiger Unterstützung für konkretisierte Vorschläge zum Ausbau der In-

⁵ Wachstumsziffern: vgl. Woyke, Wichard (Hrsg.): Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 3, Europäische Gemeinschaft, München 1984, S. 309ff.

⁶ Vgl. Milwards Fallstudien, in: ders. 1992, European Rescue.

⁷ Klausen, Jytte: From the Warfare State to the Welfare State, in: Klausen/Tilly (Hg.): European Integration in Social and Historical Perspective. 1850 to the Present, Oxford 1997, S. 168.

stitutionen. Die Diskrepanz zwischen 'gewünschtem' und 'machbarem' Europa vermag die nicht zu unterschätzende Bedeutung markanter Einzelpersonen im europapolitischen Entscheidungsprozess teilweise zu erklären: angesichts von labilen parlamentarischen Stärkeverhältnissen und einer ambivalenten öffentlichen Meinung vermochten entschlossene Führungspersönlichkeiten bis zu einem gewissen Grad die Weichenstellungen dadurch zu beeinflussen, dass sie - unter Ausnutzung ihrer Netzwerke und unter Umgehung der gouvernementalen Apparate - den direkten Kontakt zu ihren jeweiligen Koalitionspartnern suchten und auf diese Weise Mehrheiten auf ihre Projekte verpflichten konnten. Die angesprochene Diskrepanz bietet auch einen Erklärungsansatz dafür, dass sich mit der Montanunion und den Verträgen von Rom ein Integrationsstil durchsetzte, der wenig Wert auf Bürgernähe legte und die zu integrierenden Sektoren der öffentlichen Diskussion weitgehend entzog. Nur wenn man die zu erwartenden Implikationen der Vertragsabschlüsse in einem diffusen Licht belies, war zu verhindern, dass negative Koalitionen die stets umstrittenen Integrationsschritte vereitelten.

Nebenbei wird vor diesem Hintergrund auch deutlich, wieso das 'Demokratiedefizit' unterdessen zum drängendsten Problem der EU geworden ist. Angesichts der Ausweitung der Kompetenzen der Gemeinschaft sowie der Erhöhung der Regelungsdichte, die damit einhergeht, sind Mehrheitsentscheidungen im Halbdunkel des Ministerrats - ebenso wie die geringe demokratische Legitimation der Kommission - für die Bürger Europas nicht mehr akzeptabel. Der technokratische Weg nach Europa, der, von Monnet 1950 initiiert, über lange Jahre erfolgreich war - zuletzt noch einmal beim Zustandekommen des Programms von Maastricht - dürfte damit an seinem Ende angelangt sein. Der in der Öffentlichkeit heftig debattierte Vertrag von Maastricht und die Schwierigkeiten bei dessen Ratifizierung haben dies deutlich gemacht. Die Zukunft der Union könnte in entscheidendem Masse davon abhängen, wieweit es gelingt, Entscheidungen in der Europäischen Union transparent, kontrollierbar und korrigierbar zu machen.

6.1 Die Montanunion - schmaler Grat zwischen 'europäischer Solidarität' und 'nationalem Egoismus'

Mit dem Auslaufen des 'Montanunion'-Vertragswerks am 23. Juli 2002 schliesst sich ein Kreis; zwar kommt der EGKS schon seit längerer Zeit keine grosse praktische Bedeutung mehr zu - in den fünfziger Jahren bildete sie jedoch den Auftakt zur europäischen Einigung.

Der Erfolg der Schuman-Initiative leitet sich aus der Tatsache ab, dass die ökonomischen Prämissen des Plans "allen beteiligten Ländern einen Nutzen" versprachen, wie sich Heinrich Kost, Vorsitzender der Deutschen Kohlebergbauleitung im September 1950 ausdrückte.⁸ Und obwohl jedes der späteren Partnerländer seine spezifischen Kohleprobleme vor dem Hintergrund unterschiedlicher struktureller und politischer Rahmenbedingungen nach nationalen Gesichtspunkten definierte, existierte offenbar in einem kurzen, entscheidenden Zeitabschnitt eine ausreichende Schnittmenge an gemeinsamen Interessen, die eine 'europäische' Lösung des regionalen Kohleproblems für alle Beteiligten lohnend erscheinen liess. Der Kern dieser Aussage hat Gültigkeit für beide supranationa-

⁸ Heinrich Kost, Eröffnungsansprache zur Technischen Tagung des Steinkohlenbergbaus, 'Glückauf' No. 56/1950, S. 929-934.

len Regelwerke der 50er Jahre - sowohl für die kritische Zeit der EGKS-Vertragsverhandlungen im Winter 1950/51 wie auch für das EWG/EAG-Junktim, das im Herbst 1956 auf Messers Schneide stand.

Konstitutiv für die europäische Energiewirtschaft der 50er Jahre ist die Gleichzeitigkeit von Stagnation und Strukturwandel. Während die Kohleindustrie trotz erheblicher Anstrengungen zur Steigerung von Produktion und Produktivität hinter den allgemeinen Wachstumsraten der boomenden Wirtschaft zurückblieb, erreichte der Expansionstrend der internationalen Ölgesellschaften ein nie gekanntes Ausmass - und überdies zeichnete sich mit der Nuklearenergie bereits ein neuer Kontrahent auf dem Energiemarkt ab. Zeigte der Trend in der Kostenentwicklung bei der Kohle durch die stark ins Gewicht fallenden Lohnkosten stetig nach oben, so war dies in der Ölindustrie genau umgekehrt. Mit der Erschliessung des günstig zu fördernden Erdöls im Nahen Osten konnten die Gesteungskosten drastisch gesenkt werden, und entsprechend gerieten in der Folge die Verbraucherpreise unter Druck. Dem langfristigen Preisauftrieb der europäischen Kohleprodukte stand also eine Preissenkungstendenz im Erdölbereich gegenüber - was Wunder, dass sich die Ertragslage des europäischen Kohlebergbaus insgesamt weiter verschlechterte.

Verstärkt wurde das Auseinanderdriften der wirtschaftlichen Grunddaten durch die politische Regulierung der Industrien. Für die Kohleindustrie blieben besonders die zunehmende Konzentration und die hohe Widerstandsfähigkeit der Absatzkartelle prägende Elemente der Marktorganisation. Demgegenüber machten sich im internationalen Ölsystem allmählich Auflösungserscheinungen bemerkbar. Die Auflösung der vertikalen und der horizontalen Integration der Ölindustrie vermochte die Dominanz der Multis zu brechen, und die gleichgerichteten Bestrebungen von ungebundenen Ölunternehmen und Förderländern trugen zur Verwirklichung von unabhängigen Versorgungsstrukturen bei. Während das diskriminierende Preissystem im Ölsektor infolge zunehmenden Wettbewerbsdrucks kollabierte, hinderten die Preissysteme der Kohle - mit ihren zahlreichen Varianten von offener oder subtiler Diskriminierung - die Luxemburger Behörde an der Ausgestaltung einer effizienten Kohlepolitik. In der Folge drängte das Erdöl unaufhaltsam in Verwendungsbereiche, die vormals von der Kohle versorgt wurden, und auch die sehr produktiv geförderte amerikanische Kohle schlüpfte immer mehr in die Rolle eines Wettbewerbers auf dem europäischen Markt.

Der Prozess der globalen Marktausweitung erfasste die europäische Energiewirtschaft in den 50er Jahren mit voller Wucht. Erdöl, Importkohle und Erdgas drohten die einheimische Kohle zu verdrängen und zwangen den Bergbau zu schmerzlichen Strukturanpassungen. Die Gemeinschaft für Kohle und Stahl war dazu bestimmt, die Folgen dieser Entwicklung aufzufangen; im Rahmen eines supranational regulierten Binnenmarktes sollte die Modernisierung des Montansektors forciert und gleichzeitig sozialpolitisch abgefedert werden.

Wettbewerbsfähigkeit, Stabilisierung des Marktes und soziale Sicherung des Bergbaus standen in der Zielhierarchie der Montanunion an oberster Stelle. Ausgehend von dieser Prämisse und angesichts einer in rascher Abfolge schwankenden Kohlekonjunktur scheint es zweifelhaft, ob die wiederholt bemühten Schlagworte 'Kohlemangel' oder, je nach Situation, 'drohende Überproduktion' - dies ein Leitmotiv aus dem Argumentarium der Kartellbefürworter - die Grundprobleme des europäischen Energiemarktes der 50er Jahre angemessen zu umschreiben vermögen. In einem regionalen Wirtschaftsraum, dessen Energieverbrauch nach

dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich anstieg, verwiesen die Kohlehalden zu allererst auf die Wettbewerbsschwäche der europäischen Energiewirtschaft, die sich gegen leistungsstärkere Konkurrenz nicht zu behaupten vermochte. Erst vor diesem Hintergrund lässt sich die Politik der Hohen Behörde nachvollziehen, die in Zeiten der 'Überproduktion' auf verstärkte Investitionen setzte. Diese zielten auf einen Produktivitätszuwachs, d.h. auf die generelle Modernisierung des Bergbaus, der in einem zunehmend härteren Wettbewerb um traditionelle Märkte zu kämpfen hatte.

Die Errichtung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist als politische Antwort auf den nach dem Krieg einsetzenden Strukturwandel im Energiesektor zu werten. Nicht die Energieknappheit, wie lange Zeit angenommen, sondern der sich verschärfende Wettbewerb auf dem Energiesektor war das beherrschende Thema der Debatten um eine europäische Kohlepolitik in der neuerrichteten Union. Von daher greift Milwards These von einem einseitig dominierenden französischen Interesse an der Sicherung deutscher Energieressourcen für den Wiederaufbau zu kurz. Vielmehr entpuppte sich - wie den Vertragsbestimmungen zu entnehmen ist - das allgemeine Interesse an einer effizienten Energieversorgung bereits als erstrangiges Thema der Schumanplan-Verhandlungen. Das Binnenmarkt-Konzept steht denn auch im Zentrum des Vertrages - ein Faktum, das die Wahrnehmung eines härter werdenden Wettbewerbs auf dem Energiemarkt in der Gründungsphase der Montanunion zu belegen vermag. Im Gegensatz zu Perron, die der Meinung ist, der Ölwettbewerb sei von der EGKS weder antizipiert noch beantwortet worden, kann die Wettbewerbspolitik der Montanunion als Reaktion auf die massive Ölexpansion gewertet werden.⁹

Gemäss Vertragsmandat bestand das anfängliche Ziel der Montanunion darin, den Herausforderungen des Strukturwandels mit einer Förderung der Konkurrenzmechanismen zu begegnen, um damit die Wettbewerbsposition des Binnenmarktes zu stärken. Eine konsequente Umsetzung dieser Zielvorstellungen hätte aber das Aufbrechen der überholten Strukturen des Kohlemarktes bedingt. Da ein Vertragsabschluss jedoch nur unter Einschluss von institutionellen 'Sicherungen' zu haben war, sollte es in der Folge einer Allianz von Marktgegnern gelingen, die notwendigen Liberalisierungen zu hintertreiben. Als Mittel dazu dienten jene protektionistischen Optionen, die fatalerweise neben Monnets Wettbewerbsstrategie - die der 'spiritus rector' der Gemeinschaft im 'marché unique' zusammen mit Elementen der Planification umsetzen wollte - Eingang in die vertraglichen Bestimmungen gefunden hatten und die sich für die politische Praxis der Montanunion von Anfang an als folgenschwere Hypothek erwiesen. Trotz Widersprüchen in der Konstruktion der Union steht die von der Hohen Behörde angestrebte Wettbewerbsorientierung des Kohlebergbaus aber Gillinghams allzu apodiktischer These von der "Fortsetzung westeuropäischer Kartelltraditionen im Gewand der Integration" entgegen, entlarvt diese als zu pointiert.

Als Folge der vertraglichen Mängel erwies sich die Formulierung einer gemeinsamen Kohlepolitik der Sechs in den ersten Jahren des Bestehens der Montanunion als ausgesprochen schwieriges Geschäft - bereits die ersten Schritte zur Öffnung des gemeinsamen Kohlemarktes vermochten die nationalen und verbandspolitischen Gegenkräfte zu mobilisieren. Der europäische Markt war derart von Unvollkommenheiten und Diskriminierungen geprägt, dass es unmöglich

⁹ Perron 1996, *Le marché du charbon*.

war, diese rasch und gründlich abzubauen - als Beispiel sei die Kartellfrage angeführt, die von der Hohen Behörde aus Respekt vor dem Scheitern entschieden zu lange vor sich hergeschoben wurde.

Auch drei Jahre nach Öffnung des Gemeinsamen Marktes für Kohle war noch keine klare Linie erkennbar, obwohl die Industrie nach einer verlässlichen Orientierung drängte. Nicht so sehr ein Mangel an politischen Konzeptionen war für diesen desolaten Zustand verantwortlich als vielmehr unauflösbare Interessenkonflikte, die einer Übereinkunft im Wege standen - es konnte keine Einigung darüber erzielt werden, wieviel Wettbewerb, wieviel Planung und wieviel Protektionismus den Gemeinsamen Markt auszeichnen sollte. Darüber hinaus lieferten unterschiedliche Prognosen über den zukünftigen Energiebedarf ein unklares Bild; zum einen wurde eine massive Expansion der Kohleindustrie angekündigt, während andere Studien - angesichts der Konkurrenz billigerer Energien - die wirtschaftliche Talfahrt der Zechen vorhersagten. Diese Ungewissheit bedeutete ein weiteres Erschwernis bei der Ausformulierung von 'Allgemeinen Richtlinien' für die gemeinschaftliche Kohlepolitik. Obschon unternehmerseitig vehement gefordert, vermied die Hohe Behörde in der Debatte um die grundsätzliche Ausrichtung der Gemeinschaft bewusst eine Festlegung auf angestrebte Produktionszahlen. Die 'Wirtschaftliche Konkurrenzkapazität', die sie dagegen als Leitziel präsentierte, stiess bei den Produzenten auf schroffe Ablehnung. Diese bevorzugten gesicherte Absatzmengen, die sie mit handelspolitischen Mitteln gegen die Marktkonkurrenz verteidigen konnten.

Je mehr die Hohe Behörde vom Wettbewerb sprach, desto stärker wurde der protektionistische Gegendruck. In den Gremien der Gemeinschaft wurden unverhohlenen Strategien zur Verteidigung der Kohleproduktion verhandelt, am deutlichsten in der Kommission des Beratenden Ausschusses.¹⁰ Aber auch im Ministerrat gab es Forderungen nach sozialpolitischer Entlastung des Bergbaus, nach Sicherheitsprämien für die einheimische Versorgung und nach Subventionierung des Kohlebergbaus. Eine gemeinsame Politik war vor diesem Hintergrund kaum zu entwerfen - geschweige denn zu realisieren.

In dieser festgefahrenen Situation und ohne einen tragbaren Konsens bezüglich der allgemeinen Richtlinien einer gemeinschaftlichen Kohlepolitik gefunden zu haben, trat die Hohe Behörde mit dem 'Uri-Memorandum' die Flucht nach vorne an. Mit Hilfe einer angebotsseitigen Radikalkur sollte die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Kohle im globalen Umfeld gesteigert werden. Dreh- und Angelpunkt der Konzeption war die Preispolitik. Das Niveau der Kohlepreise sollte angesichts der Konkurrenz von Importkohle und Erdölprodukten reduziert und im Konjunkturverlauf flexibler gestaltet werden. Ohne die Versorgungsrisiken auszublenden, räumte das Memorandum den Öl- und Kohleimporten eine wichtige Regulationsfunktion auf dem Energiemarkt ein. Erstmals wurde ein 'Energie-mix' befürwortet, um eine höhere Wirtschaftlichkeit des Sektors zu erreichen. Von einer Politik der reinen 'Selbstversorgung', wie dies Perron behauptet, konnte überhaupt nicht die Rede sein. Eine an der 'optimalen Kapazität' orientierte Strukturpolitik zielte vielmehr darauf ab, unrentable Zechen stillzulegen, während der Druck auf die Löhne eine rigorosere Kostenkontrolle einleiten sollte.

¹⁰ Auch der Beratende Ausschuss als Gremium der Wettbewerbs-Verhinderer präsentierte sich keineswegs als homogene Front: Die Verbraucher pochten auf eine billige Energieversorgung, die Produzenten drängten auf eine Stabilisierung der Produktion, und die Gewerkschafter forderten die Sicherung der Arbeitsplätze.

In der Diskussion, die das Memorandum auslöste, wurden die Unzulänglichkeiten dieser kohlepolitischen Konzeption in den schärfsten Tönen geißelt. Die mangelnde Reichweite der Energiepolitik der Hohen Behörde, die wegen ihrer eingeschränkten Kompetenzen die konkurrierenden Energieträger sowie die Handelspolitik nicht in ihre Konzeption einbeziehen konnte, liess das Projekt als Stückwerk erscheinen. Die Luxemburger Behörde, die die Notwendigkeit einer umfassenden europäischen Energiepolitik längst erkannt hatte, war sich der systemimmanenten Mängel der eigenen Arbeit durchaus bewusst. Es war daher nur folgerichtig, dass in der ersten supranationalen Institution Vorschläge zur Erweiterung der Unionskompetenzen an Auftrieb gewannen, als die Krise der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft den 'Relance'-Prozess in Gang setzte.

Mit einer zögerlichen Politik der Selbstbeschränkung torpedierte die Hohe Behörde den potentiellen Ausbau ihrer Vollmachten aber gleich selber. Monnet als Fürsprecher eines Atomprojekts und Vizepräsident Etzel als Befürworter eines schrittweisen Ausbaus der Union im Bereich der konventionellen Energie nahmen zudem entgegengesetzte Positionen ein. Kein Wunder, dass daraufhin in der Gemeinsamen Versammlung, die im Zeitraum der 'Relance' eine aktive und eigenständige Politik verfolgte, gravierende Versäumnisse in der Politik der Montanunion beklagt wurden.

Im Vorfeld der Konferenz von Messina war noch völlig offen, welche der diskutierten Optionen zur Erweiterung des Integrationsprozesses den Zuschlag erhalten würde. Der Ausbau der Montanunion war damit noch nicht von der Agenda der Aussenminister gestrichen. Spätestens mit der sizilianischen Tagung wurde aber klar, dass sich nationale Interessen - allen voran in der Bundesrepublik - nachhaltig gegen weitere Schritte auf dem teilintegrativen Weg sperrten. Im Verlauf der Arbeiten des Spaak-Komitees, in der zweiten Jahreshälfte 1955, scheiterten schliesslich die letzten Versuche seitens der Hohen Behörde, einen prägenden Einfluss auf den Fortgang der 'Relance' zu nehmen. Sowohl in institutioneller als auch in energiepolitischer Hinsicht wurde die Lösung der EGKS-Probleme auf die Zeit nach der Unterzeichnung der Römer Verträge vertagt. Euratom und der Gemeinsame Markt standen denn auch alleine im Mittelpunkt der auf die Publikation des Spaak-Berichts folgenden Regierungsverhandlungen.

Die Montanunion war folglich gezwungen, den Entwicklungen auf dem Energiemarkt weiterhin mit ihrem unzureichenden Mitteln zu begegnen. Wie defizitär das politische Instrumentarium der Organisation war, wurde bereits in den Jahren 1956/57 deutlich, als der Ölpreisverfall nach der Suez-Krise sowie die fortwährenden Preissteigerungs-Tendenzen in der europäischen Kohlewirtschaft die Wende am Energiemarkt rasant beschleunigten. Rasch wurde erkennbar, dass die Höchstpreispolitik der Hohen Behörde der Preisauftriebsdynamik nicht standhalten konnte. Immer mehr erwies sich die Festsetzung von Höchstpreisen als stumpfe Waffe im Kampf um tiefere Kohlepreise. Aber auch die von den Luxemburgern in der Folge angepeilte Flexibilisierung der Verkaufspreise ergab kurzfristig nicht die erhoffte Wirkung - vielmehr gefährdete sie aus nationaler Sicht die Stabilität des allgemeinen Preisniveaus.

Bonn bediente sich in dieser Situation eines Konzepts, das durch Absprachen mit der Industrie die Preisentwicklung eindämmte, dem Bergbau durch staatliche Kompensationen den Kostendruck nahm und gleichzeitig durch die Förderung alternativer Energieträger die Substitutionskonkurrenz anregte. Besonders die nicht nur in der Bundesrepublik gängige Praxis staatlicher Beihilfen für den Bergbau wurde in der Montanunion kontrovers diskutiert. Ging das Uri-

Memorandum von 1954 noch davon aus, dass die Preisentwicklung den Unternehmen im Konjunkturverlauf genügend Spielraum zur Entwicklung lassen würde, sah sich die Hohe Behörde nun gezwungen, ihre Kohlepolitik zu revidieren und gewissen Formen von 'sozialpolitischer Entlastung' des Bergbaus - im Klartext: Subventionen - zuzustimmen. Trotz all dieser Massnahmen trat die erhoffte Pause in der Bewegung der Lohn-Preis-Spirale nicht ein. Neue Preiserhöhungen des Ruhrbergbaus führten im Herbst 1957 zu weiteren Spannungen zwischen dem Unternehmensverband Ruhrbergbau und dem Bonner Wirtschaftsministerium. Erst die gegen Ende des Jahres einsetzende Abflachung der Kohlekonjunktur setzte der Kaskade von Preiserhöhungen vorerst ein Ende.

Anders verlief die Entwicklung auf dem Ölsektor. Auch hier löste die Suez-Krise ein unmittelbares Anziehen der Preise sowie kurzzeitige Ängste hinsichtlich der Versorgungssicherheit aus. Als mittel- und langfristige Folge der Krise resultierte aber eine nachhaltige Verbilligung der Importenergien - sowohl der US-Kohle als auch des Erdöls. Ab Mitte des Jahres 1957 kamen Öl und Kohle reichlicher und billiger denn je nach Europa. Die Diversifizierungspolitik der unabhängigen Ölgesellschaften, ergänzt durch die Ölfunde in Nordafrika und die Entspannung bei den Frachttarifen, waren mitverantwortlich dafür, dass sich die Verhältnisse auf dem europäischen Energiemarkt nach einem kurzfristigen Versorgungsengpass schneller als gedacht ins Gegenteil verkehrten. Anders als ihre europäischen Partner liess die deutsche Regierung der Ölindustrie bei der Bewältigung der Versorgungsprobleme im Nachgang an 'Suez' weitgehend freie Hand. Selbst auf die Preispolitik nahm das Wirtschaftsministerium keinen Einfluss. Der Umgang Bonns mit der Ölindustrie unterschied sich damit deutlich vom Verhalten gegenüber der Kohleindustrie, was die Vermutung nahelegt, dass die Bundesregierung ihre energiepolitischen Prioritäten bereits zu diesem Zeitpunkt neu definiert hatte.

Nach der Wende auf dem Energiemarkt steuerte die Montangemeinschaft geradewegs in ihre schwerste Krise, die sowohl die strukturellen Mängel des europäischen Kohlebergbaus als auch die Defizite der europäischen Integration schonungslos aufdeckte. Bei den auftretenden Kohlehalden handelte es sich keineswegs - wie von der Hohen Behörde kommuniziert - um ein vorübergehendes konjunkturelles Phänomen, sondern um ein schmerzliches Mahnmal der Rationalisierungs- und Modernisierungsversäumnisse vergangener Jahre. Im Vergleich mit der US-Kohle und den Erdölerzeugnissen war die europäische Kohle schlicht und einfach nicht mehr wettbewerbsfähig. Aus diesem Grund mussten die Anstrengungen der Montanunion zur Überwindung der Kohlekrise wirkungslos bleiben. Im Verlauf der Ereignisse änderte sich in der Hohen Behörde die Wahrnehmung der Kohlesituation denn auch grundlegend: War man in den langfristigen Prognosen und bei der konkreten Haldenfinanzierung davon ausgegangen, dass der Bergbau nach einer vorübergehenden Schwächephase des Marktes wieder am Aufschwung werde teilhaben können, wich die Wachstumserwartung im Verlauf des Jahres 1959 einer pessimistischen Einschätzung. Die Aufgabe, die Spierenburg der Hohen Behörde noch zuweisen konnte, bestand darin, den 'geordneten Rückzug' der Kohleindustrie zu bewerkstelligen.¹¹

Je mehr sich die Kohlemisere zuspitzte, um so deutlicher rückte die institutionelle Krise der europäischen Integration in den Vordergrund der Auseinander-

¹¹ Spierenburg/Poidevin 1993, Histoire de la Haute Autorité, S. 557ff.

setzungen. Das Neuner-Gremium pochte auf seine 'Rechte' aus dem Montanunionsvertrag, während die Mehrzahl der Regierungen sowie die Kohleindustrie schmerzliche und damit 'dirigistische' Eingriffe Luxemburgs ablehnten. Die primäre Ursache der institutionellen Krise lag in der teilentegrativen Konstruktion begründet, die 1951 realisiert worden war. Bei der Formulierung einer europäischen Energiepolitik wie auch in Fragen der Handelspolitik blieben der Hohen Behörde die Hände gebunden. Diese Kompetenzen wären aber dringend nötig gewesen, um die Krisenerscheinungen in Europa meistern zu können. Verschlimmert wurde die Situation dadurch, dass einige Mitgliedsländer - insbesondere Frankreich und die Bundesrepublik - die Gemeinschaft angesichts der politischen Brisanz von energiewirtschaftlichen Fragen kurzum für nicht zuständig erklärten. Das supranationale Modell für Europa, das nach dem Willen seines Förderers Robert Schuman - ausgerüstet mit spezifischen, aber echten Kompetenzen - bindende Entscheidungen jenseits nationaler Interessen ermöglichen sollte, konnte unter diesen Umständen die Feuerprobe nicht bestehen. Es musste zwangsläufig scheitern, weil sich die im Vertragswerk eingebauten institutionellen Bremsen als sehr effektiv erwiesen und den Rückgriff auf nationale Interessen ermöglichten. Dadurch wurde die Substanz des Gemeinsamen Marktes in Frage gestellt, und die Hohe Behörde verkam letztlich zu einem reinen Subventionsinstrument.

Im Krisengeschehen trat noch ein weiteres Symptom der institutionellen Krise zutage: Das Neuner-Gremium, auf dessen Unabhängigkeit Monnet so grossen Wert gelegt hatte, war gespalten, und einige Mitglieder der Kollegiums fungierten als verlängerte Arme ihrer nationalen Regierungen. Andere wiederum, wie Spierenburg und Finet, verteidigten das supranationale Prinzip und behaupteten so das eigenständige Gewicht des Organs in Krisenzeiten. Dennoch war die Zukunft der Montanunion durch das institutionell bedingte Versagen der obersten Behörde mit einer schweren Hypothek belastet. Als der Europaparlamentarier Pohér im April 1959 davor warnte, dass ein 'Europa des Egoismus' das 'Europa der Solidarität' zu erschüttern drohe, hatte der Franzose die bedrohlichen politischen Strömungen bereits treffend erfasst.¹²

Die 1958/59 unter veränderten Vorzeichen vorgenommene Kosten-Nutzen-Rechnung hatte in einigen europäischen Hauptstädten ein anderes Resultat ergeben als die Güterabwägung des Winterhalbjahr 1950/51: gewisse Mitgliedsländer rekurrierten auf überwunden geglaubte nationalstaatliche Verhaltensmuster und forderten unverblümt eine Revision des EGKS-Vertrages. Anstatt die Möglichkeiten des Montanabkommens auszuschöpfen, begannen die Staaten der Gemeinschaft, ihre nationalen Märkte abzuschotten. Die britischen Bemühungen um einen Beitritt zur Montanunion wie auch die von 'nordafrikanischen' Ölinteressen geprägten Vorschläge Frankreichs zur Revision der EGKS waren unverkennbare Anzeichen eines spürbaren Klimawechsels im Integrationsprozess. Liess die Kohlekrise die Notwendigkeit einer koordinierten europäischen Energiepolitik als eigentliches Gebot der Stunde erscheinen, so wurde das 'Europa der Sechs' in Paris und London - angesicht eines Überangebotes preiswerter Energieressourcen - lediglich noch als Option zur Sicherung von Absatzmärkten für einheimische Kohleprodukte betrachtet. Damit waren nicht nur handfeste britisch-französische

¹² Europäisches Parlament, Verhandlungen. Sitzungsperiode April 1959, zit. nach Röndigs 2000, Globalisierung, S. 402.

Interessenkollisionen vorgezeichnet; die Konstellation bot den anderen Partnerstaaten auch den gesuchten Anlass für nationale Gegenreaktionen.

Faktisch war damit eine weitreichende energiepolitische Entscheidung gefallen: Der Strukturwandel im Energiesektor wurde allseits akzeptiert, und die Länder Europas setzten fortan auf eine möglichst billige Energieversorgung. Die Wettbewerbsfähigkeit der Region als Industriezone markierte den übergeordneten Orientierungspunkt, wobei das Tempo des Anpassungsprozesses auf nationaler Ebene bestimmt wurde.

Die Organe der Montanunion vermochten dieser Entwicklung nicht wirksam entgegenzuhalten. Alle weiteren Bestrebungen, innerhalb der Gemeinschaft eine koordinierte Energiepolitik zustande zu bringen und ein weiteres Auseinanderdriften der Partner zu verhindern, waren von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Kehrseite der diktierten Lösung - umschrieben im Energie-Memorandum von 1962 - bestand in einer konsequenten Subventionspolitik, die den sozialen Folgen des Strukturwandels die Spitze nehmen und den Erfordernissen der Energiesicherheit Rechnung tragen sollte.¹³ Das Prinzip der Supranationalität wurde im Verlauf der Kohlekrise weitgehend ausgehöhlt - als grösster gemeinsamer Nenner einer europäischen Bergbaupolitik blieb zehn Jahre nach Aufnahme der EGKS-Tätigkeit eine kostspielige Strukturhaltung, die erst nach langen Jahren - unter dem Druck einzelstaatlicher Finanzengpässe - aufgegeben wurde.

6.2 Euratom: Junktim als 'conditio sine qua non' des Vertragsabschlusses

• *Integrationsspezifische Impulswirkungen im Umkreis der 'Relance'*

Die Anfänge der europäischen Bewegung sind dem Dunstkreis des idealistischen Aufbruchs der Nachkriegszeit zuzurechnen. Das Bedürfnis nach Schaffung neuer Sicherheitsstrukturen - eng verknüpft mit der Einbindung der Bundesrepublik - sowie die Frage der europäischen Selbstbehauptung gegenüber den neuen Weltmächten plus die Tendenz, mittels Schaffung grösserer Wirtschaftsräume dem Freihandel zum Durchbruch zu helfen, gehörten zu den grundlegenden Einigungsimpulsen. All diese Strömungen wirkten, über den nationalstaatlichen Ordnungsrahmen hinauszielend, zugunsten der Schaffung von Gemeinschaftsstrukturen. Die traditionellen Gegensätze zwischen 'Realisten' und 'Idealisten' traten im Zusammenhang mit der Verteidigungsgemeinschaft und der 'Relance européenne' aber erneut deutlich hervor. Angesichts der eingetretenen Lähmung im Einigungsprozess und infolge des Popularitätsverlustes der europäischen Idee bestanden begründete Aussichten auf Integrationsfortschritte nurmehr unter der Voraussetzung, dass es gelang, die verbliebenen Interessen geschickt zu bündeln und kompromisshafte Konstellationen zu generieren. Anders war der unterdessen erreichten Konsolidierung nationalstaatlicher Strukturen nicht beizukommen.

Der letztlich erfolgreiche Ausgang der Initiative von Messina blieb während geraumer Zeit unbestimmt. Die wechselseitige Wirkung der für den Verlauf der 'Relance' ausschlaggebenden konvergierenden und divergierenden Prozessmechanismen gilt es abschliessend hervorzuheben und zu gewichten.

¹³ EUI, CEAB 09/965. EGKS/EWG/Euratom. Memorandum 'Energiepolitik' vom 25.6.1962 (Sonderdruck, August 1962), S. 9.

Als **integrationsfördernde Faktoren** eingestuft werden, nebst der grundsätzlichen idealistischen Auffassung von 'International relations' einzelner politischer Protagonisten, die übergeordneten 'innereuropäischen' Integrationsimpulse der Nachkriegszeit. Im Kontext der Relance ist - auf der Ebene des 'bargaining' - dem Junktim zwischen EAG und EWG eine Schlüsselfunktion zuzuweisen. Der Kategorie 'Aussendruck und Zwangselemente' zuzurechnen sind der Einfluss der Vereinigten Staaten, das Wirken des Monnet-Komitees und die Suezkrise. In unterschiedlichem Masse vermochten diese externen Faktoren zum Zustandekommen des Junktims und damit zum Abschluss der Römer Verträge beizutragen. Einen zusätzlichen Integrationsanreiz bot die Erwartung positiver struktureller Effekte: Die Motivation für ein integratives Engagement im Atombereich gründete auf der Einschätzung der politischen Handlungsträger, dass ein Zusammengehen unumgänglich war, um gemeinsam nukleartechnologische Vorteile und Nutzenzuwachs zu erwirken, die den Einzelstaaten aufgrund beschränkter ökonomischer Ressourcen unerreichbar schienen. Die propagandistische Instrumentalisierung der zeitgemässen Atomeuphorie als ideologisches Unterfutter diente den interessierten Kreisen in diesem Zusammenhang als Legitimationsbasis sowie zur Vorbereitung der Bevölkerung auf kommende Integrationsschritte.

Unter den eine **verzögernde Wirkung** auf den Integrationsprozess entfaltenden Elementen ist in erster Linie die vielzitierte Widerstandskraft des Nationalstaats anzuführen. Den einer pragmatischen Weltsicht zuneigenden politischen Akteuren ging es in erster Linie um die Sicherheit ihrer eigenen staatlichen Gemeinschaft; vehement sträubten sie sich gegen jegliche Abtretung nationaler Souveränitätsrechte an supranationale Institutionen. Eine kontraproduktive Wirkung entfaltete die Auswahl des nuklearen Sektors als Instrument zur Schaffung einer 'europäischen Identität' unter Anwendung des funktionalistischen Integrationsansatzes. Die Idee einer Atomgemeinschaft war zu diesem Zweck denkbar ungeeignet, da sich die zivilen Anwendungsbereiche der Atomtechnologie nicht von der militärischen Verwendung abspalten liessen. Tiefsitzendes gegenseitiges Misstrauen und atavistische Widerstände erwiesen sich in militärischen Belangen als unüberwindbare Hindernisse für eine konstruktive Zusammenarbeit. Ordnungspolitische Differenzen trugen dazu bei, dass sich die Ausarbeitung eines tragfähigen Kompromisses derart schwierig gestaltete. Staatlich-zentralistischer Dirigismus in Verbindung mit traditionellem wirtschaftlichem Protektionismus und ordoliberal geprägte Ansichten über die Ausgestaltung eines Staatswesens standen sich hierbei gegenüber - trefflich illustriert anhand der beiden Kontrahenten Frankreich und Deutschland.

- **Integrationsfördernde Einflüsse**

Funktion und Wirkung der 'European saints' im Integrationsprozess

Ohne allzu stark einer persönlichkeitszentrierten Geschichtsbetrachtung frönen und den Mythos der 'Gründerväter' erhöhen zu wollen: Das Wirken der 'European saints'¹⁴ darf im Zusammenhang mit der finalen Durchsetzung der Einigungsimpulse nicht geringgeschätzt oder gar missachtet werden. Letztlich bedurfte es einer entschlossenen Willensleistung politischer Akteure, um das Messina-Vorhaben trotz wiederholter Rückschläge und gegen hartnäckige Opposition aufgrund übergeordneter gesellschaftlicher Überlegungen durchzusetzen.

Der Verlauf des Integrationsprozesses wurde zumindest vordergründig in hohem Masse von Politikern bestimmt, die vielfach widersprüchliche und skeptische Empfindungen einer verunsicherten öffentlichen Meinung zu beruhigen wussten und die Handlungsräume, die sich ihnen boten, mit Entschlossenheit, taktischem Gespür und Überzeugungskraft nutzten. Angesichts einer von antagonistischen Kräften geprägten Situation bot sich dezidiert und geschickt operierende Persönlichkeiten die Chance, gestalterisch tätig zu werden. Unter den Politikern, denen die Fortsetzung des Integrationsprozesses aus politischen Gründen am Herzen lag und deren Wirken aufgrund ihrer Fähigkeit zu gezieltem Handeln eine durchaus eigenständige Bedeutung beim Ausarbeiten der Römer Verträge zukam, sind Spaak, Mollet und Adenauer gesondert hervorzuheben - auch wenn die angeführten Feststellungen nicht nur für jene Politiker gelten, welche die Aura 'grosser Europäer' umgibt, sondern auch für Persönlichkeiten, die im zweiten Glied den Boden für Integrationsfortschritte ebneten.¹⁵

Der belgische Aussenminister Paul Henri Spaak verstand es als Vorsitzender des eingesetzten Regierungsausschusses, die beiden Vorlagen zu bündeln und auf den politischen Kern zu konzentrieren. In der ersten Verhandlungsphase, bis zur Abgabe des nach dem Belgier benannten Berichts im Frühjahr 1956, sorgte Spaak durch Druck auf die einzelnen Delegationen dafür, dass aus dem eher technisch ausgerichteten Auftrag an seinen Ausschuss ein mehrheitsfähiges Integrationskonzept hervorging, das auf der Aussenministerkonferenz von Venedig im Mai 1956 als Grundlage für die nachfolgenden Vertragsarbeiten verabschiedet wurde. Während der eigentlichen Verhandlungsrunden, die im September 1956 begannen, bot Spaak dem unterdessen eingesetzten Expertenteam um Pierre Uri und Hans von der Groeben wiederholt Rückendeckung, um nationale Widerstände durchbrechen und erforderliche Kompromisse fixieren zu können.¹⁶

Mit taktisch geschickten Schachzügen - wobei er mitunter die supranationalen Qualitäten des Gemeinsamen Marktes bewusst herunterspielte - sorgte der

¹⁴ In Anlehnung an eine sarkastische Kapitelüberschrift in Milward 1992, Rescue, 'The lives and teachings of the European saints', S. 318ff. Im übrigen existiert bezüglich der europäischen 'Hall of Fame' ein bemerkenswertes Klassendenken: Nach François Fontaine dürfen nur Monnet, Schuman und Adenauer die Vaterschaft an Europa beanspruchen. Die 'Europäer' zweiter Klasse werden von ihm bloss als 'Jünger' angesprochen: "(..) les Européens qui méritent le beau nom d' apôtres (..). Van Helmont/Fontaine: Jean Monnet, Lausanne 1996, S. 27.

¹⁵ Beispielsweise Léon Blum, der seinen französischen Landsleuten bis zu seinem Tod im März 1950 immer wieder die Notwendigkeit einer Abkehr vom traditionellen Sicherheitsgedanken vor Augen führte. Oder der Niederländer Johan Willem Beyen, der es mit einer bemerkenswerten Kombination von Flexibilität und Hartnäckigkeit verstand, seine Vision einer Wirtschaftsgemeinschaft zum Gegenstand von Regierungsverhandlungen zu machen.

¹⁶ Vgl. Küsters 1982, Gründungsgeschichte der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, passim.

französische Ministerpräsident Guy Mollet dafür, dass das Messina-Projekt trotz fortwährender Skepsis in der Assemblée Nationale eine Mehrheit fand. Seit seinem Amtsantritt im Januar 1956 entschlossen, das Vertragspaket durchzusetzen, stellte er zunächst das in Frankreich weniger umstrittene Euratom-Projekt in den Vordergrund, erkämpfte sich dafür eine parlamentarische Mehrheit und setzte daraufhin in zähen Verhandlungen bei den Partnerländern eine Reihe von Zugeständnissen an die französischen Integrationsgegner durch. Schritt für Schritt bereitete Mollet damit eine Konstellation vor, in der, nach dem tödlichen Votum gegen die EVG, eine erneute französische Absage an ein Integrationsvorhaben nicht mehr opportun war. Im Januar 1957, vor der entscheidenden Phase der Verhandlungen, liess sich der Regierungschef von der Nationalversammlung für die Schlussrunde ein Mandat geben, das einerseits die französische Position am Verhandlungstisch stärkte und andererseits das Parlament im Grundsatz bereits an das ungeliebte EWG-Projekt band.¹⁷

In der Absicht, sowohl die Festigung der Westbindung als auch die erstrebte Annäherung der Bundesrepublik an Frankreich abzusichern, fand sich Konrad Adenauer seinerseits zu bemerkenswerten vertrauensbildenden Gesten sowie ökonomischen und ordnungspolitischen Zugeständnissen an die französische Seite bereit. Mit Autorität setzte er die Konzessionen gegen beträchtliche Widerstände im Kabinett und in der deutschen Öffentlichkeit durch. Mit seiner Unterstützung der pro-europäischen Fraktion des Auswärtigen Amtes vermochte er Erhards Opposition gegen die Atomgemeinschaft die Spitze zu brechen. Und als die Vertragsverhandlungen gleichwohl an den Pariser Sonderwünschen festzufahren drohten, gab der Bundeskanzler den französischen Forderungen zweimal soweit nach, dass Mollet damit vor der Nationalversammlung bestehen konnte.

Es wäre allerdings verfehlt, die breiten Mehrheiten für die Römischen Verträge in Frankreich und in Deutschland bloss dem geschicktem Verhandlungs- und Öffentlichkeits-Management Adenauers und Mollets sowie dem raffinierten Taktieren Monnets zuzuschreiben. Die Überzeugungsarbeit der Regierungschefs konnte letztlich nur erfolgreich sein, weil der Vertragskomplex nicht nur in den mühsam errungenen Details, sondern auch im Grundsätzlichen einen ausgewogenen Kompromiss zwischen französischen und deutschen Interessen enthielt. Die weltmarktorientierte Bundesrepublik band sich mittels eines Instrumentariums von planerischer und vertraglicher Modernisierungsförderung an die Sechsergemeinschaft, während Frankreich dafür einen Sprung in einen Gemeinsamen Markt wagte, dessen protektionistische Dimension - mit Ausnahme der Landwirtschaft - erst im Verlauf der Zeit an Bedeutung verlieren sollte. Ermöglicht wurde dieser Kompromiss durch das gemeinsame Interesse an der Einbindung der Deutschen sowie an stärkerer Selbstbehauptung gegenüber der amerikanischen Führungsmacht. Insofern ist es nicht abwegig, die Römischen Verträge als 'zweiten Akt des deutsch-französischen Friedensschlusses' - nach der Montanunion - zu bezeichnen. Problematisch war, dass die letztlich verbindende politische Finalität des Vertragswerks kaum kommuniziert und thematisiert wurde und sich in der Folge die divergierenden wirtschaftlichen Interessen, trotz des Freihandels-induzierten Wohlstandszuwachs in beiden Ländern, immer wieder bemerkbar machten. Recht treffend schrieb denn auch der Deutsche Bauernverband in seinem Jahresbericht des Jahres 1957: "Der Vertrag trägt im Ganzen den Stempel

¹⁷ BAr E 2001 (E) EPD 1970/217, Bd. 385. Bericht der Pariser OEEC-Delegation vom 22.1.1957.

politischer Zielsetzung und lässt somit sehr weite Auslegungen, viele Ausnahmen und Ausgleichsmöglichkeiten zu" - eine Einschätzung, die ebenso gut als prägnante Charakteristik des Montanunionsvertrags gelten könnte.¹⁸

Keine Aufzählung der 'Europa-Förderer' kommt ohne den Namen von Jean Monnet aus, wobei dessen Einflusspotential auf die Integrationsentscheidung nach dem Rücktritt vom Präsidentenamt der Hohen Behörde den externen Faktoren zuzurechnen ist. Mit unermüdlichem Eifer, getragen von einem unbeugsamen Willen und einer unerschütterlichen politischen Überzeugung, kämpfte der schillernde Franzose beharrlich mit Hilfe des eigens kreierte Aktionskomitees für seine Vision eines föderierten Europas. Pragmatischer Realpolitiker und unverbeserlicher Illusionist in einer Person, sah der rastlose 'Inspirateur' die europäische Einigung als eine Vielzahl konvergierender und divergierender Prozessmechanismen, in deren Folge - 'spill-backs' eingerechnet - die auf nationaler Basis stehenden gesellschaftlichen Strukturfundamente sowie die Souveränität nationalstaatlicher Handlungssubjekte durch transnationale Akteure, ihre Zielvorstellungen, Beziehungsnetze und Machtansprüche allmählich querverbunden und unterlaufen wurden. Auch wenn der integrationspolitische Erfolg der 'Relance' mitnichten als Produkt eines politischen Nachkriegs-Idealismus analog den Vorstellungen Jean Monnets dargestellt werden kann, so dürfen doch die Auswirkungen der Bemühungen Monnets und seines Komitees auf die politischen Machsträger nicht unterschätzt werden. Zwar ist das Einflussvermögen von transnationalen Gruppierungen auf die politischen Systeme schwierig abzuschätzen; dank seines dualen Charakters vermochte das Comité d' Action aber zweifellos auf mehreren Ebenen Wirkung zu erzielen. In gedanklich-konzeptioneller Hinsicht eine Vorreiterrolle einnehmend, gelang es dem Gremium dank der Mitarbeit nationaler Funktionsträger, seine Ideen in den Bewusstseinsbildungsprozess der Machthaber einfließen zu lassen. Mit seinem methodischen Ansatz der transnationalen Bündelung organisierter Kräfte zu einer schlagkräftigen pro-europäischen Allianz - unter Einbindung der wichtigsten oppositionellen Gruppierungen - schuf Monnet in der Form seines Komitees eine intellektuell-moralische Instanz, der es wiederholt mittels geschickter Kombination von politischer Autorität und hochkarätigem Beziehungsnetz gelang, gewichtige Wählerschichten hinter ihre Anliegen zu scharen und Einfluss auf den Fortgang des westeuropäischen Integrationsprozesses zu nehmen - nicht zuletzt dank tatkräftiger amerikanischer Unterstützung.

Von der transnationalen Kooperation von Parteien und Gewerkschaften gingen entscheidende Impulse zur Wiederaufnahme des stillstehenden Prozesses europäischer Gemeinschaftsbildung aus, weil so der Integrationsgedanke in einem breiten gesellschaftlichen Umfeld Verbreitung fand. Dabei machte sich Monnet die Erkenntnis zunutze, dass die Trennlinien der verschiedenen Interessengruppen regional mehr oder weniger deckungsgleich verlaufen. Die Bedeutung dieses als 'symmetrische Heterogenität'¹⁹ bezeichneten Sachverhalts für die Bildung regionaler Koalitionen, zur Aggregation und Artikulation pro-integrativer Interessen, hat der Franzose vorausblickend erfasst. Unterstützt von Umschwüngen in der öffentlichen Meinung - ausgelöst durch externe Faktoren -, konnte der mit

¹⁸ Bericht über die Tätigkeit des Deutschen Bauernverbandes für 1956/57, Bonn 1957, S. 8, zit. nach Loth, Wilfried: Deutsche und französische Interessen, in: Wilkens 1997, Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1945-1960, S. 187.

¹⁹ Haas, Ernst B.: 'The Uniting of Europe' and the Uniting of Latin America, in Journal of Common Market Studies, 5/1967, S. 320.

geschickter Koalitionsbildung aufgebaute Druck auf die politische Entscheidungsträger mithelfen, labile Mehrheitsverhältnisse zum Kippen zu bringen.

Wie wichtig der persönliche Einsatz der erwähnten Politiker war, zeigt die Tatsache, dass der Erfolg der Vertragsverhandlungen bis zuletzt gefährdet war. Erst nach Mollets Erfolg in der der französischen Nationalversammlung vom Januar 1957 begannen sich die beteiligten Akteure darauf einzustellen, dass Gemeinsamer Markt und Atomgemeinschaft tatsächlich zustandekommen würden.

Atomeuphorie und 'Energielücke' als integrationsideologisches Unterfutter

Die als Konsequenz einer vielschichtigen Interessenlage resultierenden konzeptionellen Schwächen von Euratom waren für das Scheitern des von grossen Anfangshoffnungen getragenen Projekts nicht allein ausschlaggebend. Den funktionellen Misserfolg der Gemeinschaft hätten selbst einige der gemäss Konzeptentwurf für Schlagkraft und Funktionsfähigkeit der Organisation entscheidenden Kompetenzen, die in der kritischen Phase der Konsensfindung erheblich beschnitten wurden, kaum verhindern können.

Stärker ins Gewicht fällt der Umstand, dass die als Voraussetzung einer erfolgreichen EAG-Industrietätigkeit genannten Rahmenbedingungen im allgemeinen Energiebereich nicht gegeben waren. In der Einleitung zum Spaak-Bericht und in einer Vielzahl von Energieszenarien ist wiederholt die Rede von einer bevorstehenden industriellen Revolution - ausgelöst durch die unbeschränkten Nutzungsmöglichkeiten des 'friedlichen Atoms'. Diese Ansicht entpuppte sich schon bald als Ausdruck fortschrittgläubigen Wunschdenkens. Der Traum vom anbrechenden Atomzeitalter als unerschöpfliches Energie-Füllhorn blieb ein Trugbild - genauso wie die zu propagandistischen Zwecken vertretene illusionäre Trennung von ziviler und militärischer Nuklearanwendung. Die einer Reihe von Energiestudien zugrunde liegenden zweckoptimistischen Produktionsziele für Atomstrom erwiesen sich als vollkommen unrealistisch, dem Stand der Reaktortechnik in keiner Weise entsprechend, und die aus integrationspolitischen Motiven übersteigert dargestellten Knappheitsprognosen im Bereich der Energieversorgung fanden sich binnen kurzem durch den Gang der Ereignisse widerlegt.

In ihrem Bericht waren die 'Weisen' davon ausgegangen, dass nur durch den möglichst raschen Einsatz der Kernkraft eine europäische Energiekrise abzuwenden sei. Die energiepolitische Entwicklung nach Inkrafttreten des Vertrages bestätigte aber die berechtigte Skepsis gegenüber einem forcierten Ausbau der Atomkraft: Der Zwang zur nuklearen Kooperation war aufgrund der Preisentwicklung auf den Rohstoffmärkten nicht ausreichend gegeben. Entsprechend erfolgte Entwicklung und Bau von Atomkraftwerken weiterhin getrennt, in nationalem Rahmen. Aufgrund der mit ungleicher Konsequenz angestrebten Annäherung an die militärische Option sowie struktureller Unterschiede in der Energiewirtschaft der Partnerländer bestanden weiterhin erhebliche ordnungspolitische Divergenzen. Die Entwicklung des ehrgeizigen französischen Atomprogramms - geprägt von dominierenden militärischen Interessen, welche die virulente innenpolitische Opposition gegen die Atomgemeinschaft begründeten - erfolgte praktisch uneingeschränkt unter staatlicher Führung, während sich die industriellen Kreise in Deutschland, Italien und Belgien entschieden gegen Abweichungen von einer liberalen Wirtschaftspraxis zur Wehr setzten und nicht geneigt waren, über die Definition von Sicherheitsstandards hinausgehende staatliche Interventionen zu dulden.

Als Propagandainstrumente, die den schnellen Einsatz der Kernenergie forderten, um eine drohende Energiekrise abzuwenden, vermochten die Energiestudien das Zustandekommen der Atomgemeinschaft in einem beschränkten Grad zu begünstigen; in bezug auf die industrielle Tätigkeit von Euratom erzielten sie aber infolge der unausweichlich eintretenden Ernüchterung - den angekündigten Zeitpunkt der Verfügbarkeit von Atomstrom betreffend - eine kontraproduktive Wirkung. Geflissentlich ignorierten die Euratom-Konzeptentwürfe überdies das zentrale Motiv der latenten Proliferation. Indem die Autoren die Tatsache verschwiegen, dass die nuklearen Basisinnovationen zunächst grundsätzlich auf potentielle militärische Anwendungen ausgerichtet waren und die energiewirtschaftliche Nutzung vorerst sekundär blieb, leisteten sie der verbreiteten Taktik des Tarnens und Täuschens Vorschub - ob vorsätzlich oder unwissentlich bleibe dahingestellt. Solange die Technologiewahl in erster Linie nach militärstrategischen Gesichtspunkten erfolgte und die Entwicklung der Atomtechnik primär darauf ausgerichtet war, die anfallenden Kenntnisse und Spaltprodukte im Bedarfsfall zur raschen Herstellung von Kernwaffen verwenden zu können, musste die Entfaltung einer erfolgreicher Industrietätigkeit der Atomgemeinschaft ein Ding der Unmöglichkeit bleiben.

Das militärische Motiv prägte die Atompolitik der europäischen Staaten in entscheidendem Masse, wobei dieser Befund explizit auch Kleinstaaten einschliesst. Ohne adäquate Gewichtung der militärischen Motive als elementare Triebkräfte der nuklearen Technologieentwicklung lassen sich entscheidende Phänomene der nationalen wie der gemeinschaftlichen Atompolitik nicht befriedigend erklären. Der nukleare Schlusspunkt des Weltkrieges und die waffenstarrende Drohpolitik des Kalten Krieges mussten all jene Nationen nuklear mobilisieren, die ihre Sicherheitspolitik weiterhin auf militärische Stärke abzustellen gedachten. Für diejenigen, die eine nukleare Erpressung nicht ausschliessen wollten, schien das Offenhalten einer nationalen Atomwaffenoption ein Gebot mittelfristiger Vorsorgepolitik.

Ihre nukleartechnologische Rückständigkeit begründete die anfängliche Kooperationsbereitschaft der Kontinentaleuropäer. Gleichzeitig setzte das Festhalten an atomwirtschaftlicher Autarkie aber auch die Grenzen dieser Zusammenarbeit. Ausgehend von der Basis langfristiger politisch-militärischer Zielsetzungen der involvierten staatlichen Akteure, gewinnen die Schwierigkeiten und Konflikte des vordergründig chaotischen Entstehungsprozesses der Atomgemeinschaft entschieden an Plausibilität. Die ausufernden Partikularinteressen der Akteure lassen sich erst unter Einbezug dieser Prämisse weitgehend schlüssig ableiten und deuten. So braucht beispielsweise die volkswirtschaftliche Ineffizienz staatlicher Atomforschungs- und Entwicklungspolitik nicht bloss ratloses Kopfschütteln hervorzurufen - sie erscheint auf einmal zwangsläufig und systemimmanent.

Das aussergewöhnliche Nutzenergie-Potential gebot der staatlichen Atompolitik aufgrund der inhärenten ökonomischen Perspektiven freilich auch das Verfolgen nicht-militärischer Ziele. Für die spätere Kommerzialisierung der Kerntechnik sprach zudem die Begrenztheit der fossilen Energieressourcen. Zur Zeit der Euratom-Gründung genoss die politisch-militärische Option jedoch eindeutig Vorrang, und die Förderung der zivilen Nutzung musste zurückstehen. Im Abwägungsprozess überwog vorderhand die Gewinnung waffenfähigen Plutoniums gegenüber der Entwicklung hoch abbrennbarer Brennelemente oder effizienter Dampferzeugungs- und Turbinenkonzepte. In dieser Phase fungierten die planvoll überhöhten Prognosen einer allseits segensreichen Atomwirtschaft hauptsächlich

als nützliche, instrumentalisierte Vision. Sie dienten dazu, die gesellschaftliche Bereitschaft zur Übernahme der Nukleartechnik enorm zu beschleunigen und die massive staatliche Förderpolitik zu legitimieren - die ökonomische Substanz der Prognosen war weitgehend irrelevant.

Externe Einflüsse auf das Integrationsverhalten staatlicher Akteure

Offenbar eint nichts so sehr wie widrige Umstände: Fortschritte im europäischen Integrationsprozess bedurften zuweilen eines fühlbaren, für Handlungsbedarf sorgenden Aussendrucks. Eine Vielzahl von Einflussgrößen ergab in der entscheidenden Prozessphase von Herbst 1956 bis Frühjahr 1957 eine Art labilen Schwebezustand, bei dem externe Faktoren - in Verbindung mit einem ausgeprägten Gespür der Protagonisten für das schnelle Erfassen günstiger Umstände (Mollet, Adenauer, Monnet) - das entscheidende Zünglein an der Waage der 'Relance' bildeten.

Die Suezkrise von Anfang November 1956 markiert einen von Nye als 'unvorhergesehenes Einzelereignis' bezeichneten negativen externen Faktor, dem in einem kritischen Stadium der Vertragsverhandlungen entscheidende Bedeutung für den weiteren Verlauf des Einigungsvorhabens zukam.²⁰ Das Fiasko des britisch-französischen Vorgehens am Suezkanal, begleitet von einer deutlichen Machtdemonstration der neuen Weltmächte, die dem Abenteuer ein abruptes Ende bereiteten, liess die Westeuropäer in einem demütigenden Gefühl wirtschaftlicher und politischer Schwäche zurück. Bei noch völlig offenem Prozessausgang war die Wirkung des von beiden Supermächten während der Krise ausgeübten äusseren Drucks mitunter ausschlaggebend für ein engeres Zusammengehen der europäischen Partner. Die intensiv empfundene Wahrnehmung einer gemeinsamen externen Herausforderung löste innerhalb der Sechsergemeinschaft einen integrationsfördernden Impuls aus. Für eine kurze, entscheidende Phase erschien den Europäern die überstaatliche Bildung eines Kollektivs als gangbarster Weg der Schadensbegrenzung - ganz im Sinne einer Kosten-Nutzen-Rechnung. Erst das durch die externe Herausforderung hervorgerufene Gefühl der Bedrohung stärkte unter den Europäern das Zusammengehörigkeitsbewusstsein. Das Element des Zufalls - in der Form des nicht vorhersehbaren Ereignisses - gab dem stagnierenden Verhandlungsprozess insofern die entscheidende Ausrichtung, als das Verhalten der Hegemonialmächte im Herbst 1956 in der öffentlichen Meinung Europas - insbesondere in Frankreich - einen wesentlichen Umschwung herbeiführte. Letztlich bleibt schwer abzuschätzen, wieviel die Suezkrise dazu beitrug, dass das Messina-Projekt in Frankreich die parlamentarischen Hürden überwinden konnte. Bestimmt aber führte das russisch-amerikanische Veto einer französischen Öffentlichkeit, welche die Intervention der beiden Supermächte als demütigend empfand, die Unmöglichkeit nationaler Alleingänge eindringlich vor Augen. Und unbestreitbar wirkte die diskrete Solidarität Adenauers danach wohltuend und vertrauensbildend, so dass die verunsicherten Westeuropäer im Verlauf der Krise die Möglichkeiten zu gemeinsamer Selbstbehauptung auf der weltpolitischen Bühne wieder deutlicher wahrnahmen.

Bezeichnend ist, dass die französische Regierung erst nach Suez wagte, das von den übrigen Partnern geforderte Junktim von Euratom und EWG offiziell zu

²⁰ Nye, Joseph S.: *Peace in parts*, Boston 1971, S. 188.

akzeptieren.²¹ Mollet realisierte, dass sich ein Zustand ergeben hatte, der von den internen politischen Entscheidungsträgern als äusserst unbefriedigend, ja sogar als Gefährdung für den Fortbestand des nationalen Systems und damit als dringend veränderungsbedürftig angesehen wurde - dass also schwerwiegende Gründe dafür sprachen, die etablierten Institutionen nationalstaatlicher Politik durch supranationale zu ergänzen. Mit Hilfe der Partner, die sich zu wirtschafts- und kolonialpolitischen Konzessionen an Frankreich durchrangen, ergriff der französische Premier die sich bietende Gelegenheit, mit der Durchsetzung des Junktims den Weg zum Abschluss der Verträge freizumachen. In diesem Sachverhalt spiegelt sich exemplarisch die Ambivalenz der Beeinflussung eines Integrationsprozesses durch externe Faktoren: Die integrationsfördernde Konstellation des Herbstes 1956 trug als trennendes Element nämlich gleichermassen den Keim des Scheiterns der künftigen Nuklearorganisation in sich und war daher mitverantwortlich für die Totgeburt der EAG. Gebrannt durch die Suez-Erfahrung, trieb die dem militärisch-industriellen Komplex angehörende realpolitische Fraktion Frankreichs den Aufbau einer nationalen Atomstreitmacht parallel zu den laufenden Abschlussarbeiten an den Römischen Verträgen dezidiert voran - eine Entwicklung, welche die geplante industrielle Tätigkeit von Euratom in entscheidendem Masse präjudizierte.

Zu den gewichtigen externen Einflüssen auf die europäische Integration gehört die Aussenpolitik der westlichen Hegemonialmacht. Wohl kein anderes Land hat die internationalen Beziehungen des 20. Jahrhunderts so entscheidend und gleichzeitig so ambivalent beeinflusst wie die Vereinigten Staaten.

Amerikaner und Westeuropäer waren gleich nach dem Krieg für einen engeren europäischen Zusammenschluss eingetreten. Dabei förderten sie die Einbeziehung der Bundesrepublik nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Einhegens, sondern auch unter dem Aspekt der Sicherstellung des deutschen Potentials im sich verschärfenden Ost-West-Konflikt - der Kalte Krieg war von Anfang an eine gewichtige Determinante der amerikanischen Europapolitik. Nachdem die westeuropäische Einigung 1947 mit dem Marshallplan lanciert worden war, spielten die USA - nach anfänglicher Zurückhaltung - im Rahmen der 'Relance' erneut ihre Rolle als externer 'Europa-Föderator'. Dabei zeigten die Amerikaner - damals wie heute - keinerlei Skrupel, ihr wirtschaftliches und finanzielles Potential als diplomatisches Druckmittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen in den Bereichen Aussen-, Nuklear- und Handelspolitik einzusetzen. Washington brachte seine konzeptionellen Präferenzen in Sachen Euratom wiederholt deutlich zum Ausdruck - sowohl öffentlich als auch über diplomatische Kanäle. An entscheidenden Punkten der Vertragsverhandlungen liess die amerikanische Regierung die europäischen Partnerstaaten mittels Memoranden wissen, dass nur eine Nuklearorganisation mit umfassenden Kompetenzen im Sinne der Resolutionen des Monnet-Komitees mit grosszügiger technischer US-Hilfe rechnen dürfe. Zudem nahmen die Amerikaner über die Mitautorenschaft beim Bericht der Drei Weisen direkt Einfluss auf die Vertragsverhandlungen. Die Wirkung der amerikanischen Politik darf nicht unterschätzt werden - allen französisch-amerikanischen Antagonismen und Animositäten zum Trotz. Sie trug überdies wesentlich dazu bei,

²¹ Guillen, Pierre: La France et la négociation des traités de Rome: l' Euratom, in: Serra 1989, Il rilancio, S. 519. Ebenso: BAR E 2001 (E) 1970/217, Bd. 385. OECE-Delegation (22.1.1957).

dass Grossbritannien zeitweilig von seiner Obstruktionspolitik abliess, und sie ernüchterte deutsche Industrievertreter, die ihre Hoffnungen zu einseitig auf eine bilaterale Zusammenarbeit mit den Amerikanern abgestützt hatten.

- **Prozesshemmende Faktoren: vorbestimmtes Scheitern eines fortschritts-gläubigen Integrationsprojektes?**

Die ungebrochene Festigkeit des Nationalstaats als retardierendes Moment

*"Our European States are a historical reality; it would be psychologically impossible to make them disappear. Their diversity is in fact very fortunate and we do not want either to level them or to equalize them."*²²

Robert Schuman, 'Pour l'Europe'.

Als gewichtigstes retardierendes Moment im europäischen Integrationsprozess muss die erwiesene Festigkeit des Nationalstaats bezeichnet werden. Neben der Familie noch immer die bedeutendste Institution zur Gestaltung des Gemeinschaftslebens und zur Konfliktlösung, ist er für die Mehrzahl der Bürger zentraler Bezugsrahmen ihrer politischen Identität geblieben. Seit der Zeit des Hochimperialismus bis weit ins 20. Jahrhundert seiner Idee nach masslos überspannt und zu ideologischen Zwecken missbraucht, bedurfte es der Katastrophe des Dritten Reichs, damit breite Kreise dem Nationalstaat mit Argwohn und wachsendem Misstrauen begegneten. Erst die erfahrenen Übersteigerungen haben in Westeuropa zu einer Abwertung des nationalistischen Gedankengutes auf ein erträglicheres Mass geführt - wobei die Ereignisse der jüngeren Vergangenheit im Balkan aufzeigen, wie wenig es braucht, damit der Nationalismus als wirkungsvolle Determinante internationaler Politik die dünne Decke der Zivilisation durchbricht und abermals seine hässlichste Fratze offenbart.

Der Beschluss von Messina und die daraus hervorgegangenen Verträge waren von der Erkenntnis getragen, dass die europäischen Nationalstaaten ohne Zusammenlegung ihres Wirtschaftspotential der von den Supermächten angeschlagenen wirtschaftlichen und technologischen Wachstumskadenz nicht folgen könnten. Die Resolution zielte darum einerseits auf die wirtschaftliche Erstarkeung Westeuropas und damit auf die Hebung des Wohlfahrtsniveaus; andererseits sollte - nachdem der vorangegangenen Erweiterungsversuch mit der Verteidigungs- und der Politischen Gemeinschaft fehlgeschlagen war - eine neue Phase auf dem Weg zu einem politisch geeinten Europa eingeleitet werden.

Unterschiedliche theoretische Einigungsmodelle waren für den Verlauf des Integrationsprozesses kaum von entscheidender Bedeutung. Die zeitgenössischen Kontroversen zwischen britischem Pragmatismus und kontinentalem Konstitutionalismus sowie zwischen Funktionalismus und Föderalismus erweisen sich bei näherer Betrachtung als Auseinandersetzungen über die Opportunität bestimmter Integrationsschritte, die aus taktischen Gründen zu theoretischen Gegensätzen hochstilisiert wurden. Letztlich war stets ausschlaggebend, ob die Akteure bereit waren, nationale Hoheitsrechte in ausgewählten Bereichen zusammenzulegen oder nicht. Wo die Bereitschaft fehlte, blieb es bei mehr oder weniger kontinuierlicher zwischenstaatlicher Kooperation; wo die Bereitschaft vorhanden war,

²² Schuman, Robert: Pour l' Europe, Paris 1963, S. 23, zit. nach Milward 1992, Rescue, S. 329.

entstanden supranationale Strukturen. Die föderalistische Theorie wies wohl den Weg zum Aufbau gemeinsamer Institutionen, die den betreffenden Staaten Souveränitätspreisgaben abverlangten - unter demokratischen und sozialstaatlichen Vorzeichen. Sie wirkte aber gleichzeitig irritierend, insofern sie das Zielbild eines geschlossenen Bundes suggerierte, das weder mit der Divergenz der vielfältigen Einigungsimpulse noch mit den historischen Erblasten der europäischen Nationalstaaten in Einklang zu bringen war. Umgekehrt kam der funktionalistische Ansatz mit dem Interessen-Pluralismus der praktischen Integrationsansätze besser zurecht, lenkte zugleich aber in unerwünschtem Masse von der Beschäftigung mit politischen Fragen ab, die vorgängiger Klärung bedurften, bevor weitere Integrationsfortschritte ins Auge gefasst werden konnten.

Die Entstehungsgeschichte der Verträge von Rom lässt darauf schliessen, dass die betroffenen Länder nur dann bereit waren, Teilbereiche ihrer Souveränität abzugeben, wenn das nationale Interesse einen Verzicht gebot. Die Tragweite eines integrativen Grundsatzentscheids sowie die Tatsache, dass es sich dabei um ein Vorhaben handelt, das kurzfristig eher Kosten verursacht und dessen mittelfristiges Nutzenpotential auf tiefgreifenden strukturellen Veränderungen beruht, stützen die Vermutung, dass die Beweggründe zur Gemeinschaftsbildung nicht allein bei ökonomischen Faktoren zu suchen sind. Die Elemente Zwang und Zufall wurden denn auch bereits im Zusammenhang mit dem Suezabenteuer angesprochen: In einem heiklen Moment eines komplexen Widerspiels von konvergierenden und divergierenden Kräften liess ein eher zufälliges externes Ereignis das Pendel bei der Güterabwägung auf die Integrationsseite ausschlagen. Erst in der Krise, angesichts unabwendbarer Sachzwänge, zeigten sich die politischen Akteure zu Souveränitätsverzicht bereit. Die optimistischen Ansätze der Neofunktionalisten werden durch die Hinweise auf handfeste, pragmatische Motive widerlegt - übergeordnete idealistische Bestrebungen waren für Integrationsfortschritte nie ausschlaggebend. Als wesentliche Voraussetzung der Bereitschaft zur Abtretung von einzelstaatlicher Autonomie erscheint das gemeinsame Vorhandensein von zwingenden politischen und ökonomischen Gründen.

Den steinigen Weg struktureller Veränderungen erwogen europäische Realpolitiker nur, wenn 'konservative' Massnahmen nicht ausreichten. Lediglich unter annähernd Pareto-optimalen Verhältnissen, wenn einzelstaatliche Interessen aufgrund eines minuziösen Abwägungsprozesses wechselseitig befriedigt werden konnten und dieser Interessenausgleich zudem die bestmögliche Lösung darstellte, wurde Integration in begrenzter Form als unentbehrliches Element europäischer Nachkriegspolitik akzeptiert. Supranationale Strukturen entstanden da, wo die Partner nach dem Motto 'sowenig Preisgabe von Autonomie als möglich, und nur soviel, als unbedingt nötig' bereit waren, Souveränitätsverluste in Kauf zu nehmen - sofern daraus ein positiver Nutzensaldo resultierte und das Integrationsvorhaben nicht einen der hochsensiblen Bereiche nationalstaatlicher Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anrührte.

Eine föderalistisch-teleologische Deutung des Integrationsprozesses, wie sie anfänglich im Gegensatz zum Interdependenz-Ansatz angeboten wurde, ist heute zweifellos nicht mehr haltbar - dafür sind die ursprünglichen Interpretationen der westeuropäischen Einigung von der jüngeren Forschung zu gründlich hinterfragt und modifiziert worden. Im Sinne positiver externer Einflüsse ist der Argumentation Milwards aus nationalstaatlicher Optik denn auch insofern zuzustimmen, dass - im Falle erwarteter Strukturvorteile aus sektorieller Integration - der erhoffte künftige Nutzenzuwachs in einem Abwägungsprozess gegenüber den un-

vermeidlichen politischen Kosten grundsätzlich überwiegen musste, damit ein Integrationsschritt überhaupt in Erwägung gezogen wurde.

Fast ausschliesslich mit den ökonomischen Erfordernissen und Zwängen der Nationalstaaten argumentierend, abstrahiert Milward aber in seinen Beiträgen allzu stark von der Vielgestaltigkeit der Einigungsimpulse. Auch wenn die Erfolge der Wirtschaftsgemeinschaft seine Thesen zu stützen scheinen und die zur Lösung anstehenden Probleme - genauso wie die mit ihnen verknüpften politischen Zielsetzungen - letztlich ökonomischer und sozialer Natur waren: Die beschränkte Konzentration auf die ökonomische Ebene des Integrationsprozesses zielt zu kurz und negiert weitgehend die zum Teil ungeniert als sozialromantische Schwärmerei abqualifizierten übergeordneten Motive der Einigung. Schliesslich war es entschieden mehr als bloss wirtschaftlicher Zwang, was die Nationalstaaten dazu brachte, eine Politik zu verfolgen, die kühn genug war, einiges von dem zu opfern, was zuvor als Kernbereich nationaler Souveränität angesehen wurde. Integration konnte nur dann als Mittel zur Bewahrung des Nationalstaats dienen, wenn damit gleichzeitig auch akzeptiert wurde, dass dieser künftig in einem grundlegend veränderten Rahmensystem gegenseitiger Abhängigkeit funktionieren musste. Wo sich Souveränitätsabtretungen aufdrängten, sind denn auch tatsächlich supranationale Strukturen entstanden. Monnet und auch Adenauer haben diese Konsequenz erkannt - auch wenn ihre Ansichten über die Gestaltung des neuen Rahmens in wesentlichen Punkten auseinandergingen.

Die Wahl einer 'Atomunion' als Mittel funktionalistischer Gemeinschaftsbildung - ein folgenschwerer Missgriff

Voraussetzung für die Existenz und die Funktion einer internationalen Organisation ist ein gewisser Grad von Interessenidentität - ohne beträchtliches Mass an Übereinstimmung kommt eine Zweckgemeinschaft nicht zustande. Ist die gemeinsame Interessenbasis bloss vordergründig gegeben oder schwindet sie, bricht die Organisation wieder auseinander, oder sie bleibt - wie Euratom - ohne die erforderlichen Kompetenzen für eine effektive Tätigkeit.

Die Berechtigung der Mahnungen von Skeptikern, allzu forsche und ehrgeizige Integrationsvorhaben könnten mehr Schaden als Nutzen bewirken, lässt sich anhand der Projekte im Verteidigungs- und Atomsektor belegen. Nachdem der gescheiterte Versuch der Machtübertragung auf eine supranationale Sicherheitsorganisation gezeigt hatte, dass der föderalistische Ansatz für den Aufbau von Gemeinschaftsstrukturen wenig geeignet ist, manifestierte sich das Beharrungsvermögen der Nationalstaaten im Rahmen der 'Relance' erneut - diesmal anhand eines den Verteidigungssektor tangierenden funktionalistischen Unterfangens. Im Sicherheitsbereich repräsentierte der Nationalstaat unter den Rahmenbedingungen der fünfziger Jahre unverändert das Machtprinzip: Aus heutiger Sicht waren beide Vorhaben von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil ihre Protagonisten weder die nationalen Vorbehalte noch die länderspezifischen Verschiedenheiten noch das politische Gewicht adäquat einzuschätzen vermochten - für den militärischen Gleichschritt mit Deutschland war es ein Jahrzehnt nach dem Krieg noch zu früh. Das EVG-Debakel warf die europäische Entwicklung zunächst zurück, während der anschliessende Fehlschlag der EAG die Erfahrung bestätigte, dass der Einigungsprozess im damaligen Zeitpunkt nur schwerlich zu einer politischen Gemeinschaft führen konnte, weil es politisch sensible Bereiche gab, bei denen die Bereitschaft zur Inkaufnahme von Souveränitätseinbussen überstrapaziert

wurde.²³ Diese Feststellung reflektiert die Last der Geschichte Europas als Summe einer Vielzahl unterschiedlicher historischer Entwicklungen, die sich selbst heute noch als nur langsam abzubauenende Hypothek erweist.

Nach der Vorstellung der Initianten sollte das angestrebte Ziel einer regionalen Föderation durch die sorgfältige Auswahl von Wirtschaftssektoren erreicht werden, die sich zu funktionalistischen Integrationszwecken eigneten. Nun war aber ausgerechnet die Nukleartechnologie in der Zeit des Kalten Krieges ein besonders heikler, hochpolitischer Bereich - geprägt von vitalsten nationalen Eigeninteressen - und zudem extrem kontrovers, da sich das 'friedliche Atom' nicht von der militärischen Verwendung abspalten liess. Kurzum: als Instrument funktionalistischer Gemeinschaftsbildung ein Irrtum. Das tiefgreifende allgemeine Sicherheitsbedürfnis, das an sich treffliche Voraussetzungen für eine regionale Zusammenarbeit im militärischen Bereich geboten hätte, offenbarte in der Praxis wenig integrative Substanz. Bereits im Falle der EVG hatte sich die Abtretung von Entscheidungskompetenzen als kritischer Punkt erwiesen, bei dem das Gemeinschaftsdenken nationalistischer Politiker an Grenzen stiess und die Spannweite möglicher Souveränitätspreisgaben überdehnt wurde. Diesem Faktum wurde bei der Planung der nachfolgenden Integrations Schritte im Rahmen der 'Relance' nicht die erforderliche Aufmerksamkeit beigemessen, was sich als folgenschwere Unterlassung herausstellen sollte. Nur aufgrund der illusionären Annahme, militärische und zivile Anwendungen liessen sich im Nuklearbereich getrennt verfolgen, konnte die Tatsache weitgehend ignoriert werden, dass sich der Sicherheitskomplex eben erst als spaltender Integrationsbereich erwiesen hatte. Eine gemeinsame Atompolitik im Rahmen der Sechsergemeinschaft musste demnach die Flexibilität der nationalstaatlichen Strukturen erneut überfordern; ihr Misserfolg war angesichts der altbekannten Partikularismen und nationalen Idiosynkrasien vorgezeichnet.²⁴ Solange die Atomeuphorie andauerte und sich der tatsächliche Umfang ziviler Kernkraftnutzung im spekulativen Stadium befand, konnte ein brüchiger Grundkonsens gewahrt werden. Sobald es aber um konkrete Fragen und verbindliche Zugeständnisse ging - ordnungspolitischer Rahmen, Spaltstoffversorgung, Kontrollanprüche im militärischen Bereich als Beispiele - traten die divergierenden nationalen Interessen unverhüllt zutage und konnten nur unter Anwendung von abenteuerlichen Kompromissen und Kunstgriffen notdürftig überdeckt werden. Dies geschah überwiegend auf Kosten der Kompetenz und der Glaubwürdigkeit von Euratom - indem beispielsweise der relevante Militärssektor von der Kontrollpflicht bezüglich der Verwendungszwecke von Kernbrennstoffen ausgeklammert blieb.

Aufgrund der auf nationalen Prämissen aufbauenden nuklearen Zielsetzungen der bedeutendsten Mitgliedsländer wäre die in Folge externer Zwänge unabdingbar scheinende Zusammenarbeit im Nuklearsektor in der Form zwischenstaatlicher Kooperation vermutlich am adäquatesten zu erreichen gewesen. Als

²³ Milward unterscheidet 'low policy' und 'high policy areas', vgl. Milward 1993, *Frontier*, S. 21f.

²⁴ Die Tatsache, dass die Europäer bis heute weder über gemeinsame Streitkräfte noch über eine kollektive Aussen- und Sicherheitspolitik verfügen, die diesem Begriff auch ansatzweise genügt, stützt diese Behauptung. Eine 'Europa-Armee' ist bislang nicht über einzelne Rüstungsprojekte und gemischte Truppenteile hinausgekommen.

Mittel zum Zweck der Schaffung einer 'europäischen Identität' war die Idee einer Atomgemeinschaft jedenfalls denkbar ungeeignet.²⁵

Unerschütterliches Grossmachtverständnis und verletzter Nationalstolz als hinderliche Altlasten

Das opportunistische Verhalten der beiden Weltmächte a.D., die mit ihren spät-kolonialistischen Ambitionen die Suezkrise ausgelöst haben, bietet reiches Illustrationsmaterial zur Stützung der These, wonach zwischen Verhaltensänderungen von Staaten in Integrationsprozessen und dem Vorhandensein von Zwangselementen wie Bedrohung und Aussendruck eine kausale Beziehung besteht.

Dieselben Muster, die bereits das Konzept einer europäischen 'Dritten Kraft' hatte scheitern lassen, fanden sich im Verlauf der 'Relance' erneut als integrationshemmende Faktoren bei der Bildung eines Kollektivs, welches das Angebot gemeinsamer Selbstbehauptung gegenüber den neuen Supermächten einschloss. Noch waren die zurückgestuften Länder aber nicht fähig, ihr ungebrochenes Grossmachtverständnis sowie ihre Ängste und Befürchtungen zu überwinden und über ihren Schatten zu springen. Obwohl ihre Machtansprüche längst dem Reich der Mythen entstammten und bestenfalls noch die Erinnerung an den Glanz vergangener Zeiten repräsentierten, waren Engländer und Franzosen nicht bereit, die Zeichen der Zeit zu deuten und zu akzeptieren. Das verzweifelte Festhalten an vergangener imperialer Grösse entbehrt nicht einer Spur von Tragik: In ihrem Selbstverständnis tief getroffen, setzten die verunsicherten Mächte alles daran, den verlorenen Grossmachtglanz zu restaurieren. Dasselbe gilt in gleichem Masse für die Bundesrepublik, die eine Statusminderung ebensowenig ohne Resentiments akzeptieren konnte und sich - zu leiserem Auftreten gezwungen - zumindest keinen unannehmbaren Diskriminierungen ausgesetzt sehen wollte.

Unbeirrt an ihrem Weltmachtstatus festhaltend, war das Debakel am Suezkanal - zusätzlich zu der Niederlage in Indochina und der fortschreitenden Eskalation des Konflikts in Algerien - ein weiterer harter Schlag für das rampolierte Selbstwertgefühl der französischen Nation. Aus der demütigenden politischen Schmach der erfolglosen militärischen Episoden leitete Frankreich den Willen ab, die eigene atomare Rüstung zu intensivieren. Der Eindruck, sich nicht vollumfänglich auf den nuklearen Schutzschild der westlichen Hegemonialmacht verlassen zu können, bot den Franzosen einen zusätzlichen Vorwand, die militärische Nuklearentwicklung voranzutreiben. Atomwaffenbesitz, so die trügerische Lehre aus den politischen und militärischen Krisen der Grande Nation, sicherte einem Staat die nationale Unabhängigkeit und machte die Bündnispartner - bei allen Gemeinsamkeiten - bis zu einem gewissen Grad entbehrlich. Nationale Egoismen liessen sich, gemäss dieser Sachlogik, mit Atomwaffen besser durchsetzen als ohne. In der Tatsache, dass Frankreich nach der Suezkrise noch dezi-dierter als zuvor ein unabhängiges Atomwaffen-Arsenal erstrebte und sich diese Absicht mit den Zielsetzungen der Europäischen Atomgemeinschaft nicht zur Deckung bringen liess, steckt einer der wesentlichen Gründe für den Misserfolg von Euratom bezüglich der ursprünglichen Zielsetzungen der Organisation. Zwar wuchs auch in Frankreich die Bereitschaft, weitere europäische Integrations-schritte voranzutreiben, und das entschlossene Ausnutzen der kurzzeitig günsti-

²⁵ NZZ Nr. 101, 3./4. Mai 1997. Jung, Ernst Friedrich, Botschafter a.D. der BRD und ehemaliger Beigeordneter Generalsekretär der NATO.

gen Umstände führte zum Erfolg der 'Junktin-Strategie'. Letztlich obsiegte in der Güterabwägung aber das Streben nach nationalem Atomwaffenbesitz: Die Doktrin der nuklearen Unabhängigkeit verlangte nach einer atomaren 'Force de frappe' als neuem Grossmachtsymbol. Dieser Sachverhalt zeitigte Auswirkungen auf die nukleare Prioritätensetzung und erklärt, weshalb das Euratom-Projekt für Frankreich ab dem Moment der Unterzeichnung der Römer Verträge mehr oder weniger bedeutungslos blieb.

Das verzweifelte Festhalten am identitätsstiftenden Selbstverständnis einer Weltmacht, ungeachtet der Tatsache, dass die Karten längst neu verteilt waren und der Niedergang lange zuvor eingestzt hatte, demonstrierte gleichermassen die britische Aussenpolitik. Dem Anspruch auf eine weltpolitisch bedeutende Rolle Grossbritanniens untergeordnet, stand den euroäischen Belangen im Verlauf der fünfziger Jahre aus britischer Sicht nur ein untergeordneter Stellenwert zu. Angesichts eines sich am nationalen Eigennutz orientierenden Handelns stand der europäische Kontinent nach den nordamerikanischen Verbündeten und dem Commonwealth erst an dritter Stelle. Den Zickzack-Kurs der Briten widerspiegeln die Schwenker ihrer Europa-Politik im Zeitraum der Jahre 1955-56. Einen ersten Kurswechsel - und damit die Annäherung an das Sechserprojekt - bewirkte die Lancierung der Resolution von Messina. Noch im gleichen Jahr, im November 1955, äusserte London aber seine ablehnende Haltung gegenüber dem Integrationsvorhaben - nachdem die Partner den Engländern dilatorisches Verhalten unterstellt hatten. Daraufhin übten sich die Briten weiter in europäischer Obstruktionspolitik. Sie erinnerten sich erst in der Not ihrer kontinentalen Partner: Im Nachgang an Suez zeigte sich London in europäischen Belangen kurzzeitig wiederum kooperationswilliger.

• **Fazit: Kein Gemeinsamer Markt ohne Euratom - die EAG als unverzichtbares Element einer integrationspolitischen Erfolgsgeschichte**

Angesichts der geschilderten Fliehkräfte und eingedenk der Tatsache, dass die Wahl einer Atomgemeinschaft als Instrument zur Lösung der Blockade im stillstehenden Integrationsprozess als Fehleinschätzung abqualifiziert wird, mag es einigermassen erstaunen, dass im Nuklearbereich überhaupt ein Vertragsabschluss zustandekam. Diesen Widerspruch gilt es zu erläutern, so wie auch die Behauptung einer stichhaltigen Begründung bedarf, dass eine pauschale Diskreditierung der Atomorganisation nicht statthaft sei, weil Euratom im Rahmen der 'Relance' - und damit für die Fortsetzung des Einigungsprozesses - eine entscheidende Bedeutung zukam.

Haas spricht von einem 'Spill-over-Effekt', wenn "politische Massnahmen in Umsetzung einer ursprünglichen Aufgabe und Machtübertragung nur dann zu verwirklichen sind, wenn die Aufgabe selbst ausgeweitet wird, wie es sich in den Kompromissen zwischen den an der Aufgabe interessierten Staaten widerspiegelt".²⁶ Das Zustandekommen des Junktins kann als Beispiel eines erfolgreichen 'Spill-over' im Zusammenhang mit sektoralen Integrationsvorhaben angesehen werden, wobei die zeitgleiche Inkraftsetzung beider Vorlagen sogar als zentrales Element im Spannungsbogen der Euratom-Genese gewertet werden muss.

²⁶ Haas 1958, *Uniting of Europe*, S. 301.

Bereits im Sommer 1957 gab es Indizien dafür, dass Euratom mit der Unterzeichnung der Römer Dokumente sein integrationspolitisches Potential ausgeschöpft hatte - noch vor der offiziellen Inkraftsetzung des Vertragswerks. Tatsächlich zerschlugen sich die hochgesteckten Erwartungen an eine erfolgreiche Industrietätigkeit der Organisation binnen kurzer Zeit. Umso mehr gilt es herauszustreichen, dass die Bildung der Europäischen Atomgemeinschaft ein unverzichtbares Element des Fortgangs des regionalen Integrationsprozesses darstellte. Ihren bedeutendsten integrationspolitischen Wert gewann die EAG als unentbehrlicher Bestandteil des Junktims zwischen Atom- und Wirtschaftsgemeinschaft. Die nicht mehr rückgängig zu machenden Verbindung der beiden Vorlagen wurde zur unerlässlichen Vorbedingung der Bildung eines Gemeinsamen Marktes und damit zur wesentlichen Voraussetzung dafür, dass die Wirtschaftsgemeinschaft in der Folge die Rolle der Triebfeder der europäischen Integration übernehmen konnte.

Euratom war primär ein politisches Vorhaben, das seine Entstehungsimpulse in weitaus stärkerem Masse aus dem europäischen Einigungsgedanken bezog als aus der Sachlogik einer gesamteuropäischen Energiepolitik. In Anbetracht des vorrangigen Bestrebens, den Stillstand des Integrationsprozesses zu überwinden, lässt sich der Versuch, die Einigung Europas via friedliche Nutzung der Kernspaltung voranzutreiben und damit die Integrationsbestrebungen von der weltweiten Atomeuphorie jener Jahre profitieren zu lassen, vordergründig als geschickter Schachzug verstehen. Ausserdem passte eine gemeinsame Atompolitik anfänglich ausgezeichnet in das von manchen Integrationsbefürwortern favorisierte Konzept der sektoralen Integration. Beim Entscheid, der Atomgemeinschaft einen eigenen Rahmen zu geben, dürften sicherheitspolitische Erwägungen mit den Ausschlag gegeben haben: Mit der Ablösung des Besatzungsstatuts hatte die Bundesrepublik die unbeschränkte Freiheit zur Erforschung und Anwendung der Nuklearenergie zu friedlichen Zwecken wiedererlangt. Eine Atomgemeinschaft im europäischen Rahmen bot Möglichkeiten, die deutsche Nuklearpolitik, der man mit Misstrauen begegnete und verschiedentlich militärische Absichten unterstellte, ohne unhaltbare diskriminierende Einschränkungen unter Kontrolle zu halten. Den Franzosen öffnete Euratom einen Weg, aus ihrer faktischen Isolation herauszutreten, ohne sich gleich in die ungeliebte amerikanische Abhängigkeit begeben zu müssen. Zudem spekulierte Frankreich bei der Realisierung seines ambitionierten Nuklearprogramms auf Kapitalhilfe und einen Know-how-Transfer aus den Partnerstaaten, insbesondere der Bundesrepublik, was für Paris einen wesentlichen Anreiz für die Teilnahme an der neuen Europa-Initiative darstellte.

Diese Ausgangslage trug dazu bei, dass sich die Gegner der Atomgemeinschaft letztlich nicht durchsetzen konnten. Als ausschlaggebender Faktor dafür, dass das Messina-Projekt nicht scheiterte, ist auf verhandlungstaktischer Ebene der Umstand anzuführen, dass praktisch von Anfang an die Idee eines Junktims von EAG und EWG als 'conditio sine qua non' eines Vertragsabschlusses bestand.²⁷ Eine Ablehnung der Atomgemeinschaft hätte aufgrund des französischen Widerstandes gegen den Gemeinsamen Markt die gesamte Relance zum Scheitern verurteilt - ein Risiko, das letztlich keines der beteiligten Länder eingehen wollte. Konsequenterweise waren die dezidiert einen gemeinsamen Wirtschaftsraum an-

²⁷ Aus innenpolitischen Gründen wagte die französische Regierung erst gegen Ende des Jahres 1956, das Junktim offiziell zu akzeptieren.

strebenden Partner bereit, Euratom als Preis für die französische Billigung der EWG zu akzeptieren, auch wenn aus dem anfänglichen EAG-Konzept unter dem Druck widerstrebender Interessen schliesslich ein brüchiges Kompromissprodukt resultierte. Die nachfolgende permanente Krise war denn auch ein sozusagen in Kauf genommener 'Geburtsfehler' der Organisation.

Aus heutiger Sicht setzt sich eine zentrale Positionierung der Schaffung von Euratom im Rahmen der 'Relance européenne' möglicherweise der Replik aus, die Gründung der Atomgemeinschaft sei bloss ein Begleitumstand und eine Randbedingung der Bildung des Gemeinsamen Marktes gewesen - folglich könne ihre isolierte Betrachtung keine relevanten integrationsspezifischen Erkenntnisse erbringen. Die Untersuchung der Entstehungsgeschichte der Nuklearorganisation zeigt jedoch, dass dieser denkbare Einwand unbegründet ist. Zwar blieben die in Euratom gesetzten Hoffnungen aufgrund der unvorteilhaften Ausgangssituation zum Zeitpunkt der Tätigkeitsaufnahme der neugegründeten Gemeinschaft weitgehend unerfüllt. Dennoch ist es nicht legitim, pauschal von einem Misserfolg der Organisation zu sprechen. Beim Erreichen der übergeordneten Zielsetzung, der Überwindung des Stillstandes im stockenden Integrationsprozess, kam der Atomgemeinschaft eine nachhaltige Schlüsselfunktion zu. Pointierter ausgedrückt: Die Atomgemeinschaft war der Preis, den es für die französische Zustimmung zum Gemeinsamen Markt zu entrichten galt - und somit unverzichtbare Voraussetzung für die anschliessende integrationspolitische Erfolgsgeschichte der EWG.

Die Analyse der Begleitumstände des Messina-Projektes belegt die hohe Relevanz und Eigenständigkeit der Euratom-Genese im Gesamtprozess der europäischen Integrationspolitik der fünfziger Jahre. Zum ersten: Am Anfang der Überwindung des Integrations-Stillstandes stand der Gedanke, die Einigung Europas über den Nuklearsektor voranzutreiben. Die auf eine Initiative der Hohen Behörde zurückgehenden Memoranden, die den Montanunionspartnern anfangs 1955 vorgelegt wurden und von denen abgeleitet die Integrationsverhandlungen der folgenden zwei Jahre ihren Ausgang nahmen, enthielten als Kernstück den Vorschlag einer Union auf dem Atomsektor; die Idee eines Gemeinsamen Marktes wurde dem Projekt erst später beigelegt, nach ersten konsultativen Gesprächen unter den prospektiven Partnern.²⁸ Zum zweiten: Die Quellen deuten daraufhin, dass Frankreichs Regierung bis weit ins Jahr 1956 überhaupt nicht gesonnen war, ernsthaft auf das Projekt einer Wirtschaftsgemeinschaft einzugehen. Vielmehr setzten die Franzosen ihre Hoffnungen nach dem Scheitern der EVG auf beschränkte sektorale Integrationsvorhaben. In den Verhandlungen nach Messina favorisierte Paris konsequenterweise die Weiterführung des Integrationsprozesses im Nuklearbereich. Einen ersten Fingerzeig dafür, dass Paris die Wirtschaftsgemeinschaft ernstzunehmen begann, bot erst die Ende Mai 1956 in Venedig vorgebrachte Forderung nach Einbindung der überseeischen Territorien in den Gemeinsamen Markt. Zum dritten: Dass die französischen Bestrebungen nicht zum vornherein aussichtslos waren, zeigt die mehrfach belegte zeitweilige Bereitschaft der deutschen Bundesregierung, den französischen Interessen entgegenzukommen und das Euratom-Projekt tatsächlich vorrangig zu verwirklichen. Von deutscher Seite wurden die EWG-Verhandlungen denn auch bis in den Sommer 1956

²⁸ FM, Fonds AMH 9, 67/1. Deutsches Memorandum zugunsten einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Ebenso: Bjøl 1966, S. 380ff, Interview mit Pierre Uri.

nicht mit vollstem Engagement geführt. Zum vierten: Die USA haben während geraumer Zeit an Euratom ein erheblich aktiveres Interesse gezeigt als am Gemeinsamen Markt. Zum fünften: Erst der Krisenherbst 1956 führte zur entscheidenden Bewegung in den festgefahrenen Integrationsverhandlungen, wobei dem unbedingten Junktim, der zeitgleichen Realisierung beider Vorlagen, ein massgebliches Gewicht zufiel. Das Gefühl der Machtlosigkeit liess unter den Westeuropäern die Bereitschaft anwachsen, weitere Integrationsschritte zu wagen, und ab November 1956 begann sich eine Einigung der Vertragspartner über die gleichzeitige Unterzeichnung und Inkraftsetzung von Atom- und Wirtschaftsgemeinschaft allmählich abzuzeichnen. Im Bewusstsein der Gefahr liessen sich die zuvor unkoordinierten Bemühungen der am Messina-Vorhaben Beteiligten für eine ausschlaggebende Zeitspanne in einem konkreten gemeinsamen Konvergenzpunkt bündeln und ausrichten, wobei weniger das sachgerechte Abwägen rationaler Argumente als das Gefühl der Schwäche die nationalen Egoismen für einen entscheidenden Moment in den Hintergrund rückte und das gemeinsame Vorgehen zu einer Frage purer Notwendigkeit werden liess. In diesem Sinne begünstigten die Ereignisse des Herbsts 1956 das Zustandekommen des Junktims in nachhaltiger Weise.

Die These scheint berechtigt, dass der EWG-Vertrag ohne die erfolgreichen Euratom-Verhandlungen der Zeitspanne von 1954-57 in der historisch realisierten Weise kaum zustandegekommen wäre. In den mitentscheidenden Ereignissen des Krisenherbstes 1956 steckte aber auch bereits einer der wesentlichen Gründe, weshalb die Atomgemeinschaft so unbedeutend blieb: Frankreich erstrebte, nach Suez noch dezidierter als zuvor, ein unabhängiges Atomwaffen-Arsenal - zumal sein Drängen auf eine europäische Isotopentrennanlage erfolglos blieb -, und die deutsche Industrie beharrte noch entschiedener auf atomtechnologischer Unabhängigkeit. Folglich führt eine Bewertung der Rolle der Atomgemeinschaft im langen europäischen Einigungsprozess denn auch zu mageren Zensuren. Gemessen an den mit der Gründung verbundenen und im Vertrag formulierten Zielsetzungen, blieb die Nuklearorganisation unbestreitbar weit hinter den anfänglich hochgesteckten Vorgaben zurück. Die Hoffnung, eine wesentliche Kraftquelle der Integration zu werden, konnte Euratom nicht erfüllen - diese Rolle blieb der Wirtschaftsgemeinschaft vorbehalten.

Ursprünglich zielten Montanunion, Euratom und EWG gemeinsam auf die Errichtung eines einheitlichen europäischen Marktes. Die Erwartung, dass sich aus der getrennten Tätigkeit von EGKS und EAG eine einheitliche energiepolitische Linie ergäbe, entpuppte sich aber als Illusion. Das Instrumentarium der Gründungsverträge erwies sich als inkohärent, widersprüchlich und teilweise untauglich zur Erreichung der gesetzten Ziele. Mitverantwortlich für diese ernüchternde Entwicklung waren die divergierenden ordnungspolitischen Prämissen der Gemeinschaften. Während der Gemeinsame Markt im wesentlichen eine liberale, marktwirtschaftliche Konzeption aufwies, waren Montanunion und Atomgemeinschaft von dirigistischen und protektionistischen Elementen geprägt. Im selben Mass, wie sich die EWG bewährte, verloren die Programme der beiden übrigen Organisationen an Bedeutung, wurden desavouiert und zurückgedrängt. Bereits in den sechziger Jahren galten wesentliche Bestimmungen des EGKS- und des EAG-Vertrages als obsolet und undurchführbar, so etwa die Steuerung des Kohlemarktes durch die Montanbehörde oder das Handelsmonopol der Euratom-Versorgungsagentur. Auch die Umsetzung einer gesamteuropäischen Nuklearkonzeption blieb aus: Alle Versuche, die politische Grundsatzentscheidung für eine 'europäische Identität' auch im Bereich der Kernenergie durch gemein-

schaftliches Handeln in den wesentlichen Fragen der atomaren Forschungs- und Industriepolitik einzulösen, scheiterten an den widersprüchlichen Prioritäten der Mitgliedstaaten.²⁹ Besonders der Sonderstatus des Kernwaffenstaates Frankreich erwies sich als nicht vereinbar mit den überstaatlichen Intentionen des Euratom-Vertrages.

Die aus integrationspolitischer Sicht negative Bilanz ist zumindest teilweise Ausfluss einer in harten Verhandlungen mühsam erzielten Kompromissformel bezüglich der Kompetenz-Zuweisungen an Euratom. In der Frühphase der 'Relance' entworfene Konzeptionen hatten auf eine institutionell wie funktional weit kraftvollere Organisation abgezielt, welche die nukleare Entwicklung in den Mitgliedstaaten hätte steuern und koordinieren sollen. Das als wirksames Lenkungsinstrument vorgesehene, nach den Vorgaben der amerikanischen Führungsmacht konzipierte Versorgungssystem für Spaltstoffe liess sich aber in seiner anfänglich kompromisslosen Ausgestaltung als zentrales Element der Organisation nicht durchzusetzen. Um die Vertragsunterzeichnung letztlich nicht zu gefährden, wurden in der Frage der Verhinderung missbräuchlicher Nutzung von Kernbrennstoffen zudem Kompromisslösungen gewählt, welche die Überprüfungen zur Farce verkommen liessen. Auf Kosten der Glaubwürdigkeit blieb der sicherheitspolitisch relevante militärische Bereich aufgrund unüberwindbarer nationaler Widerstände von den Inspektionen ausgeklammert. Unter derartigen Umständen gelang es Euratom nicht, die von den Initianten gewünschte Basis-Infrastruktur einer kommerziellen Kernenergienutzung zu schaffen und eine erfolgreiche industrielle Tätigkeit zu entfalten. Ebenso wenig vermochte die Gemeinschaft in der Forschungstätigkeit eine richtungsbestimmende Führungsposition einzunehmen, nach der sich die nationalen Forschungsprogramme in der Folge hätten ausrichten müssen.

Von den anfänglichen Absichten wurden nur sehr wenige verwirklicht - und auch die nur höchst unvollständig. Die zentralen nuklearpolitischen und atomwirtschaftlichen Kompetenzen lagen weiterhin in nationalstaatlicher Obhut und waren dadurch eher Ursprung wirtschaftlicher und politischer Konkurrenz denn Impulsgeber für den Integrationsprozess. Bloss in einem zentralen Sektor - bezeichnenderweise im unverdächtigen Sicherheitsbereich -, kam es zur Entwicklung einer genuin gemeinschaftlichen Funktion und der Wahrnehmung eines kollektiven Interesses der Partnerstaaten durch Euratom. In zwei weiteren Funktionen vermochte sich die Gemeinschaft in späteren Jahren wenigstens teilweise als handlungsfähige und eigenständige Organisation zu behaupten: einmal bei den gegen den Missbrauch von Spaltmaterial gerichteten internationalen Kontrollmassnahmen, die im Einvernehmen mit der IAEO - unter Aussparung der militärischen Programme - von der EU-Kommission durchgeführt werden, und zum andern bei der Versorgung der Gemeinschaftsländer mit Kernbrennstoffen, für die in gewissen Bereichen die Versorgungsagentur alleine zuständig ist.³⁰

Der Erfolg der 'Relance européenne' bewies, dass die Einigungsbestrebungen stärker waren, als das klägliche Scheitern der EVG zuvor vermuten liess. Gemessen an den Hoffnungen, die ursprünglich mit der Idee der europäischen Einigung verbunden waren, war das wenig; gemessen an den Funktionsdefiziten der euro-

²⁹ Pirotte 1988, Trente ans d' experience Euratom. La naissance d' une Europe nucléaire, S. 89ff.

³⁰ Pirotte 1988, Trente ans, S. 226f.

päischen Nationalstaaten stellte es aber gleichwohl eine beachtliche Innovation dar. Mit dem Abschluss der Römer Verträge hatte die Sechsergemeinschaft einen Organisationsstand erreicht, der ein beträchtliches Ausbaupotential aufwies. Die Vermittlung einer soliden Kernstruktur verschaffte dem Zusammenschluss vorerst eine notwendige Stabilisierung und eröffnete gleichzeitig die gewünschte Perspektive auf eine Verstetigung des Integrationsprozesses.

Für die aktuellen politischen Fragen waren die neuen Gemeinschaften im Moment ihrer Entstehung noch nicht von grosser Bedeutung - dafür wiesen die Vertragswerke zu deutliche Züge eilig ausgehandelter Kompromisse auf, und sie waren, was die Weiterentwicklung der Organisationen anbetraf, zu offen und unbestimmt abgefasst. Die ausserordentlichen Schwierigkeiten, welche die Ausarbeitung der Römer Verträge begleiteten, zeigten, dass der damit erreichte Stand der Gemeinschaftsbildung das Äusserste dessen darstellte, was im Europa der fünfziger Jahre zu erreichen war. Der weitere Ausbau der europäischen Institutionen war mit dem Gelingen der 'Relance' keineswegs zwingend vorgespurt. Allein schon die Tatsache war problematisch, dass ein Konsens über die politische Zielrichtung der Gemeinschaft, die trotz ihrer wirtschaftlichen Funktionen immer noch stärker politisch als ökonomisch motiviert war, erneut ausblieb und ihr auf die Exekutiven und die administrativen Eliten konzentriertes Konzept sich nicht dazu eignete, diese Verständigung innerhalb eines vernünftigen Zeitraums nachzuholen. In Rom hatte sich der ein nationales Gegengewicht gegenüber den supranationalen Institutionen repräsentierende Ministerrat als Hauptorgan der Gemeinschaft durchgesetzt. Das Bekenntnis zur politischen Union war deshalb nicht mehr als eine unverbindliche Absichtserklärung in der Präambel der unterzeichneten Verträge.³¹

Für den weiteren Gang der Integration stellten die römischen Abschlüsse ein ambivalentes Ergebnis dar: Zwar markieren sie den vielleicht bedeutendsten Meilenstein des europäischen Integrationsvorhabens; für die Weiterentwicklung waren jedoch - als Folge der ausgesparten Verständigung über die politische Finalität der Gemeinschaft - immer wieder konvergierende Interessenkonstellationen und ein nachdrücklicher politischer Gestaltungswille vonnöten.

Während die ersten zaghaften europäischen Zusammenschlüsse nach dem Krieg zunächst in mehr oder weniger konventionellem Rahmen stattfanden, wurde mit der Montanunion der erste Schritt in Richtung auf eine institutionelle Bündelung von begrenzten Hoheitsrechten getan. Das Schicksal von Verteidigungs- und Atomgemeinschaft zeigte die Grenzen der Bindungsbereitschaft auf. Sowohl Franzosen als auch Briten lehnten den Gedanken eines europäischen Bundesstaates ab. Im Gegensatz zu den Deutschen, die sich in ihrem staatlichen Gehäuse nach dem Desaster des Dritten Reichs latent unwohl fühlten, war der Nationalstaat für die Völker des freien Europas eine natürliche, langerprobte Struktur, die es im wesentlichen zu erhalten galt. Die Idee der Supranationalität vermochte sich nicht durchzusetzen. Selbst zur Zeit, als der Kalte Krieg nicht nur den Aufbau der NATO, sondern auch die europäische Integration förderte, lehrte die Erfahrung bald einmal, dass - pauschal formuliert - dem Bürger nur ein beschränktes Mass an 'Europäisierung' zugemutet werden kann und dieser nicht auf nationale Besonderheiten verzichten will. Die Menschen identifizieren sich mit ihrem nationa-

³¹ Küsters 1982, Gründungsgeschichte der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, S. 335ff.

len Staat, und nur in diesem Rahmen wird Staatsgewalt akzeptiert. Die Entscheidungsprozeduren einer europäischen Zentralgewalt werden, so vertragskonform sie sein mögen, nicht als Massnahmen des eigenen Staates, sondern als Eingriffe von aussen betrachtet. Dies gilt umso mehr, sobald es sich dabei um unpopuläre Entscheidungen handelt - ungeachtet der Tatsache, dass diese einem eingegangenen Vertragsverhältnis entstammen. Die Entscheidungen der Gemeinschaftsorgane, wiewohl allgemeinverbindlich, müssen erst vom Partnerstaat 'übersetzt' und transformiert werden, um allenfalls auf Akzeptanz zu stossen. Massgebliches Aussprache- und Beschlussorgan bleibt vorderhand das nationale Parlament.

Obschon zwischenzeitlich nicht mehr das Mass aller Dinge, ist der Nationalstaat in seiner Struktur durchwegs erhalten und intakt. Trotz der Erkenntnis, dass ein Staatswesen sehr wohl ein partielles Abtreten von Hoheitsrechten verkraften kann, ohne gleich seine Basisfunktion zu verlieren, lehrt die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte, dass ein politisch vereinigt Europa auch im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht realisierbar ist.³² Die historische und kulturelle Vielfalt des alten Kontinents lässt den europäischen Einheitsstaat heute noch nicht zu, wodurch die Grenzen der regionalen Integration für den Moment vorgezeichnet sind.³³ Das Europäische Parlament vermag die Funktion der nationalen Legislativen nicht einmal in Ansätzen zu übernehmen, geschweige denn kann es sie ersetzen. Ebenso könnte eine europäische Exekutive kaum über Inhalte entscheiden, die, Vertrag hin oder her, von einem Partnerstaat als Fragen des vitalsten nationalen Interesses deklariert würden. Was die politische Finalität anbelangt, sind die Absichten und Hoffnungen der europäischen Förderatoren der Gründerzeit vorerst gescheitert; die Umsetzung ihrer Vision eines geeinten Europas lässt weiter auf sich warten.

Die Vision Europas ging vor 50 Jahren von der parallelen Entwicklung von Politik und Strategie einerseits und Wirtschaft und Gesellschaft andererseits aus. Mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft scheiterte sie bereits im Ansatz. Mit den Römer Verträgen wurde wenigstens der Gemeinsame Markt ein eindrucklicher Erfolg: Aus der Keimzelle Montanunion entwickelte sich nicht der militärische, sondern der wirtschaftliche Ansatz - getragen vom Hintergedanken der 'Gründerväter', er werde Sachzwänge zur politischen Union schaffen, und zugleich behindert vom Vorsatz der Bremser von de Gaulle bis Thatcher, dem verhassten 'Brüssel' die zur Erfüllung gemeinschaftlicher Aufgaben erforderlichen Kompetenzen vorzuenthalten. Als Ausfluss dieser Konstellation blieb das politische Europa weitgehend inexistent, und das strategische Europa war von Anfang an bis heute vom Schutz und den Eigeninteressen der Amerikaner abhängig. Diese halb verwirklichte Vision Europas hat sich, ungeachtet ihrer Einseitigkeit, bewährt. Angesichts der Herausforderungen der Gegenwart - Stichworte: horizontale Erweiterung nach Osten und Südosten; vertikale Vertiefung nach innen; ökonomische Globalisierung - tritt das Fehlen von adäquaten Strukturen in den

³² Die USA können gegen diese Behauptung nur bedingt als Antithese eingebracht werden; sie wurden in dem Zeitpunkt zum Bundesstaat, als die amerikanischen Kolonien gerade ihre Unabhängigkeit erreicht hatten und noch formbar waren.

³³ Bezeichnend für das Beharrungsvermögen nationalstaatlicher Denkart ist die Tatsache, dass sich mit Grossbritannien und der Schweiz die ältesten Demokratien Europas am dezidiertesten gegen einen bundesstaatlichen Zusammenschluss ausgesprochen haben.

Bereichen Politik und Sicherheit aber erneut schmerzlich ins Bewusstsein.³⁴ Und eine neue Vision Europas ist bloss ansatzweise in Sicht - selbst wenn mit der Einführung des 'Euro' - 'Europa zum Anfassen' - die Landeswährungen als dem Kernbestand nationaler Souveränität angehörende Statussymbole künftig entfallen. Dabei wird sich aber die für einen einheitlichen Währungsraum postulierte Mobilität von Mensch und Kapital im Falle notwendiger Korrekturen von entstehenden ökonomischen Ungleichgewichten erst noch bewähren müssen - spätestens dann, wenn es um die Vermeidung explosiver sozialer Notlagen geht. Positiv ist in diesem Zusammenhang zumindest, dass sich die zählebigen Nationalstaaten mit den Maastricht-Kriterien ein derart enges Korsett verpasst haben, dass von souveräner Wirtschaftspolitik nicht mehr die Rede sein kann. Die entstehenden Sachzwänge werden die nationalen Regierungen zwar nicht ins zweite Glied zurückdrängen, aber sie werden die Exponenten staatlicher Macht von Fall zu Fall dazu bringen, gemeinsame Auswege aus Krisensituationen zu finden.

Nie ist die Entwicklung der europäischen Integration linear vorangegangen - Fortschritte erfolgten immer ruck- und stossweise. Seit jeher galt es, Hindernisse zu überwinden, Kompromisse auszuhandeln und den günstigen Zeitpunkt abzuwarten. Auf diese Weise gelangen bislang immer wieder Durchbrüche - genauso wie auch Rückschläge zu verzeichnen waren. Weiterhin wird die Zukunft der Europäischen Union zu einem guten Teil davon abhängen, inwieweit die Gemeinschaft die wirtschaftlichen Interessen der Nationalstaaten als der fundamentalen Einheiten sozialer und politischer Organisation in Europa befriedigen kann. "Integration bzw. die Entscheidung dafür bleibt prinzipiell immer reversibel, wie auch eine Entscheidung gegen Integration prinzipiell jederzeit revidierbar ist"³⁵: Grundsatzentscheide zugunsten eines Integrationsprozesses werden nicht zwingend einmalig gefällt. Solange nicht ein Integrationsgrad erreicht ist, der den Prozess faktisch irreversibel macht, sind Vereinbarungen von grundsätzlicher Tragweite auch während eines längst angelaufenen Einigungsprozesses gegebenenfalls wiederholt zu treffen - etwa im Zusammenhang mit eingetretenen Veränderungen der Rahmenbedingungen.³⁶ Die Rücknahme eines befürwortenden Integrationsbeschlusses dürfte mit zunehmendem Integrationsgrad infolge ansteigender Desintegrationskosten allerdings immer unwahrscheinlicher werden. Trotzdem bleibt selbst der Fortbestand der gegenwärtigen Gemeinschaft ungesichert, sofern es künftig nicht zur Entwicklung einer neuen tragenden Europa-Vision kommt. Allein eine geographische Ausweitung der Unions-Grenzen kann zur Absicherung des Besitzstandes nicht genügen. Wenn es den Europäern nicht gelingt, zugleich das Gehäuse ihrer nationalstaatlichen Egoismen weiter aufzuweichen, dürfte in der europäischen Zukunft des 21. Jahrhunderts einiges auf dem Spiel stehen - darin eingeschlossen Teile des bisher Erreichten.

³⁴ Regelmässig monieren Kritiker - bevorzugt Schweizer Euro-Skeptiker -, dass eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik der Europäer inexistent sei oder versagt habe - zuletzt auf dem Balkan. Ebenso regelmässig bleibt dabei ungesagt, dass dieses unbestreibare Faktum zwingend aus der immer noch vorwiegend französisch-britischen Weigerung resultiert, die entsprechenden Kompetenzen an entscheidungsfähige Unionsorgane abzu delegieren.

³⁵ Zimmerling 1991, Externe Einflüsse auf die Integration von Staaten, S. 223.

³⁶ In diesem Zusammenhang kann die Frage der Ost-Erweiterung der Union als Beispiel dienen.

Anhang

Eckdaten der europäischen Integrationsgeschichte

17. 03. 1948 Unterzeichnung des Brüsseler Pakts (GB, F, Benelux)
16. 04. 1948 Unterzeichnung der Gründungskonvention der OEEC
04. 04. 1949 Unterzeichnung des NATO-Vertrages
05. 05. 1949 Unterzeichnung der Satzungen des Europarates
23. 05. 1949 Proklamation des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland
09. 05. 1950 Bekanntmachung des Schuman-Plans zur Gründung der Montanunion
25. 06. 1950 *Ausbruch des Korea-Krieges*
19. 09. 1950 Unterzeichnung des Abkommens über die European Payments Union (EPU)
24. 10. 1950 Pleven-Erklärung zur Bildung einer Verteidigungsgemeinschaft (EVG)
18. 04. 1951 Unterzeichnung des Montanunion-Vertrages (EGKS)
26. 05. 1952 Unterzeichnung des Deutschlandvertrages
27. 05. 1952 Unterzeichnung des EVG-Vertrages durch die EGKS-Gründerstaaten
25. 07. 1952 Inkraftsetzung EGKS-Vertrag; Luxemburg wird Sitz der Montanunion
19. 03. 1953 Ratifizierung des EVG-Vertrages durch den deutschen Bundestag
08. 12. 1953 'Atoms for Peace'-Rede Eisenhowers vor der UNO-Vollversammlung
07. 05. 1954 *Die Kapitulation der Festung Dien Bien Phu besiegelt Frankreichs Niederlage in Indochina*
30. 08. 1954 Die Ablehnung der EVG durch die französische Nationalversammlung führt ebenfalls zum Scheitern der 'Politischen Gemeinschaft' (EPG)
23. 10. 1954 Paraphierung der Pariser-Verträge: Umbildung des Brüsseler Pakts zur Westeuropäischen Union. Aufnahme Bundesrepublik in WEU und NATO
05. 05. 1955 Gleichzeitige Inkraftsetzung des WEU-Abkommens und der Pariser Verträge. Die Bundesrepublik Deutschland erlangt ihre volle Souveränität
09. 05. 1955 Beitritt der Bundesrepublik zur NATO
- 1.-3.06.1955 'Relance européenne': Konferenz von Messina. Einleitung einer neuen Phase der Integration (Messina-Resolution)
21. 08. 1955 Beginn der internationalen Atomenergie-Konferenz in Genf
13. 10. 1955 Bekanntgabe der Gründung des 'Aktionskomitees' durch Jean Monnet
04. 11. 1955 Publikation der OEEC-Studie Armands zur Energiesituation in Europa
11. 11. 1955 Absage Grossbritanniens an das Messina-Vorhaben
15. 12. 1955 Lancierung der OEEC-Alternative zu Euratom. Publikation des Konzeptes über 'Möglichkeiten der Betätigung auf dem Gebiet der Atomenergie'
11. 02. 1956 Aussenministertagung der Messina-Partner in Brüssel
21. 04. 1956 Abgabe des Spaak-Berichts an die Aussenminister der Sechs
29. 05. 1956 Konferenz von Venedig. Beschluss zur Aushandlung von Verträgen für EAG und EWG auf der Grundlage des Spaak-Berichts
21. 06. 1956 Unterzeichnung des bilateralen Abkommens Schweiz-USA über die Zusammenarbeit im Bereich der friedlichen Verwendung der Atomenergie
05. 07. 1956 Euratom-Debatte in der französischen Nationalversammlung
20. 10. 1956 Aussenministertreffen der Sechs in Paris
23. 10. 1956 *Beginn des Aufstands in Ungarn*
29. 10. 1956 *Suez-Krise: Ausbruch des israelisch-arabischen Krieges*

-
26. 10. 1956 Gründung der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA)
31. 10. 1956 *Intervention Grossbritanniens und Frankreichs im Suezgebiet*
13. 02. 1957 Der OECE-Ministerrat beschliesst, Verhandlungen über die Gründung einer Europäischen Freihandelszone (EFTA) aufzunehmen
25. 03. 1957 Unterzeichnung der Römer Verträge. Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG)
26. 11. 1957 Abschluss der Ratifikation der Römer Verträge (6.7. BRD /9.7. F /30.7. I /4.10. NL /19.11. B / 26.11. LUX)
20. 12. 1957 Gründung der Europäischen Kernenergie-Agentur der OECE (AEEN)
01. 01. 1958 Inkrafttreten der Römer Verträge
01. 04. 1958 Tätigkeitsaufnahme des Europäischen Gerichtshofs
24. 11. 1959 EFTA-Konvention wird unterzeichnet
03. 05. 1960 Inkrafttreten der EFTA-Verträge (Freihandelszone als Alternative zur EWG)
01. 06. 1960 Schweiz: Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die friedliche Verwendung der Atomenergie (BG vom 23. 12.1959)
14. 12. 1960 Gründung der OECD als Nachfolgeorganisation der erweiterten OECE
22. 01. 1963 Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags in Paris;
Veto de Gaulles gegen den Beitritt Grossbritanniens
01. 01. 1967 Aus den drei Gemeinschaften EGKS, EWG und Euratom wird die Europäische Gemeinschaft (EG)
01. 01. 1973 Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften durch die Beitritte Grossbritanniens, Irlands und Dänemarks
1974 Einsetzung des 'Europäischen Rates' (Periodische 'Gipfeltreffen' der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten)
1979 Erste Direktwahl des Europäischen Parlaments;
Europäisches Währungssystem
01. 01. 1981 Griechenland wird 10. EG-Mitglied
01. 01. 1986 Aufnahme Spaniens und Portugals in die Gemeinschaft ('Europa der Zwölf')
1992 Unterzeichnung der Maastrichter Verträge (Februar); Unterzeichnung des EWR-Vertrages in Porto (Mai; 'Europäischer Wirtschaftsraum')
01. 01. 1993 EG-Binnenmarkt für 345 Mio. Menschen aus 12 Ländern wird Wirklichkeit
1994 Maastrichter Verträge treten in Kraft: Die EG wird zur Europäischen Union (EU). Inkraftsetzung des EWR mit den EFTA-Ländern
01. 01. 1995 Schweden, Finnland, Oesterreich treten der EU bei ('Europa der Fünfzehn')
1998 Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern
01. 01. 1999 Start zur Währungsunion mit 11 Mitgliedstaaten (Einführung 'Euro-Zone')
2000 Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta Rumänien und der Slowakei
01. 01. 2002 Ausgabe von EU-Banknoten und Münzen

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

Im allgemeinen findet sich die Literatur in den Anmerkungen nur bei erstmaliger Nennung vollständig zitiert. In der Folge beschränken sich die Angaben auf Autor, Erscheinungsjahr und Seitenzahl (Link 1988, S. 23). Werden von einem Verfasser mehrere Schriften zitiert, enthält die Fussnote ausserdem einen stichwortartigen Verweis auf den Titel des zitierten Werkes (Milward 1992, Rescue, S. 52ff).

1. UNGEDRUCKTE QUELLEN**1.1 Schweizerisches Bundesarchiv (BAr)**

E 2001 (E) / EPD	10	Bd. 18-22
	1967/113	Bd. 585
	1970/1	Bd. 35
	1970/217	Bd. 355-62; 364; 366; 383-85; 387; 406
E 2003 (A) / EPD	1970/115	Bd. 1
	1971/44	Bd. 1; 25-34; 54, 55; 269-71
	1974/52	Bd. 30, 31
E 2200 Paris (-)	1970/245	Bd. 14; 29; 108; 112
	1972/157	Bd. 78
	1977/93	Bd. 96; 114
E 2200 Köln (-)	1968/134	Bd. 43
	1976/194	Bd. 62; 68
E 2200 Paris (OECE)	1972/159	Bd. 31, 32, 33
	1973/133	Bd. 1
	1975/90	Bd. 12-14; 56-66
E 7111 (B) / EVD	1972/168	Bd. 5, 6; 6a, 7; 140-45; 387
E 7113 (-) / EVD	1987/144	Bd. 3; 77
	1988/128	Bd. 2; 13; 25
E 27 Landesverteidigung	19038	Bd. 3-5
	19039	Bd. 1-5

1.2 Fondation Jean Monnet pour l' Europe (FM), Lausanne/Dorigny• **Archives de Jean Monnet**

Fonds AMF	Plan de modernisation et d' équipement de la France (1946-52)
Fonds AMG	Le Plan Schuman (1950-52)
Fonds AMH	La Communauté européenne du charbon et de l' acier (1952-55)
Fonds AMI	La Communauté européenne de défense (1949-54)
Fonds AMJ	La Communauté politique européenne (1951-54)
Fonds AMK	Le Comité d' Action pour les Etats-Unis d' Europe (1955-75)

AMK/C	Korrespondenz Aktionskomitee
AMK/C1	Korrespondenz mit den deutschen Komitee-Mitgliedern
Fonds AML	Discours, déclarations, interviews (1945-75)
Fonds AMM	Agendas, notes manuscrites (1946-75; Fonds in Bearbeitung)
Fonds AMS	Bibliothèque

• **Archives de Robert Marjolin**

Fonds ARM	Dossier 4	Travaux de l' OECE
	Dossier 11	La Relance

• **Archives de Robert Schuman**

Fonds ARS	Dossier 1	Ecrits de Robert Schuman
-----------	-----------	--------------------------

• **Archives de Paolo Emilio Taviani**

Fonds APT	La période de la négociation du Plan Schuman et sa mise en marche
-----------	---

1.3 Europäisches Hochschulinstitut Florenz (EUI):

Historisches Archiv der Europäischen Gemeinschaften (HAEC)

• **Bestände der Europäischen Gemeinschaftsorgane (EC; 1952-66)**

CEAB *Hohe Behörde der EGKS (Aktenabgaben der Europäischen Kommission COM)*

CEAB 01	Service Juridique
CEAB 02	Secrétariat Général
CEAB 03	Archives Centrales
CEAB 04	Division Statistiques
CEAB 05	Division Relations extérieures
CEAB 06	Division Transports
CEAB 07	Marché et problèmes industriels: charbon
CEAB 07/3	Situation du marché charbonnier (charbon à coke)
CEAB 08	Marché et problèmes industriels: acier
CEAB 09	Division Economie et Energie
CEAB 10	Marché et problèmes industriels: investissements
CEAB 11	Division Travail et affaires sociales
CEAB 12	Administration et finances
CEAB 13	Groupes de Travail
CEAB 14	Commission des Quatre Présidents
CEAB 15	Comité consultatif de la CECA

BAC *Kommissionen der EWG und der Euratom (Europäischen Kommission COM)*

BAC 02	Communauté européenne de l' énergie atomique
--------	--

CM *Ministerräte EGKS, EWG und Euratom (Rat der Europäischen Union CM)*

CM1	Conseil des ministres de la CECA (Montanunion)
-----	--

- File 16 Relations avec les pays tiers (1.9.52)
 File 23 Travaux de la commission du développement du marché du charbon et de l'acier (17.11-20.11.52)
 CM2 Conseil des ministres de la CEE et de l'EURATOM
 File 671 Réalisations d'installations (1958)
 File 672 Syndicats d'études (usine de séparation isotopique (1956)
 File 674 Comité des trois sages (1956-57)
 File 687 Estimation de production d'énergie nucléaire en Europe (1954-58)
 File 690 Possibilités d'action dans le domaine de l'énergie nucléaire (1955)
 PE1 Assemblée commune de la CECA (Aktenabgabe des Europäischen Parlaments PE)

• **Deposita von Privatpersonen oder Organisationen (DEP)**

CEEC Comité Européenne de Cooperation Economique (DEP/OECD)

OEEC Organisation Européenne de Cooperation Economique (DEP/OECD)

- OEEC.C-M.1948ff Council/Minutes of meetings C/M(48)ff
 OEEC.CE-M.1948ff Executive committee/Minutes of m. CE/M(48)ff
 OEEC.CC-M.1948ff Coal committee/Minutes of m. CC/M(48)ff
 OEEC.EE-M.1952ff Energy committee/Minutes of m. EE/M(52)ff
 OEEC.CO-M.1953ff Oil committee/Minutes of m. OO/M(53)ff
 OEEC.CIG-WP.1952ff Working papers WP(52)ff
 OEEC 033 System of coal allocation (1952)
 OEEC 037 Coal allocation (1953)
 OEEC 039 European coal situation
 OEEC 044 Kohleberichte der Hohen Behörde
 OEEC 262 Nuclear energy (6.1955-12.58)
 OEEC 413 Switzerland

OEEC Systematische Mikrofilm-Sammlung der OECD-Dokumentenserien (DEP/OECD)

- MIC 19 OEEC.C-Council 1949
 MIC 63 OEEC.C-Council 1950
 MIC 71 OEEC.C-Council 1951
 MIC 84 OEEC.C-Council 1952
 MIC 85 OEEC.C-Council 1952
 MIC 92 OEEC.C-Council 1953

NUC Agence Européenne pour l'Energie nucléaire (DEP/OECD)

- NUC-PRE Travaux préparatoires (rapport Armand; groupes de travail)
 NUC-DEV Développement de l'énergie nucléaire
 NUC-ENT Entreprises communes (DRA/Projet Dragon; HAL/Projet Halden)
 NUC-M Collection de procès verbaux de sessions (Comité spécial)
 NUC-WP Documents de travail (Working parties)

DRA Dragon Project (DEP/OECD)

- DRA-A Administration and action

- DRA-B Reports
 DRA-MIC DRA 1-5; 300, 301
- CHEM Société Eurochemic (DEP/OECD)*
 CHEM 1-6 Constitution of the Society; Administration and action
 CHEM 51-53 Actions; Status and conventions
 CHEM 57-75 General Assembly; Administrative Council
 CHEM 121 Technical Committee
 CHEM 152 Relations with United Kingdom
- EH Etienne Hirsch (DEP/EH)*
 EH 43 Plan Schuman; création de la CECA (1950-51)
- PU Pierre Uri (DEP/PU)*
 PU 15 Plan français de modernisation et d'équipement (1947-52)
 PU 25 Plan Schuman instituant la CECA (1950-52)
 PU 35 Haut-fonctionnaire à la CECA (1952-58)
- **Sammlungen und Reproduktionen von Akten dritter Archive (COL)**
- JMAS Sources américaines sur Jean Monnet*
 JMAS 92 Commissariat général du Plan (1946)
 JMAS 93 Commissariat général du Plan, correspondance (1947)
- JMDS Collection Duchêne sur Jean Monnet*
 JMDS 215 Plan Monnet (1945-50)
 JMDS 216 Plan Schuman (1950-51)
 JMDS 217 CECA (1950-55)
- WL Walter Lippens*
 WL 157 Schuman-Plan und EGKS (1949-54)
- AA-PA Auswärtiges Amt, Politisches Archiv (Bestand B 15)*
 AA-PA-MIC AA-PA 5; 7; 12 Fragen des Schuman-Plans (1950-52)
- MAEF Ministère français des Affaires étrangères*
 RS-MIC RS 1-7 Cabinet Robert Schuman (1948-53)
- NARA National Archives and Records Administration (State Department Central Files)*
 NARA-MIC NARA 1-9 Fed. Rep. of Germany - Foreign Affairs (1950-54)
 NARA-MIC NARA 17; 23; 31 Fed. Rep. of Germany - Internal Affairs (1950-54)
- PRO Public Records Office (Foreign Office files for Post-War Europe, Series One)*
 PRO-MIC PRO 2-4; 12; 17 The Schuman Plan and the ECSC (1950-55)

1.4 Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ)

- **Historisches Archiv des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins (SHIV / 'Vorort-Archiv', seit 1991 vom AfZ betreut)**

II/10	<i>Handakten von Direktoren: Heinrich Homberger</i>
10.11	Aussenpolitik; internationale Beziehungen
10.11.5	Europäischer Wiederaufbau, Integrationspolitik
10.11.5.3	OECE (1948-57)
10.11.5.3.1	Römer Verträge; Schweizer Stellungnahmen zum Verhältnis OECE - Sechsergemeinschaft (1956-57)
10.11.5.3.8	Atomenergie (1956-58)
10.11.5.3.8.1	OECE-Ministerkonferenzen (Nuklearenergie; 1956)
10.11.5.3.8.2	Kommissionsprotokolle (Atomenergie; 1957)
10.11.5.3.8.3	Vernehmlassung zum BG über die friedliche Verwendung der Atomenergie und des Strahlenschutzes (1957)
10.11.5.5	Konferenzen Brüssel; Messina
X	<i>Energiewirtschaft</i>
160	Allgemeine Energiepolitik
161	Kohle
163	Erdöl
164	Atomenergie
164.2	Atomenergie (1955-58)
164.3	Reaktor AG (1955-1958)
164.7	Gemeinschaftsprojekte 'Halden' und 'Dragon'
164.9	IAEA
164.10	Atomgesetz; allgemeine Atomfragen (1957-1963)
164.12	Gemeinschaftsprojekt 'Eurochemic'
XIV	<i>Branchen</i>
212	Chemische Industrie
213	Maschinen- und metallverarbeitende Industrie; Elektrizitätswirtschaft
XVIII	<i>Europäische Wirtschaftsorganisationen und Institutionen</i>
270	OECE / EZU (1948-60)
270.12	Atomenergie; Comités techniques (270.4)
271	OECE / Nuklearkooperation: Gemeinschaftsprojekte
272	EFTA 1956ff
272.1.2	Publikationen Homberger (Schriften, Reden)
273	Europäische Gemeinschaften (EGKS, EAG, EWG)
273.1.1-2	Schuman-Plan, Montanunion (1950-56)
272.1.3	Euratom (1955-57)
274	Integrationspolitik

- **Privatakten Heinrich Homberger (HH)**

II Akten des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins (1928-65)

IX Wirtschaftliche und politische Integration (1946-70; OECE, EG, EFTA)

41 Position der Schweiz zu den europäischen Einigungsbestrebungen

42 Wirtschaftsjahr 1955

1.5 Paul-Scherrer-Institut (PSI), Villigen AG

- **Historisches Archiv des Eidgenössischen Instituts für Reaktorforschung (EIR) in Würenlingen AG¹**

Faszikel EIR 0121 und EIR 0122

2. GEDRUCKTE QUELLEN

2.1 Amtliche Publikationen und Quelleneditionen

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD), hg. von Hans-Peter Schwarz, im Auftrag des Auswärtigen Amtes, München 1989ff

- Bd. 1: Adenauer und die Hohen Kommissare 1949-51, hg. von Hans-Peter Schwarz, München 1989.

- Bd. 2: Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, hg. von Hans-Peter Schwarz, München 1990.

Archiv der Gegenwart (AdG). Weltweite Dokumentation für Politik und Wirtschaft, Bonn/Wien/Zürich 1930ff.

Comité d' action pour les Etats-Unis d' Europe 1955-1965: Recueil des déclarations et communiqués, Lausanne 1965.

Documents Diplomatiques Français (DDF)

DDF Vol. 7, 1956, I (1.1.-30.6.1956), Paris 1989.

DDF Vol. 8, 1956, II (1.7.-23.10.1956), Paris 1989.

DDF Vol. 9, 1956, III (24.10.-31.12.1956), Paris 1990.

Documents Diplomatiques Suisses (DDS)

DDS, Bd. 14 (1.1.1941-8.9.1943), Bern 1997.

DDS, Bd. 15 (8.9.1945-8.5.1947), Bern 1992.

DDS, Bd. 16 (9.5.1945-31.5.1947), Zürich 1997.

DDS, Bd. 17 (1.6.1947-30.6.1949), Zürich 1999.

DDS, Bd. 18 (1.7.1949-30.4.1952), Zürich 2001.

¹ Seit der 1988 vollzogenen Fusion des ehemaligen Eidgenössischen Instituts für Reaktorforschung (EIR) mit dem im benachbarten Villigen situierten Schweizerischen Institut für Nuklearforschung (SIN) zum Paul-Scherrer-Institut (PSI) befinden sich die Aktenbestände des EIR in der Obhut des PSI. Zum Zustand der Akten: vgl. die Anmerkungen in Kap. 1.2, Quellenlage.

Für die Zeit ab 1945 konnten, in Ergänzung zu den gedruckten Bänden der DDS, zusätzliche Informationen über Personen und Organisationen den fortlaufend in der Internet-Datenbank DoDiS publizierten Dokumenten zur schweizerischen Aussenpolitik entnommen werden (vgl. www.dodis/index.htm; beispielsweise zitiert als 'DoDiS-7860').

Documents on British Policy Overseas (DBPO)

DBPO, Series II, Vol. I, London 1986 (Schuman-Plan; europäische Integration 1950-52).
DBPO, Series II, Vol. II, London 1987.
DBPO, Series II, Vol. III, London 1989.

Europa. Dokumente zur Europäischen Einigung 1946-1961, hg. von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, 3 Bde., München 1962.

Europa-Archiv. Zeitschrift für internationale Politik, hrsg. von Wilhelm Cornides, Bonn 1946ff.

Foreign relations of the United States (FRUS)

FRUS 1945, Vol. II, Washington 1972.
FRUS 1946, Vol. V, Washington 1972.
FRUS 1947, Vol. III, Washington 1974.
FRUS 1949, Vol. III, Council of Foreign Ministers, Washington 1977.
FRUS 1949, Vol. IV, Western Europe, Washington 1977.
FRUS 1950, Vol. III, Western Europe, Washington 1977.
FRUS 1952-54, Vol. V, Washington 1984.
FRUS 1955-57, Vol. IV, Western European Security and Integration, Washington 1986.
FRUS 1955-57, Vol. XXV, Washington 1990.
FRUS 1958-60, Vol. VII, Western European Security and Integration, Washington 1993.

Lipgens, Walter (Hrsg.): Sources for the History of European Integration 1945-55, Florenz 1980.

Lipgens, Walter (Hrsg.): 45 Jahre Ringen um die europäische Verfassung. Dokumente 1939-1984, Bonn 1986.

Lipgens, Walter; Loth, Wilfried (Hrsg.): Documents on the History of European Integration, Vol. I-IV, Berlin/New York 1985-90.

Vol. I, Continental plans for European Union 1939-45, Berlin/New York 1985
Vol. II, Plans for European Union in GB and in exile 1939-45, Berlin/New York 1986
Vol. III, The struggle for European Union by political parties and pressure groups in Western European countries 1945-50, Berlin/New York 1988
Vol. IV, Continental plans for European Union 1939-45, Berlin/New York 1990

Schuman, Robert: Text der Erklärung vom 9. Mai 1950, in: Fontaine 1990, Eine neue Ordnung für Europa, S. 46ff (in Zusammenarbeit mit Paul Reuter, Rechtsberater des Quai d'Orsay, bearbeiteten Monnet und seine Mitarbeiter insgesamt neun Entwürfe des Plans; Nr. 9 entspricht der endgültigen Fassung. FM, Fonds AMG 1/2/1-9).

Schwarz, Jürgen (Hrsg.): Der Aufbau Europas. Pläne und Dokumente 1945-1980, Bonn 1980.

Siegler, Heinrich (Hrsg.): Dokumentation der Europäischen Integration 1946-1961, Bonn 1961.

Siegler, Heinrich (Hrsg.): Europäische politische Einigung 1949-1973. Dokumentation von Vorschlägen und Stellungnahmen, Bd. 1 (1949-1968), Bonn/Wien/Zürich 1968.

2.2 Organe der Europäische Gemeinschaften und Internationale Organisationen - inklusive Energiestudien, Energieprognosen und Energiestatistik

Armand, Louis; Etzel, Franz; Giordani, Francesco: Ziele und Aufgaben für Euratom. Bericht der 'Drei Weisen' an die Aussenminister der Euratom-Länder, o.O., Mai 1957.

Bundesamt (BA) für Energiewirtschaft / Schweizerisches Nationalkomitee der Weltenergiekonferenz (1987): Energiestatistik der Schweiz. Sonderdruck aus Bulletin SEV/VSE, Nr. 22/1987.

EGKS, Hohe Behörde: Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft, Jahrgänge 1 (1952) -15 (1966), Luxemburg 1953-1967.

EG, Kommission: Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften, Jahrgänge 1 (1967) -13 (1979), Brüssel, Luxemburg 1968-80.

EGKS (Hrsg.): Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, Ausführliche Sitzungsberichte, Bd. 1-6 (1.7.1952-30.6.1958), Luxemburg 1952ff.

Europäisches Parlament: Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Strassburg 1958ff.

Europarat: Peaceful use of nuclear energy. Preliminary study prepared by the Research Directorate of the Council of Europe, Strassburg, Juli 1955.

EGKS (Hrsg.): Rapport sur les perspectives du développement à long terme du marché du charbon'. Bericht der Expertengruppe vom 13.12.1952 (zit. als 1. Tinbergen-Bericht).

EGKS (Hrsg.): 'Deuxième Rapport sur les perspectives du développement à long terme du marché du charbon'. Bericht der Expertengruppe vom 1.9.1953 (2. Tinbergen-Bericht).

EGKS / Wigny, Pierre: Einführender Bericht über das europäische Energieproblem. Bericht der Arbeitsgruppe der Gemeinsamen Versammlung der EGKS für die ausserordentliche Märztagung 1956. EGKS, o.O., März 1956.

EGKS (Hrsg.): Energiewirtschaft - Gemeinsamer Markt. Projekte und Meinungen. Monatliche Mitteilungen der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, o.O. März 1956.

EGKS, Hohe Behörde: Untersuchung über die Struktur und Tendenzen der Energiewirtschaft in den Ländern der Gemeinschaft, Luxemburg 1957.

EGKS, Hohe Behörde: Protokoll über Mittel und Wege zu einer koordinierten Energiepolitik vom 8./9. Oktober 1957, in: Amtsblatt der EGKS 6, Nr. 35, S. 574ff.

EGKS, Hohe Behörde / Euratom-Kommission: Untersuchungen der langfristigen energiewirtschaftlichen Auswirkungen der Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg 1962.

EGKS, Hohe Behörde / EWG-Kommission / Euratom-Kommission: Memorandum über die Energiepolitik vom 25. Juni 1962, Luxemburg 1962.

EGKS 1952-1962 (Hohe Behörde): Ergebnisse, Grenzen, Perspektiven. Bericht eines Sachverständigenausschusses unter Vorsitz von Rolf Wagenführ (auch zit. als 'Wagenführ-Bericht'), Luxemburg 1963.

Eurostat: Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft, div. Jahrgänge, von 5/1964 - 32/1995. European Communities, Statistical Office, Luxemburg 1964ff.

Eurostat 1995: Jahrbuch '95; Europa im Blick der Statistik 1983-1993. European Union, Statistical Office, Luxemburg 1995.

- Hopkins, John Jay:** World wide industrial role of nuclear energy. Report of the chairman, Nuclear Energy Committee, National Association of US-Manufacturers. Third International Conference of Manufacturers, New York City, November 29, 1956.
- Messina-Resolution vom 3.6.1955,** in: Europa. Dokumente zur Frage der Europäischen Einigung 1946-1961, Band 3, München 1962, S. 1240-1242.
- OECE:** Zwischenbericht über das Europäische Wiederaufbauprogramm, 2 Bde., Paris 1948.
- OECE:** Report of the Oil Committee, Paris 1948 (auch zit. als 'Ölbericht 1948').
- OECE:** Report of the Oil Committee, Paris 1956 (auch zit. als 'Ölbericht 1956').
- OECE:** Report of the Oil Committee, Paris 1960 (auch zit. als 'Ölbericht 1960').
- OECD:** Oil today (1964). As viewed by the OECD Special Committee for Oil, Paris 1964.
- OECE / Armand, Louis:** La Coopération Economique intra-européenne dans le Domaine de l' Energie, Paris, Mai 1955.
- OECE / Nicolaïdis, L.; Ockrent, R.; Harpham, W.:** Possibilités d' action dans le Domaine de l'Energie Nucléaire. Rapport du Groupe de Travail no 10 du Conseil. Paris 1955.
- OECE / Hartley, Harold, et al.:** Besoins croissants de l' Europe en Energie - comment y faire face? Rapport de la commission de l' Energie. OECE, Paris, Mai 1956 (auch zit. als 'Hartley-Report').
- OECE:** L' Action Commune des Pays de l' OECE dans le Domaine de l' Energie Nucléaire. Rapport du Comité Spécial de l' Energie Nucléaire au Conseil de l' OECE, Paris 1956.
- OECE:** Towards a new energy pattern in Europe (auch zit. als 'Robinson-Report'), Paris 1960.
- OECD:** The State of the Environment: Environmental Report, Paris 1991.
- OECD/IEA:** Energy statistics of OECD countries 1960-79, Vol. 1/2. Paris, OECD/IEA 1991.
- OECD/IEA:** Energy balances of OECD countries 1960-1979. Paris, OECD/IEA 1991.
- Satzung der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA),** in: Europa-Archiv, 12. Jahrgang, Frankfurt/M 1957, S. 10'105ff.
- Spaak-Bericht:** Bericht der Delegationsleiter an die Aussenminister, Brüssel, 21.4.1956, in: Schwarz 1980, Der Aufbau Europas. Pläne und Dokumente 1945-1980, S. 277-334.
- Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951,** Paris 1951. Vertragstext u.a. in: UN Treaty Series 261 (1957), Vol I, N° 3729, S. 140ff.
- Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vom 25. März 1957,** Brüssel 1957, in: Europa. Dokumente zur Frage der Europäischen Einigung 1946-1961, Bd. 3, München 1962, S. 1153-1219. Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen in: Europa-Archiv 12 (1957), S. 10357-10364.
- Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25.3.1957,** Brüssel 1957, in: Europa. Dokumente zur Frage der Europäischen Einigung 1946-1961, Bd. 3, München 1962, S. 1248-1327.

2.3 Schweiz

Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf dem Gebiete der friedlichen Verwendung der Atomenergie. AS 1957 239; AS 1959 553; AS 1960 1486.

Amtliche Sammlung des Bundesrechts (AS), Bilaterale Abkommen.

Schweizerisches Bundesblatt (BBl), Botschaften des Bundesrats. HIS SQ 17

Staatskalender der Schweizerischen Eidgenossenschaft, hrsg. von der Bundeskanzlei, Bern, Jahrgänge 1954-58.

Statistisches Jahrbuch der Schweiz, diverse Jahrgänge.

Systematische Sammlung des Bundesrechts (SR), SR 0.732, Kernenergie.

2.4 Zeitschriften und Zeitungen

Aufgeführt sind mehrfach verwendete Periodika. Singuläre Artikel aus Presseerzeugnissen und Fachzeitschriften finden sich im Textteil unter Angabe von Datum und Fundort zitiert.

Archiv der Gegenwart (AdG)	Les Echos
Economist	Le Monde
Europe - Bulletin quotidien	Neue Zürcher Zeitung (NZZ)
Foreign Affairs	Politische Vierteljahresschrift (PVS)
Historische Zeitschrift (HZ)	Relations internationales
International Affairs	Revue d'histoire diplomatique
International Conciliation	Technische Rundschau
International Organization	Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte (VfZ)
Journal of European Integration History	V'hefte für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

2.5 Tagebücher und Memoiren

Adenauer, Konrad: Erinnerungen, Bände I-IV, Stuttgart 1965-1968.

De Gaulle, Charles: Memoiren der Hoffnung, Wien 1971.

Faure, Edgar: Mémoires, Vol. I, Avoir toujours raison .. c' est un grand tort, Paris 1982.

Faure, Edgar: Mémoires, Vol. II, Si tel doit être mon destin ce soir, Paris 1984.

François-Poncet, André: Auf dem Weg nach Europa. Politisches Tagebuch 1942-1962, Berlin 1964.

Hallstein, Walter: Die Europäische Gemeinschaft, Düsseldorf/Wien 1973.

Hirsch, Etienne: Ainsi va la vie, Lausanne 1988.

Macmillan, Harold: Riding the Storm 1956-1959, London 1971.

Marjolin, Robert: Le travail d'une vie. Mémoires 1911-1986, Paris 1986.

Mollet, Guy: Bilans et perspectives socialistes, Paris 1958.

- Monnet, Jean:** Mémoires, Paris 1976 (dt.: 'Erinnerungen eines Europäers', München 1978).
- Pflimlin, Pierre:** Mémoires d'un Européen, Paris 1991.
- Pineau, Christian; Rimbaud, Christiane:** Le grand pari. L' aventure du traité de Rome, Paris 1991.
- Pineau, Christian:** Suez 1956, Paris 1978.
- Schuman, Robert:** Pour l' Europe, Paris 1963.
- Spaak, Paul Henri:** Memoiren eines Europäers, Hamburg 1969.
- Uri, Pierre:** Penser pour l' action. Un fondateur de l'Europe, Paris 1991.
- Van Helmont, Jacques:** Options européennes 145-1985, Luxembourg 1986.
- Von der Groeben, Hans:** Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft, Baden-Baden 1982.

3. AUFSÄTZE UND DARSTELLUNGEN

- Abelshauser, Werner:** Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948, Stuttgart 1975.
- Abelshauser, Werner:** Wiederaufbau vor dem Marshall-Plan, in: VfZ 29/1981, S. 545-578.
- Abelshauser, Werner:** Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt/M 1983.
- Abelshauser, Werner:** Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984.
- Abelshauser, Werner:** Kohle und Marktwirtschaft. Ludwig Erhards Konflikt mit dem Unternehmensverband Ruhrbergbau am Vorabend der Kohlekrise, in: VfZ 34/1986, S.488- 546.
- Abelshauser, Werner:** Die langen fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1987.
- Abelshauser, Werner (Hg.):** Umweltgeschichte, Göttingen 1994.
- Adelman, Morris:** The World Petroleum Market, Baltimore ²1973.
- Albert, Mathias:** 'Postmoderne' und Theorie der internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/1994, S. 45-63.
- Ambrosius, Gerold:** Wirtschaftsraum Europa. Vom Ende der Nationalökonomien, Frankfurt/M 1996.
- Anderson, Irvin:** Aramco, the United States and Saudi Arabia. A Study of the Dynamics of Foreign Oil Policy 1933-1950, Princeton 1980.
- Armand, Louis:** Atomic energy and the future of Europe, in: Foreign Affairs 34/1956, S. 655-664.
- Aron, Raymond:** Einführung in die Atomstrategie, Köln 1964.
- Baade, Fritz:** Der weltwirtschaftliche Rang der Atomenergie, in: Aussenpolitik, Jg. 8/1957.

- Baade, Fritz:** Weltenergiewirtschaft. Atomenergie - Sofortprogramm oder Zukunftsplanung? Hamburg 1958.
- Baring, Arnulf:** Aussenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, München 1969.
- Bauer, Gérard F.:** Die Schweiz und die internationale Zusammenarbeit in der Atomenergie, NZZ, 12. November 1957.
- Bauer, Gérard F.:** Les origines de la coopération économique de l' Europe et de la Suisse. Ou les débuts du multilatéralisme économique européen (1947-48), in: Brunner, Edouard et al. (Hg.): Einblick in die schweizerische Aussenpolitik. Zum 65. Geburtstag von Staatssekretär Raymond Probst, Zürich 1984, S. 55-83.
- Bédarida, François:** Frankreich und Europa - von gestern bis heute, in: Mommsen 1992, Der lange Weg nach Europa, S. 1-38.
- Bellers, Jürgen:** Die Bedeutung dritter Akteure in zwischenstaatlichen Beziehungen und ihre Auswirkungen auf den Konfliktgehalt in der internationalen Politik, Münster 1982.
- Bellers, Jürgen; Häckel, Erwin:** Theorien internationaler Integration und internationaler Organisationen, in: Rittberger 1990, S. 286-310.
- Bellers, Jürgen (Hrsg.):** Klassische Staatsentwürfe: aussenpolitisches Denken von Aristoteles bis heute, Darmstadt 1996.
- Beloff, Nora:** Le Général dit non, Paris 1964.
- Berghahn, Volker R.:** Zur Amerikanisierung der westdeutschen Wirtschaft, in: Herbst et al. 1990, Marshallplan, S. 227-253.
- Bjøl, Erling:** La France devant l' Europe, Kopenhagen 1966.
- Blair, John:** The Control of Oil, New York 1976.
- Blondel-Spinelli, Danièle:** L' Energie dans l'Europe des Six. Fondements d'une politique énergétique commune, Paris 1966.
- Boekstijn, Arend Jan:** The omnipresent Nation State: The formulation of Dutch Benelux policy in the fifties, in: Trausch 1993, Schumanplan, S. 295-319.
- Bonwetsch, Bernd:** Kalter Krieg als Innenpolitik, in: Quarthal, Franz; Setzler, Wilfried: Stadtverfassung, Verfassungsstaat, Pressepolitik. Festschrift für Eberhard Naujok, Sigmaringen 1980, S. 230-249.
- Booth, Ken; Smith, Steve (Hrsg.):** International relations theory today, The Pennsylvania State University Press, University Park 1995.
- Borchardt, Knut:** Die Wirkung der Marshallplan-Hilfe in Schlüsselbranchen der deutschen Wirtschaft, in: VfZ 35/1987, S. 317-348.
- Bossuat, Gérard:** Le poids de l'aide américaine sur la politique économique et financière de la France en 1948, in: Relations internationales 37/1984, S. 17-36.
- Bossuat, Gérard:** La politique française de libération des échanges en Europe et le plan Schuman 1950-51, in: Schwabe 1988, Anfänge des Schuman-Plans, S. 319-32.
- Bossuat, Gérard:** Guy Mollet. La puissance française autrement, in: Relations internationales, 57/1989, S. 31-35.
- Bossuat, Gérard:** La France, l'aide américaine et la construction européenne 1944-1954, 2 Bde., Paris 1992.
- Bossuat, Gérard:** La vraie nature de la politique européenne de la France (1950-1957), in: Trausch 1993, Europäische Integration, S. 191-230.

- Bossuat, Gérard:** L'Europe des Français 1943-1959. La IVe République aux sources de l'Europe communautaire, Paris 1996.
- Bossuat, Gérard; Wilkens, Andreas (Hg.):** Jean Monnet, l'Europe et les chemins de la paix, Paris 1999.
- Bossuat, Gérard:** Drei Wege nach dem Gipfel von Den Haag. Monnet, Brandt, Pompidou und das Europa der 70er Jahre, in: Wilkens 1999, Interessen verbinden, S. 353-386.
- Bretscher-Spindler, Katharina:** Vorgeschichte und Geschichte der Schweiz im Kalten Krieg 1943-1968, Zürich 1997.
- Brinkley, Douglas; Hackett, Clifford (Hrsg.):** Jean Monnet - The path to european unity, London 1991.
- Bührer, Werner:** Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945-1952, München 1986.
- Bührer, Werner:** The Federation of German Industry and European Integration (1949-1960), in Dumoulin 1993, L' Europe du patronat, S. 17-28.
- Bührer, Werner:** Die Bundesrepublik in der OEEC. Eingliederung, Krise, Bewährung 1947-1961, München 1997.
- Bullen, Roger:** Britain and 'Europe' 1950-1957, in: Serra 1989, Rilancio, S. 315-338.
- Bundy, Mc George:** Danger and survival. Choices about the bomb in the first fifty years, New York 1988.
- Burchard, Hans-Joachim; Müller-Michaelis, Wolfgang:** Europas Energiewirtschaft im Wandel, Basel 1967.
- Burgbacher, Fritz; Wessels, Theodor:** Energiewirtschaft im Gemeinsamen Markt, Baden-Baden 1963.
- Burgess, Michael:** The British Tradition of Federalism, London 1995.
- Chwaszcza, Christine; Kersting, Wolfgang (Hg.):** Politische Philosophie der internationalen Beziehungen, Frankfurt/M 1998.
- Cioc, Mark:** Abschreckung und Verteidigung - Die Kontroverse über die Atombewaffnung in der Aera Adenauer 1949-63, in: Herbst et al. 1990, S. 501-514.
- Clark, Ian:** Globalization and Fragmentation. International Relations in the 20th Century, Oxford 1997
- Claude, Inis L.:** Swords into plowshares. The problems and progress of international organization, New York 1984.
- Conrad, Yves:** J. Monnet et les débuts de la fonction publique européenne, Brüssel 1989.
- Conze, Eckart:** Hegemonie durch Integration?, in: VfZ, Jg. 43/1995, S. 297-340.
- Cox, Robert W.:** The new realism. Perspectives on multilateralism and world order, Basingstoke 1996.
- Czempiel, Ernst-Otto:** Internationale Politik. Ein Konfliktmodell, Paderborn 1981.
- Czempiel, Ernst-Otto:** Nachrüstung und Systemwandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 32. Jg., B 5/82, o.O. 1982, S. 22-46.
- Däniker, Gustav:** Schweizerische Selbstbehauptungsstrategien im Kalten Krieg, Frauenfeld 1996.
- Dautry, Raoul:** Atomenergie, in: Kramer, F. A.: Kampf um den Frieden, Koblenz 1948.

- De Gaulle, Charles:** Discours et Messages 1946-58, Paris 1970.
- Deighton, Anne; Milward, Alan (Hrsg.):** Widening, Deepening and Acceleration: The European Economic Community 1957-1963, Baden-Baden 1999.
- Deubner, Christian:** Die Atompolitik der westdeutschen Industrie und die Gründung von Euratom, Diss., Frankfurt/M und New York 1977.
- Deutsch, Karl W.:** Analyse internationaler Beziehungen, Frankfurt/M 1971.
- Deutsch, Karl W.:** Auf dem Weg zur westeuropäischen Integration. Eine Zwischenbilanz, in: Ashkenasi/Schulze (Hrsg.): Nationenbildung - Nationalstaat - Integration, Düsseldorf 1972, S. 185-199.
- De Vree, Johan K.:** Political integration, Den Haag/Paris 1972.
- Dichgans, Hans:** Montanunion, Düsseldorf 1980.
- Diebold, William:** Imponderables of the Schuman Plan, in: Foreign Affairs 29/1950, S. 114-129.
- Diebold, William:** The Schuman Plan. A study in Economic Cooperation, New York 1959.
- Doeker, Günther; Veitl, Friedrich (Hrsg.):** Regionalismus und regionale Integration, Frankfurt/M und Bern 1981.
- Dollfus, Daniel; Rivoire, Jean:** A propos de .. Euratom, Paris 1959.
- Drück, Helmut:** Die internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie innerhalb Europas, Frankfurt/M 1959.
- Duchêne, François:** Jean Monnet's Methods, in: Brinkley/Hackett 1991, S. 184-209.
- Duchêne, François:** Jean Monnet. The first statesman of interdependence, New York/London/Norton 1994.
- Dumoulin, Michel:** Les travaux du Comité Spaak, in: Serra 1989, Rilancio, S. 195-210.
- Dumoulin, Michel; Girault, René; Trausch, Gilbert (Hrsg.):** L' Europe du patronat. De la guerre froide aux années soixante, Bern 1993.
- Dumoulin, Michel; Guillen, Pierre; Vaïsse, Maurice (Hrsg.):** L' énergie nucléaire en Europe. Des origines à Euratom, Bern 1994.
- Dumoulin, Michel (Hrsg.):** Plans des temps de guerre pour l' Europe d' après guerre 1940-47, Baden-Baden 1995.
- Duroselle, Jean-Baptiste:** L'idée de l'Europe dans l'histoire, Paris 1965.
- Duroselle, Jean-Baptiste:** La relance européenne: 1954-1957, in: Serra 1989, S. 45-57.
- Duroselle, Jean-Baptiste:** L'histoire des relations internationales vue par un historien, in: Relations internationales 83/1995, S. 173-196.
- Eckert, Michael:** Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: VfZ 37/1989, S. 115-143.
- Eckert, Michael:** Kernenergie und Westintegration, in: Herbst et al. 1990, S. 313-334.
- Efinger, Manfred et al. (Hrsg.):** Internationale Regime in den Ost-West-Beziehungen, Frankfurt/M 1988.
- Enderlin Cavigelli, Regula:** Risiko und Konflikt. Fallanalyse in der Kernenergiekontroverse und theoretische Reflexionen, Zürich 1996.
- Engler, Hans:** Die LECE im europäischen Integrationsprozess 1947-1957, Lizentiatsarbeit, Bern 1996.

- Etzioni, Amitai:** Interdependenz und politische Einigung, in: Frei 1973, S. 210-224.
- Feld, Werner; Boyd Gavin (Hrsg.):** Comparative regional systems, New York 1980.
- Ferrier, R. W.; Fursenko, A. (Hrsg.):** Oil in the World Economy, London 1989.
- Fleury, Antoine:** L'étude de l'histoire des relations internationales en Suisse, in: Relations internationales 42/1985, S. 209-219.
- Fleury, Antoine:** Le patronat suisse et l'Europe: du Plan Marshall aux Traités de Rome, in: Dumoulin 1993, L' Europe du patronat, S. 165-189.
- Fleury, Antoine:** La Suisse et le défi du multilatéralisme, in: Kreis Georg (Hg.): Die Schweiz im internationalen System der Nachkriegszeit 1943-1950, Reihe 'Itinera' 18/1996, Basel 1996, S. 68-83.
- Fontaine, Pascal:** Le Comité d' Action pour les Etats-Unis d' Europe de Jean Monnet, Lausanne 1974.
- Fontaine, Pascal:** Jean Monnet. L'inspirateur, Paris 1988.
- Fontaine, Pascal:** Eine neue Ordnung für Europa. Vierzig Jahre Schuman-Plan, 1950-1990, Luxemburg 1990.
- Frei, Daniel (Hrsg.):** Theorien der internationalen Beziehungen, München 1973.
- Frei, Daniel:** Integrationsprozesse. Theoretische Erkenntnisse und praktische Folgerungen, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Identität Europas, Bonn 1985, S. 113-131.
- Freyssenet, Michel:** La sidérurgie française 1945-79. L'histoire d'une faillite, Paris 1979.
- Fueter, Eduard:** Die schweizerische Forschung im internationalen Wettkampf, Bern 1951.
- Gabriel, Jürg Martin:** Die Stellung der Schweiz zu Wirtschaftssanktionen, in: Riklin 1992, Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, S. 919-928.
- Gabriel, Jürg M.:** Worldviews and theories of international relations, Basingstoke 1994.
- Gaddis, John Lewis:** International relations theory and the end of cold war, in: International Security 58/1992, S. 5-58.
- Gaddis, John Lewis:** We now know: rethinking Cold War history, Oxford 1997.
- Gantz, Klaus-Jürgen; Mejcher, Helmut (Hg.):** Oil, the Middle East, North Africa and the Industrial States. Developmental and International Dimensions, Paderborn 1984;
- Gees, Thomas:** Gegen das 'wirtschaftspolitische Regime' - gegen das supranationale Prinzip, Lizentiatsarbeit, Bern 1995.
- Gees, Thomas:** Aussenpolitische Delegationen des Bundesrates - eine Akteuranalyse 1937-1976, NFP 42 Working Paper No. 1, Bern 1998.
- Gees, Thomas:** Interessenclearing und innere Absicherung. Zur Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Privatverbänden in der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik 1930-1960, in: Hug, Peter; Kloter, Martin (Hg.): Aufstieg und Niedergang des Bilateralismus, Zürich 1999, S. 141-172.
- Gees, Thomas; Kellerhals-Maeder, Andreas; Meier Mohseni, Daniela:** Die Verwaltung der schweizerischen Aussenpolitik 1914-1978, Zürich 2002.
- Gerbet, Pierre:** La genèse du plan Schuman, in: Revue française de science politique VI/3 (1956), S. 525-553.
- Gerbet, Pierre:** La genèse du plan Schuman. Des origines à la déclaration du 9 mai 1950, Lausanne 1962.

- Gerbet, Pierre:** La construction de l'Europe, Paris 1983.
- Gerbet, Pierre:** La relance européenne jusqu' à la conférence de Messine, in: Serra 1989, Rilancio, S. 61-91.
- Gerbet, Pierre:** La France et l' intégration européenne. Essai d'historiographie, Bern 1995.
- Giering, Claus:** Europa zwischen Zweckverband und Superstaat. Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozess der europäischen Integration, Bonn 1997.
- Gillingham, John:** Zur Vorgeschichte der Montanunion in Depression und Krieg, in: VfZ 34/1986, S. 381-405.
- Gillingham, John:** Die französische Ruhrpolitik und die Ursprünge des Schuman-Plans. Eine Neubewertung, in: VfZ 35/1987, S. 1-24.
- Gillingham, John:** Solving the Ruhr Problem. German Heavy Industry and the Schuman Plan, in: Schwabe 1988, Anfänge des Schuman-Plans, S. 399-436.
- Gillingham, John:** Coal, steel and the rebirth of Europe 1944-1955. The Germans and French from Ruhr conflict to Economic Community, Cambridge 1991.
- Gillingham, John:** Jean Monnet and the European Coal and Steel Community: A Preliminary Appraisal, in: Brinkley/Hackett 1991, S. 129-162.
- Gilpin, Robert:** The Political Economy of International Relations, Princeton 1987.
- Girault, René:** La France entre l' Europe et l' Afrique, in: Serra 1989, S. 351-378.
- Girault, René:** Der kulturelle Hintergrund der französischen Integrationspolitik, in: Herbst 1990, Marshallplan, S. 561-576.
- Girault, René (Hg.):** Identité et conscience européenne au XXe siècle, Paris 1994.
- Goertz, Hans-Jürgen:** Umgang mit Geschichte, Hamburg 1995.
- Goldschmidt, Bertrand:** L' aventure atomique. Ses aspects politiques et techniques, Paris 1962.
- Goldschmidt, Bertrand:** Les rivalités atomiques 1939-1966, Paris 1967.
- Goldschmidt, Bertrand:** Le complexe atomique. Histoire politique de l' énergie nucléaire, Paris 1980.
- Goldschmidt, Bertrand:** Pionniers de l' atome, Paris 1987.
- Goschler, Constantin; Buchheim, Christoph; Bühner, Werner:** Der Schumanplan als Instrument französischer Stahlpolitik. Zur historischen Wirkung eines falschen Kalküls, in: VfZ 37/1989, S. 171-206.
- Gowan, Peter (Hg.):** The question of Europe, London 1997.
- Griffith, Richard T.; Lynch, Frances:** L'échec de la 'Petite Europe'. Les négociations Fritalux/Finebel 1949-1950, in: Revue historique 109/1985, S. 159-193.
- Griffith, Richard T.:** The Schuman Plan Negotiations. The Economic Clauses, in: Schwabe 1988, Schuman-Plan, S. 35-71.
- Griffith, Richard T.:** Die Benelux-Staaten und die Schumanplan-Verhandlungen, in: Herbst et al. 1990, Marschallplan, S. 263-278.
- Griffith, Richard T. (Hg.):** Socialist Parties and the Question of Europe in the 1950's, Leiden 1993.

- Grosser, Alfred:** Suez, Hungary and European Integration, in: International Organization, Vol. XI/3, 1957, S. 470-480.
- Grosser, Alfred:** La IVe République et sa politique extérieure, Paris 1967.
- Grosser, Alfred:** Das Bündnis, München 1978.
- Grosser, Alfred:** Frankreichs Außenpolitik von 1944 bis heute, München 1989.
- Gsteiger, Markus:** Vom Bilateralismus zum Multilateralismus. Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Grossbritannien 1945-1955, Lizentiatsarbeit, Bern 1997.
- Guillen, Pierre:** Frankreich und der europäische Wiederaufschwung, VfZ 28/1980, S. 1-19.
- Guillen, Pierre:** La France et la négociation du traité d' Euratom, in: Relations internationales, 44/1985, S. 391-412.
- Guillen, Pierre:** L' Europe - remède à l' impuissance française? Le gouvernement Guy Mollet et la négociation des traités de Rome (1955-57), in: Revue d' histoire diplomatique 102/1988, S. 319-335.
- Guillen, Pierre:** La France et la négociation des traités de Rome: l' Euratom, in: Serra 1989, Rilancio, S. 513-24.
- Guillen, Pierre:** Frankreich und die NATO-Integration der Bundesrepublik, in: Herbst 1990, Marshallplan, S. 427-445.
- Guillen, Pierre:** La France et la négociation du traité d' Euratom, in: Dumoulin 1994, Energie nucléaire S. 111-129.
- Haas, Ernst B.:** The Uniting of Europe. Political, social and economical forces 1950-57, London 1958.
- Haas, Ernst B.:** Turbulent fields and the theory of regional integration, in: International Organization, 30. Jg., 2/1976, S. 173-212.
- Häckel, Erwin; Kaiser, Karl; Lellouche, Pierre:** Nuclear policy in Europe. France, Germany and the international debate, Bonn 1980.
- Hackett, Clifford P.:** Monnet and the Americans, Washington 1995.
- Haftendorn, Helga:** Zur Theorie aussenpolitischer Entscheidungsprozesse, in: Rittberger 1990, Theorien, S. 401-423.
- Hahn, Hugo Joseph; Weber, Albrecht:** Die OECD, Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Baden-Baden 1976.
- Harrison, Reginald J.:** Europe in question. Theories of regional international integration, London 1974.
- Hecker, Hans (Hrsg.):** Europa - Begriff und Idee, Bonn 1991.
- Heiniger, Markus:** Die schweizerische Antiatombewegung 1958-63: Eine Analyse der politischen Kultur, Lizentiatsarbeit, Zürich 1980.
- Heinloth, Klaus:** Die Energiefrage. Bedarf und Potentiale, Nutzung, Risiken und Kosten, Braunschweig 1997.
- Hellwig, Fritz:** Westeuropas Montanwirtschaft. Kohle und Stahl beim Start der Montanunion, Köln 1953.
- Herbst, Ludolf (Hrsg.):** Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986.

- Herbst, Ludolf:** Die zeitgenössische Integrationstheorie und die Anfänge der europäischen Einigung, in: VfZ 34/1986, S. 161-205.
- Herbst, Ludolf:** Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag, München 1989.
- Herbst, Ludolf; Bühner, Werner; Sowade, Hanno (Hrsg.):** Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt, München 1990.
- Herren, Madeleine:** Modernisierung, Aussenpolitik und Integration im Jahrhundert des Internationalismus, in: Historische Mitteilungen, 7/1994, Heft 1, S. 1-43.
- Herren, Madeleine:** Internationalismus als Aussenpolitik. Zur internationalen Vernetzung des schweizerischen Bundesstaates 1884-1914, in: Studer 1998, Bundesstaat, S. 127-144.
- Herren, Madeleine:** Netzwerk Aussenpolitik: Internationale Kongresse und Organisationen als Instrumente schweizerischer Aussenpolitik 1914-1950. NFP 42 Synthesis, Nr. 34, Bern 2000.
- Herren, Madeleine; Zala, Sacha:** Netzwerk Aussenpolitik. Internationale Organisationen und Kongresse als Instrumente der schweizerischen Aussenpolitik 1914-1950, Zürich 2001.
- Herz, John H. (Hrsg.):** Staatenwelt und Weltpolitik. Aufsätze zur internationalen Politik im Nuklearzeitalter, Hamburg 1974.
- Heuser, Beatrice:** NATO, Britain, France and the FRG. Nuclear strategies and forces for Europe 1949-2000, New York 1997.
- Heuser, Beatrice:** Nuclear mentalities? Strategies and beliefs in Britain, France and the FRG, London/New York 1998.
- Heuser, Beatrice:** The bomb. Nuclear weapons in their historical, strategic, and ethical context, New York 2000.
- Hillgruber, Andreas:** Politische Geschichte in moderner Sicht, HZ 216/1973, S. 529-552.
- Hohensee, Jens; Salewski, Michael (Hrsg.):** Energie-Politik-Geschichte. Nationale und internationale Energiepolitik seit 1945, Stuttgart 1993.
- Hohndorf, Ulrich:** Die Opposition gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, Magisterarbeit, Bonn 1991.
- Homberger, Heinrich:** Die Schweiz in der internationalen Wirtschaft, in: Aussenwirtschaft 1949/I, S. 1-24.
- Homberger, Heinrich:** Aussenhandelspolitik seit dem Ersten Weltkrieg, in: Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Bd. 1, Bern 1955, S. 145-155.
- Homberger, Heinrich:** Schweizerische Handelspolitik im Wandel der Zeiten. Eine Standortbestimmung, Lausanne 1965.
- Homberger, Heinrich:** Schwerpunkte der schweizerischen Handelspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Petitpierre, Max: Seize ans de neutralité active. Aspects de la politique étrangère Suisse (1945-61), Neuchâtel 1980, S. 55-67.
- Hotz, Jean:** Handelsabteilung und Handelspolitik in der Kriegszeit, in: EVD: Die schweizerische Kriegswirtschaft 1939-48, Bern 1950, S. 53-107.
- Hotz, Jean:** Problèmes actuels de la politique commerciale, in: Revue économique et sociale, H. 2, April 1950, S. 77-100.

- Howlett, Darryl A.:** Euratom and nuclear safeguards, London 1990.
- Hrbek, Rudolf:** Eine neue politische Infrastruktur? Zum Problem transnationaler Kooperation und Koalition politischer Parteien in der EG, in: Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa. Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik, Band 43/44, Bonn 1976, S. 345-390.
- Huber, Konrad:** L' utilisation pacifique de l' énergie atomique en Allemagne, in: Politique étrangère 21/1956, S. 677-694.
- Huber, Konrad:** Die universale Ordnung der friedlichen Verwendung der Atomenergie, in: Europa-Archiv, 12/1957, S. 10'083-10'114 - inkl. Satzungen der IAEA vom 20.8.1957.
- Huber, Konrad:** Die friedliche Verwendung der Atomenergie in Frankreich und die französische Stellungnahme zur Europäischen Atomgemeinschaft, in: Europa-Archiv, 12/1957, S. 10'335-10'350.
- Hudemann, Rainer; Kaelble, Hartmut; Schwabe, Klaus (Hrsg.):** Europa im Blick der Historiker, HZ-Beiheft 21, München 1995.
- Hug, Peter:** Geschichte der Atomtechnologie - Entwicklung in der Schweiz, Lizentiatsarbeit, Bern 1987.
- Hug, Peter:** La genèse de la technologie nucléaire en Suisse, in: Relations internationales, 68/1991, S. 325-344.
- Hug, Peter; Mesmer, Beatrix:** Der pluralistische Korporatismus als innenpolitisches Erfolgsrezept in der schweizerischen Entwicklungspolitik, in: Jahrbuch Schweiz-Dritte Welt 1995, Genf 1995, S. 247-253.
- Hug, Peter; Mesmer, Beatrix (Hrsg.):** Von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungspolitik, Zeitschrift des Bundesarchivs, Studien und Quellen, Bd. 19, Bern 1993.
- Hug, Peter:** Biologische und chemische Waffen in der Schweiz zwischen Aussen-, Wissenschafts- und Militärpolitik, in: Zeitschrift des Bundesarchivs, Studien und Quellen, Bd. 23 - Rüstung und Kriegswirtschaft, Bern 1997, S. 15-120.
- Hug, Peter:** Innenansichten der Aussenpolitik - Akteure und Interessen, in: Studer 1998, Bundesstaat, S. 203-236.
- Hug, Peter; Kloter, Martin (Hg.):** Aufstieg und Niedergang des Bilateralismus, Zürich 1999.
- Hug, Peter; Kloter, Martin:** Der 'Bilateralismus' in seinem multilateralen Kontext. Die Aussenpolitik der Schweiz zur Sicherung ihres Aussenhandels und Zahlungsverkehrs 1920/30-1958/60, in: dies. 1999, Bilateralismus.
- Huntington, Samuel:** Transnational Organizations in World Politics, in: World Politics 25/1973, S. 333-368.
- Hüser, Dietmar:** Frankreichs 'doppelte Deutschlandpolitik' 1944-1950, Berlin 1996
- Hüttenberger, Peter:** Die Gründung der europäischen Gemeinschaft, in: Hecker 1991, S. 123-137.
- Issawi, Charles; Yeganeh, Nahid:** The Economics of Middle Eastern Oil, New York 1962.
- Jachtenfuchs, Markus:** Ideen und internationale Beziehungen, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen 2/1995, S. 417-442.
- Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hg.):** Europäische Integration, Opladen 1996.

- Jansen, Thomas; Mahncke, Dieter (Hrsg.):** Persönlichkeiten der europäischen Integration, Bonn 1981.
- Jansen, Thomas:** Die Europäische Bewegung, in: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1981, Bonn 1982, S. 386-96.
- Jenkins, Roy:** The Development of British Foreign Policy since 1945, in: Lutz, Friedrich: Das Ringen um die Zukunft Europas, Zürich 1974, S. 43-57.
- Jensen, W. G.:** Energy in Europe, 1945-1980, London 1967.
- Jokisch, Rodrigo (Hrsg.):** Technik-Soziologie, Frankfurt/M 1982.
- Kaelble, Hartmut:** Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft, München 1987.
- Kaelble, Hartmut; Winkler, Heinrich A. (Hrsg.):** Nationalismus - Nationalitäten - Supranationalität, Stuttgart 1993.
- Kaelble, Hartmut:** L'Europe 'vécue' et l'Europe 'pensée' au XXe siècle. Les spécificités sociales de l'Europe, in: Girault 1994, Identité et conscience européenne, S. 27.
- Kaelble, Hartmut:** Europabewusstsein, Gesellschaft und Geschichte. Forschungsstand und Forschungskontroversen, in: Hudemann/Kaelble/Schwabe (Hrsg.): Europa im Blick der Historiker, HZ-Beiheft 21, München 1995, S. 1-29.
- Kaiser, Karl:** Transnationale Politik, in: Die anachronistische Souveränität, PVS Sonderheft 1/1969, S. 80ff.
- Keck, Otto:** Der neue Institutionalismus in der Theorie der internationalen Politik, in: PVS 32. Jg./1991, S. 635-653.
- Kaltefleiter, Werner:** Der systemische Konflikt in den internationalen Beziehungen der Gegenwart, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 32. Jg., B 41/82, o.O. 1982.
- Kelleher, Catherine M.:** Germany and the politics of nuclear weapons, New York 1975.
- Kennan, George F.:** X. The Sources of Soviet Conduct (Juli 1947), nachgedruckt in: Foreign Affairs 65/4 (1987), S. 852-868.
- Keohane, Robert O.; Nye, Joseph S.:** Power and Interdependence, Boston 1977.
- Keohane, Robert O.:** After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy, Princeton 1984.
- Keohane, Robert O.:** International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory, Boulder/San Francisco/London 1989.
- Keohane, Robert O.; Hoffmann, Stanley:** Conclusions: Community Politics and Institutional Change, in: Wallace 1990, Dynamics, S. 276-300.
- Keohane, Robert O.; Milner, Helen V. (Hg.):** Internationalisation and Domestic Politics, Cambridge 1996.
- Keohane, Robert O.:** International institutions: can interdependence work?, in: Foreign Policy 110/1998, S. 82-96.
- Kittel, Bernhard:** Moderner Nationalismus. Zur Theorie politischer Integration, Wien 1995.
- Kipping, Matthias:** Zwischen Kartellen und Konkurrenz. Der Schuman-Plan und die Ursprünge der europäischen Einigung 1944-1952, Berlin 1996.
- Klausen, Jytte; Tilly, Louise (Hrsg.):** European Integration in Social and Historical Perspective. 1850 to the Present, Oxford 1997.

- Kneubühler, Markus:** Von der OEEC zur OECD: eine Organisation im Spannungsfeld zwischen europäischer Integration und transatlantischer Kooperation, Lizentiatsarbeit, Bern 1996.
- Knoke, David; Kuklinski, James H.:** Network analysis, Beverly Hills 1982.
- Knoke, David:** Political networks. The structural perspective, New York 1990.
- Kocher, Tanja:** Die Gewerkschaft der Individualisten. Die Liberale Internationale 1947-1957, Lizentiatsarbeit, Bern 1998.
- Kohl, Wilfrid:** French nuclear diplomacy, Princeton 1971.
- Kohler-Koch, Beate (Hg.):** Regime in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden 1989.
- Kohler-Koch, Beate:** Interdependenz, in: Rittberger 1990, Theorien, S. 110-129.
- Kohler-Koch, Beate:** Interessen und Integration. Die Rolle organisierter Interessen im westeuropäischen Integrationsprozess, in: Kreile 1992, S. 81-119.
- Kohnstamm, Max:** Europa ist eine Erfolgsgeschichte. Interview mit M. Kohnstamm, in: Die Zeit, Nr. 29, 10. Juli 1987.
- Kollert, Roland:** Die Politik der latenten Proliferation, Wiesbaden 1994.
- Kreile, Michael (Hrsg.):** Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992.
- Kreis, Georg (Hg.):** Die Schweiz im internationalen System der Nachkriegszeit 1943-1950, Reihe 'Itinera' 18/1996, Basel 1996.
- Küntzel, Matthias:** Bonn und die Bombe, Frankfurt/M 1992.
- Küsters, Hanns Jürgen:** Gründungsgeschichte der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Baden-Baden 1982.
- Küsters, Hanns Jürgen:** Adenauers Europapolitik in der Gründungsphase der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: VfZ 31/1983, S. 646-673.
- Küsters, Hanns Jürgen:** Die Verhandlungen über das institutionelle System zur Gründung der EGKS in: Schwabe 1988, Schuman-Plan, S. 73-102.
- Küsters, Hanns Jürgen:** Der Streit um Kompetenzen und Konzeptionen deutscher Europapolitik 1949-1958, in: Herbst et al. 1990, S. 335-370.
- Lacroix-Riz, Annie:** Paris et Washington au début du Plan Schuman (1950-51), in: Schwabe 1988, Schuman-Plan, S. 241-268.
- Lang, Winfried:** Der internationale Regionalismus, New York/Wien 1982.
- Lappenküper, Ulrich:** Der Schuman-Plan. Mühsamer Durchbruch zur deutsch-französischen Verständigung, in: VfZ 42/1994, S. 403-445.
- Laurence, William L.:** Dämmerung über Punkt Null. Die Geschichte der Atombombe, München und Leipzig 1948.
- Levy, Walter:** Oil Strategy and Politics, 1941-1981, Boulder 1982.
- Linde, Hans:** Soziale Implikationen technischer Geräte, ihrer Entstehung und Verwendung, in: Jokisch, Rodrigo (Hrsg.): Technik-Soziologie, Frankfurt/M 1982.
- Link, Werner:** Der Ost-West-Konflikt, Stuttgart 21988.
- Linke, Manfred:** Zwischen Bilateralismus und Multilateralismus: Die schweizerische Außenpolitik 1944-1950, in: Kreis Georg (Hg.): Die Schweiz im internationalen System der Nachkriegszeit 1943-1950, Reihe 'Itinera' 18/1996, Basel 1996, S. 60-67.

- Lipgens, Walter:** Die Anfänge der europäischen Einigungsbewegung 1945-1950, Stuttgart 1977.
- Loth, Wilfried:** Die Teilung der Welt 1941-1955, München ²1982.
- Loth, Wilfried:** Vertragsverhandlungen bei abklingender Europabegeisterung, in: *Integration*, 10. Jg. [3/1987], S. 107-115.
- Loth, Wilfried:** Deutsche Europa-Konzeptionen in der Gründungsphase der EWG, in: Serra 1989, *Rilancio*, S. 585-602.
- Loth, Wilfried (Hrsg.):** Die Anfänge der europäischen Integration 1945-1950, Bonn 1990.
- Loth, Wilfried:** Die Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa, in: Loth 1990, *Anfänge*, S. 219-226.
- Loth, Wilfried:** Die Europa-Diskussion in Frankreich, in: Loth 1990, *Anfänge*, S. 27-49.
- Loth, Wilfried:** Die Europa-Diskussion in den deutschen Besatzungszonen, in: Loth 1990, *Anfänge*, S. 103-128.
- Loth, Wilfried:** Der Weg nach Europa, Göttingen 1991.
- Loth, Wilfried:** De Gaulle und Europa. Eine Revision, in: *HZ* 253/1991, S. 629-660.
- Loth, Wilfried:** Die Deutschen und das Projekt der europäischen Einigung, in: Mommsen 1992, *Der lange Weg nach Europa*, S. 39-69.
- Loth, Wilfried (Hrsg.):** Crises and Compromises: The European Project 1963-1969, Baden-Baden 2001.
- Loth, Wilfried; Wessels, Wolfgang (Hrsg.):** Theorien europäischer Integration, Opladen 2001.
- Louis, William R.; Owen, Roger (Hrsg.):** Suez 1956. The crisis and its consequences, Oxford 1992.
- Lucas, Nigel:** Energy and the European Communities, London 1977.
- Lundestad, Geir:** 'Empire' by Integration. The United States and European Integration, 1945-1997, Oxford 1998.
- Lynch, Frances:** The Role of Jean Monnet in Setting up the European Coal and Steel Community, in: Schwabe 1988, *Schuman-Plan*, S. 117-129.
- Lynch, Frances:** France and the International Economy. From Vichy to the Treaty of Rome, London 1997.
- Marin, Bernd; Mayntz, Renate (Hrsg.):** Policy networks, Frankfurt/M 1991.
- Marjolin, Robert:** Perspectives de la coopération économique européenne, in: *Annales d'Economie Politique*, Vol. VIII, 12/1955, S. 49-53.
- Marjolin, Robert:** What type of Europe?, in: Brinkley/Hackett 1991, S. 163-183.
- Matschoss, Conrad:** Geschichte der Dampfmaschine, Hildesheim 1982.
- Maurhofer, Roland:** Zwischen Schadensbegrenzung und Solidarität. Schweizerisch-britische Verständigung am Beispiel des Zahlungsabkommens von 1946 und der Gründungsphase der OECE und EZU 1948-50, in: Hug/Kloter 1999, S. 447-483.
- Mausbach, Wilfried:** Zwischen Morgenthau und Marshall, Düsseldorf 1996.
- Meadows, Dennis L.:** Die Grenzen des Wachstums. Stuttgart ¹⁴1987.
- Meadows, Donella H. & Dennis L.:** Die neuen Grenzen des Wachstums. Stuttgart ⁶1993.

- Mejcher, Helmut:** Die Politik und das Öl im Nahen Osten. Bd. 1: Der Kampf der Mächte und Konzerne vor dem Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1980.
- Mejcher, Helmut:** Die Politik und das Öl im Nahen Osten. Bd. 2: Die Teilung der Welt 1938-1950, Stuttgart 1990.
- Merz, Martina:** 30 Jahre Göttinger Erklärung. Nachdenken über die Rolle des Wissenschaftlers in der Gesellschaft, Marburg 1987.
- Metzler, Dominique B.:** Die Option einer Nuklearbewaffnung für die Schweizer Armee 1945-1969, Lizentiatsarbeit, Basel 1995.
- Metzler, Dominique B.:** Die Option einer Nuklearbewaffnung für die Schweizer Armee 1945-1969, in: Zeitschrift des Bundesarchivs, Studien und Quellen, Bd. 23: Rüstung und Kriegswirtschaft, Bern 1997, S. 121-170.
- Meylan, Claude:** L'option nucléaire et les entreprises suisses, Bern/Frankfurt/NY 1983.
- Milward, Alan S.:** The reconstruction of Western Europe, 1945-1951, London 1984.
- Milward, Alan S.:** Entscheidungsphasen der Westintegration, in: Herbst 1986, Westdeutschland, S. 231-245.
- Milward, Alan S.:** Nationale Wirtschaftsinteressen im Vordergrund, in: Integration, 10/1987, S. 100-106.
- Milward, Alan S.:** Was the Marshall Plan necessary? in: Diplomatic History, 13/1989, S. 231-253.
- Milward, Alan S.:** The European Rescue of the Nation-State, London 1992.
- Milward, Alan S.:** The Frontier of National Sovereignty: History and theory 1945-1992, London 1993.
- Milward, Alan S.:** The European Monetary Agreement, in: Trausch 1993, S. 115-128.
- Milward, Alan S.:** Allegiance. The Past and the Future, in: Journal of European Integration History 1/1995, S. 7-19.
- Mioche, Philippe:** Le plan Monnet. Genèse et élaboration 1941-1947, Paris 1987.
- Mioche, Philippe:** Le patronat de la sidérurgie française et le Plan Schuman en 1950-52: les apparences d'un combat et la réalité d'une mutation, in: Schwabe 1988, Schuman-Plan, S. 305-318.
- Mioche, Philippe:** L'adaptation du patronat de la sidérurgie française à l'intégration européenne de 1945 à 1967, in: Dumoulin 1993, L'Europe du patronat, S. 63-75.
- Mitrany, David:** The functional approach to world organization, in: International Affairs 24/1948.
- Mitterrand, François:** Présence française et abandon, Paris 1957.
- Molle, Willem; Wever, Egbert:** Oil Refineries and Petrochemical Industries in Western Europe, Aldershot 1984.
- Mollet, Guy:** Les difficultés politiques de l'unification européennes, in: Politique Economique Internationale, 1950, S. 91-103.
- Mommsen, Wolfgang (Hrsg.):** Der lange Weg nach Europa, Berlin 1992.
- Monnet, Jean:** Les Etats-Unis d'Europe ont commencé (CECA). Discours et allocutions 1952-54, Paris 1955.
- Monnet, Jean; Schuman, Robert:** Correspondance 1947-1953, Lausanne 1986.

- Moore, Barrington:** Die sozialen Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Frankfurt/M 1974.
- Moravcsik, Andrew:** Preferences and Power in the European Community. A liberal Intergovernmentalist Approach, in: Journal of Common Market Studies 31/1993, S. 473-524.
- Moravcsik, Andrew:** The choice for Europe. Social purpose and State power from Messina to Maastricht, Hampshire 1998.
- Morgenthau, Hans Joachim:** Macht und Frieden, Gütersloh 1963.
- Morgenthau, Hans Joachim:** Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace, New York 41968.
- Moser, Thomas:** Die Interessen der Schweiz am Schuman-Plan, 1950-1953, in: Kreis Georg (Hg.): Die Schweiz im internationalen System der Nachkriegszeit 1943-1950, Reihe 'Itinera' 18/1996, Basel 1996, S. 146-170.
- Moser, Thomas:** Europäische Integration, Dekolonisation, Eurafrika. Diss., Bern 1997.
- Müller, Harald:** Energiepolitik - ein neuer Bereich der Aussenpolitik, in: Neue politische Literatur, Jg. 1977, S. 484-502.
- Müller, Harald:** Die Chance der Kooperation. Regime in den internationalen Beziehungen, Darmstadt 1993.
- Müller, Harald:** Die Beschwörung der Bombe, in: Salewski 1995, S. 233-257.
- Müller, Jörg Paul; Wildhaber, Luzius:** Praxis des Völkerrechts, Bern 1982.
- Müller-List, Gabriele:** Adenauer, Unternehmer und Gewerkschaften. Zur Einigung über die Montanmitbestimmung 1950/51, in: VfZ 33/1985, S. 288-309.
- Münkler, Herfried:** Im Namen des Staates, Frankfurt/M 1987.
- Mumford, Lewis:** Mythos der Maschine. Kultur, Technik und Macht, Frankfurt/M 1977.
- Muthesius, Peter:** Euratom und die soziale Marktwirtschaft, in: Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Düsseldorf/München 10/1958, S. 115ff.
- Neu, Axel D.:** Die Entfaltung der internationalen Erdölwirtschaft, in: Pfister 1995, 50er Syndrom, S. 179-200.
- Nieburg, Harold L.:** Euratom. A study in coalition politics, in: World Politics, Juli 1963, S. 597-623.
- Nottebohm, Christian:** Die rechtlichen Mittel des Kapitels VI 'Versorgung' im Euratom-Vertrag, Diss. iur., Göttingen 1989.
- Nye, Joseph S.:** Patterns and Catalysts in Regional Integration, in: Nye Joseph S. (Hrsg.): International Regionalism, Boston 1968, S. 332-349.
- Nye, Joseph S.:** Peace in Parts - Integration and Conflict in Regional Organizations, Boston 1971.
- Nye, Joseph S.:** Mechanismen und Voraussetzungen regionaler Wirtschaftsintegration, in: Frei 1973, S. 195-209.
- Ohlemacher, Thomas:** Persönliche Netzwerke und die Mobilisierung politischen Protests. Stand der Forschung und strukturanalytische Perspektiven, Berlin 1991.
- O'Neill, Robert:** Grossbritannien und die atomare Abschreckung, in: VfZ, 37/1989, S. 595-604.

- Painter, David:** Oil and the American Century. The Political Economy of U.S. Foreign Oil Policy, 1941-1954, Baltimore 1986.
- Pappi, Franz Urban (Hrsg.):** Methoden der Netzwerkanalyse, München 1987.
- Paretti, Vittorio; Bloch, Gunter:** Energie und wirtschaftliches Wachstum, Freiburg 1964.
- Pastoureau, Michel; Schmitt, Jean-Claude:** Europe. Mémoires et emblèmes, Paris 1994.
- Penrose, Edith:** The large International Firm in Developing Countries. The International Petroleum Industry, London 1986.
- Penrose, Edith:** Oil and the International Economy. Multinational Aspects 1900-1973, in Ferrier/Fursenko 1989, Oil in the World Economy, S. 55-67.
- Pentland, Charles:** International Theory and European Integration, London 1973.
- Perrenoud, Marc:** La diplomatie et l'insertion de la Suisse dans les nouvelles relations économiques internationales, in: Kreis Georg (Hg.): Die Schweiz im internationalen System der Nachkriegszeit 1943-1950, Reihe 'Itinera' 18/1996, Basel 1996, S. 130-145.
- Perron, Régine:** Le marché du charbon - un enjeu entre l'Europe et les Etats-Unis de 1945 à 1958, Paris 1996.
- Petzina, Dieter:** Von der Konfrontation zur Integration. Die Schwerindustrie in den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1900-1950, in: Hüttenberger, P.; Mollitor, H. (Hg.): Franzosen und Deutsche am Rhein, Essen 1989, S. 161-182.
- Petzina, Dieter (Hrsg.):** Ordnungspolitische Weichenstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg, Berlin 1991.
- Peyrefitte, Alain:** Le mal français, Paris 1977.
- Pfister, Christian (Hrsg.):** Das 1950er Syndrom, Bern 1995.
- Philip, André:** France and the Economic Recovery of Europe, in: Foreign Affairs 26/1948, S. 325-334.
- Philip, André:** Der Schuman-Plan. Ein entscheidender Schritt auf dem Weg zum Vereinigten Europa, Gent 1951.
- Philip, André:** L'Europe unie et sa place dans l'économie internationale, Paris 1953.
- Pilat, Joseph F. (Hrsg.):** Atoms for Peace. An analysis after thirty years, Boulder 1985.
- Pirotte, Olivier (Hrsg.):** Trente ans d'expérience Euratom. La naissance d'une Europe nucléaire, Bruxelles 1988.
- Poidevin, Raymond:** Frankreich und die Ruhrfrage 1945-51, in: HZ 228/1979, S. 317-334.
- Poidevin, Raymond:** Der Faktor Europa in der Deutschlandpolitik Robert Schumans (Sommer 1948 bis Frühjahr 1949), in: VfZ 33/1985, S. 406-419.
- Poidevin, Raymond (Hrsg.):** Histoire des débuts de la construction européenne, (mars 1948 - mai 1950), Brüssel 1986.
- Poidevin, Raymond:** Robert Schuman, homme d'Etat 1886-1963, Paris 1986.
- Poidevin, Raymond:** Die europapolitischen Initiativen Frankreichs des Jahres 1950 - aus einer Zwangslage geboren?, in: Herbst et al. 1990, S. 257-262.
- Polach, Jaroslav G.:** Euratom - its background, issues and economic implications, New York 1964.
- Prüss, Kurt:** Kernforschungspolitik in der BRD, Frankfurt/M 1974.
- Putnam, Palmer Cosslett:** Energy in the future. Princeton 1953.

- Rabier, Jacques-René:** L' opinion publique et l' intégration de l' Europe dans les années '50, in: Serra 1989, Rilancio, S. 561-584.
- Radkau, Joachim:** Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975, Hamburg 1983.
- Radkau, Joachim:** Technik in Deutschland, Frankfurt/Main 1989.
- Radkau, Joachim:** Vom Holzangel zum Energieproblem, in: SOWI - Sozialwissenschaftliche Informationen, 18. Jg., 2/1989, S. 81-87.
- Radkau, Joachim:** Was ist Umweltgeschichte?, in: Abelshausen 1994, Umweltgeschichte, S. 20ff.
- Regul, Rudolf:** Die Montangemeinschaft und das Problem der Teilintegration, Essen 1954.
- Reverdin, Jacques:** Jean Monnet et le Comité d'Action pour les Etats-Unis d' Europe de 1955-1963, Thèse, Genève 1967.
- Rhodes, Richard:** Die Atombombe, Nördlingen 1988.
- Rieben, Henri:** Des ententes de maîtres de forges au Plan Schuman, Lausanne 1954.
- Rieben, Henri:** Euratom, Lausanne 1957.
- Rieben, Henri:** La Suisse et l' Europe, Lausanne 1958.
- Riklin, Alois (Hrsg.):** Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, Bern 1992.
- Rittberger, Volker (Hrsg.):** Theorien der internationalen Beziehungen, PVS-Sonderheft 21, Opladen 1990.
- Rittberger, Volker; Hummel, Hartwig:** Die Disziplin 'Internationale Beziehungen' im deutschsprachigen Raum auf der Suche nach ihrer Identität: Entwicklung und Perspektiven, in: Rittberger 1990, Theorien, S. 17-47.
- Rittberger, Volker:** Internationale Organisationen. Politik und Geschichte, Opladen 1994.
- Roca, Marlène:** La communauté européenne de l' énergie atomique et la politique nucléaire européenne, Diss. iur., Montpellier 1977.
- Röndigs, Uwe:** Globalisierung und europäische Integration. Der Strukturwandel des Energiesektors und die Politik der Montanunion, 1952-1962, Baden-Baden 2000.
- Röpke, Wilhelm:** International Order and Economic Integration, Doordrecht 1960.
- Rosamond, Ben:** Theories of European integration, Basingstoke 2000.
- Rosengarten, Monika:** Grossbritannien und der Schuman-Plan. Politische und wirtschaftliche Faktoren in der britischen Haltung zum Schuman-Plan und zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1950-54, Bern, Frankfurt/M 1997.
- Roussel, Eric:** Jean Monnet 1888-1979, Paris 1996.
- Salewski, Michael (Hrsg.):** Nationale Identität und europäische Einigung, Göttingen 1991.
- Salewski, Michael (Hrsg.):** Das Zeitalter der Bombe, München 1995.
- Schaffner, Urs:** Vereinigte Staaten von Europa? Der Einfluss externer Faktoren auf die Integrationsentwicklung, Bern 1993.
- Scheinmann, Lawrence:** Atomic Energy Policy in France under the Fourth Republic, Princeton 1965.
- Scheinmann, Lawrence:** Euratom: Nuclear integration in Europe, in: International Conciliation, No. 563/1967, S. 5-65.

- Schindler, Dietrich (Hrsg.):** Dokumente zur schweizerischen Neutralität seit 1945, Bern 1984.
- Schinzinger, Francesca:** Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Schuman-Planes, in: Schwabe 1988, Schuman-Plan, S. 143-159.
- Schirm, Stefan A.:** Transnationale Globalisierung und regionale Kooperation, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen 4/1997, S. 69-107.
- Schirm, Stefan A.:** Globale Märkte, nationale Politik und regionale Kooperation in Europa und den Amerikas, Baden-Baden 1999.
- Schmid, Carlo:** Une politique commune franco-allemande, in: Politique Etrangère 5/1956, S. 545-552.
- Schmitt, Burkard:** Frankreich und die Nukleardebatte der Atlantischen Allianz 1956-1966, München 1998.
- Schneider, Heinrich:** Leitbilder der Europapolitik. Der Weg zur Integration, Bonn 1977.
- Schneider, Heinrich:** Europäische Integration - die Leitbilder und die Politik, in: Kreile 1992, S. 3-35.
- Schuman, Robert:** France and Europe, in: Foreign Affairs, April 1953, S. 350ff.
- Schumann, Wolfgang:** Neue Wege in der Integrationstheorie, Opladen 1996.
- Schwabe, Klaus (Hrsg.):** Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51, Baden-Baden 1988.
- Schwabe, Klaus:** 'Ein Akt konstruktiver Staatskunst' - die USA und die Anfänge des Schuman-Plans, in: Schwabe 1988, Schuman-Plan, S. 211-239.
- Schwabe, Klaus:** Die Rolle der USA, in: Loth 1990, Anfänge, S. 171-187.
- Schwabe, Klaus:** Die Vereinigten Staaten und die Europäische Integration: Alternativen der amerikanischen Aussenpolitik (1950-1955), in: Trausch 1993, S. 41-54.
- Schwabe, Klaus (Hrsg.):** Adenauer und die USA, Bonn 1994.
- Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.):** Entspannung und Wiedervereinigung. Deutschlandpolitische Vorstellungen Konrad Adenauers 1955-58, Stuttgart/Zürich 1979.
- Schwarz, Hans-Peter:** Adenauer und Europa, in: VfZ 27/1979, S. 471-523.
- Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.):** Die Aera Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-57, in: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2, Stuttgart 1981.
- Schwarz, Hans-Peter:** Die Europäische Integration als Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung, in: VfZ 31/1983, S. 555-572.
- Schwarz, Hans-Peter:** Adenauer und die Kernwaffen, in: VfZ, 37/1989, S. 567-93.
- Schwarz, Hans-Peter:** Die fünfziger Jahre als Epochenzäsur, in: Heideking, Jürgen et al. (Hg.): Wege in die Zeitgeschichte, Berlin/New York 1989, S. 473-496.
- Schwarz, Hans-Peter:** Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt, in: Herbst et al. 1990, S. 593-612.
- Schwarz, Hans-Peter:** Adenauer. Der Aufstieg: 1876-1952, Stuttgart 1986.
- Schwarz, Hans-Peter:** Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991.
- Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute (Hrsg.):** Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz 1939-69, Oberbözing 1992.
- Scott, John:** Social network analysis, London 1991.

- Seifritz, Walter:** Nukleare Sprengkörper: Bedrohung oder Energieversorgung für die Menschheit?, München 1983.
- Senghaas, Dieter:** Abschreckung und Frieden, Frankfurt/M 1972.
- Serra, Enrico (Hrsg.):** Il rilancio dell' Europa e i trattati di Roma, Brüssel 1989.
- Shaw, E.N.:** Europe's nuclear power experiment: history of the OECD Dragon Project, Oxford 1983.
- Sieferle, Rolf Peter:** Der unterirdische Wald, München 1982.
- Soell, Hartmut:** Fritz Erler - Eine politische Biographie, Berlin 1976.
- Soell, Hartmut:** Jean Monnet, in: Jansen/Mahncke 1991, S. 185-229.
- Sommer, Theo:** Deutsche Nuklearpolitik, in: Österreichische Zeitschrift für Aussenpolitik 1/1967, S. 26ff.
- Sontheim, Rudolf:** Nuklearwaffen, in: Neujahrsblatt der Feuerwerker-Gesellschaft, Zürich 1959.
- Sontheim, Rudolf:** Die Möglichkeit der Herstellung von Nuklearwaffen in der Schweiz, in: Schweizer Journal, 28.Jg. (1962), Nr.1, S. 29ff.
- Soutou, Georges-Henri:** La perception des problèmes stratégiques nucléaires par les dirigeants français 1954-58, Florenz 1987.
- Soutou, Georges-Henri:** Die Nuklearpolitik der Vierten Republik, in: VfZ 37/1989, S. 605-610.
- Soutou, Georges-Henri:** Georges Bidault et la construction européenne 1944-1954, in: Revue d'histoire diplomatique 105/1991, S. 267-306.
- Spaak, Paul Henri:** The Integration of Europe: Dreams and Realities, in: Foreign Affairs, Okt. 1950, S. 97ff.
- Spierenburg, Dirk; Poidevin, Raymond:** Histoire de la Haute Autorité de la CECA. Une expérience supranationale, Brüssel 1993.
- Strauss, Franz Josef:** Die Erinnerungen, Berlin 1989.
- Strehlke, Peter:** Die OEEC-Mitgliedschaft als Ausgangspunkt der schweizerischen Integrationspolitik, Basel 1994.
- Studer, Brigitte (Hrsg.):** Etappen des Bundesstaates. Staats- und Nationsbildung der Schweiz 1848-1998, Zürich 1998.
- Stüssi-Lauterburg, Jürg:** Historischer Abriss zur Frage einer Schweizer Nuklearbewaffnung. EMD-Studie, Bern 1995 (vgl. www.tages-anzeiger.ch/taspezial/atom.htm).
- Thiemeyer, Guido:** Vom 'pool vert' zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, München 1999.
- Thoss, Bruno:** Sicherheits- und deutschlandpolitische Komponenten der europäischen Integration zwischen EVG und EWG 1954-57, in: Herbst et al. 1990, S. 475-500.
- Trausch, Gilbert (Hrsg.):** Die europäische Integration vom Schumanplan bis zu den Verträgen von Rom, Baden-Baden 1993.
- Trausch, Gilbert:** Successes and failures of European integration during a decade of extraordinary intensity, in: Trausch 1993, S. 11-17.
- Trausch, Gilbert:** Der Schuman-Plan zwischen Mythos und Realität, in: Europa im Blick der Historiker, Beiheft zur HZ, Bd. 21, München 1995, S. 105-128.

- Troitzsch, Ulrich; Wohlauf, Gabriele (Hrsg.):** Technik-Geschichte. Frankfurt/M 1980.
- Tschubarjan, Alexander:** Europakonzepte, Berlin 1992.
- Turner, Louis:** Oil companies in the International System, London ²1980.
- Van der Beugel, Ernst H.:** From Marshall Aid to Atlantic Partnership. European Integration as a Concern of American Foreign Policy, Amsterdam 1966.
- Van Helmont, Jacques; Fontaine, François:** Jean Monnet, Lausanne 1996.
- Varchmin, Jochim; Radkau, Joachim:** Kraft, Energie und Arbeit, Reinbek 1981.
- Vaïsse, Maurice:** La coopération nucléaire en Europe (1955-1958), in: Dumoulin et al. 1994, S. 99-110.
- Vilain, Michel:** La politique de l'énergie en France. De la seconde guerre mondiale à l'horizon 1985, Paris 1969.
- Von Allmen, Peter:** Von der Montanunion zur europäischen Atomgemeinschaft. Internationale Nuklearkooperation und europäische Einigung im Einflussbereich des Ost-West-Konfliktes, Lizentiatsarbeit, Bern 1998.
- Von der Groeben, Hans:** Zum 25. Jahrestag der Unterzeichnung der Rom-Verträge, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 32. Jg., B 12/82, o.O. 1982, S. 3-16.
- Wallace, William (Hrsg.):** The Dynamics of European Integration, London 1990.
- Wallace, William:** The Transformation of Western Europe, London 1990.
- Wallace, William:** Die britische Haltung zu Europa, in: Mommsen 1992, S. 123-157.
- Weber, Henri:** Le parti des patrons. Le CNOF 1946-1986, Paris ²1991.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.):** Die Identität Europas, Bonn 1985.
- Weilemann, Peter:** Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft, Baden-Baden 1983.
- Weilemann, Peter:** Die deutsche Haltung während der Euratom-Verhandlungen, in: Serra 1989, Rilancio, S. 531-45.
- Wilkens, Andreas:** Von der Besetzung zur westeuropäischen Integration. Die französische Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit 1945-1950, in: Historische Mitteilungen 4/1991, S. 1-21.
- Wilkens, Andreas (Hg.):** Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1945-1960, Sigmaringen 1997.
- Wilkens, Andreas (Hg.):** Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999.
- Winkler, Heinrich A.; Kaelble, Hartmut (Hg.):** Nationalismus, Nationalitäten, Supranationalität, Stuttgart 1993.
- Winkler, Theodor H.:** Kernenergie und Aussenpolitik, Berlin 1981.
- Winkler, Walter; Hintermann, Karl:** Kernenergie: Grundlagen, Technologie, Risiken, München/Zürich 1983.
- Winnacker, Karl; Wirtz, Karl:** Das unverstandene Wunder. Kernenergie in Deutschland, Düsseldorf 1975.
- Wolf, Reinhard:** Nukleare Rüstungskonkurrenz, in: Salewski 1995, S. 189-211.
- Woyke, Wichard (Hrsg.):** Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 3, Europäische Gemeinschaft, München 1984.

- Woyke, Wichard (Hrsg.):** Handwörterbuch Internationale Politik, Opladen 1995.
- Wurm, Clemens A. (Hg.):** Internationale Kartelle und Aussenpolitik. Beiträge zur Zwischenkriegszeit, Stuttgart 1989.
- Wurm, Clemens A.:** Die Europa-Diskussion in Grossbritannien, in: Loth 1990, Anfänge, S. 129-148.
- Wurm, Clemens A. (Hg.):** Wege nach Europa. Wirtschaft und Aussenpolitik Grossbritanniens im 20. Jahrhundert, Bochum 1992.
- Wurm, Clemens A. (Hg.):** Western Europe and Germany. The beginnings of European Integration 1945-1960, Oxford/Washington 1995.
- Wyant, Frank:** The United States, OPEC, and Multinational Oil, Lexington 1977.
- Yasamee, Heather J.:** Grossbritannien und die Westintegration der Bundesrepublik 1948-1951, in: Herbst et al. 1990, S. 535-560.
- Yergin, Daniel:** Der zerbrochene Frieden. Der Ursprung des Kalten Krieges und die Teilung Europas, Frankfurt/M 1979.
- Yergin, Daniel:** Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht, Frankfurt/M 1991.
- Zellentin, Gerda:** Der Funktionalismus - eine Strategie gesamteuropäischer Integration?, in: Kreile 1992, S. 62-77.
- Zeraffa-Dray, Danièle:** Le Mouvement Républicain Populaire et la construction de l' Europe, in: Trausch 1993, S. 231-239.
- Ziebura, Gilbert:** Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Pfullingen 1970.
- Ziebura, Gilbert:** Die Rolle der Sozialwissenschaften in der westdeutschen Historiographie der internationalen Beziehungen, in: Geschichte und Gesellschaft 1990, S. 79-103.
- Zimmerling, Ruth:** Externe Einflüsse auf die Integration von Staaten, Freiburg/B 1991.
- Zürn, Michael:** Interessen und Institutionen der internationalen Politik, Opladen 1988.